

Bundesministerium
für auswärtige Angelegenheiten

Außenpolitischer Bericht

2005

Jahrbuch der Österreichischen Außenpolitik

**Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
Minoritenplatz 8
A-1014 Wien**

Telefon: während der Bürozeiten an Werktagen in der Zeit von
9 bis 17 Uhr:
050 11 50-0 / int.: +43 50 11 50-0
für allgemeine Informationen:
0802 426 22 (gebührenfrei; aus dem Ausland nicht wählbar)

Fax: 050 11 59-0 / int.: +43 50 11 59-0

E-Mail: einlaufstelle@bmaa.gv.at

Internet: <http://www.bmaa.gv.at>

Bürgerservice:

In dringenden Notfällen im Ausland ist das Bürgerservice rund um die Uhr erreichbar:

Tel: 050 11 50-4411 / int.: +43 50 11 50-4411
alternativ:
(01) 90 115-4411 / int.: +43-1 90 115-4411

Fax: 050 11 59-4411 / int.: +43 50 11 59-4411
alternativ:
(01) 904 20 16-4411 / int.: +43-1 904 20 16-4411

E-Mail: bereitschaft@bmaa.gv.at

Die Möglichkeiten zur Hilfeleistung an ÖsterreicherInnen im Ausland sind auf der Homepage des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten www.bmaa.gv.at unter dem Punkt „Bürgerservice“ ausführlich dargestellt.

Außenpolitischer Bericht

2005

Bericht der Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten

Medieninhaber und Herausgeber:
Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
Minoritenplatz 8, 1014 Wien

Gesamtredaktion und Koordination:
Ges. MMag. Thomas Schlesinger, MSc.
Mag. Monika Hofer, Dr. Manfred Kohlbach und Mag. Elisabeth Reich

Gesamtherstellung:
Manz Crossmedia GmbH & Co KG, Stolberggasse 26, 1051 Wien

VORWORT

Das Jahr 2005 war für Österreich und die Europäische Union insgesamt ein Jahr des Gedenkens, der Veränderungen und Weichenstellungen.

Für uns war das Gedenken an die Wiedererlangung der Freiheit Österreichs ein Leitmotiv dieses Jahres. Dankbar und nicht ohne Stolz blickten wir im „Gedankenjahr“ auf die Wiedererrichtung des unabhängigen Österreichs am 27. April 1945 und den erfolgreichen Weg der Republik in den vergangenen 60 Jahren zurück. Wir erinnerten uns an die Unterzeichnung des Staatsvertrags am 15. Mai 1955 durch Außenminister Leopold Figl, der den Österreicherinnen und Österreichern die lang ersehnte Freiheit brachte. Wir vergaßen nicht, dass die Welt dem österreichischen Volk in diesen wechselvollen Zeiten großes Vertrauen schenkte, mit dem wir verantwortungsvoll umgingen. Noch im selben Jahr, am 14. Dezember 1955, waren wir den Vereinten Nationen beigetreten, kurze Zeit später dem Europarat. Damit trug Österreich als Mitglied der Staatengemeinschaft Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt. In den letzten 45 Jahren beteiligten wir uns aktiv an zahlreichen friedenserhaltenden Missionen der Vereinten Nationen. Die österreichische Erfolgsgeschichte fand in der Entscheidung, der Europäischen Union beizutreten, ihre Fortsetzung. Zehn Jahre später wissen wir, dass dieser Schritt, der unserem Land in vielen Bereichen neue Entwicklungschancen eröffnete, richtig war.

Das Jahr 2005 war für uns aber auch Anlass und Auftrag, gemeinsam an der Gestaltung der europäischen Zukunft zu arbeiten. Am 29. Oktober 2004 hatten Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und ich den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ in Rom unterzeichnet. Die Ratifizierung dieses Verfassungsvertrags sollte innerhalb von zwei Jahren nach Unterzeichnung abgeschlossen werden. In Österreich nahmen sowohl Nationalrat als auch Bundesrat den Verfassungsvertrag mit überwältigender Mehrheit an. Nach den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Frühjahr 2005 geriet die Genehmigung des Verfassungsvertrags jedoch ins Stocken. Die Ablehnung des neuen europäischen Vertrags in diesen zwei Gründungsstaaten stellte die Europäische Union vor eine schwere Probe. Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs reagierte umgehend und rief im Juni eine Phase der Reflexion aus, in der in den Mitgliedstaaten offene und aufrüttelnde Debatten unter aktiver Einbindung der Bürgerinnen und Bürger und aller gesellschaftlichen Kräfte stattfinden sollen.

Wir haben diese Nachdenkphase in Österreich intensiv dafür genutzt, den Europäerinnen und Europäern zuzuhören und auf ihre

Vorwort

Sorgen und Anliegen einzugehen. Ich habe mit der Informationskampagne „Europa hört zu“ einen konkreten Impuls zu einer umfangreichen Diskussion über die Zukunft Europas gesetzt. Mit Hilfe der gemeinsamen Webseite www.zukunfteuropa.at des Bundeskanzleramts und des Außenministeriums haben wir eine Plattform geschaffen für den direkten Dialog und für die verstärkte Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in eine konstruktive Debatte über unsere gemeinsame Zukunft in Europa. Es ist mir ein Anliegen, Europa für den Bürger verständlicher und spürbarer zu machen. Denn nur mit einer belastbaren Vertrauensbasis und im Bewusstsein des Mehrwerts der europäischen Integration kann es uns gelingen, gemeinsame Ziele zu entwickeln und konkrete Resultate zu erreichen.

Österreich lag lange direkt an einer Bruchstelle, die sich quer durch den Kontinent erstreckte. Aus nächster Nähe spürten und erlebten wir die Nachteile dieser Teilung Europas. Nach der historischen Erweiterung im Jahr 2004 liegt Österreich wieder im dynamischen Zentrum unseres Kontinents. Der Prozess der Wiedervereinigung Europas ist aber keineswegs vollendet, solange es noch Menschen auf diesem Kontinent gibt, für die Stabilität, Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklungschancen keine Selbstverständlichkeit sind. Ein geeintes Europa gehört daher zu den großen Zielen der österreichischen Außenpolitik. Wir haben im „Gedankenjahr 2005“ nicht nur auf 60 Jahre Frieden und Stabilität zurückgeblickt, sondern uns auch mit der Frage auseinandergesetzt, in welcher Nachbarschaft wir in Zukunft leben wollen. Gerade die Einbeziehung unserer Nachbarn in Südosteuropa gehört zum Friedensprojekt Europa. Wir wollen diesen Staaten deshalb ganz bewusst eine glaubhafte europäische Perspektive geben. Denn die Beitrittsperspektive ist ein unerlässlicher Motor für den Willen zu demokratischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Reformen und ein entscheidender Faktor für Frieden, Stabilität und Entwicklung in Südosteuropa. Die Länder sollen durch konkrete Maßnahmen gezielt an die europäischen Standards herangeführt werden. Ich wünsche mir, dass der gesamte Westliche Balkan, jedes einzelne Land, als Teilhaber das Friedensprojekt Europa mitgestaltet.

Im April habe ich mit meinen EU-Kollegen in Luxemburg den Beitrittsvertrag von Bulgarien und Rumänien zur Europäischen Union unterzeichnet. Österreich unterstützt Bulgarien und Rumänien, die geforderten Kriterien des Beitritts zeitgerecht zu erfüllen. Wir leisten dabei konkrete Hilfestellung. Etwa durch die Entsendung von österreichischen Expertinnen und Experten, die beide Länder beim Ausbau eines funktionierenden Justizsystems und bei der Anhebung von Umweltstandards unterstützen.

Vorwort

Der Beitritt Kroatiens in die Europäische Union ist ein besonderes Anliegen der österreichischen Außenpolitik. Österreich ist mit Kroatien durch viele gemeinsame historische und kulturelle Erfahrungen sowie intensive politische und wirtschaftliche Beziehungen eng verbunden. Auf österreichische Initiative wurde die EU-Task Force zu Kroatien eingerichtet, deren Arbeit ich persönlich begleitete. Sie erleichterte die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober wesentlich. Kroatien übt für die Länder des Westlichen Balkans eine wichtige Vorbildwirkung aus und zeichnet den Weg in die europäischen Strukturen vor.

Auch die Türkei ist politisch, wirtschaftlich und strategisch ein wichtiges Partnerland, das wir möglichst eng an Europa anbinden wollen. Österreich unterstützt daher nachhaltig den Reformprozess in der Türkei. Ich habe mich erfolgreich dafür eingesetzt, dass in der Frage des EU-Beitritts der Türkei auch der Aufnahmefähigkeit der Union ausdrücklich Rechnung getragen wird.

Österreich übernimmt im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik als verlässlicher und angesehener Partner vielfältige Verantwortung beim Aufbau von Stabilität und Rechtsstaatlichkeit. Bei EU-Missionen leisten wir mit der Entsendung von Expertinnen und Experten nach Südosteuropa, in den Nahen Osten und in andere Krisenregionen der Welt konkrete Außen- und Friedenspolitik, etwa im Rahmen der EU-Beobachtermission in Aceh, Indonesien. Es freut mich ganz besonders, dass auch zahlreiche österreichische Frauen an diesen Missionen teilnehmen.

Die konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik stellt eine der zentralen Aufgaben meines Ressorts dar. Außenpolitik konkret bedeutet auch die rasche, effiziente und lösungsorientierte Hilfe in Notlagen und Krisensituationen für permanent oder zeitweilig im Ausland befindliche Bürgerinnen und Bürger. Ich setze mich daher mit Nachdruck dafür ein, die europäische Zusammenarbeit in Krisenfällen durch eine verstärkte Koordination mit den europäischen Partnern zu intensivieren und das Hilfsnetz weiter auszubauen.

Die verheerende Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika vom 26. Dezember 2004 verursachte Zerstörungen in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß und brachte auch für viele Österreicherinnen und Österreicher großes persönliches Leid. Bei der Bewältigung dieser Krise zeigte sich eine tiefe Verbundenheit mit den betroffenen Staaten. Die beispielhafte Hilfsbereitschaft der Österreicherinnen und Österreicher ermöglichte die Durchführung von humanitärer Hilfe und Wiederaufbauprogrammen in den betroffenen Regionen. Ich danke unseren zahlreichen Hilfsorganisationen, Vereinen und

Vorwort

Privatpersonen für ihren großen Einsatz am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau in den betroffenen Regionen.

Österreich leistet mit seiner professionell organisierten Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit einen Beitrag, um weltweit die Ungleichheit zwischen Arm und Reich zu verringern, den Frieden zu sichern und natürliche Lebensräume zu erhalten. Österreich wirkt dabei auch in unmittelbarer Nähe, in Südosteuropa, an der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung mit. Seit der erfolgreichen Neustrukturierung der Entwicklungszusammenarbeit setzt die Austrian Development Agency diese wichtigen Ziele um. Mit Nachdruck unterstütze ich auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit die Förderung von Frauen und Mädchen und ihre verstärkte Einbindung in die Gesellschaften der Entwicklungsländer.

Die Vereinten Nationen nehmen eine unverzichtbare Rolle als Forum des globalen Dialogs und des gegenseitigen Aufeinanderzugehens ein. Der von Generalsekretär Kofi Annan eingeleitete Reformprozess der Vereinten Nationen und das von der Generalversammlung in New York im September angenommene Schlussdokument sind wichtige Schritte zur Stärkung der Organisation. Ich unterstütze Kofi Annans Reformbestrebungen nachdrücklich. Die Vereinten Nationen müssen als Weltorganisation auch weiterhin glaubwürdig und nachhaltig an der Verwirklichung der globalen Ziele arbeiten können. Es erfüllt mich mit Stolz, dass Wien als einer der vier Amtssitze der UNO zu einem wichtigen Zentrum zur Förderung der internationalen Sicherheit innerhalb der Familie der Vereinten Nationen geworden ist. Österreich ist bereit, Verantwortung zu übernehmen und stellt sich im Herbst 2008 der Wahl als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat für die Jahre 2009–2010.

Die weltweite Achtung und Stärkung der Menschenrechte ist ein Eckpfeiler der österreichischen Außenpolitik. Österreichs Außenpolitik geht dabei Hand in Hand mit den Anstrengungen der Europäischen Union, den Vereinten Nationen, der OSZE und dem Europarat. Ganz besonders liegt mir die Stärkung der Rolle von Frauen in Konflikt- und Post-Konfliktsituationen am Herzen. Frauen spielen eine besonders wichtige Rolle, wenn es darum geht, während oder nach Konflikten den Wiederaufbau und die Neuordnung der Gesellschaft zu organisieren. Ich bin daher überzeugt, dass Frauen vermehrt in die konkreten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungsprozesse eingebunden werden müssen, um stabile Gesellschaften zu garantieren.

Österreichs Engagement für den Dialog der Religionen und Kulturen hat lange Tradition und ist ein wichtiges Element unserer Friedens-

Vorwort

und Außenpolitik. Bei der im November in der Hofburg vom Außenministerium abgehaltenen Konferenz „Der Islam in einer pluralistischen Welt“ führten eminente Persönlichkeiten, darunter höchste geistige Würdenträger, diesen Dialog realitätsnah und im Interesse des gegenseitigen Verstehens.

Im Rahmen der österreichischen Auslandskulturpolitik ist es mir ein besonderes Anliegen, die internationale Aufmerksamkeit auch auf Österreichs zeitgenössisches Kulturschaffen und auf unsere Lebenskultur zu lenken. Denn Österreichs Bild in der Welt wird maßgeblich von seinen kulturellen Traditionen und Leistungen geprägt. Sie stellen für viele Menschen in der Welt die Bezugspunkte zu unserem Land dar. Zu zentralen Einrichtungen der österreichischen Auslandskulturpolitik zählen für mich auch die Österreich-Institute und Österreich-Bibliotheken. Besonders erwähnen möchte ich hier die jüngste Eröffnung des Österreich-Instituts in Breslau.

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten bezog nach 286 Jahren am Ballhausplatz, die neuen, zeitgemäß adaptierten Räumlichkeiten am Minoritenplatz Nummer 8. Die gläserne Brücke, die die beiden Gebäude verbindet, ist für mich auch ein Symbol für das Mehr an Transparenz, die wir aus dem räumlichen Miteinander und durch die moderne Infrastruktur gewannen. Transparenz bedeutet für mich im Besonderen, die zentralen Leitlinien und konstitutiven Elemente unseres außenpolitischen Handelns an die interessierten Bürgerinnen und Bürger zu vermitteln. Nur wenn wir die ganze Bandbreite des außenpolitischen Handelns verständlich und greifbar machen, finden wir die nötige Unterstützung unserer Bürgerinnen und Bürger.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Ressorts, die in der Zentrale und an den Vertretungsbehörden im Ausland für Österreich im Einsatz stehen, für ihr Engagement und ihr persönliches Bemühen, täglich aufs Neue die Herausforderungen einer aktiven Außenpolitik anzunehmen.



Dr. Ursula Plassnik
Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	III
INHALTSVERZEICHNIS	VIII
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	XVI
A. Österreich in der Europäischen Union	1
I. Die Erweiterung der Europäischen Union	1
II. Die Reform der Europäischen Union und ihrer Institutionen ...	4
1. Der EU-Verfassungsvertrag	4
2. Überblick über den Ratifikationsprozess	5
3. Die Reflexionsphase	7
III. Die Politiken der Europäischen Union.....	8
1. Die Rolle Österreichs in den europäischen Institutionen ...	8
2. Die innerösterreichische Zusammenarbeit mit dem Parlament und den Ländern.....	11
3. Wirtschaft und Finanzen	12
4. Beschäftigung und Sozialpolitik	14
5. Binnenmarkt.....	15
6. Verkehr	15
7. Umwelt	16
8. Energie	18
9. Bildung und Jugend.....	18
10. Forschung.....	19
11. Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.....	20
12. Terrorismusbekämpfung	21
IV. Die Außenbeziehungen der Europäischen Union.....	22
1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	22
2. Die Europäische Nachbarschaftspolitik.....	29
3. Südosteuropa / Westlicher Balkan	30
4. Die osteuropäischen Staaten	37
5. Russland.....	41
6. Der Nahe Osten, Nordafrika und der Mittelmeerraum.....	43
7. Nordamerika	48
8. Lateinamerika und Karibik.....	55

Inhaltsverzeichnis

9. Afrika südlich der Sahara	61
10. Asien	68
11. Australien, Neuseeland, Ozeanien.....	74
B. Österreich in anderen europäischen Foren.....	76
I. Die Europäische Sicherheitspolitik.....	76
1. Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat und die Partner- schaft für den Frieden.....	76
2. Die Westeuropäische Union	78
II. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	78
1. Einleitung	78
2. Regionalfragen und Feldaktivitäten.....	78
3. Die menschliche Dimension der OSZE.....	81
4. Die politisch-militärische Dimension der OSZE.....	82
5. Die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE.....	83
6. Reformfragen	84
7. Institutionelle Fragen und Amtssitz	84
III. Der Europarat.....	85
1. Politische Entwicklungen	85
2. Verhältnis zu anderen internationalen Organisationen.....	86
3. Menschenrechte	87
4. Monitoring.....	87
5. Hilfsprogramme	88
6. Die Organe des Europarates.....	89
7. Der Europarat und Österreich.....	91
IV. Die Zentraleuropäische Initiative	91
V. Nachbarschaftspolitik.....	92
1. Regionale Partnerschaft.....	92
2. Schweiz, Liechtenstein	93
3. Südtirol	94
4. Nukleare Sicherheit.....	95
5. Alpenkonvention.....	96
6. Die Zusammenarbeit im Donauraum.....	96
C. Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik	98
I. Allgemeine Rechts- und Konsularfragen	98
1. Bürgerservice.....	98
2. Krisenvorsorge und Krisenmanagement	99

Inhaltsverzeichnis

3. Hilfeleistung in Zivil- und Strafsachen.....	100
4. Neue Verträge	100
II. Reise- und Grenzverkehr.....	101
1. Sichtvermerksangelegenheiten	101
2. Grenzverträge.....	102
III. Sozial-, Arbeits- und Gesundheitspolitik.....	103
IV. Die AuslandsösterreicherInnen.....	103
1. Organisation der AuslandsösterreicherInnen	103
2. Die Unterstützung österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland	104
3. Die Teilnahme der AuslandsösterreicherInnen an der politischen Willensbildung in Österreich und der EU.....	105
4. Das eDemocracy-Pilotprojekt „Internetumfrage zu Staats- bürgerschaftsfragen unter AuslandsösterreicherInnen“	105
D. Die Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika	106
E. Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit	110
I. Einleitung	110
1. Gesetzliche Grundlagen.....	110
2. Mehr Budget für Entwicklungszusammenarbeit	110
3. Nachhaltigkeit von Entwicklung	111
4. Kohärenz	111
II. Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit.....	111
1. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit	111
2. Bilaterale Ostzusammenarbeit	115
3. Sonderprogramme.....	118
4. NGO-Kofinanzierung	122
5. Evaluierung.....	122
III. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	123
1. Die Vereinten Nationen	123
2. Die Europäische Union.....	125
IV. Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe sowie internationale humanitäre Organisationen	127
1. Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe	127
2. Internationale humanitäre Organisationen.....	129
F. Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen.....	131
I. Einleitung	131

Inhaltsverzeichnis

II.	Die Generalversammlung der Vereinten Nationen.....	131
	1. Organisatorische Fragen.....	131
	2. Politische Fragen.....	132
	3. Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltfragen	134
	4. Menschenrechte	135
	5. Internationale Drogenkontrolle und Internationale Verbrechensverhütung.....	135
	6. Sozialpolitik	135
	7. Internationale Frauenfragen.....	136
	8. Humanitäre Angelegenheiten	136
	9. Friedliche Nutzung des Weltraums	136
	10. Verwaltungs- und Haushaltsfragen.....	137
	11. Völkerrechtliche Fragen	138
III.	Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.....	140
	1. Einleitung	140
	2. Die Reformdebatte	140
	3. Tätigkeit des Sicherheitsrates	141
	4. Friedenserhaltende Operationen.....	147
IV.	Der Wirtschafts- und Sozialrat.....	148
	1. Allgemeiner Teil	148
	2. Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa .	149
V.	Der Internationale Gerichtshof.....	149
VI.	Die Sonderorganisationen und angeschlossenen Organisationen der Vereinten Nationen	150
	1. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen.....	150
	2. Internationale Arbeitsorganisation.....	151
	3. Internationale Fernmeldeunion	151
	4. Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung	152
	5. Internationale Zivilluftfahrtorganisation.....	153
	6. Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissen- schaft und Kultur	153
	7. Weltgesundheitsorganisation	154
	8. Internationale Atomenergie-Organisation	155
	9. Weltorganisation für Tourismus	156
	10. Weltpostverein	156
	11. Internationale Seeschiffahrtsorganisation.....	157
	12. Weltorganisation für Meteorologie.....	157

Inhaltsverzeichnis

G. Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen	158
I. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen	158
1. Nukleare Waffen.....	158
2. CTBT.....	159
3. Genfer Abrüstungskonferenz	159
4. Chemiewaffenkonvention	160
5. BTWK.....	160
6. Ballistische Raketen	161
II. Beschränkung und Kontrolle konventioneller Waffen	161
1. Antipersonenminen	161
2. Besonders verletzende konventionelle Waffen.....	162
3. Kleinwaffen und leichte Waffen.....	162
4. Ausfuhrkontrolle konventioneller Waffen	162
III. Multilaterale Exportkontrollregime	163
H. Der internationale Schutz der Menschenrechte	164
I. Einleitung	164
II. Menschenrechte in der EU	164
1. Die EU-Menschenrechtspolitik.....	164
2. Strukturierte Menschenrechtsdialoge	167
III. Menschenrechte in den Vereinten Nationen	168
1. Die Menschenrechtskommission.....	169
2. Die Generalversammlung	171
3. Die Frauenstatuskommission.....	173
IV. Menschenrechte in der OSZE.....	174
V. Menschenrechte im Europarat	174
VI. Das Netzwerk Menschliche Sicherheit.....	175
VII. Schwerpunktthemen	176
1. Kinderrechte	176
2. Frauenrechte	177
3. Kampf gegen Rassismus	177
4. Minderheitenschutz.....	177
5. Binnenvertriebene.....	178
6. Menschenrechtsbildung	178

Inhaltsverzeichnis

I. Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen...	180
I. Wanderungs- und Flüchtlingsfragen.....	180
1. Migrations- und Flüchtlingsbewegungen in und nach Europa	180
2. Flüchtlings- und Migrationspolitik in Österreich	180
3. Internationale Organisation für Migration	181
II. Internationale Drogenkontrolle.....	181
III. Internationale Verbrechensverhütung.....	183
IV. Der Internationale Strafgerichtshof.....	186
J. Multilaterale Wirtschaftspolitik.....	187
I. Die Welthandelsorganisation	187
1. Landwirtschaft	187
2. Industriewaren	187
3. Dienstleistungen	187
4. Entwicklungsfragen	188
5. Umwelt	188
6. Handelserleichterung	188
7. Geistige Eigentumsrechte (TRIPs)	188
8. Streitbeilegung	189
9. Beitritte.....	189
10. Leitungsamt	189
II. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	189
1. OECD-Erweiterung und Außenbeziehungen	190
2. Internationale Wirtschaft und Finanzen	190
3. Tiefenprüfungen Österreichs.....	190
4. Bildung.....	191
5. Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit.....	191
6. Nachhaltige Entwicklung.....	191
7. Landwirtschaft	192
8. Ministertagungen	192
9. Die Internationale Energieagentur.....	193
K. Die Globale Nachhaltigkeitspolitik.....	194
I. Die Weiterverfolgung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung.....	194
II. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen.....	195
III. Globale Umweltschutzabkommen.....	195

Inhaltsverzeichnis

1. Cartagena-Protokoll	195
2. Wüstenkonvention	196
3. Ramsar-Konvention	196
4. Bonner Übereinkommen	196
5. Klimarahmenkonvention – Kyoto-Protokoll	196
6. Stockholmer Abkommen und Rotterdamer Abkommen	197
7. Internationales Walfangübereinkommen.....	197
8. Internationales Luftreinhalteabkommen	198
9. Aarhus-Konvention.....	198
L. Auslandskulturpolitik	199
1. Schwerpunkte und Projekte.....	199
2. Dialog der Kulturen und Religionen	200
3. Musikprojekte.....	201
4. Literatur- und Theaterprojekte.....	202
5. Bildende Kunst.....	204
6. Film.....	205
7. Internationale Jugendzusammenarbeit	205
8. Internationale Sportbeziehungen	206
9. Kulturelle Förderungen	206
10. Wissenschaftliche Projekte.....	206
11. Österreich-Lehrstühle und Studienzentren im Ausland	207
12. Österreich-Bibliotheken.....	207
13. Deutsch als Fremdsprache (DaF).....	208
14. Stipendien und Mobilitätsprogramme im universitären Bereich.....	209
15. Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit	209
16. Die Auslandskulturpolitik im Rahmen der Europäischen Union	210
17. Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissen- schaft.....	212
M. Medien und Information.....	213
I. Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten	213
1. Neues Pressezentrum.....	213
2. Österreichisch-polnischer Journalistenpreis	213
3. Presserätetagung	214
4. Internet	214

Inhaltsverzeichnis

5. Veranstaltungen und Publikationen	214
II. Internationale Kooperation auf dem Mediensektor	215
N. Der österreichische auswärtige Dienst.....	216
I. Einleitung.....	216
II. Vertretungsbehörden – Honorarkonsulate.....	216
III. Immobilienverwaltung und Bauangelegenheiten.....	217
IV. Aufnahme in den auswärtigen Dienst.....	217
V. Personal	218
VI. Budget.....	220
VII. Informationstechnologie.....	221
VIII. Außenpolitische Bibliothek	222
IX. Organisationsplan des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten.....	224
X. Österreichische Berufsvertretungen – DienststellenleiterInnen.	226
Anhang	231
I. Länderinformationen: Afghanistan bis Zypern.....	231
II. Österreich und die Staatenwelt	357
III. Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich.....	362
IV. Wien als Sitz Internationaler Organisationen.....	363
V. Diplomatische Akademie	366
VI. Österreich in Internationalen Organisationen.....	367
VII. Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien.....	382
VIII. Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich	391
Sachindex.....	403

Abkürzungsverzeichnis

AAI	Afro-Asiatisches Institut Wien
AAK	Allianz für die Zukunft des Kosovo
ABIS	Austria, Benelux, Ireland, Switzerland Österreich, Benelux, Irland, Schweiz [ICAO-Ländergruppe]
ABl	Amtsblatt der Europäischen Union [vor dem 1. Februar 2003: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften]
Abs	Absatz
ACO	Allied Command for Operations Alliiertes Kommando Operationsführung
a.D.	außer Dienst
ADA	Austrian Development Agency Österreichische Gesellschaft für Entwicklungszusammen- arbeit mit beschränkter Haftung
ADB	Asian Development Bank Asiatische Entwicklungsbank
ADEA	Association for the Development of Education in Africa Vereinigung für die Entwicklung der Bildung in Afrika
ADF-RDA	Alliance pour la Démocratie et la Fédération – Rassemblement Démocratique Africain Allianz für Demokratie und Föderation – Afrikanisch- Demokratische Bewegung [Burkina Faso]
ADS	Approved Destination Status Status des „zugelassenen Reiseziels“
AECER	Associazione degli Enti Culturali Europei a Roma Vereinigung der europäischen Kulturinstitute in Rom
AEMM	ASEAN-EU Ministerial Meeting Ministertreffen ASEAN-EU
AfDB	African Development Bank Afrikanische Entwicklungsbank
AfDF	African Development Fund Afrikanischer Entwicklungsfonds
AFDRU	Austrian Forces Disaster Relief Unit Katastrophenhilfeeinheit des Österreichischen Bundes- heeres
AFTA	Asean Free Trade Area Asiatisches Freihandelsabkommen
AG	Australia Group Australien-Gruppe
AHSt	Außenhandelsstelle
a.i.	ad interim

Abkürzungsverzeichnis

AIAM	Annual Implementation Assessment Meeting Jährliches Treffen zur Beurteilung der Durchführung
AIT	Asian Institute of Technology Asiatisches Technologieinstitut
AKP	Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten
AMIS	African Union Mission in Sudan Mission der Afrikanischen Union im Sudan
AMM	Aceh Monitoring Mission Aceh-Beobachtermission
AMSDE	Annual Meeting of Sustainable Development Experts Jahrestagung der ExpertInnen für Nachhaltige Entwick- lung
ANC	African National Congress Afrikanischer Nationalkongress
AÖWB	Auslandsösterreicher-Weltbund
ARF	ASEAN Regional Forum ASEAN-Regionalforum
Art	Artikel
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations Verband Südostasiatischer Nationen
ASEA-Uninet	Asean-European University Network Asiatisch-Europäisches Universitätsnetzwerk
ASEF	Asia Europe Foundation Asien-Europa-Stiftung
ASEM	Asia-Europe Meeting Asien-Europa-Treffen
ASO	Austrian Science and Research Liaison Office Österreichisches Verbindungsbüro für Wissenschaft und Forschung
ASRC	Annual Security Review Conference Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz
AsylG	Asylgesetz
ATAU	Anti-Trafficking Assistance Unit Unterstützungsgruppe zur Bekämpfung des Menschen- handels
ATS	Amphetamine-type Stimulants Amphetaminähnliche Stimulanzien
ATU	Action against Terrorism Unit Gruppe Terrorismusbekämpfung
AU	African Union Afrikanische Union
AUA	Austrian Airlines
AUC	Autodefensas Unidas de Colombia Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens

Abkürzungsverzeichnis

AUCON	Austrian Contingent Österreichisches Kontingent
AUSBATT	Austrian Battalion Österreichisches Bataillon
AußHG	Außenhandelsgesetz
AWO	Außenwirtschaft Österreich
B	Burgenland
BGBI	Bundesgesetzblatt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKA	Bundeskanzleramt
BMAA	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
BMBWK	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
BMD	Ballistic Missile Defense Ballistische Raketenabwehr
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Um- welt und Wasserwirtschaft
BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
BMVIT	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Techno- logie
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
BNE	Bruttonationaleinkommen
BOMCA	Border Management in Central Asia Grenzverwaltung in Zentralasien
BRZ	Bruttoraumzahl
BSE	Bovine Spongiforme Encephalopathie
BTWK	Convention on the Prohibition of the Development, Production and Stockpiling of Bacteriological (Biological) and Toxin Weapons and on Their Destruction Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
bzw.	beziehungsweise
CADAP	Central Asia Drug Action Programme Drogenaktionsprogramm für Zentralasien
CAFTA	Central American Free Trade Agreement Zentralamerikanisches Freihandelsabkommen
CAN	Comunidad Andina Andengemeinschaft

Abkürzungsverzeichnis

CARDS	Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation Gemeinschaftsunterstützung für Wiederaufbau, Entwicklung und Stabilisierung
CARICOM	Caribbean Community Karibische Gemeinschaft
CBD	Convention on Biological Diversity Übereinkommen über die biologische Vielfalt
CCM	Chama Cha Mapinduzi Partei der Revolution [Tansania]
CCNM	Centre for Co-operation with Non-Members Zentrum für die Zusammenarbeit mit den Nicht-Mitgliedstaaten
CCPCJ	Commission on Crime Prevention and Criminal Justice Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege
CCWC	Convention on Prohibitions or Restrictions on the Use of Certain Conventional Weapons Which May Be Deemed to Be Excessively Injurious or to Have Indiscriminate Effects Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können
CD	Conference on Disarmament Genfer Abrüstungskonferenz
CDM	Clean Development Mechanism Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung
CDP	Congrès pour la Démocratie et le Progrès Kongress für Demokratie und Fortschritt [Burkina Faso]
CEATS	Central European Air Traffic Services Zentraleuropäische Flugsicherungsdienste
CEDAW	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau
CEDRO	Centro de Información y Educación para la Prevención del Abuso de Drogas Bildungs- und Informationszentrum zur Vorbeugung des Drogenmissbrauchs
CEEPUS	Central European Exchange Programme of University Studies
CEI	Central European Initiative Zentraleuropäische Initiative
CENCOOP	Central European Nations' Cooperation in Peace Support Zentraleuropäische Kooperation zur Friedenssicherung

Abkürzungsverzeichnis

CERF	Central Emergency Response Fund Zentraler Fonds für die Reaktion auf Notsituationen
CERN	European Organization for Nuclear Research Europäische Organisation für Kernforschung
CFC	Common Fund for Commodities Gemeinsamer Fonds für Rohstoffe
CFS	Committee on World Food Security Ausschuss für Welternährungssicherheit
CGIAR	Consultative Group on International Agricultural Research Beratungsgruppe für internationale Agrarforschung
CICEB	Consociatio Institutorum Culturalium Europaeorum inter Belgas Vereinigung europäischer Kulturinstitute in Belgien
CICP	Centre for International Crime Prevention Zentrum für internationale Verbrechenverhütung
CIME	Committee on International Investment and Multinational Enterprises Ausschuss für internationale Investitionen und multina- tionale Unternehmen
CIMIC	Civil-Military Cooperation Zivil-militärische Zusammenarbeit
CITES	Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Flora and Fauna Washingtoner Artenschutzübereinkommen
CLRTAP	Convention on Long-Range Transboundary Air Pollution Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
CMCO	Civil-Military Coordination Zivil-militärische Koordination
CMIT	Committee on Capital Movements and Invisible Transactions Ausschuss für Kapitalbewegungen und Unsichtbare Transaktionen
CND	Commission on Narcotic Drugs Suchtstoffkommission
COAG	Committee on Agriculture Agrarausschuss
COHOM	Groupe de travail droits de l'homme Ratsarbeitsgruppe „Menschenrechte“
COP	Conference of the Parties Konferenz der Vertragsparteien
COPUOS	Committee on the Peaceful Uses of Outer Space Ausschuss für die friedliche Nutzung des Weltraums
CORET	Conifer Research and Training Partnership
XX	

Abkürzungsverzeichnis

COST	European Cooperation in the field of Scientific and Technical Research Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung
CPPNM	Convention on the Physical Protection of Nuclear Material Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial
CREAF	Centre de réflexion Europe-Afrique pour la prévention des conflits Europäisch-Afrikanisches Zentrum für den Gedankenaustausch über Konfliktverhütung
CROMAC	Croatian Mine Action Center Kroatisches Minenaktionszentrum
CSD	Commission on Sustainable Development Kommission für Nachhaltige Entwicklung
CSME	CARICOM Single Market and Economy CARICOM-Binnenmarkt und -Wirtschaftsraum
CSR	Corporate Social Responsibility Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen
CTBT	Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen
CTBT PrepCom	Preparatory Commission for the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen
CTBTO	Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen
CTC	Counter-Terrorism Committee Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus
CUF	Civic United Front Zivile Vereinte Front [Tansania]
CWK	Chemiewaffenkonvention
DA	Diplomatische Akademie
DAC	Development Assistance Committee Entwicklungshilfesausschuss
DaF	Deutsch als Fremdsprache
DC	Development Centre Entwicklungszentrum
DCD	Development Co-operation Directorate Entwicklungsdirektorat
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit [Schweiz]
d.h.	das heißt
d.s.	das sind

Abkürzungsverzeichnis

DS	Demokratische Partei [Serbien]
DUI	Demokratische Union für die Integration [Mazedonien]
EAC	East African Community Ostafrikanische Gemeinschaft
EACA	EC-ASEAN Co-operation Agreement EG-ASEAN-Kooperationsvertrag
EAG	Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EAPC	Euro-Atlantic Partnership Council Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat
EAS	East Asia Summit Ostasiengipfel
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ECA	European Commission on Agriculture Europäischen Landwirtschaftskommission
ECAP	European Capability Action Plan Europäischer Aktionsplan zu den Fähigkeiten
ECHO	European Community Humanitarian Office Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission
ECLAC	Economic Commission for Latin America and the Caribbean Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik
ECMWF	European Centre for Medium-Range Weather Forecasts Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage
ECOSOC	Economic and Social Council Wirtschafts- und Sozialrat
ECOWAS	Economic Community Of West African States Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten
ECRI	European Commission against Racism and Intolerance Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz
EDA	European Defence Agency Europäische Verteidigungsagentur
EDF	European Development Fund Europäischer Entwicklungsfonds
EDG	European Democrat Group Gruppe der Europäischen Demokraten
EEF	European Development Fund Europäischer Entwicklungsfonds
EFTA	European Free Trade Association Europäische Freihandelsassoziation
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
XXII	

Abkürzungsverzeichnis

EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EIB	European Investment Bank Europäische Investitionsbank
EIDHR	European Initiative for Democracy and Human Rights Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte
ELAK	Elektronischer Akt
ELN	Ejército de Liberación Nacional Heer zur Nationalen Befreiung [Kolumbien]
EMBC	European Molecular Biology Conference Europäischen Konferenz für Molekularbiologie
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschen- rechte und Grundfreiheiten
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
ENPI	Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschafts- instrument
ENVISAT	Environment Satellite Umweltsatellit
EOEP	Earth Observation Envelope Programme Erdbeobachtungsrahmenprogramm
EP	Europäisches Parlament
EPO	European Patent Office Europäisches Patentamt
EPP/CD	Group of the European People's Party/Christian Democrats Gruppe der Europäischen Volkspartei/Christdemokraten
EPU	European University Center for Peace Studies Europäisches Universitätszentrum für Friedensstudien
ERPA	Emission Reductions Purchase Agreement Abkommen zur Regelung des An- und Verkaufs von Emissionsminderungen
ESA	European Space Agency Europäische Weltraumbehörde
ESF	Europäischer Sozialfonds
ESPI	European Space Policy Institute Europäisches Institut für Weltraumpolitik
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
ETC	European Training Centre for Democracy and Human Rights Europäisches Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie
EU	Europäische Union
EU BAM	European Union Border Assistance Mission Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des Grenzschatzes

Abkürzungsverzeichnis

EUEOM	European Union Election Observation Mission Wahlbeobachtungsmission der Europäischen Union
EUFOR	Multinational stabilization force Multinationale Stabilisierungstruppe
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGI	Europäischer Gerichtshof erster Instanz
EUJUST	EU Rule of Law Mission Mission der Europäischen Union zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit
EUMC	European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit
EUMETSAT	European Organisation for the Exploitation of Meteorolo- gical Satellites Europäische Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten
EUMM	European Union Monitoring Mission Überwachungsmission der Europäischen Union
EUPAT	EU Police Advisory Team Mission Gruppe der EU-Polizeiberater
EUPM	European Union Police Mission Polizeimission der Europäischen Union
EUPOL	European Union Police Mission Polizeimission der Europäischen Union
EUPOL COPPS	European Union Police Mission for the Palestinian Territories Polizeimission der Europäischen Union für die Palästinensischen Gebiete
EURATOM	European Atomic Energy Community Europäische Atomgemeinschaft
EUREKA	Initiative für verstärkte technologische Zusammenarbeit in Europa
EUROCONTROL	European Organisation for the Safety of Air Navigation Europäische Organisation für die Sicherung des Luftverkehrs
EUROPOL	Europäisches Polizeiamt
EUSB	Sonderbeauftragte/r der Europäischen Union
EUSEC RD CONGO	European Union mission to provide advice and assistance for security sector reform in the Democratic Republic of the Congo Beratungs- und Unterstützungsmission der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Reform des Sicher- heitssektors in der Demokratischen Republik Kongo
EUTELSAT	European Telecommunications Satellite Organization Europäische Organisation für Fernmeldesatelliten

Abkürzungsverzeichnis

EUWI e.V.	Wasserinitiative der Europäischen Union eingetragener Verein
EVN	Energie-Versorgung Niederösterreich
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWSII	Europäisches Währungssystem
ex-FAR	ex-Forces armées rwandaises Ehemalige Ruandische Streitkräfte
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
EZA-G	Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
FARC	Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia Revolutionäre Bewaffnete Kräfte Kolumbiens
FATF	Financial Action Task Force on Money Laundering Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche“
FBI	Federal Bureau of Investigation
FDLR	Forces démocratiques pour la libération du Rwanda Demokratische Kräfte für die Befreiung Ruandas
FMCT	Treaty banning the production of fissile material for nuclear weapons or other nuclear explosive devices Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper
FNL	Forces Nationales pour la Libération Nationale Befreiungskräfte [Burundi]
FPHC	Frontier Primary Health Care Medizinische Erstversorgung an den Grenzen
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FRELIMO	Frente de Libertacao de Mocambique Befreiungsfront von Mosambik
FSK	Frauenstatuskommission
FTAA	Free Trade Area of the Americas Gesamtamerikanische Freihandelszone
GAM	Gerakan Aceh Merdeka Bewegung Freies Aceh
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GCC	Gulf Cooperation Council Golfkooperationsrat
GDPRD	Global Donor Platform for Rural Development Globale Geberplattform für den Bereich Ländliche Ent- wicklung

Abkürzungsverzeichnis

GEF	Global Environmental Facility Globale Umweltfazilität
GENDERNET	Network on Gender Equality Netzwerk zur Gleichstellung der Geschlechter
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GFATM	Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria Globaler Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria
GFSE	Global Forum for Sustainable Energy Globales Forum über nachhaltige Energie
GK	Generalkonsulat
GMEF	Global Ministerial Environment Forum Globales Ministerforum Umwelt
GMES	Global Monitoring for Environment and Security Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung
GPA	Gewerkschaft für Privatangestellte
GPS	Global Positioning System Globales Positionsbestimmungssystem
G-4	Group of 4 Gruppe der 4
G-8	Group of 8 Gruppe der 8
G-77	Group of 77 Gruppe der 77
GRULAC	Group of Latin American and Caribbean States Gruppe der lateinamerikanischen und karibischen Staaten
GSTP	Global System of Trade Preferences Globales System der Handelspräferenzen
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GVOs	Gentechnisch veränderte Organismen
HCOC	The Hague Code of Conduct against Ballistic Missile Pro- liferation Haager Verhaltenskodex gegen die Proliferation ballisti- scher Raketen
HGK	Honorargeneralkonsulat
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries Hochverschuldete arme Länder
HIV/AIDS	Human Immunodeficiency Virus/Acquired Immune Defi- ciency Syndrome Menschliches Immunschwäche-Virus /Erworbene Im- munschwäche-Syndrom
HIFA	Harare International Festivals of the Arts
HK	Honorarkonsulat
XXVI	

Abkürzungsverzeichnis

HLS	High-Level Segment Hochrangiges Segment
HSN	Human Security Network Netzwerk Menschliche Sicherheit
HTP	Harmful Traditional Practices Traditionsbedingte Gewalt gegen Frauen
HV-SAP	Haushaltsverrechnung – Systeme Anwendungen und Produkte in der Datenverarbeitung
IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation
IAF	International Arrangement on Forests Internationale Vereinbarung für Wälder
IBE	International Bureau of Education Internationales Bildungsbüro
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ICAO	International Civil Aviation Organization Internationale Zivilluftfahrtorganisation
ICCPR	International Covenant on Civil and Political Rights Internationaler Pakte über bürgerliche und politische Rechte
ICIMOD	International Centre for Integrated Mountain Development Internationales Zentrum für integrierte Gebirgsentwick- lung
ICMPD	International Centre for Migration Policy Development Internationales Zentrum für Migrationspolitikentwicklung
ICOM	International Council of Museums Internationaler Museumsrat
ICOMOS	International Council of Monuments and Sites Internationaler Rat für Denkmalpflege
ICPD	International Conference on Population and Development Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwick- lung
ICPDR	International Commission for the Protection of the Danu- be River Internationale Kommission zum Schutz der Donau
ICRW	International Convention for the Regulation of Whaling Internationales Walfangübereinkommen
ICTR	International Criminal Tribunal for Rwanda Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda
ICTY	International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugo- slawien
IDB	Inter-American Development Bank Interamerikanische Entwicklungsbank

Abkürzungsverzeichnis

IDM	Institut für den Donaauraum und Mitteleuropa
IEA	International Energy Agency Internationale Energieagentur
IFAD	International Fund for Agricultural Development Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung
IFC	International Finance Corporation Internationale Finanz-Corporation
IFRI	Institut Français des Relations Internationales Französisches Institut für Internationale Beziehungen
IGAD	Intergovernmental Authority on Development Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung
IGH	Internationaler Gerichtshof
IHR	International Health Regulations Internationale Gesundheitsregeln
IIASA	International Institute for Applied Systems Analysis Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse
IIC	Independent Inquiry Committee Unabhängige Untersuchungskommission
IIEP	International Institute for Educational Planning Internationales Institut für Bildungsplanung
IIP	International Institute for Peace Internationales Institut für den Frieden
IIZ	Institut für Internationale Zusammenarbeit
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IKSD	Internationale Kommission zum Schutz der Donau
IKSR	Internationale Kommission zum Schutz des Rheins
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
ILO	International Labour Organization Internationale Arbeitsorganisation
IMEC	Industrialized Market Economy Countries Industrialisierte Marktwirtschaftsländer
IMO	International Maritime Organization Internationale Seeschiffahrts-Organisation
INSTRAW	International Research and Training Institute for the Advancement of Women Internationales Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau
IOC	International Oceanographic Commission Internationale Ozeanografische Kommission
IOM	International Organization for Migration Internationale Organisation für Migration
IPI	International Press Institute Internationales Presseinstitut

Abkürzungsverzeichnis

IPPC	International Plant Protection Convention Internationales Pflanzenschutzübereinkommen
IPTF	United Nations International Police Task Force Internationale Polizeieinsatztruppe der Vereinten Nationen
IPU	Integrated Police Unit Integrierte Polizeieinheit
i.R.	in Ruhe
IRCAM	Institut de Recherche et Coordination Acoustique Musicque Forschungs- und Koordinationsinstitut für Akustik und Musik
ISA	International Seabed Authority Internationale Meeresbodenbehörde
ISAF	International Security Assistance Force Internationale Sicherheitsbeistandstruppe
ISEA	International Symposium on Electronics Art
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
ITLOS	International Tribunal for the Law of the Sea Internationaler Seegerichtshof
ITSO	International Telecommunications Satellite Organization Internationale Fernmeldesatellitenorganisation
ITU	International Telecommunication Union Internationale Fernmeldeunion
IWC	International Whaling Commission Internationale Walfangkommission
IWF	Internationaler Währungsfonds
JEM	Justice and Equality Movement Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit [Sudan]
JIU	Joint Inspection Unit Gemeinsame Inspektionsgruppe
JPO	Junior Professional Officer Nachwuchskraft im Höheren Dienst
JREC	Johannesburg Renewable Energy Coalition Johannesburger Koalition für erneuerbare Energien
JVI	Joint Vienna Institute
K	Kärnten
KANU	Kenya African National Union Afrikanische Nationalunion Kenias
KF	Kulturforum
KFOR	Kosovo Force Kosovo-Truppe
KGRE	Kongress der Gemeinden und Regionen Europas

Abkürzungsverzeichnis

KKW	Kernkraftwerk/e
KLW	Kleinwaffen und leichte Waffen
KMU	Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen
KPC	Kommunistische Partei Chinas
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LAC	Latin America and Caribbean Lateinamerika und Karibik
LAVAK	Landesverteidigungsakademie
LDCs	Least Developed Countries Am wenigsten entwickelte Länder
LDK	Demokratische Liga des Kosovo
LDR	Liberal, Democratic and Reformers' Group Gruppe der Liberalen, Demokraten und Reformer
LIPRODHOR	Ligue Rwandaise pour la Promotion et la Défense des Droits de l'Homme Liga Ruandas zum Schutz und zur Verteidigung der Menschenrechte
LRA	Lord's Resistance Army Widerstandsarmee des Herrn [Uganda]
LSI	Sozialistische Bewegung für Integration [Albanien]
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam Befreiungstiger von Tamil Eelam [Sri Lanka]
MAB	Man and the Biosphere Der Mensch und die Biosphäre
M.A.I.S.	Master of Advanced International Studies
MANPADS	Man-Portable Air Defense Systems Schultergestützte Luftabwehrsysteme
MAS	Movimiento Al Socialismo Bewegung zum Sozialismus [Bolivien]
MCDU	Military and Civil Defense Unit Gruppe für militärische und Zivilschutzressourcen
MDG/s	Millennium Development Goal/s Millennium Entwicklungsziel/e
MEDA	Mésures d'accompagnement financières et techniques Finanzielle und technische Begleitmaßnahmen
MEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MERCOSUR	Mercado Común del Cono Sur Gemeinsamer Markt des Südens
MIGA	Multilateral Investment Guarantee Agency Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur
XXX	

Abkürzungsverzeichnis

MINUCI	Mission des Nations Unies en Côte d'Ivoire Mission der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire
MINUGUA	Mission de vérification des Nations Unies au Guatemala Verifikationsmission der Vereinten Nationen in Guatemala
MINURSO	Mission des Nations Unies pour l'organisation d'un référendum au Sahara occidental Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara
MINUSTAH	Mission des Nations Unies pour la stabilisation en Haiti Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti
Mio.	Millionen
MKMB	Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe
MNF	Multinational Force Multinationale Truppe
MOEL	Mittel- und osteuropäische Länder
MONUC	Mission de l'Organisation des Nations Unies en République démocratique du Congo Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo
MOP	Meeting of the Parties Treffen der Vertragsparteien
MOTAPM	Mines other than Anti-Personnel Mines Minen, die keine Antipersonenminen sind
MRK	Menschenrechtskommission
MTCR	Missile Technology Control Regime Trägertechnologie-Kontrollregime
MTD	Medizinisch-technische Dienste
N	Niederösterreich
NAFTA	North American Free Trade Agreement Nordamerikanische Freihandelszone
NAM	Movement of Non-Aligned Countries Bewegung der nichtgebundenen Länder
NAPincl	National Action Plans on Social Inclusion Nationale Aktionspläne zur Sozialen Eingliederung
NARC	National Rainbow Coalition Nationale Regenbogenkoalition [Kenia]
NATO	North Atlantic Treaty Organisation Nordatlantikvertrags-Organisation
NCEP	National Civil Education Programme Nationales Ziviles Bildungsprogramm

Abkürzungsverzeichnis

NEEDS	Network of Europeans for Electoral and Democracy Support Netz von Europäern für die Unterstützung von Wahlen und Demokratie
NEPAD	New Partnership for Africa's Development Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas
NGO/s	Non-Governmental Organization/s Nicht-Regierungsorganisation/en
NORAD	North American Aerospace Defense Command Nordamerikanisches Luftverteidigungskommando
NPT	Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen
NSG	Nuclear Suppliers Group Gruppe der (wichtigsten) nuklearen Lieferländer
NTA	New Transatlantic Agenda Neue Transatlantische Agenda
O	Oberösterreich
ÖAD	Österreichischer Austauschdienst
ÖAI	Österreichisches Archäologisches Institut
OAS	Organization of American States Organisation Amerikanischer Staaten
OAU	Organization of African Unity Organisation der afrikanischen Einheit
ÖAW	Österreichische Akademie der Wissenschaften
ÖB	Österreichische Botschaft
ÖBTZ	Österreichisches Büro für technische Zusammenarbeit
OCHA	Office for the Coordination of Humanitarian Affairs Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten
ODCCP	Office for Drug Control and Crime Prevention Büro für Drogenkontrolle und Verbrechenverhütung
ODA	Official Development Assistance Öffentliche Entwicklungshilfe
ODIHR	Office for Democratic Institutions and Human Rights Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OeNB	Österreichische Nationalbank
OEZA	Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
OFID	OPEC Fund for International Development OPEC-Fonds für Internationale Entwicklung
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
XXXII	

Abkürzungsverzeichnis

OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights Amt der Hochkommissarin für Menschenrechte
ÖHI	Österreichisches Historisches Institut
ÖI	Österreich Institut
OIC	Organization of Islamic Conference Organisation der Islamischen Konferenz
ÖIES	Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitik
OIF	Organisation internationale de la Francophonie Internationale Organisation der Frankophonie
ÖIIP	Österreichisches Institut für Internationale Politik
ONUB	Opération des Nations Unies au Burundi Operation der Vereinten Nationen in Burundi
OPCW	Organization for the Prohibition of Chemical Weapons Organisation für das Verbot chemischer Waffen
OPS	Overarching Policy Strategy Umfassende Politische Strategie
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries Organisation der erdölausführenden Länder
ÖSD	Österreichisches Sprachdiplom
ÖSFO	Ökosoziales Forum Österreich
OSI	Ost- und Südosteuropainstitut
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
ÖSFK	Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung
ÖVP	Österreichische Volkspartei
ÖW	Österreich-Werbung
OZA	Ostzusammenarbeit
PAIGC	Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kap Verde
PAITHOM	Pakistan Austrian Institute for Tourism and Hotel Management
PaN	Partner aller Nationen
PAP	Pan-African Parliament Pan-Afrikanisches Parlament
PASPA	Partenariat stratégique pour la paix Strategische Partnerschaft für den Frieden
PfP	Partnership for Peace Partnerschaft für den Frieden
PIC	Prior-Informed-Consent Vorherige Zustimmung nach Inkenntnissetzung

Abkürzungsverzeichnis

PISA	Programme for International Student Assessment Internationale Schulleistungsstudie
PLO	Palestine Liberation Organization Palästinensische Befreiungsorganisation
PNR	Passenger Name Records Fluggastdatensätze
PODEMOS	Poder Democrático y Social Demokratische und Soziale Kraft [Bolivien]
POPs	Persistent Organic Pollutants Abfälle nicht abbaubarer organischer Schadstoffe
POVNET	Network on Poverty Reduction Netzwerk für Armutsbekämpfung
PRSP	Poverty Reduction Strategy Papers Strategiepapiere zur Armutsminderung
PRTs	Provincial Reconstruction Teams Regionale Wiederaufbauteams
PSS	Bewegung Kraft Serbiens
PSSH	Sozialistische Partei Albaniens
PTS	Provisional Technical Secretariat Provisorisches Technisches Sekretariat
RACVIAC	South-East European Regional Arms Control Verification And Implementation Assistance Center Regionales Unterstützungszentrum zur Implementierung von Rüstungskontrolle und Verifikation in Südosteuropa
REEEP	Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership Partnerschaft für erneuerbare Energie und Energieeffizienz
RIS	River Information Services Binnenschifffahrtswirtschaftsinformationsdienste
SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
SAARC	South Asian Association for Regional Cooperation Südasiatischer Verband für Regionale Zusammenarbeit
SADC	Southern African Development Community Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika
SAICM	Strategic Approach to International Chemicals Management Strategisches Konzept für ein internationales Chemikalienmanagement
SAP	Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess
SARD	Sustainable Agriculture and Rural Development Nachhaltige Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung
SARS	Severe Acute Respiratory Syndrome Schweres akutes Atemnotsyndrom
XXXIV	

Abkürzungsverzeichnis

Sbg	Salzburg
SCO	Shanghai Cooperation Organization Shanghai Organisation für Zusammenarbeit
SCSL	Special Court for Sierra Leone Sondergerichtshof für Sierra Leone
SDP	Sozialdemokratische Partei [Serbien]
SDPO	Serbische Demokratische Erneuerungsbewegung
SDSM	Sozialdemokratischer Bund für Mazedonien
SFOR	Stabilization Force Stabilisierungstruppe
SGCI	Secrétariat général du Comité interministériel pour les questions de coopération économique européenne Generalsekretariat des interministeriellen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe Alliiertes Oberkommando Europas
SHIRBRIG	Standby Forces High Readiness Brigade Multinationale Brigade aus Eingreiftruppen hoher Be- reitschaft
SICA	Sistema de la Integración Centroamericana Zentralamerikanisches Integrationsbündnis
SIPA	State Intelligence Protection Agency Staatlicher Nachrichten- und Sicherheitsdienst
SIS	Schengener Informationssystem
SITCEN	EU Situation Centre EU-Lagezentrum
SLM/A	Sudan Liberation Movement/Army Befreiungsbewegung/-armee Sudans
SOC	Groupe Socialiste Sozialistische Gruppe
SPE	Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament
SPIS	Special Programme in International Studies
SPLM/A	Sudan Peoples Liberation Movement/Army Sudanesische Volksbefreiungsbewegung/-armee
SPO	Serbische Erneuerungsbewegung
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SPS	Sozialistische Partei Serbiens
SRS	Serbische Radikale Partei
SRSG	Special Representative of the Secretary-General Sonderbeauftragter des Generalsekretärs
ST-EP	Sustainable Tourism – Eliminating Poverty Nachhaltiger Tourismus – Armutsbekämpfung
St	Steiermark
SVP	Südtiroler Volkspartei

Abkürzungsverzeichnis

SWAC	Sahel and West Africa Club Klub für Sahel und Westafrika
SWAPs	Sector-wide approaches Sektorweite Ansätze
SWAPO	South West Africa People's Organization Südwestafrikanische Volksorganisation
SWISSCOY	Swiss Company Schweizer Kompanie
TABD	Transatlantic Business Dialogue Transatlantischer Wirtschaftsdialog
TACD	Transatlantic Consumer Dialogue Transatlantischer Verbraucherdialog
TACIS	Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States Technische Unterstützung für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
TCPR	Triennial comprehensive policy review of operational activities for development of the United Nations system Dreijährliche umfassende Grundsatzüberprüfung der operativen Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen
TEMPUS	Europaweites Programm zur Zusammenarbeit im Hochschulbereich
TEN	Transeuropäische Netze
TIEA	Trade and Investment Enhancement Agreement Handels- und Investitionsförderungsabkommen
TLD	Transatlantic Legislators Dialogue Transatlantischer Dialog der Gesetzgeber
TOURCOM	First World Conference on Tourism Communications Erste Weltkonferenz über Tourismuskommunikation
TPB	Terrorism Prevention Branch Unterabteilung Terrorismusverhütung
TRACECA	Transport Corridor Europe Caucasus Asia Transportkorridor Europa-Kaukasus-Asien
TRIPs	Trade-related Aspects of Intellectual Property Rights Handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum
UCK	Kosovo Befreiungsarmee
UEL	Group of the Unified European Left Gruppe der Vereinigten Europäischen Linken
UN	United Nations Vereinte Nationen

Abkürzungsverzeichnis

UNAIDS	Joint United Nations Programme on HIV/AIDS Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids
UNAMA	United Nations Assistance Mission in Afghanistan Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan
UNAMI	United Nations Assistance Mission for Iraq Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak
UNAMSIL	United Nations Mission in Sierra Leone Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone
UNCDF	United Nations Capital Development Fund Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen
UNCHS	United Nations Commission on Human Settlements Kommission der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht
UN-CMCoord	United Nations Civil Military Coordination Zivil-militärische Zusammenarbeit der Vereinten Nationen
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen
UNDAC	United Nations Disaster Assessment and Coordination teams Katastrophenabschätzungs- und Koordinierungsteams der Vereinten Nationen
UNDC	United Nations Disarmament Commission Abrüstungskommission der Vereinten Nationen
UNDCP	United Nations International Drug Control Programme Programm der Vereinten Nationen für internationale Drogenkontrolle
UNDOF	United Nations Disengagement Observer Force Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung
UNDP	United Nations Development Programme Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Abkürzungsverzeichnis

UNEO	United Nations Environment Organization Umweltorganisation der Vereinten Nationen
UNEP	United Nations Environment Programme Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen
UNFF	United Nations Forum on Forests Waldforum der Vereinten Nationen
UNFICYP	United Nations Peacekeeping Force in Cyprus Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern
UNFPA	United Nations Population Fund Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen
UN-Habitat	United Nations Human Settlements Programme Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen
UNHCR	Office of the United Nations High Commissioner for Refugees Amt des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen
UNICEF	United Nations Children's Fund Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung
UNIDROIT	Institut international pour l'unification du droit privé Internationales Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechts
UNIFEM	United Nations Development Fund for Women Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon
UNIKOM	United Nations Iraq-Kuwait Observation Mission Beobachtermission der Vereinten Nationen für Irak und Kuwait
UNIOSIL	United Nations Integrated Office in Sierra Leone Integriertes Büro der Vereinten Nationen in Sierra Leone
UNISPACE	United Nations Conference on the Exploration and Peaceful Uses of Outer Space
XXXVIII	

Abkürzungsverzeichnis

	Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums
UNMEE	United Nations Mission in Ethiopia and Eritrea Mission der Vereinten Nationen in Äthiopien und Eritrea
UNMIBH	United Nations Mission in Bosnia and Herzegovina Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo
UNMIL	United Nations Mission in Liberia Mission der Vereinten Nationen in Liberia
UNMIS	United Nations Mission in the Sudan Mission der Vereinten Nationen in Sudan
UNMISSET	United Nations Mission of Support in East Timor Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Osttimor
UNMISUD	United Nations Mission in Sudan Mission der Vereinten Nationen in Sudan
UNMOVIC	United Nations Monitoring, Verification and Inspection Commission Überwachungs-, Verifikations- und Inspektionskommission der Vereinten Nationen
UNOCI	United Nations Operation in Côte d'Ivoire Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung
UNOMIG	United Nations Observer Mission in Georgia Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien
UNOMSIL	United Nations Observer Mission in Sierra Leone Beobachtermission der Vereinten Nationen in Sierra Leone
UNOTIL	United Nations Office in Timor-Leste Büro der Vereinten Nationen in Timor-Leste
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten
UNTAET	United Nations Transitional Administration in East Timor Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen in Osttimor
UNTOP	United Nations Tajikistan Office for Peacebuilding Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Tadschikistan

Abkürzungsverzeichnis

UNTSO	United Nations Truce Supervision Organization Organisation der Vereinten Nationen zur Überwachung des Waffenstillstands
UNU	United Nations University Universität der Vereinten Nationen
UNV	United Nations Volunteers Programme Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen
UNWTO	World Tourism Organization Weltorganisation für Tourismus
UPU	Universal Postal Union Weltpostverein
USAID	United States Agency for International Development Internationale Entwicklungsbehörde der Vereinigten Staa- ten
VAGR	Verteidigungsattaché Griechenland
Vbg	Vorarlberg
VFTC	Voluntary Fund for Technical Cooperation in the Field of Human Rights Freiwilliger Fonds für technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte
VIC	Vienna International Centre
VIDC	Vienna Institute for Development and Cooperation Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammen- arbeit
VN	Vereinte Nationen
VN-GS	Generalsekretär der Vereinten Nationen
VN-GV	Generalversammlung der Vereinten Nationen
VN-SR	Sicherheitsrat der Vereinten Nationen
VO	Verordnung
VSAT	Very Small Aperture Terminal Sehr kleine Erdefunkstelle
W	Wien
WA	Wassenaar Arrangement
WAN	Wide Area Network Großräumiges Netzwerk
WEAG	Western European Armaments Group Westeuropäische Rüstungsgruppe
WEOG	Western Europe and Others Group Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten
WEU	Western European Union Westeuropäische Union
WFP	World Food Programme Welternährungsprogramm
XL	

Abkürzungsverzeichnis

WHO	World Health Organization Weltgesundheitsorganisation
WIIW	Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche
WIPO	World Intellectual Property Organization Weltorganisation für geistiges Eigentum
WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich
WMO	World Meteorological Organization Weltorganisation für Meteorologie
WSIS	World Summit on the Information Society Weltgipfel über die Informationsgesellschaft
WSSD	World Summit on Sustainable Development Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung
WTO	World Trade Organization Welthandelsorganisation
ZANU-PF	Zimbabwe African National Union – Patriotic Front Afrikanische Nationalunion von Simbabwe – Patriotische Front
ZC	Zangger Committee Zangger-Komitee
ZKR	Zentralkommission für die Rheinschifffahrt

A. Österreich in der Europäischen Union

I. Die Erweiterung der Europäischen Union

In der historischen Erweiterungsrunde mit dem Beitritt zehn neuer Mitgliedstaaten im Jahr 2004 fehlten **Bulgarien und Rumänien**, zwei Länder, die an dem 1998 begonnenen Beitrittsprozess von Anfang an teilgenommen hatten. Sie konnten ihre Beitrittsverhandlungen im Dezember 2004 abschließen. Die Europäische Kommission erteilte ihre Zustimmung zum Beitritt Bulgariens und Rumäniens in einer Stellungnahme vom 22. Februar. Im April gab das Europäische Parlament seine Zustimmung zur Unterzeichnung des Beitrittsvertrags, nachdem sich zuvor eine große Mehrheit des Außenpolitischen Ausschusses für den Beitritt beider Länder ausgesprochen hatte. Am 25. April wurde in Luxemburg der Beitrittsvertrag von Vertretern der Mitgliedstaaten der Union sowie von Bulgarien und Rumänien feierlich unterzeichnet, für Österreich von Vizekanzler Hubert Gorbach und Bundesministerin Ursula Plassnik.

Am 25. Oktober legte die Kommission so genannte „umfassende Monitoringberichte“ vor, die den Stand der Beitrittsvorbereitungen in beiden Ländern untersucht hatten. Aus diesen Berichten wurde klar, dass die beiden Beitrittsländer im Untersuchungszeitraum Fortschritte erzielt hatten, für die Erreichung des Beitrittszieldatums, den 1. Jänner 2007, aber noch umfangreiche Anstrengungen unternehmen müssten. Am 7. November versandte die Kommission letzte „Warnbriefe“ an Bulgarien und Rumänien, in denen sie jene verbliebenen Probleme aufzeigte, die vor dem Beitritt noch dringend gelöst werden müssen. Die Kommission stellte für beide Länder noch dringenden Handlungsbedarf fest, insbesondere in den Bereichen Justiz und Inneres, Landwirtschaft, Gesellschaftsrecht und Regionalpolitik. Sie kündigte außerdem an, im April/Mai 2006 einen weiteren Monitoringbericht vorzulegen. Dieser könnte auch die Empfehlung enthalten, das Beitrittsdatum für ein Beitrittsland oder auch für beide um ein Jahr zu verschieben. Diese Empfehlung würde dann ergehen, wenn die ernste Gefahr bestünde, dass Bulgarien und/oder Rumänien den Verpflichtungen aus der EU-Mitgliedschaft am 1. Jänner 2007 nicht nachkommen könnten.

Die Wirksamkeit des Beitrittsvertrags setzt – unabhängig von einer möglichen Verschiebung des Beitrittsdatums auf den 1. Jänner 2008 – die Ratifikation des Beitrittsvertrags durch alle Vertragsparteien bis zum 31. Dezember 2006 voraus. In Österreich wurde der Ratifikationsprozess mit der Einleitung des Begutachtungsverfahrens des für die Ratifikation notwendigen Ermächtigungs-Bundesverfassungsgesetzes am 30. November begonnen.

Nächste Erweiterungsschritte betrafen **Kroatien** und die **Türkei**, die seit 2004, respektive 1999, den Status eines Beitrittskandidaten innehatten. Der Europäische Rat vom 16. und 17. Dezember 2004 legte in seinen Schlussfolgerungen die Termine für den Beginn von Verhandlungen mit den bei-

Österreich in der Europäischen Union

den Ländern im Jahr 2005 fest. Bereits am 22. Dezember 2004 beschloss der Nationalrat, dass über einen allfälligen Beitrittsvertrag mit der Türkei eine Volksabstimmung abgehalten werden soll. Für Kroatien war der 17. März unter der Bedingung vorgesehen, dass bis dahin die uneingeschränkte Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag (ICTY) gegeben sei. Voraussetzung dafür war die größtmögliche kroatische Mitwirkung bei der Ausforschung, Festnahme und Auslieferung des früheren kroatischen Generals Ante Gotovina nach Den Haag. Für die Türkei wurde der 3. Oktober mit der Auflage bestimmt, bis dahin wichtige Rechtsakte, vor allem im Bereich des Strafrechts, verabschiedet und das Protokoll über die Erstreckung der Zollunion mit der EU auf die neuen Mitgliedstaaten (Ankara-Protokoll) unterschrieben zu haben.

Die EU-Mitgliedstaaten beschlossen am 17. März den Verhandlungsrahmen für Kroatien. Für die Eröffnung der Verhandlungen kam der nötige Konsens aber nicht zustande, da die EU-AußenministerInnen auf der Grundlage des Berichtes von ICTY-Chefanklägerin Carla Del Ponte Kroatien keine volle Kooperation mit ICTY bescheinigen konnten. Auf eine Initiative Österreichs beschloss der Europäische Rat vom 22. und 23. März daraufhin die Einsetzung einer hochrangigen Task Force, bestehend aus dem Vorsitz (Luxemburg), den beiden nachfolgenden Vorsitz-Ländern (Großbritannien und Österreich), dem Hohen Vertreter des Rates und einem Vertreter der Kommission zur Evaluierung der ICTY-Kooperation Kroatiens.

Im Juni stellte die Europäische Kommission den Entwurf eines Verhandlungsrahmens für die Türkei vor. Die von der EU mehrfach geforderte Unterzeichnung des Ankara-Protokolls durch die Türkei erfolgte am 29. Juli. Gleichzeitig gab die Türkei jedoch eine einseitige Erklärung ab, die die Nicht-Anerkennung der derzeitigen Republik Zypern als Völkerrechtssubjekt beinhaltet. In einer Gegenerklärung stellte die EU am 21. September unter anderem fest, dass die türkische Erklärung keine Auswirkung auf die rechtlichen Verpflichtungen der Türkei nach dem Protokoll habe, und die Anerkennung aller Mitgliedstaaten der EU eine notwendige Komponente des Beitrittsprozesses sei.

Am 3. Oktober beschlossen die EU-AußenministerInnen bei ihrem Rat die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien. Carla Del Ponte hatte Kroatien kurz zuvor die volle Zusammenarbeit mit ICTY bescheinigt (siehe auch Kapitel A.IV.3.1.1.). Der formelle Start der Verhandlungen erfolgte in Form einer Beitrittskonferenz mit Kroatien.

Die EU-AußenministerInnen beschlossen am selben Tag die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Dies wurde durch eine Einigung auf den Verhandlungsrahmen ermöglicht, der die Grundparameter für Verhandlungen mit der Türkei festlegt. Nach intensiven Verhandlungen hatte Österreich wichtige Änderungen gegenüber dem von der Europäischen

Die Erweiterung der Europäischen Union

Kommission vorgelegten Entwurf erreicht. Diese betreffen insbesondere die Verankerung der Aufnahmefähigkeit der EU als eine der Beitrittsvoraussetzungen, einen Hinweis auf die notwendige Akzeptanz eines allfälligen Beitritts durch die EU-BürgerInnen sowie eine gleichmäßige Aufteilung der finanziellen Belastung eines Beitritts auf alle Mitgliedstaaten. Auch mit der Türkei wurde noch am selben Abend eine Beitrittskonferenz abgehalten.

Der Verhandlungsrahmen präzisiert weiters, dass es sich um einen offenen Prozess handelt, dessen Ausgang sich nicht im Vorhinein garantieren lässt. Ist die Türkei nicht imstande, alle mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen einzuhalten, wobei allen Kopenhagener Politischen Kriterien Rechnung zu tragen ist, soll dennoch eine möglichst feste Verankerung des Kandidatenlandes in den europäischen Strukturen erfolgen. Zudem kann ein Verhandlungsabschluss mit der Türkei frühestens nach einem Beschluss über die Finanzperiode ab 2014 erfolgen und wird voraussichtlich nicht ohne eine vorherige Finanzreform möglich sein. Die Verhandlungen werden von einem politischen und zivilen Dialog begleitet. Die Türkei muss die im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission zum Ausdruck gebrachten Defizite beheben und steht weiter unter intensiver Beobachtung der Union.

Schließlich ist im Türkei-Verhandlungsrahmen wie in dem für Kroatien festgelegt, dass die Verhandlungen – analog zu jenen am 1. Mai 2004 beigetretenen Ländern – im Rahmen einer Regierungskonferenz und in „Verhandlungskapitel“ strukturiert geführt werden. Neu ist die Verwendung von Kriterien (benchmarks) für den vorläufigen Abschluss und gegebenenfalls auch für die Eröffnung von Kapiteln, die sich auf Rechtsangleichung und -umsetzung sowie auf die Erfüllung bereits bestehender Verpflichtungen gegenüber der EU beziehen können. Der Text erwähnt die Möglichkeit von langen Übergangsfristen, Derogationen, Sonderregelungen und dauerhaften Schutzklauseln, auf deren Basis in Bereichen wie Freiheit des Personenverkehrs, Strukturpolitik und Landwirtschaft jederzeit Schutzmaßnahmen aktiviert werden können; bei Entscheidungen im Bereich des freien Personenverkehrs soll den Mitgliedstaaten zudem eine größtmögliche Rolle zukommen. Ebenfalls neu ist die Möglichkeit, die Verhandlungen im Falle einer schweren und anhaltenden Verletzung europäischer Werte zu suspendieren.

Die Europäische Kommission beurteilte am 9. November den Stand von politischen und wirtschaftlichen Reformen sowie der Rechtsanpassung in ihrem im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses (SAP) vorgelegten Fortschrittsbericht über Kroatien insgesamt positiv: Kroatien sei eine funktionierende Marktwirtschaft, bei der Modernisierung des Verwaltungs- und Justizapparats gebe es aber noch Nachholbedarf.

Angesichts der intensiven politischen und wirtschaftlichen Beziehungen hat Österreich ein großes Interesse an einer Aufnahme Kroatiens in die EU.

Österreich in der Europäischen Union

Österreich begrüßte den Grundtenor der detaillierten Analyse der Europäischen Kommission über die Reformfortschritte des Landes, der die österreichische Einschätzung bestätigte, wonach Kroatien auf gutem Kurs in Richtung EU-Mitgliedschaft sei.

Der ebenfalls am 9. November vorgelegte Fortschrittsbericht zur Türkei fiel relativ kritisch aus. Die Kommission bestätigte zwar weiterhin die „ausreichende“ Erfüllung der Kopenhagener Politischen Kriterien, stellte jedoch fest, dass sich der Reformprozess insgesamt verlangsamt habe und in sensiblen Bereichen wie Gewerkschaftsrechte, Recht auf freie Religionsausübung, Stellung der Frau oder Stellung von Minderheiten großer Reformbedarf bestehe. Hingegen wurde für den Wirtschaftsbereich ein grundlegender Fortschritt konstatiert und die Türkei erstmals als funktionierende Marktwirtschaft eingestuft.

Im Anschluss an die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei begann die Europäische Kommission Ende des Jahres bei einigen Verhandlungskapiteln mit der Prüfung der rechtlichen Bestimmungen der Kandidatenländer auf deren Vereinbarkeit mit dem gemeinschaftlichen Rechtsbestand (so genanntes „Acquis-Screening“). Dieser Prozess, innerhalb dessen die noch ausstehenden Anpassungen der Beitrittskandidaten an den Rechtsbestand der EU aufgezeigt werden, wird voraussichtlich bis Herbst 2006 dauern.

Österreich leistete erneut konkrete Unterstützung im Erweiterungsprozess durch eine sehr aktive Beteiligung im Rahmen von Verwaltungspartnerschaften (**Twinning**). Das bereits im Vorjahr stark gestiegene österreichische Engagement setzte sich weiter fort und führte zu einem Rekordergebnis: Österreich bekam den Zuschlag für insgesamt 40 Twinning-Projekte mit einem Gesamtvolumen von mehr als 20 Millionen Euro. Länder-schwerpunkte waren dabei Bulgarien, Rumänien, Malta und Ungarn. Seit dem Start von Twinning-Programmen im Jahr 1997 konnte Österreich 157 derartige Partnerschaften mit mehr als 70 Millionen Euro aufbauen.

II. Die Reform der Europäischen Union und ihrer Institutionen

1. Der EU-Verfassungsvertrag

Die Staats- und Regierungschefs hatten sich am 18. Juni 2004 auf einen „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ geeinigt, der am 29. Oktober 2004 in Rom unterzeichnet wurde. Der erzielte Kompromiss beruhte in großen Teilen auf dem vom Europäischen Konvent ausgearbeiteten Verfassungsentwurf. Die nachfolgende Regierungskonferenz nahm im Wesentlichen Anpassungen der besonders wichtigen institutionellen Bestimmungen vor.

Die Reform der Europäischen Union und ihrer Institutionen

Der Verfassungsvertrag fasst das gesamte Vertragswerk in einem einheitlichen Vertrag zusammen: Europa bekennt sich zu gemeinsamen Zielen wie Frieden, Sicherheit und Solidarität und zu Werten wie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Weitere gemeinsame Ziele sind Umweltschutz, Wirtschaftswachstum und Preisstabilität, Vollbeschäftigung und sozialer Fortschritt, Bekämpfung von Armut und der Schutz der Rechte von Kindern. Die vom Grundrechtekonvent entworfene Charta der Grundrechte wurde in die Verfassung aufgenommen und verankerte somit die Grund- und Bürgerrechte erstmals auf europäischer Ebene.

2. Überblick über den Ratifikationsprozess

Der Verfassungsvertrag kann erst nach Ratifikation durch sämtliche Mitgliedstaaten in Kraft treten. Der Vertrag selbst sieht als Zeitpunkt seines Inkrafttretens den ersten Tag des zweiten auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde folgenden Monats vor. Falls sich im Zuge der Ratifikation Schwierigkeiten ergeben, sind folgende (partielle) Vorkehrungen getroffen: Gemäß einer gemeinsamen Erklärung soll der Europäische Rat befasst werden, wenn zwei Jahre nach der Unterzeichnung (Ende Oktober 2006) vier Fünftel der Mitgliedstaaten ratifiziert haben und in einem oder mehreren Mitgliedstaaten bei der Ratifikation Schwierigkeiten aufgetreten sind.

2.1. Ratifikation in Österreich

In Österreich wurde der Verfassungsvertrag sowohl durch den Nationalrat (mit nur einer Gegenstimme) als auch durch den Bundesrat (drei Gegenstimmen) mit deutlicher Mehrheit angenommen. Nachdem die Ratifikationsurkunde im Juni von Bundespräsident Heinz Fischer unterzeichnet und durch Bundeskanzler Wolfgang Schüssel gegengezeichnet worden war, wurde sie am 17. Juni in Rom hinterlegt. Österreich war nach Litauen, Ungarn, Slowenien und Spanien der fünfte Mitgliedstaat der Union, der seine Ratifikationsurkunde hinterlegte.

Österreich in der Europäischen Union

Überblick über den Ratifikationsprozess in Österreich:

Ratifikationsschritte	Datum
Unterzeichnung des EU-Verfassungsvertrags	29. Oktober 2004
Ministerrat: Regierungsvorlage zum Ermächtigungs-BVG	18. Jänner 2005
Annahme (einstimmig) des Ermächtigungs-BVG im Plenum des Nationalrates	2. März 2005
Annahme (einstimmig) des Ermächtigungs-BVG im Plenum des Bundesrates	17. März 2005
Kundmachung des Ermächtigungs-BVG im BGBl I/12	29. März 2005
Ministerrat: Regierungsvorlage zum EU-Verfassungsvertrag	30. März 2005
Annahme (mit einer Gegenstimme) der Regierungsvorlage zum EU-Verfassungsvertrag im Plenum des Nationalrates	11. Mai 2005
Zustimmung (mit drei Gegenstimmen) im Plenum des Bundesrates	25. Mai 2005
Ratifikation durch den Bundespräsidenten	14. Juni 2005
Hinterlegung der Ratifikationsurkunde	17. Juni 2005

2.2. Ratifikation in anderen Mitgliedstaaten

Während in Österreich verfassungsgesetzlich eine parlamentarische Ratifikation vorgesehen war, wählten nicht alle Mitgliedstaaten diesen Weg. Zehn Mitgliedstaaten (Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Polen, Portugal, Spanien und Tschechien) nahmen in Aussicht, im Zuge ihres Ratifikationsprozesses ein Referendum abzuhalten. In vier Mitgliedstaaten (Dänemark, Irland, Polen und Portugal) wird das Ergebnis rechtlich bindend sein.

Das erste Referendum über die Verfassung wurde am 20. Februar in Spanien abgehalten und ergab eine Zustimmung von 77%. Die beiden Referenden in Frankreich am 29. Mai und in den Niederlanden am 1. Juni ergaben jedoch eine Ablehnung des Verfassungsvertrags (rund 55% Nein-Stimmen in Frankreich, rund 62% Nein-Stimmen in den Niederlanden). Einige Mitgliedstaaten verschoben deshalb ihre Referenden. In Luxemburg wurde die

Die Reform der Europäischen Union und ihrer Institutionen

Volksabstimmung plangemäß im Juli durchgeführt, wobei eine Mehrheit von rund 57% für die Verfassung stimmte.

Bis Ende 2005 genehmigten die Parlamente von insgesamt 13 Mitgliedstaaten die Ratifikation des Vertrags über eine Verfassung für Europa: Deutschland, Griechenland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Österreich, Slowakei, Slowenien, Spanien, Ungarn und Zypern. In Deutschland und der Slowakei erfolgte aber die Unterzeichnung der Ratifikationsurkunden noch nicht, da nationale höchstgerichtliche Entscheidungen über die Rechtmäßigkeit der Ratifikationsverfahren noch ausständig sind.

In Belgien, Estland und Finnland wird der Abschluss des Ratifikationsprozesses im Jahr 2006 erwartet. Dänemark, Großbritannien, Irland, Polen, Portugal, Schweden und Tschechien verschoben ihre Ratifikationsverfahren auf unbestimmte Zeit.

3. Die Reflexionsphase

Der Europäische Rat vom 16. und 17. Juni beschloss, im 1. Halbjahr 2006 eine Bewertung der einzelstaatlichen Debatten vorzunehmen und eine Entscheidung über die weitere Vorgangsweise zu treffen. Eine Mehrheit der Mitgliedstaaten beabsichtigt, die BürgerInnen während dieser Reflexionsphase aktiv in öffentlichen Debatten über die Zukunft Europas einzubinden. Die britische Ratspräsidentschaft legte zusammen mit Österreich als nachfolgendem Ratsvorsitz dem Europäischen Rat im Dezember einen Zwischenbericht zum Stand der nationalen Informationskampagnen vor.

In Österreich startete am 15. September eine breit angelegte Informationskampagne zur Zukunft Europas. Diese wird unter dem Motto „Europa hört zu“ bis zum Ende des österreichischen Ratsvorsitzes laufen. Integraler Bestandteil der Debatte über die Zukunft Europas ist die interaktive Webseite www.zukunfteuropa.at. Sie soll den BürgerInnen als Plattform für Informationen und Meinungsaustausch dienen. Von Mitte Oktober bis Mitte November tourte zudem ein Europa-Bus durch 35 Orte in fünf Bundesländern, um den BürgerInnen Europa näher zu bringen.

Im österreichischen Nationalrat wurde die öffentliche Debatte zu EU-Themen verstärkt. Im Mai entschied das österreichische Parlament, vier ganztägige Sitzungen pro Jahr ausschließlich europäischen Fragen zu widmen. Der erste so genannte „Europa-Tag“ fand am 29. September statt, ein zweiter am 7. Dezember. Die Debatten wurden live im Fernsehen übertragen. Des Weiteren machten die Mitglieder der österreichischen Bundesregierung vor allem im Fernsehen auf europäische Themen aufmerksam. Sowohl Regierungsmitglieder als auch VertreterInnen der EU-Institutionen nahmen an zahlreichen TV-Debatten zu EU-Themen teil. Auch in den anderen Mitgliedstaaten der Union wurden im Zuge der Reflexionsphase Konzepte entwickelt und Kampagnen gestartet, die die BürgerInnen in die

Österreich in der Europäischen Union

Debatte über die Zukunft Europas einbeziehen und über das europäische Projekt umfangreich informieren.

Mit der Vorlage des „Plan D“ (Demokratie, Dialog und Debatte) stellte die Europäische Kommission am 13. Oktober ihren Beitrag zur Reflexionsphase vor. Im Vordergrund stehen dabei Themen, die die BürgerInnen Europas derzeit besonders beschäftigen, etwa die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Europas. Außerdem soll den BürgerInnen der Mehrwert der EU vor Augen geführt werden. Die Mitgliedstaaten der Union sollen durch den Präsidenten oder einen der Vizepräsidenten der Europäischen Kommission in Begleitung des Kommissars aus dem betroffenen Mitgliedstaat besucht werden. Geplant sind Treffen mit Regierung, Parlament, Sozialpartnern, Zivilgesellschaft und Medien. Auch Mitglieder des Europäischen Parlaments sollen daran teilnehmen. Die Vertretungen der Kommission in den Mitgliedstaaten sollen für BürgerInnen sichtbarer auftreten und der Kommission über die öffentliche Debatte in ihren Empfangsstaaten berichten. Das Europäische Parlament hielt mehrfach Debatten zur Reflexionsphase ab. Die Abgeordneten Johannes Voggenhuber und Andrew Duff legten dem Konstitutionellen Ausschuss des Europäischen Parlaments dazu einen Berichtsentwurf vor.

III. Die Politiken der Europäischen Union

1. Die Rolle Österreichs in den europäischen Institutionen

Benita Ferrero-Waldner ist seit 22. November 2004 Mitglied der Europäischen Kommission. Ihr Aufgabengebiet umfasst die Außenbeziehungen der Union sowie die Europäische Nachbarschaftspolitik. Hubert Weber, der 2002 seine zweite sechsjährige Amtsperiode als Mitglied des europäischen Rechnungshofs angetreten hatte, wurde am 14. Jänner für drei Jahre zum Präsidenten dieses Organs gewählt. Österreich stellt mit Peter Jann und Josef Azizi je einen Richter beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) bzw. beim Europäischen Gericht erster Instanz (EuGI). Azizi wurde 2004 wieder nominiert. Christine Stix-Hackl wurde am 6. Oktober zur Ersten Generalanwältin am EuGH gewählt. Die Österreicherin ist seit Oktober 2000 als Generalanwältin im Dienst des EuGH in Luxemburg tätig. Im Oktober 2004 wurde Anne-Marie Sigmund zur Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses gewählt. Gertrude Tumpel-Gugerell ist seit 2003 österreichisches Mitglied im Direktorium der Europäischen Zentralbank.

1.1. Europäisches Parlament

Nach intensiven informellen Beratungen im ersten Halbjahr wurde eine Einigung über ein gemeinsames Statut der Mitglieder des Europäischen Parlaments erzielt, die der Rat am 18. Juli annahm. Österreich stellte in einer Erklärung fest, dass sich das Europäische Parlament auch weiterhin

Die Politiken der Europäischen Union

um eine sachgerechte Lösung in der Frage der Eigenbeiträge der Abgeordneten zu ihren Pensionsansprüchen bemühen müsse.

Seit 26. September haben nunmehr auch 18 BeobachterInnen aus dem bulgarischen und 35 aus dem rumänischen Parlament ihre Tätigkeit im Europäischen Parlament aufgenommen. Als BeobachterInnen verfügen diese Abgeordneten zwar weder über Rede- noch Stimmrecht im Plenum, können sich aber den im Europäischen Parlament vertretenen Fraktionen anschließen und sich auf Ausschussebene einbringen.

1.2. Europäischer Gerichtshof und Gericht erster Instanz

Im Jahr 2005 leiteten österreichische Gerichte 13 **Vorabentscheidungsverfahren** ein.

Bis Jahresende waren gegen die Republik Österreich zwölf Verfahren wegen behaupteter Verstöße gegen Gemeinschaftsrecht anhängig. Diese **Vertragsverletzungsverfahren** betreffen die Einschränkung der Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen im Rahmen der Entsendung drittstaatsangehöriger Arbeitnehmer gemäß § 18 Ausländerbeschäftigungsgesetz; die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Vogelschutzrichtlinie) in Bezug auf das „Lauteracher Ried“ und die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen („Fauna-Flora-Habitat“, FFH-Richtlinie) in Bezug auf die Bewilligung des Baus der Bodensee Schnellstraße; die Umsetzung der Richtlinie 89/391/EWG über Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer; die Verpflichtung zur korrekten bzw. vollständigen Umsetzung der Richtlinie 79/409/EWG über die Erhaltung wildlebender Vogelarten; die Verpflichtung zur korrekten bzw. vollständigen Umsetzung der Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen; die Befreiung von der Steuerpflicht für in Österreich nicht ansässige, aber Personenbeförderungen durchführende Steuerpflichtige; die Nichtmitteilung der Umsetzungsmaßnahmen zu Richtlinie 2000/78/EG zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf; die Versagung von Sichtvermerken in Bezug auf Drittstaatsangehörige, die Familienmitglieder von Unionsbürgern sind; die Umsetzung der Richtlinie 96/82/EG zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (Seveso II); die Vorschreibung eines Sitzerfordernisses für Kesselprüfstellen gemäß Kesselgesetz; die Umsetzung der Richtlinie 2001/19/EG betreffend die Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise diverser Medizinberufe sowie die Bedingungen für die Anerkennung privater Kontrolleinrichtungen im Bereich des ökologischen Landbaus.

In zehn Verfahren ergingen im Jahr 2005 Urteile des Gerichtshofs, in dem dieser einen Verstoß der Republik Österreich gegen Gemeinschaftsrecht feststellte. Diese betrafen die mangelhafte Umsetzung der Richtlinie

Österreich in der Europäischen Union

75/439/EWG über die Altölbeseitigung; die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen im Zusammenhang mit einem generellen Beschäftigungsverbot für Frauen im untertägigen Bergbau sowie bei Arbeiten in Druckluft und bei Taucherarbeiten; die Übermittlung des Berichts über die Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe; die zeitgerechte Umsetzung der Richtlinie 2000/43/EG zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft; die Zulassungsvoraussetzungen zum Hochschul- und Universitätsstudium in Österreich; die Bescheinigung der Gleichwertigkeit der Facharztausbildung Zahnarzt für Dentisten; die Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit der Arbeitnehmer bei Gefährdung durch explosionsfähige Atmosphären; die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge durch einen von der Stadt Mödling abgeschlossenen Abfallentsorgungsvertrag; die Verhängung verkehrsbeschränkender Maßnahmen auf der A 12 Inntalautobahn sowie den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit.

Aufgrund der Straffung der Verfahren durch den Gerichtshof führte ein Verfahren gegen Österreich innerhalb Jahresfrist zu einer Verurteilung (betreffend die Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft).

Österreich erhob im September eine Klage gegen die Kommission wegen Nichtigerklärung der Entscheidung der Kommission vom 15. Juli über den Ausschluss bestimmter von den Mitgliedstaaten zulasten des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) getätigter Ausgaben von der gemeinschaftlichen Finanzierung.

Im Oktober wurde die im November 2003 vom Land Oberösterreich und der Republik Österreich gemeinsam erhobene Klage auf Nichtigerklärung der Entscheidung 2003/653/EG der Kommission vom 2. September 2003 über die einzelstaatlichen Bestimmungen zum Verbot des Einsatzes gentechnisch veränderter Organismen im Land Oberösterreich (Gentechnik-Verbotsgesetz) abgewiesen.

1.3. Wirtschafts- und Sozialausschuss

Österreich ist im Wirtschafts- und Sozialausschuss mit zwölf Mitgliedern vertreten. Der Wirtschafts- und Sozialausschuss wählte auf seiner Plenartagung am 27. und 28. Oktober das österreichische Mitglied Anne-Marie Sigmund für die nächsten zwei Jahre zu seiner Präsidentin.

Die Politiken der Europäischen Union

1.4. Ausschuss der Regionen

Österreich ist im Ausschuss der Regionen mit zwölf Mitgliedern vertreten. Die nationale österreichische Delegation wird von den neun Landeshauptleuten und drei VertreterInnen des österreichischen Städtebunds bzw. österreichischen Gemeindebundes gebildet. Der Ministerrat schlug am 22. November für die neue Mandatsperiode 2006–2010 folgende Mitglieder vor: Landeshauptmann Hans Niessl (B), Landeshauptmann Jörg Haider (K), Landeshauptmann Erwin Pröll (N), Landeshauptmann Josef Pühringer (O), Landeshauptfrau Gabriele Burgstaller (Sbg), Landeshauptmann Franz Voves (St), Landeshauptmann Herwig van Staa (T), Landeshauptmann Herbert Sausgruber (Vbg), Landeshauptmann Michael Häupl (W), Bürgermeister Markus Linhart (Bregenz), Gemeinderat Prof. Walter Zimper (Markt Piesting) und Bürgermeister Heinz Schaden (Salzburg). Nominierung zu stellvertretenden Mitgliedern: Landtagspräsident Walter Prior (B), Landesrat Josef Martinz (K), Landesrätin Johanna Mikl-Leitner (N), Landesrat Viktor Sigl (O), Prof. Franz Schausberger (S), Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer (St), Landtagspräsident Gebhard Halder (Vbg), Landeshauptmann-Stellvertreter Sepp Rieder (W), Bürgermeister Bernd Vögerle (Gerasdorf), Bürgermeister Helmut Mödlhammer (Hallwang), Gemeinderat Andreas Schieder (Wien). Leiter der österreichischen Delegation ist Landeshauptmann Herwig van Staa, der auch Vizepräsident des Ausschusses ist.

2. Die innerösterreichische Zusammenarbeit mit dem Parlament und den Ländern

Die Zusammenarbeit zwischen Regierung, Parlament und Bundesländern in Angelegenheiten der europäischen Integration erfolgt durch die in Art 23e B-VG vorgesehenen Mitwirkungsrechte des National- und Bundesrates in Form von Informations- und Stellungnahmerechten betreffend Vorhaben in der EU. Beschließt der Hauptausschuss des Nationalrates oder der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der EU eine Stellungnahme zu einem Vorhaben oder die Erlassung eines unmittelbar anwendbaren EU-Rechtsakts in bundesgesetzlich zu regelnden Angelegenheiten, so ist das zuständige Mitglied der Bundesregierung an diese Stellungnahme gebunden und darf davon nur aus zwingenden außen- und integrationspolitischen Gründen abweichen. Der Ständige Unterausschuss hat am 17. November mit den Stimmen der Regierungsparteien die Absicht der Staats- und Regierungschefs begrüßt, die europäische Integration im Bereich der inneren Sicherheit zu vertiefen. Ebenfalls am 17. November unterstützte der Unterausschuss einstimmig die Absicht, ein EU-Programm zum Schutz der kritischen Infrastruktur vor terroristischen Anschlägen zu erarbeiten.

Die in Art 23d B-VG festgelegten Mitwirkungsrechte der Länder und Gemeinden enthalten jeweils für deren Zuständigkeitsbereiche ein dem National- und Bundesrat analoges Informations- und Stellungnahmerecht. Die

Österreich in der Europäischen Union

Länder gaben im Jahr 2005 folgende einheitliche Stellungnahmen gemäß Art 23d Abs 2 B-VG ab: Vorschlag für eine Richtlinie über den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten; Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000; Gemeinschaftsliste der atlantischen Region; Ersuchen der Europäischen Kommission um Stellungnahme sowie Vorschlag für eine Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt.

Auf Ersuchen der Präsidiäle des Nationalrates hatte die Bundesregierung bereits am 17. November 2004 beschlossen, dass zu Beginn jeden Jahres die einzelnen Fachressorts dem Parlament Berichte über das Arbeitsprogramm und die Legislativvorhaben auf EU-Ebene vorlegen. Diese Berichte ermöglichen bereits im Vorfeld die Information und Einbindung der Abgeordneten in die politische Meinungsbildung. Darüber hinaus werden die österreichischen Positionen im Ausschuss der Ständigen Vertreter in einem wöchentlich abgehaltenen Koordinationsmechanismus abgestimmt, in dem das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten den Vorsitz führt. Dadurch wird die laufende Einbindung der Fachressorts, der Sozialpartner, der Nationalbank, der Industriellenvereinigung sowie der Länder und Gemeinden in den österreichischen Meinungsbildungsprozess sichergestellt.

3. Wirtschaft und Finanzen

3.1. Die Wirtschafts- und Währungsunion

Nach einem relativ kräftigen Wachstum von 2,1% im Jahr 2004 schwächte sich 2005 die gesamtwirtschaftliche Dynamik der Eurozone auf +1,3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ab. Die Entwicklung in der EU-25 verlief nach dem gleichen Muster und war etwas günstiger: Das BIP-Wachstum betrug 2004 2,4%, 2005 1,5%. Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte reflektiert die Entwicklung der Gesamtwirtschaft, ihr Saldo lag in der Eurozone mit -2,9% um 0,2 Prozentpunkte und in der EU-25 mit -2,7% um 0,1 Prozentpunkte unter dem Wert für 2004. Die Arbeitslosigkeit hat sich sowohl in der Eurozone als auch in der EU-25 um 0,3 Prozentpunkte auf 8,6% (Eurozone) und 8,7% (EU-25) vermindert. Damit reagierten die Arbeitsmärkte mit der für sie charakteristischen Verzögerung auf die wirtschaftliche Dynamik im Jahr 2004. Die Inflation ist im Jahresdurchschnitt auf 2,3% leicht gestiegen, und der Wechselkurs des Euro zum US-Dollar ist im Jahresverlauf – von einem hohen Ausgangsniveau – um nominal 15% gesunken.

Die Budgetpolitik war sowohl in der Eurozone als auch in der EU-25 insgesamt konjunkturneutral, während die Geldpolitik die Konjunktur tendenziell unterstützte. Bei den Strukturreformen zur mittelfristigen Steigerung des Wachstumspotenzials und zur Absicherung der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen gab es eine Reihe von wichtigen Fortschritten: Zum einen wurden auf Ebene der Mitgliedstaaten die Reformen zur Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und zur Absicherung der sozialen Sicherungssysteme

Die Politiken der Europäischen Union

fortgesetzt, zum anderen wurde auf EU-Ebene mit der Verabschiedung der Richtlinie zu Kapitalanforderungen, die das „Basel-II-Regelwerk“ (Adäquanz der Eigenmittel von Banken) umsetzt, ein zentraler Schritt zur Modernisierung der Regeln für die Finanzmärkte gesetzt. Schließlich markiert das Inkrafttreten der Zinsenrichtlinie im Juli einen wesentlichen Schritt zur Schließung von Lücken im System einer umfassenden und fairen Besteuerung aller Einkommen in der EU.

Der Europäische Rat vom 22. und 23. März beschloss eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Die wesentlichen Änderungen betreffen eine Stärkung der vorbeugenden Maßnahmen gegen übermäßige Defizite, die verstärkte Berücksichtigung länderspezifischer Gegebenheiten und die Verlängerung der maximal zulässigen Fristen zur Korrektur von übermäßigen Defiziten. Ende 2005 befanden sich fünf Staaten der Eurozone (Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und Portugal), Großbritannien und sechs neue Mitgliedstaaten (Malta, Polen, die Slowakei, Tschechien, Ungarn und Zypern) in einem Verfahren wegen übermäßigen Defizits.

3.2. Die Finanzielle Vorausschau 2007–2013

In der Finanziellen Vorausschau 2007–2013 werden die Ziele und Haushaltsmittel der Europäischen Union für den Zeitraum 2007–2013 festgelegt. Als Teil einer interinstitutionellen Vereinbarung bedarf die Finanzielle Vorausschau der Zustimmung aller an der Vereinbarung beteiligten Organe: Europäische Kommission, Europäisches Parlament und Rat.

Die Finanzielle Vorausschau war einer der Schwerpunkte der Verhandlungen im Rat. Die thematischen und budgetären Legislativvorschläge der Europäischen Kommission aus dem Vorjahr wurden in mehreren Ratsformationen ausführlich diskutiert. Während unter der luxemburgischen Ratspräsidentschaft im Juni die Zeit für eine politische Einigung noch nicht reif war, konnte die britische Ratspräsidentschaft die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen und am 17. Dezember in Brüssel einen Kompromiss der Staats- und Regierungschefs herbeiführen. Die wesentlichen Eckpunkte der Einigung bei einer Gesamtausgabenobergrenze von 862 Milliarden Euro sind eine deutliche Erhöhung der Ausgaben zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU, die Beibehaltung der Agrarreform von 2002 und eine Fokussierung der Kohäsionsausgaben auf die neuen Mitgliedstaaten. Auf der Eigenmittelseite wurde die faire Beteiligung aller Mitgliedstaaten an den Erweiterungskosten sichergestellt und die exzessive Belastung einiger Mitgliedstaaten, darunter Österreich, vermieden. Überdies wurde eine umfassende Revisionsklausel formuliert, die einen Modernisierungsprozess des EU-Haushalts ermöglicht. Österreich konnte die Einbeziehung einer Vielzahl von Anliegen in das Schlussdokument erreichen, darunter die Förderung des Ländlichen Raums und der Grenzregionen, die Schwerpunktset-

Österreich in der Europäischen Union

zung auf Forschung und Entwicklung sowie eine angemessene Nettoposition. Die auf der Tagung des Europäischen Rates vom 15. und 16. Dezember erzielte Einigung über die Finanzielle Vorausschau 2007–2013 wird Ausgangspunkt für weitere Arbeiten sein. Der Rat wird auf der Grundlage eines Vorschlags der Kommission Verhandlungen über eine neue interinstitutionelle Vereinbarung mit dem Europäischen Parlament eröffnen, die bis Juni 2006 abgeschlossen werden sollen. Diese Vereinbarung wird im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember stehen.

Parallel dazu wurden die Arbeiten zu verschiedenen Rechtsetzungsakten fortgesetzt, die die Grundlage für die Finanzierung der politischen Maßnahmen der Union im kommenden Finanzierungszeitraum bilden werden.

4. Beschäftigung und Sozialpolitik

Die Staats- und Regierungschefs beschlossen bei ihrem Frühjahrsgipfel eine **Neuausrichtung der Lissabon-Strategie** als „Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung“. Im Juni billigten sie 24 integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung für den Zeitraum 2005–2008. Bis Herbst mussten die Mitgliedstaaten angesichts ihrer überwiegenden Zuständigkeit nationale Reformprogramme vorlegen, deren Beurteilung durch die Kommission die Grundlage für weitere Beratungen des Europäischen Rates bilden wird.

Unter britischem Vorsitz wurden beim informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs in Hampton Court im Oktober als Themen für eine vertiefte Diskussion die Bereiche Forschung und Entwicklung, Universitäten, Energie und Demographie hervorgehoben.

In Österreich begann der Reformdialog im Mai und endete mit der Übermittlung des **Nationalen Reformprogramms** an die Europäische Kommission im Oktober. Im Vordergrund der Bemühungen Österreichs für mehr Wachstum und Beschäftigung stehen darüber hinaus Maßnahmen in den Bereichen Bürokratieabbau, Infrastruktur, Forschung, Arbeitsvermittlung, Export, Internationalisierung, Erhöhung der Flexibilität und Sicherheit, Initiativen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Flexibilisierung der Arbeitszeit. Die Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie die Gemeinschaftsinitiative EQUAL ergänzen die arbeitsmarktpolitischen Ziele.

Im **Sozialbereich** wurde die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung fortgesetzt. Österreich übermittelte der Kommission den Umsetzungsbericht zum Nationalen Aktionsplan zur sozialen Eingliederung 2003–2005, den Bericht über die Herausforderungen und Reformstrategien in den Bereichen Gesundheit und Langzeitpflege und den Bericht über die österreichische Rentenstrategie 2005, in dem die Pensionsreformen der Jahre 2003 und 2004 ausführlich dargestellt wurden. Diese Berichte bilden die Grundlage für den Gemeinsamen Bericht

Die Politiken der Europäischen Union

der Kommission und des Rates über Sozialschutz und soziale Eingliederung, der jährlich der Frühjahrstagung des Europäischen Rates vorgelegt wird.

5. Binnenmarkt

Die **Dienstleistungsrichtlinie** stellte ein zentrales Thema bei den Tagungen des Rates Wettbewerbsfähigkeit dar. Obwohl alle Mitgliedstaaten die Bedeutung einer baldigen Liberalisierung des Dienstleistungssektors unterstützten, divergierten die Meinungen zum vorgelegten Richtlinienentwurf stark. Die Mitgliedstaaten sprachen sich für klare und konkrete Ausnahmen in sensiblen Bereichen aus, insbesondere beim Arbeitnehmerschutz, ohne dabei den Kern der Richtlinie, eine rechtliche Basis für die Dienstleistungsfreiheit, auszuhöhlen. Auch das Thema „Bessere Rechtsetzung“ wurde auf allen Räten behandelt.

Zur **Umsetzung der Binnenmarktrichtlinien** meldete die Kommission am 11. Oktober ein durchschnittliches Umsetzungsdefizit aller Mitgliedstaaten von 1,9% (Österreich: 1,8%). Elf Staaten erreichten das Ziel eines Umsetzungsdefizits von 1,5%. Österreich verbesserte sich bei jenen Richtlinien, deren Umsetzung bereits seit zwei Jahren oder länger fällig ist, und verringerte die Anzahl seiner Vertragsverletzungsverfahren.

Unter dem Titel „Mehr Gesundheit, Sicherheit und Zuversicht für die Bürger – Eine Gesundheits- und Verbraucherschutzstrategie“ legte die Kommission am 6. April eine neue Strategie für den Gesundheits- und Konsumentenschutzbereich sowie ein integriertes Aktionsprogramm in den Bereichen **Gesundheit und Verbraucherschutz** vor. Am 7. Oktober folgte ein Richtlinienvorschlag zum Verbraucherkredit, der die derzeit geltende Richtlinie ersetzen und den aktuellen Entwicklungen im Bereich der Kreditinstrumente Rechnung tragen soll. Weiters begann die Kommission mit der Überprüfung des gemeinschaftlichen Rechtsbesitzstands (Acquis communautaire) im Verbraucherschutz.

6. Verkehr

Im Dezember konnte mit dem Europäischen Parlament in zweiter Lesung informell Einigung über die **Wegekostenrichtlinie** erzielt werden. Die Verankerung einer künftigen Berechnungsmethode für externe Kosten, auch wenn diese vorläufig noch nicht eingerechnet werden können, sowie von Gebühren zur Bekämpfung von Umweltauswirkungen stellt neben der Querfinanzierung (Bereitstellung von Mitteln aus Mauterhöhungen zur Finanzierung anderer Verkehrsinfrastrukturen von hohem europäischen Interesse im gleichen Korridor oder in der gleichen Verkehrsregion) eine Verbesserung gegenüber der geltenden Richtlinie dar. Für die Verlagerung der Güterströme von der Straße auf andere Verkehrsträger dient auch das

Österreich in der Europäischen Union

Programm Marco Polo, dessen Verlängerung für die Periode 2007–2013 (**Marco Polo II**) beim Rat im April grundsätzlich zugestimmt wurde. Im November fand bereits zum dritten Mal eine informelle Ministerkonferenz (Verona III) zum Thema „Lebenslanges Lernen für mehr Sicherheit im Straßenverkehr“ statt. Die Konferenzen über **Straßenverkehrssicherheit** sollen zu einem jährlichen Fixpunkt werden.

Die erste Lesung zum **Dritten Eisenbahnpaket** vom März 2004 wurde im Dezember abgeschlossen. Darüber hinaus liegt ein von der Europäischen Kommission im Juli zum zweiten Mal abgeänderter Vorschlag für eine Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße vor.

Die in Aussicht genommene Mitteilung der Kommission über die Perspektiven der Binnenschifffahrt verzögerte sich. Die Kommission stellte im November das **Dritte Seeverkehrssicherheitspaket** vor, das sieben Legislativvorschläge umfasst, die die Qualität der Flagge der Mitgliedstaaten weiter verbessern sollen, ohne bei einem Mehr an Sicherheit die Wettbewerbsfähigkeit zu mindern.

Anpassungen der bilateralen **Luftverkehrsabkommen** an das Gemeinschaftsrecht aufgrund der „Open Skies“ (Offener Himmel)-Urteile des EuGH aus dem Jahr 2002 wurden sowohl von Österreich und anderen EU-Mitgliedstaaten als auch im Wege so genannter „horizontaler Abkommen“ von der Europäischen Kommission fortgesetzt. Darüber hinaus wurden aufgrund von im Dezember 2004 durch den Rat erteilten Mandaten mit den Ländern des Westlichen Balkans und mit Marokko umfassende Luftverkehrsabkommen abgeschlossen. Die Verhandlungen zur Bildung einer „Open Aviation Area“ (Offener Luftverkehrsraum) mit den USA brachten im November beträchtliche Fortschritte, die den Abschluss eines ersten Stufenabkommens 2006 ermöglichen könnten. Das von der Europäischen Kommission angestrebte volle Mandat für ein umfassendes Luftverkehrsabkommen mit China wurde vorerst nicht erteilt. Im Bereich der **Rechtsetzung zur Luftfahrt** wurden eine Verordnung über eine „schwarze Liste“ von Fluggesellschaften angenommen, die in der Gemeinschaft aufgrund von Sicherheitsmängeln einem Flugverbot unterliegen, sowie eine Verordnung, derzufolge Fluggäste informiert werden müssen, von welchem Luftfahrtunternehmen ein Flug tatsächlich durchgeführt wird. Weitere noch nicht beendete legislative Arbeiten betrafen einen Vorschlag für eine Verordnung über die Rechte von Personen mit eingeschränkter Mobilität sowie für eine Richtlinie zu einer gemeinschaftlichen Fluglotsenzulassung.

7. Umwelt

Der Rat Wettbewerbsfähigkeit erzielte am 13. Dezember eine politische Einigung zu **REACH** (Registrierung, Evaluierung, Autorisierung von Chemischen Stoffen) und zu der damit verbundenen Reform des EU-

Die Politiken der Europäischen Union

Chemikalienrechts. REACH schreibt ein neues Regelungskonzept für gefährliche Chemikalien sowie die Errichtung einer Europäischen Chemikalienagentur in Helsinki vor. Mit REACH schafft die EU eine verbindliche Verordnung, aufgrund der die rund 30.000 in der EU erzeugten, verwendeten oder verbrauchten Chemikalien in ein gemeinsames Register aufgenommen werden. REACH wird Großproduzenten und Großimporteure von Chemikalien zur systematischen Überprüfung von Stoffen verpflichtet, die sie in Verkehr bringen wollen. Besonders gefährliche – etwa giftige oder krebserregende Stoffe – werden nicht unkontrolliert in Umlauf, sondern zulassungspflichtig sein.

Die EU ist die treibende Kraft im Ringen um eine international verbindliche und wirksame Regelung zum Schutz gegen **Klimawandel** und geht mit gutem Beispiel voran, Österreich übernahm ein ambitioniertes Kyoto-Ziel. Die EU-Emissionshandelsrichtlinie ist seit Jänner wirksam und kompatibel mit den projektbezogenen Mechanismen des Kyoto-Protokolls. Der EU-Emissionshandel ist eines der wichtigen Instrumente der EU zur Einhaltung der internationalen Klimaverpflichtungen, die ein EU-weites Emissionsreduktionsziel von 8% gegenüber dem Basisjahr 1990 für den Zeitraum 2008–2012 festlegen.

Nach einem öffentlichen Konsultationsprozess hat der Europäische Rat vom 16. und 17. Juni die „Erklärung über die **Leitprinzipien für Nachhaltige Entwicklung**“ verabschiedet. Darin wurde Nachhaltigkeit als ein Kernziel der Gemeinschaftsverträge festgehalten.

Die Europäische Gemeinschaft (EG) wurde Vertragspartei der im Jahr 1998 von der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (UNECE) beschlossenen Konvention über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (**Aarhus Konvention**). Die Konvention erleichtert es BürgerInnen und im Umweltbereich tätigen Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), sich für Umweltinteressen einzusetzen (siehe Kapitel K.III.9.).

Die Haltung Österreichs zur Kernenergie ist unverändert kritisch. Kernenergie ist eine risikoreiche Technologie, das Problem der Endlagerung ist nach wie vor nicht gelöst und belastet künftige Generationen. Der Ausstieg aus der Kernenergie und die Erhöhung des Schutzniveaus für Mensch und Umwelt sind weiterhin klar erklärte Ziele. Bemühungen gelten nach wie vor der Erarbeitung gemeinsamer europaweiter Sicherheitsstandards im Nuklearbereich sowie der Konsensfindung für eine Änderung des EURATOM-Vertrags.

Österreich in der Europäischen Union

8. Energie

Die EU setzt ihre Bemühungen fort, die **Nachhaltigkeit im Energiesektor** zu forcieren. Eine Richtlinie zur Endenergieeffizienz und zu Energiedienstleistungen wurde verabschiedet. Ein Grünbuch der Europäischen Kommission über Energieeffizienz, das eine Vielzahl von Aktionsfeldern und Handlungsebenen für Erhöhung der Energieeffizienz berührt, wurde einem breiten Meinungsbildungsprozess unterzogen. Die Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Zur Förderung von erneuerbarer Energie hat sich die EU quantitative Ziele gesetzt: Bis 2010 soll ihr Anteil in der Elektrizitätsproduktion 21% und 12% am Gesamtverbrauch betragen.

Beim Energieministerrat am 1. Dezember wurde ein Fortschrittsbericht über die Umsetzung der Richtlinie im Strom- und Gasbinnenmarkt sowie ein diesbezüglicher Zwischenbericht über eine sektorielle Untersuchung der wettbewerbsrelevanten Aspekte im **Energiebinnenmarkt** behandelt.

Die Unterzeichnung des Vertrags über die „**Energiegemeinschaft – ECSEE**“ zwischen den Staaten Südosteuropas einerseits und der Europäischen Kommission für die Gemeinschaft andererseits am 25. Oktober war ein großer Erfolg der EU-Energiepolitik, insbesondere für die Staaten Südosteuropas. Die Initiative wurde im Rahmen des Stabilitätspaktes mit dem Ziel gestartet, nachhaltige Versorgungssicherheit zu fairen Preisen als Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten. Sitz des Sekretariates mit Status einer Internationalen Organisation ist Wien. Das bis zum Inkrafttreten des Vertrags interimistische Sekretariat nahm am 1. März seine Arbeit in Wien auf.

Im Rahmen von „Energiepartnerschaften“ zeigt Österreich Alternativen zur Kernenergienutzung auf. Trotz mancher Rückschläge und Verzögerungen konnten konkrete Projekte mit Bulgarien, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und der Ukraine weiterentwickelt bzw. bereits umgesetzt werden.

9. Bildung und Jugend

Der Rat Bildung, Jugend und Kultur nahm im Mai Schlussfolgerungen zu neuen Indikatoren im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung an. Im Zentrum der Beratungen stand der Gedankenaustausch zu den **integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung (2005–2008)**. Kommissar Ján Figel stellte die Mitteilung zu den Universitäten und ihren Beiträgen zur Lissabon Strategie vor. Unter britischer Ratspräsidentschaft wurde die Empfehlung „Europäische Qualitätscharta für Mobilität“ diskutiert und bei der Qualitätssicherung in der Hochschulbildung Einigung erzielt. Der Rat Bildung, Jugend und Kultur erzielte im November eine teilweise politische Einigung zum **Programm für lebenslanges Lernen**.

Die Politiken der Europäischen Union

Im Bereich Jugend hielt der Rat Bildung, Jugend und Kultur im Februar eine Orientierungsaussprache zum **Europäischen Pakt für die Jugend** und zur Halbzeitüberprüfung der Lissabonner Strategie ab. Der Rat nahm Schlussfolgerungen zum Europäischen Jugendpakt an, die an den Europäischen Rat vom 22. und 23. März weitergeleitet wurden. Der Europäische Rat verabschiedete einen Pakt, der die verstärkte Berücksichtigung von Anliegen Jugendlicher in den Bereichen Beschäftigung, soziale Integration, Bildung, Mobilität und Vereinbarkeit von Beruf und Familie vorsieht. Der Rat Bildung, Jugend und Kultur erzielte im November eine teilweise politische Einigung zum neuen **Programm „Jugend in Aktion“ (2007–2015)**.

10. Forschung

Die Umsetzung des **6. Rahmenprogramms** für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2002–2006) wurde erfolgreich fortgesetzt. Die Europäische Kommission förderte seit Beginn mehr als 6.000 Projekte. Der Anteil der von österreichischen TeilnehmerInnen lukrierten Mittel erhöhte sich auf rund 2,5% der insgesamt vergebenen Mittel und liegt somit über der österreichischen Beitragsquote.

Die Gemeinschaft hat sich das Ziel gesetzt, die wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der europäischen Industrie zu stärken, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. In diesem Zusammenhang stehen die „Barcelona-Ziele“ (3% BIP-Anteil für Forschung und Entwicklung bis 2010, wovon zwei Drittel von der Wirtschaft getragen werden sollen). Zu diesen Zielen soll das zukünftige **7. Rahmenprogramm** für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007–2013) einen wesentlichen Beitrag leisten. Ende November einigten sich die Mitgliedstaaten auf die inhaltlichen Schwerpunkte. Die Einigung über die Finanzielle Vorausschau vom Dezember ermöglichte für das 7. Rahmenprogramm einen Finanzierungsrahmen von voraussichtlich rund 6–7 Milliarden Euro pro Jahr und damit eine deutliche Steigerung im Vergleich zum vorigen Rahmenprogramm. Die wichtigsten Neuerungen des 7. Rahmenprogramms betreffen die Einrichtung eines Europäischen Forschungsrates zur Unterstützung von Projekten der Grundlagenforschung, die umfassende Förderung des Baus neuer Forschungsinfrastrukturen in Europa, die Forschungsförderung im Bereich Sicherheitsforschung sowie Maßnahmen zur Unterstützung der Forschungskapazitäten rückständiger Regionen der EU.

Im **7. Rahmenprogramm (EURATOM)** wird sich die Forschungsförderung auf die Fusionsenergie konzentrieren, im Bereich der Kernspaltung liegt der Schwerpunkt auf dem Umgang mit radioaktivem Abfall, der künftigen Nutzung der Kernenergie sowie dem Strahlenschutz.

Die europäische Forschungsinitiative **EUREKA**, an der 34 Staaten teilnehmen, feierte ihr zwanzigjähriges Jubiläum. Österreich ist seit 1985 Mitglied. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten trägt neben der

Österreich in der Europäischen Union

Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) die Hälfte des Beitrags zum Sekretariat in Brüssel und stellt mit Helmut Wessely den Hochrangigen Vertreter. Charakteristisch für EUREKA sind die Marktnähe der Projekte, die weitgehend unbürokratische und kostengünstige Projektabwicklung sowie die hohe Beteiligung von Kleinstunternehmen, kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). In Den Haag fand die 15. EUREKA interparlamentarische Konferenz statt, die in ihrer Resolution die Wichtigkeit des EUREKA-Beitrags zur Erreichung der Barcelona-Ziele hervorhob und die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission begrüßte.

11. Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Im Zentrum der Arbeiten standen die Bemühungen um eine Strategie für die Außendimension des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sowie um neue Impulse auf dem Gebiet des Migrationsmanagements. Grundlage dafür bildet das im November 2004 vom Europäischen Rat beschlossene **Haager Programm (2005–2009)**, das eine Reihe politischer Ziele verfolgt, etwa von grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Straf- und Zivilsachen, verstärkter gemeinsamer Asyl- und Zuwanderungspolitik, Kampf gegen die illegale Einwanderung und den Terrorismus bis hin zur Implementierung der gemeinschaftlichen Drogenstrategie. Die Fortschritte werden jährlich evaluiert.

Die Verwirklichung **Regionaler Schutzprogramme** in enger Zusammenarbeit mit dem Amt des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) wurde vom Rat der Europäischen Union im November 2005 beschlossen. Diese zielen darauf ab, bestehende Flüchtlingssituationen durch die Stärkung von Schutzkapazitäten vor Ort zu verbessern, um die Voraussetzungen für dauerhafte Lösungen zu schaffen. Die Umsetzung von zwei regionalen Pilot-Schutzprogrammen in Ukraine/Moldau/Belarus und in Tansania wird 2006 anlaufen. In weiterer Folge soll es auf Basis der Erfahrungen aus den Pilotprojekten volle regionale Schutzprogramme in anderen Regionen geben.

Die bereits im Haager Programm vorgesehene und im Dezember vom Rat angenommene „**Strategie für die externe Dimension der Politik Justiz und Inneres: Freiheit, Sicherheit und Recht im globalen Maßstab**“ deckt sämtliche Außenaspekte der EU-Politik Justiz und Inneres ab. Sie spiegelt insbesondere die Beziehungen der EU mit Drittstaaten, Ländergruppen und Regionen wider und fokussiert dabei auf die spezifischen Bedürfnisse der Kooperation im Bereich Justiz und Inneres.

Durch die Ratsschlussfolgerungen zu Migration und Außenbeziehungen werden die Arbeiten auf dem Gebiet der Migration voll in die Außenbeziehungen und die Entwicklungszusammenarbeit integriert. Aufbauend auf

Die Politiken der Europäischen Union

diesem umfassenden Ansatz wurde ein **vorrangiges Maßnahmenpaket für Afrika und die Mittelmeerregion** beschlossen.

Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der EU (**FRONTEX**) wurde in Warschau am 30. Juni eröffnet. Zum Exekutivdirektor wurde der Finne Ilkka Laitinen bestellt. Im Bereich Justiz und Inneres besteht eine erfolgreiche Zusammenarbeit auf regionaler Ebene zwischen Bulgarien, Österreich, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn im Rahmen der „**Salzburg Gruppe**“ sowohl durch regelmäßige Treffen der InnenministerInnen als auch durch laufende Kontakte auf Arbeitsebene.

12. Terrorismusbekämpfung

Die EU misst der Bekämpfung des Terrorismus seit den Anschlägen von New York und Washington, D.C. vom 11. September 2001 und den Bombenanschlägen von Madrid vom 11. März 2004 einen besonders hohen Stellenwert bei. Die Anschläge auf das Londoner U-Bahnnetz am 7. Juli haben erneut bestätigt, dass der Terrorismus nur durch enge internationale Zusammenarbeit effektiv bekämpft werden kann.

Der Rat Justiz und Inneres verabschiedete bei der Sondersitzung am 13. Juli eine **Erklärung zur Bekämpfung des Terrorismus**. Diese Erklärung enthält über 30 verschiedene Maßnahmen zur beschleunigten Weiterführung der bisher im Rahmen des Aktionsplans zur Terrorismusbekämpfung sowie des Haager Programms und dessen Aktionsplan beschlossenen Aktivitäten. Inzwischen konnten Fortschritte bei der Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, bei der Bekämpfung der Radikalisierung und Rekrutierung von TerroristInnen sowie bei der Erarbeitung eines Programms zum Schutz von besonders gefährdeten Infrastrukturen erzielt werden.

Um terroristischen Organisationen die finanzielle Grundlage zu entziehen, nahm der Rat der EU am 26. Oktober eine Richtlinie zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung an. Diese **dritte Geldwäscherichtlinie** der EU weitet den Anwendungsbereich auf die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung aus und unterwirft verdächtige Transaktionen von mindestens 15.000 Euro der Meldepflicht. Ein weiterer Schritt zur Unterbindung der Terrorismusfinanzierung konzentriert sich auf die Verhinderung des Missbrauchs von Wohltätigkeitsorganisationen durch TerroristInnen. Mit der Ausarbeitung eines Verhaltenskodex, der vor allem auf die Schaffung von Transparenz abzielt, wurde bereits begonnen.

Der Rat Justiz und Inneres vom 1. und 2. Dezember nahm die **Strategie im Kampf gegen die Radikalisierung und Rekrutierung** samt Aktionsplan mit folgenden drei Schwerpunkten an: Unterbindung krimineller Netze, die po-

Österreich in der Europäischen Union

tenzielle TerroristInnen rekrutieren; Unterstützung des moderaten Islam gegenüber den extremistischen Randgruppen sowie Förderung der Sicherheit, des Rechts, der Demokratie und der Chancengleichheit für alle. Österreich setzt in diesem Zusammenhang im besonderen auf die Förderung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs, der im Mittelpunkt der von Österreich organisierten Konferenz „Islam in a Pluralistic World“ (Der Islam in einer pluralistischen Welt) in Wien im November stand (siehe Kapitel L.2.).

Weitere Aktivitäten betreffen die Ausarbeitung zum Schutz von Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsinfrastrukturen vor Anschlägen durch die Ausarbeitung eines **Europäischen Programms zum Schutz kritischer Infrastrukturen** und die Errichtung eines Warn- und Informationsnetzes für kritische Infrastrukturen sowie einer Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit.

Mit der vom Europäischen Rat vom 15. und 16. Dezember angenommenen **Strategie zur Terrorismusbekämpfung**, welche die langfristigen Ziele der EU in diesem Bereich festsetzt und gleichzeitig der Öffentlichkeit einen Überblick über laufende und geplante Aktivitäten verschaffen soll, wurde ein einheitliches und zusammenfassendes Grundsatzdokument geschaffen, das die Leitlinien für das zukünftige Handeln vorgibt. Diese umfassende Strategie beruht auf vier Säulen: der Zerschlagung terroristischer Organisationen, dem verbesserten Umgang mit den Folgewirkungen eines Anschlags, dem Schutz der Bürger und der Infrastrukturen sowie der Prävention.

IV. Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

1.1. Allgemeines

Die wichtigsten Themen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (**GASP**) waren die Fortsetzung des Stabilisierungsprozesses am Westlichen Balkan, die Herbeiführung einer Friedenslösung im Nahen Osten, die Lage im Irak und Iran, in den Zielländern der Europäischen Nachbarschaftspolitik sowie in den Konfliktzonen Afrikas. Inhaltliche Schwerpunkte lagen in den Bereichen Terrorismusbekämpfung, Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Konfliktverhütung, Demokratieförderung, Menschenrechte sowie Stärkung des effektiven Multilateralismus.

In den letzten Jahren zeichnete sich folgende Tendenz ab: Einerseits betreffen die angenommenen (rechtsverbindlichen) Gemeinsamen Aktionen und Standpunkte der EU mehr Bereiche und haben größere politische Implikationen. Andererseits sind die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen dieser Rechtsakte bedeutend gestiegen. Die wichtigsten Gemeinsamen Aktionen und Gemeinsamen Positionen wurden im Rahmen des Teil-

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

bereichs Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (**ESVP**) beschlossen.

Von zentraler Bedeutung sind dabei die Beschlüsse zur Einleitung sieben neuer EU-Missionen: Die erste Mission in Asien zur Beobachtung der Umsetzung des Abkommens für Aceh (Indonesien) (AMM); die Mission zur Unterstützung des Grenzschutzes am Grenzübergang Rafah (EU BAM Rafah); die Polizeimission für die Palästinensischen Gebiete (EUPOL COPPS); die EU-Grenzmission für Moldau/Ukraine; die Polizeimission in Kinshasa (Demokratische Republik Kongo) betreffend die Integrierte Polizeieinheit (EUPOL Kinshasa); die Beratungs- und Unterstützungsmission für die Reform des Sicherheitssektors in der Demokratischen Republik Kongo (EU-SEC RD Congo) sowie die integrierte Mission zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit im Irak (EUJUST LEX), bei der die Ausbildungsmaßnahmen in Europa durchgeführt werden. Zusätzlich wurde eine zivil-militärische Unterstützungsaktion für die von der Afrikanischen Union geführte Operation „AMIS II“ in der Region Darfur (Sudan) in die Wege geleitet. In Mazedonien wurde eine Gruppe von EU-Polizeiberatern (EUPAT) eingerichtet, um in einem reduzierten Rahmen die Tätigkeit der ausgelaufenen Polizeimission „EUPOL Proxima“ fortzusetzen.

Eine weitere bedeutende Maßnahme war die Aufhebung des Waffenembargos gegenüber Bosnien und Herzegowina. Der Rat beschloss überdies die Erneuerung und Anpassung der Sanktionen gegen Belarus, Côte d'Ivoire, die Demokratische Republik Kongo, Liberia, Myanmar, Sudan, Simbabwe sowie gegen bestimmte Personen in Moldau/Transnistrien und Mazedonien. Darüber hinaus wurde die Liste jener Individuen und Gruppen geändert, gegen die im Rahmen des Vorgehens gegen die Taliban/Al Kaida wegen ihrer terroristischen Aktivitäten Sanktionen verhängt wurden. Nach der Auslieferung einiger Angeklagter an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag wurden die restriktiven Maßnahmen zur Unterstützung des IStGH entsprechend aktualisiert. In Übereinstimmung mit Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN-SR) wurden neue Sanktionen gegen Personen verhängt, die der Verwicklung in den Mord am ehemaligen libanesischen Premierminister Rafik Hariri verdächtigt werden. Der Rat verhängte darüber hinaus Sanktionen gegen Usbekistan.

Die Umsetzung von Grundlegendokumenten wie der vom Europäischen Rat im Dezember 2003 angenommenen Europäischen Sicherheitsstrategie sowie der ebenfalls 2003 beschlossenen Strategie gegen Massenvernichtungswaffen war 2005 ein wichtiger Orientierungspunkt für das gemeinsame Vorgehen im Rahmen der GASP. Gemeinschaftliche Aktivitäten im Bereich der Terrorismusbekämpfung wurden fortgeführt, unter anderem erfolgte die Annahme einer Terrorismusbekämpfungsstrategie. Im Nonproliferationsbereich setzte die EU die Implementierung der 2003 beschlossenen Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen fort.

Österreich in der Europäischen Union

Ein wichtiges Instrument der GASP waren die Sonderbeauftragten der EU. Entsprechende Mandate bestanden für Afghanistan, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Moldau, die Region der Großen Seen, Sudan, den Südkaukasus, Zentralasien sowie den Nahost-Friedensprozess.

Weitere zentrale politische Instrumente blieben 2005 die Schlussfolgerungen der monatlichen Treffen des Rats Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen sowie gemeinsame Demarchen und Erklärungen.

Das GASP-Budget der EU für 2005 betrug 62,6 Millionen Euro. Für das Jahr 2006 konnte eine Einigung auf eine Erhöhung um 40 Millionen Euro auf insgesamt 102,6 Millionen Euro erzielt werden. Die wichtigsten Budgetposten waren zivile Krisenmanagementoperationen, die Finanzierung der Sonderbeauftragten der EU (EUSB) und Nonproliferationsaktivitäten.

1.2. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die Ende 1999 auf dem Europäischen Rat von Helsinki ins Leben gerufene Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) stellte 2005 einen sich sehr dynamisch entwickelnden Politikbereich der EU dar, unter anderem wurden sieben neue Operationen bzw. Missionen verschiedener Art eingeleitet. Im Rahmen der bisherigen Entwicklung der ESVP zeigt sich dabei deutlich, dass zivile Aspekte des EU-Krisenmanagements immer stärker an Bedeutung gewinnen. Dementsprechend wurde der „zivil-militärischen Koordination“ (**CMCO**) zunehmende Beachtung geschenkt, um die Voraussetzungen für ein effizientes, säulenübergreifendes Zusammenwirken der verschiedenen zivilen und militärischen Instrumente der EU bei der Verhütung und Bewältigung von Krisen sowie beim Wiederaufbau nach Konflikten zu schaffen. Dies betrifft insbesondere Maßnahmen auf diplomatischer Ebene, Programme der EU im Bereich der Entwicklungspolitik und humanitären Hilfe, Außenhandelspolitik, zivile und militärische ESVP-Operationen sowie EUSB. Am 26. Juni veröffentlichten Großbritannien, Österreich und Finnland als aufeinander folgende Präsidenschaftsländer ein gemeinsames Non-Paper (Diskussionspapier) mit dem Titel „Enhancing EU Civil Military Coordination“ (Ausbau der zivil-militärischen EU-Zusammenarbeit), in dem das CMCO-Arbeitsprogramm bis Ende 2006 skizziert wird.

1.2.1. Laufende Operationen zur Krisenbewältigung

Die EU übernahm Ende 2004 unter der Bezeichnung „**EUFOR-Althea**“ die vormals NATO-geführte Stabilisierungstruppe (SFOR) in Bosnien und Herzegowina. EUFOR-Althea ist mit 6.700 Personen der größte Krisenmenteinsatz der EU. Österreich unterstreicht seine sicherheitspolitische Schwerpunktsetzung auf dem Balkan durch eine Beteiligung an dieser Operation mit bis zu 300 Militärpersonen, von denen der Großteil im Sektor Nord (Tuzla) sowie in den Kommandostrukturen von EUFOR zum Einsatz

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

kommt. Am 30. November übernahm Österreich für ein Jahr den Oberbefehl im Sektor Nord, in dem sich rund 2.000 Personen aus 13 Nationen im Einsatz befinden.

Um der Afrikanischen Union (AU) bei der Durchführung ihrer Operation AMIS II zur Befriedung der Provinz Darfur im Sudan zu helfen, beschloss die EU im Juli eine zivil-militärische Unterstützungsaktion. Der zivile Teil dieser Aktion stärkt die AMIS-II-Polizeikomponente durch Beratung und Ausbildung. Die militärische Komponente umfasst vor allem Planungs- und Ausbildungsunterstützung, die Bereitstellung von MilitärbeobachterInnen sowie die Koordination und Durchführung von Lufttransporten. Österreich stellt einen Rechtsberater. Im Dezember wurde die Aufstockung auf bis zu fünf ExpertInnen beschlossen.

Die Polizeimission in Bosnien und Herzegowina (**EUPM**) nahm am 1. Jänner 2003 ihre Tätigkeit auf und wurde Ende 2005 um zwei Jahre verlängert. Die Aufgaben umfassen folgende Schwerpunkte: Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption sowie Unterstützung der Polizeireform zur Schaffung einer tragfähigen, nach professionellen Kriterien aufgebauten, multiethnischen Polizeistruktur. Die Missionsstärke umfasst 170 internationale PolizeibeamtInnen und 27 internationale Zivilisten. Österreich ist mit fünf ExekutivbeamtInnen vertreten.

Die zur Unterstützung der lokalen Behörden bei der Erreichung europäischer Standards im Polizeiwesen geschaffene **EUPOL Proxima** ging mit 31. Dezember zu Ende. Die EU wird die Polizeiarbeit in Mazedonien aber weiterhin durch Maßnahmen und Programme fördern, die von der Europäischen Kommission koordiniert und geleitet werden. Um einen reibungslosen Übergang zwischen dem Ende von EUPOL Proxima und der vollen Wirksamkeit dieser Nachfolgeaktivitäten sicherzustellen, hat die EU für einen Zeitraum von sechs Monaten ab 15. Dezember die Aufstellung von **EUPAT** mit bis zu 30 EU-PolizeiberaterInnen beschlossen. Österreich war mit drei Experten in EUPOL Proxima und ist mit einem Experten in EUPAT vertreten.

EUJUST THEMIS wurde in Georgien am 16. Juli 2004 mit der Zielsetzung eingerichtet, die georgischen Behörden bei ihren Reformen im Bereich der Justiz, vor allem der Strafjustiz, und der Korruptionsbekämpfung zu unterstützen. Die aus zwölf ExpertInnen bestehende Mission wurde am 15. Juli erfolgreich abgeschlossen. Österreich beteiligte sich nicht an EUJUST THEMIS.

EUPOL Kinshasa nahm ihre Tätigkeit im April mit dem Auftrag auf, die mit EU-Mitteln ausgebildete Integrierte Polizeieinheit (IPU) in Kinshasa durch Beobachtung, Anleitung und Beratung zu unterstützen. Die Mission hat dazu beigetragen, dass die IPU sich zu einer Einheit entwickelt hat, die einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Übergangsregierung lei-

Österreich in der Europäischen Union

stet. Die Missionsstärke beträgt 29 Personen. Österreich ist an EU-POL Kinshasa nicht beteiligt.

Ebenfalls in der Demokratischen Republik Kongo unterstützen europäische Fachleute seit Mai im Rahmen von **EUSEC RD Congo** den Prozess der Reform des Sicherheitssektors. Im Zusammenhang mit der Schaffung einer integrierten kongolesischen Armee stehen vor allem Ausbildungsmaßnahmen, Verbesserungen im Bereich der Finanz- und Haushaltsführung sowie die Kontrolle des Besoldungssystems der kongolesischen Streitkräfte im Zentrum dieses Programms. Aktuell umfasst die Mission 37 Personen. Österreich ist an der Mission nicht beteiligt.

EUJUST LEX nahm am 1. Juli ihre Tätigkeit auf. Ziel der vorerst für ein Jahr anberaumten Mission ist die Ausbildung von mehr als 700 irakischen ExpertInnen aus allen Bereichen des Strafrechtssystems (Richterschaft, Staatsanwaltschaft und Strafvollzug) in Ermittlungsführung und Administrationswesen. Die Ausbildungsmaßnahmen, die in Europa durchgeführt werden, sollen auch die volle Achtung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in der irakischen Strafjustiz sicherstellen. Österreich unterstützt die Mission durch die Tätigkeit von AusbilderInnen. Zur Stärkung der Rolle von Frauen im Krisenmanagement, vor allem in Regionen mit einer von Männern dominierten Gesellschaft, wurden knapp zwei Drittel der österreichischen Ausbildungsbeiträge von österreichischen Expertinnen erbracht.

Nach dem Abschluss einer Friedensvereinbarung zwischen der indonesischen Regierung und der Bewegung für ein freies Aceh (GAM) in Helsinki am 15. August leitete die EU die Aceh-Beobachtermission „**AMM**“ ein, die erste in Asien errichtete ESVP-Mission. Ziel von AMM ist die Beobachtung der Erfüllung der Verpflichtungen aus der Friedensvereinbarung durch beide Parteien, darunter die Abgabe und Vernichtung der GAM-Waffen, der Abzug indonesischer Truppen sowie die Amnestierung und Reintegration von GAM-AktivistInnen. Am 15. September nahm AMM mit einem sechsmonatigen Mandat ihre Tätigkeit auf. AMM umfasst 219 Personen und wird gemeinsam mit fünf Staaten des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN), Norwegen und der Schweiz unter Leitung der EU durchgeführt. Österreich nimmt mit bis zu vier BeobachterInnen an der Mission teil.

Nach der Einigung der israelischen Regierung und der Palästinensischen Autonomiebehörde über die Öffnung des Grenzübergangs Rafah erging von beiden Seiten die Einladung an die EU, beim Betrieb dieses Übergangs eine überwachende Rolle zu übernehmen. Auf Basis dieser Einladung leitete die EU am 25. November **EU BAM Rafah** ein. Diese vorerst auf ein Jahr befristete Mission mit 74 Missionsangehörigen soll die Umsetzung des Übereinkommens über den Betrieb des Grenzübergangs beobachten und überprüfen sowie den Aufbau der Fähigkeiten der palästinensischen Grenzkontrollbe-

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

hörden unterstützen. Österreich beteiligt sich an der Mission mit bis zu vier ExpertInnen.

Aufbauend auf der Arbeit des EU-Koordinierungsbüros für die Unterstützung der palästinensischen Polizei (EU COPPS) wurde Ende 2005 beschlossen, am 1. Jänner 2006 die EU-Polizeimission für die Palästinensischen Gebiete (**EUPOL COPPS**) einzuleiten. Ziel der 30 Personen umfassenden, auf drei Jahre angelegten Mission ist die Unterstützung und Beratung palästinensischer Behörden beim Aufbau tragfähiger und effektiver Strukturen in den Bereichen Polizei und Strafrecht. Österreich beschloss die Entsendung von drei Fachleuten.

Auf Ersuchen von Moldau und der Ukraine leitete die EU am 30. November eine vorerst auf zwei Jahre anberaumte **EU-Grenzmission für Moldau/Ukraine**, einschließlich des transnistrischen Grenzabschnitts, ein. Mehr als 50 von den Mitgliedstaaten entsandte ExpertInnen unterstützen durch Beratung und Überprüfung die praktische Arbeit der Grenzüberwachungsorgane beider Staaten, aber auch die Bemühungen der Zentralstellen bei Reformen auf dem Gebiet der Grenzkontrolle. Auf diese Weise soll nicht nur die Bekämpfung von Schmuggel, organisierter Kriminalität und Korruption gefördert, sondern auch ein Beitrag zur Lösung des Transnistrien-Konflikts geleistet werden. Österreich ist an dieser Mission nicht beteiligt.

1.2.2. Ausbau der zivilen und militärischen Kapazitäten zur Krisenbewältigung

Im Bereich der **zivilen Krisenmanagement-Kapazitäten** wurden die im Zivilen Planziel 2008 festgelegten Vorhaben zum Ausbau der zivilen Krisenmanagement-Fähigkeiten (Bereiche wie Polizei, Rechtsstaatlichkeit, Zivilverwaltung, Zivilschutz, Monitoring, Unterstützung von EUSB) umgesetzt. Auf der Basis von Krisenszenarien, in denen ziviles Krisenmanagement durch die EU erforderlich sein könnte, wurden Bedarfslisten von Fähigkeiten angelegt, die zu einem entsprechenden Eingreifen erforderlich sind. In einer Konferenz am 21. November nahmen die EU-Mitgliedstaaten nationale Einmeldungen zur Erreichung dieses Gesamtbedarfes vor. Österreich sagte in allen Hauptbereichen Fähigkeiten zu und steigerte die Gesamtzahl der eingemeldeten Fachleute von 135 ExpertInnen im Jahr 2004 auf 147 ExpertInnen im Jahr 2005.

Im Prozess der Umsetzung des Zivilen Planziels 2008 wurde zudem ein Konzept für Aufstellung und Einsatz von **Zivilen Krisenreaktionsteams** beschlossen. Aus einem EU-weiten Pool von etwa 100 ExpertInnen sollen Teams in flexibler Stärke und Zusammensetzung nach dem Baukastenprinzip gebildet werden können und fünf Tage nach Beschlussfassung einsatzfähig sein. Die Aufgaben der Zivilen Krisenreaktionsteams umfassen Tatsachenfeststellungsmissionen (auch als Vorausteams für künftige zivile ESVP-Operationen) sowie die Verstärkung bestehender Krisenmanagementmis-

Österreich in der Europäischen Union

sionen in Krisenfällen. Österreich meldete fünf ExpertInnen für Zivile Krisenreaktionsteams ein.

Die Arbeiten an dem im Jahr 2004 angenommenen Planungsziel 2010 zum weiteren Ausbau der **militärischen Kapazitäten** der EU wurden im November mit der Fertigstellung des „Bedarfskatalogs 05“ fortgesetzt und auf dessen Grundlage ein Fragebogen zur Einmeldung der Beitragsleistungen der Mitgliedstaaten ausgearbeitet. Wesentlicher Bestandteil des Planungsziels 2010 und zentrales Element der Fähigkeit der EU zur raschen Reaktion in Krisenfällen ist das **Konzept rasch verfügbarer Einsatzeinheiten**. Ziel dieses Konzepts ist es, Gefechtsverbände überwiegend infanteristischer Natur von je 1.500 Personen aufzustellen, die kurzfristig (in einem Zeitraum von fünf bis 15 Tagen), insbesondere über Ersuchen der Vereinten Nationen (VN), für Einsätze über das gesamte Spektrum von Aufgaben gemäß Art 17 (2) EUV einsetzbar sind. Seit Anfang 2005 steht bereits je eine Einsatzeinheit pro Halbjahr zur Verfügung, Anfang 2007 wird die angestrebte volle Reaktionskapazität (ständige gleichzeitige Einsatzbereitschaft von zwei Einsatzeinheiten) sichergestellt sein. Österreich wird sich gemeinsam mit Deutschland und Tschechien an einer rasch verfügbaren Einsatzeinheit im Jahr 2012 beteiligen.

Die Europäische Verteidigungsagentur (**EDA**) nahm ihre Arbeit am 1. Jänner auf. Die Schaffung dieser Institution stellt ein wesentliches Element im Gesamtprozess der Entwicklung der militärischen Kapazitäten der EU dar. Zum Aufgabenbereich der Agentur zählen neben Initiativen zur Schließung konkreter Fähigkeitslücken auch Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Verteidigungsindustrie sowie zur Stärkung von Forschung und Technologie im Rüstungsbereich.

1.2.3. Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und NATO

Die Arbeiten im Rahmen der strategischen Partnerschaft zwischen EU und NATO wurden fortgeführt. Die Einigung über die Einrichtung einer ständigen EU-Zelle beim Alliierten Kommando Operationsführung (NATO/ACO, früher SHAPE) sowie eines ständigen NATO-Verbindungselements beim EU-Militärstab erhöht die wechselseitige Transparenz zwischen den beiden Organisationen und erleichtert die Zusammenarbeit beider Organisationen. Dies zeigt sich etwa in Bosnien und Herzegowina, wo EUFOR-Althea unter Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO durchgeführt wird.

Die EU setzte ihre Zusammenarbeit mit Vertretern der VN fort, wobei vor allem von der engen Kooperation bei den Operationen der VN in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) und im Sudan (UNMIS) wichtige Impulse ausgingen. Durch die Entsendung eines EU-Verbindungsoffiziers an den Sitz der VN in New York konnte die Abstimmung weiter verbessert werden.

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

1.2.4. ESVP und Afrika

Im Rahmen des Aktionsplans für ESVP-Unterstützung von Frieden und Stabilität in Afrika wurden weitere Maßnahmen zur Stärkung autonomer Kapazitäten für Friedenserhaltung und Krisenmanagement der AU sowie afrikanischer Regionalorganisationen gesetzt. Unter anderem unterstützte die EU den Aufbau einer afrikanischen Bereitschaftstruppe unter der Ägide der AU. Die weitere Stärkung afrikanischer Krisenmanagement-Fähigkeiten stellt auch ein wichtiges Element der vom Europäischen Rat am 15. und 16. Dezember angenommenen **Afrikastrategie** dar.

1.2.5. ESVP und Terrorismusbekämpfung

Die Arbeiten an der Umsetzung des Konzeptrahmens für die ESVP-Dimension der Terrorismusbekämpfung wurden fortgesetzt. Der Schwerpunkt lag insbesondere bei der weiteren Verbesserung der Interoperabilität militärischer und ziviler Fähigkeiten zur Bewältigung der Folgen von Terroranschlägen.

2. Die Europäische Nachbarschaftspolitik

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (**ENP**) umfasst 16 Nachbarländer der erweiterten Union: Ägypten, Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Moldau, Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien und Ukraine. Die EU wollte ursprünglich in Entsprechung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember 2002 auch Russland in diese Politik voll einbeziehen. Beim Gipfeltreffen EU-Russland in St. Petersburg am 31. Mai 2003 wurde schließlich eine spezielle Form der Zusammenarbeit vereinbart. Die EU und ihr „Schlüsselpartner“ Russland würden demnach ihre „strategische Partnerschaft“ nicht im Rahmen der ENP, sondern durch Schaffung von „vier Gemeinsamen Räumen“ weiterentwickeln: Gemeinsamer Wirtschaftsraum; Gemeinsamer Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts; Gemeinsamer Raum der Zusammenarbeit bei der äußeren Sicherheit und Gemeinsamer Raum der Forschung und Bildung (siehe auch Kapitel A.IV.5.).

Ziel der ENP ist die Einbindung der erfassten Nachbarstaaten in die gemeinsame Zone des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstands. Zu diesem Zweck werden detaillierte und nach Partnerland differenzierte Aktionspläne erstellt. Die Länder der ENP sollen das Potenzial der jeweiligen Assoziations- bzw. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen nicht nur ausschöpfen, sondern bei entsprechendem Engagement in eine zunehmend engere Beziehung eingebunden werden, die über die Zusammenarbeit hinaus ein erhebliches Maß an wirtschaftlicher und politischer Integration beinhaltet, wodurch eine Anpassung durch neue Abkommen erforderlich

Österreich in der Europäischen Union

werden könnte. Die auf drei bis fünf Jahre abgeschlossenen Aktionspläne werden von der Europäischen Kommission verhandelt, vom Rat genehmigt und danach von den jeweiligen Assoziations- oder Kooperationsräten beschlossen.

Inhaltliche Schwerpunkte der Aktionspläne betreffen Bereiche wie den Politischen Dialog und Reform; Handels-, Markt- und Regulierungsreformen; Zusammenarbeit auf dem Gebiet Justiz und Inneres; Transport, Energie, Informationsgesellschaft und Umwelt sowie Kontakte zwischen den Zivilgesellschaften.

Der Europäische Rat vom Dezember 2004 genehmigte die Aktionspläne mit einer ersten Gruppe von sieben Ländern: Israel, Jordanien, Marokko, Moldau, Palästinensische Autonomiebehörde, Tunesien und Ukraine. Ende 2005 startete die Europäische Kommission die Verhandlungen für weitere Aktionspläne mit Ägypten, Armenien, Aserbaidschan, Georgien und Libyen. Vor allem die Umsetzung der Aktionspläne mit der Ukraine und Moldau schreitet zügig voran. Die Ukraine erzielte bereits Fortschritte in den Bereichen Erreichung des Marktwirtschaftsstatus, Energie, Demokratie und Visae erleichterungen. Zusätzlich wurde die EU-Grenzmission für Moldau/Ukraine eingerichtet, um eine effiziente Grenzsicherung zu gewährleisten (siehe Kapitel A.IV.1.2.1.)

Zur künftigen Finanzierung der Maßnahmen und strategischen Partnerschaft im Rahmen der ENP soll ein neues, einheitliches „Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument“ (**ENPI**) für den Zeitraum 2007–2013 geschaffen werden, das Programme wie TACIS (Technische Unterstützung für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) und MEDA (finanzielle und technische Begleitmaßnahmen zur Reform der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer) ersetzt.

3. Südosteuropa / Westlicher Balkan

3.1. Entwicklungen in den einzelnen Staaten

3.1.1. Kroatien

Die EU verschob im März den vorgesehenen Beginn der Beitrittsverhandlungen aufgrund mangelnder Zusammenarbeit Kroatiens mit ICTY, insbesondere wegen der bis dahin nicht erfolgten Auslieferung des angeklagten Ex-Generals Ante Gotovina. In der Folge wurde auf österreichische Initiative eine Task Force zur Bewertung der Kooperation Kroatiens mit ICTY eingerichtet. Die kroatische Regierung legte einen Aktionsplan zur Lokalisierung Gotovinas und Zerschlagung seines Unterstützungsnetzwerks vor. Nach Fortschritten in den darauf folgenden Monaten attestierte Chefanklägerin des Tribunals, Carla Del Ponte, am 3. Oktober Kroatien die volle Zusammenarbeit mit ICTY. Die EU nahm am selben Tag **Beitrittsverhandlungen**

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

gen mit Kroatien auf. Gotovina wurde am 7. Dezember auf Teneriffa verhaftet und wenige Tage später nach Den Haag überstellt (siehe auch Kapitel A.I.).

Im Jänner unterzeichneten die zuständigen Minister aus Bosnien und Herzegowina, Kroatien sowie Serbien und Montenegro eine Erklärung über gemeinsame Bemühungen in Zusammenarbeit mit UNHCR, der EU und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bei der **Flüchtlingsrückkehr**. Die OSZE registrierte gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Verbesserung der Situation und eine Beschleunigung der Flüchtlingsrückkehr in Kroatien. Laut OSZE sind bis September etwa 122.000 während des Krieges geflohene oder vertriebene Serben wieder in ihr Heimatland Kroatien zurückgekehrt. Ministerpräsident Ivo Sanader lud die weiterhin außerhalb Kroatiens lebenden serbischen Flüchtlinge zur Rückkehr nach bzw. Reintegration in Kroatien ein.

In der offenen bilateralen **Frage der Seegrenze** zwischen Kroatien und Slowenien (Bucht von Piran) konnte noch keine abschließende Lösung gefunden werden.

In der Frage des Abschlusses eines bilateralen Abkommens zur Einräumung effektiver Restitutionsansprüche österreichischer StaatsbürgerInnen für Enteignungen gemäß dem 2002 novellierten kroatischen **Entschädigungsgesetz** konnte nach Abschluss einer dritten Verhandlungsrunde in Vukovar im April der Text eines „Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Republik Kroatien über Entschädigungsfragen“ als erstes derartiges, von Kroatien abgeschlossenes Abkommen vereinbart werden. Die Paraphierung dieses Abkommens erfolgte am 22. November. Zum Inkrafttreten bedarf das Abkommen der parlamentarischen Zustimmung beider Vertragsparteien.

3.1.2. Serbien und Montenegro/Kosovo

Am 12. April verabschiedete die Europäische Kommission eine Machbarkeitsstudie, in welcher sie die Aufnahme von Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der Staatenunion von Serbien und Montenegro empfahl. Der Rat stimmte der Empfehlung der Kommission zu und beauftragte sie mit der Ausarbeitung eines Verhandlungsmandats, welches er am 3. Oktober annahm. Am 10. Oktober wurden die Verhandlungen offiziell eröffnet.

Den EU-Beschlüssen war eine deutlich verbesserte Zusammenarbeit von Serbien und Montenegro mit **ICTY** vorangegangen. Von Jänner bis April waren von der Staatenunion insgesamt 14 Angeklagte an ICTY ausgeliefert worden. Da es seit Mai jedoch keine Auslieferung mehr gegeben hatte, legte Chefanklägerin Carla Del Ponte dem VN-SR im Dezember eine überwiegend negative Beurteilung der Zusammenarbeit von Serbien und Montenegro mit ICTY vor.

Österreich in der Europäischen Union

Am 7. April beschloss Serbien und Montenegro eine Änderung der **Verfassungscharta**. Darin ist unter anderem vorgesehen, dass Direktwahlen zum Parlament der Staatenunion gleichzeitig mit den jeweiligen Parlamentswahlen in den beiden Mitgliedstaaten stattfinden sollen. Weiters wurde am Erfordernis des Einklangs der Regeln für ein allfälliges Unabhängigkeitsreferendum in einem der Mitgliedstaaten mit international anerkannten demokratischen Standards und der Zusammenarbeit mit der EU im Referendumsprozess festgehalten.

In **Serbien** gelang es der Minderheitsregierung von Premierminister Vojislav Koštunica trotz weiterer Parteispaltungen und -wechsel zahlreicher Abgeordneter, ihre von der Unterstützung durch die Sozialistische Partei Serbiens (SPS) von Slobodan Milošević abhängige Mehrheit im Parlament zu behalten. Am 14. Mai gründeten die parteiinternen Widersacher des Vorsitzenden der Serbischen Erneuerungsbewegung (SPO), Vuk Drašković, eine neue Partei, die Serbische Demokratische Erneuerungsbewegung (SDPO). Zwei Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei (SDP) kündigten am 22. August der Regierung im Zusammenhang mit der geplanten Privatisierung der serbischen Ölgesellschaft NIS ihre Unterstützung auf. Der Vorsitzende der SDP, Nebojša Čović, unterzeichnete in der Folge eine Kooperationsvereinbarung mit der Bewegung Kraft Serbiens (PSS) unter der Führung von Bogoljub Karić. Die Regierung kompensierte den Verlust der beiden SDP-Abgeordneten durch zwei Abgeordnete der „Liste für den Sandschak“ von Sulejman Ugljanin, die ihre Parlamentssitze über eine Wahlkoalition mit der zweitgrößten Oppositionspartei, der Demokratischen Partei (DS) unter Präsident Boris Tadić, erlangt hatten. Daraufhin erklärten die DS-Abgeordneten am 5. Oktober einen Boykott der Parlamentssitzungen. Seither nehmen sie nur noch an Tagungen des Parlaments teil, bei denen Fragen von grundlegender Bedeutung für die Republik Serbien behandelt werden. Die erforderliche Mehrheit für das Budget 2006 konnte erst erreicht werden, als die Partei „G17 plus“ am 28. November zwei Abgeordnete, die gegen das Budget stimmen wollten, gegen willfährigere Mandatare austauschte. Ebenfalls im November gründete der ehemalige Vizevorsitzende der DS, Čedomir Jovanović, eine neue Partei, die Liberaldemokratische Partei.

In **Montenegro** setzte die Regierung von Premierminister Milo Djukanović ihre Kampagne für einen unabhängigen Staat fort und bekundete wiederholt ihre Absicht, im Frühjahr 2006 ein Unabhängigkeitsreferendum abzuhalten. Den im Februar vorgelegten Vorschlag zur Gründung einer „Union unabhängiger Staaten“ mit Serbien lehnte die serbische Regierung ab. Am 19. Dezember veröffentlichte die so genannte „Venedig-Kommission“ des Europarates ihre Einschätzung über die Vereinbarkeit der montenegrinischen Referendumsgesetzgebung mit international anerkannten demokratischen Standards. Auf dieser Grundlage nahm der Persönliche Vertreter des Hohen Vertreters Javier Solana, Miroslav Lajčák, seine Vermittlungsbemü-

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

hungen zwischen Regierung und Opposition betreffend die Referendumsregeln auf.

Im **Kosovo** hat sich nach den März-Unruhen gegen die serbische Minderheit im Jahr 2004, die auch zur Zerstörung von wertvollem kirchlichen Kulturerbe führte, die Situation 2005 einigermaßen stabilisiert. Zur Überraschung vieler Beobachter fielen die Reaktionen auf den freiwilligen Rücktritt von Premier Haradinaj im März und seine Überstellung an ICTY in Den Haag gemäßigt aus. Mit der Wahl von Bajram Kosumi durch die Kosovarische Versammlung am 23. März wurde die Koalition zwischen der Demokratischen Liga des Kosovo (LDK) und der Allianz für die Zukunft des Kosovo (AAK) fortgesetzt. Von großer innenpolitischer Bedeutung war zudem der im Dezember finalisierte Übergang von selektiven UNMIK-Kompetenzen in den Bereichen Justiz und Inneres auf die Übergangsinstitutionen des Kosovo.

Im Auftrag des Generalsekretärs der VN (VN-GS), Kofi Annan, führte der norwegische NATO-Botschafter Kai Eide im Sommer 2005 eine umfassende Evaluierung über die Erfüllung der Standards durch. In seinem Bericht an den VN-GS empfahl er die Einleitung eines Prozesses zur Lösung der Statusfrage. Der Leiter der Übergangsverwaltungsmission der VN im Kosovo (UNMIK), Sondergesandter des VN-GS Søren Jessen-Petersen, kündigte eine intensiviertere Verknüpfung der Prozesse von VN und EU zur Standardimplementierung und europäischen Integration an. Unabhängig von der Lösung der Statusfrage besteht innerhalb der EU die Bereitschaft, in den Bereichen Polizei und Justiz in Zukunft eine verstärkte Rolle zu spielen.

Im November ernannte der VN-GS den ehemaligen finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari zu seinem Sonderbeauftragten (SRSG) zur Führung des Kosovo-Status-Prozesses und den ehemaligen Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Albert Rohan zu dessen Stellvertreter. Die EU bestellte den Mitarbeiter des Ratssekretariats, den Österreicher Stefan Lehne, zum Kosovo-Beauftragten, der eng mit Ahtisaari und Rohan zusammenarbeiten wird. Auf Einladung Österreichs hat das VN-Status-Team seinen Sitz in Wien.

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten organisierte gemeinsam mit der Universität Wien und der Stiftung „Pro Oriente“ in Wien im Juli ein Seminar zum Thema „Prinzipien der Freiheit der Religionsausübung und der Selbstverwaltung religiöser Institutionen“, an dem offizielle VertreterInnen aus Belgrad und Pristina, prominente Repräsentanten der Religionsgesellschaften aus dem Kosovo und aus Serbien sowie internationale ExpertInnen teilnahmen. Auf Wunsch der TeilnehmerInnen wirkten in der Folge das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und das Institut für Rechtsphilosophie, Religions- und Kulturrecht der Universität Wien an der Ausarbeitung eines Entwurfs für ein kosovarische Religionsgesetz mit.

Österreich in der Europäischen Union

3.1.3. Bosnien und Herzegowina

Das Land erzielte 2005 zahlreiche Fortschritte im Reformprozess. Dies betraf vor allem die Zusammenarbeit mit ICTY, die Polizei- und Verteidigungsreform und die Gesetzgebung über die Reform des öffentlichen Rundfunks. Damit wurde der Grundstein für eine positive Empfehlung der Europäischen Kommission zur Aufnahme von Verhandlungen über ein SAA gelegt. Der Rat folgte dieser Empfehlung und beschloss am 21. November die Aufnahme der Verhandlungen.

Am 14. Dezember, dem zehnten Jahrestag der Unterzeichnung des Dayton-Friedensabkommens in Paris, wurde der ehemalige deutsche Postminister Christian Schwarz-Schilling als Nachfolger des Briten Lord Paddy Ashdown in der Funktion als Hoher Repräsentant der internationalen Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina nominiert. Bei einem Treffen in Washington, D.C. verabschiedeten die Vertreter der wichtigsten politischen Parteien Bosniens und Herzegowinas eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich zur Reform der komplizierten Strukturen der Dayton-Verfassung „bis März 2006“ verpflichteten.

Zu EUFOR-Althea und EUPM siehe Kapitel A.IV.1.2.1.

3.1.4. Albanien

Die ersten drei Quartale des Jahres standen im Zeichen der Parlamentswahlen vom 3. Juli. Nach zahlreichen Einsprüchen und Wahlwiederholungen in drei Sprengeln verkündete die Zentrale Wahlkommission schließlich am 1. September das offizielle Endergebnis. Am 11. September wurde die neue Koalitionsregierung unter Führung von Sali Berisha (Demokratische Partei) von Staatspräsident Alfred Moisiu angelobt. Das vierte Quartal war vom Erfolgswang der ersten „100 Tage“ geprägt, den sich Premierminister Berisha selbst auferlegt hatte. Nahezu alle Maßnahmen wurden mit der Bekämpfung der Korruption begründet, dem beherrschenden Thema der Absichtserklärungen in diesen 100 Tagen. In der Außenpolitik stand der Kosovo im Mittelpunkt.

3.1.5. Mazedonien

Die innenpolitische Situation war vom Machtkampf zwischen Präsident Boris Crvenkovski und Premierminister Vlado Bučkovski vom Sozialdemokratischen Bund für Mazedonien (SDSM) gekennzeichnet. Auf Seiten der ethnischen Albaner ist der Regierungspartner Demokratische Union für die Integration (DUI) nach dem ersten Parteikongress am 19. November, bei dem ein Bild der Geschlossenheit vermittelt wurde, zur bestimmenden Kraft geworden. Zweifellos konnten 2005 in einigen Bereichen Fortschritte in der Umsetzung des 2001 abgeschlossenen Ohrid-Rahmenabkommens erzielt werden. Die ethnischen Albaner kritisierten aber, dass die ethni-

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

schen Mazedonier das Abkommen nur unvollständig und halbherzig implementiert hätten. Ende Oktober löste der neue Leiter der Delegation der Europäischen Kommission, Erwan Fouéré, den bisherigen EUSB, Michael Sahlin, ab. Fouéré übt damit erstmals die Funktionen sowohl des EUSB als auch Leiters einer Delegation der Europäischen Kommission aus.

3.2. Die EU-Perspektive der Staaten des Westlichen Balkans

Österreich ist bei der Ausgestaltung der Beziehungen der EU zu den Ländern des Westlichen Balkans bestrebt, auf die schrittweise Verwirklichung der EU-Perspektive aller Staaten der Region hinzuarbeiten, die seit dem Jahr 2000 den Status eines „potenziellen Bewerbers“ („potenzieller Beitrittskandidat“) genießen. Die beim Westbalkan-Gipfel in Thessaloniki im Juni 2003 bekräftigte und ausgebauten Strategie der EU, umfassende Unterstützung bei ihrer Heranführung an die Union zu leisten, wurde weiter verfolgt und im Rahmen des SAP umgesetzt. Dabei verdeutlichte sich das Prinzip, demzufolge das Tempo der Annäherung eines Landes an die EU von dessen individuellen Reformfortschritten abhängt. Wesentlich war auch das Kriterium der vollen Zusammenarbeit eines jeden Staates mit ICTY. Gemäß dem Erweiterungs-Strategiepapier der Europäischen Kommission vom 9. November soll neben dem Abschluss eines SAA ein zufriedenstellendes Ergebnis bei der Umsetzung der SAA-Verpflichtungen (satisfactory track record) für die EU ein wesentliches Kriterium für die Behandlung jedweden Beitrittsantrags sein.

Das SAA zwischen den EG und ihren Mitgliedstaaten und **Kroatien** trat am 1. Februar in Kraft. Der Rat der EU beschloss am 3. Oktober die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, die unmittelbar danach formell eröffnet wurden. Am 20. Oktober begann die Europäische Kommission mit dem Acquis-Screening. Dieser Prozess wird voraussichtlich bis Herbst 2006 dauern (siehe auch Kapitel A.I.).

Am 9. November nahm die Europäische Kommission den Avis zu dem im März 2004 eingebrachten EU-Beitrittsantrag **Mazedoniens** an und empfahl darin die Zuerkennung des Kandidatenstatus an dieses Land. Der Europäische Rat vom 15. und 16. Dezember entsprach dieser Empfehlung, knüpfte jedoch die Eröffnung konkreter Beitrittsverhandlungen an die Erfüllung einer Reihe weiterer Bedingungen. Bis auf weiteres bildet somit das am 1. April 2004 in Kraft getretene SAA den rechtlichen Rahmen für die EU-Beziehungen zur ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien.

Mit **Albanien** wurden die schon Anfang 2003 aufgenommenen SAA-Verhandlungen fortgesetzt. Ein Abschluss dieser Verhandlungen während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes im ersten Halbjahr 2006 wird angestrebt.

Auch mit **Serbien und Montenegro** wurden am 10. Oktober SAA-Verhandlungen eröffnet. Da die Staatenunion nur unzulänglich funktioniert,

Österreich in der Europäischen Union

werden wesentliche Teile des Abkommens (vor allem Handelsfragen) mit Serbien einerseits und mit Montenegro andererseits getrennt verhandelt (so genannter „zweigleisiger Ansatz“).

Mit **Bosnien und Herzegowina** begannen die SAA-Verhandlungen am 25. November, zehn Jahre nach dem Friedensschluss von Dayton. Voraussetzung dafür waren die Fortschritte des Landes in den 16 von der Europäischen Kommission in ihrer früheren Machbarkeitsstudie identifizierten Sachbereichen.

Mit der Gemeinschaftsunterstützung für Wiederaufbau, Entwicklung und Stabilisierung (CARDS) verfügt die EU über ein umfassendes Außenhilfe-Programm für den Westlichen Balkan, welches die Staaten mit verschiedenen Projekten (beispielsweise Infrastruktur, Bildung, Umwelt und Verwaltungsaufbau) in ihrer Heranführung an die EU unterstützen soll. Für den Zeitraum 2000–2006 stehen insgesamt 4,65 Milliarden Euro zur Verfügung. Eine wichtige Rolle wird auch hier der regionalen Zusammenarbeit beigemessen. 2004 lief unter anderem ein auf drei Jahre anberaumtes CARDS-Regionalprojekt zur Verbesserung des Justizwesens und der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet an, das unter der Leitung des österreichischen Justizministeriums steht. Im Rahmen von CARDS-Twinning, den Verwaltungspartnerschaften zwischen EU-Mitgliedstaaten und SAP-Ländern, steigt die Zahl der Ausschreibungen stetig an und von österreichischen Twinning-Partnern langen für Projekte in Kroatien, Serbien und Montenegro sowie Albanien zahlreiche Bewerbungen ein (siehe Kapitel A.I.).

Komplementär zum SAP setzte der **Stabilitätspakt für Südosteuropa** unter Leitung von Sonderkoordinator und Vizekanzler a.D. Erhard Busek zahlreiche Initiativen zur Heranführung der Region an die EU und zur Verbesserung der Zusammenarbeit in der Region selbst fort. Gleichzeitig begannen infolge der erzielten Fortschritte erste Diskussionen über einen stufenweisen Transfer eines Teils der Agenden in die Eigenverantwortung der Länder der Region. Diese Frage wurde bei den Treffen des Regionaltisches, dem höchsten Gremium des Stabilitätspakts, in Sofia im Mai und in Prag im November erörtert. Die Österreicherin Marijana Grandits übernahm die Funktion der Direktorin des Arbeitstisches für Demokratisierung. Weiters war Österreich wie schon bisher im Bereich Investitionsförderung aktiv (Ko-Vorsitz der Arbeitsgruppe „Investment Compact“ zur Verbesserung des Investitionsklimas in der Region) und trieb gemeinsam mit der Europäischen Kommission den Abschluss des Vertrags über eine Energiegemeinschaft zwischen der Region und der EU (Gas und Elektrizität) voran. Die Unterzeichnung erfolgte am 25. Oktober in Athen, das Sekretariat ist in Wien angesiedelt. Als Kernaufgaben für 2006 definierte der Stabilitätspakt die Bereiche parlamentarische Kooperation, lokale Demokratie, Energie und Infrastruktur, Handel, Beschäftigung und Investitionen, Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption sowie Migrationsfragen.

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union***4. Die osteuropäischen Staaten****4.1. Ukraine, Moldau, Belarus****4.1.1. Ukraine**

Die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine haben mit der Amtsübernahme von Präsident Viktor Juschtschenko und der reformorientierten Regierung unter Julia Timoschenko (bis September) sowie anschließend unter Jurij Jechanurow eine deutliche Intensivierung erfahren. Basis dieser neuen Partnerschaft ist der am 21. Februar in Brüssel unterzeichnete **Aktionsplan EU-Ukraine**, ein Instrument im Rahmen der ENP. Der EU-Außenministerrat nahm am selben Tag umfassende Schlussfolgerungen an, die eine breite Palette von Maßnahmen zur Vertiefung der Zusammenarbeit vorsehen. Am 23. Februar absolvierte Präsident Juschtschenko im Rahmen eines Brüssel-Besuchs einen viel beachteten Auftritt vor dem Europäischen Parlament, bei dem er die Europaorientierung der Ukraine unter seiner Führung deutlich zum Ausdruck brachte. Von dieser Kooperationsabsicht konnte sich auch die EU-Außenminister-Troika bei ihrem Besuch in Kiew am 30. März überzeugen.

Über die konkreten Fortschritte bei der Umsetzung des Aktionsplans erfolgte eine regelmäßige Bestandsaufnahme, unter anderem im Rahmen des EU-Ukraine-Gipfels am 1. Dezember, der erstmals in Kiew stattfand. In der Gemeinsamen Erklärung dieses Gipfels wird deutlich, dass seit Unterzeichnung des Aktionsplans gegenüber der Ära Leonid Kutschma ein echter Qualitätssprung in den Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine stattgefunden hat. Dies spiegelt auch die positive Bewertung der Kommission über die Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus an die Ukraine sowie die Eröffnung von Verhandlungen über ein Visae erleichterungsabkommen wider. Anerkennung gab es von EU-Seite auch für die intensivierete Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die aktive und konstruktive Rolle der Ukraine bei der Suche nach einer Verhandlungslösung des Transnistrienkonflikts. Die EU unterstützte die Ukraine bei ihren Bemühungen um einen Beitritt zur Welt handelsorganisation. Die innerstaatliche Gesetzesanpassung und die Verhandlungen über die bilateralen Marktzutrittsprotokolle wurden auf ukrainischer Seite fortgesetzt.

4.1.2. Moldau

Für die Außenpolitik der Republik Moldau hat die Annäherung an die Strukturen der EU oberste Priorität. Am 22. Februar wurde der **Aktionsplan EU-Moldau** im ENP in Kraft gesetzt. Die Implementierung dieses Aktionsplans bedeutet die Umsetzung einer Vielzahl von Reformen, die der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes dienen. Die EU bestellte im März Adriaan Jacobovits des Szeged zum Sonderbeauftrag-

Österreich in der Europäischen Union

ten für Moldau. In Chişinău wurde im Oktober eine diplomatische Vertretung der Europäischen Kommission eröffnet.

Durch die politischen Veränderungen im Nachbarland Ukraine und die konsequente Orientierung Moldaus in Richtung EU kam auch Bewegung in die Lösungsbemühungen bezüglich des Konflikts um die separatistische Region **Transnistrien**. Der EUSB unterhält regelmäßig Kontakte mit den beiden Konfliktparteien (der moldauischen Regierung in Chişinău und dem transnistrischen Regime in Tiraspol) und den drei Mediatoren Russland, Ukraine, OSZE. Seit Oktober nehmen die EU und die USA als Beobachter in den laufenden Transnistrien-Gesprächen teil (aus dem früheren „Fünfer-Format“, bestehend aus Vertretern der beiden Parteien und der drei Mediatoren, wurde nun das „Format 5+2“). Die technische Hilfeleistung der EU an die Republik Moldau betrug bis einschließlich 2004 129,9 Millionen Euro. Für die Jahre 2005–2006 sind über TACIS weitere 42 Millionen Euro als technische Unterstützung vorgesehen. Die EU gewann durch ihre aktive Politik eine höhere Sichtbarkeit und ein stärkeres Profil in der Region.

Zur EU-Grenzmission für Moldau/Ukraine siehe Kapitel A.IV.1.2.1.

4.1.3. Belarus

Aufgrund kontinuierlicher Rückschritte in den Bereichen Demokratie und Menschenrechte bleiben die Beziehungen zwischen der EU und Belarus seit 1997 weiter eingeschränkt. In dem Ausmaß, in dem die politische Führung von Belarus bereit wäre, die Prinzipien der Demokratie und Menschenrechte umzusetzen, wäre auch die EU zu einer schrittweisen Normalisierung der Beziehungen mit Belarus bereit (so genannter „benchmark approach“).

In seinen Schlussfolgerungen vom 7. November äußerte sich der EU-Außenministerrat besorgt über die sich verschlechternde Menschenrechtslage und forderte die belarussische Regierung im Hinblick auf die für 19. März 2006 festgesetzten Präsidentenwahlen zur Trendumkehr auf, unter anderem durch einen freien und fairen Wahlprozess im Einklang mit VN- und OSZE-Standards sowie unter OSZE-Beobachtung. Die EU bekräftigte dabei ihre Entschlossenheit, Demokratie und Menschenrechte in Belarus weiter zu fördern, etwa durch Unterstützung der Zivilgesellschaft und unabhängiger Medien, Intensivierung persönlicher Kontakte und Stärkung gutnachbarlicher, grenzüberschreitender Kontakte. Der Rat erinnerte in seinen Schlussfolgerungen an das Gutachten der Venedig-Kommission des Europarates, welches das Referendum im Jahr 2004 (mit dem die Begrenzung der Wiederwahlmöglichkeit eines amtierenden Staatsoberhauptes abgeschafft wurde) als nicht gesetzeskonform bezeichnete.

Die Menschenrechtskommission der VN (MRK) verabschiedete im April eine von EU und USA gemeinsam eingebrachte Resolution über die Menschenrechtslage in Belarus. Sie weist auf schwere Mängel bei Wahlen und

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

die Einschüchterung der politischen Opposition und von NGOs hin und ruft die Regierung von Belarus zur Zusammenarbeit mit dem VN-Sonderberichterstatter über die Menschenrechtslage in Belarus auf. Dieser erhielt bisher keine Einreiseerlaubnis. Die EU verurteilte in einer Erklärung vom August das Vorgehen der Behörden gegen die Union der Polen in Belarus (mit 25.000 Mitgliedern die größte NGO in Belarus) sowie die Verurteilung von OrganisatorInnen der Demonstrationen gegen das Regime von Präsident Alexander Lukaschenko. Die EU brachte in einer Erklärung vom Dezember ihre große Besorgnis gegenüber einer Verschärfung strafrechtlicher Bestimmungen zum Ausdruck: Die betreffenden Tatbestände (etwa die im so genannten „Anti-Revolutionsgesetz“ enthaltene „Diskreditierung der Republik Belarus“) würden Meinungs- und Versammlungsfreiheit noch weiter einengen und den von Belarus eingegangenen internationalen Verpflichtungen im Menschenrechtsbereich widersprechen.

4.2. Südkaukasien

Die drei südkaukasischen Staaten Armenien, Aserbaidschan und Georgien sehen in einer Annäherung an euro-atlantische Strukturen ein wesentliches Ziel ihrer Außenpolitik. Die Ausweitung der ENP auf die drei südkaukasischen Staaten kommt diesem Anspruch entgegen (siehe auch Kapitel A.IV.2.). Eine EU-Troika auf gehobener Expertenebene im Oktober sollte den Beginn der ENP-Verhandlungen vorbereiten und Fortschritte bei der Lösung der drei Territorialkonflikte Abchasien, Berg-Karabach und Südossetien ausloten. Die für Dezember geplanten und von den entsprechenden Kooperationsausschüssen vorbereiteten Kooperationsräte mit allen drei Staaten der Region konnten nur in Form eines politischen Troika-Dialogs stattfinden, da sich Zypern wegen der Durchführung von aserbaidshani-Flügen nach Nord-Zypern bis zur Klärung der Angelegenheit gegen die Durchführung von Kooperationsräten mit Aserbaidschan aussprach. Um den regionalen Ansatz der EU-Politik gegenüber der Region aber doch aufrecht zu erhalten, wurde gegen Jahresende mit allen drei Staaten die erste Verhandlungsrunde zur Ausarbeitung von ENP-Aktionsplänen durchgeführt. Wichtige Bereiche dieser Aktionspläne sind insbesondere die Stärkung der demokratischen Strukturen und der Rechtssicherheit, Verbesserung des Schutzes der Menschenrechte, eine Verbesserung des makroökonomischen Klimas, die Stärkung der regionalen Kooperation sowie Schritte zu einer friedlichen Lösung der Konflikte im Südkaukasus.

Georgien und Russland konnten nach langwierigen Verhandlungen Ende Mai eine Einigung über den Abzug der noch in Georgien stationierten russischen Truppen bis spätestens Ende 2008 erreichen. Dies wurde seitens der EU in einer Erklärung gewürdigt. Dennoch gestalteten sich die Beziehungen zwischen beiden Akteuren aufgrund der bestehenden Abchasien- und Südossetienkonflikte sowie der Präsenz russischer Friedenstruppen in beiden Konfliktgebieten weiterhin schwierig. Im Sommer kam es, wie bereits 2004,

Österreich in der Europäischen Union

nach einem Granatenangriff auf Südossetien zu einer kurzfristigen Zuspitzung der Lage, in der die EU ihre Unterstützung in der Konfliktbeilegung anbot.

Im Oktober präsentierte Premierminister Zurab Nougaideli vor der OSZE in Wien einen **Friedensplan zu Südossetien**, der auch Anfang Dezember in Laibach auf dem jährlichen Ministerrat der OSZE von der gesamten OSZE-Gemeinschaft – wie zuvor bereits von der EU im Oktober – unterstützt wurde und somit das wichtigste Ergebnis des OSZE-Ministerrats war. Diesem georgischen Friedensplan folgte ein in vielem identer südossetischer Friedensplan, der auch von georgischer Seite grundsätzlich positiv bewertet wurde. Das darauf folgende Treffen der Gemeinsamen Kontrollkommission in Moskau endete jedoch ergebnislos. Die EU begrüßte im Rahmen der OSZE den neuen georgischen Friedensplan. Bereits zu Jahresbeginn erweiterte die EU den Mitarbeiterstab des EUSB für den Südkaukasus, Heikki Talvitie, um acht Personen. Diese widmeten sich Aufgaben im Bereich der Unterstützung des Grenzmonitorings der georgischen Grenztruppen an der georgisch-russischen Grenze. Einer von Georgien geforderten Übernahme der mit Jahresende 2004 ausgelaufenen OSZE-Grenzbeobachtungsmission konnte seitens der EU nicht entsprochen werden. Das Programm EUJUST THEMIS wurde abgeschlossen, welches das Grundgerüst für eine entsprechende Vernetzung der georgischen Verwaltung im Bereich der Rechtsstaatlichkeit bilden sollte (siehe auch Kapitel A.IV.1.2.1.).

Im August begründeten Staatspräsident Michail Saakaschwili und der ukrainische Staatspräsident Viktor Juschtschenko im georgischen Kurort Borjomi eine neue Form der internationalen Zusammenarbeit, die sich als „Demokratische Gemeinschaft der Staaten der baltischen-kaspischen Schwarzmeerregion“ versteht.

In **Aserbaidshon** fanden am 6. November Parlamentswahlen statt, aus denen die Regierungspartei „Neues Aserbaidshon“ als Sieger hervorging. Die Vorwahlperiode war einerseits von einigen Fortschritten geprägt, andererseits kam es – wie auch nach der Wahl – zu schärferem Vorgehen der Polizeikräfte gegen DemonstrantInnen und zur Verhaftung einiger Regierungsmitglieder im Zusammenhang mit einem angeblichen Putschversuch von UnterstützerInnen des ehemaligen Parlamentspräsidenten Rasul Quliyev, der aus seinem Exil in den USA zurückkehren sollte. Die Durchführung der Wahl selbst entsprach nicht internationalen Standards. Nachwahlen wurden für Mai 2006 ausgeschrieben, für die die meisten Oppositionsparteien, demoralisiert durch ihr schlechtes Abschneiden bei den Wahlen, einen Boykott ankündigten. Die EU nahm mit Enttäuschung zur Kenntnis, dass bei diesen Wahlen dem europäischen Standard, wie von ODIHR festgestellt, nicht entsprochen wurde.

In der **Berg-Karabach**-Frage setzten sich die Treffen der beiden Außenminister und Staatspräsidenten fort und ließen die Ausarbeitung eines von bei-

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

den Seiten akzeptierten Grundlegendokuments zur Konfliktlösung im Laufe des Jahres 2006 möglich erscheinen. Die EU äußerte sich im November unterstützend zum positiven Prozess und rief beide Staaten auf, ihre Verhandlungsbemühungen zu intensivieren.

In **Armenien** wurde am 27. November ein Referendum über eine Verfassungsänderung durchgeführt. Die internationale Staatengemeinschaft begrüßte diese Verfassungsänderung, da sie eine Stärkung der demokratischen Entwicklung sowie eine bessere Machtverteilung innerhalb der armenischen Institutionen nach sich zog. Sie kritisierte jedoch die Durchführung des Referendums, da es zu mehrfachen Unregelmäßigkeiten bei der Stimmauszählung gekommen war. Die Oppositionsparteien, die fast das ganze Jahr das Parlament boykottiert hatten, weigerten sich, trotz des für sie positiven Referendumsinhalts wegen Nichtanerkennung der Machtstrukturen an der Abstimmung teilzunehmen.

5. Russland

Präsident Wladimir Putin verfolgt in seiner zweiten Amtszeit das Ziel eines starken Staates, der vermehrt politische und wirtschaftliche Prozesse im Lande kontrolliert. Das Bestreben nach mehr staatlicher Kontrolle wird unter anderem im neuen Gesetz zu NGOs, in der erhöhten staatlichen Einflussnahme auf den Energiesektor sowie in einer Verschiebung von Kompetenzen von der lokalen Selbstverwaltung zur Zentralbürokratie (seit 2005 erfolgt eine direkte Ernennung von Gouverneuren bzw. Republikspräsidenten durch den Präsidenten Russlands) sichtbar. Wirtschaftlich geht es den meisten russischen BürgerInnen besser als vor einigen Jahren, dennoch gab es zu Jahresbeginn in vielen Städten Proteste und Demonstrationen wegen eines radikalen Sozialabbaus. In der Folge kündigte der Präsident eine Erhöhung der Sozialausgaben sowie „prioritäre nationale Projekte“ an.

Die russische **Wirtschaft** wies aufgrund der Erlöse aus Erdöl- und Erdgas-Exporten ein kontinuierliches Wachstum von durchschnittlich 6% auf. Diese Erlöse wurden jedoch kaum für eine Diversifizierung der Wirtschaft genutzt, da Russland seine Wirtschaft weiterhin auf den Energie- und Rohstoffsektor konzentriert. Die staatliche Einflussnahme auf die Wirtschaftspolitik und das Vorgehen gegen den Erdölkonzern Jukos vergrößerten die staatliche Dominanz in der russischen Wirtschaft.

Trotz einer relativen Beruhigung der Lage in **Tschetschenien** weiteten sich Terroraktivitäten auf andere nordkaukasische autonome Republiken aus. Die Menschenrechtsslage in Tschetschenien gab weiter Grund zur Sorge. Die am 27. November durchgeführten tschetschenischen Parlamentswahlen führten zu einer weiteren Stärkung des Kadyrow-Clans, auf den Moskau zur politischen Stabilisierung Tschetscheniens setzt. Im November wurden anlässlich eines Besuchs der Moskauer EU-BotschafterInnen im Troika-Format im Nordkaukasus Möglichkeiten zur Implementierung eines mit 20

Österreich in der Europäischen Union

Millionen Euro dotierten Nordkaukasus-Hilfsprogramms der Europäischen Kommission geprüft. Die Lage in Tschetschenien kommt bei den zweimal jährlich abgehaltenen Menschenrechtskonsultationen zwischen der EU und Russland regelmäßig zur Sprache.

Auf dem Gebiet der **Außenpolitik** haben für Russland die Beziehungen zu den anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion höchste Priorität. Russland möchte im Raum der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), in dem es starke sicherheitspolitische und wirtschaftliche Interessen hat, weiterhin eine führende Rolle spielen. Außenpolitische Aktivitäten westlicher Länder verfolgt es in diesem Raum mit Skepsis und Argwohn. Die im September 2003 in Aussicht genommene Schaffung eines Einheitlichen Wirtschaftsraums mit Belarus, der Ukraine und Kasachstan erscheint bis auf weiteres wegen Meinungsverschiedenheiten mit der Ukraine blockiert. Seit der „Orangen Revolution“ sind Spannungen im bilateralen Verhältnis zu beobachten, die Ende des Jahres in einem Streit um die Höhe des künftigen Preises der Erdgaslieferungen und der Transitgebühren sowie in einem Aufleben von Differenzen über die Stationierungsmodalitäten der russischen Schwarzmeerflotte auf ukrainischem Territorium gipfelten. Im Rahmen der Shanghai-Kooperationsorganisation ist Russland bestrebt, gemeinsam mit China und vier zentralasiatischen Staaten (Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Usbekistan) eine von den USA unabhängige Sicherheitskooperation zu entwickeln und den Einfluss vor allem in Zentralasien zu stärken. Ein immer gewichtigeres Instrument der Außenpolitik scheint die Energiepolitik zu werden.

Die EU ist Russlands wichtigster Handelspartner: 60% aller russischen Exporte erfolgen in Richtung EU, wobei der Großteil aus Öl- und Gaslieferungen besteht. Zur Weiterentwicklung ihrer Beziehungen beschlossen die EU und Russland anlässlich eines Gipfeltreffens in Moskau am 10. Mai „Wegskizzen“ für die Schaffung von vier Gemeinsamen Räumen (siehe auch Kapitel A.IV.2.). Eines der ersten Ergebnisse bei der Umsetzung dieser „Wegskizzen“ war eine prinzipielle Einigung zwischen der EU und Russland anlässlich des Londoner Gipfels am 4. Oktober über den Abschluss von Abkommen über Visaerleichterungen und Rückübernahme. Die formelle Unterzeichnung dieser Abkommen soll in der ersten Jahreshälfte 2006 erfolgen. Da das in den 90er-Jahren zwischen der EU und Russland geschlossene Partnerschafts- und Kooperationsabkommen im Dezember 2007 ausläuft, wird in der EU überlegt, wie ein auf gemeinsamen demokratischen Werten basierender institutioneller Rahmen der immer enger werdenden Beziehungen zum strategischen Partner Russland in Zukunft gestaltet sein sollte.

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union***6. Der Nahe Osten, Nordafrika und der Mittelmeerraum****6.1. Allgemeine Entwicklungen**

Die EU stärkte die Beziehungen mit dem **Irak** durch die Unterstützung des politischen Transformationsprozesses und wirtschaftlichen Wiederaufbaus auf Grundlage der Resolution 1546 (2004) des VN-SR. Nach den Wahlen im Jänner erfolgte die Bildung des Übergangsparlaments sowie der Übergangsregierung. Zur Unterstützung des weiteren Prozesses hielt die EU gemeinsam mit den USA in Brüssel am 22. Juni eine internationale Konferenz mit mehr als 80 Staaten und internationalen Organisationen ab und bekräftigte die Unterstützung des Übergangsprozesses auf Grundlage von Resolution 1546 (2004). Am 21. September wurde die Gemeinsame Politische Erklärung EU-Irak unterzeichnet. In einem Referendum im Oktober wurde ein Verfassungsentwurf angenommen. Auf Grundlage dieser Verfassung fanden im Dezember Parlamentswahlen statt.

In **Saudi-Arabien** verstarb am 1. August der seit 1982 herrschende König Fahd bin Abdul Aziz Al Saud, Nachfolger wurde sein Halbbruder Kronprinz Abdullah bin Abdul Aziz. Am 11. Dezember erfolgte der Beitritt Saudi-Arabiens zur WTO.

Die Herrscherhäuser in **Kuwait**, **Bahrain** und **Katar** sind um eine Öffnung des politischen Systems bemüht und leiteten in den letzten Jahren innenpolitische Reformmaßnahmen ein, in Kuwait etwa im Jahr 2005 das aktive und passive Frauenwahlrecht. Auch in Bahrain und Katar fanden die positiven demokratiepolitischen Entwicklungen ihre Fortsetzung. Sicherheitsgarant für die Souveränität und Integrität der drei Staaten sind die USA, die diese wiederum zu wichtigen Eckpfeilern ihrer Militärstrategie in der Region gemacht haben.

Bis August versuchten Deutschland, Frankreich und Großbritannien als E3, gemeinsam mit dem Hohen Vertreter, mit dem **Iran** ein Abkommen über die ausschließlich friedliche Nutzung des iranischen Nuklearprogramms zu erzielen. Weiters wurden Verhandlungsrunden über ein Handels- und Kooperationsabkommen abgehalten. Nach der Wiederaufnahme der Urankonversion konzentrierten sich die Bemühungen der EU auf die Aufrechterhaltung eines starken internationalen Konsenses, um den Iran zur Rückkehr zu vollständiger Aussetzung aller Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsaktivitäten zu bewegen. Trotz Bemühungen der EU war die Abhaltung des umfassenden Dialogs und des Menschenrechtsdialogs nicht möglich. Bei den Präsidentschaftswahlen im Juni wurde der bisherige Teheraner Bürgermeister Mahmoud Ahmadinejad gewählt. Die inakzeptablen Äußerungen des Präsidenten zu Israel und dem Holocaust lösten scharfe internationale Proteste aus.

Österreich in der Europäischen Union

6.2. Der Friedensprozess im Nahen Osten

Die erfolgreiche Durchführung der palästinensischen Präsidentschaftswahlen, ein wichtiger Schritt in der Konsolidierung demokratischer Prozesse in den Besetzten Gebieten, markierte den Beginn des Jahres. Bereits kurz nach Amtseinführung des neuen Präsidenten Mahmoud Abbas kam es aufgrund der Vermittlung des ägyptischen Präsidenten Mohamed Hosni Mubarak und des jordanischen Königs Abdullah II. bin Al-Hussein am 8. Februar zu einem Treffen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon in Sharm-El-Sheikh. Ergebnis der Gespräche waren gegenseitige Zusagen, weitere Gewaltakte zu verhindern, Sicherheitsverantwortung in ausgewählten Städten wieder an die Palästinenser zu übertragen und palästinensische Gefangene aus israelischen Gefängnissen zu entlassen. Am 21. Juni kam es zu einem Folgetreffen zwischen Ministerpräsident Sharon und Präsident Abbas in Jerusalem. Die EU betonte die Notwendigkeit der Intensivierung derartiger Kontakte auf allen Ebenen und forderte von beiden Parteien die Umsetzung der Vereinbarungen von Sharm-El-Sheikh. Ein Gebertreffen in London am 1. März bestätigte die Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft, Präsident Abbas und die Palästinensische Autonomiebehörde in ihren Bemühungen um Reform und Festigung der öffentlichen Strukturen im Hinblick auf einen zukünftigen Staat zu unterstützen.

Der israelische Rückzug aus dem Gaza-Streifen und Teilen des nördlichen Westjordanlands (disengagement plan), der von der israelischen Regierung trotz beträchtlichen Widerstands, auch in den Reihen der eigenen Parteien, im September durchgeführt wurde, dominierte den Friedensprozess im Nahen Osten. Die EU verwies von Anfang an auf die Notwendigkeit von sozialen und wirtschaftlichen Verbesserungen im Gaza-Streifen, insbesondere den unbehinderten Personen- und Warenverkehr mit dem Ausland und Westjordanland, als Voraussetzung für einen Erfolg des Rückzugsplans. Das „Nahost-Quartett“ (EU, Russland, USA und VN) ernannte den früheren Präsidenten der Weltbank, James Wolfensohn, zu seinem Sonderbeauftragten für den Rückzug. Wolfensohn definierte die wesentlichsten Erfordernisse für einen erfolgreichen Rückzug und legte einen Plan vor, wie unter Verdoppelung der Hilfsleistungen der internationalen Gemeinschaft in den folgenden drei Jahren die Voraussetzungen für eine nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung geschaffen werden könnten. Die Staaten der G-8 sprachen diesem Plan auf ihrem Gipfel in Gleneagles (Großbritannien) vom 6.–8. Juli ihre volle Unterstützung zu (siehe auch Kapitel E.II.2.3.).

Unmittelbares Ergebnis des Rückzugs Israels war ein am 15. November zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde geschlossenes Abkommen über Reise- und Transporterleichterungen. Auf Basis dieses Abkommens wurde am 25. November in der ägyptisch-palästinensischen Grenzstadt Rafah ein erster internationaler Grenzübergang zwischen dem Gaza-Streifen und Ägypten eingerichtet, zu dem die EU als „Drittpar-

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

tei“ durch die Entsendung einer Beobachtermission (EU BAM Rafah) einen zentralen Beitrag leistet (siehe Kapitel A.IV.1.2.1.).

Ende des Jahres begannen die Vorbereitungen für die am 25. Jänner 2006 angesetzten Neuwahlen zum palästinensischen Parlament. Österreich beteiligte sich mit der Entsendung von insgesamt zehn Personen an der europäischen Wahlbeobachtungsmission. Darüber hinaus leistete Österreich einen erheblichen finanziellen Beitrag für die zentrale palästinensische Wahlkommission, die für den korrekten Ablauf der ersten palästinensischen Neuwahlen nach zehn, von einer oft unzulänglichen parlamentarischen Praxis geprägten Jahren, sorgen sollte. Auch in Israel wurden nach dem Austritt von Ministerpräsident Sharon aus der größten Regierungspartei, dem Likud-Block, und der Neugründung einer Zentrumspartei (Kadima), Neuwahlen für den 28. März 2006 angesetzt. Eine beträchtliche Anzahl prominenter Mitglieder des Likud und der Arbeitspartei folgte dem Ministerpräsidenten in die neue Partei, unter ihnen der abgewählte Vorsitzende der Arbeitspartei, Shimon Peres. Zu Jahresende erkrankte Ministerpräsident Sharon so schwer, dass er sein Amt nicht mehr ausüben konnte.

6.3. Die Euro-Mediterrane Partnerschaft (Barcelona-Prozess)

Die Drittstaatenpolitik der EU zum Mittelmeer-Raum wird im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft umgesetzt, die nach der Gründungskonferenz vom 27. und 28. November 1995 auch „Barcelona-Prozess“ genannt wird. Zu den zehn Partnern der EU zählen Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, der Libanon, Marokko, die Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien und die Türkei. Libyen, Mauretanien sowie einige Organisationen haben derzeit Beobachterstatus.

Die EU verfolgt mit ihrer Mittelmeerpolitik drei Hauptziele: Schaffung eines gemeinsamen Raumes des Friedens und der Stabilität, gestützt auf fundamentale Grundsätze, einschließlich der Achtung der Menschenrechte und der Demokratie; Schaffung eines Raumes des gemeinsamen Wohlstands durch die schrittweise Errichtung einer Freihandelszone Europa-Mittelmeer bis 2010 sowie die Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses der Völker in der Region und Aufbau einer aktiven Zivilgesellschaft. Diese Ziele werden in drei Kapiteln verfolgt: Zusammenarbeit im politischen und sicherheitspolitischen Bereich; Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich sowie Zusammenarbeit zur Schaffung eines besseren interkulturellen und zwischenmenschlichen Dialogs.

Das zentrale Ereignis des Barcelona-Prozesses im Jahr 2005 war die Abhaltung eines Gipfels zum zehnjährigen Jubiläum der Staats- und Regierungschefs zwischen der EU und den Partnerstaaten in der Heimstätte der Partnerschaft am 27. und 28. November. Österreich war durch Bundeskanzler Wolfgang Schüssel vertreten. Das Ziel dieses Treffens war, dem Prozess neuen Schwung zu verleihen. Zu diesem Zweck wurde ein Arbeitspro-

Österreich in der Europäischen Union

gramm für die folgenden fünf Jahre sowie ein Verhaltenskodex zur Terrorismusbekämpfung ausgearbeitet, die am Gipfel angenommen wurden. Das Fünfjahresprogramm sieht partnerschaftliche Maßnahmen in allen drei Kapiteln vor.

Im politischen Bereich stehen Fragen der Demokratisierung und der stärkeren Beteiligung der Zivilgesellschaft an Entscheidungsprozessen, der Menschen- und insbesondere der Frauenrechte, der Bekämpfung des internationalen Terrorismus sowie unterschiedliche Aspekte der Migration im Mittelpunkt. Obwohl vor allem die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus immer wieder durch den Nahostkonflikt behindert wird, bleibt der Barcelona-Prozess als einziges Gremium, in dem europäische, arabische und israelische StaatenvertreterInnen auf höchster Ebene zusammentreffen, nach wie vor eine bedeutende Initiative.

Das wichtigste Ziel der Euro-Mediterranen Partnerschaft besteht in der Errichtung einer Freihandelszone bis 2010. In der Heranführungsstrategie an dieses Ziel werden mit allen Partnern bilaterale Assoziationsabkommen abgeschlossen. Nachdem das Abkommen mit Algerien am 1. September in Kraft trat, besteht nunmehr ein fast vollständiges vertragliches Netzwerk zwischen der EU und den Partnern. Einzig das Abkommen mit Syrien, das bereits im Oktober 2004 paraphiert worden war, konnte aufgrund der schwierigen politischen Lage noch nicht zum Abschluss gebracht werden. Neben der Schaffung der Freihandelszone zwischen der EU und den Mittelmeerländern soll im Sinne der regionalen Integration auch der Handel zwischen den Mittelmeerpartnern liberalisiert werden. Mit dem Agadir-Abkommen zwischen Ägypten, Jordanien, Marokko und Tunesien wurde bereits eine Freihandelszone geschaffen. Zur Implementierung der Euro-Mediterranen Partnerschaft stehen zwei Finanzierungsinstrumente zur Verfügung. Das MEDA-Programm dient der finanziellen und technischen Unterstützung von Wirtschafts- und Sozialreformen. Für das Programm standen im Jahr 2005 mehr als 800 Millionen Euro zur Verfügung. Es soll ab 2007 vom ENPI finanziert werden (siehe auch Kapitel A.IV.2.). Weiters hat die Europäische Investitionsbank (EIB) eine eigene Fazilität zur Finanzierung von Infrastruktur- und einzelnen Investitionsprojekten eingerichtet.

Als wichtigstes Instrument der Zusammenarbeit im sozialen und kulturellen Bereich wurde bereits 2004 die Euromed-Stiftung für den Dialog zwischen den Kulturen und Zivilisationen, die Anna-Lindh-Stiftung, eingerichtet. Sie hat ihren Sitz in der ägyptischen Hafenstadt Alexandria und widmet sich der Förderung von NGOs, der Netzwerkkoordination der Zivilgesellschaften, der Mobilitätsförderung zwischen Nord und Süd und der Förderung der Visibilität der Euro-Mediterranen Partnerschaft.

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

6.4. Organisationen der multilateralen Zusammenarbeit

6.4.1. Arabische Liga

Der Gipfel der seit 60 Jahren bestehenden Arabischen Liga fand in Algier am 22. und 23. März statt. Folgende Beschlüsse wurden gefasst: die Bekräftigung der „Arabischen Friedensinitiative“ des Gipfels von Beirut von 2002; die Begrüßung der Wahlen im Irak; der Aufruf an die Gläubigerländer zur Streichung von 80% der irakischen Auslandsschulden; die Etablierung eines interimistischen Arabischen Parlaments, bestehend aus je vier von den nationalen Parlamenten entsandten Mitgliedern; der Auftrag an den Generalsekretär, Konsultationen über die Einrichtung eines Arabischen Sicherheitsrates und Arabischen Gerichtshofs aufzunehmen sowie die Schaffung einer Arabischen Freihandelszone bis 2015.

Die vorbereitende Außenministerkonferenz verwarf den jordanischen Vorstoß, die Normalisierung der Beziehungen der arabischen Staaten mit Israel nicht länger von Israels vorherigem Zugeständnis betreffend Rückkehrrecht der vertriebenen Palästinenser sowie Jerusalem als Hauptstadt eines künftigen palästinensischen Staates abhängig zu machen. Der Aufruf an die arabischen Länder, ihre diplomatischen Beziehungen mit dem Irak wieder auf ihr „natürliches Niveau“ anzuheben, erlitt durch die Ermordung des ägyptischen Missionschefs in Bagdad im Juli einen schweren Rückschlag.

6.4.2. Organisation der Islamischen Konferenz

Der türkische Universitätsprofessor Ekmeleddin Ihsanoglu trat am 1. Jänner die Nachfolge des Marokkaners Abdul Wahid Belqeziz als neuer Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz (**OIC**) an und nahm an der Konferenz „Islam in a Pluralistic World“ in Wien am 15. und 16. November teil (siehe Kapitel L.2.). Am 7. und 8. Dezember fand auf Einladung von König Abdullah in Mekka ein außerordentlicher OIC-Gipfel statt, bei dem unter anderem die Krise der islamischen Staatengemeinschaft und die Reform der OIC erörtert wurden.

6.4.3. Golfkooperationsrat

Der Golfkooperationsrat (**GCC**) wurde 1981 als Forum einer engeren Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate gegründet. Diese Staaten verfügen über 45% der globalen Ölreserven und liefern rund ein Fünftel des weltweiten Rohöls. Auf dem Weg zur Schaffung einer Zollunion war der GCC mit der Umsetzung eines ambitionierten Aufgabenprogramms konfrontiert. So sollen ein Zollinformationszentrum, eine einheitliche Währung sowie der dazugehörige Umsetzungsplan, die Annahme von Antidumping-, Antisubventions- und Schutzmaßnahmen sowie die Gründungscharter für gemeinsame Normenorganisationen ins Leben gerufen werden. Die Integra-

Österreich in der Europäischen Union

tionsfortschritte blieben jedoch aufgrund interner Schwierigkeiten hinter den Erwartungen zurück.

Zwischen dem GCC und der EU existiert seit 1988 ein Kooperationsabkommen mit jährlichen Beamten- und Ministertreffen. Der 15. Gemeinsame Rat und die Ministertagung fanden in Bahrain am 5. April statt. Die wichtigsten Themen waren das künftige Freihandelsabkommen zwischen EU und GCC, die GCC-Zollunion sowie aktuelle internationale Fragen. Bei den seit 1991 geführten Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen konnten bedeutende Fortschritte erzielt werden, sodass ein Abschluss der schwierigen Gespräche im Jahr 2006 erwartet werden kann. Der GCC ist der fünftgrößte Exportmarkt der EU, wobei die EU regelmäßig Überschüsse in der bilateralen Handelsbilanz verzeichnete. Rohöl stellt zwei Drittel der Exporte der Region in die EU dar.

7. Nordamerika

7.1. Vereinigte Staaten von Amerika

Am 20. Jänner begann die **zweite Amtszeit von Präsident George W. Bush**. Der Präsident nahm in seinem Regierungsteam bedeutende personelle Veränderungen vor. Condoleezza Rice, bisherige Nationale Sicherheitsberaterin, wurde zur neuen Außenministerin ernannt, weitere Minister wurden ausgetauscht. Stephen J. Hadley folgte Rice als Sicherheitsberater nach. Die Regierung konnte sich sowohl im Abgeordnetenhaus (Republikanische Partei 232 Sitze, Demokratische Partei 202 Sitze, ein unabhängiger Abgeordneter) als auch im Senat (Republikanische Partei 55 Sitze, Demokratische Partei 45 Sitze) auf eine breite Mehrheit stützen.

Als **innenpolitische Schwerpunkte** seiner zweiten Amtszeit bezeichnete Präsident Bush grundlegende Reformen im Sozialversicherungssystem, Steuerrecht und Erziehungssystem sowie die Einführung eines effizienten Geheimdienstgesetzes. Zu den legislativen Erfolgen gehörten Gesetzespakete zu Verkehr und Energie. Ein wichtiges Thema war die Besetzung von zwei frei gewordenen Richterposten am Obersten Gerichtshof. Der von Präsident Bush als Präsident des Obersten Gerichtshof (Chief Justice) nominierte John Glover Roberts wurde im September mit großer Senatsmehrheit (78 : 22) bestätigt.

In der **Außen- und Sicherheitspolitik** strebte Präsident Bush Kontinuität an. Richard Cheney und Donald Rumsfeld behielten ihre Posten als Vize-Präsident bzw. Verteidigungsminister. In seiner Inaugurationsrede am 20. Jänner sowie in seiner Rede zur Lage der Nation am 2. Februar bezeichnete er die Fortsetzung des Kampfs gegen den Terrorismus, den Aufbau stabiler Demokratien, die Verbreitung von Freiheit sowie die Etablierung eines „effektiven Multilateralismus“ als die außenpolitischen Prioritäten. Die transatlantischen Beziehungen wurden revitalisiert. Die Zustimmung der ameri-

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

kanischen Bevölkerung zum US-Engagement im Irak nahm angesichts anhaltender Anschläge, einer steigenden Zahl gefallener US-SoldatInnen sowie der Kosten von 6 Milliarden US-Dollar pro Monat kontinuierlich ab. Im November verpflichtete der Senat die Regierung zur Vorlage von vierteljährlichen Fortschrittsberichten zum Irak. Im Streit um das Atomprogramm der Demokratischen Volksrepublik Korea bemühten sich die USA um eine Multilateralisierung des Konflikts. Wesentlich intensiver als während der ersten Amtszeit engagierte sich die Regierung Bush im Nahost-Friedensprozess.

Nach der am 7. Dezember erfolgten Abweisung der letzten in den Vereinigten Staaten anhängigen und im Zusammenhang mit **Restitutionsfragen** aus der Zeit des Nationalsozialismus oder dem Zweiten Weltkrieg stehenden Sammelklage gegen Österreich bzw. österreichische Unternehmen durch ein New Yorker Bezirksgericht erklärte die Bundesregierung am 13. Dezember den Eintritt des so genannten Rechtsfriedens. Der mit 210 Millionen US-Dollar dotierte **Allgemeine Entschädigungsfonds der Republik Österreich** wurde damit in die Lage versetzt, Zahlungen an die Leistungsberechtigten aus den dafür zur Verfügung stehenden Fondsmitteln zu erbringen. Die völkerrechtliche Grundlage für den Allgemeinen Entschädigungsfonds bildet das zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten und Österreich abgeschlossene Washingtoner Abkommen vom 17. Jänner 2001.

Das Wachstum der **US-Wirtschaft** verlangsamte sich geringfügig im Vergleich zum Vorjahr, das BIP stieg um 3%. Die Steuerung dieses Wirtschaftswachstums erfolgte durch die monetäre Politik der Zentralbank, vor allem durch eine kontrollierte Abwertung des US-Dollars. Nach acht weiteren Anhebungen standen die Leitzinsen im Dezember bei 4,25%. Das Konsumentenvertrauen, das im September auf 86,6 Punkte gefallen war, hielt im Dezember wiederum bei 103,8 Punkten (als Basisjahr dient 1985). Die Kapazitätsauslastung der US-Unternehmen lag im Dezember bei 80,7% und damit knapp unter dem Durchschnitt der Jahre 1972–2004 von 81%. Die Arbeitslosenrate schwankte zwischen 4,9% und 5,1%. Die Rahmenbedingungen blieben jedoch besorgniserregend: Das Handelsbilanzdefizit betrug im Oktober 68,1 Milliarden US-Dollar, somit deutlich mehr als der Defizitrekord von November 2004 mit 59,3 Milliarden US-Dollar. Die Jahresgesamtimporte betrugen 1.996,9 Milliarden US-Dollar, die Exporte 1.271,1 Milliarden US-Dollar, das Handelsbilanzpassivum stieg damit auf 725,8 Milliarden US-Dollar. Das Budgetdefizit verringerte sich auf 494 Milliarden US-Dollar, das Risiko des Auftretens struktureller Defizite blieb jedoch bestehen. Kapitalverkehrsströme von etwa 45 Milliarden US-Dollar pro Monat, die bereits zu rund einem Viertel von asiatischen Zentralbanken kamen, waren für die Bedeckung dieser Außenstände erforderlich. Ende des Jahres erklärte die chinesische Zentralbank, ihre Devisenreserven von 800 Milliarden US-Dollar künftig auch in anderen Leitwährungen zu verlangen. Europa ist mit 750 Milliarden Euro größter Investor in den USA, 45%

Österreich in der Europäischen Union

aller US-Auslandsinvestitionen gehen nach Europa und machen hier drei Viertel aller ausländischen Investitionen aus. Etwa 12–14 Millionen Arbeitsplätze sind in der EU und den USA auf die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen zurückzuführen. Der Warenaustausch zwischen der EU und den USA betrug rund 1 Milliarde Euro pro Tag. Die mangelnde Umsetzung von Schiedssprüchen der Welthandelsorganisation (WTO) im „Foreign Sales Corporations-Fall“ (US-Sonderregelungen für die steuerliche Behandlung ausländischer Vertriebsgesellschaften) und „Byrd-Amendment“ (US-Gesetz über Ausgleichszahlungen für anhaltende Dumping- und Subventionspraktiken) sowie die wechselseitigen Verfahren im Boeing-Airbus-Fall führten zu Irritationen. Die Ratifikation des Freihandelsabkommens mit den zentralamerikanischen Ländern (CAFTA) am 2. August, ebenso wie die positiven Abstimmungen über den weiteren Verbleib der USA in der WTO und die Verlängerung der so genannten „Trade Promotion Authority“ (vereinfachtes Ratifikationsverfahren für handelsbezogene Verträge) bis 2007, bedeuteten einen Erfolg für die Regierung.

7.2. Kanada

Kanada ist einer der wichtigsten außereuropäischen Handels- und Wirtschaftspartner Österreichs, mit dem sich auch in nichtwirtschaftlichen Fragen zahlreiche Berührungspunkte ergeben. Ebenso wie Österreich ist auch Kanada betont multilateralistisch ausgerichtet. Der Grad der Übereinstimmung im Abstimmungsverhalten beider Länder in der VN-GV ist äußerst hoch; im Jahr 2003 lag er beispielsweise bei 96%. Im „Ottawa-Prozess“, beim „Partnership for Peace Trust Fund“-Projekt der NATO zur Zerstörung von Antipersonenminen in Serbien und Montenegro sowie bei Aktivitäten im Rahmen des „Netzwerks Menschliche Sicherheit“ besteht zwischen Kanada und Österreich eine intensive Zusammenarbeit (siehe Kapitel H.VI.).

Die USA sind für Kanada außenhandels- und außenpolitisch von größter Bedeutung. Kanada ist darauf bedacht, zwischen seinem multilateralen Grundverständnis und dem Wunsch, ein verlässlicher Partner der USA zu sein, eine Balance zu finden. Die Erklärung zu den Grundlinien der kanadischen **Außenpolitik** vom April betonte ein gesteigertes Interesse am asiatischen und südamerikanischen Raum. Die Regierung entwickelte die strategischen Beziehungen zu den großen Hoffnungsmärkten China und Indien weiter. Das verstärkte außenpolitische Engagement mit entsprechenden Ausgabensteigerungen galt vor allem Afghanistan, dem Nahen Osten, Haiti sowie Darfur (Sudan). Kanada war besonders in internationalen Organisationen wie den VN aktiv. Viele ihrer Friedenseinsätze gehen auf kanadische Initiativen zurück. Kanada beteiligte sich auch an ESVP-Missionen wie EUFOR-Althea und EUPM (siehe Kapitel A.IV.1.2.1.). Beim VN-Gipfel im September konnte Kanada mit der Durchsetzung des Prinzips der „Schutzverantwortung“ einen politischen Erfolg erzielen. Kanadas multilaterales

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Engagement zeigt sich auch in der Bekleidung hoher Ämter in internationalen Organisationen durch KanadierInnen, etwa den Vorsitzenden des IStGH, Philippe Kirsch, und die Hochkommissarin der VN für Menschenrechte, Louise Arbour. Unter dem Titel „Nördliche Dimension“ bemühte sich Kanada, wegen Territorialkonflikten mit Dänemark und den USA seine Souveränität in der Arktis auch militärisch sichtbar zu machen.

Die **innenpolitische Entwicklung** in Kanada war vom vorzeitigen Ende der Regierung von Ministerpräsident Paul Martin, der Frage der nationalen Einheit, der Auseinandersetzung um die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe sowie den missglückten Bemühungen um eine Reform des nicht mehr finanzierbaren Gesundheitssystems geprägt. Seit den Parlamentswahlen vom 28. Juni 2004 führte Ministerpräsident Martin, Vorsitzender der Liberalen Partei, eine zunächst relativ stabile Minderheitsregierung. Bei einigen Themen wurde er von drei Oppositionsparteien (New Democratic Party, Conservative Party, Bloc Québécois) unterstützt. Diese Unterstützung sank jedoch im Zuge einer Spendengeldaffäre: Bei der Abwicklung der antiseparatistischen Kanada-Werbeaktion wurden laut kanadischem Rechnungshof Steuergelder veruntreut, eine vom Ministerpräsidenten eingesetzte unabhängige richterliche Kommission veröffentlichte am 1. November ihren Bericht. Nach dem Sturz der Regierung wurden Neuwahlen für den 23. Jänner 2006 angesetzt.

Rund 80% der kanadischen Exporte gehen in die USA. Die Regierung versuchte, gemeinsam mit Mexiko, den Ausbau des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) in eine moderne Freihandelszone zu erreichen. Die Weigerung der USA, dem NAFTA-Schiedsgerichtsentscheid über Weichholz-Exporte nachzukommen, belastete das NAFTA-Vertragswerk schwer. Die kanadische **Wirtschaft** wuchs um 3%. Die Inflation blieb niedrig, das Budget wies einen Überschuss von rund 12,5 Milliarden Euro auf. Die Arbeitslosenquote erreichte mit 6,8% beinahe einen kanadischen Tiefststand. Die Handelsbilanz war trotz des starken kanadischen Dollars positiv. Im Vergleich zu den anderen G-7-Ländern nimmt Kanada somit eine Spitzenposition ein.

7.3. Transatlantische Beziehungen mit den USA und Kanada

Unter den transatlantischen Beziehungen werden die Beziehungen der EU zu den USA und zu Kanada verstanden, die für alle Beteiligten von großer Bedeutung sind. Neben der wirtschaftlich sehr engen Bindung besteht auf beiden Seiten zunehmend das Bewusstsein um die Bedeutung einer engen Partnerschaft für das Erreichen gemeinsamer politischer Anliegen. Insbesondere seit Jahresbeginn bestand auch auf US-Seite wachsendes Interesse an einem intensiveren Gedankenaustausch mit der Union.

Österreich in der Europäischen Union

7.3.1. Der institutionalisierte Dialog EU-USA

Der institutionalisierte Dialog zwischen der EU und den USA basiert im Wesentlichen auf drei Grundlagen: der „Transatlantischen Deklaration“ von 1990, der „Neuen Transatlantischen Agenda“ (NTA) von 1995 und dem „Gemeinsamen Aktionsplan EU-USA“ von 1995. Das höchste Gremium ist das einmal jährlich stattfindende EU-USA-Gipfeltreffen. Darüber hinaus finden laufend zahlreiche weitere Treffen auf allen Arbeitsebenen statt, um eine möglichst gute Zusammenarbeit zu ermöglichen: Ministertreffen, Treffen der Gruppe hochrangiger Beamter (Senior Level Group), Treffen der Politischen Direktoren und der Arbeitsgruppe (Task Force) sowie Expertentreffen. Der Dialog mit den USA ist der intensivste aller institutionalisierten Dialoge der EU mit Drittstaaten.

2005 kann als Neubeginn in den transatlantischen Beziehungen nach dem Irak-Krieg bezeichnet werden. Präsident Bush setzte mit seiner Reise nach Europa Ende Februar dafür ein sichtbares Zeichen. Auch auf anderen Ebenen kam zum Ausdruck, dass eine enge Zusammenarbeit unverzichtbar sei. Es fanden eine Reihe von Treffen statt: Treffen von Präsident Bush mit den Staats- und Regierungschefs der 25 EU-Mitgliedstaaten sowie mit der EU-Troika in Brüssel am 22. Februar; EU-USA-Gipfel in Washington, D.C. am 20. Juni; Treffen aller EU-AußenministerInnen mit Außenministerin Rice in Brüssel am 22. Februar und am Rande der VN-GV am 20. September; Außenministertreffen EU-USA im Troika-Format in Luxemburg am 10. Februar und in Washington, D.C. am 2. Juni; Justiz- und Innenministertreffen EU-USA im Troika-Format in London am 11. und 12. Juli sowie in Washington, D.C. am 6. und 7. Oktober und Wirtschaftsministertreffen EU-USA im Troika-Format in Brüssel am 30. November. Bei der Bewältigung von globalen Herausforderungen bewährte sich die enge Zusammenarbeit zwischen EU und USA, für die es zahlreiche Beispiele gibt: beim Kampf gegen Drogenhandel und Terrorismus in Afghanistan; nach den Terroranschlägen in Großbritannien, der Türkei und Jordanien; bei den Verhandlungen der E3 mit dem Iran; bei der VN-Initiative zu Syrien und Libanon; beim Abzug Israels aus dem Gaza-Streifen und Teilen des nördlichen Westjordanlands; in Darfur (Sudan) und im Kosovo; bei der Demokratieförderung von Bosnien und Herzegowina, der Ukraine sowie im Nahen und Mittleren Osten sowie beim Vorgehen gegen die Unterdrückung in Belarus und Myanmar.

Vier der insgesamt zehn Erklärungen beim EU-USA-Gipfel bezogen sich auf die **Wirtschaftspartnerschaft**. Maßgeblich daran beteiligt war der transatlantische Wirtschaftsdialog (TABD), ein institutionalisiertes Dialogforum für Unternehmer auf Grundlage der NTA. Um Vorschläge für die Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen auf höchster Ebene einzubringen, tagt der TABD unter anderem kurz vor dem institutionalisierten EU-USA-Gipfel. Zu den im Rahmen der „people to people links“ tätigen Dialogforen zählen auch der transatlantische Verbraucherdialo (TACD) und der transatlantische Dialog der Gesetzgeber (TLD) zum besseren Verständnis zwischen

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Europäischem Parlament und US-Kongress. Das Wirtschaftsministertreffen stellte einen wichtigen Schritt für die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen dar. Ende November konnte ein gemeinsames Arbeitsprogramm für die Umsetzung der Wirtschaftsinitiative vom Juni verabschiedet werden. Es umfasst Maßnahmen in elf Bereichen: Regulierungsfragen; Öffnung und Wettbewerbsfähigkeit der Kapitalmärkte; Kampf gegen Geldwäsche und Finanzierung terroristischer Aktivitäten; Förderung von Innovation und technischer Entwicklung; Handels-, Transport- und Reisesicherheit; Energieeffizienz; Schutz geistiger Eigentumsrechte; Investitionen; Wettbewerbspolitik; öffentliches Beschaffungswesen sowie Dienstleistungen. Regulierungsfragen und der Schutz geistiger Eigentumsrechte stellen zwei der wichtigsten Arbeitsschwerpunkte dar. Die Einrichtung eines Forums für die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen und die Arbeit an einer gemeinsamen Strategie für den Schutz geistiger Eigentumsrechte wurde vereinbart.

Aus diesen Entwicklungen ergaben sich insgesamt gute Aussichten für die Beziehungen zwischen der EU und den USA. Am 14. Dezember unterstrich Assistant Secretary for European and Eurasian Affairs Daniel Fried vor einem konservativen Think Tank die politische Bedeutung der EU für die USA. Die USA sehen die EU zunehmend als ihren wichtigsten Partner bei der Bewältigung globaler Probleme. Bis vor kurzem noch hatten sich die USA auf die Stabilisierung und Verteidigung Europas konzentriert, jetzt soll sich der Blick vielmehr darauf richten, was gemeinsam in der Welt für Freiheit und Demokratie erreicht werden kann.

7.3.2. Der institutionalisierte Dialog EU-Kanada

Der institutionalisierte Dialog zwischen der EU und Kanada basiert auf dem Rahmenabkommen über Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit von 1976, der Deklaration zu den Transatlantischen Beziehungen von 1990, der Gemeinsamen Politischen Deklaration von 1996 sowie dem dazugehörigen Aktionsplan. Zahlreiche Treffen auf Arbeits- und Experten-, höherer Beamten- und Politikerebene bilden das Fundament des politischen Dialogs zwischen der EU und Kanada und stellen in ihrer Gesamtheit eine der außenpolitischen Prioritäten der EU dar. Ein EU-Kanada-Gipfel, das höchste Gremium im Dialog EU-Kanada, fand in Niagara-on-the-Lake am 19. Juni statt. Am 24. November fand eine Videokonferenz zwischen den Premierministern Paul Martin und Tony Blair als EU-Ratspräsidenten sowie dem Kommissionspräsidenten, José Manuel Barroso, und dem Hohen Vertreter der EU, Javier Solana, statt. Wichtige Fragen des Dialogs waren insbesondere die Beschleunigung der Verhandlungen zum Abschluss eines Handels- und Investitionsförderungsabkommens (TIEA); die Weiterführung der Umwelt- und Klimaagenda; der Reformprozess der VN; Fischerei sowie die Aufhebung der kanadischen Visapflicht für die neuen EU-Mitgliedstaaten. Bei der Videokonferenz wurden überdies die Abkommen zur kanadischen Teilnahme an Krisenmanagementoperationen, zur Kanada-Europol-Ko-

Österreich in der Europäischen Union

operation und betreffend Flugpassagierdaten gewürdigt. Um den Dialog EU-Kanada insgesamt noch produktiver und ergebnisorientierter zu gestalten, arbeitete die britische Ratspräsidentschaft gemeinsam mit der Europäischen Kommission und dem Ratssekretariat Umstrukturierungsvorschläge aus, die von der neuen kanadischen Regierung geprüft werden.

7.4. Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen

Das Abkommen über die Schaffung der Nordamerikanischen Freihandelszone zwischen den USA, Kanada und Mexiko (**NAFTA**) trat am 1. Jänner 1994 in Kraft. Seine Besonderheit liegt in der Verbindung von zwei der am höchsten entwickelten Industriestaaten mit einem aufsteigenden Schwellenland des Südens. Das kombinierte BIP der NAFTA-Staaten erreichte 2003 11,4 Billionen US-Dollar und lag damit deutlich über dem der EU, welches nach der Erweiterung mit 8,3 Billionen US-Dollar beziffert wurde. Die ausgeprägten komparativen Kostenunterschiede stimulierten den intraregionalen Handel. Das Handelsvolumen USA-Mexiko hat sich mehr als verdreifacht. Vor allem Mexiko mit Exportraten um 90% und Importraten von 62% konzentriert den Außenhandel zusehends auf die NAFTA. Dennoch war die NAFTA vor allem wegen des außerordentlich hohen US-Handelsbilanzdefizits in den USA weiterhin Gegenstand heftiger innenpolitischer Kontroversen. Es bestanden auch intraregionale Differenzen und Streitfälle, unter anderem im Agrarbereich. Amerikanische NGOs befürchteten, dass es zu einem Lohn- und Umweltdumping kommt. Diesen Kritiken wirkt die US-Regierung entgegen, da die NAFTA als Weg angesehen wird, Märkte zu öffnen, für Unternehmen Kosten zu senken und mehr Effizienz zu erzielen. In Kanada und Mexiko wird das Abkommen insbesondere wegen des hohen Anstiegs des Handelsvolumens sehr positiv eingeschätzt. Beim zehnjährigen Jubiläum wurde einhellig festgestellt, dass alle drei Partnerländer der NAFTA profitiert hätten. Auch KonsumentInnen würden durch niedrigere Kosten und höhere Warenvielfalt profitieren. Über die Frage einer Fortentwicklung und Vertiefung der NAFTA bestand weiterhin grundsätzlich kein Konsens. Doch wurde am 23. Juni von den NAFTA-Umweltministern ein Strategieplan für die Nordamerikanische Umweltkooperationskommission beschlossen, der vermehrt Handels- und Umweltagenden vereinen soll.

Mit dem NAFTA-Abkommen wurden auch auf dem Gebiet des Investitionsschutzes neue Wege beschritten. Trotz Verzögerungen bei der Umsetzung einzelner Bestimmungen des Abkommens schritt der Integrationsprozess insgesamt planmäßig voran. Aufgrund des starken Anstiegs des intraregionalen Handels, der Marktintegration und der Aufhebung von Zöllen diente das Abkommen den USA oft als Vorbild für bi- und multilaterale Freihandelsabkommen. Die USA hatten solche in den letzten Jahren vermehrt abgeschlossen bzw. zu verhandeln begonnen, unter anderem mit Australien, Chile, Jordanien, Kolumbien, Panama und Singapur sowie der

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Andenregion. Die USA sehen somit die NAFTA zunehmend als Modell der Handelskooperation in Ergänzung des multilateralen Handelsgefüges, welches die WTO zum Zentrum hat.

8. Lateinamerika und Karibik

8.1. Politische Entwicklungen

Trotz zahlreicher politischer Krisen in verschiedenen Ländern der Region wurden die demokratischen Institutionen nicht infrage gestellt. Problemlösungen wurden auf politischem Wege gesucht. Lateinamerika zählt heute zu den demokratischen Regionen der Welt: Die Demokratie stößt auf breite Akzeptanz in der Bevölkerung und die Weichen in Richtung Rechtsstaat, Marktwirtschaft, regionale Integration und internationale Öffnung sind gestellt. In manchen Ländern gibt es jedoch soziale Asymmetrien und Korruption. Die Stärkung der Zusammenarbeit der EU mit der Region Lateinamerika und Karibik (LAC) sowie die wachsende Bedeutung des EU-LAC-Gipfelprozesses ist für die österreichische Außenpolitik nicht nur als Ergänzung zu den bestehenden bilateralen Beziehungen, sondern auch im Hinblick auf die Gastgeberrolle Österreichs beim vierten EU-LAC-Gipfeltreffen in Wien vom 11.–13. Mai 2006 relevant.

In **Mexiko** dominierten bereits die für Juli 2006 angesetzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen die Innenpolitik. Die Zapatisten verkündeten im Juni das vorläufige Ende militärischer Aktionen zugunsten eines friedlichen politischen Engagements. Im April ratifizierte Mexiko das Fakultativprotokoll der VN-Konvention gegen Folter, im Oktober das Statut des Internationalen Strafgerichtshofes. Am 9. Dezember wurde die Todesstrafe abgeschafft. Außenpolitische Erfolge waren die Wahl von José Angel Gurría zum Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie von Bernardo Sepúlveda Amor zum Richter am Internationalen Gerichtshof. Im EU-LAC-Prozess übte Mexiko weiterhin die Koordinationsrolle für die LAC-Region aus.

In **Brasilien** setzte die Regierung von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva ihre Bemühungen fort, mit einer verantwortungsbewussten Schulden-, Währungs- und Budgetpolitik die Basis für soziale und wirtschaftliche Reformen zu schaffen. Ein wichtiges sozialpolitisches Ziel war weiterhin das Programm „Fome Zero“ („Null Hunger“) zur Beseitigung des Hungers im Land und zur Sicherung elementarer Grundbedürfnisse. Trotz innenpolitischer Turbulenzen (Korruptions- und Stimmenkauffälle) gab es weiterhin eine sehr positive Wirtschaftsentwicklung. Außenpolitisch prioritäre Ziele waren wiederum ein ständiger Sitz für Brasilien im VN-SR im Zuge einer VN-Reform, die regionale Integration (MERCOSUR), die Diversifizierung der Handelsbeziehungen, eine Führungsrolle in Südamerika und die Festi-

Österreich in der Europäischen Union

gung der weltpolitischen Rolle, auch als Sprecher der Schwellen- und Entwicklungsländer.

In **Argentinien** wuchs die Wirtschaft weiter und führte zu einem Rekordüberschuss im öffentlichen Haushalt. Die Jahresinflationsrate stieg jedoch auf rund 12%. Ausländische Investoren wurden durch einen Disput mit der Regierung über Preise von Waren und Dienstleistungen, die Schwäche der Institutionen und einen häufigen Wechsel der rechtlichen Rahmenbedingungen verunsichert. Im Dezember kündigte Präsident Néstor Kirchner die Rückzahlung sämtlicher Schulden beim Internationalen Währungsfonds (IWF) bis Jahresende an. Die soziale Lage blieb aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit angespannt. Die Stellung des populären Präsidenten Kirchner wurde bei den Parlamentswahlen vom 23. Oktober gestärkt.

Chile war mit einem Wirtschaftswachstum von 5,5%, einer Inflationsrate von 3,5% und einer Arbeitslosigkeit von unter 8% weiterhin die stabilste Volkswirtschaft der Region. Maßgeblich für den Aufwertungseffekt des Peso waren die riesigen Handelsbilanzüberschüsse aufgrund des Weltmarktpreises von Kupfer. Im September wurde die aus der Diktatur stammende Verfassung novelliert, insbesondere wurde die Sonderrolle der so genannten „institutionellen“ Senatoren – unter anderem ehemalige Präsidenten, Armeechefs, Rechnungshofpräsidenten – abgeschafft.

In **Kolumbien** setzte sich der Trend der Verbesserung der Sicherheitssituation sowie des Rückgangs von Gewaltverbrechen fort. Die Politik der „demokratischen Sicherheit“ festigte die hohe Popularität von Präsident Álvaro Uribe. Die Regierung konzentrierte sich auf eine Verhandlungslösung mit den Paramilitärs „Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens“ (AUC) und erreichte einen Waffenstillstand. Im November 2004 begann die Demobilisierung von paramilitärischen Verbänden, die bis Jahresende an die 13.000 Mitglieder erfasste und bis Mitte Februar 2006 abgeschlossen sein soll. Mitte Juni wurde nach langen innerkolumbianischen Diskussionen das Gesetz zu „Justicia y Paz“ (Gerechtigkeit und Frieden) verabschiedet. Das Gesetz soll die Aufklärung und Verfolgung von Verbrechen der Paramilitärs sowie die Wiedergutmachung für die Opfer sicherstellen, ohne den Friedensprozess zu gefährden. Die EU bezeichnete das Gesetz in den Ratsschlussfolgerungen vom 3. Oktober als „signifikanten Fortschritt“, sie forderte dessen effektive Umsetzung. Mitte Dezember fand eine erste Gesprächsrunde mit dem „Heer zur Nationalen Befreiung“ (ELN), der kleineren Guerillagruppe, in Havanna statt. Der weit größeren Guerillagruppe „Revolutionäre Bewaffnete Kräfte Kolumbiens“ (FARC) wurde im Dezember die Einrichtung einer demilitarisierten Zone für allfällige Verhandlungen über ein humanitäres Abkommen angeboten.

Nachdem die EU Ende Jänner ihre „Vier Maßnahmen vom 5. Juni 2003“ gegen **Kuba** (Einschränkung der hochrangigen bilateralen Besuche, Einschränkung der kulturellen Zusammenarbeit, Einladung von Dissiden-

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

tInnen zu Nationalfeiertagsempfängen der EU-Botschaften in Havanna sowie Evaluierung des Gemeinsamen Standpunkts vom Dezember 1996) vorübergehend ausgesetzt hatte, entspannten sich die Beziehungen zwischen EU und Kuba. Die vom Regime seit 2003 eingefrorenen diplomatischen Kontakte mit den EU-Botschaften konnten verbessert werden. Die Menschenrechtssituation verschlechterte sich durch neuerliche Verhaftungen, weitere Beschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie aggressive Einschüchterungen von DissidentenInnen durch RegierungsanhängerInnen. Den „Damas de Blanco“ (eine Gruppe von Frauen, die seit 2004 jeden Sonntag friedlich gegen die andauernde Inhaftierung ihrer als Regimekritiker geltenden Ehemänner und Söhne protestiert) wurde vom Europäischen Parlament der Sacharow-Preis verliehen, den sie mangels Ausreisegenehmigung jedoch nicht selbst entgegennehmen konnten. Der Gemeinsame Standpunkt der EU zu Kuba vom Dezember 1996, dessen Ziel die Förderung des Übergangs zu Demokratie und Pluralismus im Rahmen eines politischen Dialogs ist, wurde von den AußenministerInnen der EU bestätigt.

In **Peru** konnten die wesentlich verbesserten makroökonomischen Aussichten die verbreitete Enttäuschung der Bevölkerung über die sozialen und politischen Entwicklungen nicht wettmachen. Seit Juli amtiert eine Übergangsregierung.

In **Venezuela** fanden am 4. Dezember Parlamentswahlen statt. Da die Opposition kurz vor den Wahlen ihre KandidatInnen zurückzog, erhielten die regierungstreuen Parteien bei einer Wahlbeteiligung von nur 25% alle 167 Mandate in der Nationalversammlung. Die EU hatte eine Beobachtermission zu den Wahlen entsandt, deren Endbericht zu Jahresende noch ausstand.

Die positive Wirtschaftsentwicklung in **Guatemala** wurde durch die hohen Energiepreise sowie die Verwüstungen des Hurrikans „Stan“ im Oktober weitgehend zunichte gemacht. Das größte Problem stellte jedoch die angespannte Sicherheitssituation und die organisierte Kriminalität dar.

Die latente politische Krise in **Nicaragua** dauerte an, nachdem sowohl der Sandinistenchef Daniel Ortega als auch der wegen Geldwäsche zu 20 Jahren Haft verurteilte frühere Präsident Arnoldo Alemán ihr Interesse an einer Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen im November 2006 bekundet hatten. Durch US-Druck konnten im Herbst zumindest das Budget 2006 beschlossen und die Vorgaben des IWF erfüllt werden. Mit **Costa Rica** verschärfte sich ein seit langem schwelender Grenzkonflikt.

In **Bolivien** wurden nach dem Rücktritt von Präsident Carlos Mesa am 18. Dezember vorgezogene Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sowie erstmals Präfekturwahlen abgehalten. Aus den Präsidentschaftswahlen ging der Parteichef der Bewegung zum Sozialismus (MAS), Evo Morales, mit rund 54% der Stimmen als Sieger hervor. Seine Partei – bis dahin stärkste Oppositionspartei im Parlament – konnte bei den Parlamentswahlen mit

Österreich in der Europäischen Union

rund 54% der Stimmen die absolute Mehrheit erringen. Die stärksten Parteien bei den Präfekturwahlen waren MAS und die Demokratische und Soziale Kraft (PODEMOS). Sie stellten jeweils drei der insgesamt neun Präfekten in den Provinzen.

Der Präsident von **Ecuador**, Lucio Gutiérrez, der Ende April nach größeren Demonstrationen durch ein rechtlich nicht unumstrittenes Votum des Kongresses abgesetzt wurde, war der dritte Amtsinhaber, der seit 1996 seine Amtsperiode nicht regulär beenden konnte. Gutiérrez folgte sein Vizepräsident, Alfredo Palacio, nach.

8.2. Regionale Integrationsforen

Das 28. Gipfeltreffen der **MERCOSUR-Staaten** (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) fand unter paraguayischem Vorsitz in Asunción (Paraguay) am 19. und 20. Juni, das 29. Gipfeltreffen unter uruguayischem Vorsitz in Montevideo (Uruguay) am 8. und 9. Dezember statt. Schwerpunkt der Arbeit im ersten Halbjahr waren die Koordination der Wirtschaftspolitik, die Dotierung des Kohäsionsfonds sowie die Unterzeichnung eines Menschenrechtsprotokolls (Protokoll von Asunción). In Montevideo wurde die Errichtung eines MERCOSUR-Parlaments bis Ende 2010 beschlossen. In der zweiten Jahreshälfte stand die Umsetzung des in Asunción beschlossenen Kohäsionsfonds im Mittelpunkt, der in den Jahren 2006 und 2007 mit rund 100 Millionen US-Dollar dotiert werden soll. Beim Gipfel in Montevideo wurde Venezuela formal als Mitglied aufgenommen, jedoch vorerst ohne Stimmrecht und ohne faktische und technische Integration in den MERCOSUR.

Der 16. Gipfel der Andengemeinschaft (**CAN**), die Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru und Venezuela umfasst, fand in Lima (Peru) am 18. Juli statt. Wesentliche Ergebnisse waren die Vertiefung der andinischen Integration, Fortschritte in der Konvergenz mit dem MERCOSUR (die MERCOSUR-Länder wurden als assoziierte Mitglieder aufgenommen), die Verbesserung der Beziehungen zur EU sowie die Annahme einer neuen Gemeinsamen Strategie im Kampf gegen Drogen. CAN erklärte die gemeinsame Zollpolitik, den Schutz von Wasserreserven und der Biodiversität, die Errichtung eines Anden-Energiebündnisses, die Gründung eines Sozialhumanitärfonds sowie die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungszertifikaten und Berufstiteln zu prioritären Anliegen. Weiters wurde der freie Grenzverkehr zwischen den Mitgliedstaaten sowie die Einführung eines CAN-Reisepasses vereinbart.

Die zentralamerikanischen Staaten schlossen eine Vielzahl von regionalen, bi- und multilateralen Handelsabkommen. Hiezu zählt die Umsetzung der **CAFTA**, das sechs zentralamerikanische Länder mit den USA vereinbart hatten. Sie arbeiteten im Rahmen des Zentralamerikanischen Integrationsbündnisses (**SICA**) an einer verstärkten Harmonisierung untereinander und

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

am Aufbau einer Zollunion. Beim 27. Gipfeltreffen der SICA-Mitgliedstaaten am 2. Dezember einigte man sich auf einen regionalen Energieplan.

Anlässlich des 16. Intersessionalen Treffens der Staats- und Regierungschefs des **CARICOM** in Paramaribo (Suriname) am 16. und 17. Februar wurde der fortschreitende Prozess zur Errichtung des CARICOM-Binnenmarktes und -Wirtschaftsraums (**CSME**) gewürdigt. Die Ziele des CSME sind freier Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen. Die Einrichtung des Karibischen Gerichtshofs als oberste Berufungsinstanz in Port of Spain (Trinidad und Tobago) anstelle des „Privy Council“ in London wurde beschlossen. Beim 26. Gipfeltreffen in Gros Islet (St. Lucia) vom 3.–6. Juli wurde die Errichtung des CSME mit 1. Jänner 2006 bestätigt.

Die AußenministerInnen der **Rio-Gruppe**, die sich aus den zwölf süd- und fünf zentralamerikanischen Staaten sowie der Präsidentschaft der Karibischen Gemeinschaft als Vertreterin der Karibik zusammensetzt, berieten in San Carlos de Bariloche (Argentinien) am 25. und 26. August vor allem die Stabilisierungsbemühungen in Haiti.

Die ordentliche Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (**OAS**) fand seit 1974 das erste Mal wieder in den USA (Fort Lauderdale, 5.–7. Juni) statt. Die „Deklaration von Florida“ ruft die OAS-Mitgliedstaaten zu größerem Engagement für die Unterstützung schwacher demokratischer Institutionen in den einzelnen Ländern auf. Die Konferenz war in einigen Punkten von Differenzen zwischen den USA auf der einen Seite und insbesondere Argentinien, Brasilien und Venezuela auf der anderen Seite geprägt.

Am **IV. Amerikagipfel** in Mar del Plata (Argentinien) vom 3.–5. November nahmen 32 Staats- und Regierungschefs teil. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Gipfeln lag der Schwerpunkt auf wirtschaftlichen Themen, insbesondere der Schaffung von Arbeitsplätzen zur Reduzierung von Armut. Bezüglich der Gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA) einigte man sich vorerst auf eine Evaluierung der Möglichkeiten ihrer Errichtung. Parallel zum politischen Gipfel fand ein „Gipfel der Völker“ unter dem Motto „Ein anderes Amerika ist möglich“ statt, bei dem unter anderem Alternativen zur FTAA erörtert wurden.

Das **15. Iberoamerikanische Gipfeltreffen** fand in Salamanca (Spanien) am 14. und 15. Oktober statt. Themenschwerpunkte waren der internationale Einfluss des iberoamerikanischen Raumes, die wirtschaftliche und soziale Situation in der Region und Fragen der Migration. Ein permanentes Generalsekretariat in Madrid mit dem Uruguayer Enrique Iglesias als erstem Generalsekretär wurde geschaffen.

Nach Gründung der **Südamerikanischen Gemeinschaft der Nationen** 2004 fand das erste Gipfeltreffen in Brasilia am 29. und 30. September statt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Fragen der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik. Die Gemeinschaft einigte sich auf verstärkte Integration in den

Österreich in der Europäischen Union

Bereichen Energie, Verkehr und Kommunikation. Auch kultur-, medien-, umwelt- und sozialpolitische Themen wurden diskutiert. Langfristiges Ziel der Gemeinschaft ist die Schaffung eines umfassend integrierten südamerikanischen Raumes.

8.3. Beziehungen mit der EU

Die Beziehungen der EU zu Lateinamerika und der Karibik werden auf biregionaler Ebene in Form eines Gipfelprozesses mit allen 33 Staaten Lateinamerikas und der Karibik sowie eines institutionalisierten politischen Dialogs mit der Rio-Gruppe gestaltet. Weiters werden regelmäßig gesonderte Treffen mit dem MERCOSUR, Zentralamerika, der Andengemeinschaft, Mexiko und Chile durchgeführt. Die **EU-LAC-Gipfeltreffen** geben die strategische Richtung für die Weiterentwicklung der Beziehungen vor. Seit 1999 fanden drei biregionale Gipfeltreffen statt: 1999 in Rio de Janeiro, 2002 in Madrid und 2004 in Guadalajara in Mexiko. Die Beziehungen der EU zu dieser Region standen bereits im Zeichen der Vorbereitungen auf den IV. EU-LAC-Gipfel in Wien vom 11.–13. Mai 2006. Es fanden zwei Treffen der Hohen Beamten statt: Beim XVI. Treffen in Brüssel vom 19. April wurden die organisatorischen Rahmenbedingungen, beim XVII. Treffen in Lima vom 16. November wurde in schwierigen Verhandlungen eine zwölfteilige Themenliste für den IV. EU-LAC-Gipfel vereinbart.

Das **XII. Außenministertreffen der EU mit der Rio-Gruppe** fand in Luxemburg am 26. und 27. Mai statt. Am Rande der VN-GV kam es am 17. September zu einem weiteren Außenministertreffen zwischen der EU-Troika und der Rio-Gruppe. Beide Male war die Situation in Haiti Schwerpunkt der Gespräche.

Beim XII. Außenministertreffen der EU mit der Rio-Gruppe wurden gleichzeitig getrennte Gespräche zwischen der EU-Troika und dem MERCOSUR, Zentralamerika, der Andengemeinschaft, Mexiko und Chile geführt. Beim **Treffen EU-MERCOSUR** bot sich die EU dem MERCOSUR als politisch-strategischer Partner bei der Globalisierung an. Die Aufnahme eines Politischen Dialogs auf Ebene Hoher Beamter wurde beschlossen. Die Verhandlungen über ein **Assoziationsabkommen** dauern seit November 1999 an. Nachdem die Verhandlungen über die Kapitel „Politischer Dialog“ und „Zusammenarbeit“ in der siebenten Runde abgeschlossen waren, konnte man sich in der Folge in weiteren acht Runden jedoch nicht auf einen Abschluss des Handelsteils einigen. Bei einem Ministertreffen EU-MERCOSUR im September wurde vereinbart, die Verhandlungen bis Sommer 2006 möglichst weit voranzutreiben.

Beim **XXI. Ministertreffen der EU mit Zentralamerika** und **XXI. Ministertreffen EU-CAN** wurde am Ziel von Assoziationsabkommen der EU mit beiden Regionen festgehalten. Die EU würdigte die enge Zusammenarbeit mit beiden Regionen sowie die Integrationsfortschritte innerhalb dieser

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Regionen. Als Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen über Assoziationsabkommen EU-Zentralamerika und EU-CAN nennen die Schlussdokumente von Guadalajara von 2004 Fortschritte in den WTO-Verhandlungen (Doha-Runde) sowie ausreichende regionale wirtschaftliche Integration der Andenländer und der Länder Zentralamerikas. Vorerst wurde ein gemeinsamer Evaluierungsprozess beschlossen, wobei ein gemeinsam erstellter Bericht als Grundlage für die zukünftige Entscheidungsfindung dienen soll.

Ebenfalls am 26. Mai fanden der **IV. Gemeinsame Rat EU-Mexiko** und der **II. Assoziationsrat EU-Chile** statt. Die EU und Mexiko verständigten sich auf ein verstärktes gemeinsames Engagement im multilateralen Bereich. Mit Chile konnten positive Auswirkungen des Assoziationsabkommens festgestellt werden. Das Assoziationsabkommen trat am 1. März endgültig in Kraft.

Im Dezember legte die Europäische Kommission nach zehn Jahren wieder eine Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Beziehungen der EU zu Lateinamerika vor. In diesem umfassenden **Strategiepapier** „Eine verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika“ wird Lateinamerika als eine wichtige und der EU nahestehende Partnerregion dargestellt, in der gemeinsame Werte (Menschenrechte, Demokratie, Multilateralismus), gemeinsame Geschichte und Kultur geteilt werden.

9. Afrika südlich der Sahara

9.1. Allgemeine Entwicklungen

Die Entwicklungen in Afrika waren uneinheitlich. Es gab eine Reihe von Konflikten: Die Darfurkrise im Sudan verschärfte sich neuerlich; die Umsetzung des Nord-Südabkommens geriet weiter in Verzug; im Osten öffnete sich ein neuer Spannungsherd; die von der Lord's Resistance Army (LRA) ausgelöste humanitäre Krise in Norduganda dauerte an; der Übergangsprozess in Côte d'Ivoire musste ausgesetzt und nach Einsetzung eines bevollmächtigten Premierministers neu gestartet werden und die latente politische Krise in Guinea-Bissau dauerte an. Die Entwicklungen wiesen jedoch insgesamt in eine positive Richtung: Es gab Fortschritte im dritten großen Friedensprozess in Afrika und in der Demokratischen Republik Kongo, wo die Vorbereitungen für erste demokratische Wahlen seit 40 Jahren gut voranschritten. Darüber hinaus konnten die Krisenherde im Ostkongo zumindest stabilisiert werden. In zwölf Ländern wurden Wahlen abgehalten: Äthiopien, Burkina Faso, Burundi, Dschibuti, Gabun, Guinea-Bissau, Liberia, Mauritius, Simbabwe, Tansania, Togo sowie Zentralafrikanische Republik. In der Krise nach den Wahlen in Äthiopien, die schwere Unruhen auslöste, konnte der Ausbruch von Gewalt vermieden werden. In Liberia

Österreich in der Europäischen Union

und Burundi beendeten Wahlen jahrelange Konflikte. Die EU beschloss im Dezember erstmals eine Gesamtstrategie für Afrika, in der die wachsende Bedeutung afrikanischer Institutionen festgeschrieben und ein Prozess der Verdichtung der euro-afrikanischen Beziehungen vorgezeichnet wird.

9.2. Regionale Integrationsforen

Der 4. ordentliche Gipfel der AU in Abuja (Nigeria) am 30. und 31. Jänner beschäftigte sich hauptsächlich mit der institutionellen Entwicklung der Union und zeitlichen Planung der Gipfel bis 2010, die künftig zweimal im Jahr abgehalten werden. Das Vorsitz-Mandat Nigerias wurde bis Ende 2005 verlängert, damit in Hinkunft der Wechsel des Vorsitzes jeweils am 1. Jänner des Folgejahrs erfolgt. Der politische Schwerpunkt wird dadurch auf die jeweiligen Jänner-Gipfel verlagert. Der 5. ordentliche AU-Gipfel in Sirte (Libyen) vom 5.–7. Juli war von der VN-Reformdebatte beherrscht. In einer eigenen Resolution zur Reform des VN-SR forderte die AU die Ausweitung des VN-SR von 15 auf 26 Sitze und ein Vetorecht für alle ständigen Mitglieder. Die Frage der innerafrikanischen Verteilung der Sitze wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben (siehe auch Kapitel F.III.1.1.). In der Folge fand am 4. August in Addis Abeba (Äthiopien) ein außerordentliches Gipfeltreffen zum Thema VN-Reform statt, bei dem Nigeria einen in London mit der G-4 (Brasilien, Deutschland, Indien und Japan) ausgehandelten Kompromiss für die Reform des VN-SR nicht durchsetzen konnte. Am 2. Dezember fand in Bamako (Mali) das 5. Ministertreffen von AU und EU im Troika-Format statt, bei dem vermehrt gemeinsame Aktivitäten in den Bereichen Frieden und Sicherheit, Regierungsführung, Handel und Entwicklung sowie regionale Integration vereinbart wurden. Tagungen des Pan-Afrikanischen Parlaments (PAP) fanden an dessen Sitz in Midrand (Südafrika) im März und November statt. Für die Jahre 2006–2010 wurde der strategische Plan „Ein Afrika, eine Stimme“ angenommen.

Die Restrukturierung der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (**ECOWAS**) sieht die Umwandlung des Sekretariats in eine Kommission unter Leitung eines Präsidenten, assistiert von einem Vizepräsidenten und sieben Kommissaren, vor. Die Organisation verfolgt dabei das Ziel, den Anforderungen der Friedenserhaltung besser zu entsprechen und ihre eigentliche Aufgabe, die wirtschaftliche Integration, verstärkt wahrnehmen zu können. ECOWAS beteiligte sich an der Wahlvorbereitung und -beobachtung in Guinea-Bissau, Liberia und Togo. Im Konflikt in Côte d'Ivoire übernahm ECOWAS eine Vermittlerrolle. Für die geplante Schnelle Eingreiftruppe „ECOWAS Standby Force“ soll zur Krisenbekämpfung bis 2008 eine stehende Truppe von 1.500 Personen bereitstehen und bis 2010 auf 5.000 Personen aufgestockt werden. Zunächst wurde begonnen, zusammen mit Geberländern eine kleine, aus fünf Vertretern westafrikanischer Länder bestehende Einsatzgruppe zu errichten, die zu einem Hauptquartier der Einsatzgruppe mit elf Personen ausgebaut werden soll.

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Beim Gipfeltreffen der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (**SADC**) in Gaborone (Botsuana) am 17. und 18. August übernahm der Präsident von Botsuana, Festus Gontebanye Mogae, den Vorsitz. Der Präsident von Namibia, Hifikepunye Lucas Pohamba, wurde Vorsitzender des Organs für Politik, Verteidigung und Sicherheitszusammenarbeit. Tomás Augusto Salomão wurde zum Exekutivsekretär bestellt. Er war treibende Kraft der Restrukturierung der SADC.

Die Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung (**IGAD**), deren Umstrukturierung anlässlich des Gipfeltreffens in Kampala (Uganda) im Oktober 2003 abgeschlossen worden war, setzte ihre Bemühungen um eine Konfliktlösung in Somalia fort. Projekte im entwicklungspolitischen Kernbereich der Organisation blieben weiter im Hintergrund. IGAD erreichte beim AU-Gipfel in Sirte die Unterstützung der Staats- und Regierungschefs für die Entsendung von IGAD-Truppen nach Somalia, wobei die Beteiligung von Truppen benachbarter Staaten umstritten blieb. Eine diesbezügliche Entscheidung der Regierung Somalias blieb aus.

9.3. Entwicklungen in den Regionen

9.3.1. Das Horn von Afrika

Im **Sudan** wurde am 9. Jänner das Umfassende Friedensabkommen zwischen der Zentralregierung und dem Südsudan unterzeichnet, dessen Implementierung jedoch nur langsam voranschritt. In der Krisenregion Darfur im Westsudan kam es zu einer Verschlechterung der humanitären und Sicherheitssituation, der auch AMIS II nicht Einhalt gebieten konnte. Die Darfur-Verhandlungen in Abuja (Nigeria) zwischen der sudanesischen Regierung und den in sich gespaltenen Rebellengruppen „Befreiungsbewegung/-armee Sudans“ (SLM/A) und „Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit“ (JEM) erbrachten keinen Durchbruch. Auch im Ostsudan kam es zum Ausbruch von Gewalttätigkeiten zwischen Rebellenbewegungen der teilweise von Eritrea unterstützten Beja-Stämme und der Regierung. Wirtschaftlich konnte die sudanesische Regierung jedoch von gestiegenen Erdöleinnahmen profitieren.

Der mit dem Abkommen von Algier vom Dezember 2000 eingeleitete Friedensprozess zwischen **Äthiopien und Eritrea** verzeichnete seit September 2003 keine Fortschritte. Eritrea drängte Äthiopien wiederholt zur Umsetzung der Entscheidung der unabhängigen Grenzkommission vom 13. April 2003. Ein von Eritrea am 5. Oktober verhängtes Flugverbot für die Hubschrauber der Mission der VN in Äthiopien und Eritrea (UNMEE) verringerte deren Beobachtungskapazität um mehr als die Hälfte. Daraufhin verabschiedete der VN-SR am 24. November Resolution 1640 (2005), die unter Androhung von Sanktionen Eritrea innerhalb von 30 Tagen zur Aufhebung des Flugverbots und Äthiopien zum Rückzug seiner Truppen hinter die Linie vom 16. Dezember 2004 auffordert. Äthiopien ließ Mitte Dezember

Österreich in der Europäischen Union

seine Bereitschaft erkennen, der Resolution des VN-SR zu entsprechen. Auf Seite Eritreas zeichnete sich keine Haltungsänderung ab.

In **Somalia** kam es zur erfolgreichen Verlegung der Übergangsregierung von Nairobi (Kenia) nach Somalia. Wegen der Unsicherheit in der Hauptstadt Mogadischu entschied sich Übergangspräsident Yussuf Abdullahi jedoch zur vorübergehenden Errichtung des Regierungssitzes in Jowhar, etwa 60 Kilometer nördlich von Mogadischu. Diese Entscheidung führte zu Spannungen mit einigen in Mogadischu ansässigen Regierungsmitgliedern und Parlamentariern.

In **Dschibuti** gab es weiter eine beachtliche US-Militärpräsenz für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Am 8. April fanden Präsidentschaftswahlen statt, denen sich der bereits amtierende Präsident, Ismael Omar Guelleh, als einziger Kandidat stellte. Der mit 100% der gültigen Stimmen wieder gewählte Staatschef trat seine zweite – und gemäß Verfassung letzte – Amtszeit von sechs Jahren an. Die Opposition beschloss, an den Wahlen nicht teilzunehmen.

9.3.2. Das südliche Afrika

Südafrikas Präsident Thabo Mbeki setzte sein Engagement bei den Friedensbemühungen in der Region der Großen Seen fort. Er konnte auch im Konflikt in Côte d'Ivoire Fortschritte erzielen. Südafrika setzte sich für eine breit angelegte VN-Reform ein (VN-SR, VN-GV und ECOSOC) und strebt dabei einen ständigen Sitz im VN-SR an (siehe auch Kapitel A.IV.9.2. und F.III.1.1.).

In **Namibia** bestellte der neue Präsident Hifikepune Pohamba im Zuge seines Amtsantritts Nahas Angula zum Premierminister. Dessen Vorgänger, Theo-Ben Gurirab, wurde Parlamentspräsident.

In **Simbabwe** fanden im März Präsidenten- und Parlamentswahlen statt, bei denen der amtierende Präsident Robert Mugabe und seine Partei „Afrikanische Nationalunion von Simbabwe – Patriotische Front“ (ZANU-PF) als Sieger hervorgingen. Die Wahlen wurden vor allem wegen der Repressionen im Vorfeld der Wahlen von der EU nicht als frei und fair beurteilt. Laut Untersuchungen von SRSG Anna Tibayuka wurden in einer groß angelegten Regierungsaktion in menschenverachtender Weise weiträumig Hüttensiedlungen am Rand mehrerer Städte dem Erdboden gleichgemacht. Mehr als 700.000 Menschen wurden dabei obdachlos. Die wirtschaftliche Krise verschärfte sich. Die 2003 verhängten restriktiven Maßnahmen der EU bestanden unverändert weiter.

Im Juli fanden in **Mauritius** Wahlen statt, bei denen Premierminister Paul Berengers Regierungskoalition verlor. Die Opposition „Soziale Allianz“ unter Führung von Navin Ramgoolam gewann 38 der 62 Parlamentssitze. Die Wahlbeteiligung lag bei 81%.

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

9.3.3. Region der Großen Seen

Zu den größten Herausforderungen für die **Demokratische Republik Kongo** zählte die Integration der ehemals gegnerischen Bürgerkriegstruppen in eine neue Armee sowie die Entwaffnung und Demobilisierung der im Osten des Landes aktiven in- und ausländischen Milizen. Zwei ESVP-Operationen, EUPOL Kinshasa und EUSEC RD Congo, wurden zur Unterstützung der Übergangsregierung eingerichtet (siehe Kapitel A.IV.1.2.1.). Am 18. Dezember wurde für die Durchführung von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2006 ein Entwurf für eine neue Verfassung in einem Referendum angenommen, deren Kernstück die Schaffung von 25 Provinzen mit weit reichenden Autonomierechten ist.

In **Uganda** war die innenpolitische Entwicklung von der Vorbereitung der für Februar 2006 vorgesehenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen geprägt. Im Juli wurde die Einführung des Mehrparteiensystems in einem Referendum angenommen. Im August verabschiedete das Parlament eine Verfassungsreform, welche die Beschränkung der Ausübung des Präsidentenamts für die Dauer von höchstens zwei Amtsperioden aufhob. Präsident Yoweri K. Museveni kann dadurch erneut für das Präsidentenamt kandidieren. Die Wahlkommission ermöglichte dem Führer der Oppositionspartei „Forum für Demokratischen Wandel“, Kizza Besigye, der kurz nach seiner Rückkehr aus dem Exil am 14. November verhaftet und wegen Landesverrats und Terrorismus unter Anklage gestellt wurde, trotz Untersuchungshaft die Kandidatur für das Präsidentenamt. Der bewaffnete Konflikt mit der LRA, welche die Bevölkerung in der Acholi-Region im Norden des Landes seit fast 20 Jahren terrorisiert und ihre Stellungen zeitweise vom Südsudan in die Demokratische Republik Kongo verlegt hatte, dauerte an. Der IStGH erließ am 30. November Haftbefehle gegen deren Anführer Joseph Kony sowie vier weitere führende Kämpfer.

In **Burundi** endete die politische Übergangsperiode mit der Annahme einer neuen Verfassung und der Durchführung von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen erfolgreich. Am 19. August wurde Pierre Nkurunziza von der Nationalversammlung und dem Senat zum neuen Präsidenten gewählt. Ein mit der Hutu-Rebellenbewegung „Nationale Befreiungskräfte“ (FNL) am 15. Mai in Dar es Salaam (Tansania) auf Vermittlung Tansanias unterzeichnetes Waffenstillstandsabkommen konnte nicht umgesetzt werden.

9.3.4. Ostafrika

In **Kenia** wurde am 21. November in einem Referendum ein mehrfach abgeänderter Verfassungsentwurf mit 57% abgelehnt, der die Einführung des Amtes eines Ministerpräsidenten mit nur geringen Machtbefugnissen bei gleichzeitiger Beibehaltung der zentralen Position des Präsidenten vorgesehen hatte. Die politische Debatte im Vorfeld des Referendums hatte zu einer Spaltung der Regierung geführt. Präsident Mwai Kibaki löste zwei Tage

Österreich in der Europäischen Union

nach dem Referendum das Kabinett auf und bestellte am 7. Dezember eine neue Regierung. Damit war die Nationale Regenbogenkoalition (NARC) de facto zerbrochen, die 2002 das seit der Unabhängigkeit Kenias im Jahr 1963 herrschende Regime der Afrikanischen Nationalunion Kenias (KANU) abgelöst hatte.

Bei den Parlaments- und Präsidentenwahlen in **Tansania** am 14. Dezember trat der erwartete klare Sieg der seit der Unabhängigkeit des Landes regierenden „Partei der Revolution“ (CCM) ein. Der bisherige Außenminister, Jakaya Mrisho Kikwete, konnte sich gegen den Kandidaten der größten Oppositionspartei „Zivile Vereinte Front“ (CUF), Prof. Ibrahim Lipumba, durchsetzen und wurde zum neuen Präsidenten gewählt. Auch bei den Parlamentswahlen erreichte die CCM eine klare Mehrheit. Auf den mit semiautonomen Status zu Tansania gehörenden Inseln von **Sansibar** fanden am 30. Oktober Wahlen für den sansibarischen Präsidenten und das lokale Parlament statt. Der CCM-Kandidat und Amtsinhaber, Amani Abeid Karume, konnte sich gegen den CUF-Kandidaten, Seif Sharif Hamad, durchsetzen. Im Vorfeld der Wahlen hatte es Demonstrationen und Ausschreitungen mit Verwundeten vor allem auf der Insel Pemba gegeben. Die CUF erklärte nach den Wahlen, das Ergebnis nicht anzuerkennen, aber dennoch an Parlamentssitzungen teilzunehmen.

9.3.5. Westafrika

Im März wurden in **Nigeria** im Rahmen einer großen Verfassungskonferenz Reformen diskutiert, bei denen die Amtszeiten, etwa des Staatsoberhauptes, und die Verteilung der Erlöse aus der Erdölförderung im Mittelpunkt standen. Der amtierende Präsident erwog, auf Basis einer Verfassungsänderung für eine dritte Amtsperiode zu kandidieren. Die Gouverneure zweier Bundesstaaten aus der Ölförderregion im Nigerdelta, Diepreye Alamieyeseigha und Joshua Dariye, wurden in London verhaftet. Damit erreichte die Bekämpfung der Korruption ihren ersten Höhepunkt, löste aber gleichzeitig eine Welle der Gewalt und Verunsicherung aus. Die Hauptstadt Abuja war Tagungsort der von der AU vermittelten Gespräche zur Lösung der Darfur-Krise.

In **Togo** wurde der Sohn des verstorbenen Präsidenten, Faure Gnassingbé, zum Staatsoberhaupt gewählt. Die Vorwahlzeit war von Spannungen im Inland und mit der internationalen Gemeinschaft geprägt, die Lage stabilisierte sich jedoch.

Im **Tschad** wurde das amtierende Staatsoberhaupt, Idriss Déby, nach einer Verfassungsänderung zum dritten Mal wiedergewählt. Die äußerst instabile Lage im Land verschärfte sich infolge der Auswirkungen der Darfur-Krise im angrenzenden Sudan.

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

In **Sierra Leone** gab es nach dem Abzug von UNAMSIL im Dezember in Westafrika nur noch in Liberia und Côte d'Ivoire eine Präsenz von VN-Friedenstruppen.

In **Burkina Faso** fanden am 13. November Präsidentenwahlen statt. Der Oberste Gerichtshof entschied in der Frage einer weiteren Kandidatur zugunsten von Präsident Blaise Compaoré, der das Land seit 1987 führt. In der Folge gelang es der Partei des Präsidenten „Kongress für Demokratie und Fortschritt“ (CDP), die oppositionelle „Allianz für Demokratie und Föderation – Afrikanisch-Demokratische Bewegung“ (ADF-RDA) zu spalten. Die ADF-RDA stellte keinen Präsidentschaftskandidaten, erhielt aber einige Ministerposten in der Regierung.

In **Guinea-Bissau** fanden im Juni und Juli die im Übergangsprozess nach dem Militärputsch 2003 vorgesehenen Präsidentenwahlen statt und endeten mit einem Sieg des früheren Diktators João Bernardo Vieira. Nach der Entlassung der von der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kap Verde (PAIGC) geführten Regierung kam es zu politischen Spannungen, offene Feindseligkeiten blieben jedoch aus.

Im **Senegal** wurde ein Amnestie-Gesetz verabschiedet, das politische Morde de facto straffrei stellt. Eine Demarche der EU führte zu keiner Handlungsänderung der senegalesischen Regierung. Im Dezember wurde ein Verfassungsgesetz verabschiedet, das die für Mai 2006 vorgesehenen Wahlen auf 2007 verschob. Dadurch kam es zu politischen Spannungen zwischen Regierung und Opposition, weil Letztere die Verschiebung für verfassungswidrig hält.

In **Liberia** fanden im November und Dezember Präsidentenwahlen statt, seit denen mit Ellen Johnson Sirleaf erstmals eine Frau in Afrika das Präsidentenamt bekleidet. Sie kündigte an, den nach dem Ende des Bürgerkriegs begonnenen Versöhnungsprozess mit großer Entschlossenheit fortzusetzen.

In **Côte d'Ivoire** führte ein Luftangriff der ivoirischen Luftwaffe gegen eine Kaserne in Bouaké, in der französische Soldaten der „Opération Licorne“ (Operation Einhorn) stationiert waren, zu nachhaltigen Spannungen zwischen der ivoirischen Regierung und der internationalen Staatengemeinschaft. Die darauf folgende Zerstörung der ivoirischen Luftwaffe durch die französische Armee erhöhte die Spannungen. Die internationale Staatengemeinschaft, insbesondere die AU, intensivierte im Auftrag des VN-SR ihre Vermittlungsbemühungen. Die Einsetzung des früheren Zentralbankgouverneurs Charles Konan Banny zum bevollmächtigten Premierminister im Dezember wird als Erfolg dieser Bemühungen gewertet.

Österreich in der Europäischen Union

10. Asien

10.1. Allgemeine Entwicklung

Die Bemühungen um regionale Integration wurden verstärkt. Am 14. Dezember fand der erste Ostasiengipfel (**EAS**) unter Teilnahme von 16 Staaten (ASEAN sowie China, Japan, der Republik Korea, Indien, Australien und Neuseeland) statt. Die Staaten der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (**SCO**) haben ihre Zusammenarbeit intensiviert. China und Indien entwickelten sich neben Japan zu regionalen Drehscheiben und globalen Akteuren. Südasien ist vom politischen Klima zwischen Indien und Pakistan sowie dem wirtschaftlichen Aufstieg Indiens geprägt. Die wirtschaftliche Verflechtung innerhalb von **ASEAN**, aber auch zwischen ASEAN und China, Japan und der Republik Korea nimmt zu. Im Südpazifik übt Australien zunehmend die Rolle eines regionalen Stabilisators aus. Die Länder der Region erzielten großteils ein beträchtliches Wirtschaftswachstum; manche lagen dabei an der Weltspitze (etwa China). Die Region war jedoch auch weiterhin Schauplatz zahlreicher ungelöster politischer, ethnischer und sozialer Konflikte. Aus diesem Grund hatten Bemühungen um regionale Kooperation große Bedeutung.

10.1.1. Nordost-Asien

Die **Volksrepublik China** sieht sich mit den Folgen seiner dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung konfrontiert. Dazu zählen wachsende soziale Unterschiede, insbesondere zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung sowie zwischen den Küstenregionen und dem Inneren des Landes. Hinzu kommen die ökologischen Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung, Wassermangel und Engpässe in der Energieversorgung. Daher stand die strategische Neuorientierung zugunsten eines ausgewogenen Wachstums und sozialer Reformen im Mittelpunkt des Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas im Oktober. Der Parteitag formulierte den „Aufbau einer harmonischen Gesellschaft“ als Ziel der chinesischen Politik und Entwicklung. Die Führung begegnet dem gelegentlichen Misstrauen wegen Chinas wirtschaftlichem und militärischem Aufstieg mit dem Hinweis auf ihren Wunsch nach „friedlichem Aufstieg“ und Stabilität als Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung.

Obwohl China in den letzten Jahren einige offene territoriale Fragen, etwa mit Russland und seinen zentralasiatischen Nachbarn, beilegen konnte, ist die **Taiwanfrage** nach wie vor ungelöst. Weiters wird eine kleine Inselgruppe im ostchinesischen Meer von China und Japan beansprucht.

Aufgrund der zunehmenden globalen Bedeutung Chinas haben Österreich und die EU die politischen Kontakte weiter vertieft. Angesichts des steigenden Energiebedarfs kommt der engeren Kooperation Österreichs bzw. der EU mit China in diesem Sektor besondere Bedeutung zu. Österreich

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

setzt in der bilateralen Zusammenarbeit seine Schwerpunkte auch auf Bildung, Menschenrechte und Justiz.

Seit dem Ende des Kalten Krieges verstärkt **Japan** sein globales politisches Engagement. Den Wunsch nach einem ständigen Sitz im VN-SR konnte Japan vorerst nicht realisieren. Die Teilnahme an Kooperationsmechanismen in Asien gewinnt in der japanischen Außenpolitik an Bedeutung, vor allem mit ASEAN und als Dialogpartner im ASEAN-Regionalforum (**ARF**). Die sicherheitspolitische Partnerschaft mit den USA blieb ein Pfeiler der Außenpolitik. Die militärische Präsenz der USA in Asien stellt aus Sicht Tokios eine unverzichtbare Garantie für die Sicherheit Japans und die Stabilität im asiatisch-pazifischen Raum dar. Ein weiteres wichtiges Anliegen der japanischen Außenpolitik war die Verbesserung der politischen Beziehungen zu den Nachbarstaaten. Die wiederholten Besuche von Ministerpräsident Junichiro Koizumi im Yasukuni-Schrein, wo der 2,5 Millionen japanischen Kriegstoten, einschließlich einiger nach dem Zweiten Weltkrieg als Kriegsverbrecher hingerichteter Personen, gedacht wird, stellen diesbezüglich jedoch ein Hindernis dar. Darüber hinaus belasteten offene territoriale Fragen auch das Verhältnis zu Russland und der Republik Korea. Die EU bemühte sich, den politischen und strategischen Dialog mit Japan weiter zu vertiefen. Im 2005 EU-Japan-Jahr der Begegnung (2005 EU-Japan Year of People to People Exchanges) fanden rund 1.000 Veranstaltungen in der EU und in Japan statt.

Das von der **Demokratischen Volksrepublik Korea** betriebene Nuklearprogramm belastete weiter das Verhältnis zwischen den beiden Koreas sowie die Beziehungen der Demokratischen Volksrepublik Korea zu den USA und auch zur EU. Seit 2003 finden Sechs-Parteien-Gespräche zwischen China, der Demokratischen Volksrepublik Korea, Japan, der Republik Korea, Russland und den USA zur Lösung der Krise statt. Am 10. Februar erklärte Nordkorea, im Besitz von Atomwaffen zu sein, und kündigte den Rückzug aus den Sechs-Parteien-Gesprächen an. Im Sommer 2005 willigte Nordkorea aber ein, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Am 19. September 2005 wurde eine Gemeinsame Erklärung der Teilnehmer an den Sechs-Parteien-Gesprächen verabschiedet, in der Nordkorea grundsätzlich der verifizierbaren Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel zustimmt. Der Demokratischen Volksrepublik Korea wurde im Gegenzug ein Leichtwasserreaktor in Aussicht gestellt. Die Umsetzung dieser Gemeinsamen Erklärung, insbesondere die zeitliche Abfolge von Wirtschaftshilfe bzw. der Errichtung eines Leichtwasserreaktors und dem Abbau der Nuklearprogramme, gestaltet sich jedoch schwierig.

Die **Republik Korea** war besonders um einen verstärkten innerkoreanischen Dialog mit der Demokratischen Volksrepublik Korea bemüht, der in erster Linie auf wirtschaftlicher Zusammenarbeit gründet. So wurde der Ausbau des Kaesong-Industriekomplexes sowie der Tourismusregion um den Mount Kumgang in der Demokratischen Volksrepublik Korea vorangetrie-

Österreich in der Europäischen Union

ben. Die Republik Korea zeigte besonderes Interesse an der europäischen Integration als Anregung für den asiatischen Raum.

10.1.2. Zentralasien

Das Jahr 2005 bedeutete für Zentralasien ein Jahr der Veränderungen. Die Entwicklungen in der Region waren im Wesentlichen geprägt vom revolutionären Umsturz in Kirgisistan nach den mangelhaften Parlamentswahlen im Februar und März und der blutigen Niederschlagung eines Aufstands in der ostusbekischen Stadt Andischan im Mai. Diese Ereignisse führten mitunter zu einer Verschärfung des innenpolitischen Klimas und allgemein konnte ein Erstarren des Einflusses von Russland und China, sowohl in wirtschaftlicher als auch politischer Hinsicht, festgestellt werden. Sowohl Russland als auch China versuchen über die SCO ihren Einfluss in der Region auszubauen.

Die **Zentralasienpolitik der EU** hat sowohl durch die engen Beziehungen der neuen Mitglieder mit der Region, als auch durch das allgemein gestiegene strategische Interesse an Relevanz gewonnen. Es gab eine Intensivierung der Handels- und Investitionsbeziehungen, verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen wie Wasser, Energie und Umwelt, Intensivierung des politischen Dialogs sowie Förderung von Demokratie und Menschenrechten. Der zweite regionale politische Dialog EU-Zentralasien fand am 30. Juni in Brüssel statt; mit Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan fanden nach Vorbereitung durch die entsprechenden Kooperationsausschüsse Kooperationsräte statt. Das unter österreichischer Leitung stehende Programm der Grenzverwaltung in Zentralasien (**BOMCA**) und das Drogenaktionsprogramm für Zentralasien (**CADAP**) wurden fortgesetzt. Die Ernennung von Jan Kubis zum EUSB für Zentralasien ist Ausdruck der Bedeutung, welche die EU der Region beimisst.

Bei den Präsidentschaftswahlen in **Kasachstan** am 4. Dezember wurde Amtsinhaber Nursultan Nasarbajew wiedergewählt. Die Wahlbeobachtungsmission des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE konnte zwar weitere Fortschritte feststellen, doch entsprachen die Wahlen in einigen Punkten nicht internationalen Standards. Die EU bedauerte in einer Stellungnahme zu den Wahlen vor allem die Beeinträchtigungen der Opposition im Wahlkampf sowie Manipulationen bei der Stimmauszählung.

Kirgisistan erlebte nach der Durchführung der Parlamentswahlen im Februar und März einen politischen Umsturz. Präsident Askar Akajew verließ nach Protesten gegen Manipulationen bei der Wahl das Land und wurde abgesetzt. Aus den Präsidentschaftswahlen im Juli ging Kurmanbek Bakijew als Sieger hervor, der seither gemeinsam mit Ministerpräsident Felix Kulow an der Spitze Kirgisistans steht. Die EU äußerte sich in verschiedenen Erklärungen zu den Entwicklungen im Land, in denen auf friedliche Entwick-

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

lung, Einhaltung der Menschenrechte und demokratischer Prinzipien gedrängt sowie die weitere Bereitschaft der EU zur Unterstützung Kirgisistans auf dem Reformweg zum Ausdruck gebracht wurden. Darüber hinaus verabschiedete die EU eine wohlwollende Erklärung zur Verlängerung des Moratoriums auf die Vollstreckung der Todesstrafe sowie zur Haltung Kirgisistans betreffend den Aufenthalt usbekischer Flüchtlinge nach den Ereignissen in Andischan.

In **Tadschikistan** fanden zur gleichen Zeit wie in Kirgisistan Parlamentswahlen statt, die in vielen Bereichen nicht internationalen Standards entsprachen. Die EU äußerte sich in diesem Zusammenhang und bereits im Hinblick auf die für Herbst 2006 angesetzten Präsidentschaftswahlen anlassbezogen mit Erklärungen zur Respektierung der Meinungs- und Medienfreiheit und der weiteren Bereitschaft der EU zur Unterstützung Tadschikistans auf seinem Reformweg.

Die EU begrüßte in einer Erklärung ausdrücklich die Entscheidung **Turkmenistans**, 16.000 Flüchtlingen des Bürgerkriegs in Tadschikistan die turkmenische Staatsbürgerschaft und permanente Aufenthaltserlaubnis zu gewähren. Auch in der Frage der Religionsfreiheit gab es gewisse Bewegung, wenngleich insgesamt weitere Fortschritte im Bereich der Menschenrechtssituation erforderlich sind. Dies, so wie der Aufruf an Turkmenistan, alle OSZE-Verpflichtungen zu respektieren, wurde in einer EU-Erklärung im OSZE-Rahmen am 19. Mai ausgedrückt. Am Rande des Kooperationsausschusses wurde ein Menschenrechtsdialog EU-Turkmenistan durchgeführt.

In der ostusbekischen Stadt Andischan wurde ein mit der prekären Wirtschafts- und Sozialsituation im Zusammenhang stehender ausufernder Gefängnisaufrastand, der auch islamistischen Hintergrund gehabt haben könnte, mit Hunderten Toten blutig niederschlagen. Die EU forderte danach die Einsetzung einer internationalen Untersuchung der Ereignisse, was **Usbekistan** bislang jedoch ablehnt. In den Ratschlussfolgerungen vom 3. Oktober beschloss die EU für Verantwortliche der Ereignisse von Andischan mehrere restriktive Maßnahmen. In zahlreichen Erklärungen der EU wurde die Besorgnis über die Ereignisse in Andischan, die Durchführung der damit im Zusammenhang stehenden Gerichtsverhandlungen und das Schicksal einiger MenschenrechtsaktivistInnen bzw. VertreterInnen politischer Bewegungen zum Ausdruck gebracht (siehe auch Kapitel B.I.1.2., B.II.2.6. und H.III.2.). An der Vertretung der Europäischen Kommission in Almaty waren zwei ÖsterreicherInnen, an den OSZE-Missionen in Almaty und Bischkek drei ÖsterreicherInnen tätig. Die Wahlbeobachtungsmission der Vereinten Nationen stand ebenfalls unter österreichischer Leitung.

10.1.3. Afghanistan

In Afghanistan wurde der schwierige Prozess des politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus fortgesetzt. Die Parlaments- und Provinzwah-

Österreich in der Europäischen Union

len am 18. September waren ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu Demokratie und Stabilität. Die konstituierende Sitzung des neuen Parlaments fand am 19. Dezember statt. Der Wiederaufbau sowie die Stabilisierung des Landes wurden aber weiterhin durch Struktur- und Sicherheitsprobleme behindert. Der Stärkung staatlicher Institutionen kam daher weiterhin vorrangige Bedeutung zu. Die Arbeit am Aufbau der afghanischen Armee, Polizei und Justiz wurde fortgesetzt.

Österreich verstärkte sein Engagement bei der Internationalen Schutztruppe für Afghanistan (**ISAF**). Zur Unterstützung der Parlaments- und Provinzwahlen entsandte Österreich im August ein zusätzliches Infanteriekontingent von 93 Personen in den Norden Afghanistans (Kunduz). Dieser Einsatz wurde Ende Oktober erfolgreich beendet. Darüber hinaus beteiligte sich Österreich sowohl bilateral als auch im Rahmen der EU weiter am Wiederaufbau in Afghanistan.

Die EU blieb für Afghanistan einer der wichtigsten Partner im Wiederaufbauprozess. Am 16. November unterzeichneten die EU und Afghanistan eine Gemeinsame Erklärung, in der ihre Partnerschaft bekräftigt und die Schwerpunktbereiche der künftigen Zusammenarbeit definiert wurden.

10.1.4. Süd- und Südostasien

In Südasien waren das verbesserte politische Klima zwischen Indien und Pakistan sowie der wirtschaftliche Aufschwung in Indien die bestimmenden Faktoren. In Südostasien kamen als Fortführung des Integrationsprozesses im Rahmen der ASEAN Pläne zur Schaffung einer Ostasiatischen Gemeinschaft hinzu. Diese Entwicklung spiegelte die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung innerhalb von ASEAN, aber auch zwischen ASEAN und China, Japan und der Republik Korea wider.

Der zu Beginn 2004 wieder aufgenommene umfassende Dialog (composite dialogue) zwischen **Indien** und **Pakistan** wurde fortgesetzt. Mehrere bilaterale Gesprächsrunden führten zur Einigung über weitere vertrauensbildende Maßnahmen. Die EU begrüßte diese erfreulichen Entwicklungen und ermutigte beide Staaten, den Annäherungsprozess und die Bemühungen zur friedlichen Lösung der Kaschmir-Frage fortzusetzen. Ähnlich wie mit China verbindet die EU auch mit Indien eine Strategische Partnerschaft. Zu deren Umsetzung wurde beim Gipfeltreffen im September ein Gemeinsamer Aktionsplan verabschiedet. Am 8. Oktober wurde Südasien von einem schweren Erdbeben erschüttert, bei dem mehr als 70.000 Menschen ums Leben kamen. Österreich beteiligte sich bilateral und im Rahmen der EU aktiv an den internationalen Hilfsmaßnahmen und entsandte ein Wasseraufbereitungsteam des Bundesheeres nach Mushaffarabad.

Die politische Lage in **Nepal** blieb instabil. Der Konflikt zwischen Regierung und „maoistischen“ Aufständischen, der seit 1996 mehr als 10.000 Menschenleben gefordert hatte, dauerte an. Am 1. Februar entließ König

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Gyanendra Bir Bikram Shah Dev die Regierung, übernahm selbst die Regierungsgeschäfte und rief den Notstand aus. Die EU übte scharfe Kritik an diesen Maßnahmen und den Einschränkungen der Grundrechte und rief zu einer Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen sowie der Wiederaufnahme des Dialogs auf.

Das im Februar 2002 abgeschlossene Waffenstillstandsabkommen zwischen der Regierung von **Sri Lanka** und den „Befreiungstigern von Tamil Eelam“ (LTTE) wurde zwar weitgehend befolgt, Fortschritte im Friedensprozess waren allerdings keine zu verzeichnen. Belastet wurde der Friedensprozess durch politisch motivierte Morde, wie jenem am srilankischen Außenminister Lakshman Kadirgamar am 12. August, was von der EU scharf verurteilt wurde. Die internationalen Bemühungen, Bewegung in den festgefahrenen Friedensprozess zu bringen, wurden auch seitens der EU konsequent unterstützt. Österreich setzte seine Politik fort, den Friedensprozess durch Veranstaltungen im Bereich Konfliktmanagement zu unterstützen (Arbeitstagung Ende März in Stadtschlaining). Bei den Präsidentschaftswahlen am 17. November wurde der bisherige Premierminister Mahinda Rajapakse zum neuen Präsidenten gewählt. Rajapakse erklärte nach seinem knappen Wahlsieg, den Friedensprozess fortführen zu wollen, sprach sich allerdings auch für eine Revision des Waffenstillstandsabkommens von 2002 aus. Sri Lanka hatte die Folgen der Flutkatastrophe vom 26. Dezember 2004 zu bewältigen. Österreich konzentrierte den Großteil seiner Tsunami-Hilfe auf Sri Lanka.

In **Indonesien** konnte im Konflikt in der Provinz Aceh mit Hilfe internationaler Vermittlung eine politische Einigung zwischen der Regierung und der Bewegung für ein freies Aceh (GAM) erreicht werden. Am 15. August wurde ein Memorandum of Understanding (Vereinbarung) unterzeichnet, das unter anderem die Waffenabgabe durch die GAM, einen Teilabzug der indonesischen Sicherheitskräfte sowie eine weit reichende regionale Autonomie für Aceh vorsieht. Zur Überwachung der Umsetzung der Vereinbarung wurde auf Einladung beider Konfliktparteien Anfang September eine zivile Beobachtermission von EU und ASEAN entsandt, an der sich auch Österreich beteiligt.

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Trotz anhaltenden internationalen Drucks war die Regierung in **Myanmar** bisher zu keinen Zugeständnissen im Bereich der Menschenrechte und Demokratisierung bereit. Ein glaubhafter nationaler Versöhnungs- und Demokratisierungsprozess zeichnete sich weiterhin nicht ab. Der Hausarrest von Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi wurde im November neuerlich verlängert; auch zahlreiche andere Oppositionspolitiker befanden sich weiter in Haft. Der von der Regierung im Juli 2004 einberufene Nationalkonvent wurde im Dezember fortgeführt. Laut einem Stufenplan der Regierung soll der Nationalkonvent vor allem

Österreich in der Europäischen Union

eine neue Verfassung ausarbeiten, über die in weiterer Folge ein Referendum mit anschließenden Wahlen stattfinden soll. Der Nationalkonvent erfüllte bisher allerdings nicht die Kriterien eines transparenten, fairen und offenen Diskussionsprozesses. Dringende Appelle der EU, Aung San Suu Kyi freizulassen und einen freien und fairen Verlauf des Nationalkonvents zu gewährleisten, blieben ungehört. Die von der EU 1996 gegenüber Myanmar verhängten und seither mehrfach verschärften Sanktionen blieben aufrecht. Da die Sanktionen der EU das Militärregime, nicht aber die Bevölkerung treffen sollen, setzte die EU ihre humanitäre Hilfe, Maßnahmen zur Armutsbekämpfung sowie die Unterstützung der Zivilgesellschaft in Myanmar fort.

10.2. Regionale Organisationen

Das Handelsvolumen zwischen den zehn Ländern der **ASEAN** (Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam) verdoppelte sich in den letzten zehn Jahren auf rund 100 Milliarden Euro. Als Fernziel der ASEAN gilt die Schaffung einer aus drei Säulen (Asiatische Sicherheitsgemeinschaft, ASEAN Wirtschaftsgemeinschaft und ASEAN Sozio-kulturelle Gemeinschaft) bestehenden **Asiatischen Gemeinschaft** bis 2020.

10.3. Die Partnerschaft EU-Asien

Der seit 1996 bestehende Dialog Europa-Asien im Rahmen des Treffens Asien-Europa (**ASEM**) ist ein Prozess auf partnerschaftlicher Basis zwischen der EU und asiatischen Ländern. Er verfolgt politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Ziele. Neben regelmäßigen Fachbeamtenfinden auch Fachministertreffen statt. Die Staats- und Regierungschefs treffen sich alle zwei Jahre. Im Mai wurde in Kyoto ein ASEM-Außenministertreffen abgehalten. Zwischen der **EU und ASEAN** besteht ein regelmäßiger formalisierter Dialog auf Außenministerebene, seit 1978 zweijährlich. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und ASEAN war bereits 1980 durch den Abschluss eines Kooperationsabkommens über Handel, Wirtschaft und Entwicklung institutionalisiert worden. Im März fand in Jakarta ein Treffen der EU- und ASEAN-AußenministerInnen statt.

11. Australien, Neuseeland, Ozeanien

11.1. Australien

Australien ist für die EU nicht nur ein bedeutender Exportmarkt, sondern auch ein wichtiger Dialogpartner in regionalen Foren in Asien und dem Pazifik. Die EU ist Australiens wichtigster Partner im Außenhandel und größter Auslandsinvestor. Außenpolitisch stellt der Kampf gegen den internationalen Terrorismus eine Priorität von Premierminister John Howard dar.

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Australien übt auch gemeinsam mit Neuseeland die Rolle eines regionalen Stabilisators in Ozeanien aus.

11.2. Neuseeland

Die EU teilt mit Neuseeland das Engagement und Bekenntnis zum effektiven Multilateralismus, zur Rolle der VN, zum Schutz der Menschenrechte und zu einer nachhaltigen Umweltpolitik. Die Union ist nach Australien Neuseelands zweitgrößter Handelspartner. Die neuseeländische Wirtschaft setzte ihre positive Entwicklung fort und zählte zu den stabilsten und dynamischsten im OECD-Raum. Außenpolitische Schwerpunkte Neuseelands sind regionale Sicherheit, Menschenrechte, Umweltschutz und Handelsliberalisierung.

11.3. Ozeanien

Österreich nahm mit der Republik Nauru und den Salomonen diplomatische Beziehungen auf.

Die Beziehungen der EU zum Großteil der Länder der ozeanischen Region basieren auf der Partnerschaft EU-AKP, deren rechtliche Basis das Partnerschaftsabkommen von Cotonou ist. Die wichtigsten finanziellen und technischen Instrumente dieser Partnerschaft sind der Europäische Entwicklungsfonds (EEF) und die Mittel der EIB, die in verschiedenen Formen, etwa als nicht rückzuzahlende Zuschüsse und Risikokapitaldarlehen, vergeben werden. Zu den 78 AKP-Staaten, die an Cotonou teilnehmen, gehören im pazifischen Raum Fidschi, Kiribati, Marshall Inseln, Mikronesien, Nauru, Palau, Papua-Neuguinea, Samoa, Tonga, Tuvalu und Vanuatu.

B. Österreich in anderen europäischen Foren

I. Die Europäische Sicherheitspolitik

1. Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat und die Partnerschaft für den Frieden

1.1. Entwicklungen innerhalb der NATO

Der Einsatz in Afghanistan (**ISAF**) ist von zentraler Bedeutung für das Bündnis. Der Aktionsbereich von ISAF und seinen regionalen Wiederaufbauteams wurde auf den Westen des Landes ausgedehnt, gegen Jahresende begann das Bündnis auch mit Vorbereitungen zu einer ISAF-Expansion in die südlichen und östlichen Provinzen Afghanistans. Ende des Jahres betrug die ISAF-Personalstärke mehr als 9.000. Im Kosovo bleibt die NATO-geführte Operation (**KFOR**) im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (PfP) mit einer Gesamtstärke von rund 16.000 SoldatInnen für die Stabilisierung der Region unverzichtbar. Infolge der aus den Märzunruhen 2004 gezogenen Lehren wurde die Umwandlung in eine flexiblere Task-Force-Struktur beschlossen. Im Irak führte die NATO ihre Ausbildungsmission für irakische Streitkräfte (**NATO Training Mission in Iraq**) in und außerhalb des Landes fort, im Mittelmeer im Rahmen der **Operation „Active Endeavour“** (Aktive Anstrengung) ihren Einsatz zur Terrorismusbekämpfung und Überwachung des Schiffsverkehrs. Außerdem unterstützte die NATO, wie auch die EU, die Mission der AU im Sudan (**AMIS II**) in Darfur, vor allem durch Bereitstellung von Transportkapazitäten. Auch im Bereich der Katastrophenhilfe war die NATO aktiv und leistete besonders durch Lufttransporteinsätze Hilfe in den USA (Hurrikan „Katrina“) sowie nach dem Erdbeben im November in Pakistan.

1.2. NATO-Partnerbeziehungen

Die beim NATO-Gipfeltreffen in Istanbul 2004 beschlossene Schwerpunktsetzung der PfP auf Zentralasien und den südlichen Kaukasus wurde beibehalten. In diesem Zusammenhang stellte die gewaltsame Niederschlagung von Demonstrationen in Andischan (Usbekistan) jedoch einen Rückschlag dar (siehe Kapitel A.IV.10.1.2., B.II.2.6. und H.III.2.). Usbekistan verweigerte diesbezüglich weitgehend den Dialog mit der NATO und im Rahmen des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates (EAPC). Ein anderer Schwerpunkt der NATO-Aktivitäten lag auf der Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Staaten des Nahen Ostens im Rahmen der so genannten „Istanbul Cooperation Initiative“, etwa mit Bahrain, Katar, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Nach dem von der Ukraine geäußerten Wunsch nach baldiger NATO-Aufnahme begann im April ein Intensivierter Dialog im Rahmen der NATO-Ukraine-Kommission. Nach wie vor sind NATO und EAPC überdies besonders um Beiträge zur Sicherung der Stabi-

Die Europäische Sicherheitspolitik

lität in Südosteuropa bemüht, vor allem durch die Förderung von Reformprogrammen für Streitkräfte.

1.3. Österreich und die Partnerschaft für den Frieden

Am 14. März fand aus Anlass des zehnjährigen Mitwirkens Österreichs an PfP im Österreichischen Parlament ein hochrangig besetztes Symposium statt, das vom Österreichischen Institut für Europäische Sicherheitspolitik (ÖIES) sowie der Botschaft Sloweniens in ihrer Funktion als NATO-Kontaktbotschaft in Österreich organisiert wurde.

Österreich hielt sein starkes Engagement im Rahmen von KFOR aufrecht und stellt mittlerweile mit bis zu 600 SoldatInnen im Kosovo das größte Kontingent aus den NATO-Partnerstaaten. Österreich beteiligte sich außerdem mit bis zu zehn Stabsoffizieren an ISAF und entsandte zur Sicherung der Parlamentswahlen von Anfang August bis Ende Oktober ein zusätzliches Kontingent von fast 100 Personen in die Region um Kunduz.

Österreich setzte die Unterstützung für PfP-Treuhandfondsprojekte fort und übernahm gemeinsam mit Kanada eine Leitungsfunktion bei einem Projekt zur **Zerstörung von Antipersonenminenbeständen** (mehr als 1,3 Millionen) in Serbien und Montenegro. Österreich trat diese Leitungsrolle als erster Partnerstaat an und beteiligte sich mit 250.000 Euro an den Projektkosten. Darüber hinaus trug Österreich 30.000 Euro zu einem Treuhandfondsprojekt zur Zerstörung von Kleinwaffen und leichten Waffen (KLW) sowie überzähliger Munition in der Ukraine bei.

Gemeinsam mit Großbritannien und unter Mitwirkung des ÖIES veranstaltete Österreich am 23. November in Wien ein **NATO/PfP-Symposium** zum Thema „Organisierte Kriminalität und Drogenhandel: Eine Herausforderung für die Sicherheit Zentralasiens“.

Vor dem Hintergrund der Ereignisse von Andischan verfasste Österreich gemeinsam mit Finnland, Irland, Schweden und der Schweiz ein „Food for Thought Paper“ (Diskussionspapier), um zu betonen, dass mangelnde Einhaltung grundlegender Werte im Bereich der Menschenrechte auch die praktische sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Rahmen von EAPC und PfP infrage stellt. Durch die Vorlage dieses Dokuments an alle NATO- und EAPC-Staaten konnte ein wichtiger Beitrag zur Intensivierung der Debatte über die Rolle der gemeinsamen Wertebasis in der euro-atlantischen Partnerschaft geleistet werden.

NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer stattete Österreich am 3. November einen Besuch ab und traf mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Bundesministerin Ursula Plassnik zusammen. Beim **EAPC-Außenministertreffen** in Brüssel am 8. Dezember war Österreich durch Staatssekretär Hans Winkler vertreten.

Österreich in anderen europäischen Foren

2. Die Westeuropäische Union

Gemäß den Beschlüssen des Europäischen Rates in Helsinki (1999) über die Entwicklung einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen der EU wurde die Westeuropäische Union (WEU) mit Wirkung vom 1. Juli 2001 auf die Wahrnehmung einiger weniger Residualfunktionen beschränkt. Der WEU-Gründungsvertrag mit seiner militärischen Beistandspflicht bleibt de jure ebenso aufrecht wie der Status der WEU-Beobachterstaaten, darunter Österreich. Zu den verbleibenden Funktionen der WEU gehört die parlamentarische Zusammenarbeit im Rahmen der WEU-Versammlung, zu der auch Österreich VertreterInnen entsendet. Im Bereich der Rüstungszusammenarbeit auf WEU-Ebene wurde die Westeuropäische Rüstungsgruppe (WEAG), an der Österreich seit dem Jahr 2000 teilnahm, im Mai aufgelöst, da ihre Funktionen in Hinkunft weitgehend von der im Rahmen der EU gegründeten EDA wahrgenommen werden.

II. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

1. Einleitung

Dem slowenischen OSZE-Vorsitz gelang die Verhandlung einiger wichtiger Grundsatzentscheidungen für die Organisation, unter anderem die Nominierung eines neuen OSZE-Generalsekretärs, Marc Perrin de Brichambaut (Frankreich), die Einigung über die strittige Frage der Beitragsätze der Teilnehmerstaaten sowie eine Etappenentscheidung im Reformprozess der OSZE im Rahmen des Dreizehnten Treffens des Ministerrats in Laibach am 5. und 6. Dezember. Österreich war durch Bundesministerin Ursula Plassnik vertreten. Anlässlich dieses Ministerrats wurden insgesamt 23 Beschlüsse verabschiedet, die den Kernbereichen der OSZE einen wichtigen Impuls verleihen. Hinsichtlich der Regionalkonflikte wurden in Laibach Erklärungen zu den Konflikten im Südkaukasus angenommen, zum Kosovo und zu Moldau hingegen gab es keinen Konsens für eine Erklärung.

2. Regionalfragen und Feldaktivitäten

Die OSZE unterhält 18 Feldoperationen, alle in Südosteuropa sowie der GUS, für die mit 75% der Großteil des OSZE-Budgets sowie der personellen Ressourcen aufgewandt wird. Österreich entsandte 29 zivile ExpertInnen in mehr als die Hälfte dieser Feldoperationen; der überwiegende Teil davon ist in Südosteuropa tätig.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

2.1. Südosteuropa

In Südosteuropa unterhält die OSZE nach wie vor ihre größten Feldoperationen, mit Missionen in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Serbien und Montenegro sowie im Kosovo. Die Feldoperationen der OSZE leisten nach wie vor einen wichtigen Beitrag für den **Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen** und die Entwicklung und Festigung **multi-ethnischer Gesellschaften** in Südosteuropa. In einigen Bereichen hat sich die Rolle der OSZE in Richtung verstärkten Monitorings und Beratung der administrativen und politischen Strukturen vor Ort verschoben. In Zusammenarbeit mit der EU und anderen internationalen Akteuren nimmt die OSZE zahlreiche Aufgaben wahr, die im Annäherungsprozess der Länder an die euro-atlantischen Strukturen unverzichtbar sind.

2.2. Moldau/Transnistrien

Als Teilerfolg konnte die Wiederaufnahme der Statusverhandlungen zwischen Tiraspol und Chişinău im Oktober angesehen werden. Allerdings blieben die dadurch erwarteten neuen Impulse weitgehend aus. Nach drei Gesprächsrunden im erweiterten Format konnte in den zentralen Fragen, allen voran der Abbau russischer Truppen und Waffenbestände in Transnistrien, kein Konsens erzielt werden. Aufgrund des unterbliebenen Konsenses konnte beim OSZE-Ministerrat von Laibach keine regionale Erklärung zu Moldau erreicht werden.

Die Einsetzung der EU-Grenzmission für Moldau/Ukraine ist ein Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen EU und OSZE (siehe Kapitel A.IV.1.2.1.).

2.3. Belarus

Die Tätigkeit des **OSZE-Büros in Minsk** konzentriert sich auf Projektentwicklung in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt, Aufbau demokratischer Institutionen, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft. Das Büro hat aber auch eine Beobachtungsfunktion betreffend die Einhaltung der Verpflichtungen im Rahmen der OSZE (etwa im Hinblick auf Demonstrationen und Haftfälle).

2005 wurde eine Reihe von Repressionen gegen Zivilgesellschaft und Medien verzeichnet, die sich zum Beispiel gegen das Belarus Helsinki-Komitee oder eine der letzten unabhängigen Tageszeitungen, „Narodnaja Wolja“, richtete.

2.4. Georgien

Die OSZE-Mission in Georgien, die größte OSZE-Feldoperation außerhalb Südosteuropas, ist mit der politischen Lösung der Konflikte um die beiden separatistischen Gebiete **Südossetien** und **Abchasien** befasst. Die OSZE

Österreich in anderen europäischen Foren

übernahm unter Einsatz zusätzlicher Beobachter das Monitoring der dort eingerichteten friedenserhaltenden Operation.

An Stelle der auf russischen Wunsch 2004 beendeten **Grenzbeobachtungsoperation** am tschetschenisch-georgischen Grenzabschnitt zu Russland, die unter österreichischem Vorsitz eingerichtet und später auf Inguschetien und Dagestan ausgeweitet worden war, wurde Ende April eine Trainingsmission für georgische GrenzwächterInnen eingerichtet.

2.5. Ukraine

In enger Zusammenarbeit mit den Behörden und der Zivilgesellschaft führt die Mission Projekte zur Wirtschaftsförderung, Bekämpfung des Menschenhandels, Koordination von Finanzmitteln internationaler Geberstaaten sowie Demokratisierung der Zivilgesellschaft durch.

Die Rolle der OSZE-WahlbeobachterInnen bei den Präsidentschaftswahlen 2004 trug entscheidend zum friedlichen Machtwechsel in der Ukraine im vergangenen Jahr bei. Die Implementierung der einschlägigen Empfehlungen von ODIHR zur Verbesserung des Wahlprozesses wurde inzwischen auch im Hinblick auf die 2006 stattfindenden Parlamentswahlen weitgehend abgeschlossen.

2.6. Zentralasien

Die Wahlen in **Kirgisistan**, die von ODIHR unter österreichischer Beteiligung beobachtet wurden, brachten einen Machtwechsel von Präsident Askar Akajew zu Kurmanbek Bakijew, Regierungschef wurde Felix Kulow. Beim friedlichen Machtwechsel agierte die OSZE intensiv als Vermittler. Für 2006 steht eine Verfassungsreform bevor, die richtungsweisend für die Regierungsform sein wird.

In **Usbekistan** hatten Unruhen in Andischan im Mai einen Flüchtlingsstrom von rund 600 Personen zur Folge, die zunächst nach Kirgisistan und in der Folge in verschiedene westliche Staaten zogen. Ein Bild der blutigen Ereignisse gibt der von ODIHR mit usbekischen Flüchtlingen verfasste Augenzeugenbericht. Die Prozesse gegen Beteiligte werden zum Teil von ODIHR überwacht (siehe auch Kapitel A.IV.10.1.2., B.I.1.2. und H.III.2.).

Kasachstan gab seine Kandidatur für den OSZE-Vorsitz 2009 bekannt. Die Entscheidung über den Vorsitz wird frühestens Ende 2006 fallen. Zu den Präsidentschaftswahlen im Dezember entsandte Österreich WahlbeobachterInnen.

*Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa***3. Die menschliche Dimension der OSZE**

Die menschliche Dimension mit dem Ziel der Wahrung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist ein Kernstück der OSZE-Tätigkeit und eine ihrer wichtigsten komparativen Stärken.

ODIHR mit Sitz in Warschau ist die operative Institution der OSZE im Bereich der menschlichen Dimension. Eine ihrer Hauptaufgaben liegt in der Unterstützung bei der Durchführung von **demokratischen Wahlen**, zum einen durch technische Unterstützung bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Wahlrechtsvorschriften, zum anderen in der Durchführung von Wahlbeobachtungsmissionen. ODIHR beobachtete die Wahlen in acht OSZE-Staaten: Albanien, Aserbaidschan, Bulgarien, Kasachstan, Kirgisistan, Mazedonien, Moldau und Tadschikistan. Im Bereich **Demokratisierung** werden in zahlreichen Staaten Projekte betreffend institutioneller Aufbauhilfe und Beratung zu den Themenkreisen Rechtsstaatlichkeit, Zivilgesellschaft, Gleichbehandlung, Menschenhandel, Reisefreiheit und Migration sowie Anti-Terrorismus abgewickelt. Die bei ODIHR eingerichtete „Roma-Sinti-Kontaktstelle“ konzentriert ihre Arbeit auf die Bereiche „Roma im öffentlichen Leben“ und Konfliktvermeidung in verschiedenen Alltagsbereichen. Eine wichtige Aufgabe von ODIHR besteht auch im Monitoring der Einhaltung der **Menschenrechte** durch die Teilnehmerstaaten. Die Einhaltung der Verpflichtungen im gesamten Bereich der menschlichen Dimension wurde beim jährlichen Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension in Warschau vom 19.–30. September diskutiert, während die drei „Ergänzungstreffen zur menschlichen Dimension“ jeweils konkreten Themen gewidmet waren: „Herausforderungen durch neue Wahltechnologien und Wahlabläufe“ (Wien, 21. und 22. April) „Menschenrechte und der Kampf gegen den Terrorismus“ (Wien, 14. und 15. Juli) und „Die Rolle von Verteidigern bei der Gewährleistung fairer Gerichtsverfahren“ (Tbilisi, 3. und 4. November). Das jährlich stattfindende Seminar zur humanitären Dimension befasste sich mit dem Thema „Migration und Integration“ (Warschau, 11.–13. Mai).

Im Rahmen des Themenbereichs **Toleranzfragen** (Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus, Xenophobie und Diskriminierung) fand in Cordoba (Spanien) am 8. und 9. Juni eine Großkonferenz über Antisemitismus und andere Formen der Intoleranz statt. Drei Sonderbeauftragte sollen die Umsetzung der OSZE-Arbeit in den verschiedenen Teilbereichen des Toleranzspektrums gewährleisten.

Die Österreicherin Helga Konrad war Sonderbeauftragte des amtierenden Vorsitzenden für den Kampf gegen den Menschenhandel. Im Rahmen ihrer koordinierenden Tätigkeit arbeitete sie eng mit der Unterstützungsgruppe des OSZE-Sekretariats zur Bekämpfung des Menschenhandels (ATAU) zusammen. Rolf Ekeus ist seit 2001 Hochkommissar für Nationale Minderheiten und beauftragt, ethnische Spannungen, die Frieden, Stabilität oder

Österreich in anderen europäischen Foren

die guten Beziehungen zwischen OSZE-Teilnehmerstaaten gefährden könnten, frühzeitig zu erkennen und Lösungen zu finden. Univ.-Prof. Miklós Haraszti ist seit 2004 OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit. Diese Institution zielt auf die Stärkung von Standards und Verpflichtungen im Bereich der Medienfreiheit ab, da deren Einschränkung als erstes Anzeichen von konflikträchtigen politischen Entwicklungen zu werten ist. Wichtige Themen der Berichterstattung waren Behinderungen der Arbeit von JournalistInnen und Zeitungsverlagen, die Medien im Wahlkampf und Medienkonzentration sowie die Entkriminalisierung von Verleumdung durch JournalistInnen.

Die **Parlamentarische Versammlung** der OSZE mit Sitz in Kopenhagen und seit 2002 einem Zweigbüro in Wien besteht aus mehr als 300 Parlamentsabgeordneten der 55 Teilnehmerstaaten. Die Hauptsession wurde in Washington, D.C. (USA) vom 1.–5. Juli abgehalten. Bei diesem Treffen wurden der amtierende Präsident Alcee Hastings für eine weitere einjährige Amtsperiode wiedergewählt und Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Großruck zum Berichterstatte des Politischen Komitees bestellt.

4. Die politisch-militärische Dimension der OSZE

Das **Forum für Sicherheitszusammenarbeit**, das Normsetzungsorgan für politisch-militärische Fragen, akkordierte drei Beschlüsse für den Ministerrat von Laibach am 5. und 6. Dezember: erstens die Abhaltung eines Militärdoktrinenseminars am 14. und 15. Februar 2006, von dem neue Impulse für die Sicherheitsarbeit der OSZE erwartet werden, zweitens den auf einen österreichischen Vorschlag zurückgehenden Beschluss zur Unterstützung der effektiven Implementierung der Resolution 1540 (2004) des VN-SR betreffend die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und drittens die Unterstützung weiterer Bemühungen zur Implementierung der OSZE-Dokumente über KKW bzw. über Lagerbestände konventioneller Munition. Durch Sicherung bzw. Vernichtung dieser Bestände soll die Bedrohung tausender Menschen durch Explosion, Umweltvergiftung (Raketentreibstoff „Melange“) oder deren Verwendung für terroristische Zwecke beseitigt werden. Eine Reihe von Ländern stellte entsprechende Hilfsersuchen.

Im Bereich der **Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen** konnte Einigkeit über die Verpflichtung zur Meldung des jährlich bedeutendsten Militärmanövers erzielt werden. In der Praxis erfolgten jedoch keine Meldungen großer Militärmanöver gemäß Wiener Dokument 1999 mehr, da die vereinbarten Schwellenwerte regelmäßig unterschritten waren.

Der **wöchentliche Sicherheitsdialog** ist eine Einrichtung des Forums für Sicherheitszusammenarbeit zur Erörterung aktueller Themen der Sicherheits- und Militärpolitik. Das jährliche Treffen zur Beurteilung der Erfüllung der 17 Verpflichtungen zur Berichterstattung über die Durchfüh-

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

zung vereinbarter Vertrauens- und Sicherheitsbildender Maßnahmen (**AI-AM**) fand am 8. und 9. März zum 14. Mal statt. Trotz einer weiteren Verbesserung der Erfüllung der Verpflichtungen wiesen zahlreiche Verbesserungsvorschläge einen Reformbedarf auf. Die dritte Jährliche Sicherheitsrevisionskonferenz (**ASRC**), die der Überprüfung der Sicherheitsarbeit der OSZE dient, fand am 21. und 22. Juni statt. Zu den Themen Verhütung und Bekämpfung von Terrorismus, Grenzsicherheitsmanagement, strategische Aspekte der umfassenden Sicherheit und weitere Entwicklung politisch-militärischer Aspekte wurden zahlreiche Anregungen unterbreitet.

Terrorismusbekämpfung ist ein ständiger Schwerpunkt der OSZE. Neben der dafür zuständigen Arbeitsgruppe bestehen die Sekretariatseinheit „Gruppe Terrorismusbekämpfung“ (ATU) und ein internes Netzwerk zum vertraulichen Informationsaustausch. Der OSZE-Ministerrat in Laibach fasste Beschlüsse zum Kampf gegen die Bedrohung durch unerlaubte Drogen, zur Verstärkung der rechtlichen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus und zur Erhöhung der Containersicherheit, die vor allem die Kooperation mit internationalen Organisationen verstärken sollen.

Der **Adaptierte Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa**, dessen Ratifikation weiterhin von der Erfüllung der so genannten „Istanbul-Verpflichtungen“ (Abzug von russischem militärischem Gerät und Personal aus Moldau und Georgien) abhängig gemacht wird, trat noch nicht in Kraft.

Das Regionale Zentrum zur Unterstützung der Verifikation und Implementierung von Rüstungskontrollmaßnahmen (**RACVIAC**) mit Sitz in Kroatien, das wesentlich zur militärischen Vertrauensbildung in Südosteuropa beiträgt, ist über den Stabilitätspakt für Südosteuropa mit der OSZE verbunden.

Der in Nahebeziehung zur OSZE stehende **Vertrag über den Offenen Himmel** ist ein wichtiges Instrument militärischer Transparenz, Vertrauensbildung und Sicherheit. 2005 wurden über 100 Beobachtungsflüge durchgeführt.

5. Die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE

Die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE stand im Zeichen der drei Schwerpunktthemen **Migration, neue demographische Trends** und **Integration von Angehörigen nationaler Minderheiten**. Der slowenische Vorsitz veranstaltete in Zusammenarbeit mit einschlägigen Spezialorganisationen wie der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und dem Internationalen Zentrum für Migrationspolitikentwicklung (ICMPD) sowie mit Unterstützung des Büros des OSZE-Wirtschaftskoordinators drei Vorbereitungsseminare in Almaty, Kiew und Triest, bei denen renommierte ExpertInnen Vorgaben für das Prager Wirtschaftsforum vom 23.–27. Mai erarbeiteten. Während der dabei unterbreitete Vorschlag einer Grundsatzerklä-

Österreich in anderen europäischen Foren

rung für die Integration von Angehörigen nationaler Minderheiten nicht angenommen wurde, beschloss der Ministerrat in Laibach einhellig die weitere Auseinandersetzung mit Migrationsfragen in allen drei Dimensionen.

Als Schwerpunktthema für das **Wiener Wirtschaftsforum** am 23. und 24. Jänner 2006 schlug das Vorsitzland Belgien die Beschäftigung mit der Bedeutung von Verkehrsinfrastruktur und -netzen für regionale Kooperation und Stabilität vor. Das erste Seminar zur Vorbereitung des Wirtschaftsforums fand auf Einladung der tadschikischen Regierung im November in Duschanbe statt und widmete sich den Problemen von Verkehrsachsen und -infrastruktur in Zentralasien und im Südkaukasus.

Das **Büro des Wirtschaftskoordinators**, das seit Juli unter der Leitung des Belgiers Bernard Snoy steht, setzte zahlreiche Aktivitäten in prioritären Bereichen der Konfliktprevention und Kooperation zur Erhaltung von Stabilität im OSZE-Raum: Kampf gegen Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Menschenhandel, Korruption und organisierte Kriminalität, Bedrohungen durch Umweltkatastrophen sowie Förderung von KMU.

6. Reformfragen

Beim OSZE-Ministerrat in Laibach einigten sich alle Teilnehmerstaaten mit dem Beschluss über die Stärkung der Wirksamkeit der OSZE auf einen **Fahrplan für die Reformverhandlungen** mit folgenden Themen: Stärkung der Rolle des Generalsekretärs, mögliche Verleihung von Rechtspersönlichkeit an die OSZE, Erarbeitung einer Geschäftsordnung, Stärkung der Konfliktlösungsrolle der OSZE, Gesamthaushaltsplan, Stärkung der Feldoperationen, Schaffung von drei neuen Komitees, Revision der Mittelverteilung auf Programmaktivitäten, Personalmanagement sowie Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen. ODIHR wurde beauftragt, die Erfüllung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension der OSZE, einschließlich Wahlen, in Zusammenarbeit mit den Teilnehmerstaaten zu überprüfen und dem Ministerrat 2006 darüber zu berichten. Der Bericht soll neue Verpflichtungen entwickeln, neue Aktivitäten im Bereich Wahlen vorschlagen und Möglichkeiten zur Verbesserung der Unterstützung aufzeigen.

7. Institutionelle Fragen und Amtssitz

Die unterbliebene Einigung auf neue Beitragsschlüssel und den Gesamthaushaltsplan für 2005 stürzte die OSZE zu Jahresbeginn in eine schwere Finanzkrise, die mittels provisorischer Lösung im Mai überbrückt wurde. Die endgültige Annahme des Verteilerschlüssels zum Gesamthaushaltsplan Anfang November ebnete den Weg für eine zeitgerechte Beschlussfassung über das Budget 2006.

Der Europarat

Die im Dezember 2004 begonnenen Umbauarbeiten für einen neuen permanenten Amtssitz der OSZE im Zentrum Wiens wurden fortgeführt und sollen im Jahr 2007 abgeschlossen werden.

III. Der Europarat

1. Politische Entwicklungen

Das **Dritte Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs** der Mitgliedstaaten des Europarates in Warschau am 16. und 17. Mai stand im Mittelpunkt des politischen Geschehens. Bei diesem Gipfel wurden die „Warschauer Erklärung“ sowie ein Aktionsplan mit folgenden Punkten angenommen: Fokussierung der Tätigkeit des Europarates auf seine Kernaufgaben Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit; Stärkung seines Menschenrechtsschutzsystems; Förderung von Demokratie und Guter Regierungsführung; Fortführung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs; Erhöhung der Sicherheit der europäischen BürgerInnen sowie Intensivierung der Zusammenarbeit der europäischen Organisationen.

Im **Aktionsplan** finden sich konkrete Schritte zur Umsetzung der Ziele der Warschauer Erklärung: Einrichtung einer Weisengruppe für die Ausarbeitung von Vorschlägen zur langfristigen Sicherung der Effizienz des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR); Einrichtung eines Forums für die Zukunft der Demokratie als Impulsgeber für die Weiterentwicklung der Demokratie in den Mitgliedstaaten des Europarates; Durchführung einer europaweiten Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen, insbesondere gegen häusliche Gewalt; Einrichtung einer hochrangigen Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung einer Strategie zur Stärkung der sozialen Kohäsion im 21. Jahrhundert; Durchführung eines europaweiten Aktionsprogramms gegen Gewalt gegen Kinder, das auch die sozialen, rechtlichen, gesundheitlichen und erzieherischen Dimensionen der verschiedenen Formen von Gewalt gegen Kinder thematisiert; Durchführung einer europaweiten Jugendkampagne für Vielfalt, Menschenrechte und Partizipation; Ernennung eines Koordinators für den interkulturellen Dialog sowie Ausarbeitung eines Memorandum of Understanding zwischen Europarat und EU zum weiteren Ausbau der Zusammenarbeit.

Die österreichische Delegation beim Warschauer Gipfel stand unter der Leitung von Bundespräsident Heinz Fischer. Er unterstrich in seiner Rede die Bedeutung des Europarates bei der Wahrung der Menschenrechte, der Verankerung des Rechtsstaates sowie die Rolle des Europarates als das soziale Gewissen Europas. Beim Gipfeltreffen wurden auch drei neue vom Europarat ausgearbeitete Übereinkommen zur Unterzeichnung aufgelegt: Übereinkommen zur Verhinderung des Terrorismus; zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie zur Bekämpfung der Geldwäsche. Österreich war

Österreich in anderen europäischen Foren

unter den ersten Mitgliedstaaten, die diese Übereinkommen beim Gipfel in Warschau unterzeichneten.

2. Verhältnis zu anderen internationalen Organisationen

Beim Warschauer Gipfel wurde die Ausarbeitung eines **Memorandum of Understanding** zwischen Europarat und EU zur Regelung der gegenseitigen Beziehungen beschlossen. Die EU hatte dafür einen Entwurf ausgearbeitet und übergab ihn am 21. Dezember dem rumänischen Vorsitzenden des Ministerdelegiertenkomitees des Europarates. Er leitet künftig die Verhandlungen der 46 Mitgliedstaaten des Europarates über das Memorandum. Darüber hinaus wurde beschlossen, dass der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker einen Bericht über das künftige Verhältnis zwischen Europarat und EU vorlegt, der in das Memorandum eingearbeitet werden soll.

Die bereits bestehende enge Zusammenarbeit zwischen **Europarat und EU** wurde intensiviert. Zwischen dem Sekretariat des Europarates und der Europäischen Kommission findet auf Beamtenebene ein regelmäßiger Informationsaustausch über laufende Aktivitäten und Projekte statt. Der Europarat unterhält ein ständiges Büro in Brüssel. VertreterInnen der Europäischen Kommission nehmen an Sitzungen des Ministerkomitees, der Ministerdelegierten und der Berichterstattergruppen teil. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die gemeinsam erstellten und ko-finanzierten Programme für zentral- und osteuropäische Länder, die eine Förderung der Bereiche Recht, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie vorsehen. Das so genannte „quadrilaterale Treffen“ findet in der Regel halbjährlich auf höchster politischer Ebene unter Teilnahme des Europarats-Vorsitzes und des EU-Ratsvorsitzes, des Generalsekretärs des Europarates sowie des Präsidenten der Europäischen Kommission statt. Gegenstand des am 16. März abgehaltenen Treffens waren die Vorbereitungen für den Warschauer Gipfel und dessen zu erwartende Ergebnisse; der Beitritt der EU zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK); die geplante EU-Grundrechtsagentur; die ENP; gemeinsame Programme des Europarates mit der Europäischen Kommission sowie die Lage in Moldau und im Südkaukasus.

Die Zusammenarbeit zwischen **Europarat und OSZE** findet im institutionellen Rahmen der so genannten „2+2-Treffen“ und „3+3-Treffen“ (mit den Vorsitzenden, Generalsekretären und gegebenenfalls Präsidenten der Parlamentarischen Versammlungen der beiden Organisationen) statt. Diese Treffen werden einmal jährlich abgehalten, das „2+2-Treffen“ fand am 23. Februar, das „3+3-Treffen“ am 8. Juli statt. Darüber hinaus werden laufend Arbeitstreffen auf Beamtenebene abgehalten. Am 18. April fand in Straßburg erstmals ein gemeinsames Treffen des Ministerdelegiertenkomitees des Europarates und des Ständigen Rates der OSZE statt. Dabei wurde eine

Der Europarat

verstärkte Zusammenarbeit beider Organisationen beschlossen, insbesondere in den Bereichen Bekämpfung des Terrorismus und des Menschenhandels, beim Schutz nationaler Minderheiten und der Förderung von Toleranz und Nicht-Diskriminierung. Beim „3+3-Treffen“ im Juli standen neben den Gebieten der verstärkten Zusammenarbeit auch Fragen betreffend Rom und Sinti, die Integration von MigrantInnen, Südosteuropa, den Kaukasus, Belarus, Moldau sowie die Ukraine auf der Tagesordnung. Im Bereich der Wahlbeobachtung besteht bereits eine sehr enge Zusammenarbeit mit ODIHR.

Zwischen **Europarat und VN** finden ebenfalls regelmäßige Kontakte statt. Am 18. Februar wurde in Straßburg ein vom Sekretariat des Europarates und der OSZE vorbereitetes hochrangiges trilaterales Treffen zwischen Europarat, OSZE und VN abgehalten. Schwerpunkt der Diskussionen war die Zusammenarbeit bei der Förderung der Rechtsstaatlichkeit und der Meinungsfreiheit. Insbesondere im Bereich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus wurde und wird die Zusammenarbeit mit den VN verstärkt. Die vom Europarat ausgearbeiteten Leitlinien zum Schutz der Menschenrechte beim Kampf gegen den Terrorismus erwiesen sich für die VN von großem Interesse.

3. Menschenrechte

Siehe Kapitel H.V.

4. Monitoring

Das Monitoring der von den Mitgliedstaaten bei ihrer Aufnahme in den Europarat eingegangenen Verpflichtungen in den Bereichen Menschenrechte, pluralistische Demokratie sowie Meinungs- und Informationsfreiheit zählt zu den wichtigsten Instrumenten der Organisation. Dabei ist zwischen dem Monitoring der Parlamentarischen Versammlung und des Ministerkomitees zu unterscheiden.

Das **Monitoring-Komitee der Parlamentarischen Versammlung** befasste sich mit zehn Staaten, Albanien, Armenien, Aserbaidshan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Moldau, Monaco, Russland, Serbien und Montenegro sowie der Ukraine, und unternahm dafür Inspektionsreisen. Darüber hinaus verfasst es alle zwei Jahre Länderberichte sowie Empfehlungen, die das Plenum der Parlamentarischen Versammlung verabschiedet.

Das **Monitoring des Ministerkomitees** kann auf drei verschiedene Arten erfolgen: das Monitoring auf Grundlage der Deklaration von 1994 über die Erfüllung der Aufnahmeverpflichtungen; das seit 1996 durchgeführte thematische Monitoring, das 2005 die Vereinsfreiheit in den Mitgliedstaaten beleuchtete, sowie das spezifische „post-accession monitoring“ (Monitoring

Österreich in anderen europäischen Foren

von Neumitgliedstaaten). Es betrifft Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Georgien sowie Serbien und Montenegro. Dabei handelt es sich um einen vertraulichen Prozess, der sich über einen längeren Zeitraum erstreckt. Im Falle von Armenien und Aserbaidschan geschieht dies in einer eigens eingerichteten Monitoring-Gruppe, in der nach ihrem Initiator, dem ehemaligen italienischen Ständigen Vertreter beim Europarat, Piero Ercole Ago, benannten AGO-Gruppe, in der auch Österreich Mitglied ist. Diese Monitoring-Gruppe besuchte die beiden Länder und erörterte die Umsetzung der Aufnahmeverpflichtungen mit führenden VertreterInnen des Staates, ParlamentarierInnen sowie VertreterInnen der Medien und NGOs. Die Erfüllung der Aufnahmeverpflichtungen durch Georgien wird vom Ministerkomitee überwacht. Das Sekretariat verfasst vierteljährliche Berichte zu Bosnien und Herzegowina sowie Serbien und Montenegro an das Ministerkomitee; im Falle Georgiens alle sechs Monate.

Im Rahmen der so genannten „**Bestandsaufnahmen**“ wird auch Moldau de facto einem Monitoring unterzogen. Darüber hinaus berichten die Büros des Sondervertreters des Generalsekretärs des Europarates und andere Büros außerhalb von Straßburg, in Baku, Belgrad, Jerewan, Chişinău, Podgorica, Pristina, Sarajewo und Tbilisi sowie Tirana und Skopje, beinahe monatlich über die Entwicklungen in den betroffenen Staaten.

5. Hilfsprogramme

Der Europarat ist bestrebt, seine Schwerpunkte im Rahmen von Hilfsprogrammen umzusetzen. Diese konzentrieren sich auf die Förderung der Menschenrechte; Verwirklichung einer pluralistischen Demokratie und des Rechtsstaates; Förderung des Bewusstseins um die gemeinsame kulturelle Identität in ihrer ganzen Vielfalt; Stärkung der Bürgergesellschaft; Förderung der Bildung und der Jugend; Suche nach Lösungen für die gesellschaftlichen Probleme Europas, wie Diskriminierung von Minderheiten, Fremdenhass, Intoleranz, Umweltverschmutzung, menschliches Klonen, HIV/AIDS, Drogen und organisiertes Verbrechen sowie Konsolidierung der demokratischen Stabilität in Europa durch Förderung politischer, gesetzgeberischer und verfassungsrechtlicher Reformen. Die Hilfsprogramme zur Verwirklichung dieser Aufgaben konzentrierten sich auf Südosteuropa, den Kaukasus und auf Russland. Insgesamt wurden im Bereich dieser programmatischen Aktivitäten rund 13 Millionen Euro für Hilfsaktivitäten und Programme zur Zusammenarbeit mit 24 Mitgliedstaaten und anderen Staaten (wie Belarus) bereitgestellt. Über 4 Millionen Euro flossen in multilaterale Aktivitäten.

Die Spannweite der Hilfsprogramme zeigt sich in der Vielfalt der vom Europarat gewährten Förderungen: In den Kernbereichen Schutz der Menschenrechte und Förderung der Demokratie umfassen diese neben Justiz- und Verwaltungsreformen auch den Ausbau des interkulturellen Dialogs,

Der Europarat

die Unterstützung der Roma sowie die Förderung des sozialen Zusammenhalts. Die konkreten Maßnahmen bestanden vorwiegend in der Bereitstellung von ExpertInnen und der Durchführung von Ausbildungsprogrammen. Darüber hinaus stellten die Programme auch die Mittel für die Informationsbüros des Europarates sowie Büros vor Ort zur Verfügung. Im Rahmen der Gemeinsamen Programme mit der Europäischen Kommission hat der Europarat in Russland und im südlichen Kaukasus (Armenien, Aserbaidschan und Georgien) Hilfsprogramme in den Bereichen Schutz der Menschenrechte, Stärkung des Rechtsstaats und Demokratisierung durchgeführt.

6. Die Organe des Europarates

6.1. Das Ministerkomitee

Das Ministerkomitee ist das Entscheidungsorgan des Europarates und setzt sich aus den AußenministerInnen der 46 Mitgliedstaaten bzw. ihren StellvertreterInnen (Ministerdelegierte) zusammen. Sein Vorsitz wechselt halbjährlich.

Seit der Reform 2004 tagt das Ministerkomitee nur mehr einmal jährlich auf Ministerebene. Die 115. Tagung wurde unter dem Vorsitz des Außenministers von Portugal in Strassburg am 17. November abgehalten. Österreich war durch Staatssekretär Hans Winkler vertreten. Hauptthema war die Umsetzung der Warschauer Gipfelbeschlüsse, die Reform des EGMR sowie die Weiterführung des Forums für die Zukunft der Demokratie. Die Ministerdelegierten treten im Regelfall viermal im Monat zu Sitzungen zusammen.

6.2. Die Parlamentarische Versammlung

Die Parlamentarische Versammlung besteht aus 630 Mitgliedern (315 Mitglieder und 315 StellvertreterInnen) der nationalen Parlamente, die sich in fünf Fraktionen zusammengeschlossen haben: Sozialistische Gruppe (SOC), Gruppe der Europäischen Volkspartei (EPP/CD), Gruppe der Liberalen, Demokraten und Reformer (LDR), Gruppe der Europäischen Demokraten (EDG) sowie Gruppe der Vereinigten Europäischen Linken (UEL). 26 Mitglieder sind fraktionslos. Österreich stellt sechs Mitglieder und sechs Ersatzmitglieder, die vom Nationalrat und Bundesrat entsandt werden (siehe Anhang VII.6.). Die Mitglieder sind auch in „nationale Delegationen“ gegliedert. Österreichischer Delegationsleiter ist Abgeordneter zum Nationalrat Michael Spindelegger. Abgeordneter zum Nationalrat Prof. Peter Schieder übte bis Jänner 2005 das Amt des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung aus.

Die Parlamentarische Versammlung tagt viermal jährlich in Plenarsitzung und periodisch in ihren Ausschüssen und Unterausschüssen. Die Parlamentarische Versammlung und ihr ständiger Ausschuss wenden sich in Entschlüssen, Empfehlungen, Meinungen und Richtlinien an das Mini-

Österreich in anderen europäischen Foren

sterkomitee, an nationale Regierungen, Parlamente oder politische Parteien. Die Parlamentarische Versammlung nimmt auch Monitoring-Aufgaben wahr, wie die Wahlbeobachtung in Mitglieds- oder Kandidatenstaaten des Europarates sowie das Monitoring der Entwicklung der einzelnen Länder hinsichtlich ihrer Einhaltung der beim Beitritt zum Europarat eingegangenen Verpflichtungen.

6.3. Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas wurde 1957 als Ständige Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas gegründet und konstituierte sich 1994 als Beratendes Organ des Europarates. Er besteht aus einer Kammer der Gemeinden und einer Kammer der Regionen. Die 315 Mitglieder tagen einmal jährlich in Strassburg im Rahmen einer Plenarsitzung. Der Kongress formuliert wichtige Empfehlungen an das Ministerkomitee im Bereich der Städte- und Gemeindedemokratie, des Umweltschutzes, Katastrophenschutzes und der sozialen Kohäsion. Diese werden in Österreich auf Ebene des Städte- und Gemeindebunds, der Verbindungsstelle der Bundesländer sowie der Fachministerien weiterverfolgt.

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas erfüllt vor allem beim Monitoring der Gemeinde- und Regionaldemokratie eine bedeutende Aufgabe. Sein Monitoring überwacht auch die Erfüllung der von den Mitgliedstaaten eingegangenen Verpflichtungen. Für Südosteuropa bietet der Kongress Projekte im Rahmen des Stabilitätspakts (Entwicklung und Stärkung der Demokratie auf lokaler Ebene) sowie für die südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers Programme zum Ausbau der Gemeinde- und Regionaldemokratie an.

6.4. Der Generalsekretär

Der Generalsekretär wird von der Parlamentarischen Versammlung auf Empfehlung des Ministerkomitees für fünf Jahre gewählt. Seine Aufgabe ist die Erreichung der bei der Gründung des Europarates am 5. Mai 1949 in London festgelegten Ziele. Hauptziel ist die Schaffung einer größeren Einheit unter den Mitgliedstaaten, um die ihr gemeinsames Erbe darstellenden Ideale und Prinzipien zu schützen und zu verwirklichen sowie den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu fördern. Der Generalsekretär stellt die strategischen Weichen für das Arbeitsprogramm und für den Haushalt der Organisation. Er trägt darüber hinaus die Verantwortung für das Sekretariat des Europarates, das aus 16 Organisationseinheiten mit rund 2.000 Bediensteten besteht. Der Brite Terry Davis ist seit September 2004 Generalsekretär des Europarates.

Die Zentraleuropäische Initiative

7. Der Europarat und Österreich

Österreich zeigt großes Engagement im Europarat und stellte bereits drei Generalsekretäre, zwei Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung sowie einen Präsidenten des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas. Besonders aktiv ist Österreich in der Verteidigung des Individualbeschwerderechts beim EGMR, bei der Ausarbeitung der Konvention zur Prävention des internationalen Terrorismus, Unterstützung der sozialen Dimension für Europa sowie Weiterführung des Forums für die Zukunft der Demokratie.

Insgesamt sind rund zwanzig ÖsterreicherInnen im Europarat beschäftigt, davon in höheren Positionen die Leiterin des Verbindungsbüros des Europarates bei der EU in Brüssel, der Leiter einer Abteilung der Venedig-Kommission, die Leiter zweier von 20 Abteilungen des EGMR sowie die Leiterin der Presseabteilung des Europarates.

IV. Die Zentraleuropäische Initiative

Vorrangiges Ziel der Zentraleuropäischen Initiative (**CEI**) ist die Sicherstellung der Beteiligung ihrer mittel-, ost- und südosteuropäischen Mitgliedstaaten am europäischen Integrationsprozess, Förderung der regionalen Stabilität und Entwicklung sowie Verhinderung neuer Trennlinien in Europa. Der CEI gehören 17 europäische Staaten an, darunter sieben EU-Mitglieder, die beiden Beitrittsländer Bulgarien und Rumänien sowie die Beitrittskandidaten Kroatien und Mazedonien. Die CEI stand 2005 unter slowakischem Vorsitz, der 2006 an Albanien übergeben wird.

Wichtigstes Ereignis war das Gipfeltreffen der CEI-Regierungschefs am 25. November in Piešťany (Slowakei). Sie begrüßten in der Schlusserklärung unter anderem die bedeutenden Fortschritte im europäischen Integrationsprozess, die durch Erweiterung, SAP bzw. ENP erzielt wurden. Dabei hoben sie die bedeutende Rolle der CEI hervor, deren Strukturen und Netzwerke die universitäre Zusammenarbeit und den Austausch von Know-how zwischen EU-Mitgliedstaaten und CEI-Mitgliedern ohne unmittelbare EU-Beitrittsperspektive fördern.

Bei der österreichischen Initiative zur Reform der CEI-Arbeitsgruppen konnten im vergangenen Jahr wesentliche Fortschritte erzielt werden. Ziel ist die Nutzung von Synergien zwischen den Arbeitsgruppen. Darüber hinaus setzte sich Österreich erfolgreich für die Beibehaltung der bestehenden schlanken Strukturen der CEI ein. Anfang November wurde dafür eine auf österreichischem Vorschlag beruhende neue Geschäftsordnung verabschiedet. Die CEI verstärkte ihre Kapazitäten in den Bereichen Wissenschaft und Forschung und universitäre Kooperation sowie ihre Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen.

*Österreich in anderen europäischen Foren***V. Nachbarschaftspolitik****1. Regionale Partnerschaft**

Das Konzept der Regionalen Partnerschaft mit den benachbarten neuen EU-Mitgliedstaaten Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn sowie mit dem „kulturellen Nachbarn“ Polen ist eine logische Fortführung der bestehenden engen Kooperation in Mitteleuropa. Vor der EU-Erweiterung diente die Regionale Partnerschaft dem Abbau von Reibungsflächen und der Unterstützung der Partnerländer bei den Beitrittsverhandlungen, bei der Umstellung auf EU-Vorschriften sowie als Rahmen für Konsultationen zum EU-Verfassungskonvent und zum Lissabon-Prozess. Seit der Erweiterung trägt die Regionale Partnerschaft zur Definition gemeinsamer Anliegen und zu deren Wahrung im Rahmen der EU bei. Sie ist damit Teil jenes Geflechts von bereits bestehenden Netzwerken geworden, die insgesamt die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der EU auf eine tragfähigere Grundlage stellen und einen erkennbaren Mehrwert für die Partner wie auch benachbarten Regionen in Südost- und Osteuropa erzielen.

In dieser Hinsicht konnte die Zusammenarbeit im Rahmen der Regionalen Partnerschaft im Jahr 2005 beträchtlich an Umfang und Tiefe gewinnen. So erbrachten die Partnerstaaten nach der Entwicklung von Vorschlägen für die Zukunft des Kosovo sowie zur Ausgestaltung des EU-Aktionsplans für die Ukraine 2004 mit der „Budapester Westbalkan-Konferenz der Regionalen Partnerschaft“ am 10. und 11. Oktober einen wichtigen Beitrag zur konkreten Weiterarbeit an der europäischen Perspektive der Länder des Westlichen Balkans. Nach der Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika erarbeiteten die Partner gemeinsame Vorschläge zur besseren Vernetzung nationaler und europäischer Anstrengungen in künftigen Krisenfällen, denen Koordinationsmaßnahmen zur verstärkten konsularischen Zusammenarbeit der Regionalen Partner bei derartigen Herausforderungen folgten (siehe auch Kapitel D.). Die Kooperation der Fachressorts konnte erneut ausgeweitet werden, wobei die in der „Salzburg Gruppe“ vertretenen InnenministerInnen der Länder der Regionalen Partnerschaft Bulgarien und Rumänien in ihre verstärkte Sicherheitspartnerschaft einbinden konnten.

Die AußenministerInnen der Partnerstaaten treffen sich seit der Gründung des Forums etwa alle sechs Monate im jeweiligen Vorsitzland und unregelmäßig am Rande des Rates Allgemeine Angelegenheiten in Brüssel. Das siebente Treffen der AußenministerInnen der Regionalen Partnerschaft fand im Vorfeld der Westbalkan-Konferenz der Partnerschaft unter dem Vorsitz Ungarns, das 2005/2006 auch den Vorsitz in der Visegrád-Gruppe innehat, in Budapest am 10. Oktober statt. Die Regionale Partnerschaft wird in pragmatischer Verfolgung ihrer Ziele auch weiterhin anlass- und themenspezifisch die Zusammenarbeit mit der verwandten Visegrád-Gruppe suchen. Ihre strukturelle Besonderheit bleibt dabei der völlige Verzicht auf institutionelle und bürokratische Strukturen.

Nachbarschaftspolitik

2. Schweiz, Liechtenstein

2.1. Schweiz

Die **bilateralen Beziehungen** sind durch ein engmaschiges Vertragswerk und einen traditionell regen Besuchsaustausch auf allen Ebenen gekennzeichnet. Die schweizerische Bundesversammlung hat eine ständige Delegation zur Pflege der Beziehungen mit Österreich gegründet. Mit einem Gesamthandelsvolumen von 6,9 Milliarden Euro ist die Schweiz zudem einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs. Österreich und die Schweiz veranstalten gemeinsam die Fußball-Europameisterschaft 2008, deren Vorbereitungen begonnen haben. Ein besonderer Berührungspunkt der österreichischen und der schweizerischen Außenpolitik ist der Westliche Balkan: Im Kosovo ist die Schweiz mit der Schweizer Kompanie SWISSCOY (216 Personen) im Rahmen des österreichischen Bataillons AUCON engagiert.

Im **Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU** wurden richtungsweisende Entscheidungen getroffen: Bei einem Referendum am 5. Juni sprach sich eine Mehrheit von 54% für die Assoziierung der Schweiz zum EU-Abkommen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz, Visa, Asyl, Polizei und Grenzschutz („Schengen/Dublin“) aus. Bei der am 25. September abgehaltenen Volksabstimmung stimmte eine Mehrheit von 56% für die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten. Mit dem positiven Ausgang der beiden Referenden wurde eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Ratifikation der bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU (Bilaterale II) geschaffen.

Der Bundesrat nahm nach den beiden Referenden am 26. Oktober eine **europapolitische Standortbestimmung** vor. Dabei wurde unter anderem bekräftigt, dass der Beitritt zur EU als eine längerfristige Option betrachtet und das sistierte Beitritts-gesuch von 1992 nicht zurückgezogen würde. Bei den bilateralen Abkommen mit den europäischen Partnern soll auf die Wahrung der Unabhängigkeit, Entscheidungsfreiheit und institutionelle Besonderheiten geachtet werden. Hinsichtlich der längerfristigen Europapolitik verpflichtete sich der Bundesrat, einen Bericht mit möglichen Optionen im Jahr 2006 vorzulegen.

2.2. Liechtenstein

Bei den Landtagswahlen vom 13. März erhielt die Fortschrittliche Bürgerpartei 48,7% der Stimmen und verfügt damit über zwölf Abgeordnete im Landtag, die Vaterländische Union erhielt 38,2% und stellt zehn Abgeordnete, die Freie Liste erhielt 13% der Stimmen und zog damit mit drei Abgeordneten erstmals in den Landtag ein. Seit 21. April gibt es eine Koalitionsregierung zwischen Fortschrittlicher Bürgerpartei und Vaterländischer Union.

Österreich in anderen europäischen Foren

Nach dem positiven Ausgang des Referendums in der Schweiz zu einem Schengen/Dublin-Beitritt am 5. Juni gewann auch eine entsprechende Assoziierung Liechtensteins zunehmend an Bedeutung. Dabei soll verhindert werden, dass Liechtenstein EU-Außengrenze wird. Am 1. Juli trat in Liechtenstein das mit der EU abgeschlossene Abkommen zur Zinsertragsbesteuerung in Kraft.

3. Südtirol

3.1. Allgemein

Die am 8. Mai abgehaltenen Gemeinderatswahlen in Südtirol erbrachten folgendes Ergebnis: 58,8% der WählerInnen schenken ihr Vertrauen der Südtiroler Volkspartei (SVP), das waren 3,7% weniger als vor fünf Jahren. Sie stellt 107 der 116 Südtiroler Bürgermeister. Die Union für Südtirol verzeichnete insgesamt einen Zuwachs von 0,7 Prozentpunkten auf 3,7%. Zugewinne in wesentlich geringerem Umfang gab es auch bei den Freiheitlichen (von 0,2% auf 0,6%). Der Stimmenanteil der Bürgerlisten stieg von 6% auf 9%. Die Grünen erhöhten ihren Stimmenanteil von 3% auf 3,7%. Die Zahl der Gemeinderäte des Mitte-Links-Lagers fiel von 115 auf 83. Alleanza Nazionale musste teils empfindliche Einbußen hinnehmen. Forza Italia hat insgesamt 16 Gemeinderäte.

In der Landeshauptstadt Bozen kam es zu einer Stichwahl zwischen dem Mitte-Rechts-Kandidaten Giovanni Benussi und dem von Mitte-Links unterstützten Bürgermeister Giovanni Salghetti-Drioli, bei der Ersterer mit sieben Stimmen Vorsprung gewann. Da die Benussi unterstützenden Mitte-Rechts-Parteien jedoch im Gemeinderat in der Minderheit waren (27 zu 21 für Mitte-Links), gab es für die von ihm vorgeschlagene Regierungsmannschaft im Gemeinderat keine Mehrheit, worauf die Stadt unter kommissarische Verwaltung kam und für 6. November Neuwahlen angesetzt wurden. Bei diesen erhielt der neue Mitte-Links Kandidat, Luigi Spagnolli, 50,36% (28.986 Stimmen), der mit Unterstützung von Mitte-Rechts erneut angetretene Giovanni Benussi 45,20% (26.017 Stimmen). Bei den ebenfalls nochmals durchgeführten Gemeinderatswahlen erhielt die SVP zum zweiten Mal seit 1952 im Stadtrat mit elf Sitzen (im Mai: neun) die relative Stimmenmehrheit. Alleanza Nazionale blieb zwar die stärkste italienische Partei, verlor jedoch im Vergleich zu Mai ein Mandat (von neun auf acht). Forza Italia behielt ihre fünf Sitze. Bei den anderen Parteien zeichneten sich unterschiedliche Tendenzen im Verhältnis zu den Wahlen im Mai ab, allerdings waren die Abweichungen insgesamt gering. Der neue Bürgermeister Luigi Spagnolli kann sich auf 27 von 50 Stimmen im Gemeinderat stützen.

3.2. Autonomieentwicklung

Aufgrund einer Beschwerde des interethnischen Vereins CONVIVIA bei der Europäischen Kommission wegen angeblicher EU-rechtlicher Bedenken

Nachbarschaftspolitik

hinsichtlich Datenschutzrecht und Verhältnismäßigkeit der zehnjährigen Bindungswirkung der gemäß Autonomiestatut anlässlich der staatlichen Volkszählung abzugebenden Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung drohte Italien die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens. Nach langen Verhandlungen zwischen der Südtiroler Landesregierung und der römischen Regierung und einem positiven Gutachten des italienischen Datenschutzbeauftragten in der Sechser-Kommission einigte man sich am 26. April auf einen Kompromiss, der für Südtirol tragbar ist und die Kernbestimmungen bestehen lässt. Der Text wurde sodann vom Ministerrat verabschiedet und ist durch Veröffentlichung im Gesetzesblatt in Kraft getreten. Die Regierung teilte der Europäischen Kommission die Lösung mit.

Am 16. November nahm das italienische Parlament eine Verfassungsreform an, die gravierende Veränderungen im institutionellen Gefüge Italiens vorsieht, etwa den Ausbau der Kompetenzen des Ministerpräsidenten, die Verkleinerung von Kammer und Senat sowie zusätzliche Zuständigkeiten der Regionen mit Normalstatut (Devolution). Im Zuge der intensiven parlamentarischen Verhandlungen wurde sichergestellt, dass es durch diese Reform zu keiner Beeinträchtigung der Autonomie Südtirols kommen wird. Die Opposition kündigte jedoch an, die Abhaltung eines Referendums gegen das Inkrafttreten der Reform zu beantragen.

4. Nukleare Sicherheit

Die Sicherheit insbesondere grenznaher Kernkraftwerke hat für die Bundesregierung höchste Priorität.

Nach Abschluss des operativen Teils der „Road Map“, der „Vereinbarung von Brüssel“ mit Tschechien bezüglich des Kernkraftwerks **Temelín**, wurde im September der Expertenendbericht vorgelegt und am 3. Oktober Tschechien sowie der Europäischen Kommission übermittelt. Der Bericht hob die bisher erzielten Fortschritte hervor, wies jedoch auch auf eine Reihe noch offener Fragen hin, die nun im Rahmen des bilateralen Nuklearinformationsabkommens in Expertentreffen zur Erreichung der in der Vereinbarung von Brüssel festgelegten Sicherheitsziele noch eingehender diskutiert werden.

Die **Expertentreffen** im Rahmen der Nuklearinformationsabkommen mit Nachbarstaaten zum Zweck eines rechtzeitigen Austauschs von Informationen und Erfahrungen über Sicherheit kerntechnischer Anlagen, Strahlenschutz, Radioaktivitätsüberwachung der Umwelt, nukleare Notfallplanung sowie Endlagerproblematik, wurden planmäßig fortgesetzt und insbesondere der Austausch von Messdaten der Strahlenfrühwarnsysteme ausgebaut. Ein Zeitrahmen für den Datenaustausch mit Deutschland und der Schweiz konnte festgelegt werden. Gemeinsame Notfallschutzübungen fanden mit Deutschland, der Schweiz und Ungarn statt. Die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten zur Abschätzung allfälliger radiologischer Auswirkungen

Österreich in anderen europäischen Foren

von nuklearen Zwischenfällen wurde intensiviert und ausgebaut. Seitens der Bundesregierung sowie österreichischer VertreterInnen wurden in den relevanten Expertengremien alle Anstrengungen unternommen, Österreichs Interessen in Nuklearverfahren in Nachbarstaaten wie Deutschland, Schweiz und Tschechien bestmöglich zu vertreten bzw. interessierten BürgerInnen die Vertretung ihrer Interessen zu ermöglichen. Dabei soll der größtmögliche Schutz für Bevölkerung und Umwelt erreicht werden.

5. Alpenkonvention

Im April fand unter österreichischem Vorsitz die 30. Sitzung des Ständigen Ausschusses in Villach statt. Dabei wurden die Schwerpunkte des österreichischen Vorsitzes vom Ständigen Ausschuss zur Kenntnis genommen. Die 31. Sitzung des Ständigen Ausschusses fand im September in Galtür statt. Da die Alpen besonders von der **Klimaproblematik** betroffen sind, befasste sich der Ständige Ausschuss erstmals schwerpunktmäßig mit dem Thema „Klimawandel im Alpenraum – Auswirkungen und Herausforderungen“. Bis zur IX. Alpenkonferenz im Herbst 2006 soll eine Erklärung der MinisterInnen erarbeitet werden, die Handlungsempfehlungen für einen aktiven Klimaschutz enthält. Im Rahmen des Treffens konnten wesentliche Weichenstellungen im Hinblick auf eine weitere sachliche Vertiefung der von Österreich als vorrangig eingestuften Themen, wie der erste Alpenzustandsbericht und die Erklärung zu „Bevölkerung und Kultur“ getroffen werden.

Im Oktober fand die erste Sitzung des **Überprüfungsausschusses** unter österreichischem Vorsitz statt. Auf Grundlage nationaler Berichte wurde erstmals die Umsetzung der Verpflichtungen der Vertragsparteien bewertet. Das Sekretariat wurde beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des Überprüfungsausschusses im Februar 2006 Arbeitsunterlagen für den Ausschuss zu erstellen.

6. Die Zusammenarbeit im Donaauraum

6.1. Donaauraumkooperation

Die Donaauraumkooperation (**Danube Co-operation Process**) wurde am 27. Mai 2002 in Wien auf Ebene der AußenministerInnen durch die 13 Staaten des Donaubeckens, die Europäische Kommission und den Stabilitätspakt für Südosteuropa gegründet. Ziel der Initiative ist es, dem Donaauraum ein umfassendes politisches Forum zu geben, um die Zusammenarbeit in der Region zu verstärken, eine Ausrichtung der vielfältigen regionalen Aktivitäten und Organisationen auf regionale Schwerpunkte zu erreichen und einen Beitrag zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung dieser in vielfacher Hinsicht sehr heterogenen Region zu leisten. Bei der zweiten Ministertagung in Bukarest im Juli 2004 wurden die weiteren gemeinsamen

Nachbarschaftspolitik

Ziele im Rahmen der sechs Dimensionen Umwelt, Wirtschaft, Verkehr/Schifffahrt, Tourismus, Kultur und regionale Zusammenarbeit in einem substanziellen Schlusssdokument festgeschrieben.

Unter dem Schirm der Donaunraumkooperation wurde am 10. und 11. November vom serbischen Handelsministerium in Belgrad die 5. Donaunraum-Wirtschaftskonferenz (**Danube Region Business Conference 5**) organisiert. Vorbereitung und Durchführung der Konferenz wurden von österreichischer Seite, unter anderem Stadt Wien und WKÖ, besonders unterstützt. Es ist vorgesehen, die Ergebnisse der Arbeitsgruppen dieser Konferenz der nächsten Ministertagung der Donaunraumkooperation vorzulegen.

6.2. Donauschifffahrt

Mit Fertigstellung der Sloboda-Autobahnbrücke bei Novi Sad (Serbien und Montenegro) im Oktober wurde auch die Pontonbrücke beseitigt und die **freie Schifffahrt** auf der gesamten Donau wieder ermöglicht.

Angesichts der geänderten wirtschafts- und integrationspolitischen Rahmenbedingungen sollen für die Donau mit der **Erneuerung der Donaukommission** in Richtung einer modernen internationalen Organisation die Voraussetzungen für einen konkurrenzfähigen Verkehrsträger in einem gesamteuropäischen Netz von Binnenwasserstraßen geschaffen werden. Allerdings manövrierte sich die Organisation – nicht zuletzt bei Sachthemen wie den Binnenschifffahrtswirtschaftsinformationsdiensten (RIS) – aufgrund von unterbliebenen personellen Änderungen und strukturellen Reformen in ihrem Sekretariat in die Bedeutungslosigkeit. Zumindest atmosphärische Verbesserungen ergaben sich aus der Neuwahl des Präsidenten der Donaukommission, Milovan Božinović (Serbien und Montenegro).

Keine wesentlichen Fortschritte gab es bei der **Revision des Belgrader Übereinkommens**. Die Unterzeichnung eines Änderungsprotokolls im Rahmen einer diplomatischen Konferenz in Belgrad musste daher auf 2006 verschoben werden. Seit dem Abschluss der Arbeiten in den Arbeitsgruppen zu Schifffahrtsfragen unter rumänischem Vorsitz sowie zu institutionellen und Rechtsfragen unter österreichischer Leitung im September 2004 blieben einige wenige Fragen offen, in denen einzelne Vertragsparteien aufgrund sachfremder nationaler Interessen den Konsens bislang beharrlich verweigerten. Wenn die Revision des Übereinkommens und die Reform des Sekretariats nicht rasch und erfolgreich abgeschlossen werden, droht die Donaukommission ihre Kompetenz als europäische Flusskommission zu verspielen.

C. Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik

I. Allgemeine Rechts- und Konsularfragen

Zu den wichtigsten Aufgaben des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten zählen Serviceleistungen für AuslandsösterreicherInnen sowie für jene MitbürgerInnen, die sich aus privaten oder beruflichen Gründen im Ausland aufhalten und in eine Notlage geraten. Dies gilt nicht nur für die konsularische Betreuung im Einzelfall, sondern umfasst auch Maßnahmen zum Schutz von ÖsterreicherInnen in Krisen- und Katastrophenfällen. Die Hilfeleistung erfolgt in der Regel durch die österreichischen Vertretungsbehörden vor Ort, wobei erforderlichenfalls die zuständigen Behörden des jeweiligen Landes eingeschaltet werden. Gibt es in einem Staat keine österreichische Vertretungsbehörde, wird in dringenden Notfällen die lokale Vertretung eines EU-Mitgliedstaats eingeschaltet (EU-Konsularzusammenarbeit und Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfeleistung an EU-BürgerInnen gemäß Art 20 EGV).

1. Bürgerservice

Das Bürgerservice des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten bietet in Zusammenarbeit mit den österreichischen Vertretungsbehörden weltweit konsularische Hilfestellung bei Notlagen österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland. Unter der Telefonnummer 0 50 11 50-4411 stehen rund um die Uhr MitarbeiterInnen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten für konsularische Notfälle, Anfragen zu Reiseinformationen und allgemeine Auskünfte betreffend Visaerteilung, Dokumentenbeschaffung aus dem Ausland, Beglaubigungen und Behördenwege bereit. In Spitzenzeiten waren bis zu 1.000 Anrufe pro Tag zu verzeichnen.

Die Zunahme von Auslandsreisen österreichischer StaatsbürgerInnen spiegelt sich auch in der steigenden Inanspruchnahme von konsularischer Unterstützung bei Notfällen im Ausland wider (im Jahr 2005 in 2.680 Fällen), etwa bei der Rückholung von Verunglückten, der Hilfestellung in Todesfällen sowie der Betreuung und Heimsendung von psychisch labilen oder geistig erkrankten österreichischen StaatsbürgerInnen im bzw. vom Ausland nach Österreich. Insgesamt standen Budgetmittel in Höhe von 240.000 Euro zur Unterstützung von österreichischen StaatsbürgerInnen in Notsituationen im Ausland zur Verfügung.

Der allgemeine Bekanntheitsgrad der Reisehinweise auf der Webseite des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten www.aussenministerium.at, die Auslandsreisenden als objektives Informationsmedium dient, stieg aufgrund von Terroranschlägen und Naturkatastrophen. Durchschnittlich wa-

Allgemeine Rechts- und Konsularfragen

ren pro Monat über 70.000 Zugriffe zu verzeichnen. In Zusammenarbeit mit den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland und mit den EU-Partnern wird vor allem die Einschätzung der Sicherheitslage laufend aktualisiert.

Durch die Präsenz des Bürgerservice bei der Wiener Ferienmesse vom 20.–23. Jänner wurden dem interessierten Publikum die Reiseinformationen auf der Webseite des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und die Möglichkeiten der Hilfestellung durch das Bürgerservice und die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland nahe gebracht sowie die Broschüre „Tipps für Auslandsreisende“ verteilt.

2. Krisenvorsorge und Krisenmanagement

2.1. Die nationale Dimension

Die Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika vom 26. Dezember 2004 verdeutlichte die zunehmende Bedeutung von Krisenvorsorgemaßnahmen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und der Vertretungsbehörden im Ausland (siehe Kapitel D.). Zur weiteren Verbesserung der Krisenreaktionsfähigkeit des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten wurden umfangreiche Schulungen konsularisch ausgebildeter MitarbeiterInnen für den Einsatz in Kriseneinsatzteams durchgeführt und die technische Ausrüstung durch den Aufbau mobil einsetzbarer Kriseneinsatzeinheiten optimiert.

Im Zuge der Terroranschläge in Sharm-el-Sheik und London im Juni bzw. Juli, bei denen keine österreichischen Opfer zu beklagen waren, konnte durch den raschen und effizienten Einsatz von Kriseneinsatzteams vor Ort und der Bekanntmachung der Bürgerservice-Hotline für besorgte Angehörige in Österreich bestmögliche Unterstützung für Betroffene gewährleistet werden.

Auch bei den besonders starken und in ihren Folgen gravierenden Wirbelstürmen „Katrina“ und „Wilma“ im Herbst des Jahres konnten betroffene österreichische StaatsbürgerInnen durch umgehende Entsendung von Bediensteten der zuständigen Vertretungsbehörden evakuiert und sicher nach Österreich gebracht werden.

Im Dezember gelang die Freilassung zweier österreichischer Geiseln im Jemen in Zusammenarbeit mit den jemenitischen Behörden und durch die Entsendung österreichischer Vertreter vor Ort.

Die Intensivierung der Zusammenarbeit mit anderen Ressorts und Organisationen, wie dem Bundesministerium für Inneres, dem Bundesministerium für Landesverteidigung sowie dem Roten Kreuz und psychosozialen Einrichtungen, und die Entsendung gemeinsamer Einsatzteams im akuten Krisenfall erwiesen sich in sämtlichen Krisenfällen des Jahres als geeignete Strategie zur bestmöglichen Unterstützung betroffener StaatsbürgerInnen.

Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik

2.2. Die EU-Dimension

Aufbauend auf den nationalen Maßnahmen gab es in Krisenfällen eine verstärkte Kooperation der betroffenen EU-Mitgliedstaaten im Dienste der BürgerInnen der Union. Zwischen den Krisenzentren in den Hauptstädten, Vertretungsbehörden in den betroffenen Ländern sowie nationalen Krisenzentren vor Ort wurden laufend Informationen ausgetauscht und koordiniert, gemeinsame Informationsstellen an Flughäfen, in Flüchtlingszentren und Hotels errichtet, gemeinsame Suchteams zum Auffinden von EU-BürgerInnen gebildet, gemeinsame Evakuierungsmaßnahmen vorbereitet sowie Behörden des Gastlandes nach Abstimmung kontaktiert.

3. Hilfeleistung in Zivil- und Strafsachen

Hilfestellung in Rechtsangelegenheiten wurde in insgesamt 1.732 Fällen geleistet.

4. Neue Verträge

Der Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Republik Polen über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung trat am 1. Mai in Kraft.

Das in Wien am 10. Juni 2002 unterzeichnete Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Polen über die Übernahme von illegal aufhältigen Personen trat am 30. Mai in Kraft.

Am 20. Juli wurden in Wien das Protokoll zu dem am 23. Februar 1995 unterzeichneten Vertrag zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtshilfe in Strafsachen im Sinne des Art 3 Abs 2 des am 25. Juni 2003 unterzeichneten Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über Rechtshilfe sowie das Protokoll zu dem am 8. Jänner 1998 unterzeichneten Auslieferungsvertrag zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika im Sinne von Art 3 Abs 2 des am 25. Juni 2003 unterzeichneten Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über Auslieferung unterzeichnet.

Das in Prag am 12. November 2004 unterzeichnete Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik über die Übergabe und Übernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt (Rückübernahmeabkommen) samt Durchführungsprotokoll trat am 9. Oktober in Kraft.

Reise- und Grenzverkehr

Am 14. Juli wurde in Wien der Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit und die zweite Ergänzung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen unterzeichnet.

Das Abkommen zwischen dem Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich und dem Ministerium für Inneres der Republik Serbien über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der internationalen organisierten Kriminalität, des internationalen illegalen Suchtgifthandels und des internationalen Terrorismus (Polizeikooperationsabkommen) und das Abkommen zwischen dem Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich und dem Ministerium für Inneres der Republik Montenegro über die polizeiliche Zusammenarbeit traten am 1. März in Kraft.

Der in Brdo am 28. Oktober 2003 unterzeichnete Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien über die polizeiliche Zusammenarbeit trat am 1. Mai in Kraft.

Der Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit trat am 1. Juli in Kraft.

Die Verhandlungen über das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem Ministerrat von Bosnien und Herzegowina über die Übernahme von Personen mit illegalem Aufenthalt (Rückübernahmeabkommen) samt Protokoll sowie über das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Französischen Republik über die Übernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt (Rückübernahmeabkommen) samt Protokoll wurden erfolgreich abgeschlossen.

Mit der Republik Mazedonien wurden Verhandlungen über ein Rückübernahmeabkommen samt Durchführungsprotokoll aufgenommen.

II. Reise- und Grenzverkehr

1. Sichtvermerksangelegenheiten

Österreichische StaatsbürgerInnen können in 101 Staaten, unter anderem in die Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und alle Nachbarstaaten, nach Kanada, Japan, Neuseeland, in die USA, in die meisten Länder Lateinamerikas sowie nach Japan, Brunei, Hongkong und Macao mit gewöhnlichen bzw. maschinenlesbaren Reisepässen visa-frei einreisen.

Das Abkommen mit der Republik Slowenien über die wechselseitige Vertretung beider Staaten durch deren Vertretungsbehörden hinsichtlich der Erteilung von Visa für den Flughafentransit, zur Durchreise und zum kurzfristigen Aufenthalt wurde am 28. Jänner in Laibach unterzeichnet.

Das am 13. April unterzeichnete Abkommen über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht für Inhaber von Dienst- und Diplomatenpässen mit Serbien und Montenegro tritt am 1. Jänner 2006 in Kraft.

Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik

Das am 7. Mai 2004 unterzeichnete Abkommen mit der Republik Malta über die Vertretung der Republik Malta durch österreichische Vertretungsbehörden hinsichtlich der Erteilung von Visa zur Durchreise und zum kurzfristigen Aufenthalt trat am 1. November in Kraft.

Die österreichischen Vertretungsbehörden erteilten 430.647 Visa, was eine Steigerung um 29.875 Visa bzw. 7,5% gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Weiters wurden von den Vertretungsbehörden 46.992 Anträge auf Aufenthaltstitel bearbeitet, das bedeutet einen Rückgang von 14,3% bzw. von 7.222 Aufenthaltstiteln gegenüber dem Vorjahr.

2. Grenzverträge

Die V. ordentliche Tagung der Gemischten österreichisch-ungarischen Kommission für den Grenzverkehr wurde in Budapest am 30. und 31. Mai abgehalten.

Die VI. ordentliche Tagung der Gemischten österreichisch-slowenischen Kommission für den Kleinen Grenzverkehr wurde in Moravske Toplice am 21. und 22. März abgehalten.

Das Abkommen zur Änderung des Vertrages zwischen der Slowakischen Republik und der Republik Österreich über die gemeinsame Staatsgrenze vom 21. Dezember 1973 in der Fassung des Notenwechsels vom 22. Dezember 1993 und 14. Jänner 1994 trat am 1. Dezember in Kraft.

Mit der Tschechischen Republik wurde am 17. September der Vertrag über den Grenzübertritt auf touristischen Wegen und über den Grenzübertritt in besonderen Fällen sowie das Abkommen über Grenzübergänge an der gemeinsamen Staatsgrenze unterzeichnet. Zur Durchführung dieses Vertrags wurde am 9. Dezember die Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik über die Errichtung von festgelegten Stellen auf touristischen Wegen unterzeichnet. Das Abkommen über Grenzübergänge an der gemeinsamen Staatsgrenze trat am 22. Dezember in Kraft. Ebenfalls am 9. Dezember wurden drei Durchführungsvereinbarungen zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr, welches zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik weiter angewandt wird, unterzeichnet.

Die Ratifikationsurkunden zum Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Republik Ungarn über Änderungen und Ergänzungen des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik zur Sichtbarerhaltung der gemeinsamen Staatsgrenze und Regelung der damit im Zusammenhang stehenden Fragen vom 31. Oktober 1964 in der Fassung des Vertrages vom 29. April 1987 wurden am 20. Dezember ausgetauscht.

Die AuslandsösterreicherInnen

III. Sozial-, Arbeits- und Gesundheitspolitik

Es wurden **Sozialversicherungsabkommen** mit Bulgarien und Rumänien unterzeichnet und mit der Republik Korea diesbezüglich erste Gespräche auf Expertenebene geführt. Mit Australien gab es Expertengespräche über allfällige Anpassungen des bestehenden Abkommens. Darüber hinaus wurde ein Memorandum of Understanding über die bilaterale Ressortzusammenarbeit im Bereich Soziales mit dem Iran unterzeichnet.

IV. Die AuslandsösterreicherInnen

Die Betreuung und Unterstützung der AuslandsösterreicherInnen (ständig im Ausland lebende österreichische StaatsbürgerInnen) gehört zu den wichtigen Aufgaben, die österreichische Botschaften und (General-)Konsulate im Ausland wahrnehmen. Neben den Vertretungsbehörden stellt die AuslandsösterreicherInnen-Webseite www.AuslandsoesterreicherInnen.at ein wichtiges Bindeglied zur Heimat bzw. zur früheren Heimat dar. Sie ist für AuslandsösterreicherInnen eine erste Anlaufstelle, allgemeine Serviceeinrichtung und Informationsquelle, die der effektiven Krisen(vorsorge)koordination sowie der Organisation und Vermittlung von Österreich-bezogenen Veranstaltungen dient.

Da keine Verpflichtung zur amtlichen Registrierung eines dauernden Auslandsaufenthalts besteht, beruhen Angaben über die Zahl der AuslandsösterreicherInnen vielfach auf Schätzungen, und belegbare Angaben geben nicht die tatsächliche Zahl der im Ausland lebenden ÖsterreicherInnen wider. Bei den österreichischen Botschaften und (General-)Konsulaten sind über 375.000 ÖsterreicherInnen mit ihren aktuellen Adressen erfasst, die meisten davon in Deutschland (175.000), der Schweiz (32.000), Australien (15.000), Argentinien (10.000), den USA (20.000), Großbritannien (15.000), Brasilien (10.000) und Frankreich (7.000). Die Zahl der „HerzensösterreicherInnen“ (Personen, die sich infolge der früheren österreichischen Staatsbürgerschaft oder infolge ihrer Vorfahren oder anderer Verwandter Österreich besonders verbunden fühlen) kann überhaupt nur geschätzt werden und dürfte einige Hunderttausende umfassen.

1. Organisation der AuslandsösterreicherInnen

Die Beziehung zu Österreich wird vor allem in **AuslandsösterreicherInnen-Vereinen** und anderen Vereinigungen im Ausland mit Österreichbezug gepflegt, von denen etwa 450 in rund 50 Ländern in aller Welt bestehen. Diese Vereinigungen sind unter www.AuslandsoesterreicherInnen.at abrufbar.

Seit 1. Jänner 2003 besteht der Auslandsösterreicher-Weltbund (**AÖWB**) mit Sitz in Wien als Dachverband, Interessensvertretung und Serviceorganisati-

Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik

on der im Ausland bestehenden ÖsterreicherInnen-Vereinigungen und AuslandsösterreicherInnen. Der AÖWB entstand aus der Zusammenführung des seit 1952 bestehenden Weltbunds der Österreicher im Ausland und des 1955 gegründeten Auslandsösterreicherwerks, einschließlich österreichischer „Roundtables Zentraleuropa“ und „Austrian-American Councils“ in Nordamerika, und übernahm alle Aufgaben beider Institutionen. Präsident ist seit 1. Juli 2004 Gustav Chlestil, Generalsekretärin Irmgard Helderstorfer. Der AÖWB unterhält eine eigene Webseite (www.weltbund.at) und gibt das viermal jährlich erscheinende Magazin „ROT-WEISS-ROT“ heraus. Er veranstaltet alljährlich ein AuslandsösterreicherInnen-Treffen, das 2005 in Baden bei Wien vom 1.–4. September stattfand. Daran nahmen einige Hundert Delegierte von AuslandsösterreicherInnen-Vereinen aus aller Welt teil. Der AÖWB erhielt eine Subvention des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten in der Höhe von 184.300 Euro.

Die Burgenländische Gemeinschaft ist der Dachverband aller BurgenländerInnen im Ausland. Ihr Ziel ist die Erhaltung und Vertiefung der Heimatverbundenheit der Burgenländer in aller Welt. Dazu dient auch die Herausgabe der periodischen Zeitschrift „Die Burgenländische Gemeinschaft“. Präsident der Burgenländischen Gemeinschaft ist Walter Dujmovits.

2. Die Unterstützung österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland

Für die Betreuung in Not geratener AuslandsösterreicherInnen sorgt der 1967 gegründete **Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland**. Der vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und von den neun Bundesländern subventionierte Fonds leistete 2005 finanzielle Zuwendungen in der Höhe von 632.600 Euro an 931 bedürftige ÖsterreicherInnen in 59 Ländern. Die Leistungen nahmen damit gegenüber dem Vorjahr leicht zu. Vorsitzender des von der Bundesregierung bestellten Kuratoriums des Fonds ist Botschafter i.R. Georg Hohenberg, Geschäftsführer ist Stefan Bagyura.

Im Rahmen der alljährlichen **Weihnachtsaktion** des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten für bedürftige AuslandsösterreicherInnen wurden 2005 aus Mitteln des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten Geld- und Sachspenden an 569 bedürftige AuslandsösterreicherInnen in 61 Ländern in der Höhe von 64.600 Euro geleistet.

Im Ausland wohnhaften, betagten sowie körperlich bzw. geistig schwer erkrankten ÖsterreicherInnen, die nicht mehr für sich selbst sorgen können, vermittelt das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten eine **Rückkehr in ihre Heimat** samt Unterbringung in einem Pflegeheim oder Spital, sofern ihnen nicht durch Verwandte oder eine lokale Organisation

Die AuslandsösterreicherInnen

geholfen werden kann, ihr Zustand einen Transport gestattet und sie damit einverstanden sind. Im Jahr 2005 wurden 15 ÖsterreicherInnen aus Brasilien, Frankreich, Italien, Libanon, Mexiko, Paraguay, Serbien und Montenegro, Spanien, USA sowie Venezuela in die Heimat zurückgebracht und in inländischen Institutionen untergebracht.

3. Die Teilnahme der AuslandsösterreicherInnen an der politischen Willensbildung in Österreich und der EU

Seit 1990 besteht für AuslandsösterreicherInnen und für am Wahltag im Ausland befindliche „InlandsösterreicherInnen“ das Wahlrecht bei Nationalrats- und Bundespräsidentenwahlen sowie das Teilnahmerecht an bundesweiten Volksabstimmungen. Auch an den Wahlen der österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments können AuslandsösterreicherInnen ebenso wie nichtösterreichische EU-BürgerInnen mit Hauptwohnsitz in Österreich teilnehmen. Für eine Wahlteilnahme ist neben der Eintragung in (Europa-)Wählerevidenzen, die maximal zehn Jahre gültig bleibt, bei jeder Wahl die Beantragung einer Wahlkarte nötig. Details dazu samt aller nötiger Formulare finden sich auf der Wahlwebseite www.wahlinfo-bmaa.at. Im Jahr 2005 fanden keine Wahlen statt, an denen AuslandsösterreicherInnen teilnehmen konnten.

4. Das eDemocracy-Pilotprojekt „Internetumfrage zu Staatsbürgerschaftsfragen unter AuslandsösterreicherInnen“

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten führte im Rahmen eines eDemocracy-Pilotprojekts vom 10. Oktober bis 30. November eine Umfrage unter AuslandsösterreicherInnen zu Staatsbürgerschaftsfragen durch. Bei dieser Internet-Umfrage wurden mehr als 4.700 BesucherInnen aus 92 Ländern registriert. 2.300 AuslandsösterreicherInnen reagierten auf die Fragenstellungen. Die hohe Teilnahme und die dabei abgegebenen umfangreichen Kommentare, Meinungen, Ideen und Anregungen sowie die große Zufriedenheit der BesucherInnen lagen weit über den Erwartungen.

D. Die Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika

Am 26. Dezember 2004 löste ein Seebeben vor der indonesischen Insel Sumatra eine gewaltige Flutwelle (Tsunami) aus, die zu immensen Zerstörungen in einigen Anrainerstaaten des Indischen Ozeans führte. Dabei kamen rund 225.000 Menschen ums Leben, davon 165.000 in Indonesien, 35.000 in Sri Lanka, 16.000 in Indien und 8.000 in Thailand. 1,6 Millionen Menschen in den Küstengebieten verloren ihr Heim. Die Folgen für die betroffenen Volkswirtschaften sind nur schwer abschätzbar, ausgegangen wird jedoch von Schäden in Milliardenhöhe (Euro). Unter den Opfern befanden sich StaatsbürgerInnen aus 50 Ländern. Von österreichischer Seite waren 86 Tote zu beklagen. Bis Jahresende konnte die Überführung aller österreichischen Todesopfer veranlasst werden.

Unmittelbar nach Bekanntwerden des verheerenden Ausmaßes der Naturkatastrophe in Südostasien wurde noch am frühen Morgen des 26. Dezember 2004 ein Krisenstab unter Vorsitz des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten einberufen. Bereits am Vormittag desselben Tages wurden die Telefonnummern der Krisenhotline des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und des Bundeskanzleramtes für Anrufe von Betroffenen und Angehörigen in den Medien und auf der Homepage des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht. Der Betrieb der rund um die Uhr erreichbaren Krisenhotlines und die Erfassung aller als vermisst gemeldeten österreichischen StaatsbürgerInnen in einer Datenbank konnte auch durch sofort einberufene MitarbeiterInnen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten sowie durch Angehörige des Bundesheers sichergestellt werden. Allein in den ersten beiden Tagen wurden von den MitarbeiterInnen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten rund 30.000 Anrufe betreut.

Auf Grundlage der über die Krisenhotlines gemeldeten Daten von Vermissten, der Personenlisten von Reiseveranstaltern und Fluglinien sowie der Meldungen von Vertretungsbehörden im Ausland, lokalen Behörden und Krankenhäusern wurde eine Personenevidenz jener ÖsterreicherInnen aufgebaut, die sich zum Zeitpunkt der Krise in der Region befanden. Die Daten wurden in ständigem Kontakt mit den Vertretungsbehörden und Rückrufen bei Angehörigen laufend aktualisiert.

MitarbeiterInnen der Österreichischen Botschaften Bangkok und New Delhi wurden nach Phuket, Colombo und Malé zur Betreuung von Betroffenen und Verletzten sowie zur koordinierenden Unterstützung der Suche nach Vermissten entsandt. Weiters kamen Bedienstete des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, Bundeskanzleramtes, Bundesministeriums für Inneres und Bundesministeriums für Landesverteidigung sowie MitarbeiterInnen des Österreichischen Roten Kreuzes in den Katastrophengebiete-

Die Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika

ten zum Einsatz. Die MitarbeiterInnen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und die insgesamt vier „Austrian Rescue Teams“, die sich aus MitarbeiterInnen der oben genannten Bundesministerien sowie ÄrztInnen, PsychologInnen und GerichtsmedizinerInnen zusammensetzten, unterstützten die Vertretungsbehörden bei der Suche nach verletzten und vermissten ÖsterreicherInnen, Betreuung verletzter und heimkehrwilliger ÖsterreicherInnen, Organisation der Rückbringung, Ausstellung von Reisepässen und Notreisedokumenten, Ausstattung der Betroffenen mit notwendigen Finanzmitteln, Organisation der Unterbringung, Verpflegung und Bekleidung sowie der medizinischen und psychologischen Betreuung. Insgesamt waren in der Krisenregion bis zu 231 österreichische Kräfte im Einsatz.

Gemeinsam mit der AUA/Lauda Air wurden neben der Nutzung freier Kapazitäten bestehender Linienflüge auch drei Sonderflüge im Auftrag des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten zur Rückholung betroffener ÖsterreicherInnen durchgeführt. Mit Unterstützung des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen wurde einer dieser Sonderflüge eigens für den Rücktransport verletzter ÖsterreicherInnen adaptiert. Auf insgesamt 31 Flügen der AUA/Lauda Air konnten rund 1.700 Personen, darunter auch Staatsangehörige anderer EU-Mitgliedstaaten, aus den Krisengebieten rückgeführt werden. Im Einvernehmen mit den Hinterbliebenen organisierte das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten die Rückführung der sterblichen Überreste der vor Ort identifizierten ÖsterreicherInnen.

Den Angehörigen verstorbener oder zu diesem Zeitpunkt noch vermister ÖsterreicherInnen wurde mit einem Gedenkflug nach Thailand am 7. April die Möglichkeit gegeben, symbolisch von den Opfern des Tsunami Abschied zu nehmen. Zum Jahrestag des Unglücks organisierten die thailändischen Behörden ebenfalls Gedenkveranstaltungen, an denen auch Betroffene aus Österreich teilnahmen.

Das weltweit einzigartige Ausmaß dieser Naturkatastrophe und die große Zahl betroffener europäischer TouristInnen in der Krisenregion konfrontierten das Krisenmanagement des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und anderer österreichischer und europäischer Institutionen mit einer bislang nicht gekannten Herausforderung. Aus diesem Grund wird die Koordination und Kooperation für Katastrophen im Ausland sowohl mit den zuständigen Stellen im Inland als auch mit den EU-Partnern laufend verstärkt und ausgebaut. Dazu zählte der Aufbau eines für alle beteiligten österreichischen Institutionen einheitlichen Datenerfassungssystems. In einem eigens eingerichteten Call Center können speziell geschulte MitarbeiterInnen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten Informationen über vermisst gemeldete Personen entgegen nehmen. Zudem kann ein Einsatzteam von freiwilligen MitarbeiterInnen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten im Krisenfall jederzeit in die Krisenregion

Die Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika

entsandt werden. Diesem Team wird zur Unterstützung der betroffenen Vertretungsbehörden im Ausland auch eine verbesserte technische Ausstattung zur Verfügung stehen. Auf EU-Ebene schlug Österreich darüber hinaus die Schaffung von gemeinsamen Kriseneinsatzteams vor. Zur besseren Vorbereitung auf mögliche Krisenszenarien und damit zu einer verbesserten Unterstützungsmöglichkeit von ÖsterreicherInnen im Ausland werden laufend Evaluierungen von möglichen Krisenregionen vorgenommen (siehe auch Kapitel C.I.2.2.).

Österreich leistete nach der Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika umfassende Hilfe. Die Bundesregierung stellte unmittelbar nach dem Seebeben 5,7 Millionen Euro an humanitärer Hilfe für die betroffenen Länder zur Verfügung. Rund 1 Million Euro davon wurde österreichischen Hilfsorganisationen zur Durchführung humanitärer Notmaßnahmen im Katastrophengebiet zur Verfügung gestellt. In der Folge beschloss sie mit den Gebietskörperschaften ein umfassendes Wiederaufbauprogramm in der Höhe von 50 Millionen Euro für den Zeitraum von drei Jahren, an dem sich der Bund mit 34 Millionen Euro, die Bundesländer mit 10 Millionen Euro sowie die Städte und Gemeinden mit 6 Millionen Euro beteiligten. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten beteiligt sich an der vom Bund zugesagten Gesamthilfe mit Kofinanzierungsmitteln der OEZA in der Höhe von 2,15 Millionen Euro. Darüber hinaus wurden im Rahmen der Aktion „Nachbar in Not“ und anderer Initiativen private Spenden von mehr als 54 Millionen Euro für Projekte in der Region aufgebracht.

Unter der Federführung von Bundesministerien, Bundesländern, Gemeinden bzw. Städten werden in zwölf Schwerpunktbereichen konkrete Wiederaufbauprojekte umgesetzt: Schulkooperation, nationale Versöhnung, Schutz von Kindern und Frauen, Wiederaufbau von Dörfern, Umweltschutz, Minenräumung, Wasseraufbereitung, Infrastrukturaufbau, Wirtschaftsbelebung, Ausbildung und Tourismus. Mit der Koordinierung der Information zwischen diesen an der Wiederaufbauhilfe beteiligten Ministerien und Gebietskörperschaften in der Initialphase wurde Bundesminister a.D. Ernst Strasser betraut. Seine ehrenamtliche Tätigkeit endete mit dem ersten Jahrestag der Seebebenkatastrophe am 26. Dezember.

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten entsandte einen Experten nach Colombo, der vor Ort die Aufgaben einer koordinierenden Anlaufstelle für die zahlreichen österreichischen NGOs und Initiativen übernahm.

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten führte Ende des Jahres eine Sondererhebung der Österreichischen Tsunami-Hilfe zur Weitermeldung an den OECD-Entwicklungshilfeausschuss (DAC) durch. Die Erhebung ergab, dass mehr als 70% der 2005 verplanten Mittel für Projekte in Sri Lanka eingesetzt werden. Eine vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten in Auftrag gegebene externe und unabhängige Studie

Die Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika

soll die Sektoren für das weitere Engagement der Bundesregierung in Sri Lanka und Indonesien identifizieren, um die Nachhaltigkeit der zweiten Phase der österreichischen Wiederaufbauhilfe zu gewährleisten.

Im Gefolge der Seebebenkatastrophe wurde von der Bundesregierung die Einrichtung eines Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland beschlossen. Der Fonds hat das Ziel, Maßnahmen im Zusammenhang mit Katastrophenfällen im Ausland zu finanzieren, die der Beseitigung von Katastrophenschäden und der humanitären Hilfe dienen. Der Fonds wird über Zuwendungen des Bundes, anderer Körperschaften und sonstiger öffentlicher oder privater Geber gespeist. Über die Verwendung der Mittel entscheidet in jedem einzelnen Katastrophenfall die Bundesregierung.

E. Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

I. Einleitung

Armutsbekämpfung, Friedenssicherung und Umweltschutz sind die wichtigsten Ziele der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA). Die partnerschaftliche Einbeziehung der betroffenen Menschen, der Einsatz angepasster Technologien, die Berücksichtigung der kulturellen Dimension von Entwicklung, die Gleichstellung von Männern und Frauen sowie die besondere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und Menschen mit Behinderung sind die grundsätzlich in den Programmen und Projekten umzusetzenden Prinzipien. Im Mittelpunkt der österreichischen Anstrengungen stehen vor allem benachteiligte Bevölkerungsgruppen, besonders in den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

1. Gesetzliche Grundlagen

Das im Jahr 2002 beschlossene und 2003 novellierte Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit (EZA-G) bildet die Grundlage für eine einheitliche österreichische Entwicklungspolitik und enthält einen konkreten Zielkatalog, welcher der gesamten Bundesverwaltung entwicklungspolitische Kriterien vorgibt. Dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten kommt dabei die Koordinationsfunktion zu. Die Österreichische Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit mit beschränkter Haftung (ADA) ist seit 2004 als operativer Teil der OEZA tätig. Die strategischen Vorgaben für die Tätigkeiten der ADA werden von der Sektion für Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten formuliert.

2. Mehr Budget für Entwicklungszusammenarbeit

Gemäß vorläufigen Meldungen hat Österreich im Jahr 2005 insgesamt 1.249 Millionen Euro für öffentliche Entwicklungshilfeleistungen (ODA) aufgewendet, das entspricht 0,52% des BNE. Österreich stimmte dem EU-internen Fahrplan zur Erreichung des 0,7% ODA-Ziels bis 2015 zu. Konkret bedeutet das für Österreich eine Anhebung der Mittel der Entwicklungszusammenarbeit auf 0,33% des BNE bis 2006. Ab 2010 werden 0,51% des BNE für die Bekämpfung von Hunger und Armut zur Verfügung gestellt werden.

Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

3. Nachhaltigkeit von Entwicklung

Institutionelle Kompetenzen und Kapazitäten der Partnerländer müssen gestärkt werden, um Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit längerfristig abzusichern. Österreich unterstützt seine Partnerländer bei der Erarbeitung und Umsetzung angepasster Politiken und Strategien, etwa in den Sektoren Wasser und Abwasser, Gute Regierungsführung, Justizreform und Grundsicherung. Dabei ist die OEZA traditionell auch im dezentralen Bereich tätig, da die Stärkung dezentraler und lokaler Entwicklungsprogramme demokratische Prozesse fördert, bessere Dienstleistungen sicherstellt und eine nachhaltige Ressourcennutzung forciert – wichtige Voraussetzungen für den Erfolg von armutsmindernden Programmen der OEZA.

4. Kohärenz

Kohärenz ist für die OEZA von besonderer Bedeutung, da in der Entwicklungszusammenarbeit nur durch eine Abstimmung in allen außenwirksamen Politikbereichen eine stimmige und nachhaltige Entwicklungspolitik zugunsten der Partnerländer erreicht werden kann. Das EZA-G sieht vor, dass der Bund entwicklungspolitische Ziele und Prinzipien bei den von ihm verfolgten und Entwicklungsländer berührenden Politikbereichen zu berücksichtigen hat. Sowohl die Europäische Kommission als auch die EU-Mitgliedstaaten orientieren ihre Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit zunehmend an den internationalen Bemühungen, mehr Kohärenz, Koordination und Komplementarität sicherzustellen. Ein Netzwerk zum Austausch von Informationen wurde ins Leben gerufen, das vor allem die entwicklungspolitische Kohärenz verbessern soll.

II. Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

1. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

1.1. Schwerpunktregion Zentralamerika (Nicaragua, Guatemala, El Salvador)

Schwerpunktsektoren in **Nicaragua**, dem OEZA-Schwerpunktland in Lateinamerika, sind Ländliche Entwicklung, Förderung von KMU sowie der soziale Sektor. Die OEZA förderte ein neues Gesundheitsprogramm in der Autonomen Atlantikregion Nord, leistete einen mit anderen Gebern koordinierten Beitrag im Gesundheitssektor, unterstützte ein Programm zur Förderung der lokalen Wirtschaftsentwicklung im Departement Masaya, bemühte sich um eine verbesserte Koordination zwischen zentralstaatlicher und lokaler Ebene bei der Förderung von KMU und unterstützte die Förderung der Produktion und Vermarktung ökologisch produzierter Lebensmittel. Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft leistet Österreich einen Beitrag

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

zur akademischen Ausbildung von Fachkräften in Österreich. Partner der OEZA waren vor allem österreichische und lokale NGOs sowie staatliche Stellen und multilaterale Organisationen. Im September fanden in Managua erstmals bilaterale Konsultationen der OEZA mit dem nicaraguanischen Außenministerium statt. Ebenfalls im September wurde in Granada im Rahmen des Projektes „Kooperation Europa-Lateinamerika und die Frage von Armut, Entwicklung und Demokratie“ ein Regionaler Workshop Zentralamerika abgehalten.

Die OEZA konzentriert sich in **Guatemala** inhaltlich auf die Ländliche Entwicklung, Förderung von KMU sowie auf den sozialen Sektor. Zu den Schwerpunkten im sozialen Sektor zählen die Förderung von Institutionen der Maya und des traditionellen Rechtssystems, die zweisprachige, interkulturelle Ausbildung sowie Maßnahmen im Bereich der Trinkwasserversorgung. Geografisch konzentriert sich die OEZA weiterhin auf das westliche Hochland Guatemalas. Ziel ist es, einen Beitrag zur Armutsminderung zu leisten und durch die Stärkung der indigenen Bevölkerung und deren Organisationen zur Umsetzung der Friedensverträge von 1996 beizutragen. Kooperationspartner der OEZA bei der Umsetzung dieser Ziele sind vor allem Organisationen der Zivilgesellschaft. Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützt Österreich die akademische Ausbildung von Fachkräften in Österreich.

In **El Salvador** konzentriert sich die OEZA auf die Sektoren Ländliche Entwicklung, Förderung von KMU und auf den sozialen Sektor. Ein neues Projekt zur Förderung der ökologischen Landwirtschaft wurde begonnen, die Projekte in anderen Bereichen, etwa die Förderung der lokalen Entwicklung in der Gemeinde Zaragoza und die solare Trocknung von Früchten und Kaffee wurden fortgesetzt. Kooperationspartner der OEZA sind vor allem Organisationen der Zivilgesellschaft. Österreich unterstützt El Salvador auch im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft durch die akademische Ausbildung von Fachkräften in Österreich.

1.2. Schwerpunktregion Westafrika (Burkina Faso, Kap Verde, Senegal)

Regionale Konfliktprävention ist eines der Hauptziele der OEZA. Österreich leistete über Beteiligungen an friedenserhaltenden Operationen der VN einen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Friedens in der Region. Auf der Grundlage einer in Dakar (Senegal) abgehaltenen Planungsarbeitstagung wird ein regionales Kooperationsprogramm für die Jahre 2007–2009 erarbeitet. Das Regionalprogramm Westafrika baut auf den bilateralen Erfahrungen in den drei Schwerpunktländern Burkina Faso, Senegal und Kap Verde auf.

Die OEZA leistete im Schwerpunktland **Burkina Faso** einen Beitrag zum subventionierten Verkauf von Nahrungsmitteln im Norden des Landes, um

Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

einer weiteren Verarmung der ländlichen Zielgruppen entgegenzuwirken. Im Mai unterzeichnete Österreich mit Burkina Faso ein dreijähriges Kooperationsprogramm mit einem Volumen von rund 13 Millionen Euro. Darin wurden als Schwerpunkte der OEZA die Bereiche Ländliche Entwicklung, Bildung und Berufsausbildung sowie der Aufbau von Kleinunternehmen festgelegt. Die Harmonisierung der Aktivitäten mit nationalen Prioritäten und Instrumenten zur Armutsbekämpfung blieb ein wesentliches Anliegen der OEZA.

In **Senegal** setzte die OEZA im Rahmen eines neuen Landesektor-Programms auf nachhaltige Ländliche Entwicklung mit einem Schwerpunkt in der Region Kolda im Süden des Landes. Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Handwerk, Nahrungsmittelsicherheit und Umweltschutz greifen dabei ineinander. Zusätzlich stärkte der weitere Aufbau von Berufsorganisationen sowie die Zusammenarbeit mit NGOs und lokalen Gebietskörperschaften die senegalesische Zivilgesellschaft. Damit wurde ein Beitrag zur Demokratisierung und zur Sicherung des Friedens geleistet.

Das Schwerpunktland **Kap Verde** konnte seine makroökonomische Stabilität verbessern und absichern, allerdings war der aufgrund der hohen Importraten gestiegene Ölpreis für die Bevölkerung deutlich spürbar. Wichtige infrastrukturelle Projekte wurden fertig gestellt, etwa der Bau des internationalen Flughafens in der Hauptstadt Praia und der Ausbau der wichtigsten Verbindungsstraße auf der Insel Santiago. Kap Verde festigte seinen Ruf als verlässlicher Partner der internationalen Gebergemeinschaft und unterzeichnete unter anderem mit EU und Weltbank ein gemeinsames Memorandum über Haushaltszuschüsse. Die OEZA unterstützt Kap Verde in den Bereichen Bildung, Dezentralisierung und Wasserversorgung, wobei die ersten Vorbereitungen für ein neues Kooperationsprogramm 2006–2008 getroffen wurden.

1.3. Schwerpunktregion Ostafrika (Äthiopien, Uganda, Ruanda, Burundi, Kenia, Tansania)

Die OEZA war im Schwerpunktland **Äthiopien** in den Bereichen Gesundheit, Nahrungsmittelversorgung, Energie sowie Gender und Demokratie tätig, ergänzt durch Ausbildungsprogramme und Kapazitätsaufbau im Bereich Wissenschaft und Forschung. Der Dialog mit allen an der Ausarbeitung des Landesprogramms 2007–2011 Beteiligten wurde eingeleitet.

Im Schwerpunktland **Uganda** orientiert sich die OEZA am nationalen Programm zur Armutsbekämpfung und fügt sich in ein koordiniertes Vorgehen mit nationalen Partnern (Staat und Zivilgesellschaft) und anderen Gebern ein. Wasserversorgung und Siedlungshygiene, Justizreform, Dezentralisierung und Demokratisierung sowie Entwicklung des Privatsektors sind die Schwerpunkte der österreichischen Tätigkeit. Ein Sonderprogramm geht auf die Konfliktsituation und humanitäre Krise im Norden des Landes ein.

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

Zudem werden die berufliche Fortbildung mit Stipendien für Kurse in Uganda und Österreich sowie die Kultur gefördert. Das bisherige Landesprogramm lief Ende des Jahres aus, das neue Programm wird ab 2006 die drei Schwerpunktsektoren weiterführen und noch größeres Augenmerk auf die Harmonisierung mit den Programmen anderer Geber richten. Programme österreichischer NGOs ergänzen die bilaterale Zusammenarbeit.

In **Burundi** waren die Schwerpunktsektoren der OEZA Wasserversorgung, Justizreform und Versöhnung. Die Förderung ländlicher Gebiete und die Demokratieförderung standen dabei im Mittelpunkt der Aktivitäten. Darüber hinaus wird ein nationales Programm zur staatsbürgerlichen Aufklärung unterstützt.

In **Ruanda** konzentrierte sich die OEZA auf die Sektoren Wasserversorgung und Justizreform. Dafür wurde die Unterstützung für einen von der Regierung eingerichteten Fonds zur ländlichen Wasserversorgung sowie für die zur juristischen Aufarbeitung des Genozids eingerichtete lokale Gacaca-Gerichtsbarkeit fortgeführt.

In **Tansania** lag der Schwerpunkt der OEZA weiterhin auf den Bereichen der Dezentralisierung und Privatsektorentwicklung. Die Dezentralisierung wurde über die Distriktentwicklungsprogramme der Distrikte Kasulu und Ngorongoro unterstützt. Bei der Förderung des Privatsektors standen Projekte in den Bereichen Milchwirtschaft und Fleischverarbeitung im Mittelpunkt.

1.4. Schwerpunktregion Südliches Afrika (Mosambik, Simbabwe, Namibia, Südafrika)

Das Landesprogramm 2002–2004 für das Schwerpunktland **Mosambik** wurde um ein Jahr verlängert, ein neues Jahresprogramm befand sich in Ausarbeitung. Die Zusammenarbeit konzentrierte sich auf die Sektoren Ländliche Entwicklung und Dezentralisierung in der Provinz Sofala. Außerdem wurde der Beitritt zum Nationalen Programm für Landwirtschaftliche Entwicklung beschlossen. Die anhaltende Trockenheit im Zentrum und Süden des Landes erforderte humanitäre Unterstützung, insbesondere zur Nahrungsmittelversorgung. Die OEZA unterstützte daher das Welternährungsprogramm der VN (WFP) mit Mitteln für die OEZA-Schwerpunktregion Sofala. Die Internationale Gebergruppe in Mosambik geht zunehmend auf die Unterstützung durch Haushaltszuschüsse über. Das neue nationale Armutsbekämpfungsprogramm 2006–2010 stand kurz vor der Fertigstellung. Das OEZA-Koordinationsbüro wurde von Beira nach Maputo verlegt.

In **Simbabwe** drohte der Bevölkerung weiterhin eine Hungersnot. Angesichts der EU-Sanktionen erfolgte keinerlei bilaterale Zusammenarbeit. Projekte der Zivilgesellschaft zur Förderung der Demokratisierung wurden

Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

aber weiter unterstützt, vor allem in den Grenzgebieten zu Mosambik und Südafrika.

Demokratie- und Friedenssicherung waren auch in **Namibia** oberste Ziele der OEZA. Seit der Unabhängigkeit des Landes fand in diesen Bereichen eine enorme Verbesserung statt, zu seiner weiteren Konsolidierung sind jedoch dringend Verbesserungen im Rechtsbereich notwendig. Diese Reformen wurden durch den Aufbau lokaler Strukturen und die Entwicklung sozial angepasster Justiz- und Strafvollzugsmodelle unterstützt.

Südafrika benötigt weiterhin internationale Hilfe bei der Beseitigung der Folgen der Apartheid sowie Unterstützung bei der Modernisierung des Staates und der Integration in den Weltmarkt. Die OEZA engagierte sich in der Demokratieförderung durch den Aufbau lokaler Strukturen, die Dezentralisierung der Staatsverwaltung, den Zugang zum Rechtssystem und die Durchsetzung der Rechte der Bevölkerung.

1.5. Schwerpunktregion Himalaya-Hindukush (Bhutan, Nepal, Pakistan)

Das Schwerpunktland **Bhutan** verzeichnete in den letzten Jahren kontinuierliche Fortschritte beim Aufbau der Infrastruktur, der Gesundheitsversorgung und des Bildungssystems. Die OEZA trug mit Projekten in den Sektoren Energie, Tourismus, Kultur und Waldökologie zu den Entwicklungserfolgen bei. Das Wasserkraftwerk Basochhu, eines der größten Projekte der OEZA, wurde im März in Anwesenheit von Bundesministerin Ursula Plassnik eröffnet und in Betrieb genommen.

Im Partnerland **Nepal** führte die OEZA ihre Kooperation in den Sektoren Ländliche Entwicklung, Ausbau des sanften Tourismus sowie Erhaltung des nepalesischen Kulturerbes in Zusammenarbeit mit lokalen und österreichischen Organisationen fort.

In **Pakistan** waren der OEZA vor allem Maßnahmen zur Absicherung des langjährigen Tourismusprojekts PAITHOM ein Anliegen. Ebenso wurde für afghanische Flüchtlinge die Zusammenarbeit mit der NGO Frontier Primary Health Care (FPHC) im Nordwesten des Landes fortgesetzt. Im Vordergrund dieser Tätigkeit standen die Basisgesundheitsversorgung und die Stärkung der Rolle und der Rechte von Frauen und Mädchen in afghanischen Flüchtlingslagern.

2. Bilaterale Ostzusammenarbeit

2.1. Schwerpunktregion Südosteuropa

Geografischer Schwerpunkt war wie in den vergangenen Jahren die Region Südosteuropa, insbesondere die Länder des Westlichen Balkans, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien sowie Serbien und Montenegro

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

einschließlich Kosovo. Generell konnten zwar entscheidende Fortschritte bei der Integration der einzelnen Länder in die europäischen Strukturen verzeichnet werden, die wirtschaftliche und soziale Lage blieb jedoch angespannt. Durch Maßnahmen zur Förderung der regionalen Kooperation leistet die OEZA einen konkreten Beitrag zur Befriedung der Gesamtregion.

Im Schwerpunktland **Albanien** setzte die OEZA ihr Engagement im Wassersektor im Großraum Shkodra fort. Maßnahmen zur Sicherung der Wasserversorgung und zur integrativen ländlichen Entwicklung bieten der Bevölkerung auch in abgelegenen Gebieten Perspektiven zum Verbleib und tragen zur Reduzierung der Landflucht bei. Im Energiebereich setzt die OEZA auf die Förderung erneuerbarer Energiequellen und förderte Projekte im Bereich Wasserkraft und Solarenergie. Die umfassende externe Evaluierung „10 Jahre OEZA Albanien“ stellte der bisherigen Kooperation ein gutes Zeugnis aus. Sie dient als Basis für die Entwicklung des weiteren Landesprogramms, mit der Ende des Jahres begonnen wurde.

In **Bosnien und Herzegowina**, einem weiteren Schwerpunktland, konnten wichtige Projekte in den Bereichen Wirtschaftsentwicklung und Höhere Bildung umgesetzt werden. Österreich unterstützt die Grundbuchsreform in Bosnien und Herzegowina und trägt dadurch wesentlich zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei. Mit der Fortsetzung des Engagements im Bereich Höhere Bildung etablierte sich Österreich als größter bilateraler Geber in diesem Bereich. Mit der Schaffung eines Gründerservicezentrums (Business Start-Up Centre) an der Universität Tuzla wurde ein wichtiges Projekt zur Anbindung des Ausbildungssystems an die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts unterstützt.

In **Bulgarien** zieht sich die OEZA aufgrund des fortgeschrittenen EU-Integrationsprozesses schrittweise zurück. Projektkooperationen, etwa zur institutionellen Stärkung der bulgarischen Umweltagentur, befinden sich in der Abschlussphase.

In **Kroatien**, einem Schwerpunktland, engagiert sich die OEZA in der vom Krieg besonders in Mitleidenschaft gezogenen Region Ostslawonien. Ein umfassendes Programm zur wirtschaftlichen Belebung konzentriert sich auf das touristische Potenzial in den Gemeinden Vukovar und Ilok.

Im Schwerpunktland **Mazedonien** förderte die OEZA in Umsetzung ihres Landesprogramms insbesondere die Bereiche Wasser, Energie, Bildung und Wirtschaft. Die bisherigen Investitionsmaßnahmen zur Verbesserung der Wasserversorgung in einer Reihe von Gemeinden wurden durch Maßnahmen zur Verbesserung der Abwassertechnik und Programme zur institutionellen Stärkung der Wasserwerke ergänzt, ein neues Programm zur Förderung von Solarenergie wurde initiiert. Weitere wichtige Projekte waren die Unterstützung der mazedonischen Investitionsförderungsagentur (Investment Promotion Agency), ein Wirtschaftsberatungsprojekt sowie ein Förderprogramm für die Universität Skopje.

Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

In **Rumänien** engagierte sich die OEZA vor allem im Umweltbereich und konnte das Wasserversorgungsprojekt Campulung erfolgreich abschließen. Weiters förderte die OEZA ein Projekt für umweltgerechte Produktion (Cleaner-Production-Projekt) in der Region Temesvar. Auch in Rumänien wird der nahende Abschluss des EU-Integrationsprozesses den Endpunkt des OEZA-Engagements darstellen.

In **Serbien und Montenegro** einschließlich **Kosovo** wurde das Koordinationsbüro Podgorica als Außenstelle der Österreichischen Botschaft Belgrad eröffnet, das nun neben der politischen Arbeit die OEZA-Projekte in Montenegro betreuen wird. Die Vorbereitungen der Landesprogramme Serbien und Kosovo 2006–2008 prägten die OEZA-Tätigkeit in diesem wichtigen Schwerpunktland. Festgelegt wurde die Fortsetzung des Bildungsschwerpunkts sowie der Ausbau der OEZA-Programme im Bereich Wirtschaft und Entwicklung sowohl in Serbien als auch im Kosovo. In Serbien konnte die Zusammenarbeit mit Südserbien, der ärmsten Region des Landes, ausgebaut werden. Österreich fördert ein groß angelegtes Projekt mit internationaler Beteiligung zur Stärkung der kommunalen Kapazitäten für die Planung und Umsetzung nachhaltiger sozio-ökonomischer Entwicklungsmaßnahmen und trägt damit konkret zu Harmonisierung und Ausrichtung der Geber-Programme auf die Bedürfnisse und Prioritäten der Empfängerländer (Alignment) bei. In Montenegro wurde das Regional- und Tourismusentwicklungsprojekt in der Nordostregion Montenegros weiter geführt. Im Kosovo engagierte sich die OEZA verstärkt in der Region Suhareka: Ein Kooperationsvertrag unterstützt den zivilen Teil des österreichischen Truppenkontingents CIMIC. Verbesserungen der Infrastruktur als Basis für die wirtschaftliche Entwicklung sollen der Landbevölkerung neue Perspektiven eröffnen. Die Verbesserung der Wasserversorgung in der Gemeinde Gjilan gemeinsam mit der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerungsgruppe der Ashkali und die Unterstützung des Ombudsmanns im Kosovo waren weiteren wichtige Projekte.

2.2. Osteuropa und Zentralasien

Der Aufbau der Kooperation mit dem neuen Schwerpunktland **Moldau** wurde fortgesetzt. Mit dem in Chişinău am 1. Jänner eröffneten Büro sollen die OEZA-Aktivitäten ausreichend betreut und mittelfristig ausgebaut werden. Weiters arbeitete die OEZA intensiv an der Vorbereitung eines bilateralen Abkommens und eines Landesprogramms für Moldau. Ein neuer Schwerpunkt wird die Verbesserung der Wasserversorgung im ländlichen Bereich sein, zusätzlich zu laufenden Aktivitäten in den Bereichen Berufsbildung und Bekämpfung von Menschen- bzw. Frauenhandel. Im Übrigen förderte die OEZA eine Reihe von Kooperationen zwischen österreichischen NGOs und jenen der Partnerländer der Region sowie diverse kleinere Verwaltungskooperationen über das beim Österreichischen Städtebund

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

angesiedelte Know-how-Transfer-Centre. Ein Regionalkonzept für den **Südkaucasus** mit Schwerpunkt Konfliktprävention wurde vorbereitet.

2.3. Programm in den Palästinensischen Gebieten

Der israelische Abzug aus dem Gaza-Streifen und der damit im Zusammenhang stehende Aktionsplan des Sondergesandten des „Nahost-Quartetts“ stellten wichtige Entwicklungen im israelisch-palästinensischen Friedensprozess dar (siehe auch Kapitel A.IV.6.2.). Österreich setzte mit dem Besuch von Bundesministerin Ursula Plassnik und der Zusage von 1 Million Euro für diesen Plan ein wichtiges Zeichen der Unterstützung. In der Kooperation mit der palästinensischen Autonomiebehörde verfolgte die OEZA einen kombinierten Ansatz aus direkten Nothilfemaßnahmen und regulären Entwicklungsprojekten, unter anderem im Gesundheitsbereich. Maßnahmen wurden auch zum Aufbau von Fähigkeiten zur Konfliktprävention und Friedenssicherung gesetzt. Die Kooperation mit dem Hilfswerk der VN für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) wurde fortgeführt und die Mittel wesentlich erhöht.

3. Sonderprogramme

Obwohl **Afghanistan** kein Partnerland der OEZA ist, unterstützt Österreich den politischen Willen und das Bemühen der internationalen Gemeinschaft zum Wiederaufbau des Landes. Bei der Geberkonferenz 2004 in Berlin hat Österreich weitere 3 Millionen Euro für 2005/2006 (1 Million Euro für Entwicklungsprojekte, 2 Millionen Euro für ISAF) zugesagt. Im Rahmen der OEZA wurden Programme in den Schwerpunkten Drogenbekämpfung und Frauenförderung sowie Stärkung lokaler Kapazitäten vorrangig in Zusammenarbeit mit multilateralen Organisationen umgesetzt.

Österreich unterstützt gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft den Aufbau eines demokratischen, stabilen **irakischen Staates**. Projekte im Gesundheitsbereich und in der Kinderbetreuung wurden fortgeführt. Damit konnte der vom Krieg am stärksten betroffenen Gruppe, den Kindern, rasch geholfen werden. Zum Aufbau von Kapazitäten im Demokratisierungsprozess wurden zehn irakische DiplomatenInnen an der Diplomatischen Akademie in Österreich ausgebildet. Das Bundesministerium für Inneres unterstützt den politischen Konsolidierungsprozess im Land durch kapazitätsbildende Maßnahmen im Bereich Polizeitraining. Österreich gewährte Schuldenerlass in der Höhe von rund 1,16 Milliarden Euro für die Jahre 2005 bis 2008 für den Wiederaufbau.

3.1. Themen und Sektoren

Vorrangiges Ziel der OEZA ist die Bekämpfung der weltweiten **Armut** in all ihren Dimensionen und die Befähigung der Armen zur Entfaltung ihrer

Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

wirtschaftlichen Fähigkeiten und politischen Interessen, die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse sowie der Schutz vor Gefährdung und Sicherstellung von Sicherheit unter Berücksichtigung sozio-kultureller Faktoren. Dieser grundsätzliche Anspruch wurde in den internationalen Geberforen des Netzwerks des OECD-Entwicklungshilfesausschusses für Armutsminderung (DAC-POVNET), der Europäischen Kommission sowie der Weltbank weiterverfolgt. Ein in diesem Zusammenhang erforderliches Dokumentations- und Indikatorensystem wurde am Beispiel konkreter Landesprogramme skizziert. Darüber hinaus wurde der Leitlinienentwurf zur Armutsminderung erstellt und erste Schritte betreffend die Erfordernisse der operativen Umsetzung gesetzt.

Im Bereich **Ländliche Entwicklung** verfügt Österreich über anerkanntes Know-how und setzt dieses zur Armutsminderung in den Partnerländern ein. Die Mehrheit der armen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum, der von mangelnder Infrastruktur, geringem Zugang zu grundlegender Versorgung und unzureichender Beteiligung an Entscheidungsprozessen geprägt ist. Durch angepasste Technologien, Wissens- und Informationsvermittlung betreffend Produktion und Vermarktung sowie Aufbau von Basisinfrastruktur wurden die Lebensbedingungen der Landbevölkerung verbessert. Neben Aktivitäten in den afrikanischen Ländern, aber auch Lateinamerika und Nepal findet der Bereich Ländliche Entwicklung auch in den Ländern Südosteuropas (Albanien, Moldau) verstärkt Beachtung. Über den traditionellen Projektansatz hinaus wird zunehmend auf modernere Formen der Zusammenarbeit zurückgegriffen, beispielsweise sektorweite Ansätze (SWAPs), und damit der Harmonisierungsagenda im Rahmen von internationalen Koordinationsforen, wie der globalen Geberplattform für den Bereich Ländliche Entwicklung (GDPRD), Rechnung getragen.

Die Förderung von **lokaler Entwicklung und dezentraler Verwaltung** stellt einen Schwerpunkt im Rahmen der Unterstützung von Dezentralisierungsprozessen in den Partnerländern dar, wobei die OEZA ihren Schwerpunkt auf Kapazitätsentwicklung aller Akteure auf lokaler Ebene, stärkere Einbindung der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse (Empowerment) sowie Nutzung des sozialen Kapitals legt.

Die drei Themenbereiche **Menschenrechte, Gute Regierungsführung** und **Demokratisierung** sowie **Friedenssicherung** fanden in der Arbeit der OEZA aufbauend auf den bisherigen vielfältigen Erfahrungen eine stärkere strategische Verankerung. Dazu wurden für jedes Thema eigene Leitlinien entwickelt und Fortbildungsveranstaltungen zu „Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit“ und „Armutsminderungsstrategien und Menschenrechte“ für die MitarbeiterInnen der OEZA organisiert. Auf Programm- und Projektebene wurden einerseits Beiträge zu den laufenden Länderprogrammierungen für den Bereich Gute Regierungsführung und Friedenssicherung ausgearbeitet, etwa zu Uganda bzw. Ostafrika, Südkaukasus und Zentralamerika, andererseits wurden neue Akzente durch die

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

Unterstützung globaler und regionaler Initiativen gesetzt. Ein neuer Schwerpunkt wurde im Bereich Demokratisierung mit der Unterstützung von Parlamenten gesetzt. Fortgesetzt wurden zahlreiche themenspezifische Projekte im Rahmen laufender Länderprogramme, beispielsweise im Bereich Justizreform, zur Unterstützung von Friedensprozessen, zum Schutz von Kindern in und nach bewaffneten Konflikten und zur Menschenrechtsbildung. Auf internationaler Ebene wurde verstärkt in Arbeitsgruppen der OECD im Bereich Menschenrechte, Gute Regierungsführung und Friedenssicherung mitgearbeitet.

Die **Gleichstellung von Frauen und Männern** ist ein wesentliches Prinzip der OEZA. Die OEZA erarbeitete neue Genderleitlinien, konzentriert sich auf die Einbindung von Frauen in Entscheidungsprozesse zur Stärkung ihrer Befähigungen, Möglichkeiten und persönlichen Sicherheit und verschränkt diese mit den OEZA-Hauptzielen.

Der Arbeitsbereich **Wirtschaft und Entwicklung** wurde weiter ausgebaut und die Tätigkeitsbereiche in drei Säulen definiert. Als erste Säule fungiert die Verbesserung der Rahmenbedingungen als Voraussetzung für privatwirtschaftliches Engagement, die den lokalen Wirtschaftstreibenden zugute kommen und die Bereitschaft österreichischer und europäischer Unternehmen zu Direktinvestitionen erhöhen soll. Die Projekte zur direkten Förderung des Privatsektors in den Partnerländern als zweite Säule zielen auf die Schaffung von Einkommensquellen für die arme Bevölkerungsschicht ab. Dabei wird vor allem auf den Aufbau lokaler Wirtschaftskreisläufe sowie auf die Entwicklung und den Einsatz von innovativen Finanzdienstleistungen Wert gelegt. Die dritte noch auszubauende Säule des Arbeitsbereichs ist die Einbeziehung der heimischen Wirtschaft in die OEZA. Dabei werden Partnerschaften zwischen heimischen und lokalen Unternehmen einerseits sowie zwischen öffentlichen und privaten Partnern andererseits gefördert. Der Einsatz dieser Instrumente war insbesondere in Südosteuropa sehr erfolgreich und wurde von den österreichischen Unternehmen positiv bewertet.

In der **Bildungszusammenarbeit** wurde dem Aufbau von institutionellen und personellen Kapazitäten in den Partnerländern wie auch im regionalen Kontext verstärkt Rechnung getragen; Schwerpunkte lagen vor allem in der beruflichen Aus- und Fortbildung sowie auf der Ebene der Höheren Bildung. Neben bereits gut etablierten Nord-Süd-Kooperationen wurde die regionale und Süd-Süd-Zusammenarbeit verstärkt, ein Beispiel dafür ist die Kooperation zwischen Burkina Faso und Marokko auf dem Gebiet der beruflichen Ausbildung. Auf internationaler Ebene wird die Mitgestaltung bei der Politikformulierung im Rahmen der EU und die Zusammenarbeit mit der Vereinigung für die Entwicklung der Bildung in Afrika (ADEA) fortgesetzt. Ausbildungskooperationen mit dem Internationalen Institut für Bildungsplanung (IIEP) sowie dem Asiatischen Technologieinstitut (AIT) in Bangkok wurden fortgeführt.

Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

Im **Wassersektor** lag der Schwerpunkt auf der Weiterentwicklung der Harmonisierung bilateraler regionaler Programme in den Schwerpunktregionen Kap Verde, Kenia, Mosambik, Palästinensische Gebiete und Uganda, wobei erste Schritte in der Abstimmung des Wassersektors mit dem Bildungssektor vorbereitet wurden. Die Programme in Kap Verde, Kenia und Mosambik wurden für neue Programmphasen vorbereitet, das Wasserprojekt im Gaza-Streifen erfolgreich abgeschlossen. In Uganda wurde durch die Teilnahme am Joint-Partnership Fund ein besonderer Schwerpunkt auf die Koordination der Geber mit dem Partnerland gelegt. In Kap Verde übernimmt Österreich im Water Sector Dialogue der EU-Wasserinitiative (EUWI) eine führende Rolle. Die Aktivitäten mit der EUWI wurden weiter unterstützt, ein Kommunikationssystem finanziert und entwickelt. Im Bereich der EU-Bildungszusammenarbeit wurde ein Projekt zur Koordination der Programme im Wassersektor und in der angewandten Forschung eingereicht. Im multilateralen Bereich wurde die Kooperation mit dem Weltbank Treuhandfonds „Water and Sanitation Programme“ weitergeführt und eine verstärkte Zusammenarbeit durch Finanzierung und Bereitstellung von Expertise vorbereitet. Die Afrikanische Wasserfazilität wird ebenfalls unterstützt.

Im Sektor **Energie** förderte die OEZA vor allem den Aufbau der Stromversorgung in ländlichen Gebieten, besonders in Äthiopien und Bhutan, wo mit der Wasserkraftwerksgruppe Basochhu ein langjähriges Projekt der OEZA erfolgreich zum Abschluss gebracht wurde. Neben der entsprechenden Infrastruktur standen auch die Ausbildung von lokalen MitarbeiterInnen und der Aufbau lokaler Unternehmen für den eigenständigen Betrieb der Energieversorgung im Zentrum der Förderungen. In Bhutan installierte die OEZA weiters ein Pilotprojekt für verbesserte Biomasseöfen. Die Ausweitung des österreichischen Engagements im Bereich Solarthermik in Albanien, Bhutan und Mazedonien wurde erfolgreich gestartet. Im Rahmen der EU beteiligte sich die OEZA führend an der Initiative „Energie zur Armutsbekämpfung und nachhaltigen Entwicklung“. Mit einem neuen Finanzierungsinstrument unterstützt Österreich, gemeinsam mit anderen EU-Staaten, Partnerländer bei der Erstellung von nachhaltigen Energieausbaukonzepten. Erstes gemeinschaftliches Projekt war eine Studie zum wirtschaftlichen Ausbau netzgebundener Windkraftwerke für Äthiopien.

Im Bereich des globalen **Umweltschutzes** bemühte sich die OEZA um nationale und internationale Vernetzung. Sie konzentrierte sich auf Themen rund um die Erhaltung der biologischen Vielfalt und festigte die Zusammenarbeit mit in diesem Bereich tätigen internationalen Organisationen. Als neuer thematischer Schwerpunkt wurde der Bereich Umwelt, Konflikt und Sicherheit etabliert. Umweltanalysen der Partnerländer wurden durchgeführt, das Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfungen seit 2005 eigenständig abgewickelt.

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

4. NGO-Kofinanzierung

Ein bedeutender Anteil der österreichischen Programm- und Projekthilfe wurde über österreichische NGOs abgewickelt. Zur NGO-Kofinanzierung zählen Projektvorhaben, die auf Eigeninitiative der NGO basieren und sowohl durch Eigenmittel als auch Mittel der OEZA finanziert werden. Seit 1. Juli werden die Budgetmittel für Kofinanzierungen direkt von der ADA verwaltet. Neun österreichische NGOs erhielten **Rahmenverträge** mit einer Gesamtsumme von 8,5 Millionen Euro. Damit wurden über 80 Projekte im Bereich Bildung, Ausbildung, Ländliche Entwicklung und Gesundheit in Afrika, Asien und Lateinamerika unterstützt und durchgeführt. Mit den Rahmenverträgen wurde ebenfalls die Entsendung von Fachkräften in die Entwicklungszusammenarbeit gefördert. Mitte 2005 wurden neue Richtlinien für die künftige Gestaltung von NGO-Rahmenprogrammen veröffentlicht. Im Rahmen von **NGO-Einzelprojekten** wurden zwölf Projekte in Entwicklungsländern des Südens genehmigt. Die Gesamtsumme belief sich auf 606.700 Euro, wovon 342.000 Euro in fünf Projekte für den Wiederaufbau nach der Seebebenkatastrophe in Südostasien gingen. Im Rahmen der Ostzusammenarbeit wurden elf Projekte in Südost-, Osteuropa und Zentralasien mit einer Gesamtsumme von 593.300 Euro genehmigt. Eine ergänzende Finanzierung sagte die OEZA für fünf EU-kofinanzierte Vorhaben österreichischer Entwicklungsorganisationen in der Höhe von 274.000 Euro zu. Der signifikante Rückgang von Neuzusagen an Fördermittel in diesem Bereich ist auf eine Verzögerung der Förderentscheidungen der Europäischen Kommission zurückzuführen. Im April begann das dreijährige Projekt „**Regional Partnership Programme**“. Ziel dieses Programms ist die verstärkte Verankerung der Entwicklungszusammenarbeit in der Zivilgesellschaft der neuen EU-Mitgliedstaaten Tschechien, Slowakei, Slowenien und Ungarn. Die gesamte Projektsumme beträgt 1.167.300 Euro.

5. Evaluierung

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und die ADA führten in enger Zusammenarbeit mehrere **strategische Evaluierungen** durch, wobei das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten für die Auswahl dieser Evaluierungen, die ADA für deren operative Umsetzung zuständig war. In einem gemeinsamen Prozess werden die Ziele und Aufgabenstellungen dieser Evaluierungen festgelegt und nach Vorliegen der Evaluierungsergebnisse nochmals gemeinsam reflektiert. Die Evaluierung einzelner Projekte liegt gemäß den gültigen Richtlinien im Verantwortungsbereich der zuständigen LandesreferentInnen, Koordinationsbüros und Durchführungsorganisationen, die von der ADA-Evaluierungsstelle Unterstützung erhalten. Im operativen Bereich wird auf die Berücksichtigung von Ergebnissen und Empfehlungen aus früheren Evaluierungen bei der Programmierung und Planung zukünftiger Aktivitäten besonders geachtet.

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Im Jahr 2005 wurden zwei strategische Evaluierungen abgeschlossen. Die Evaluierung des mehr als zehnjährigen OEZA-Engagements in **Albanien** brachte positive Ergebnisse hinsichtlich der bisherigen Anstrengungen sowie praxisbezogene Empfehlungen für laufende und zukünftige Programme. Diese Evaluierung wurde in einem wichtigen Teil (Wasserkraft) zusammen mit der SECO, der schweizerischen Agentur für wirtschaftliche Zusammenarbeit, durchgeführt. Weitere Evaluierungen hatten die entwicklungspolitische **Bildungsarbeit** unter dem konkreten Aspekt der österreichischen Kampagne zu den Millenniums-Entwicklungszielen sowie den Sektor Bildung zum Inhalt.

III. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

1. Die Vereinten Nationen

Die Diskussion in der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit, deren Höhepunkt der **VN-Weltgipfel** in New York vom 14.–16. September bildete, konzentrierte sich auf die Frage, wie die in der Millenniums-Erklärung definierten Entwicklungsziele vollständig und fristgerecht bis 2015 zu erreichen seien. Die EU hatte im Sinne ihrer bisherigen Vorbildrolle bereits im Vorfeld eine weitere Erhöhung der ODA zugesagt. Die Verankerung von „Gender“ im Schlussdokument und erstmalige Erwähnung von „erneuerbaren Energien“ im Millenniums-Kontext ist auch ein Verdienst jahrelanger österreichischer Bemühungen.

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (**UNDP**) ist als größtes VN-Entwicklungsprogramm in 166 Ländern vertreten. Die Aktivitäten werden aus freiwilligen Beiträgen finanziert: 2005 standen rund 3,8 Milliarden US-Dollar für Struktur- und Nothilfeprogramme zur Verfügung. Der Mehrjährige Finanzierungsrahmen 2004–2007 ist auf fünf strategische Ziele ausgerichtet: Demokratieförderung; Armutsminderung; Energie und Umweltschutz für nachhaltige Entwicklung; Krisenprävention und Wiederaufbau sowie Kampf gegen HIV/AIDS. UNDP verlagerte bereits in den letzten Jahren die operative Arbeit auf Länderebene und betreut mit „residierenden Koordinatoren“ zusehends die Koordination aller VN-Programme und Spezialorganisationen vor Ort. Durch den Ausbau von regionalen Kompetenzzentren soll eine weitere Dezentralisierung ermöglicht werden. Österreich steigerte seit 2001 kontinuierlich seine Beiträge zum UNDP-Kernbudget auf 3,7 Millionen Euro und setzte seit 2004 durch die Beteiligung an den Fonds „Energie“ (500.000 Euro), „Demokratieförderung“ (500.000 Euro) und „HIV/AIDS“ (500.000 Euro) thematische Schwerpunkte. Mittelfristiges Ziel ist es, jene Sektoren, die den Schwerpunkt der bilateralen EZA bilden, auch in multilateralen Foren stärker als bisher zu betreuen. Auch auf regionaler und Landesebene unterstützt Österreich UNDP-Programme entsprechend

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

den Zielen der OEZA. Äußerst erfolgreich gestaltet sich die Kooperation mit UNDP in Südosteuropa.

Der Kapitalentwicklungsfonds der VN (**UNCDF**) leistet Unterstützung zum Aufbau des Finanzsektors durch lokale Entwicklungsprogramme und Mikrofinanzprojekte. Dadurch soll allen Bevölkerungsschichten Zugang zu Bankdienstleistungen sowie der Aufbau von Verwaltungskapazitäten auf lokaler Ebene gewährt werden. Das internationale Jahr des Mikrokredits 2005 konnte sehr erfolgreich die Notwendigkeit des Zugangs zu Krediten und anderen Finanzdienstleistungen für die wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten, gerade der am meisten benachteiligten Bevölkerungsschichten, veranschaulichen. Der Fonds ist ab 2006 budgetär in UNDP eingegliedert. Neben einem Beitrag zum Kernbudget von 90.000 Euro finanzierte Österreich ein Projekt zur Stärkung lokaler Verwaltungsstrukturen in Norduganda mit 100.000 Euro.

Der Bevölkerungsfonds der VN (**UNFPA**) ist ein relativ kleines, dezentral organisiertes Programm, das Projekte zur Kontrolle der demografischen Entwicklung unterstützt. Seit der VN-Weltbevölkerungskonferenz 1994 konzentriert sich UNFPA verstärkt auf den Bereich der Reproduktionsgesundheit. Dabei wurde die Stärkung der Rolle von Mädchen und Frauen, vor allem im Bereich der Familienplanung, medizinischen Betreuung und allgemeinen Grundschulausbildung, in den Mittelpunkt gestellt. Im Zusammenhang mit der Bekämpfung von HIV/AIDS kommt UNFPA eine ständig wachsende Bedeutung zu. Österreich erhöhte daher seinen Beitrag zum Kernbudget von 550.000 Euro auf 600.000 Euro und unterstützte UNFPA sowohl mit Beiträgen als auch durch Projektfinanzierung in Äthiopien und Nepal. In Zusammenarbeit mit anderen Geberländern unternahm Österreich eine Analyse der Kooperation von UNFPA mit anderen Entwicklungsinstitutionen auf Länderebene, die durchwegs positive Ergebnisse zeigte.

Wie auch schon in den vergangenen Jahren konzentrierte sich die Arbeit des Kinderhilfswerks der VN (**UNICEF**) auf die Bekämpfung von HIV/AIDS und Projekte im Bereich Immunisierung, Gesundheit und Hygiene. UNICEF ist außerdem Vorreiter in den Bereichen „child protection“ (Schutz des Kindes) und „child rights approach“ (grundlegender Ansatz, dass Kinder Träger von Rechten sind). Ein Großteil der Arbeit konzentrierte sich auch auf Nothilfe nach den in diesem Jahr besonders häufigen Naturkatastrophen. Mit der Annahme des Medium-Term Strategic Plan (Mittelfristiger Strategischer Plan) im September wurde das neue Arbeitsprogramm von UNICEF für den Zeitraum 2006–2009 festgelegt. Die fünf neuen Schwerpunktgebiete werden „Überleben und Entwicklung von Kleinkindern“, „Grundschulbildung und Geschlechtergleichheit“, „Kinder und HIV/AIDS“, „Schutz des Kindes“ und „Förderung von Politiken und Partnerschaften für die Rechte der Kinder“ sein. Neben finanziellen Beiträgen zum Kernbudget der Organisation wurden UNICEF sowohl für die Bekämpfung von HIV/AIDS als

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

auch für die Bekämpfung von Polio in der Region Darfur jeweils 100.000 Euro zweckgewidmet zur Verfügung gestellt. Bei einem Projekt in Kap Verde zur Stärkung nationaler Institutionen zur Beendigung von Straflosigkeit bei Verstoß gegen die Rechte von Kindern wurde UNICEF mit einem Beitrag von 230.000 Euro unterstützt.

Der Entwicklungsfonds der VN für die Frau (**UNIFEM**) hat das Mandat, die Mitwirkung von Frauen auf allen Ebenen der Entwicklung zu sichern und im VN-System als Katalysator für die Gleichberechtigung von Frauen zu wirken. Österreich trug – abgesehen von seinem Beitrag zum Kernbudget (rund 90.000 Euro) – mit insgesamt 117.000 Euro zum Treuhandfonds zur Umsetzung der Erklärung und Aktionsplattform von Peking (Weltfrauenkonferenz 1995) bei und unterstützt über UNIFEM das Gender-Büro der Afrikanischen Union mit rund 90.000 Euro, wobei HIV/AIDS, bewaffnete Konflikte, Teilnahme an EU-Gremien sowie Wirtschaft als thematische Schwerpunkte und Burundi, Demokratische Republik Kongo sowie Sudan als regionale Schwerpunkte aufscheinen.

Österreich hatte im Rat für industrielle Entwicklung der Organisation der VN für industrielle Entwicklung (**UNIDO**) zum ersten Mal den Vorsitz inne. Auf der Agenda standen insgesamt drei wichtige Entscheidungen, die unter aktiver österreichischer Mithilfe zustande kamen: Erstellung des Biennialbudgets für 2006/2007 mit Nominalwachstum in der Höhe von 150,7 Millionen Euro; die Wahl eines neuen Generaldirektors, Kandeh K. Yumkella (Sierra Leone) sowie die Verabschiedung einer langfristigen Unternehmensstrategie mit den drei prioritären Betätigungsfeldern Armutsbekämpfung durch Produktionsfähigkeit, Aufbau von Handelskapazitäten sowie Umwelt und Energie. Das finanzielle Engagement Österreichs blieb unverändert hoch und erstreckte sich neben Beiträgen zum Kernbudget auch auf die Unterstützung von umweltgerechter Produktion (1 Million Euro) und auf finanzielle Beiträge für zwei Projekte auf dem Gebiet KMU in Äthiopien, Kenia, Tansania und Uganda (860.000 Euro).

Einer Reihe junger ÖsterreicherInnen wurde der zeitlich befristete Einsatz als Nachwuchskräfte im Höheren Dienst (**JPO**) bei EZA-Organisationen der VN ermöglicht: Österreichische JPO waren bei UNAIDS, UNDP, UNFPA, UNICEF, UNIFEM, UNHCR und UNIDO im Einsatz. Zum Teil erfolgte dieser Einsatz in den jeweiligen Zentralen, zum Teil in den Außenvertretungsnetzen, etwa in Afghanistan, Jamaika, Liberia, den Palästinensischen Gebieten, Simbabwe und Uganda.

2. Die Europäische Union

Die EU festigte ihre Position als weltweit größter Geber mit einem historischen Beschluss im Rahmen der Ratsschlussfolgerungen vom 24. Mai: 35 Jahre nach dem ersten Versprechen der Geberländer, bis 1980 das 0,7%-Ziel zu erreichen wurde beschlossen, dass die alten Mitgliedsländer der

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

Union (EU-15), sofern noch nicht geschehen, ihre ODA bis 2010 auf 0,51% ihres BNE anheben, und die neuen Mitgliedsländer auf 0,17% im Jahr 2010 und 0,33% im Jahr 2015. Gemeinsam wollen die EU-Mitgliedsländer ihre ODA-Quote bis 2010 auf 0,56% und dann bis 2015 auf 0,7% erhöhen.

Im Sinne von „**mehr und besserer Hilfe**“ wurden die Bemühungen um eine höhere Effizienz der Außenhilfe fortgesetzt, wobei sich die EU ebenfalls im Mai uneingeschränkt zu einer fristgerechten Umsetzung und Überwachung der „Pariser Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe“ sowie zu einer stärkeren Kohärenz verpflichtete. Die im März von rund 90 Industrie- und Entwicklungsländern verabschiedete Erklärung enthält konkrete Verpflichtungen, die Hilfe zu harmonisieren und besser an die Entwicklungsstrategien der Empfängerländer anzupassen, Transaktionskosten und bürokratische Verfahren zu reduzieren, Lieferbindungen aufzuheben, und die Rechenschaftspflicht von Geber- und Empfängerregierungen gegenüber der betroffenen Bevölkerung und den Parlamenten zu stärken. Die Pariser Erklärung enthält eine Liste von zwölf Zielen (einschließlich der dazugehörigen Indikatoren), die bis zum Jahr 2010 verwirklicht werden sollen. Ein Schritt in diese Richtung erfolgte durch Annahme von zwei Verordnungen der Europäischen Kommission, durch die unter anderem bei der gesamten Hilfe für die am wenigsten entwickelten Länder einseitig auf die Lieferbindung verzichtet wird.

Zur Bekämpfung von **HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose** beschloss die EU ein umfassendes Aktionsprogramm, das in Anlehnung an die nationalen Strategien zur Armutsbekämpfung der betroffenen Länder eine integrierte Antwort (Vorbeugung, Behandlung, Pflege und Forschung) auf diese Seuchen geben soll.

Einen weiteren Meilenstein stellte die Annahme des „**European Consensus**“ am 22. November dar. Mit der gemeinsamen Erklärung des Rates, der im Rat vertretenen Regierungen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union liegt erstmals eine umfassende entwicklungspolitische Erklärung vor, welche die Kommission ebenso wie die EU-Mitgliedstaaten politisch bindet. Die Erklärung bestätigt die Fokussierung europäischer Entwicklungspolitik auf Armutsminderung im Rahmen nachhaltiger Entwicklungsprozesse und betont die Bedeutung von Eigenverantwortung, Partnerschaft, politischem Dialog, Gender-Gerechtigkeit, der Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der spezifischen Situation fragiler Staaten.

Im Kontext der WTO-Agrarverhandlungen verabschiedete die EU noch vor Anfang der Verhandlungen in Hongkong am 12. Dezember Schlussfolgerungen zu „handelsbezogener Hilfe“ und bekundete darin ihre Absicht, die Mittel für diesen Bereich bis 2010 auf insgesamt 2 Milliarden Euro pro Jahr zu erhöhen.

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Die Einigung beim Europäischen Rat am 15. und 16. Dezember über die Finanzielle Vorausschau legte die Basis für die finanziellen Rahmenbedingungen der EU-Entwicklungszusammenarbeit in der nächsten Finanzperiode. Der Europäische Entwicklungsfonds wurde letztlich nicht in den Gemeinschaftshaushalt eingegliedert, sondern soll als eigenständiger Fonds weitergeführt werden.

Die EU schloss die Verhandlungen mit den AKP-Staaten zur Revision des als Rahmen für die Partnerschaft EU-AKP eingerichteten **Abkommens von Cotonou** ab. Für die EU standen dabei insbesondere die Verankerung politischer Prioritäten wie Terrorismusbekämpfung, IStGH und Verpflichtung zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen im Vordergrund. Wichtig war auch die Abstimmung dieses Abkommens mit der generell von der EU in diesen Bereichen vertretenen Linie. Für die AKP-Seite war vor allem die neue Fassung des Finanzprotokolls relevant, auf dessen Basis die Dotierung des Europäischen Entwicklungsfonds erfolgt, der die Entwicklungszusammenarbeit mit den AKP-Staaten speist. Die Festlegung einer für die AKP-Seite akzeptablen EU-Position für das Finanzprotokoll war angesichts der ungelösten Finanziellen Vorausschau 2007–2013 bzw. der offenen Frage der Budgetisierung des Europäischen Entwicklungsfonds schwierig.

Die **Friedensfazilität für Afrika** dient der Finanzierung friedenserhaltender Operationen in Afrika und wurde für den Zeitraum 2004–2006 einmalig mit 250 Millionen Euro, davon 200 Millionen Euro für friedenserhaltende Operationen und 35 Millionen für den Aufbau der Fähigkeiten, aus dem EEF dotiert. Es wurden Operationen im Sudan und in der Zentralafrikanischen Republik finanziert.

Der Europäische Rat vom 15. und 16. Dezember nahm eine umfassende **EU-Afrika-Strategie** an, die in die drei Hauptbereiche Friede und Sicherheit, Menschenrechte und Regierungsführung sowie Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung gegliedert ist. Die EU formuliert darin umsetzungsorientierte Bereiche, mit denen sie die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele und Frieden in Afrika unterstützt.

IV. Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe sowie internationale humanitäre Organisationen

1. Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe

Die Internationale Humanitäre Hilfe der OEZA erfolgt ergänzend zu Maßnahmen der Internationalen Katastrophenhilfe, die durch das zuständige Bundesministerium für Inneres koordiniert wird. Die zur Verfügung stehenden Förderinstrumente umfassen die Bereiche der Humanitären Sofortmaßnahmen, des Wiederaufbaus und der Katastrophenprävention. Die

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

Mittel für Internationale Humanitäre Hilfe können von der ADA an internationale Organisationen oder NGOs vergeben werden.

Als Konsequenz der Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika beschloss die Bundesregierung am 25. Jänner die Einrichtung eines **Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland**. Die Bundesregierung kann mittels Ministerratsbeschlusses über Dotierungen des Fonds entscheiden, der nach Maßgabe bundesfinanzgesetzlicher Vorsorge jährlich mit Budgetmitteln bis zu insgesamt 100 Millionen ausgestattet werden kann. Mit der Verwaltung des Fonds wurde das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten betraut.

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Österreich leistete humanitäre Hilfe für die im Sommer von schweren Überschwemmungen betroffenen Regionen in Bulgarien, Georgien und Rumänien in der Höhe von 569.000 Euro. Die USA wurden nach dem verheerenden Hurrikan „Katrina“ mit insgesamt 42.000 Euro unterstützt. Weitere humanitäre Hilfsleistungen erfolgten für Äthiopien, Irak, Russland (Beslan), Sudan und Uganda. Die seit 2003 laufende Aktion zur Behandlung verletzter irakischer Kinder in Österreich wurde bis auf die noch erforderlichen Nachbehandlungen abgeschlossen.

Am 8. Oktober wurde **Kaschmir** von einem verheerenden Erdbeben heimgesucht. Die österreichische Bundesregierung reagierte rasch auf das Hilfersuchen der pakistanischen Regierung und stellte Hilfsmaßnahmen im Wert von 3.581.000 Euro bereit. Neben der vom Bundesministerium für Inneres und Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten finanzierten Nothilfe stellte das Bundesministerium für Landesverteidigung Pakistan wenige Tage nach der Erdbebenkatastrophe vier Wasseraufbereitungsanlagen zur Verfügung, die von einem begleitenden Kontingent der Katastrophenhilfseinheit des Österreichischen Bundesheeres (AFDRU) betrieben wurden. Angesichts der humanitären Notwendigkeiten wurde im November im Wege der ADA zusätzlich ein Betrag von 1 Million Euro für humanitäre Hilfsprojekte in Pakistan zur Verfügung gestellt, von dem insgesamt 800.000 Euro multilateral abgewickelt wurden. Der Notaufruf der VN wurde dabei mit 400.000 Euro unterstützt.

Die Bundesregierung leistete über das Amt für Humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (**ECHO**), zu dessen Budget von rund 500 Millionen Euro Österreich 2,6% (d.s. rund 13 Millionen Euro) beiträgt, weltweit humanitäre Hilfe.

1.1. Antipersonenminenaktionen Österreichs

Das **Minenaktionsprogramm** des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten stellt einen wesentlichen Beitrag zur humanitären Hilfe und Entwicklungspolitik dar, etwa durch die Entminung betroffener Gebiete, die sozioökonomische Rehabilitierung von Minenopfern sowie die allge-

Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe

meine Bewusstseinsvermittlung. Die im Jahr 2005 aufgewandten Mittel beliefen sich auf 1,5 Millionen Euro.

1.2. Nahrungsmittelhilfe Österreichs

Für die Durchführung des Internationalen Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1999 ist das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zuständig. Die Auswahl der Bestimmungsländer erfolgt aufgrund einer Empfehlung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten. Schwerpunktgebiete waren die traditionellen Krisenregionen Afrikas.

Im Rahmen des Internationalen Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens leistete Österreich einen Beitrag in der Höhe von 1,49 Millionen Euro. Die Hilfe für Uganda (340.000 Euro), die Palästinensische Autonomiebehörde (200.000 Euro) und sahrauische Flüchtlinge in Westalgerien (150.000 Euro) wurde über **WFP** abgewickelt. Die Nahrungsmittelhilfe für die Kapverdischen Inseln im Ausmaß von 800.000 Euro wurde aufgrund eines bilateralen Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von der ADA abgewickelt. Aufgrund der prekären Ernährungssituationen leistete die ADA Ende des Jahres zusätzliche Unterstützung im Ausmaß von 410.000 Euro über das WFP für hungerleidende Menschen in Mosambik und in den Flüchtlingslagern der Westsahara.

2. Internationale humanitäre Organisationen

2.1. Das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten

Das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (**OCHA**) ist für die Entwicklung der humanitären Politiken der VN, deren Förderung im Verhältnis zu anderen VN-Stellen sowie für die internationale Koordination der humanitären Hilfe und Katastrophenhilfe zuständig. OCHA verfügt neben den Sitzen in New York und Genf über ein Netzwerk von 38 Feld- und Regionalbüros. Da OCHA nur rund 11% seines Finanzbedarfs aus dem ordentlichen VN-Haushalt erhält, muss der Rest durch freiwillige Beiträge von Mitgliedstaaten aufgebracht werden. Österreich zahlte 97.000 Euro an OCHA und erhöhte damit seine Beitragsleistungen gegenüber dem Vorjahr um mehr als das Doppelte. Durch die Unterstützung der Interinstitutionellen Abteilung für Binnenvertriebene bekräftigte Österreich sein Engagement zum Schutz von Binnenvertriebenen.

Österreich behielt seinen traditionellen Vorsitz in der Konsultativgruppe für militärische und Zivilschutzressourcen (**MCDU**). Im Rahmen des Ausbildungsprogramms der VN für zivil-militärische Zusammenarbeit (**UN-CMCoord**) wurden unter der Leitung eines österreichischen Offiziers 16 Kurse abgehalten, an denen jeweils zur Hälfte zivile und militärische ExpertInnen teilnahmen.

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

Das Programm des Katastrophenabschätzungs- und Koordinierungsteams der VN (**UNDAC**) wurde aus Mitteln des Bundesministeriums für Inneres finanziell unterstützt. Darüber hinaus fand ein UNDAC-Fortbildungskurs unter Teilnahme von 80 KatastrophenhilfeexpertInnen aus europäischen und afrikanischen Staaten in Salzburg vom 6.–10. September statt, bei dem das UNDAC-Handbuch überarbeitet wurde.

Zu den **Reformbestrebungen** der VN im humanitären Bereich siehe Kapitel F.

2.2. Das Amt des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen

Das Amt des Flüchtlingshochkommissars der VN (**UNHCR**) ist mit 6.885 MitarbeiterInnen in 116 Ländern und einem Jahresbudget von rund 1 Milliarde US-Dollar als eine der größten Hilfsorganisationen in allen Erdteilen operativ tätig. Die in Genf vom 3.–7. Oktober abgehaltene 56. Tagung des UNHCR-Exekutivkomitees war von einer Debatte über Binnenvertriebene geprägt. Innerhalb des VN-Systems wurde Einigung über die künftig federführende Zuständigkeit von UNHCR im Umgang mit Binnenvertriebenen in Fragen des Rechtsschutzes, der Unterbringung und des Lagermanagements erzielt.

Österreich unterstützt UNHCR neben seinem Beitrag zum Kernbudget in der Höhe von 350.000 Euro auch durch die Finanzierung konkreter Projekte, etwa durch einen Beitrag zum UNHCR-Projekt betreffend die Reintegration von Frauen und Kindern in Afghanistan in der Höhe von 400.000 Euro.

2.3. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (**IKRK**) war in 80 Ländern mit mehr als 11.000 MitarbeiterInnen operativ tätig und leistete damit gemeinsam mit der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften sowie den nationalen Hilfsorganisationen weltweit einen wichtigen Beitrag zur Linderung humanitären Leids. Im März veröffentlichte das IKRK eine Studie über humanitäres Völkergewohnheitsrecht, in der auf mehr als 5.000 Seiten 161 gewohnheitsrechtliche Regeln aufgelistet werden, die kriegsführende Parteien in die Pflicht nehmen. Österreich unterstützte die operative Arbeit des IKRK in Äthiopien, im Irak, in Pakistan und Ruanda mit Beitragsleistungen von 1,35 Millionen Euro. Zum Amtssitzbudget des IKRK trug Österreich 458.700 Euro bei.

Am 8. Dezember wurde auf einer diplomatischen Konferenz in Genf ein Drittes Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen angenommen und damit der **Rote Kristall** als humanitäres Schutzzeichen zusätzlich zu Rotem Kreuz und Rotem Halbmond geschaffen.

F. Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

I. Einleitung

Der Bericht von VN-GS Kofi Annan „In größerer Freiheit: Auf dem Weg zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten für alle“ über die Umsetzung der Millenniums-Erklärung war Grundlage der inhaltlichen Debatten des Weltgipfels 2005, dem zentralen Ereignis im Arbeitsprogramm der VN. Der Bericht betonte die unveränderte Relevanz der VN-Charta, unterstrich die Interdependenz von Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten und unterbreitete Vorschläge für eine umfassende VN-Reform. Inhaltliche Schwerpunkte der VN-Arbeit bildeten die Konflikte in Afrika, die Hunger- und Armutsbekämpfung und der Kampf gegen den Terrorismus. Österreich unterstützte nachdrücklich die Einrichtung einer Kommission für Friedenskonsolidierung (Peacebuilding Commission) und eines Menschenrechtsrates (Human Rights Council), hob die Bedeutung des Faktors Energie zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele hervor und bedauerte die mangelnden Fortschritte in den Bereichen Abrüstung und Nichtverbreitung. Österreich bewirbt sich für einen nichtständigen Sitz im VN-SR für die Periode 2009–2010.

II. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen

1. Organisatorische Fragen

1.1. Der VN-Gipfel 2005

Die 60. Generalversammlung der VN (VN-GV) wurde am 13. September unter dem Vorsitz des schwedischen Botschafters Jan Eliasson eröffnet. Mittelpunkt der VN-GV war der vom 14.–16. September in New York abgehaltene und seit dem 60-jährigen Bestehen der Organisation größte VN-Gipfel, an dem sich VertreterInnen aller 191 Mitgliedstaaten beteiligten, darunter 148 Staats- und Regierungschefs. Österreich war durch Bundespräsident Heinz Fischer und Staatssekretär Hans Winkler vertreten. Schwerpunktthemen der Debatten waren die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele, der Kampf gegen den Terrorismus sowie die VN-Reform. Weitere Diskussionspunkte waren die Errichtung einer Kommission für Friedenskonsolidierung sowie eines Menschenrechtsrates, die Verantwortung der Staatengemeinschaft, Menschen vor Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu bewahren (Schutzverantwortung), Abrüstung und Nichtverbreitung sowie Umwelt- und Klimaschutz.

Einige Vorgaben des VN-Gipfels konnten bereits umgesetzt werden. So wurden am 8. Dezember ein Zusatzprotokoll zum Übereinkommen über

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

den Schutz von Personal der VN und beigeordnetem Personal angenommen, am 15. Dezember ein Zentraler Fonds für die Reaktion auf Notsituationen (CERF) ins Leben gerufen und am 20. Dezember eine Kommission für Friedenskonsolidierung eingerichtet. Letztere soll eine institutionelle Lücke im VN-System füllen und Länder bei der Bewältigung von Situationen nach Konflikten beratend unterstützen.

1.2. Generaldebatte

Im Anschluss an den VN-Gipfel fand vom 17.–23. September die Generaldebatte der 60. VN-GV statt. Bundesministerin Ursula Plassnik hob in ihrer Rede die Rolle der VN für Frieden und Sicherheit, die Reform der VN, den Menschenrechtsschutz und die Stärkung der Rolle der Frau hervor, insbesondere im Bereich der Friedenskonsolidierung. Weiters bezeichnete die Bundesministerin die „Schutzverantwortung“ als großen Fortschritt und würdigte in diesem Zusammenhang das Lebenswerk Simon Wiesenthals. Ferner wertete sie die im Rahmen des VN-Gipfels beschlossene Einrichtung einer Kommission für Friedenskonsolidierung und eines Menschenrechtsrates als große Fortschritte und teilte mit, dass Österreich seine Beiträge für Entwicklungszusammenarbeit bis 2010 auf 0,51% des BNE erhöhen werde.

Während der alljährlich stattfindenden Ministerwoche führte Bundesministerin Ursula Plassnik auch bilaterale Gespräche mit VN-GS Kofi Annan, Präsident der VN-GV Jan Eliasson, Untergeneralsekretär Lakhdar Brahimi und weiteren SpitzenvertreterInnen der Organisation sowie mit dem VN-Sondergesandten für die Kosovo-Statusverhandlungen, Martti Ahtisaari. Weitere Gespräche wurden im Rahmen der Zentraleuropäischen Initiative und des „Netzwerks Menschliche Sicherheit“ (HSN) geführt. Als Mitglied der EU-Troika nahm Österreich unter anderem an Treffen mit Japan, China und Irak sowie mit Regionalorganisationen wie der OSZE und der Rio-Gruppe teil. Die Bundesministerin traf gemeinsam mit Staatssekretär Hans Winkler auch mit VertreterInnen jüdischer Organisationen zusammen.

2. Politische Fragen

2.1. Holocaust-Gedenken

Am 24. Jänner fand aus Anlass des 60. Jahrestags der Befreiung der Nazi-Konzentrationslager eine Sondersitzung der VN-GV statt. Es war die erste Sondersitzung in der Geschichte der VN, die dem Gedenken an den Holocaust gewidmet war. Sie ging auf eine Initiative Israels, der USA, der EU, Kanadas, Australiens und Neuseelands zurück. Österreich war durch Staatssekretär Franz Morak und Staatssekretär Eduard Mainoni vertreten. VN-GS Kofi Annan erinnerte daran, dass die VN als Antwort auf das „Böse des Nationalsozialismus“ gegründet worden seien, und appellierte an die Verantwortung, Genozide und Verletzungen der Menschenrechte zu ver-

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen

hindern. Elie Wiesel sprach als Vertreter der Opfer des Holocaust. Staatssekretär Morak betonte in seiner Rede die moralische Mitverantwortung Österreichs am Holocaust. Am 1. November nahm die VN-GV im Konsens eine Resolution zum Gedenken an den Holocaust an. Es handelt sich um die erste dem Holocaust gewidmete Resolution seit Bestehen der Organisation. Darin ist unter anderem vorgesehen, den 27. Jänner als internationalen Holocaust-Gedenktag zu begehen. Österreich brachte den Resolutionsentwurf mit ein.

2.2. Naher Osten

Bei den jährlichen Nahostresolutionen fand die EU wie im Vorjahr zu einem gemeinsamen Abstimmungsverhalten, davon ausgenommen waren die Resolutionen zum „Ausschuss für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes“ und zur „Sekretariats-Abteilung für die Rechte der Palästinenser“ im VN-Sekretariat. Malta und Zypern stimmten im Gegensatz zu den sich enthaltenden restlichen EU-Mitgliedstaaten für diese Resolutionen, da sie Ausschussmitglieder sind. Von Seiten der Palästinenser wurde auf die Einbringung der Resolution zur Lage und Unterstützung der palästinensischen Kinder verzichtet, der sich die EU traditionell enthalten hatte. Im Gegenzug wurden Formulierungen zur Lage der palästinensischen Kinder in die von der EU eingebrachte und im Konsens angenommene Resolution zur Unterstützung des palästinensischen Volkes aufgenommen.

2.3. Abrüstung und Internationale Sicherheit

Die Diskussionen über Abrüstung und Nichtverbreitung im Ersten Komitee standen im Zeichen des Scheiterns der Überprüfungskonferenz für den Vertrag über die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen (NPT) und der Verhandlungen über den relevanten Abschnitt des Abschlussdokuments des VN-Gipfels im September sowie der fortgesetzten Lähmung der multilateralen Gremien für Abrüstung und Nichtverbreitung. Zusätzlich beeinflusste das Abkommen der USA und Indiens vom Juli über bilaterale Kooperation bei der zivilen Nutzung der Kernenergie die Debatten. Die Diskussion über nukleare Angelegenheiten war wieder von den Gegensätzen zwischen den Nuklearwaffenstaaten geprägt, die vor allem die Nonproliferationsbestimmungen des NPT betonten und den Staaten der Blockfreien, die wiederum die Abrüstungsverpflichtungen des NPT und das Recht auf friedliche Nutzung der Kernenergie hervorhoben.

Als Vorsitzland der Antipersonenminen-Verbotskonvention von Ottawa (Ottawa-Konvention) gab Österreich eine Erklärung in der Debatte über konventionelle Waffen ab und brachte die traditionelle Resolution über die Ottawa-Konvention ein. Durch aktives Lobbying konnten 144 Miteinbringer

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

gewonnen und mit 147 Pro-Stimmen das bisher beste Abstimmungsergebnis für diese Resolution erzielt werden.

2.4. Kleinwaffen und leichte Waffen

Die Arbeitsgruppe zur Verhandlung eines internationalen Instruments zur Kennzeichnung und Rückverfolgung von Kleinwaffen und leichten Waffen (KLW) konnte im Juni erfolgreich ihre Arbeit beenden. Dies stellt einen bedeutenden Schritt bei der Umsetzung des 2001 beschlossenen Aktionsprogramms gegen den illegalen Handel mit KLW dar. Aufgrund des Widerstandes einiger weniger Staaten ist das Instrument allerdings lediglich politisch verbindlich. Die lateinamerikanischen Staaten drückten ihre Unzufriedenheit darüber durch kollektive Enthaltung bei der Annahme des Instruments durch das Erste Komitee aus.

Im Jahr vor der Überprüfungskonferenz des VN-Aktionsprogramms (2006) war eine Polarisierung zwischen jenen Staaten spürbar, die rasch weitere Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft fordern (insbesondere EU, Kanada, Schweiz, afrikanische und lateinamerikanische Staaten), und jenen, die keine weiteren sie in ihrer nationalen Politikgestaltung einengenden Maßnahmen oder Empfehlungen annehmen wollen. Nicht zuletzt wegen dieser grundlegenden Spaltung konnte beim zweiten KLW-Biennaltreffen im Juli kein substantielles Dokument angenommen werden.

2.5. Die Abrüstungskommission der Vereinten Nationen

Die Abrüstungskommission der VN (UNDC) in New York konnte sich wiederum auf keine Tagesordnung für ihren dreijährigen Zyklus einigen. Kernproblem war die Formulierung des Tagesordnungspunkts zu nuklearer Abrüstung. Ende des Jahres wurde zumindest eine Einigung auf eine Tagesordnung für die nächste Sitzung der UNDC im April 2006 erzielt.

3. Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltfragen

Im Ergebnisdokument des Weltgipfels wurden die Millenniums-Entwicklungsziele bestätigt und Maßnahmen zur Erreichung der Ziele bis 2015 beschlossen. Die Beschlüsse der EU zur Erhöhung der Entwicklungsbeiträge auf 0,56% des BNE bis 2010 und die Initiative der G-8 zur Schuldentilgung durch multilaterale Finanzinstitutionen (IWF, Weltbank und Afrikanischer Entwicklungsfonds) sind wesentliche Schritte in diesen Bemühungen.

Im Zweiten Komitee stand die Umsetzung der entwicklungsrelevanten Ergebnisse des Weltgipfels im Mittelpunkt. Makroökonomische Aspekte waren dennoch umstritten, über die Bedeutung des internationalen Handels für Entwicklung war vor den Verhandlungen der WTO in Hongkong (siehe Kapitel J.I.) kein Konsens zu erzielen. Die Umsetzung der Ergebnisse zur

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen

Internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung wurde durch den hochrangigen Dialog im Juni vorangetrieben, eine umfassende Überprüfung der Resultate soll 2008/2009 erfolgen. Die Verhandlungen zur Resolution über das internationale Finanzsystem konzentrierten sich auf Systemfragen und die Mitwirkung der Entwicklungsländer am Entscheidungsfindungsprozess. Die Resolution zu Wissenschaft und Technologie für Entwicklung war durch die Konferenz zur Informationsgesellschaft in Tunis geprägt. Der Hochrangige Dialog zu Migration und Entwicklung im Herbst 2006 wurde vorbereitet, ebenso ein Treffen zur Überprüfung der Umsetzung des Brüsseler Programms für die am wenigsten entwickelten Länder.

Die Verhandlungen im Umweltbereich waren sowohl von den Ergebnissen des Weltgipfels vom September als auch der in Montreal im November abgehaltenen Klimakonferenz geprägt. Neben den traditionell in der VN-GV verhandelten Konventionsresolutionen zu Klimawandel, Wüstenbildung und Artenvielfalt sowie den institutionellen Resolutionen zum Umweltprogramm der VN (UNEP) und zur „Agenda 21“ wurden die zweijährigen Resolutionen zu Entwicklung in Bergregionen und zu erneuerbarer Energie (Weltsolarprogramm) verhandelt. Auch die Resolution zur Verringerung der Anfälligkeit für Naturkatastrophen und extreme Wettererscheinungen, die eine Verbindung zwischen Klimawandel und Naturkatastrophen herstellt, wurde wieder angenommen. Eine bereits im Rahmen der Organisation der VN für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) angenommene Resolution, die 2008 zum „Internationalen Jahr des Planeten Erde“ erklärt hatte, wurde ebenso angenommen wie eine im Rahmen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der VN (FAO) bereits verhandelte Resolution zum „Internationalen Jahr der Kartoffel“ (ebenfalls 2008).

4. Menschenrechte

Siehe Kapitel H.III.

5. Internationale Drogenkontrolle und Internationale Verbrechensverhütung

Siehe Kapitel I.II. und I.III.

6. Sozialpolitik

Anlässlich des 10. Jahrestags des Weltgipfels für Soziale Entwicklung wurde bei der Kommission für soziale Entwicklung im Februar eine Erklärung zur Evaluierung von Kopenhagen verabschiedet. Zum 10. Jahrestag des Weltaktionsprogramms für Jugend fand am 6. Oktober eine Sondersitzung im Plenum der VN-GV statt. Im Dritten Komitee und im Plenum wurden alle Resolutionen zu Sozialthemen im Konsens angenommen. Eine von

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

Mexiko eingebrachte Resolution zur Ausarbeitung einer Konvention über den Schutz und die Förderung der Rechte und der Würde von Menschen mit Behinderungen sieht für 2006 zwei Tagungen des Ad-hoc-Komitees für die Ausarbeitung vor, um eine volle Lesung des neuen Konventionsentwurfs zu ermöglichen.

7. Internationale Frauenfragen

Siehe Kapitel H.III.3. und H.VII.2.

8. Humanitäre Angelegenheiten

Die im Abschlussdokument des Weltgipfels in Aussicht genommenen Reformen umfassen auch die Handlungsfähigkeit des VN-Systems im humanitären Bereich. Zu den zentralen Anliegen zählt der Ausbau der Fähigkeiten der VN zur Bewältigung humanitärer Krisen sowie eine bessere Koordination der Hilfsmaßnahmen vor Ort. Angesichts der begrenzten Verfügbarkeit von Hilfsgütern stellt die effiziente Koordinierung einen entscheidenden Beitrag zur umfassend wirksamen Linderung der Folgen einer Katastrophe dar. Die Frage der Finanzierung humanitärer Maßnahmen des VN-Systems soll mit der Einrichtung des CERF verbessert werden. Die Einrichtung dieses Fonds wurde mit der Annahme der Resolution „Verstärkte Koordinierung der humanitären Nothilfe der Vereinten Nationen“ beschlossen. Österreich brachte die Resolution mit ein. Der Fonds soll im März 2006 mit einem angestrebten Startvolumen von 500 Millionen US-Dollar zur Verfügung stehen.

9. Friedliche Nutzung des Weltraums

Schwerpunkte der in Wien vom 8.–17. Juni abgehaltenen Sitzung des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums (**COPUOS**) waren der von Österreich eingeführte Tagesordnungspunkt „Weltraum und Wasser“, die Tagesordnungspunkte „Überprüfung der Umsetzung der Empfehlungen der Dritten Konferenz der VN über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums (UNISPACE-III)“, und „Weltraum und Gesellschaft“ (hauptsächlich im Ausbildungsbereich) sowie die im Rechtlichen Unterausschuss sowie im Wissenschaftlichen und Technischen Unterausschuss behandelten Themenbereiche Telemedizin, Systeme für Katastrophenmanagement, Nutzung nuklearer Antriebsquellen für Weltraummissionen sowie Verringerung von Weltraummüll. Die Staatengemeinschaft wird sich zunehmend bewusst, dass Weltraumtechnologie, insbesondere in den Bereichen Erkundung, Kartierung und Kommunikation, einen Beitrag bei der Umsetzung entwicklungspolitischer Ziele leistet. Daher wurden auch eine Reihe von Maßnahmen zur engeren Zusammenarbeit zwischen COPUOS und der

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen

Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) beschlossen. Darüber hinaus wurde eine Studie über die mögliche Errichtung einer internationalen Einheit zur Koordinierung weltraumtechnischer Dienste für Katastrophenmanagement in Auftrag gegeben.

Zum Themenschwerpunkt „Weltraum und Wasser“ organisierte das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wie in den Vorjahren in Graz ein Symposium mit dem Titel „Weltraumsysteme: Schutz und Wiederherstellung von Wassersystemen“. Der internationale Teilnehmerkreis diskutierte schwerpunktmäßig die Erfahrungen mit weltraumtechnischen Anwendungen in der Wiederherstellung des Tschadbeckens. Wegen des hohen Potenzials dieser Technologien wurde beschlossen, den Themenkreis weiter zu erörtern.

10. Verwaltungs- und Haushaltsfragen

Der ordentliche Haushalt 2006–2007, über den nach langwierigen Verhandlungen am 23. Dezember Einigung erzielt werden konnte, war dominierendes Thema des Fünften Komitees (Komitee für Verwaltungs- und Haushaltsfragen). Der Zweijahreshaushalt von 3,798 Milliarden US-Dollar weist erstmals eine mit 950 Millionen US-Dollar begrenzte Ausgabenermächtigung für den VN-GS auf. Die Freigabe der restlichen Budgetmittel durch die VN-GV ist von Fortschritten bei der beim Weltgipfel beschlossenen Managementreform abhängig. Die Umsetzungsmaßnahmen der Reform waren Hauptstreitpunkt in den Budgetverhandlungen. Die USA und Japan forderten die Junktimierung des Budgets mit einer für das erste Quartal 2006 vorgesehenen Mandatsüberprüfung sowie die Umsetzung der ersten Phase der Managementreform (Errichtung eines Ethikbüros, externe Evaluierung des Aufsichtsdiensts und Einrichtung eines unabhängigen Aufsichtskomitees). Die Gruppe der 77 (G-77), ein Zusammenschluss von 132 Schwellen- und Entwicklungsländern, lehnte hingegen jede Verbindung zwischen Budget und Managementreform ab und zeigte sich kaum zu Zugeständnissen bei der VN-Reform bereit. Der EU, der eine Vermittlerrolle zwischen den beiden Lagern zukam, gelang die Unterbreitung eines ausgewogenen Haushaltspakets, dem letztlich sowohl die USA als auch G-77 zustimmten.

Der Jahreshaushalt für friedenserhaltende Operationen von Juli 2005 bis Juni 2006 stieg infolge einer massiven Ausweitung der Mission der Organisation der VN in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) sowie durch die Einrichtung der Operation der VN im Sudan (UNMIS) auf eine Rekordhöhe von rund 5 Milliarden US-Dollar.

Nachdem der Sanierungsgesamtplan für den VN-Amtssitz New York nicht wie geplant mit der Errichtung eines Ausweichquartiers umgesetzt werden kann, besteht sowohl hinsichtlich der umzusetzenden Projektstrategie als auch der Finanzierung Uneinigkeit.

*Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen***11. Völkerrechtliche Fragen**

Arbeitsschwerpunkte des Sechsten Komitees (Völkerrechtskomitee) waren die Themen Terrorismus, Sicherheit von Personal der VN und beigeordnetem Personal und die Erörterung des Berichts der Völkerrechtskommission während der „Völkerrechtswoche“. Nach jahrelangen Verhandlungen wurden die Nuklearterrorismuskonvention, das Fakultativprotokoll zur VN-Konvention über die Sicherheit von Personal der VN und beigeordnetem Personal und die von der VN-Handelsrechtskommission (UNCITRAL) ausgearbeitete Konvention über den Gebrauch elektronischer Kommunikation in internationalen Verträgen im Konsens angenommen. Ferner nahm die VN-GV in einer Abstimmung die VN-Deklaration über menschliches Klonen an.

Eine Reihe von ÖsterreicherInnen sind an internationalen Gerichten im VN-System als RichterInnen tätig: Helmut Türk wurde am 22. Juni von den Vertragsstaaten des VN-Seerechtsübereinkommens zum Richter am Internationalen Seegerichtshof (ITLOS) in Hamburg gewählt. Seit Dezember ist Univ.-Prof. Frank Höpfel an ICTY in Den Haag als Ad-litem-Richter tätig. Renate Winter ist seit Juli 2002 Richterin in der Berufungskammer des Sondergerichtshofs für Sierra Leone (SCSL).

11.1. Terrorismus

Nach siebenjährigen Verhandlungen nahm die VN-GV am 13. April die **Nuklearterrorismuskonvention** an (Resolution 59/290). Die Konvention ist das 13. VN-Übereinkommen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Bundespräsident Heinz Fischer unterzeichnete beim VN-Gipfel am 15. September für Österreich die Konvention. Bei den Verhandlungen über die **Globalterrorismuskonvention** konnte bislang keine Einigung erzielt werden. Im Abschlussdokument des Weltgipfels erklärten die Staats- und Regierungschefs die Absicht, die Verhandlungen bis Ende der 60. VN-GV abzuschließen. Während ein Hinweis auf das Recht auf Selbstbestimmung in der Präambel allgemein unterstützt wird, sind die Ausnahmen im nunmehrigen Art 20 des Konventionsentwurfs weiterhin strittig. Ein Kompromissvorschlag Liechtensteins betreffend das Verhältnis zwischen der Konvention und humanitärem Völkerrecht brachte erstmals seit 2001 Bewegung in die Verhandlungen, fand jedoch sowohl bei vielen westlichen als auch islamischen Staaten nicht die notwendige Akzeptanz. Die Verhandlungen werden im Rahmen des Ad-hoc-Komitees über Terrorismus von 27. Februar bis 3. März 2006 in New York fortgesetzt.

11.2. Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal

Am 8. Dezember nahm die VN-GV das im Sechsten Komitee ausgearbeitete Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Sicherheit von Personal

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen

der VN und beigeordnetem Personal an (Resolution 60/42). Die Einigung, die auf einem österreichischen Vorschlag basierte, stellte das erste Ergebnis der Umsetzung des VN-Gipfels vom September dar. Durch das Protokoll wird der Anwendungsbereich des Übereinkommens auf alle VN-Operationen zur Leistung humanitärer, politischer oder Entwicklungshilfe bei Friedenskonsolidierung oder zur Leistung humanitärer Nothilfe ausgeweitet.

11.3. Völkerrechtswoche

Die nach österreichischem Vorschlag benannte „Völkerrechtswoche“, während der RechtsberaterInnen aus den Hauptstädten im Sechsten Komitee zur Erörterung völkerrechtlicher Themen zusammentreffen, fand vom 24.–28. Oktober statt. Die Debatte über den **Bericht der Völkerrechtskommission** konzentrierte sich auf aktuelle Fragen des Völkerrechts, etwa Vertragsvorbehalte, einseitige Akte, Verantwortlichkeit internationaler Organisationen, Ausweisung von Fremden, geteilte natürliche Ressourcen, diplomatischer Schutz und Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Verträge und Fragmentierung des Völkerrechts. Nach dem Erfolg des Vorjahrs setzte Österreich seine **Veranstaltungsreihe zur Rolle und Funktion des VN-SR** bei der Stärkung eines auf Regeln basierenden internationalen Systems fort und veranstaltete am 27. Oktober in Zusammenarbeit mit der New York University eine Panel-Diskussion zum Thema „The Security Council as World Judge?“ (Der Sicherheitsrat als Weltrichter?). Die ersten beiden Veranstaltungen der Serie hatten im November 2004 und Mai 2005 zu den Themen „The Security Council as World Legislator?“ (Der Sicherheitsrat als Weltgesetzgeber?) und „Who needs Rules?“ (Wer braucht Regeln?) stattgefunden. Im Rahmen der österreichisch-schwedischen Initiative zur Revitalisierung der Debatte im Sechsten Komitee fanden weiters zwei interaktive Diskussionen mit Spezialberichterstatern der Völkerrechtskommission statt.

11.4. Verbot des menschlichen Klonens

Die VN-GV nahm am 8. März die VN-Deklaration über menschliches Klonen in einer Abstimmung mit 84 gegen 34 Stimmen bei 37 Enthaltungen an. Weitere fünf Staaten, die nicht an der Abstimmung teilgenommen hatten, gaben ihre Unterstützung zu Protokoll. Die EU zeigte kein einheitliches Abstimmungsverhalten (10 dafür; 14 dagegen; eine Stimmenthaltung). Österreich stimmte für die Deklaration. Trotz der mehrheitlichen Annahme ist die politische Bedeutung der rechtlich nicht verbindlichen Deklaration angesichts der Stimmenspaltung und Unterstützung durch weniger als die Hälfte der Mitgliedstaaten gemindert. In der zentralen Bestimmung der Deklaration werden die Staaten aufgefordert, alle Formen des menschlichen

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

Klonens zu verbieten, sofern diese mit der Menschenwürde und dem Schutz menschlichen Lebens unvereinbar sind.

III. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

1. Einleitung

Neben den fünf ständigen Mitgliedern (China, Frankreich, Großbritannien, Russland und USA) gehörten dem VN-SR im Jahr 2005 Argentinien, Algerien, Benin, Brasilien, Dänemark, Griechenland, Japan, die Philippinen, Rumänien und Tansania an. Für die Ende des Jahres ausgeschiedenen Mitglieder Algerien, Benin, Brasilien, Philippinen und Rumänien wählte die 60. VN-GV für die Periode 2006–2007 Ghana, Katar, Kongo, Peru und die Slowakei in den VN-SR. Die Vielzahl offener Debatten ermöglichte es der EU-Ratspräsidentschaft, die Sichtbarkeit der EU im VN-SR aufrechtzuerhalten. Österreich gab eine Erklärung zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“ ab und betonte darin die wichtige Rolle von Frauen bei der Förderung und Konsolidierung von Frieden und Sicherheit. Österreich forderte daher die Teilnahme einer/s Gender-Beraterin/s an den Arbeiten der neu zu schaffenden Kommission zur Friedenskonsolidierung.

Österreich kandidiert nach seiner Mitgliedschaft im VN-SR in den Jahren 1973–1974 sowie 1991–1992 zum dritten Mal für einen nichtständigen Sitz. Die Wahlen werden in der 63. VN-GV im Jahr 2008 stattfinden. Mitbewerber für die zwei Sitze für die Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten (WEOG) sind Island und die Türkei. Die Bundesregierung ernannte zur Unterstützung der intensiven österreichischen Bemühungen im August Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch und Bundesminister a.D. Klubobmann Herbert Scheibner zu Sonderemissären für die österreichische Sicherheitsratskandidatur.

2. Die Reformdebatte

Der VN-GS unterstützte in seinem Bericht „In größerer Freiheit: Auf dem Weg zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten für alle“ vom 21. März die Reformempfehlungen des Berichts der Hochrangigen Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel vom 2. Dezember 2004 („Eine sicherere Welt: Unsere gemeinsame Verantwortung“) und rief die Mitgliedstaaten der VN auf, noch vor dem VN-Gipfel zu einer Einigung zu gelangen. Am 6. Juli brachten die **G-4** (Brasilien, Deutschland, Indien und Japan) einen Resolutionsentwurf mit insgesamt 27 Kosponsoren ein, der eine Erweiterung des VN-SR auf 25 Mitglieder – mit sechs ständigen und vier nichtständigen Sitzen – vorsah. Jeweils zwei der ständigen Sitze würden an Afrika und Asien gehen, jeweils einer an Lateinamerika und die Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten. Die neuen ständigen

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

Mitglieder würden in einem zweiten Schritt durch die VN-GV gewählt und vorerst auf ihr Vetorecht verzichten. Daraufhin brachte die AU am 18. Juli den bei ihrem Gipfel in Sirte beschlossenen Entwurf ein, der die Erweiterung des VN-SR auf 26 Mitglieder vorsah. Im Unterschied zur G-4 bestand die AU auf das Vetorecht für die neuen ständigen Mitglieder und forderte insgesamt zwei ständige und fünf nichtständige Sitze für Afrika (siehe auch Kapitel A.IV.9.2.). Die gegen die G-4 agierende **Gruppe „Vereint für Konsens“**, der unter anderem Costa Rica, Italien, Kanada, Kolumbien, Mexiko, Pakistan und Spanien angehören, brachte im Gegenzug am 26. Juli einen Resolutionsentwurf mit insgesamt zwölf Kosponsoren ein, der keine neuen ständigen Sitze, jedoch zehn auf zwei Jahre gewählte nichtständige Sitze vorsah. Anders als bisher wäre eine direkte Wiederwahl der nichtständigen Mitglieder jedoch möglich. Die USA, die einen ständigen Sitz Japans generell unterstützt, sowie **China und Russland** sprachen sich gegen eine Abstimmung innerhalb „künstlicher Fristen“ aus. Die drei Resolutionsentwürfe wurden vor dem VN-Gipfel nicht zur Abstimmung gebracht, da keine der Gruppierungen zu diesem Zeitpunkt mit der erforderlichen Zustimmung durch 128 Mitgliedstaaten der VN rechnen konnte.

3. Tätigkeit des Sicherheitsrates

3.1. Irak

Der VN-SR gratulierte der irakischen Bevölkerung am 16. Februar in einer Vorsitzzerklärung zum Verlauf der Wahlen zur provisorischen Nationalversammlung, zu den 18 Provinzregierungen und zur Nationalversammlung Kurdistans am 30. Jänner. Die VN seien aufgerufen, sich dringend auf eine Rolle bei der Förderung des nationalen Dialogs und im Verfassungsprozess vorzubereiten. Der Sicherheitsrat rief die Mitgliedstaaten auf, den VN dahingehende Beratung und technische Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Der Leiter der Hilfsmission der VN für Irak (**UNAMI**) und SRSG, Ashraf Jehangir Qazi, und die USA unterrichteten den VN-SR am 11. April über die Lage im Irak. Der Sonderbeauftragte verwies auf die Beteiligung aller wichtiger Parteien an der Regierungsbildung, einschließlich jener, die sich nicht an den Wahlen beteiligt hatten. Der Verfassungsprozess stelle eine weitere Gelegenheit zur Einbindung jener dar, die sich bislang ausgeschlossen gefühlt hatten. SRSG Qazi bekräftigte die Bereitschaft von UNAMI, bei der weiteren Umsetzung des sehr engen politischen Kalenders (Verfassungserstellung, Verfassungsreferendum und Wahlen) führend behilflich zu sein. Er kritisierte die Menschenrechtssituation im Irak, vor allem betreffend Nichtkombattanten. Am 31. Mai befasste sich der VN-SR mit der in Resolution 1546 (2004) nach einem Jahr vorgesehenen Überprüfung des Mandats der Multinationalen Truppe (**MNF**).

Am 14. Dezember beriet der VN-SR auf Basis des vierteljährlichen Berichts des VN-GS über die Arbeit von UNAMI. Darin erklärt der VN-GS, er sehe

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

dem offiziellen Abschluss des gemäß Resolution 1546 (2004) vorgesehenen politischen Übergangsprozesses durch die Parlamentswahlen am 15. Dezember zuversichtlich entgegen. Die in der Verfassung selbst vorgesehene Verfassungsrevision, die der Regierungsbildung folgen soll, müsse genützt werden, um die Unterstützung der Bevölkerung für die Verfassung und ihre Institutionen auszuweiten. Die USA erklärten, dass die Beendigung der Ausbildung der irakischen Sicherheitskräfte durch die MNF bis August 2007 geplant sei. Der Irak plädierte für eine Erhöhung der VN-Präsenz im Irak und bat den VN-SR, das Mandat der Überwachungs-, Verifikations- und Inspektionskommission der VN (UNMOVIC) zu beenden. Der VN-GS drückte am 14. Dezember öffentlich seine Besorgnis über die Menschenrechtsverletzungen im Irak aus.

Die Unabhängige Untersuchungskommission (IIC) zum „Öl-für-Lebensmittel“-Programm unter der Leitung des ehemaligen US-Zentralbankchefs Paul Volcker beschuldigte unter anderem den ehemaligen VN-GS, Boutros Boutros-Ghali, sich im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe an Firmen beim Aufbau des Programms 1996 offenbar aus politischen Motiven über VN-Vergaberichtlinien hinweggesetzt zu haben. Obwohl das Programm eine Linderung der Folgen der Sanktionen des VN-SR für die irakische Bevölkerung erreichen konnte, hätten die aufgedeckten Unzulänglichkeiten und Korruptionsfälle die Glaubwürdigkeit und den Ruf der VN beeinträchtigt. Volcker forderte ein besseres Management an der Spitze der VN, grundlegende administrative Reformen sowie verlässlichere Kontroll- und Prüffunktionen. Der VN-GS erklärte, dass er die im Bericht an ihm persönlich geäußerte Kritik akzeptiere, seinen Aufsichtspflichten nicht nachgekommen zu sein. Er teile die Schlussfolgerungen der IIC hinsichtlich der Managementreform und rief die Mitgliedstaaten eindringlich auf, den Gipfel für diesbezügliche Entscheidungen zu nutzen. Der am 27. Oktober veröffentlichte Schlussbericht der IIC bestätigte, dass rund 2.200 Unternehmen illegale Zahlungen an den Irak getätigt hatten. Der Bericht dokumentiert detailliert, wie es dem Saddam-Regime möglich war, 1,8 Milliarden US-Dollar an illegalen Gebühren und Schmiergeldern einzuheben. Die illegalen Zahlungen seien von Firmen aus 66 Staaten, darunter auch aus Österreich, getätigt worden. Der VN-SR sei darüber informiert gewesen, habe aber nicht angemessen reagiert. Wichtig sei jedoch auch zu berücksichtigen, dass das irakische Regime weit höhere Summen aus Ölschmuggel außerhalb des Hilfsprogramms lukriert habe.

3.2. Der Nahe Osten

Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren bildete nicht der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern, sondern die Lage im Libanon den Schwerpunkt der Aktivitäten des VN-SR. Der SRSG für die Umsetzung von Resolution 1559 (2004), Terje Roed-Larsen, berichtete dem VN-SR am 2. November, dass einige Bestimmungen der Resolution umgesetzt wurden,

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

insbesondere der syrische Truppenabzug (der syrische Geheimdienst sei jedoch begrenzt noch präsent) und die Abhaltung freier und fairer Wahlen. Andere Bestimmungen seien nicht umgesetzt worden, vor allem die Auflösung und Entwaffnung aller libanesischen und nicht-libanesischen Milizen und Ausweitung der Kontrolle der Regierung Libanons auf das gesamte Hoheitsgebiet.

Am 7. April beschloss der VN-SR einstimmig Resolution 1595, mit der eine internationale unabhängige Untersuchungskommission eingerichtet wurde, um die libanesischen Behörden bei der Untersuchung des Bombenanschlags auf Ex-Premierminister Rafik Hariri am 14. Februar zu unterstützen. Die vom deutschen Staatsanwalt Detlev Mehlis geleitete Kommission berichtete dem VN-SR am 20. Oktober über viele Hinweise, die auf die Verwicklung von Angehörigen des syrischen Sicherheitsapparats in das Attentat hindeuten. Der VN-SR beschloss daraufhin am 15. Dezember einstimmig Resolution 1644, mit der das Mandat der Kommission um zunächst sechs Monate bis 15. Juni 2006 verlängert wird.

3.3. Afghanistan

Mit Resolution 1589 verlängerte der VN-SR das Mandat der Hilfsmission der VN in Afghanistan (**UNAMA**) um weitere zwölf Monate und rief die Mission auf, Unterstützung für die bevorstehenden Parlamentswahlen zu leisten. Das Mandat von **ISAF** wurde inhaltlich unverändert mit Resolution 1623 am 13. September um zwölf Monate verlängert. Im Gefolge der afghanischen Parlaments- und Provinzwahlen begrüßte der VN-SR in einer Presseeerklärung am 23. November die Bestätigung der endgültigen Ergebnisse der Wahlen als Schritt zum Abschluss des Bonn-Prozesses und die von der Regierung und den VN initiierten Konsultationen zum Post-Bonn-Prozess.

3.4. Kosovo

Nach einer umfassenden Evaluierung der Standards empfahl der norwegische Diplomat Kai Eide in seinem Bericht an den VN-GS einen Prozess zur Lösung der Statusfrage einzuleiten. Die EU werde in Zukunft vor allem in den Bereichen Polizei und Justiz die Hauptrolle im Kosovo spielen müssen und sollte binnen kurzer Zeit ihre Präsenz vor Ort verstärken. Im VN-SR, der den Beginn des Kosovo-Statusprozesses durch eine am 24. Oktober angenommene Vorsitzserklärung unterstützte, zeigte sich eine verstärkte Positionierung Chinas zugunsten von Serbien und Montenegro. Die USA machten insbesondere mit ihrer wiederholten Forderung nach einer stärkeren Rolle für die NATO auf sich aufmerksam. Der Leiter von **UNMIK**, SRSG Sören Jessen-Petersen (Dänemark) kündigte eine intensiviertere Verknüpfung der Prozesse von VN und EU zur Standardimplementierung und europäischen Integration an.

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

Am 10. November ernannte der VN-GS den ehemaligen finnischen Staatspräsidenten Martti Ahtisaari zu seinem Sonderbeauftragten für die Führung des Kosovo-Statusprozesses und den ehemaligen Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Albert Rohan zu dessen Stellvertreter. Das VN-Status-Team hat seinen Sitz in Wien. Die EU bestellte daraufhin den Mitarbeiter des Ratssekretariats, den Österreicher Stefan Lehne, zum Kosovo-Beauftragten, der bei den ab Anfang 2006 in Wien geplanten Gesprächen zu den Kernthemen Dezentralisierung, Schutz religiöser Stätten und Flüchtlingsrückkehr eng mit Ahtisaari und Rohan zusammenarbeiten wird.

3.5. Bosnien und Herzegowina

Der Hohe Repräsentant Lord Paddy Ashdown lobte in seinem Briefing des VN-SR im März die Übernahme der militärischen Operation in Bosnien und Herzegowina durch die EU als ausgezeichnet und nahtlos. Am 15. November präsentierte Ashdown dem VN-SR seinen letzten Bericht als Hoher Repräsentant. Darin hob er die Fortschritte hervor, welche die bevorstehende Aufnahme der Verhandlungen zu SAA ermöglichten, wies jedoch auf nach wie vor bestehende Probleme im Bereich Justiz- und Strafvollzug hin. Wie bereits im Vorjahr rief er den VN-SR nochmals auf, einen Überprüfungsmechanismus für die damals von der Internationalen Polizeieinsatztruppe (IPTF) vorgenommene Entlassung von PolizistInnen einzurichten. Die Resolution zur Verlängerung des Mandats von **EUFOR-Althea** um weitere zwölf Monate wurde am 21. November im Konsens angenommen.

3.6. Zypern

Nach dem Scheitern des Referendums zum Annan-Plan am 24. April gab es keine neuen VN-Initiativen. Der scheidende Untergeneralsekretär für Politische Angelegenheiten, Kieran Prendergast, berichtete dem VN-SR im Juni nach einer Reise in die Region von stark divergierenden Positionen der Parteien. Am 14. Dezember nahm der VN-SR einstimmig eine Resolution zur Verlängerung des Mandats der Friedenstruppe der VN in Zypern (**UNFICYP**) um sechs weitere Monate bis 15. Juni 2006 an.

3.7. Osttimor

Am 21. Mai löste die mit Resolution 1599 geschaffene politische Mission „Büro der VN in Timor-Leste“ (**UNOTIL**) die bisherige friedenserhaltende Operation „Unterstützungsmission der VN in Osttimor“ (**UNMISSET**) ab. Damit wurde auch symbolisch die Postkonfliktphase in Osttimor beendet. UNOTIL konzentriert sich mit 130 fast ausschließlich zivilen BeraterInnen auf die Institutionenbildung, um so die vollständige Übernahme aller staatlichen Funktionen durch die timorischen Behörden und den Abschluss des Staatswerdungsprozesses zu ermöglichen.

*Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen***3.8. Myanmar**

Die Besorgnis erregende Lage in Myanmar wurde gegen Jahresende erstmals im VN-SR im Rahmen von informellen Konsultationen, wenn auch nicht als offizieller Tagesordnungspunkt besprochen. Unter den Mitgliedstaaten des VN-SR herrscht jedoch weiterhin keine Übereinstimmung, ob die Situation in Myanmar eine Gefahr für internationalen Frieden und Sicherheit darstelle.

3.9. Afrika

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre setzten sich fort: Der Umstand, dass Konflikte in Afrika den Großteil der Arbeit des VN-SR einnehmen, spiegelt sich auch im Einsatz des Großteils aller SoldatInnen und ZivilistInnen in friedenserhaltenden Missionen in Afrika wider. Wiederum führte eine der beiden Reisen des VN-SR nach Afrika, in die Region der Großen Seen. Andererseits versteht der VN-SR seine Rolle in Afrika zunehmend als komplementär zur Rolle von Regionalorganisationen, wie AU, ECOWAS und IGAD, und unterstützt Konfliktlösungen auf Basis regionaler Vermittler.

Die Lage im **Sudan** nahm in den Beratungen des VN-SR einen zentralen Platz ein. Dabei konnten eine Reihe von signifikanten Fortschritten erzielt werden. Nach Unterzeichnung des Umfassenden Friedensabkommens am 9. Jänner errichtete der VN-SR am 24. März **UNMIS** mit bis zu 10.000 SoldatInnen und einem entsprechenden Zivilanteil, einschließlich 715 ZivilpolizistInnen, zur Unterstützung der Parteien bei der Umsetzung des Abkommens. Österreich unterstützte den Aufbau des Hauptquartiers der Mission in Khartoum mit fünf Staboffizieren des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Am 31. März fällte der VN-SR mit Resolution 1593 den historischen Beschluss, zur Verfolgung der von der Internationalen Untersuchungskommission zu Darfur festgestellten Kriegsverbrechen sowie schweren Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts den IStGH mit der Lage in **Darfur** zu befassen. Trotz der AU-Mission AMIS II besserte sich die Lage in Darfur nicht (siehe auch Kapitel A.IV.1.2.1.).

In der **Demokratischen Republik Kongo** mussten die ursprünglich in der ersten Jahreshälfte vorgesehenen Wahlen, mit denen der Übergangsprozess abgeschlossen werden hätte sollen, auf das erste Halbjahr 2006 verschoben werden. Verzögerungen gab es unter anderem bei der Reform des Sicherheitssektors, der Demobilisierung, Entwaffnung und Reintegration früherer Kämpfer und der Vorbereitung der Wahlen. Die EU unterstützte die Reform des Sicherheitssektors und der Polizei mit den zwei Missionen EU-SEC RD Congo und EUPOL Kinshasa (siehe Kapitel A.IV.1.2.1.). Insbesondere die zahlreichen im Osten des Landes operierenden, bewaffneten Gruppen stellen eine Gefahr für den Übergangsprozess und die regionale Stabilität dar. Die kurzzeitige Anwesenheit mehrerer hundert Kämpfer der ugandischen LRA führte zu einer regionalen Krise, als Uganda für den Fall

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

der Untätigkeit der Demokratischen Republik Kongo mit dem Einmarsch drohte. **MONUC** wurde bis 30. September 2006 verlängert, verstärkt und zu robuster Unterstützung der Armee der Demokratischen Republik Kongo bei der Bekämpfung bewaffneter Gruppen ermächtigt.

Der Übergangsprozess in **Burundi** wurde mit der Abhaltung von Parlamentswahlen, aus denen die größte Hutu-Partei siegreich hervorging, und der anschließenden Wahl ihres Vorsitzenden Pierre Nkurunziza durch das Parlament zum Präsidenten, erfolgreich abgeschlossen. Die Operation der VN in Burundi (**ONUB**) wurde vom VN-SR bis 1. Juli 2006 verlängert. Auf Wunsch der neuen burundischen Regierung soll die militärische Komponente der Mission bis dahin deutlich reduziert werden. Burundi wird bis auf weiteres auf bedeutende externe Unterstützung für den Wiederaufbau des Landes angewiesen sein.

Im Friedensprozess in **Côte d'Ivoire** waren nur geringe Fortschritte zu verzeichnen. Das Land ist de facto in eine unter Kontrolle der Rebellen der „Forces Nouvelles“ (Neue Kräfte) stehende nördliche und in eine unter Regierungskontrolle stehende südliche Hälfte gespalten. Die Truppen der Operation der VN in Côte d'Ivoire (**UNOCI**) und der französischen „Licorne“-Einheiten trennen die Parteien und überwachen die Einhaltung des Waffenstillstands. AU und ECOWAS nahmen eine aktive Rolle bei den Vermittlungsbemühungen ein, im April schlossen die Parteien unter südafrikanischer Vermittlung das Abkommen von Pretoria ab. Der VN-SR dehnte das Waffenembargo und die Androhung von Sanktionen aus und verhängte ein Importverbot für Rohdiamanten aus Côte d'Ivoire.

Mit 31. Dezember beendete die Mission der VN in **Sierra Leone (UNAMSIL)** ihre Tätigkeit, die allgemein als erfolgreich bewertet wird. Der Wiederaufbau und die Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit stellen jedoch weiterhin große Herausforderungen dar. Der VN-SR schuf daher mit Resolution 1620 das Integrierte Büro der VN in Sierra Leone (**UNIOSIL**), das die Regierung umfassend beim Wiederaufbau unterstützen und für eine effektive Koordination aller VN- und internationalen Bemühungen sorgen soll. Dieses Büro wird allgemein als Modellfall für die im Rahmen der VN-Reform geschaffene Friedenskonsolidierungskommission betrachtet. Der Schutz von SCSL wird seither von einer militärischen Einheit, der VN-Mission in Liberia (UNMIL), gewährleistet.

Der VN-SR betrachtet eine mögliche Rückkehr des Ex-Präsidenten von **Liberia**, Charles Taylor, weiterhin als Gefahr für Frieden und Stabilität in der Region. Der VN-SR beauftragte mit Resolution 1638 **UNMIL** mit der Festnahme Taylors und Auslieferung an SCSL, sollte er nach Liberia einreisen. Die Sanktionen gegen den Diamanten- und Edelmetallsektor wurden vom VN-SR verlängert, da er die Bedingungen für deren Aufhebung weiterhin als nicht gegeben betrachtet. Im September verlängerte der VN-SR das Mandat von UNMIL bis 31. März 2006.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

Im Friedensprozess zwischen **Äthiopien** und **Eritrea** blieben Fortschritte aus, insbesondere bei der Anerkennung und Umsetzung der Entscheidung der Grenzkommission durch Äthiopien. Im Herbst kam es zu einer gefährlichen Zuspitzung der Lage, nachdem Eritrea **UNMEE** den Einsatz von Hubschraubern untersagt, die Mission weit reichenden Bewegungseinschränkungen unterworfen und Missionsangehörige europäischer und nordamerikanischer Nationalität des Landes verwiesen hatte. Der VN-SR rief daraufhin die Regierung Eritreas mit Resolution 1640 zur Aufhebung dieser Maßnahmen auf.

Im Konflikt um die **Westsahara** gab es keine Fortschritte. Der VN-GS ernannte Peter van Walsum (Niederlande) zu seinem Sonderbeauftragten für Westsahara. Das Mandat der Mission der VN für das Referendum in Westsahara (**MINURSO**) wurde verlängert. Die von der Regierung verursachte katastrophale humanitäre Lage in **Simbabwe** führte dazu, dass sich der VN-SR im Rahmen von Konsultationen mehrmals informell mit der Lage im Land beschäftigte. Wie Myanmar befand sich jedoch auch Simbabwe nicht offiziell auf der Tagesordnung des VN-SR.

4. Friedenserhaltende Operationen

Anfang des Jahres bestanden 17 friedenserhaltende Operationen der VN, zu denen 94 Staaten Personal stellten. Im Laufe des Jahres wurde UNMIS eingerichtet, MONUC und die Stabilisierungsmission der VN in Haiti (MINUSTAH) erheblich ausgeweitet sowie UNMIK und UNAMSIL signifikant verringert. UNMISSET wurde mit neuem Mandat als UNOTIL fortgeführt, ebenso wie UNAMSIL als UNIOSIL. Die Gesamtstärke des entsandten Militär- und Polizeipersonals betrug mit Jahresende 69.838 Personen. Die größten Operationen waren MONUC (15.046 Personen), UNMIL (14.824 Personen) und MINUSTAH (7.286 Personen).

Insgesamt nahmen 1.234 ÖsterreicherInnen an vom VN-SR autorisierten Friedensoperationen teil. Zu Jahresende standen 422 ÖsterreicherInnen (383 SoldatInnen, 15 MilitärbeobachterInnen und 24 ExekutivbeamtenInnen) in acht friedenserhaltenden Operationen der VN im Einsatz, 530 SoldatInnen in der vom VN-SR autorisierten Kosovo-Truppe (KFOR). An der vom VN-SR autorisierten ISAF nahmen fünf, an der EU-geführten EUFOR-Althea 290 ÖsterreicherInnen teil. In den VN-geführten Missionen und Friedensoperationen leistete Österreich zu Jahresende unter den Ländern der EU nach Polen, Frankreich und Irland den viertgrößten Personalbeitrag, insgesamt Position 28 unter den 107 Truppenstellern der VN.

Die internationale Zusammenarbeit im Rahmen des von Österreich mitbegründeten SHIRBRIG-Projekts mit dem Ziel der raschen Bereitstellung von Truppen für VN-geführte friedenserhaltende Operationen wurde unter rumänischem Vorsitz fortgesetzt und erfuhr zum bereits vierten Mal eine Bestätigung durch den Einsatz des SHIRBRIG-Brigadekommandos bei UN-

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

MIS. Österreich ist seit 1997 Vollmitglied von SHIRBRIG. Weitere Teilnehmer sind Dänemark, Finnland, Irland, Italien, Kanada, Litauen, die Niederlande, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Slowenien, Spanien und Ungarn.

IV. Der Wirtschafts- und Sozialrat

1. Allgemeiner Teil

Die Sitzung des Wirtschafts- und Sozialrates (**ECOSOC**) in New York vom 27.–29. Juli war vom bevorstehenden VN-Weltgipfel geprägt. Wesentliche Fortschritte konnten bei der Umsetzung der umfassenden dreijährlichen Politiküberprüfung erzielt werden, die auf eine stärkere Zusammenarbeit der VN-Agenturen, Fonds und Programme auf Länderebene abzielt. Die Ergebnisse der funktionellen Kommissionen und Expertengruppen wurden entgegen der Übung nicht automatisch indossiert, die Resolutionsentwürfe der Kommission für Wissenschaft und Technologie, der Kommission für Verbrechenverhütung und Strafjustiz sowie der Menschenrechtskommission wurden teilweise abgeändert bzw. abgelehnt. Die kritische Haltung einiger Staaten zum ECOSOC, insbesondere die Ablehnung von Mandatsverlängerungen, die grundsätzliche Kritik an einer Wiederaufnahme der Sitzung sowie die Modifikation von Kommissionsergebnissen beeinträchtigten das Verhandlungsklima. Österreich war als Beobachter im ECOSOC vertreten und wird von 2006 bis 2008 Mitglied sein.

Das Koordinationssegment des ECOSOC beschäftigte sich mit der Erreichung der international vereinbarten Entwicklungsziele. Dabei wurden im Rahmen Runder-Tisch-Diskussionen besonders die Frage nach einer möglichen Verbesserung der Funktionsweise des VN-Systems sowie Perspektiven und Strategien zur Erreichung der Entwicklungsziele behandelt. Über das im Zuge der Straffung der Arbeitsmethoden des ECOSOC geforderte Mehrjahresprogramm konnte keine Einigung erzielt werden, immerhin wurden dafür die Parameter festgelegt. Der Titel für das Koordinationssegment 2006, „Nachhaltiges Wirtschaftswachstum für die soziale Entwicklung, inklusive der Bekämpfung von Armut und Hunger“, wurde beschlossen. Das operative Segment befasste sich mit der Umsetzung der letzten dreijährlichen umfassenden Grundsatzüberprüfung der operativen Entwicklungsaktivitäten des Systems der VN (TCPR) sowie mit Fragen der Finanzierung der Fonds, Programme und Spezialagenturen. Im Mittelpunkt der Diskussionen mit den VN-Fonds und Programmen stand die Reform der operationellen Aktivitäten des VN-Systems. Das humanitäre Segment stand im Zeichen einer Stärkung der Koordination der humanitären Nothilfe, wobei insbesondere die organisatorischen Aspekte und Kapazitätsfragen behandelt und Erfahrungswerte der Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika diskutiert wurden. Beim generellen Segment kam es entgegen der üblichen Ab-

Der Internationale Gerichtshof

laufweise vermehrt zur neuerlichen Behandlung von Ergebnisberichten der funktionellen Kommissionen und Expertengruppen.

2. Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa

Die in Genf ansässige Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (**UNECE**) widmet sich als eine der fünf Regionalkommissionen der VN der Heranführung der wirtschaftlich schwächeren Länder, insbesondere der Transitionsländer sowie zentralasiatischen Länder, an das übrige Europa vor allem in den Bereichen Verkehr, Umwelt, Energie, Siedlungswesen, Handelserleichterung und Unternehmensentwicklung.

V. Der Internationale Gerichtshof

Der Internationale Gerichtshof (**IGH**), zuständig für Streitigkeiten zwischen Staaten, ist eines der Hauptorgane der VN und hat seit seiner Gründung 1946 seinen Sitz in Den Haag. Der aus Österreich stammende und von Deutschland nominierte Völkerrechtler Bruno Simma ist seit 2003 Richter am IGH.

In den letzten Jahren hat die Zahl der Anrufungen des IGH deutlich zugenommen. Während in den 70er-Jahren oftmals nur ein bis zwei Fälle zu verhandeln waren, standen zu Jahresende noch elf Fälle zur Entscheidung an. Mit den Urteilen zur Verletzung des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen durch die USA (2001 und 2004) und mit dem Gutachten zum Mauerbau in den Palästinensischen Gebieten (2004) konnte der Gerichtshof seine führende Rolle bei der Auslegung des Völkerrechts behaupten. Die behandelten Fälle betreffen oftmals Grenzstreitigkeiten, vor allem in ehemaligen Kolonialgebieten, aber auch andere völkerrechtliche Fragen. Der IGH fällte 2005 bedeutende Urteile, wie den Fall Liechtenstein gegen Deutschland, in dem der Gerichtshof die Klage Liechtensteins für unzulässig erklärte, da nach Auffassung des Gerichtshofs die streitbegründende Tatsache (behauptete Enteignung liechtensteinischen Eigentums in der ehemaligen Tschechoslowakei 1945) zeitlich nicht in die Zuständigkeit des Gerichtshofs falle. Ende Dezember entschied der Gerichtshof im Fall Demokratische Republik Kongo gegen Uganda, dass Uganda durch bewaffnete Aktionen auf dem Staatsgebiet der Demokratischen Republik Kongo unter anderem die Prinzipien des Gewaltverbots und der Nichteinmischung verletzt habe und daher schadenersatzpflichtig sei.

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

VI. Die Sonderorganisationen und angeschlossenen Organisationen der Vereinten Nationen

1. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen

Bei der 33. Konferenz der **FAO** in Rom vom 16.–28. November wurde das Arbeits- und Haushaltsprogramm 2006–2007 von 765,7 Millionen US-Dollar beschlossen. Der seit zwölf Jahren amtierende FAO-Generaldirektor Jacques Diouf (Senegal) wurde für weitere sechs Jahre wiedergewählt. Prof. Noori Naeini (Iran) wurde zum Unabhängigen Vorsitzenden des FAO-Rates gewählt. Großbritannien übernahm den Vorsitz im Programmausschuss.

Bei der 19. Sitzung des Agrarausschusses (**COAG**) in Rom vom 13.–16. April wurden die finanzielle Stärkung der Bereiche Internationales Pflanzenschutzübereinkommen (IPPC), genetische Ressourcen, Crop and Food Supply Assessment Missions (Bewertungsmissionen für Ernte- und Nahrungsmittellieferungen) und Bioenergie sowie die Arbeit an der Umsetzung der freiwilligen Leitlinien zum Recht auf Nahrung im FAO-Arbeitsprogramm 2006–2007 beschlossen. Die SARD-Initiative (Initiative für nachhaltige Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung) gilt als wichtiges Instrument zur Erfüllung der Aufgaben im Rahmen der Weiterverfolgung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung (WSSD).

Der FAO-Ausschuss für Welternährungssicherung (**CFS**) verwies bei seiner 31. Sitzung in Rom vom 23.–26. Mai auf die Notwendigkeit, die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen, berichtete von 36 Staaten, davon 23 in Afrika, die mit Ernährungsnotständen zu kämpfen hätten, und von der Verdreifachung der Zahl der Naturkatastrophen in den letzten 30 Jahren. Der Ausschuss empfahl unter anderem die verstärkte Zusammenarbeit der FAO mit anderen VN-Organisationen, die Entwicklung von Bewertungsinstrumenten zur besseren Abschätzung von Bedürfnissen in Notsituationen, die Ausarbeitung von Strategien gegen Krankheiten (HIV/AIDS) und zur Entwicklung des Ländlichen Raums sowie die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der freiwilligen Leitlinien zum Recht auf Nahrung.

Der **FAO-Welternährungstag** am 16. Oktober stand unter dem Motto „Landwirtschaft und interkultureller Dialog“. Vor dem Hintergrund der grundlegenden Beiträge der Landwirtschaft für die menschliche Kultur veranstaltete das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft in Zusammenarbeit mit dem Ökosozialen Forum Österreich (ÖSFO) und der ADA eine internationale Diskussion zur globalen Ernährungslage „Macht – Globalisierung – Hunger. Wen wird die Landwirtschaft in Zukunft ernähren?“. Die ReferentInnen Franz Fischler (ÖSFO), Maria Kadlecikova (FAO), Fatima Shabodien vom Women on Farms Project in Südafrika und der Kulturwissenschaftler Wolfgang Müller-Funk kamen

Sonder- und angeschlossenen Organisationen der Vereinten Nationen

zum Schluss, dass internationaler Handel und Globalisierung an sich noch keinen Beitrag zur Beseitigung von Armut und Hunger leisten: Nachhaltige Landwirtschaft, ein faires Handelssystem, Gute Regierungsführung und Menschenrechtsschutz sind entscheidend für eine global gerechte Entwicklung.

2. Internationale Arbeitsorganisation

Die 7. Europäische Regionaltagung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) fand in Budapest vom 14.–18. Februar statt. Auf der Tagesordnung standen mit den Fachthemen Jugendbeschäftigung, „flexicurity“ (Flexibilität durch Sicherheit), Migration und Sicherheit im Alter einige der zentralen Probleme Europas. Bei einem informellen Ministertreffen wurden Fragen der sozialen Dimension der Globalisierung besprochen. Im Rahmen der 93. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf vom 31. Mai bis 16. Juni wurde ein Aktionsplan für Jugendbeschäftigung verabschiedet. Am Rande der Konferenz fand ein informelles EU-Ministertreffen zu „Internationalisierung der Beschäftigung – Herausforderung für eine faire Globalisierung?“ statt. Bundesminister Martin Bartenstein nahm sowohl an der Internationalen Arbeitskonferenz als auch an dem informellen EU-Ministertreffen teil. Die VN nahmen im September die ILO-Ziele „Produktive Vollbeschäftigung“ und „Menschenwürdige Arbeit für alle“ als allgemeine Ziele bei der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele in das Schlussdokument der VN-Millenniums-Überprüfung der VN-GV auf und entsprachen damit einer Empfehlung der „Weltkommission über die soziale Dimension der Globalisierung“.

3. Internationale Fernmeldeunion

Die Internationale Fernmeldeunion (ITU) ist Initiatorin des unter der Schirmherrschaft des VN-GS stehenden und in die zwei Phasen Genf 2003 und Tunis 2005 gegliederten Weltgipfels über die Informationsgesellschaft (WSIS). Ziel des ersten Gipfeltreffens in Genf war die Einigung auf eine gemeinsame Vision und ein globales Verständnis bezüglich aller Aspekte der Entwicklung der Informationsgesellschaft. Demgemäß wurden eine politische Grundsatzerklärung sowie ein strategischer Aktionsplan beschlossen. Die von den Entwicklungsländern geforderte Einrichtung des „Digitalen Solidaritätsfonds“ wurde im Rahmen des ersten Gipfeltreffens beschlossen und dieser wurde im März in Genf offiziell etabliert.

Als spezifisch österreichischer Beitrag zum WSIS-Prozess fand unter hochrangiger Beteiligung in Wien am 2. und 3. Juni die internationale Vorbereitungskonferenz „**UN WSIS Contributory Conference on ICT & Creativity**“ (Wiener Konferenz zum Thema „IKT und Kreativität“) statt. Österreich setzt damit seinen Schwerpunkt auf den bisher vernachlässigten Themen-

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

bereich „Inhalte – Kreativwirtschaft – beste Verfahrensweisen“ und nutzte den WSIS-Prozess für Partnerschaften und Kooperationen. Als Ergebnis der Konferenz unter dem Motto „Überbrückung des Content Gap“ wurde eine „**Wiener Erklärung**“ erarbeitet, die anlässlich der zweiten Gipfelphase in Tunis präsentiert wurde.

Die zweiten Phase des Weltinformationsgipfels wurde in Tunis vom 16.–18. November unter Beteiligung von VertreterInnen verschiedener gesellschaftlicher Interessensgruppen sowie von Regierungen und Internationalen Organisationen (Multistakeholder) mit der Annahme der Tunis-Verpflichtung und der Tunis-Agenda für die Informationsgesellschaft erfolgreich abgeschlossen. Die globale Entwicklung der Informationsgesellschaft wurde unter dem Schlagwort „ICT for Development“ (IKT für Entwicklung) als wichtiges Instrument zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele hervorgehoben. Über die Frage betreffend die zukünftige Verwaltung des Internets wurde durch eine zukunftsweisende Kompromissformel im Sinne einer verstärkten Zusammenarbeit und die Einsetzung eines Internet-Forums Einigung erzielt. Weiters wurde die Überprüfung aller bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten für den Einsatz von IKT für Entwicklung festgeschrieben. Zur vermehrten Bewusstseinsbildung wurde die VN-GV ersucht, den 17. Mai zum Welttag der Informationsgesellschaft auszurufen.

Österreich war auf dem Gipfel durch eine Regierungsdelegation unter Leitung von Staatssekretär Franz Morak vertreten und präsentierte einen eigenen Österreich-Stand, wo unter anderem verschiedene Ressorts und Wirtschaftsunternehmen, auch die Ars Electronica, ihre Produkte, Initiativen sowie Errungenschaften vorstellten. Einer der Höhepunkte der österreichischen Präsenz war die Verleihung des „**World Summit Award**“ (Weltgipfelpreis) für Inhalt und Kreativität. Anlässlich der WSA-Festgala unter hochrangiger Beteiligung wurden Preise an die besten 40 Multimedia-Projekte aus 168 Ländern überreicht. Ferner wurde in Tunis die von Österreich finanzierte und ausgearbeitete Weiterentwicklung des „**ICT Benchmarking Tool**“ präsentiert, eine Software zur Messung des IKT-Entwicklungsstands eines Landes.

4. Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung

Die zentrale Aufgabe des 1977 auf Anregung des Welternährungsgipfels von 1974 gegründeten Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (**IFAD**), einer Sonderorganisation der VN, ist die Mobilisierung von Ressourcen zur Unterstützung der ärmsten ländlichen Bevölkerungen in den Entwicklungsländern durch Gewährung von Darlehen zu sehr günstigen Bedingungen und von nicht rückzahlenden Zuschüssen. Wesentliche Elemente dieser Strategie sind die Erleichterung des Zugangs zu Kleinkrediten, angepassten Technologien, fairen Märkten, Basisinfrastruktur, Gesundheitsdiensten und Grundschulbildung, vor allem in marginalen Regio-

Sonder- und angeschlossenen Organisationen der Vereinten Nationen

nen. In den letzten 24 Jahren hat der IFAD rund 600 Projekte im Wert von 7,7 Milliarden US-Dollar finanziert. Die Leistungen des IFAD ergänzen die Kredite der Weltbankgruppe und der regionalen Entwicklungsbanken.

5. Internationale Zivilluftfahrtorganisation

Für die nach dem Beitritt von Timor-Leste 189 Vertragsstaaten zählende Internationale Zivilluftfahrtorganisation (**ICAO**) stand das Jahr 2005 im Zeichen der Weiterentwicklung und Verstärkung der Sicherheit der Zivilluftfahrt. Nach mehreren Flugzeugabstürzen, insbesondere solchen von Billigfluglinien, verstärkte die ICAO im Herbst ihre Anstrengungen, Defizite im Bereich der Betriebssicherheit zu beseitigen. Im Bereich der Sicherheit vor äußerer Gefährdung wurde das Aufsichtsprogramm mit der Überprüfung durch die ICAO in 42 Staaten fortgeführt. Im Jahr 2005 wurden keine Entführungs- oder Sabotageakte bekannt. Österreich, für die Funktionsperiode 2004–2007 Mitglied des ICAO-Rates, arbeitete aktiv an den Verbesserungen mit und setzte sich besonders für eine Reform zur Erhöhung der Effizienz von ICAO ein. Im Rahmen dieses Reformvorhabens einigte man sich auf einen Geschäftsplan mit sechs konkreten strategischen Zielen, wobei Sicherheit und Umwelt erneut den Schwerpunkt bilden.

6. Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Die Umsetzung der ambitionierten Vorgaben, die von der **UNESCO** im vergangenen Biennium im Bereich der internationalen Standards in Angriff genommen wurde, konnte mittels der Annahme der Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt, der Konvention gegen Doping im Sport sowie der Bioethik-Deklaration durch die 33. Generalkonferenz vom 3.–21. Oktober erfolgreich weitergeführt werden. Darüber hinaus bestätigte die Generalkonferenz Koichiro Matsuura für weitere vier Jahre in seinem Amt als Generaldirektor der UNESCO und begrüßte Brunei als 191. Mitgliedstaat der Organisation. Die österreichische Delegation zur Generalkonferenz wurde von Staatssekretär Franz Morak geleitet, der auch an der Plenardebatte teilnahm.

Günter Köck von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) wurde in den Internationalen Koordinationsrat des Programms „Der Mensch und die Biosphäre“ (MAB) gewählt, Univ.-Prof. Karl Heinz Gruber von der Universität Wien in das Internationale Bildungsbüro (IBE). Am 26. Oktober wurde Österreich mit Christoph Bazil vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur für vier Jahre in das in Entsprechung des Zweiten Protokolls der Haager Konvention neu geschaffene Komitee gewählt.

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

Die Annahme des österreichischen Resolutionsentwurfes zum Jahr der Sprachen 2008, die Anerkennung des Wienerwaldes als Biosphärenpark und die Assoziierung der UNESCO mit den Gedenktagen im Biennium 2006/2007 für Wolfgang Amadeus Mozart, Sigmund Freud und Bertha von Suttner sind weitere Erfolge im österreichischen UNESCO-Jahr 2005. Nach der Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika wurde seitens der UNESCO und der Internationalen Ozeanografischen Kommission (IOC) zum Schutz der Küstenbevölkerung weltweit mit den Vorarbeiten für ein globales Frühwarnsystem begonnen. Die Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt wurde während zwei weiterer Tagungen von Regierungsexperten im Februar und in Paris im Mai/Juni diskutiert und ausgearbeitet. Dabei erhielt die Europäische Kommission erstmals einen erweiterten Beobachterstatus, der es ihr ermöglichte, sowohl als eigenständiger Verhandlungspartner wie auch im Namen der Union aktiv an den Verhandlungen mitzuwirken. Anlässlich der 29. Tagung des Welterbekomitees in Durban vom 10.–17. Juli wurden 24 weitere Kultur- und Naturerbestätten aus 29 Ländern in die Welterbeliste aufgenommen, die nunmehr 812 Welterbestätten aus 137 Ländern umfasst. Im Rahmen der Tagung wurde das anlässlich der in Wien vom 12.–14. Mai abgehaltenen Konferenz „Welterbe und zeitgenössische Kultur – Vom Umgang mit der historischen Stadtlandschaft“ angenommene Wiener Memorandum besonders gewürdigt.

7. Weltgesundheitsorganisation

Neben den jährlichen Tagungen im Rahmen des Exekutivrates (115. und 116. Tagung) und der Weltgesundheitsversammlung (58. Session) war die Arbeit der Weltgesundheitsorganisation (**WHO**) von der Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika, der Erdbebenkatastrophe in Pakistan und der Vogelgrippe dominiert.

Die 58. Weltgesundheitsversammlung in Genf vom 16.–25. Mai wurde mit einem Konzertauftritt der Wiener Philharmoniker eröffnet, die für fünf Jahre die Rolle eines WHO-Botschafters des guten Willens übernommen haben. Bundesministerin Maria Rauch-Kallat nahm an der Plenardebatte zum Thema „Jede Mutter und jedes Kind zählen“ teil, wobei sie auch Schwerpunkte der österreichischen Ratspräsidentschaft im Gesundheitsbereich wie „Frauengesundheit“, „Diabetes“ und „Traditionsbedingte Gewalt gegen Frauen“ (HTP) vorstellte. Ein Höhepunkt war die Verabschiedung der neuen „Internationalen Gesundheitsregeln“ (IHR), welche die internationale Zusammenarbeit bei schweren Gesundheitskrisen stärken. Die bisher geltenden Gesundheitsregeln aus 1951 waren den aktuellen Herausforderungen nicht mehr gerecht geworden. Der neue Text soll die Wirksamkeit und die Transparenz der Maßnahmen zur Überwachung, Vorwarnung und Krisenreaktion besonders angesichts einer potenziellen neuen Grippepandemie durch die nationalen Gesundheitsbehörden wesentlich erhöhen. Der

Sonder- und angeschlossenen Organisationen der Vereinten Nationen

von der Weltgesundheitsversammlung verabschiedete Haushalt 2006–2007 beläuft sich bei einer deutlichen Steigerung vor allem im Bereich der freiwilligen Beiträge auf rund 3,3 Milliarden US-Dollar. Neben seinem regulären Pflichtbeitrag leistete Österreich für das Tuberkulosebekämpfungsprogramm der WHO am Südbalkan (30.000 Euro) sowie für die drei prioritären Bereiche der WHO „Frauengesundheit“, „Schwangerschaft sicherer machen“ sowie „Verletzungen und Behinderungen“ (300.000 Euro) freiwillige Beiträge.

Das 2003 verabschiedete Rahmenübereinkommen der WHO zur Kontrolle des Tabakgebrauchs wurde von Österreich ratifiziert.

8. Internationale Atomenergie-Organisation

Hauptaufgabe der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) mit Sitz in Wien ist die weltweite Förderung von Forschung und Entwicklung der friedlichen Nutzung von Kernenergie und ihrer vielfältigen praktischen Anwendungen sowie die Verifikation der Einhaltung der Verpflichtungen des NPT. Österreichs Mitarbeit in der IAEO konzentriert sich insbesondere auf die Bereiche nukleare Sicherheit und Strahlenschutz sowie auf das IAEO-Sicherheitskontrollsystem zur Verhinderung der Verbreitung von Atomwaffen.

Das die Arbeit der IAEO beherrschende Thema des Jahres war das umfangreiche Nuklearprogramm des Iran. Die IAEO konnte zwar zahlreiche Fragen klären, eine endgültige Beurteilung der Frage, ob das iranische Nuklearprogramm ausschließlich friedlichen Zwecken dient, war jedoch nicht möglich. Eine von der EU eingebrachte Resolution im Gouverneursrat im September konstatierte Iran in Bruch mit seinen internationalen Verpflichtungen und forderte mehr Offenheit und Kooperation.

Aufgrund der Zweifel an der Einhaltung des NPT durch einige NPT-Mitgliedstaaten befasste sich die 49. Tagung der IAEO-Generalkonferenz vom 26.–30. September intensiv mit der Frage der Stärkung des IAEO-Verifikationssystems und den Maßnahmen zur Stärkung des Schutzes gegen nuklearen Terrorismus. Vor diesem Hintergrund legte Österreich seinen Schwerpunkt neuerlich auf Sicherheitskontrollabkommen. Eine wie in den Vorjahren zu diesem Bereich von Österreich im Namen der EU ausgearbeitete Resolution wurde im Konsens angenommen. Ein weiterer Schwerpunkt lag erneut im Bereich der nuklearen Sicherheit, in dem Österreich die unter französischer Federführung eingebrachte Resolution „Nukleare Sicherheit – Maßnahmen zur Bekämpfung des nuklearen Terrorismus“ unterstützte.

Kurz nach Wiederwahl von Mohamed El Baradei für eine dritte Amtsperiode als Generaldirektor der IAEO wurde die zentrale Rolle der IAEO und ihres Generaldirektors im Bereich der internationalen Sicherheit und der Friedenssicherung mit dem Friedensnobelpreis gewürdigt.

*Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen***9. Weltorganisation für Tourismus**

Die Weltorganisation für Tourismus (**UNWTO**) ist die führende internationale Organisation auf dem Gebiet Reisen und Tourismus und dient als globales Forum für Tourismuspolitik und Plattform für Tourismus-Know-how und Statistiken. Die UNWTO ist ein zwischenstaatliches Gremium mit Sitz in Madrid und seit November 2003 eine Sonderorganisation der VN. Nach dem Beschluss der Neuaufnahme von weiteren Vollmitgliedern und dem Wiedereintritt von Australien und Großbritannien auf der XVI. Generalversammlung vom 25. November bis 2. Dezember in Dakar (Senegal) besteht die UNWTO aus 150 Voll-Mitgliedern. Letztere repräsentieren den privaten Sektor, Ausbildungseinrichtungen, Tourismusverbände und lokale Tourismusbehörden. Österreich ist seit 1975 Vollmitglied und seit 1995 Mitglied im Programmkomitee, wo es seit September 1999 den Vorsitz innehat.

Eine der Hauptaufgaben der UNWTO stellt der Transfer von tourismusbezogenem Know-how dar. Dazu gab es wichtige Veranstaltungen und Programme, unter anderem das im März abgehaltene 3. Forum zum Thema „Nachhaltiger Tourismus – Armutsbekämpfung“ (ST-EP). Das Projekt ST-EP wurde 2002 gemeinsam mit der Handels- und Entwicklungskonferenz der VN (UNCTAD) am Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung ins Leben gerufen und soll nachhaltigen Tourismus und Armutsbekämpfung miteinander verbinden.

Im Rahmen der Generalversammlung wurde Francesco Frangialli für weitere vier Jahre als Generalsekretär der UNWTO bestätigt. Weiters einigten sich die Delegationen auf UNWTO als neue Abkürzung der Welttourismusorganisation, um weitere Verwechslungen mit der Welthandelsorganisation zu vermeiden. Während der Generalversammlung wurde auch das Arbeits- und Budgetprogramm 2006–2007 beschlossen, in das zwei neue Arbeitsbereiche Eingang fanden: „Die ethische und soziale Dimension des Tourismus“ und „Entwicklung des eTourismus“. Für die mittel- und langfristige strategische Ausrichtung der Organisation wurden die Agenda 2010 sowie das Weißbuch „Entwicklungsszenarien und Prognosen für den Tourismus bis 2020“ abgesegnet.

10. Weltpostverein

Die Tagung des Rates für Postbetrieb, dem neben dem Verwaltungsrat und Konsultativkomitee für technische und operative Fragen zuständigen Gremium des Weltpostvereins (**UPU**), fand vom 17.–28. Jänner am Sitz der UPU in Bern statt. Im Rahmen dieser Tagung wurden die Änderungen der Ausführungsbestimmungen zu den Vertragswerken des Weltpostvereins beschlossen. Diese beinhalten nähere Erläuterungen zum Weltpostvertrag und betreffen die Brief- und Paketpostdienste sowie die Postzahlungsdienste. Die erste reguläre Sitzung des während des Weltpostkongresses in Bu-

Sonder- und angeschlossenen Organisationen der Vereinten Nationen

karest 2004 gegründeten Konsultativkomitees fand am 26. Jänner statt. Dieses neu geschaffene Gremium vertritt die Interessen aller interessierten Kreise, wie KonsumentInnen, Arbeitnehmerorganisationen, Speditionsbetriebe und privaten Postgesellschaften. Das Konsultativkomitee, dem 19 Mitglieder angehören, tritt zweimal jährlich während der Tagungen des Rates für Postbetrieb und des Verwaltungsrates in Bern zusammen.

11. Internationale Seeschifffahrtsorganisation

Der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation (IMO) gehören 166 Mitgliedstaaten und drei assoziierte Mitglieder an. Sie beschließt international rechtsverbindliche Vorschriften zur Verhütung von mit der Seeschifffahrt verbundenen Umweltschäden sowie zur Erhöhung der Sicherheit der Seeschifffahrt. Auf der Tagesordnung der 24. IMO-Versammlung im November standen unter anderem Piraterie; Beschränkungen betreffend Schiffsrouten in besonders sensiblen Meeresgebieten; Ausarbeitung eines verbindlichen Rechtsinstrumentes betreffend Wiederverwertung von Schiffen sowie Schutz vor Festnahme und Strafverfolgung von Seeleuten nach Schiffsunfällen. Österreichs Interesse im Rahmen der IMO gilt besonders den Nachhaltigkeitsaspekten in der Seeschifffahrt, der nuklearen Sicherheit und internationalen Standards zur Bekämpfung des Schlepperwesens auf See.

12. Weltorganisation für Meteorologie

Die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) unterstützt und koordiniert den weltweiten Ausbau eines meteorologischen und hydrologischen Mess- und Beobachtungsnetzes. Darüber hinaus sorgt sie für einen effizienten Datenaustausch, etwa in den Bereichen Luftfahrt, Schifffahrt sowie Landwirtschaft, und arbeitet sowohl an der Standardisierung der globalen Wetterbeobachtung als auch an der Entwicklung von Frühwarnsystemen für Seebeben und Tsunamis. Durch ihre zahlreichen Programme und Aktivitäten schafft die WMO wesentliche Voraussetzungen für den Umweltschutz.

G. Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen

Die Stärkung und Weiterentwicklung des Systems der internationalen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen ist ein erklärtes Ziel der österreichischen Außenpolitik. Österreich unternimmt daher auch im Rahmen der EU zahlreiche Bemühungen, um die Universalisierung der entsprechenden Verträge und Übereinkommen zu unterstützen und zu verwirklichen. Die ergebnislose NPT-Überprüfungskonferenz im Mai war ein Rückschlag auf dem Gebiet der internationalen Bemühungen zur Abrüstung und Nichtverbreitung von Nuklearwaffen. Positiv kann hingegen die Annahme eines Abschlussdokuments der Konferenz zur Universalisierung des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) sowie einer maßgeblich von Österreich vorbereiteten Änderung des Übereinkommens über den physischen Schutz von Kernmaterial (CPPNM) bei einer diplomatischen Konferenz im Juli gewertet werden. Österreich hatte den Vorsitz im Wassenaar Arrangement (WA) inne. Der österreichische Vorsitz der Ottawa-Konvention ging nach zwei Jahren im Dezember zu Ende.

I. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen

1. Nukleare Waffen

Die nukleare Agenda war vom Scheitern der NPT-Überprüfungskonferenz im Mai und von offenen Fragen im Zusammenhang mit dem iranischen Nuklearprogramm bestimmt.

Der NPT stellt mit 189 Vertragsstaaten den Eckpfeiler der nuklearen Nichtweiterverbreitung dar. Nur Indien, Israel und Pakistan sind dem NPT bisher nicht beigetreten. Die NPT-Überprüfungskonferenz im Mai konnte sich – im Gegensatz zur vorhergehenden Überprüfungskonferenz im Jahr 2000 – nicht auf ein substanzielles Schlussdokument einigen und ging ergebnislos zu Ende. Die Konferenz, deren Aufgabe die Stärkung des NPT in seinen drei Säulen, Nichtverbreitung von Nuklearwaffen, nukleare Abrüstung und friedliche Nutzung der Kernenergie war, führte zu einer deutlichen Spaltung der internationalen Gemeinschaft. Die Nuklearwaffenstaaten vertraten die Ansicht, dass in der derzeitigen Situation dem Bereich der Nichtverbreitung von nuklearem Material und Nukleartechnologie Vorrang gegenüber dem Recht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie beizumessen sei. Dagegen unterstrichen zahlreiche Nichtnuklearstaaten, darunter Österreich, die Notwendigkeit, den in Art VI NPT normierten Abrüstungs-

Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation

verpflichtungen der fünf Nuklearwaffenstaaten größere Bedeutung beizumessen und die von der letzten NPT-Konferenz 2000 beschlossenen „13 konkreten Schritte“ umzusetzen.

Die Diskussion um das **iranische Atomprogramm** dominierte die Sommer- und Herbstsitzungen des Gouverneursrates der IAEO. Auf Basis eines IAEO-Berichts verabschiedete der IAEO-Gouverneursrat am 24. September eine Resolution, in der die Nichteinhaltung der Verpflichtungen aus dem IAEO-Sicherheitsabkommen seitens Iran festgestellt wurde. Diese Feststellung bietet gemäß dem Statut der IAEO die rechtliche Grundlage zur Befassung des VN-SR.

Eine unter österreichischer Federführung erarbeitete Änderung der Konvention über den Physischen Schutz von Kernmaterial (**CPPNM**) bedeutet einen maßgeblichen Fortschritt sowohl im Bereich der nuklearen Sicherheit als auch für die Nichtverbreitung von Kernmaterial.

2. CTBT

CTBT sieht ein Verbot aller mit einer nuklearen Kettenreaktion verbundenen Atomtests sowie aller sonstigen nuklearen Explosionen vor. Bisher haben 176 Staaten CTBT unterzeichnet und 126 ratifiziert, darunter 33 der 44 im Annex 2 des Vertrags namentlich genannten Schlüsselstaaten, deren Ratifikation für das Inkrafttreten des Vertrages unerlässlich ist. Kein weiterer dieser Schlüsselstaaten ratifizierte 2005. Mit der Annahme einer Schlusserklärung samt Maßnahmen zur Förderung eines Inkrafttretens des Vertrags stellte die Art-XIV-Konferenz in diesem Jahr einen der wenigen Erfolge im Bereich multilateraler Abrüstung und Nichtverbreitung dar.

Die Hauptaufgabe des Provisorischen Technischen Sekretariats (**PTS**) der Vorbereitungscommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (**CTBT PrepCom**) ist der Aufbau des im Vertrag vorgesehenen Verifikationssystems mit weltweit 321 Überwachungsstationen, 16 Radionuklid-Labors und einem Internationalem Datenzentrum in Wien. Unter dem Eindruck der Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika wurden Tests begonnen, um eventuell seismische Daten einem künftigen Tsunami-Warnsystem zur Verfügung stellen zu können (siehe auch Kapitel D.).

Tibor Tóth (Ungarn) wurde zum neuen Exekutivsekretär gewählt.

3. Genfer Abrüstungskonferenz

Die Genfer Abrüstungskonferenz (**CD**), bestehend aus 66 Mitgliedstaaten (Österreich seit 1996), konnte auch dieses Jahr ihre Krise nicht überwinden. Nach wie vor gibt es keinen Konsens für ein Arbeitsprogramm, weshalb die seit langem überfälligen Verhandlungen für einen „Vertrag über das Verbot

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper“ (FMCT) nicht aufgenommen wurden.

4. Chemiewaffenkonvention

Die 1997 in Kraft getretene Chemiewaffenkonvention (**CWK**) mit 175 Mitgliedern führte ein strafrechtlich zu verfolgendes Verbot sämtlicher Chemiewaffen ein und schreibt die phasenweise Vernichtung bestehender Chemiewaffen bis 2007 bzw. mit Fristerstreckung bis 2012 vor. Bei der Vernichtung der bestehenden Chemiewaffenarsenale (in Albanien, Indien, der Republik Korea, Libyen, Russland und den USA) liegt derzeit nur die Republik Korea (67% ihrer Bestände) im durch die Konvention vorgegebenen Zeitplan. Insbesondere Russland und die USA sind in Verzug, sodass lediglich 17,23% (12.300 Tonnen) der weltweit gemeldeten Bestände vernichtet wurden.

Überdies werden kommerzielle Unternehmen zur Verhinderung jeder Neuproduktion von Chemiewaffen routinemäßigen Kontrollen unterworfen. Seit 2004 unterstützt die Gemeinsame Aktion der EU die Organisation für das Verbot von chemischen Waffen (**OPCW**), im Jahr 2005 mit zwei Millionen Euro. Die Kompetenz und das Engagement Österreichs wurden bei verschiedenen Gelegenheiten unter Beweis gestellt, etwa bei der EU-Übung „Joint Assistance 2005“ in Lemberg (Ukraine), den kontinuierlichen und aktiven Beiträgen zum Thema „Ad-hoc-Inspektionen bei spezifischen Problemen“ (Challenge Inspections) sowie der Leitung der Arbeitsgruppe zu Art X CWK (Hilfeleistungen und Schutz gegen chemische Waffen).

5. BTWK

Das Übereinkommen aus dem Jahr 1972 umfasst das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie ihre Vernichtung. Bemühungen, die BTWK durch die Schaffung eines Verifikationsmechanismus zu stärken, gingen im August 2001 ohne Ergebnis zu Ende. Auch 2005 konnten keine Fortschritte auf dem Gebiet der Verifikation verzeichnet werden, da einige Staaten mit bedeutender biotechnologischer Forschung, insbesondere die USA, diesem Vorhaben ablehnend gegenüberstehen. Das Vertragsstaatentreffen im Dezember befasste sich vorwiegend mit der Erarbeitung eines Verhaltenskodex für Wissenschaftler, die in dem vom Übereinkommen umfassten Bereich Forschung betreiben. Insgesamt haben 154 Staaten die BTWK ratifiziert, weitere 16 Staaten haben sie signiert.

Beschränkung und Kontrolle konventioneller Waffen

6. Ballistische Raketen

Der Internationale Verhaltenskodex gegen die Verbreitung von ballistischen Raketen (**HCOC**) zählte Ende Dezember bereits 123 Mitgliedstaaten. China, Demokratische Volksrepublik Korea, Indien, Israel, Pakistan und Syrien stehen dem Kodex jedoch noch fern. Österreich (Abrüstungsabteilung im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten) ist Sitz des Exekutivsekretariats des Haager Kodex. Im Vordergrund dieses politisch verbindlichen multilateralen Abkommens, dem einzigen normativen Instrument im Bereich der Nichtverbreitung von ballistischen Raketen und Marschflugkörpern, stehen vertrauensbildende Maßnahmen, beispielsweise die Vorankündigung von Raketenstarts und jährliche Meldungen von Weltraumprogrammen.

II. Beschränkung und Kontrolle konventioneller Waffen

1. Antipersonenminen

Österreich setzte seine Bemühungen im Kampf gegen Antipersonenminen sowohl auf politischer als auch operationeller Ebene fort. Das Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, Herstellung und Weitergabe von Antipersonenminen und deren Vernichtung (**Ottawa-Konvention**) wurde 1997 unterzeichnet und trat bereits am 1. März 1999 in Kraft. Bis Jahresende ratifizierten 148 Staaten die Ottawa-Konvention. Österreich begrüßte als eine der treibenden Kräfte des Ottawa-Prozesses diese Entwicklung. Die Konvention zeichnet sich durch beachtliche Fortschritte und einen dynamischen Prozess bei der Umsetzung der Konventionsziele in den Bereichen Minenopferhilfe, Minenräumung, Zerstörung von gelagerten Beständen und Universalisierung der internationalen Norm gegen diese Waffengattung aus. Österreich übergab mit Beginn des Vertragsstaatentreffens in Zagreb im November den Vorsitz des Antipersonenminen-Übereinkommens an Kroatien.

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten förderte im Rahmen seines **Minenaktionsprogramms** im Ausmaß von 1,5 Millionen Euro Minenräumungs- und Vernichtungsmaßnahmen, Bewusstseinsbildungs- und Opferhilfsprogramme sowie Maßnahmen zur Stärkung der Ottawa-Konvention. Zudem wurde eine Neuausrichtung des österreichischen Minenaktionsprogramms für den Zeitraum 2006–2009 beschlossen. In den kommenden Jahren werden die von Österreich vergebenen Mittel demnach vornehmlich in Südosteuropa und in Afrika konzentriert und verstärkt an die Einhaltung und Umsetzung der Ottawa-Konvention gebunden.

*Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen***2. Besonders verletzende konventionelle Waffen**

Österreich setzt sich aktiv für die Umsetzung der Verpflichtungen und Weiterentwicklung des Übereinkommens über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können von 1980 (CCWC) ein. Die Arbeiten zu den Themenbereichen „Streumunition“ und „Minen, die keine Antipersonenminen sind“ (MOTAPM) wurden bei mehreren Tagungen fortgesetzt. Das 2003 beschlossene Protokoll V der Konvention betreffend „explosive Kampfmittelrückstände“ trat mangels Vorliegens aller notwendigen VN-Sprachfassungen noch nicht in Kraft.

3. Kleinwaffen und leichte Waffen

Im Rahmen des 2001 von den VN beschlossenen Aktionsprogramms gegen den illegalen Handel von **KLW** fand in New York vom 11.–15. Juni das zweite Biennaltreffen zu seiner Implementierung statt. Das wesentliche Ergebnis war die Fertigstellung eines politischen, rechtlich nicht bindenden Instruments zur Identifikation und Verfolgbarkeit von illegalen KLW, das im Herbst von der VN-GV im Konsens angenommen wurde.

Der Europäische Rat vom 15. und 16. Dezember beschloss in konsequenter Weiterführung der internationalen Führungsrolle der Union bei der Umsetzung des VN-Aktionsprogramms eine „EU-Strategie zur Bekämpfung der Ansammlung und des illegalen Handels mit KLW und ihrer Munition“. Im Rahmen ihrer GASP und Entwicklungspolitik plant die EU eine verstärkte Bereitstellung technischer und finanzieller Hilfe. Österreich unterstützt schwerpunktmäßig KLW-Projekte in Südosteuropa.

4. Ausfuhrkontrolle konventioneller Waffen

Das Außenhandelsgesetz und – als *lex specialis* für Kriegsmaterial – das Kriegsmaterialgesetz (BGBl 540/1977) sind in Österreich die Rechtsgrundlagen für Waffenexporte. Das Außenhandelsgesetz 2005 BGBl I 50/2005 (AußHG 2005), mit dem auch das Kriegsmaterialgesetz geändert wurde, trat am 1. Oktober in Kraft und stellt eine wesentliche Verbesserung der bisherigen Rechtslage im Bereich der Waffenexportkontrolle dar. Durch dieses Gesetz erfolgte aufgrund völkerrechtlicher oder politischer Verpflichtungen zum einen die Anpassung bereits bestehender Regelungen (etwa Ein-, Aus- und Durchfuhr- sowie Vermittlungsbeschränkungen hinsichtlich des Transfers von Waffen), zum anderen die Erfassung neuer Bereiche (etwa Kontrolle des innergemeinschaftlichen Handels bei bestimmten Gütern und Beschränkungen von technischer Unterstützung, die außerhalb der EU erbracht werden soll und einer militärischen Endverwendung dient). Mit der Neuformulierung der Bewilligungskriterien entsprechend den im politisch

Multilaterale Exportkontrollregime

verbindlichen EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren verankerten acht Kriterien konnte ein wichtiger Schritt zur Verbesserung von Glaubwürdigkeit, Konsistenz und Kohärenz der österreichischen Waffenexportkontrolle gesetzt werden. Dem 1998 geschaffenen EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren kommt bei diesem Prozess eine zentrale Rolle zu. Die technischen Arbeiten zur Ausweitung des Anwendungsbereichs des Kodex auf die Kontrolle von Vermittlungsgeschäften, von Transit und Technologietransfer sowie zur Aufwertung des Kodex als rechtlich verbindlicher Gemeinsamer Standpunkt wurden abgeschlossen.

III. Multilaterale Exportkontrollregime

Vorrangiges Ziel der bestehenden **fünf Kontrollregime** ist es, durch die Koordination nationaler Exportkontrollen zu verhindern, dass sensitive Technologie und Know-how in die Hände von Staaten geraten, die damit militärische Zwecke verfolgen könnten. Hauptinstrumente dieser Regime sind Listen mit relevanten Waren bzw. Substanzen sowie Richtlinien betreffend den Export in Nicht-Mitgliedstaaten. Österreich gehört allen fünf Regimen an.

Im Nuklearbereich bestehen das Zangger-Komitee (**ZC**) und die Gruppe der (wichtigsten) nuklearen Lieferländer (**NSG**). Diese haben 35 bzw. 44 Mitglieder und führen Kontrolllisten sensibler nuklearer Güter und Ausrüstungen mit dem Ziel, insbesondere Urananreicherung und Plutoniumverarbeitung für nicht friedliche Zwecke zu verhindern. Der langjährige österreichische Vorsitzende des Zangger-Komitees, Fritz Schmid, verstarb zu Beginn des Jahres. Auf dem Gebiet der chemischen und biologischen Waffen nimmt die 39 Mitglieder umfassende Australien-Gruppe (**AG**) eine ähnliche Funktion ein. Das Trägertechnologie-Kontrollregime (**MTCR**) mit 34 Mitgliedern dient zur Vorbeugung der Verbreitung von ballistischen Raketen (Raketen mit Steuerungssystemen und Marschflugkörpern), wegen ihrer Bedeutung als Trägermittel für Massenvernichtungswaffen.

Im Bereich der konventionellen Waffen und der doppelverwendungsfähigen Güter und Technologien für die Herstellung solcher Waffen kommt dem **WA**, dessen Sekretariat in Wien seinen Sitz hat, eine zentrale Bedeutung zu. Österreich übernahm mit Dorothea Auer erstmals den Vorsitz im WA-Plenum. Ziel der 39 Teilnehmerstaaten zählenden Einrichtung ist die Friedenssicherung durch erhöhte Transparenz und Vermeidung destabilisierender Ansammlungen konventioneller Waffen und doppelverwendungsfähiger Güter im Wege des freiwilligen Informationsaustauschs.

H. Der internationale Schutz der Menschenrechte

I. Einleitung

Die Förderung der weltweiten Umsetzung internationaler Menschenrechtsstandards gehört zu den zentralen Anliegen Österreichs. Schwerpunktthemen waren die Abschaffung der Todesstrafe, der Schutz von Minderheiten, die Rechte von Frauen und Kindern, insbesondere in bewaffneten Konflikten, die Situation von Binnenvertriebenen, die Unterbindung von Menschenhandel, die wirksame Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie Menschenrechtsbildung, die Förderung von Demokratisierung und Guter Regierungsführung. Österreich setzte wichtige Akzente in den mit Menschenrechten befassten EU-Gremien, im Rahmen internationaler Organisationen wie VN, Europarat und OSZE sowie in bilateralen politischen Dialogen mit Regierungen in aller Welt. Weiters engagierte sich Österreich intensiv für die Stärkung der Bürgergesellschaft sowie für im Menschenrechtsbereich aktive NGOs.

II. Menschenrechte in der EU

1. Die EU-Menschenrechtspolitik

Die Entwicklung und Festigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sind eine Zielsetzung der GASP der Union. Fragen der EU-Menschenrechtspolitik werden von den EU-MenschenrechtsdirektorInnen in der Formation der Ratsarbeitsgruppe COHOM und in Zusammenarbeit mit geographischen Ratsarbeitsgruppen sowie dem von der Europäischen Kommission geleiteten Ausschuss für Menschenrechte und Demokratisierung diskutiert. Österreich wirkte insbesondere in den Bereichen der Umsetzung und Evaluierung von EU-Leitlinien zu Kindern und bewaffneten Konflikten, der Umsetzung der Leitlinien zum Schutz und der Förderung von MenschenrechtsverteidigerInnen sowie der Vorbereitung der Errichtung einer Europäischen Menschenrechtsagentur mit. Darüber hinaus war Österreich aktiv an der EU-internen Diskussion zu den in der MRK und VN-GV behandelten Themen und EU-Länderinitiativen beteiligt.

Zu den im Dezember 2003 auf österreichische Initiative erstellten **Leitlinien für den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten** wurde unter britischer Ratspräsidentschaft eine Evaluierung durchgeführt, um die EU-Bemühungen in diesem Bereich in umfassender Weise zu stärken. Die Umsetzung der **Leitlinien zu den MenschenrechtsverteidigerInnen** stellte einen Schwerpunkt im Arbeitsprogramm 2005 der EU für den Menschenrechtsbereich dar. Ziel der EU-Leitlinien ist eine Verbesserung der praktischen Maßnahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten zum Schutz und der Förderung von MenschenrechtsverteidigerInnen. Unter britischem Ratsvor-

Menschenrechte in der EU

sitz wurde dazu eine weltweite Kampagne zum Recht auf Meinungsfreiheit durchgeführt. Als Mitglied der EU-Troika beteiligte sich Österreich im zweiten Halbjahr aktiv an Interventionen der EU in über 20 Ländern zum Schutz akut gefährdeter MenschenrechtsverteidigerInnen und JournalistInnen.

Das **siebente EU-Menschenrechtsforum**, das dem Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen EU-Mitgliedstaaten, Institutionen der Union und VertreterInnen der Zivilgesellschaft dient, wurde in London im Dezember abgehalten. Es stand im Zeichen des Rechts auf Meinungsfreiheit und behandelte Fragen, wie etwa im Fall von Straflosigkeit bei Übergriffen gegen JournalistInnen und bei einer so genannten „Diffamierungsgesetzgebung“ zur Beschneidung der Meinungsfreiheit vorzugehen sei. Ein Arbeitskreis war der Überprüfung der konkreten Umsetzung der EU-Richtlinien zu MenschenrechtsverteidigerInnen gewidmet.

Die weltweite Abschaffung der Todesstrafe gehört für Österreich und seine Partner in der EU weiterhin zu einer der Prioritäten der Menschenrechtspolitik. Dieses Ziel wird zum einen mit generellen und auf Einzelfälle bezogenen Demarchen auf Grundlage der **Leitlinien für eine Unionspolitik gegenüber Drittländern betreffend die Todesstrafe**, zum anderen mit einer verstärkten Thematisierung dieser Frage in regionalen und internationalen Gremien verfolgt. Im Rahmen der 61. Tagung der MRK wurde von der EU wie in den Vorjahren die Resolution über die Todesstrafe eingebracht.

Eine weitere Priorität der EU-Menschenrechtspolitik ist die Bekämpfung von Folter, die insbesondere durch die im April 2001 von der EU verabschiedeten **Leitlinien gegen Folter** umgesetzt werden soll. Die EU führt in Entsprechung dieser Leitlinien Demarchen unter anderem in Staaten durch, deren erster Bericht an das VN-Komitee gegen Folter noch ausständig ist, sowie in jenen Ländern, die auf eine Besuchsanfrage des VN-Sonderberichterstatters für Folter bislang nicht reagiert haben. Weiters werden Demarchen in Staaten durchgeführt, in denen individuelle Foltervorfälle bekannt werden. Der österreichische Menschenrechtsexperte Univ.-Prof. Manfred Nowak ist seit November 2004 Sonderberichterstatter über Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe. Der Sonderberichterstatter bereist einzelne Staaten, übermittelt Appelle betreffend Einzelpersonen, die von Folter bedroht sind, und berichtet jährlich der MRK und der VN-GV, um die Situation in Gefängnissen und anderen Anhaltezentren beurteilen zu können. Österreich legte dem VN-Komitee gegen Folter seinen dritten Staatenbericht vor und präsentierte diesen in Genf am 16. und 17. November im Rahmen einer Staatenprüfung.

Die Erstellung der auf eine Initiative Österreichs zurückgehenden **Menschenrechtsländerblätter** (Fact Sheets) durch EU-Missionschefs vor Ort wurde fortgesetzt, unter britischer Ratspräsidentschaft wurden bereits erste Aktualisierungen durchgeführt.

Der internationale Schutz der Menschenrechte

Die Umsetzung von konkreten Projekten und Programmen im Bereich der EU-Menschenrechtspolitik erfolgt durch das Instrument von **EIDHR**, das rund 120 Millionen Euro umfasst und von der Europäischen Kommission in Beratung mit den Mitgliedstaaten verwaltet wird. EIDHR-Projekte werden zum überwiegenden Teil öffentlich ausgeschrieben und von NGOs durchgeführt. Die Themenbereiche sind insbesondere Menschenrechte von Frauen und Kindern, Abschaffung der Todesstrafe, Demokratisierung/Gute Regierungsführung/Rechtsstaatlichkeit, Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Kampf gegen Folter/Straflosigkeit sowie Unterstützung von Internationalen Tribunalen und IStGH.

In Umsetzung der Wiener Erklärung vom 10. Dezember 1998 wurde der siebente **EU-Jahresbericht zur Menschenrechtslage** verabschiedet, der von allen EU-Partnern in gemeinsamer Arbeit verfasst wurde. Der Bericht ist unter ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/HR2005de.pdf abrufbar.

Ein wichtiger Bereich in der Umsetzung der EU-Menschenrechtspolitik sind die **EU-Wahlbeobachtungsmissionen**, die von der Europäischen Kommission organisiert werden. Die EU entsandte seit 2000 43 Wahlbeobachtungsmissionen. Im Rahmen des von der EU eingerichteten Projekts „Netz von Europäern für die Unterstützung von Wahlen und Demokratie“ (NEEDS) werden Trainingsseminare für WahlbeobachterInnen angeboten. NEEDS-Seminare werden unter anderem auch im Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) abgehalten. Rund 70 ÖsterreicherInnen kamen 2005 bei Wahlbeobachtungsmissionen der EU in Afghanistan, Äthiopien, Burundi, Guinea-Bissau, Libanon, Liberia, Sri Lanka, Venezuela, Westjordanland/Gaza-Streifen zum Einsatz.

Nach dem Beschluss des Europäischen Rates in Brüssel vom Dezember 2003 über die Erweiterung des Mandats der in Wien ansässigen Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (**EUMC**) und die Umwandlung in eine Europäische Menschenrechtsagentur wurden weitere Umsetzungsschritte gesetzt. Nach Abschluss des Konsultationsprozesses im Jänner veröffentlichte die Europäische Kommission Ende Juni einen Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Errichtung einer **Agentur der Europäischen Union für Grundrechte** sowie für einen Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Agentur, ihre Tätigkeiten in den Bereichen nach Titel VI des Vertrags über die Europäische Union auszuüben. Dieser Vorschlag wurde im Rat verhandelt. Die eigens dafür eingerichtete Ad-hoc-Ratsarbeitsgruppe „Grundrechte und Unionsbürgerschaft“ konstituierte sich unter britischer Ratspräsidentschaft am 7. Juli. Die Europäische Kommission sieht den Arbeitsbeginn der Agentur für den 1. Jänner 2007 vor.

Das von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Mandat für die Agentur stimmt mit den österreichischen Vorstellungen überein, dass die Hauptaufgabe der Agentur in der Service- und Beratungstätigkeit für EU-

Menschenrechte in der EU

Institutionen als Grundlage für deren politische und rechtliche Entscheidungen in menschenrechtlichen Belangen besteht. Durch Sammeln von Daten, Erstellen von Analysen, Gutachten und Empfehlungen soll die Agentur die EntscheidungsträgerInnen in der EU unterstützen und zur erhöhten Kohärenz der EU-Menschenrechtspolitik beitragen. Die Agentur sollte keine laufende Überprüfung (Monitoring) der allgemeinen Menschenrechtssituation in den Mitgliedstaaten durchführen, um Duplizierungen mit bestehenden Einrichtungen zu vermeiden. Dieses Monitoring wird bereits von verschiedenen internationalen Organisationen, insbesondere von den Mechanismen des Europarates und der VN erfolgreich wahrgenommen.

Die für die Verhandlungen zur Errichtung der Grundrechteagentur gegründete innerstaatliche Arbeitsgruppe mit VertreterInnen aller betroffenen Ressorts (Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten; Bundeskanzleramt/Verfassungsdienst; Bundesministerium für Inneres; Bundesministerium für Justiz; Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz sowie Bundesministerium für Gesundheit und Frauen) trägt sowohl national als auch in entsprechenden europäischen Foren zu einem erfolgreichen kohärenten Auftreten Österreichs bei.

Die Agentur für Grundrechte wird ihren Sitz in Wien behalten, wobei der derzeitige Personalstand sowie das Budget des EUMC deutlich aufgestockt werden.

2. Strukturierte Menschenrechtsdialoge

Im Dezember 2001 verabschiedete die EU **Leitlinien für Dialoge im Bereich der Menschenrechte**, in denen Kriterien für die Aufnahme, Durchführung und Evaluierung von Dialogen mit Drittstaaten im Menschenrechtsbereich erstellt wurden. Dabei wurden unterschiedliche Dialogformen identifiziert: strukturierte Menschenrechtsdialoge, Ad-hoc-Dialoge, Dialoge aufgrund von Abkommen (beispielsweise Cotonou) sowie Konsultationen mit gleichgesinnten Staaten im Vorfeld von menschenrechtlichen Großveranstaltungen. In Ergänzung dieser Leitlinien hat COHOM im September ein halbjährlich zu erörterndes Dokument verabschiedet, das einen Überblick über die verschiedenen Arten von Menschenrechtsdialogen und -konsultationen gibt, das Verfahren und Kriterien für die Aufnahme solcher Dialoge beschreibt sowie in einer Standard-Liste die Kernanliegen für die EU-Menschenrechtsdialoge festlegt.

2.1. China

Der seit 1995 stattfindende **strukturierte Menschenrechtsdialog** zwischen der EU und China wurde im Februar und Oktober durch Treffen der EU-Troika mit VertreterInnen der chinesischen Regierung fortgesetzt. Österreich war an der Dialogrunde im Herbst als Mitglied der EU-Troika vertre-

Der internationale Schutz der Menschenrechte

ten. Die Dialog-Runden wurden durch ein Expertenseminar mit TeilnehmerInnen aus dem akademischen Bereich, NGOs und VertreterInnen der EU und Chinas zu speziellen Menschenrechtsthemen ergänzt. Darüber hinaus fanden Seminare zur Ratifikation des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte sowie zum Recht auf Meinungsäußerungsfreiheit und zur Todesstrafe statt. Im Rahmen des Menschenrechtsdialogs EU-China werden regelmäßig auch folgende Fragen, einschließlich spezifischer Einzelfälle, angesprochen: Folterverbot, Todesstrafe, Tibet und Xinjiang sowie die ungewöhnlich harte Verfolgung von AnhängerInnen der Demokratiebewegungen, von religiösen Gruppen und der Falun-Gong-Bewegung. Beide Dialogrunden standen im Lichte der Umsetzung der Empfehlungen des Rates zum Menschenrechtsdialog EU-China vom Oktober 2004. Der Rat kritisierte in seiner Evaluierung 2004 fehlende Fortschritte, vor allem in den Bereichen Todesstrafe und Meinungsfreiheit. Der Menschenrechtsdialog mit China wurde in seiner Gesamtheit dennoch als ein wichtiges Instrument der Zusammenarbeit zwischen der EU und China gesehen. Österreich befürwortet aus diesem Grund dessen Fortsetzung.

Der China-Besuch von Sonderberichterstatter Nowak fand vom 20. November bis 2. Dezember statt und wurde von ihm grundsätzlich positiv und konstruktiv bewertet. Folterpraktiken seien trotz leicht rückläufiger Tendenzen im städtischen Bereich immer noch weit verbreitet. Der Besuch stellte die Erfüllung einer langjährigen EU-Forderung dar. Nun drängt die EU vor allem auf die Erfüllung der vom Sonderberichterstatter unterbreiteten Empfehlungen.

2.2. Iran

Die Wahl von Mahmoud Ahmadinejad zum Staatspräsidenten führte im Laufe des zweiten Halbjahres zu einer weiteren Verschlechterung der an sich bereits kritischen Menschenrechtssituation im Iran. Der seit Ende 2002 laufende Menschenrechtsdialog kam faktisch zum Erliegen. Die vierte Runde hatte im Juni 2004 in äußerst gespannter und von wenig Kooperationsbereitschaft geprägter Atmosphäre stattgefunden. Der EU gelang es trotz wiederholter Initiativen nicht mehr, die Gespräche mit dem Iran fortzusetzen. Österreich misst dem Menschenrechtsdialog mit dem Iran große Bedeutung bei und tritt – unter der Voraussetzung einer eindeutigen Zusage der iranischen Behörden zur Verbesserung der Menschenrechtssituation und Förderung der Rechtsstaatlichkeit im Iran – weiterhin für die Fortsetzung des Dialogs ein.

III. Menschenrechte in den Vereinten Nationen

Die Wiener Weltkonferenz für Menschenrechte gab 1993 den Anstoß für die Stärkung der operativen Menschenrechtskapazitäten der VN. Österreich

Menschenrechte in den Vereinten Nationen

unterstützt dabei vor allem Strategien zur Stärkung der menschlichen Sicherheit. Als wesentliche Instrumente zur Förderung der Menschenrechte, aber auch der Konfliktverhütung und Friedenskonsolidierung dienen dabei Aufbau und Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, Guter Regierungsführung, einer aktiven Zivilgesellschaft und lokaler Menschenrechtsstrukturen sowie breit angelegte Maßnahmen im Bereich der Menschenrechtsbildung auf allen Ebenen der Gesellschaft. Der VN-Gipfel unterstrich den Schutz der Menschenrechte als eine der zentralen Aufgaben der VN. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, wurde beim Gipfel die Schaffung eines Menschenrechtsrates in Ablöse der MRK beschlossen.

1. Die Menschenrechtskommission

Die MRK ist die treibende und koordinierende Kraft in der universellen Menschenrechtsarbeit mit politischer Signalwirkung. Die Arbeit der MRK bildet die Grundlage der Arbeit der VN-GV im Bereich der Menschenrechte. Die **61. MRK** vom 14. März bis 22. April zeichnete sich im Vergleich zu den vergangenen Jahren durch einen leichten Rückgang des üblichen Konfrontationsszenarios und einer um Konsens bemühten Atmosphäre aus. Die positiven Entwicklungen im Nahen Osten trugen zu dieser Entspannung wesentlich bei. Es gab kein weiteres externes, auf den Verlauf der MRK einwirkendes Ereignis. Der Umstand, dass die EU von der Einbringung von Initiativen zur Menschenrechtslage in Simbabwe und Tschetschenien sowie die USA von einer solchen zu China Abstand nahmen, wirkte sich zwar positiv auf die Atmosphäre aus, jedoch grundsätzlich negativ auf die Glaubwürdigkeit der MRK. Gleichzeitig stand die Tagung unter dem Zeichen der Reformdebatte, wobei der VN-GS und die Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbour, sich für eine Reform der MRK aussprachen. Die Aussage des VN-GS über den Verlust der Glaubwürdigkeit der MRK wurde von vielen Delegationen aus Nord und Süd mit sehr unterschiedlichen Motiven zitiert.

Der Trend zur Abnahme von konfrontativen Ländertexten setzte sich vor allem deshalb fort, weil eine zunehmende Anzahl von Staaten des Südens den dafür vorgesehenen Tagesordnungspunkt „Menschenrechtsverletzungen in aller Welt“ ablehnte und entsprechende Resolutionen – mit Ausnahme gegen politisch isolierte Staaten wie Belarus, Demokratische Volksrepublik Korea, Kuba und Myanmar – nur mehr sehr schwer eine Mehrheit fanden. Daher wurden Ländersituationen zunehmend unter dem Tagesordnungspunkt „Technische Zusammenarbeit“ eingebracht, welcher die Zustimmung des betroffenen Landes erforderte (Burundi, Kambodscha, Demokratische Republik Kongo, Nepal, Sierra Leone, Somalia und Sudan). Einige Situationen (Afghanistan und Kolumbien) wurden auch unter dem Tagesordnungspunkt „Organisation der Arbeit der MRK“ behandelt. Diese Tagesordnungspunkte schmälerten zwar das Konfliktpotenzial der MRK,

Der internationale Schutz der Menschenrechte

ließen jedoch schwere und systematische Menschenrechtsverletzungen von der MRK unerwähnt, ein Umstand, der die Glaubwürdigkeit der MRK infrage stellte.

Der EU gelang es nach intensiven Verhandlungen mit der Afrikanischen Gruppe und trotz anfänglich massiven Widerstands des betroffenen Staates, den von der Afrikanischen Gruppe eingebrachten Text zu Sudan erheblich zu stärken. Der Text verurteilt insbesondere die andauernde Gewalt gegen die Zivilbevölkerung und fordert die Regierung des Sudan auf, einschlägige Resolutionen des VN-SR umzusetzen und die Unterstützung für die Janjaweed-Milizen zu beenden. Diese Zugeständnisse der Afrikanischen Gruppe veranlassten die EU, die ursprünglich unter dem Tagesordnungspunkt „Menschenrechtsverletzungen in aller Welt“ vorgesehene EU-Initiative zu Sudan zurückzuziehen. Im Fall von Nepal führte das Unterzeichnen eines Memorandum of Understanding über die Errichtung einer Präsenz des Amts der Hochkommissarin für Menschenrechte (OHCHR) in Nepal zu einer Einigung auf eine Konsens-Resolution.

Zu mehreren thematischen Initiativen gab es positive Entwicklungen. Die österreichische Resolution zu Minderheiten sieht die Bestellung einer/s unabhängigen Expertin/en für Minderheiten zur Umsetzung der Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören, in Zusammenarbeit mit Regierungen vor. Neu ist das Mandat einer/s Sonderberichterstatterin/s der MRK über die Förderung und den Schutz der Menschenrechte bei der Bekämpfung des Terrorismus. Dieses umfasst unter anderem Beratung und technische Unterstützung von Regierungen sowie die Zusammenarbeit mit relevanten VN-Einheiten, einschließlich des in Wien angesiedelten Büros der VN für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (**UNODC**). Für den Bereich der Menschenrechtsverantwortlichkeit von transnationalen Unternehmen wurde ein Sonderbeauftragter eingesetzt. Die MRK nahm wichtige Resolutionen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit an: Transitional Justice (Aufarbeitung von Unrecht), Recht auf Wahrheit sowie Schutz von ZivilistInnen in bewaffneten Konflikten. Im Bereich der Normensetzung konnte ein wichtiger Prinzipienkatalog über Entschädigung für Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen angenommen werden. Bei einigen thematischen Resolutionen konnte jedoch eine Verhärtung der Positionen beobachtet werden, etwa bei Rassismus.

Die EU war auch dieses Jahr der aktivste Teilnehmer der MRK. Insgesamt wurden von der EU zwölf Erklärungen zu unterschiedlichen Themen abgegeben, darunter die EU-Länderrede und die allgemeine Erklärung der EU im Hochrangigen Segment (HLS). In Umsetzung der Schlussfolgerungen des Rates Allgemeine Angelegenheiten brachte die EU Länderinitiativen zur Menschenrechtssituation in Belarus (gemeinsam mit den USA), in der Demokratischen Volksrepublik Korea (gemeinsam mit Japan) und in Myanmar ein. Ein EU-Text zu den israelischen Siedlungen in den Besetzten Gebieten

Menschenrechte in den Vereinten Nationen

wurde aufgrund des Zuvorkommens der arabischen Gruppe nicht eingebracht. Weiters verhandelte die EU Vorsitzerkklärungen zu Afghanistan und Kolumbien. Thematische Resolutionen unternahm die EU zu Kinderrechten (mit der Gruppe der lateinamerikanischen und karibischen Staaten), Todesstrafe und Beseitigung religiöser Intoleranz (mit Verweis auf Antisemitismus). Weiters führte die EU Verhandlungen mit der Afrikanischen Gruppe betreffend die Menschenrechtslage in Burundi, in der Demokratischen Republik Kongo, in Sierra Leone, im Sudan und Tschad und unterstützte die Initiative der Schweiz zu Nepal.

Österreich nahm dieses Jahr als Beobachter an der MRK teil, war jedoch auch inhaltlich in den EU-Entscheidungsfindungsprozess eingebunden. Der Leiter des Völkerrechtsbüros, Hans Winkler, vertrat Österreich im HLS. Beide österreichischen Resolutionsinitiativen, zu Minderheiten und Binnenvertriebenen, wurden auch heuer im Konsens angenommen (siehe Kapitel H.VII.4. und 5.).

2. Die Generalversammlung

Die Arbeit im Dritten Komitee der 60. VN-GV verlief in sachlicher und vergleichsweise ruhiger Atmosphäre. Österreich brachte wieder thematische Resolutionen zum „Schutz der Menschenrechte in der Justizverwaltung“ und „Minderheitenrechte“ ein, die beide im Konsens angenommen wurden. Die Resolution zu den Minderheitenrechten begrüßt das von Österreich bei der 61. MRK geschaffene Mandat einer/s unabhängigen Expertin/en für Minderheitenfragen und konsolidiert somit die Fortschritte im Bereich des Minderheitenschutzes. Die Resolution über den Schutz der Menschenrechte in der Justizverwaltung konzentriert sich auf Jugendgerichtsbarkeit und begrüßt in diesem Zusammenhang die vom ECOSOC im Juli angenommenen „Leitlinien für den Schutz kindlicher Opfer und Zeugen von Straftaten in Justizverfahren“ sowie die Tätigkeit der Interinstitutionellen Gruppe für die Jugendgerichtsbarkeit. Die Resolution unterstreicht ebenso die Bedeutung des Aufbaus und der Stärkung der Justizverwaltung in Postkonfliktsituationen und fordert den VN-GS auf, die Aktivitäten der VN in diesem Bereich auch durch Einbindung der neu geschaffenen Kommission für Friedenskonsolidierung und der Unterstützungsgruppe Rechtsstaatlichkeit (Rule of Law Assistance Unit) zu koordinieren.

Die EU brachte Länderresolutionen zur Menschenrechtslage in der Demokratischen Republik Kongo, der Demokratischen Volksrepublik Korea, Myanmar, Sudan und Usbekistan ein, Kanada zum Iran und die USA zu Turkmenistan. Mit Ausnahme der Resolution zum Sudan, die aufgrund eines angenommenen Nichtbehandlungsantrages nicht zur Abstimmung gebracht werden konnte, wurden alle Resolutionen angenommen. Eine zunehmende Zahl von Ländern lehnt jedoch die Einbringung von Länderresolutionen aus prinzipiellen Gründen ab und bringt aus diesem Grund

Der internationale Schutz der Menschenrechte

Nichtbehandlungsanträge ein. Sind diese erfolgreich, kann eine Mehrheit der VN-Mitgliedstaaten auf diese Weise die Behandlung von Situationen systematischer, andauernder und gravierender Menschenrechtsverletzungen durch das einzige universelle Menschenrechtsorgan verhindern. Es wurden Nichtbehandlungsanträge zu Iran, Myanmar, Turkmenistan und Usbekistan eingebracht, die jedoch mit knappem Ergebnis abgelehnt wurden.

Die von der EU eingebrachte Resolution zur Menschenrechtsslage in der Demokratischen Republik Kongo wurde in enger Konsultation mit dem betroffenen Land verhandelt. Darin werden die schweren Menschenrechtsverletzungen verurteilt. Im Hinblick auf die Wahlen wurde die Regierung aufgefordert, den Übergangsprozess entsprechend dem „Globalen und alle Seiten einschließenden Übereinkommen“ durchzuführen und freie und allgemeine Wahlen auf allen Ebenen zu garantieren. Die Demokratische Republik Kongo stimmte für die Annahme der Resolution. Die Resolution zu Usbekistan äußert schwere Besorgnis über die anhaltenden schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen im Land, insbesondere im Zusammenhang mit den Ereignissen in Andischan im Mai (siehe Kapitel A.IV.10.1.2., B.I.1.2. und B.II.2.6.). Die Regierung wird zur Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft, insbesondere mit OHCHR, aufgefordert. Die VN-GV äußert ebenso schwere Besorgnis über die anhaltenden systematischen Menschenrechtsverletzungen in Myanmar und fordert die Regierung zu deren Einstellung auf. Der VN-GS wird ersucht, seine guten Dienste weiterhin zur Verfügung zu stellen, seinen Sondergesandten, Razali Ismail, sowie den Sonderberichterstatter der MRK, Paulo Sérgio Pinheiro, bei der Erfüllung ihrer Mandate zu unterstützen sowie der nächsten VN-GV und MRK Bericht über die Lage in Myanmar zu erstatten. Zu Turkmenistan äußert die VN-GV schwere Besorgnis über die andauernden und schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen und fordert die turkmenische Regierung auf, den Schutz von Menschenrechten und Grundfreiheiten sicherzustellen und diesbezügliche Resolutionen der MRK und VN-GV umzusetzen. Die gravierende Menschenrechtsslage im Iran wird ebenso verurteilt, und von der Regierung werden konkrete Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte verlangt.

Die EU brachte zwei thematische Resolutionen ein. Die Resolution zur Beseitigung jeglicher Form von religiöser Intoleranz, die wie im vergangenen Jahr auf den Antisemitismus Bezug nimmt und erstmals auf die Bedeutung des Dialogs der Zivilisationen und Religionen verweist, konnte im Konsens angenommen werden. Die gemeinsam mit lateinamerikanischen Ländern eingebrachte Resolution zu den Rechten des Kindes ging umfassend auf den Schutz der Interessen des Kindes ein. Als neues Thema wurde ein Abschnitt zur Problematik Kinder und HIV/AIDS in die Resolution aufgenommen. Das Mandat des SRSG für Kinder und bewaffnete Konflikte wurde auf drei weitere Jahre verlängert.

Menschenrechte in den Vereinten Nationen

Wichtige thematische Resolutionen zum Folterverbot, Schutz der Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus, zu den MenschenrechtsverteidigerInnen und zum Schutz von Binnenvertriebenen konnten erneut im Konsens angenommen werden. Kuba brachte wieder eine Resolution zum Recht auf Nahrung ein, die von der EU unterstützt und mit einer Gegenstimme angenommen wurde. Die EU unterstützte ebenfalls die von der Bewegung der nichtgebundenen Länder (NAM) eingebrachte Resolution zum Recht auf Entwicklung.

Parallel zu den Arbeiten des Dritten Komitees fanden informelle Konsultationen über die Errichtung eines Menschenrechtsrates statt, die von den Ständigen Vertretern Panamas und Südafrikas im Auftrag des Präsidenten der VN-GV geleitet wurden. Die Verhandlungen wurden am 22. Dezember unterbrochen und die Wiederaufnahme für Jänner 2006 festgesetzt.

3. Die Frauenstatuskommission

Die 49. Tagung der VN-Frauenstatuskommission (**FSK**) stand unter dem Zeichen des 10. Jahrestages der Weltfrauenkonferenz von Peking. Während der ersten Woche der 14-tägigen Sitzung der Kommission waren 1.800 Mitglieder von Regierungsdelegationen vertreten, davon 93 Delegationen im Ministerrang.

Die am Ende der Ministerwoche angenommene Politische Erklärung, die die Konferenzen von Peking und Peking+5 bekräftigt, ist wegen der darin ausgesprochenen Bekräftigung dieser Konferenzen als Erfolg zu werten. Die USA distanzieren sich in einer Erklärung vom Konsens.

Die österreichische Delegation wurde von Bundesministerin Maria Rauch-Kallat geleitet. Österreich stellte sein Gewaltschutzgesetz und das Modell der Interventionsstellen gegen Gewalt in der Familie in einer Informationsveranstaltung zum Thema „Protection-Provision-Prevention: Austrian and European Models of Preventing Violence against Women and Children in the Family“ (Schutz-Bestimmung-Prävention: Österreichische und Europäische Modelle für die Verhütung von Gewalt gegen Frauen und Kinder in der Familie) vor. Österreichische NGOs waren ebenfalls zahlreich vertreten. Bei der Tagung der Interparlamentarischen Union im Rahmen der FSK war Österreich durch die Abgeordneten Ridi Steibl (ÖVP), Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ), Brigid Weinzinger (Grüne) und Elke Achleitner (FPÖ) vertreten.

Die Resolutionen zu Frauenfragen im Dritten Komitee und im Plenum der VN-GV wurden größtenteils im Konsens angenommen. Die Resolutionen zum Internationalen Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau (INSTRAW) und zum Komitee zur Eliminierung aller Formen von Diskriminierung gegen Frauen (CEDAW), dessen Tagungsdauer für 2006 zwecks rascherer Behandlung der Staatenberichte erheblich erhöht wurde,

Der internationale Schutz der Menschenrechte

waren wegen ihrer budgetären Auswirkungen Gegenstand von Abstimmungen.

Die Resolution 1325 (2000) des VN-SR fordert die Einbindung von Frauen in alle Phasen von Friedensprozessen, auch in allen Friedenssicherungs- und Friedenskonsolidierungsmaßnahmen, besonders in Leitungsfunktionen. Der Ausbildung von Personal in friedenserhaltenden Operationen wird zur Verhinderung von Fällen sexueller Ausbeutung im Einsatz große Bedeutung beigemessen. HIV/AIDS in friedenserhaltenden Operationen ist dabei ein wichtiges Thema. Die VN beschlossen im Juli verschärfte Maßnahmen, die „Null Toleranz“ bei Missbrauch einfordern. Nach einem EU-Beschluss vom Oktober über ein Konzeptpapier zur Umsetzung dieser Resolution begann die Konkretisierung im Rahmen der Implementierung von aktuellen bzw. der Planung zukünftiger ESVP-Missionen. Frauen sollen nicht nur als Opfer wahrgenommen, sondern als Akteure in allen Phasen von Friedensprozessen eingebunden werden. Österreich ist an Bemühungen zur Berücksichtigung der in Resolution 1325 (2000) des VN-SR enthaltenen Forderungen in ESVP- sowie OSZE-Missionen beteiligt. Darüber hinaus sandten Bundesministerin Ursula Plassnik und andere Außenministerinnen im September einen Brief an den VN-GS, in dem diese Berücksichtigung in der neuen VN-Kommission für Friedenskonsolidierung gefordert wird.

IV. Menschenrechte in der OSZE

Siehe Kapitel B.II.3. sowie H.VII.3. und H.VII.4.

V. Menschenrechte im Europarat

Der Schutz der Menschenrechte im Rahmen des Europarates stützt sich im Wesentlichen auf die EMRK und die Tätigkeit des EGMR. Das Anwachsen der Mitgliedstaaten des Europarates von 23 im Jahr 1989 auf 46 im Jahr 2005 brachte im Zusammenhang mit dem Direktzugang von individuellen BeschwerdeführerInnen zum Gerichtshof sowie der durch die zugenommene Öffentlichkeitswirkung des Menschenrechtssystems verstärkten Sensibilisierung eine bedeutende Zunahme der Beschwerden. Wurden 1989 rund 4.000 Individualbeschwerden eingebracht, so waren es 2005 bereits rund 40.900. Daher wurde eine Reihe von Reformschritten notwendig, um nun die Funktionsfähigkeit dieser für den Schutz der Menschenrechte in Europa zentralen Instanz aufrecht zu erhalten. Das Ministerkomitee des Europarates nahm anlässlich der 114. Ministertagung am 12. Mai den Text eines Protokolls Nr. 14 zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Änderung des Kontrollsystems der Konvention zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten an. Österreich nahm am 10. November die Unterzeichnung

Menschenrechte im Europarat

vor, die Beschlussfassung durch den Nationalrat erfolgte am 7. Dezember, durch den Bundesrat am 22. Dezember.

Der Europäische Kommissar für Menschenrechte, Alvaro Gil Robles, setzte seine Besuche in den Mitgliedstaaten des Europarates fort, unter anderem in Italien und Spanien. Seine Aufgabe ist die Beratung und Bewusstseinsbildung in den Mitgliedstaaten des Europarates sowie die Sensibilisierung der Mitgliedstaaten und des Ministerkomitees für grundlegende oder systemimmanente Mängel und Probleme. Im Oktober wurde der Schwede Thomas Hammarberg zum Nachfolger Gil Robles gewählt, er wird sein Amt im April 2006 antreten. Nach Inkrafttreten des Protokolls Nr. 14 wird der Menschenrechtskommissar auch Stellungnahmen vor den Entscheidungsgremien des EGMR (Kammern und Große Kammer) abgeben können.

VI. Das Netzwerk Menschliche Sicherheit

Das Netzwerk Menschliche Sicherheit (**HSN**) ist eine überregionale, themenübergreifende Interessensgemeinschaft von 14 Staaten. Im HSN arbeiten die AußenministerInnen von Chile, Costa Rica, Griechenland, Irland, Jordanien, Kanada, Mali, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, der Schweiz, Slowenien und Thailand sowie Südafrika (als Beobachter) mit VertreterInnen der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft zusammen. Im Mai übernahm Thailand von Kanada den Vorsitz im HSN.

Das Politikkonzept „Menschliche Sicherheit“ stellt die Sicherheitsbedürfnisse der/des Einzelnen in den Mittelpunkt. Menschenrechte, humanitäres Völkerrecht und Flüchtlingsrecht sind wesentliche Fundamente menschlicher Sicherheit. Österreich hatte während seines HSN-Vorsitzes von Juli 2002 bis Mai 2003 Menschenrechtsbildung sowie Kinder und bewaffnete Konflikte zu Schwerpunktthemen gemacht, zu denen in der Folge Grundsatzdokumente wie die „Grazer Erklärung über Prinzipien der Menschenrechtsbildung und der Menschlichen Sicherheit“, das HSN-Handbuch zur Menschenrechtsbildung „Menschenrechte verstehen“ sowie ein Strategiepapier zur Stärkung der Kinderrechte (Support Strategy) und ein Trainingscurriculum verabschiedet wurden. Österreich führte sein Engagement in diesen beiden Schwerpunktthemen verstärkt fort.

Das diesjährige Ministertreffen in Ottawa (Kanada) vom 18.–20. Mai, das den kanadischen Vorsitz abschloss, wurde von Diskussionen über die VN-Reform beherrscht, wobei besonders auf die Aufnahme des Aspekts der menschlichen Sicherheit in den Bericht des VN-GS zur VN-Reform eingegangen wurde. Weiters wurde eine Studie über bewaffnete Gruppen und KLW in Westafrika präsentiert. Costa Rica wurde als neues Mitglied aufgenommen und der Vorsitz an Thailand übergeben, das ein ehrgeiziges Arbeitsprogramm präsentierte. Darin wurde auch den österreichischen Prioritäten besondere Bedeutung beigemessen, vor allem bei den Themen Land-

Der internationale Schutz der Menschenrechte

minen, Menschenrechtsbildung, Kinder und bewaffnete Konflikte sowie Kleinwaffen. Neben HIV/AIDS und der verstärkten Berücksichtigung der Entwicklungsaspekte der menschlichen Sicherheit will sich Thailand insbesondere auf das Thema Menschenhandel konzentrieren.

Beim Zusammentreffen der VertreterInnen der HSN-Staaten auf Ministerebene am Rande der 60. VN-GV in New York am 18. September wurden „HSN-Leitlinien zur Zusammenarbeit in der HIV/AIDS Prävention, Behandlung, Pflege und Unterstützung mit Schwerpunkt auf Jugendliche und Gesundheitssysteme“ verabschiedet. Darin wird unter anderem eine engere Zusammenarbeit sowohl unter den Staaten als auch mit der Zivilgesellschaft sowie ein genereller Wissensaustausch zur HIV/AIDS-Thematik vereinbart. Weiters wurde ein neuer mittelfristiger Arbeitsplan für die Jahre 2005–2008 angenommen.

VII. Schwerpunktthemen

1. Kinderrechte

Das Thema **Kinder und bewaffnete Konflikte** wird als ein Schwerpunktthema der österreichischen Menschenrechtspolitik verfolgt. Österreich entwickelt das Trainingscurriculum zur Ausbildung für zivile und militärische Auslandseinsätze weiter, das auch in Schwerpunktländern der OEZA zum Einsatz kommen soll. Im Rahmen der EU arbeitete Österreich an der Evaluierung der Leitlinien für den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten mit. Zu den wichtigsten Empfehlungen zählen: Unterstützung der am 26. Juli verabschiedeten Resolution 1612 des VN-SR über Kinder und bewaffnete Konflikte; Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in der Berichterstattung über Kinder und bewaffnete Konflikte; durchgängige Berücksichtigung von Kindern und bewaffneten Konflikten im EU-System; Training zu Kinder und bewaffnete Konflikte in EU- und nationalen Ausbildungsprogrammen sowie regelmäßige Evaluierung der Umsetzung der Leitlinien.

Österreich unterstützte die Bemühungen auf VN-Ebene zur Schaffung von systematischen und koordinierten Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismen über Kinder und bewaffnete Konflikte. Resolution 1612 etabliert einen umfangreichen Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus und stärkt die Rechte von Kindern in bewaffneten Konflikten in allen friedenserhaltenden Operationen. Im Rahmen der OEZA werden kinderrechtsrelevante Projekte fortgesetzt. Finanziert wurden Projekte im Bereich der Reintegration und Rehabilitation von kriegstraumatisierten Kindern in Afghanistan, am Balkan und im Irak. Ein Projekt zur Rehabilitation von ehemaligen Kindersoldaten in Norduganda und von durch den Bürgerkrieg in Norduganda verwaisten oder in anderer Form traumatisierten Kindern wurde durch OEZA-Kofinanzierung ermöglicht. Die Umset-

Schwerpunkthemen

zung des entsprechend der Verpflichtung des Weltkindergipfels 2002 im Rahmen der Sondergeneralversammlung der VN zum Thema Kinder beschlossenen Nationalen Aktionsplans für die Rechte von Kindern und Jugendlichen wird von einer interministeriellen Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten betreut.

2. Frauenrechte

Der VN-GS wurde mit einer umfangreichen Studie über „Gewalt gegen Frauen“, ein Schwerpunkthema der österreichischen Menschenrechtspolitik, beauftragt, die wieder zu einer sachlichen Debatte sowohl in der FSK als auch in der VN-GV führen soll. Diese Studie wurde von Österreich mit 90.000 Euro unterstützt.

3. Kampf gegen Rassismus

Am 15. Februar wurden der dritte Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) des Europarates über Österreich und die Bemerkungen Österreichs zum Bericht veröffentlicht. Am 13. September fand in Wien ein von ECRI veranstalteter Runder Tisch statt, der unter anderem den Bericht über Österreich und die Umsetzung von gesetzlichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierungen zum Thema hatte.

Der Leiter des Völkerrechtsbüros, Hans Winkler, nahm an der OSZE-Konferenz über Antisemitismus und andere Formen der Intoleranz in Córdoba am 8. und 9. Juni teil und hielt Vorträge über die „Politische Bildung und LehrerInnenfortbildung zur Thematik ‘Nationalsozialismus und Holocaust‘ in Österreich“ sowie über „Die islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich“.

4. Minderheitenschutz

Im Rahmen der 61. Tagung der MRK konnte Österreich nach langjährigem Engagement im Minderheitenbereich im VN-Rahmen einen bedeutenden Erfolg erzielen: Die traditionell von Österreich eingebrachte Resolution „Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören“ wurde am 21. April im Konsens angenommen und schafft mit der Aufforderung an die Hochkommissarin für Menschenrechte zur Bestellung einer/es unabhängigen Expertin/en zu Minderheitenfragen einen Sondermechanismus für Minderheitenschutz. Das Mandat umfasst unter anderem die Förderung der Umsetzung der Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören, sowie die Identifikation bester Verfahrensweisen und möglicher technischer Zusammenarbeit

Der internationale Schutz der Menschenrechte

mit OHCHR. Am 29. Juli bestellte Hochkommissarin Arbour die US-Amerikanerin Gay McDougall zur Unabhängigen Expertin. Damit wurde ein von Österreich seit langem verfolgtes Ziel, die Etablierung eines VN-Mandates zu Minderheiten, verwirklicht.

Im Rahmen der VN-GV wurde die ebenfalls von Österreich eingebrachte Resolution „Wirksame Förderung der Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören“ im Konsens angenommen.

5. Binnenvertriebene

Der Schutz von Binnenvertriebenen zählt seit mehr als zehn Jahren zu einer der Prioritäten der österreichischen Menschenrechtspolitik. Österreich unterstützt dabei insbesondere durch Resolutionseinbringung in der MRK das Mandat des SRSG für Binnenvertriebene sowie durch substanzielle Beiträge die Weiterentwicklung der Schutzstandards für weltweit mehr als 25 Millionen Binnenvertriebene. Im Jänner 2004 wurde bei OCHA die Interinstitutionelle Abteilung für Binnenvertriebene (Inter-Agency Internal Displacement Division) zur Koordination der mit Angelegenheiten Binnenvertriebener befassten VN-Agenturen eingerichtet. Die VN-Leitgrundsätze für Binnenvertriebene bieten auch aufgrund von Naturkatastrophen Vertriebenen internationale Schutznormen. Der SRSG für Binnenvertriebene, Professor Walter Kälin, erstellt eine Modellgesetzgebung für die Umsetzung der VN-Leitgrundsätze für Binnenvertriebene im Rahmen der nationalen Gesetzgebung. Österreich unterstützt die Entwicklung dieser Modellgesetzgebung als wichtiges Instrument für Nationalstaaten, um adäquat auf die Situation der Opfer von Vertreibungen antworten zu können.

6. Menschenrechtsbildung

Seit Dezember 2004 läuft als Weiterführung der ausgelaufenen Dekade für Menschenrechtsbildung das **VN-Weltprogramm für Menschenrechtsbildung**. Eine erste Phase wurde für die Jahre 2005–2007 festgelegt. Im Juli wurde von der VN-GV im Konsens dafür ein Aktionsplan angenommen, der die Menschenrechtsbildung in Primär- und Sekundärschulen zum Schwerpunkt hat. Österreich stellte mit dem Handbuch zur Menschenrechtsbildung „Menschenrechte verstehen“ ein global verwendbares Instrument zur Verfügung, das zur Weiterentwicklung durch AnwenderInnen aus allen Kulturkreisen anregt. Weitere Übersetzungen des Handbuchs wurden fertig gestellt, darunter im Februar die chinesische Version, im August und September die russische und kroatische Version und im Oktober eine serbische. Vorbereitungen für die voraussichtlichen Übersetzungen in die italienische, mazedonische, portugiesische und slowenische Sprache sowie Thai begannen. Das Europäische Trainings- und Forschungszentrum für Menschen-

Schwerpunktthemen

rechte und Demokratie (ETC) führte mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten mehrere „Train the Trainers“ (Ausbildung der BeraterInnen)-Veranstaltungen im In- und Ausland durch. So gab es Arbeitstagungen in Pristina (Kosovo) für die albanische Version, im Februar eine Präsentation der chinesischen Übersetzung in Peking, eine Arbeitstagung in Bamako (Mali) sowie im September ein einwöchiges Ausbildungsprogramm für Human Rights Focal Points (Koordinierungsstellen für Menschenrechte) in Moldau auf Initiative des UNDP Moldau. Schließlich wurde auch in Beirut (Libanon) im Rahmen einer Arbeitstagung die arabische Übersetzung präsentiert. Ein weiteres vom ETC initiiertes Projekt ist die Entwicklung eines elektronischen Fernziehungskurses (Distance Education Programme), das auf Grundlage des Menschenrechtshandbuchs über das Internet angeboten werden soll.

I. Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen

I. Wanderungs- und Flüchtlingsfragen

1. Migrations- und Flüchtlingsbewegungen in und nach Europa

Die von UNHCR genannte Zahl an Flüchtlingen von weltweit 8,4 Millionen stellt gegenüber dem Vorjahr einen weiteren Rückgang um eine Million und den niedrigsten Stand seit 26 Jahren dar. Dennoch stieg die Gesamtzahl der von UNHCR geschützten und unterstützten Personen um 1,3 Millionen auf 20,8 Millionen: Neben Flüchtlingen, die durch Überschreiten einer internationalen Grenze automatisch unter das Mandat von UNHCR fallen, gibt es schätzungsweise 25 Millionen Menschen, die innerhalb ihrer Heimatländer aufgrund innerstaatlicher bewaffneter Konflikte auf der Flucht sind. UNHCR betreute 2005 rund 6,6 Millionen dieser Binnenvertriebenen, damit 1,2 Millionen mehr als 2004.

Die Zahl der Asylanträge war weltweit deutlich rückläufig: In 38 Industrieländern stellten 331.600 Personen einen Asylantrag, etwa 15% weniger als im Vorjahr. Auch in der EU sank die Zahl der Asylanträge stark: Mit 237.840 Anträgen, einem Minus von 16%, wurde der niedrigste Stand seit 1988 erreicht. Österreich lag mit einem Rückgang von 9% auf 22.471 unter dem EU-Durchschnitt und bezüglich AsylwerberInnen weltweit in absoluten Zahlen an fünfter Stelle, gemessen pro 1.000 Einwohner (18,2) nach Zypern und Malta an dritter Stelle. Die meisten AsylwerberInnen in den Industrieländern kamen aus Serbien und Montenegro (mit 21.900 nahezu unverändert), Russland, meist TschetschenInnen (21.500, minus 30%), gefolgt von China (18.300, minus 9%), dem Irak (12.500, plus 27%) und der Türkei (11.600, minus 27%).

2. Flüchtlings- und Migrationspolitik in Österreich

Österreich legt in seiner Flüchtlings- und Migrationspolitik Wert auf eine umfassende Herangehensweise, die politische, menschenrechtliche und entwicklungspolitische Aspekte berücksichtigt. Entsprechend den Empfehlungen von UNHCR finden keine Abschiebungen unter anderem in den Irak und Afghanistan statt.

Insgesamt betrug die Zahl der AsylwerberInnen 22.471, dies entspricht einem Minus von 9%. Die Zahl der abgeschlossenen Asylverfahren betrug insgesamt 18.546, davon wurden 4.435 positiv und 5.566 Verfahren negativ erledigt. Die übrigen Verfahren wurden eingestellt, zurückgezogen, zurückgewiesen oder wurden gegenstandslos. Unter Berücksichtigung der rechtskräftigen Refoulement-Entscheidungen entspricht dies einer Anerkennungsquote von 28%. Bei den Herkunftsländern der AsylwerberInnen steht

Internationale Drogenkontrolle

Serbien und Montenegro mit 4.408 Personen an der Spitze, gefolgt von Russland (4.359), Indien (1.530), Moldau (1.210), Türkei (1.067), Georgien (953), Afghanistan (928), Nigeria (881), Mongolei (641) und Bangladesch (548).

Am 16. August wurde das neue Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl, BGBl I Nr 100/2005 (AsylG 2005) kundgemacht, das am 1. Jänner 2006 in Kraft tritt. Unverändert bleibt die Tätigkeit der österreichischen Vertretungsbehörden im Asylverfahren (nur „Familienverfahren“) und im Amtshilfeverfahren für inländische Asylbehörden. Neu ist die Mitwirkung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten im Beirat für die Führung der Staatendokumentation gemäß § 60 AsylG 2005.

3. Internationale Organisation für Migration

Die 1951 von europäischen Staaten gegründete Internationale Organisation für Migration (**IOM**) ist die bedeutendste internationale Organisation für Wanderungsfragen. Zu den traditionellen Aufgaben der Registrierung und des Transports von Flüchtlingen kamen in den vergangenen Jahren eine Reihe von neuen Aufgaben im Zusammenhang mit Not- und Postkonfliktsituationen hinzu. Darüber hinaus gewinnt IOM als Plattform für den politischen Informationsaustausch zur Entwicklung eines nachhaltigen Migrationsmanagements zunehmend an Bedeutung, das über rein fremdenrechtliche Maßnahmen hinausgeht und auch ökonomische und humanitäre Aspekte von Migration berücksichtigt. Dabei sollen die bestehenden Initiativen genutzt und besser koordiniert werden. Mit dem Beitritt von Belarus, Bosnien und Herzegowina, Gabun, Ghana, Jamaika, Kamerun und Togo im Jahr 2005 zählt IOM 116 Mitglieder, darunter alle EU-Mitgliedstaaten, ausgenommen Spanien, das jedoch seine Absicht zum Wiedereintritt im Jahr 2006 bekundet hat.

Bei der Krise in Darfur und der Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika leistete IOM wertvolle Hilfe. Der Generaldirektor von IOM, Brunson McKinley, besuchte Österreich am 12. April und führte mit Bundesministerin Liese Prokop und Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle Gespräche.

II. Internationale Drogenkontrolle

Der Drogenmissbrauch bleibt eine weltweite Bedrohung, der UNODC in allen Aspekten (Anbau, Produktion, Handel und Konsum) sowie kriminellen Begleiterscheinungen durch ausgewogene Maßnahmen im Bereich von Angebots- und Nachfragereduktion begegnet.

Die 48. Tagung der Suchtstoffkommission der VN (**CND**) vom 7.–11. März zeigte ein Fortbestehen der Konfliktlinien zwischen Befürwortern und Geg-

Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen

nen von Maßnahmen zur Minimierung der gesundheitlichen Folgeschäden des Drogenkonsums im Rahmen der HIV/AIDS-Prävention. Trotz zunehmend positiver Erfahrungsberichte über den Einsatz von Spritzentausch in der HIV/AIDS-Prävention lehnen dies weiter jene Länder ab, in denen Prävention nur auf Abstinenz ausgerichtet ist. Die Zusammenarbeit der EU mit der Gruppe der lateinamerikanischen und karibischen Staaten (GRULAC) spiegelte sich in zwei gemeinsam ausgearbeiteten Resolutionen zu Maßnahmen der alternativen Entwicklung zur nachhaltigen Bekämpfung des Drogenanbaus und zum unerlaubten Handel mit für die Herstellung von Drogen notwendigen chemischen Vorläuferstoffen wider. Bei der wieder aufgenommenen Sitzung der 48. CND vom 7.–9. Dezember wurde für den Drogenfonds der Haushaltsvoranschlag 2006–2007 von 182,4 Millionen US-Dollar angenommen. Insgesamt sieht der Entwurf des konsolidierten UNODC-Budgets 2006–2007 mit rund 230 Millionen Euro einen Anstieg um 18% vor, der größtenteils auf Zunahmen bei den freiwilligen Beiträgen an den Verbrechenfonds basiert. Darüber hinaus wurde Exekutivdirektor Antonio Maria Costa aufgefordert, die Ausarbeitung einer umfassenden Strategie für das UNODC fortzusetzen, um den Aktivitäten des Büros eine stärkere strategische Ausrichtung zu geben. Dafür wäre mittelfristig eine Erhöhung der ungebundenen Mittel im Verhältnis zu für einzelne Projekte zweckgebundenen Beiträgen der Mitgliedstaaten notwendig.

Durch seine Publikationen liefert UNODC umfangreiche Hintergrundinformationen zum Verständnis der Weltrogenproblematik und zur Analyse von Trends und Entwicklungen. Aus den Studien zum **Drogenanbau** wurde die Konzentration auf wenige Länder ersichtlich: Afghanistan für Schlafmohn und drei Andenstaaten für Koka. Während seit Ende der neunziger Jahre signifikante Rückgänge beim Kokaanbau in der Andenregion sowie beim Opiumanbau in Laos und Myanmar erzielt wurden, stellt Afghanistan weiterhin das größte Problem am Weltrogenmarkt dar. Nach dem Rekordjahr 2004 wurde zwar ein Rückgang der Anbauflächen für Schlafmohn um rund ein Fünftel verzeichnet, aufgrund höherer Erträge blieb die Opiumproduktion in Afghanistan jedoch beinahe auf dem Vorjahresniveau. Mit 87% des weltweit produzierten Opiums bleibt Afghanistan dadurch der größte Opiumerzeuger der Welt, wobei 1,4% der erwachsenen Gesamtbevölkerung des Landes selbst Opiate konsumiert. Trotz gewisser Erfolge hinsichtlich der Anbaufläche wird die Opiumerzeugung, deren Anteil an der Gesamtwirtschaft bei geschätzten 60% liegt, zumindest mittelfristig ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor in Afghanistan bleiben. Während die globalen Produktionstrends demnach stabil für Opium und rückgängig für Koka sind, wird für Cannabis und synthetische Drogen (ATS) ein Anstieg erwartet. Bei der Versorgung des europäischen Drogenmarkts mit Kokain und Cannabis gewinnen West- und Nordafrika als Transit- bzw. Herkunftsregion zunehmend an Bedeutung.

Internationale Verbrechensverhütung

Auf der **Nachfrageseite** war Cannabis die am häufigsten konsumierte unerlaubte Droge. Im problematischen Drogenkonsum (darunter wird der Gebrauch „harter Drogen“ verstanden, der oft mit Abhängigkeit und gesundheitlichen, sozialen und rechtlichen Folgen einhergeht) dominierten weltweit Opiate, vor allem in Europa und Asien, sowie Kokain in Nord- und Südamerika. In Afrika dagegen waren die meisten Behandlungen wegen des Konsums von Cannabis erforderlich. UNODC prognostiziert für Cannabis einen weiteren Anstieg, für Opiate, Kokain und Amphetamine eine Stabilisierung und für Ecstasy einen Rückgang des Konsums. Regional kam es zu deutlichen Abweichungen vom weltweiten Trend, so war etwa Europa mit einem Anstieg des Kokainkonsums konfrontiert.

Für den Weltdrogenbericht 2005 unternahm UNODC erstmals eine Einschätzung der **Größe des Weltdrogenmarkts**. Gemessen an Endverbraucherpreisen übersteigt die Größe des illegalen Weltdrogenmarkts (260 Milliarden Euro) das Bruttosozialprodukt von 88% der Volkswirtschaften der Welt.

Bis Juli hatte UNODC den jährlich rotierenden Vorsitz im Ausschuss der Trägerorganisationen des Gemeinsamen Programms der VN für HIV/AIDS (**UNAIDS**) inne. Jüngste Untersuchungsergebnisse in Asien und Osteuropa zu den Zusammenhängen zwischen HIV/AIDS und Drogenkonsum widerlegten die Annahme, dass das Wissen um die Gefahr von HIV/AIDS unter intravenösen DrogenkonsumentInnen zu weniger riskantem Verhalten führe. Schätzungen zufolge stehen weltweit 5–10% der HIV-Infektionen mit intravenösem Drogenkonsum in Verbindung. In vielen Ländern Asiens, Osteuropas und Südamerikas stellte der intravenöse Drogenmissbrauch die Hauptverbreitungsart der Krankheit dar.

Der 1999 von UNODC, der Stadt Wien und dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten für herausragende Leistungen von Vertretern der Zivilgesellschaft eingerichtete **UN Vienna Civil Society Award** wurde im November an drei NGOs verliehen: Der auf eine Selbsthilfeinitiative von betroffenen Frauen und Müttern zurückgehende Verein „Mothers against Drugs“ betreut drogensüchtige und mit HIV/AIDS infizierte Jugendliche und Häftlinge in Belarus. „Albergue Infantil de Bogotá“ aus Kolumbien holt Straßenkinder aus der Drogenszene. Die von ehemaligen Drogensüchtigen gegründete „Rebirth Charity Organization“ aus dem Iran bietet in elf iranischen Provinzen ein spezielles Behandlungs- und Rehabilitationsprogramm für Drogensüchtige an.

III. Internationale Verbrechensverhütung

Geringere staatliche Kontrollen, abgebaute Grenzen sowie der freie Waren- und Personenverkehr bedeuten nicht nur für Wirtschaftstreibende mehr Bewegungsfreiheit, sondern bieten auch organisierten kriminellen Gruppen

Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen

mehr Aktionsspielraum. Als Gegengewicht für diese unerwünschten Nebeneffekte der Globalisierung ist daher eine verstärkte internationale Kooperation gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität erforderlich.

Vom 18.–25. April tagten rund 3.000 Delegierte beim **XI. VN-Kongress für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege** in Bangkok. Der alle fünf Jahre stattfindende Kongress schloss mit der Annahme eines politischen Schlussdokuments (Bangkokener Erklärung). Inhaltlich galt das Hauptinteresse den Themen Terrorismus, organisierte Kriminalität und Korruption. Im Bereich der Terrorismusbekämpfung wurde von Österreich die Definition der zuvor in New York ausgehandelten Nuklearterrorismuskonvention als 13. VN-Rechtsinstrument erfolgreich forciert, die das Mandat der Unterabteilung Terrorismusverhütung (TPB) von UNODC auch auf diese Konvention ausweitet. Darüber hinaus brachte sich Österreich vor allem in der Debatte über die Standards und Normen der VN ein, deren Schlüsselrolle für Strafrechtsreformen, die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Grundrechte, etwa in Fragen der Gefangenenbehandlung und des Jugendstrafrechts, in den letzten 50 Jahren hervorgehoben wurde. Einige Schwellenländer kritisierten offen die Arbeitsweise der im Rahmen der OECD eingerichteten Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche“ (FATF), die in ihren Augen unterschiedliche Maßstäbe zur Bewertung der nationalen Maßnahmen einzelner Länder zur Bekämpfung der Geldwäsche anwende, und verlangten die Ausarbeitung einer VN-Konvention gegen Geldwäsche. Der Beginn von Verhandlungen für eine derartige Konvention auf VN-Ebene erscheint jedoch mittelfristig ebenso wenig mehrheitsfähig wie für eine von einigen Ländern angeregte VN-Konvention gegen Computerkriminalität.

Die 14. Tagung der Kommission der VN zur Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege (**CCPCJ**) fand in Wien vom 23.–27. Mai statt. In den Diskussionen über die Aktivitäten von UNODC wurde auf die zunehmende Vernetzung von Drogenhandel, organisierter Kriminalität, Korruption und Terrorismus eingegangen. Als Grundvoraussetzungen für deren nachhaltige Bekämpfung wurden die Verankerung und Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Aufbau von gerechten und funktionierenden (Straf)Rechtssystemen identifiziert. Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen des XI. VN-Kongresses für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege sowie der Bericht des VN-GS über die Todesstrafe standen ebenfalls auf der Tagesordnung. Österreich initiierte bei der 14. CCPCJ zwei Resolutionsentwürfe. Die von Österreich als Ko-Vorsitz der „Freunde der VN-Konvention gegen Korruption“ gemeinsam mit Ägypten eingebrachte Resolution soll zum einen den Impuls in der Korruptionsbekämpfung aufrechterhalten und zum anderen die für eine effektive Umsetzung der Konvention nötigen Voraussetzungen schaffen. Mit der von Österreich bereits zum dritten Mal initiierten Resolution zur Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit und der

Internationale Verbrechenverhütung

technischen Hilfsleistung in der Terrorismusbekämpfung wurde die Rolle von TPB als komplementäre Einrichtung zum Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus (CTC) in New York in den letzten Jahren maßgeblich gestärkt. In der diesjährigen Resolution wurde TPB aufgefordert, die Stärkung der nationalen Strafrechtssysteme und der Rechtsstaatlichkeit in seine technischen Assistenzprogramme zu integrieren und die Verbindungen zu anderen Verbrechenformen zu berücksichtigen.

Der Zusammenhang zwischen Drogen, organisierter Kriminalität und mangelnder Rechtsstaatlichkeit auf der einen und fehlender nachhaltiger Entwicklung auf der anderen Seite stand im Mittelpunkt eines Runden Tisches für Afrika in Abuja (Nigeria), bei dem im September auf Basis einer Studie von UNODC ein fünfjähriges Aktionsprogramm verabschiedet wurde. Die Einrichtung eines Programms von UNODC für Südosteuropa zielt darauf ab, den negativen Auswirkungen der Kriminalität auf die Stabilität gegenzuwirken.

Nach dem Inkrafttreten der **VN-Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität** 2003 fand die zweite Vertragsstaatenkonferenz vom 10.–21. Oktober statt, an der Österreich nach der Ratifikation der Konvention im Juni 2004 als Vertragspartei teilnahm. Das Zusatzprotokoll gegen den Menschenhandel ratifizierte Österreich im September. Seit dem Inkrafttreten des Feuerwaffenprotokolls am 3. Juli sind alle drei Zusatzprotokolle der Konvention in Kraft. Die Konferenz hat nun zur Aufgabe, einen Überprüfungsmechanismus für die Konvention über internationale Zusammenarbeit und technische Hilfe auszuarbeiten. Nachdem sich die 1. Tagung der Vertragsstaatenkonferenz 2004 auf strukturelle und organisatorische Fragen konzentriert hatte, begann die 2. Tagung mit der substanziellen Überprüfung der Implementierung, wobei die Umsetzung der Kriminalisierungsbestimmungen und der internationalen Zusammenarbeit in der Konvention und den Zusatzprotokollen gegen Menschenhandel und Schlepperei im Mittelpunkt standen. Die Frage der technischen Zusammenarbeit zur Förderung der Ratifizierung und Implementierung der Konvention wird auf Wunsch der G-77 in einer interimistischen Arbeitsgruppe behandelt. Zwei weitere Arbeitsgruppen werden sich bei der nächsten Vertragsstaatenkonferenz mit den Themen Auslieferung, gegenseitige Rechtshilfe und Konfiszierung sowie Opfer-, Zeugenschutz und Repatriierung im Zusammenhang mit Menschenhandel und Schlepperei befassen.

Am 14. Dezember trat die auf einem österreichisch-niederländischen Entwurf basierende **VN-Konvention gegen Korruption** in Kraft. Dieser Konvention, die erstmals die Rückführung von durch Korruption erworbenen und ins Ausland verbrachten Vermögenswerten vorsieht, wird vor allem in Afrika, Asien und Lateinamerika große Bedeutung beigemessen. Mit der Konvention steht der Staatengemeinschaft ein globaler rechtlicher Rahmen zur Bekämpfung und Vorbeugung von Korruption zur Verfügung. Zur Förderung des Inkrafttretens und der Umsetzung der Konvention hatte sich in

Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen

Wien eine informelle „Gruppe der Freunde der VN-Konvention gegen Korruption“ gebildet, in der Österreich gemeinsam mit Ägypten den Vorsitz führte. Anlässlich des Jahrestages der Unterzeichnungskonferenz in Mexiko wurde am 9. Dezember zum zweiten Mal der „Internationale Antikorruptionstag“ begangen.

IV. Der Internationale Strafgerichtshof

Die Hinterlegung der 100. Ratifikationsurkunde zum Römer Statut durch Mexiko setzte ein wichtiges Signal in Hinblick auf die Etablierung und Anerkennung des Gerichtshofs als wesentlichen Bestandteil der internationalen Friedensordnung. Österreich unterzeichnete als erster Vertragsstaat mit dem **IStGH** ein Abkommen über den Vollzug von Freiheitsstrafen.

Im Jänner brachte die Zentralafrikanische Republik beim Chef-Ankläger des IStGH, Luis Moreno Ocampo, ein Ersuchen um Untersuchung von Kriegsverbrechen auf ihrem Staatsgebiet ein. Mit Uganda und der Demokratischen Republik Kongo sind nunmehr drei Fälle infolge von Staatenersuchen beim IStGH anhängig. Im März überwies der VN-SR mit Resolution 1593 in Übereinstimmung mit Art 13 des Römer Statuts die Situation im Darfur (Sudan) an das Büro des Chef-Anklägers. Die Entscheidung, offizielle Ermittlungen in Darfur einzuleiten, wurde im Juni getroffen. Im Oktober veröffentlichte der IStGH die ersten Haftbefehle des Gerichtshofs gegen fünf Anführer der ugandischen Rebellengruppe LRA.

Die vierte Versammlung der Vertragsstaaten zum IStGH-Statut tagte in Den Haag von Ende November bis Anfang Dezember. Dabei wurde das IStGH-Büro für die Periode 2005–2008 neu bestellt, der Österreicher Erwin Kubesch zu einem der beiden Vizepräsidenten der Vertragsstaatenversammlung gewählt, die Errichtung eines IStGH-Verbindungsbüros in New York beschlossen, Verfahrensvorschriften für den Opfertreuhandfonds sowie ein Verhaltenskodex für VerteidigerInnen am IStGH angenommen und der Haushalt 2006 genehmigt.

J. Multilaterale Wirtschaftspolitik

I. Die Welthandelsorganisation

Die sechste WTO-Ministerkonferenz fand in Hongkong vom 13.–18. Dezember statt. Sie brachte zwar nicht alle erhofften Ergebnisse, erzielte aber doch einige Fortschritte, vor allem in der Landwirtschaft, die eingehendere Verhandlungen ermöglichen. Der vereinbarte Zeitplan sieht die Festlegung vollständiger Zielvorgaben für die Verhandlungen in allen Bereichen bis Ende April 2006 und die Übermittlung der Verpflichtungslisten bis Ende Juli 2006 vor.

In der Mehrzahl der Außenhandelsfragen besteht eine ausschließliche Gemeinschaftskompetenz. Die europäische Haltung zu WTO-Fragen wird in Brüssel und Genf in dem zur Unterstützung der Europäischen Kommission eingerichteten Ratsausschuss nach Art 133 EG-Vertrag abgestimmt.

1. Landwirtschaft

Es wurde Einigung über die Abschaffung der Ausfuhrerstattungen mit Ende 2013 unter der Voraussetzung erzielt, dass gleich gelagerte Maßnahmen anderer Mitglieder, wie Nahrungsmittelhilfe, Staatshandelsunternehmen oder Ausfuhrdarlehen, ebenfalls auslaufen.

2. Industriewaren

Der Abbau von Spitzen- und Hochzöllen soll nach einer so genannten „Schweizer Formel“ erfolgen, die höhere Zölle stärker kürzt als niedrige. Entwicklungsländer und kleine verletzte Volkswirtschaften sollen besonders berücksichtigt werden. Einzelheiten der Formel müssen noch verhandelt werden. Ungebundene Zölle sollen gleichfalls erfasst werden. Mitgliedergruppen werden in einzelnen Sektoren auch größere Marktöffnungen vereinbaren können. Der Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse bleibt weiterhin ein Anliegen. Ein Gleichklang der Fortschritte im Industrie- und Landwirtschaftsbereich wird angestrebt.

3. Dienstleistungen

Die Verhandlungen bei Dienstleistungen liegen hinter jenen bei Landwirtschaft und Industriewaren zurück. Im Jänner richtete die EG an 103 WTO-Mitglieder neugefasste, auf deren jeweiligen Entwicklungsstand abgestimmte Forderungen und legte Anfang Juni ein überarbeitetes Angebot vor. Ihrerseits erhielt sie über 40 Forderungen von WTO-Partnern. Während die 32 ärmsten Entwicklungsländer nicht zur Vorlage von Angeboten verpflichtet sind, haben 23 andere Mitglieder, darunter Kuwait, Südafrika und Vene-

Multilaterale Wirtschaftspolitik

zuela, trotz des dafür vereinbarten Termins im Frühjahr 2003 noch kein Erstanteangebot vorgelegt.

4. Entwicklungsfragen

Die im Juli abgelaufene Frist für Empfehlungen des Allgemeinen Rates zur differenzierten Sonderbehandlung von Entwicklungsländern wurde bis Dezember 2006 erstreckt. Bei der Ministerkonferenz in Hongkong konnten zumindest die Vorschläge der ärmsten Entwicklungsländer hinsichtlich günstigerer Behandlung in den verschiedenen Abkommen angenommen werden, darunter der zoll- und kontingentfreie Marktzugang für mindestens 97% der Waren aus diesen Ländern bis 2008 oder spätestens mit Wirksamkeit der Ergebnisse der Doha-Runde. Die handelsbezogene technische Hilfe für Entwicklungsländer wurde zu einem Handelshilfepaket (Aid for Trade) erweitert. Für den bei der zukünftigen Umsetzung der Doha-Ergebnisse entstehenden Bedarf an Unterstützung sollen die Mittel weiter aufgestockt werden. Bis spätestens Juli 2006 will man Empfehlungen für die zielgerichtete Verwendung von Handelshilfe ausarbeiten.

5. Umwelt

Im Vordergrund stand die verstärkte Marktöffnung für Umweltwaren. Österreich und die EG fordern eine offene Liste mit Entscheidungsmerkmalen für die Abgrenzung dieser Waren. Außerdem wird eine Verstärkung der gegenseitigen Rücksichtnahme von Handels- und Umweltabkommen angestrebt.

6. Handelserleichterung

Bei diesem einzigen verbliebenen Thema von der WTO-Ministerkonferenz in Singapur 1996 gab es Fortschritte, sodass vollständige Zielvorgaben ausgearbeitet werden können, während die anderen drei, Investitionen, Wettbewerb und öffentliches Beschaffungswesen, bereits bei der fünften WTO-Ministerkonferenz in Cancún (Mexiko) 2003 fallen gelassen wurden.

7. Geistige Eigentumsrechte (TRIPs)

Der TRIPs-Rat genehmigte Erleichterungen für die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) bei der Umsetzung des TRIPs-Abkommens. Am 6. Dezember beschloss der Allgemeine Rat der WTO die lange umstrittene Abkommensänderung für den Zugang von Entwicklungsländern zu erschwinglichen Arzneimitteln. Bei der Schaffung eines multilateralen Verzeichnisses von Ursprungsangaben für Weine und geistige Getränke ist wegen der festgefahrenen Standpunkte erst 2006 mit einem Fortschritt zu rechnen. Die

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

von der EG angestrebte Ausweitung des Schutzes von Herkunftsbezeichnungen sowie das Verhältnis zwischen TRIPs und dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) sollen bis 31. Juli 2006 weiter behandelt werden.

8. Streitbeilegung

Der rasche Abschluss der Überprüfung und Verbesserung der Streitbeilegungsordnung wurde von den MinisterInnen in Hongkong neuerlich eingemahnt. Die wichtigsten laufenden Verfahren gegen die EG betreffen Bananen, gentechnisch veränderte Organismen (GVOs) und Airbus. Die USA sind Beklagte im Foreign Sales Corporations-Fall (siehe Kapitel A.IV.7.1.), bei Hormonen und im Zusammenhang mit Subventionen an Boeing.

9. Beitritte

Mit dem Beitritt Saudi-Arabiens stieg die Mitgliederzahl auf 149. Die in Hongkong gebilligte Aufnahme Tongas wird Mitte 2006 wirksam werden. Derzeit laufen Beitrittsverhandlungen mit 28 Ländern, darunter Russland und der Ukraine. Vier wurden neu eröffnet: mit dem Iran, Serbien, Montenegro sowie São Tomé und Príncipe. In der Arbeitsgruppe für die Aufnahme Bhutans führt Österreich den Vorsitz.

10. Leitungsamt

Der ehemalige EU-Handelskommissar Pascal Lamy löste den bisherigen Generaldirektor Panitchpakdi Supachai ab und wurde Anfang September für eine Amtszeit von vier Jahren bestellt.

II. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Rat der OECD ernannte am 30. November einstimmig den ehemaligen mexikanischen Außen- und Finanzminister José Ángel Gurría Treviño zum Nachfolger des Kanadiers Donald Johnston als OECD-Generalsekretär für eine fünfjährige Amtszeit ab 1. Juni 2006. Vom OECD-Haushalt von rund 330 Millionen Euro entfiel auf Österreich ein Anteil von rund 1%. Zusätzlich standen der Organisation etwas mehr als 50 Millionen Euro an freiwilligen Beiträgen zur Verfügung, dies ist eine leichte Erhöhung gegenüber dem Vorjahr.

Multilaterale Wirtschaftspolitik

1. OECD-Erweiterung und Außenbeziehungen

Nach langwierigen Verhandlungen wurde erstmals ein strategischer Rahmen für die Beziehungen der OECD mit Nicht-Mitgliedstaaten festgelegt. Die Stellung der nicht der Organisation angehörenden neuen EU-Mitgliedstaaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Slowenien und Zypern wird dadurch jedoch nicht aufgewertet. Eine Arbeitsgruppe des Rates zur Vorbereitung einer OECD-Erweiterung soll neben Fragen der Gliederung und Verwaltung die Art der Teilnahme von Mitgliedstaaten an einzelnen Gremien, die vorrangigen Ziele der Organisation sowie deren zukünftige Rolle und Aufgabe erörtern. Ein Bericht wird dem Ministerrat 2006 vorgelegt werden.

2. Internationale Wirtschaft und Finanzen

Die Wirtschaftsaussichten der Mitglieder wurden durch den starken Anstieg des Ölpreises gedämpft. Die OECD lobte die EU für die Anpassung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, hielt jedoch die Zinsanhebung durch die Europäische Zentralbank um 25 Basispunkte Anfang Dezember für verfrüht. Der in Japan erwartete Wirtschaftsaufschwung beruhte in hohem Maß auf der Binnennachfrage. Angesichts der weiterhin deflationären Preisentwicklung empfahl die OECD eine Beibehaltung der mengenmäßigen Lockerung der Geldpolitik der Bank of Japan (zur US-Wirtschaft siehe Kapitel A.IV.7.1.).

3. Tiefenprüfungen Österreichs

Wirtschaftsprüfung: Die Länderprüfung Österreichs im April behandelte mit Hinblick auf Nachhaltigkeit des Staatshaushalts und der Wachstumssteigerung folgende Schwerpunkte: Leistungskraft des öffentlichen Sektors, Neugestaltung der Haushaltsbeziehungen zwischen Bund und Ländern, Erhöhung der Erwerbsbeteiligung älterer Menschen und mögliche Verbesserungen des Umfelds für Innovationen.

Alterung der Gesellschaften und Beschäftigungspolitik: Nach eingehender Prüfung der österreichischen Pensions- und Beschäftigungspolitik wurde zur Jahresmitte ein Bericht veröffentlicht, der die jüngste Neuordnung bei den Ruhestandsgehältern als Schritt in die richtige Richtung würdigt, jedoch weitere Maßnahmen fordert, um den Beschäftigtenanteil insbesondere älterer ArbeitnehmerInnen zu erhöhen.

Informations- und Kommunikationstechnik: Der Bericht über die Österreichprüfung mit dem Titel „ICT Diffusion to Business“ (Die Verbreitung der IKT in den Unternehmen) im Dezember beschreibt den Stand der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) in Österreich sowie Maßnahmen zu deren weiterer Verbreitung in Unternehmen. Er soll bei

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

einem Sachverständigentreffen im März 2006 angenommen werden. Wegen der mannigfachen Querverbindungen wurde die Untersuchung um die Bereiche Forschung und Entwicklung, öffentliches Beschaffungswesen, Standards, Breitbandtechnik, Vertrauen und Sicherheitsfragen erweitert.

Korruption und Bestechung: Ebenfalls im Dezember fand eine Prüfung zum Thema „Bestechung im weltweiten Geschäftsverkehr“ statt. Untersucht wurden die österreichische Gesetzeslage und die Vorgangsweise bei der Bekämpfung der Bestechung ausländischer Beamter durch Unternehmen oder Geschäftsleute mit Sitz in Österreich.

4. Bildung

Innerhalb der OECD stieg die Bedeutung des Bereichs Bildung, zu der die Studien „PISA 2003“ sowie „Education at a Glance 2004“ (Bildung auf einen Blick 2004) beitrugen. „Education at a Glance 2005“ bietet neben den bildungspolitischen Ländervergleichen der OECD eine weltweite Gegenüberstellung verschiedener für die Bildung bedeutsamer Kennziffern. In Zusammenarbeit mit der UNESCO wurden länderübergreifende Wertanforderungen für höhere Schulen und Hochschulen festgelegt.

5. Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit

Die Frage einer Erhöhung der ODA aufgrund der international eingegangenen Verpflichtungen sowie die Aufnahmefähigkeit der Empfängerländer für den größeren Hilfsumfang stand im Mittelpunkt der Beratungen der OECD. Die EU beschloss im Hinblick auf das VN-Ziel von 0,7% des BNE eine Anhebung der ODA auf 0,51% des BNE der EU-15 bis 2010. Prognosen des OECD-Sekretariats zufolge wird die ODA der 23 Mitglieder des Komitees für Entwicklungszusammenarbeit bis 2010 um 50 Milliarden US-Dollar steigen. Kurzfristige Erhöhungen der ODA wurden durch die Entschuldungen des Irak (12 Milliarden US-Dollar) und Nigerias (15–18 Milliarden US-Dollar), die Nothilfe für die Tsunami-Opfer sowie die Erdbebenopfer in Pakistan bewirkt, langfristig müssen bis 2010 jedoch deutliche Steigerungen angepeilt werden.

Auf Grundlage der „Pariser Erklärung zu wirkungsvollem Hilfseinsatz“ vom März arbeitete die OECD Umsetzungsrichtlinien aus und überprüfte die Einhaltung dieses Übereinkommens. In dieser Erklärung verpflichteten sich Geber- und Empfängerländer zu umfassenden Änderungen zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele der VN bis 2015.

6. Nachhaltige Entwicklung

Die nationalen Sachverständigen für nachhaltige Entwicklung erörterten bei ihrem jährlichen Treffen im Oktober die Fortschritte der Arbeiten der

Multilaterale Wirtschaftspolitik

OECD, darunter das weitreichende Paket von Meßgrößen für nachhaltige Entwicklung. Weitere Gesichtspunkte waren die Vorbereitung von Beiträgen der OECD für die CSD, der gegenwärtig Klimawandel, Energie und Industrie behandelt, die Auswahl von Beispielen für beste Verfahrensweisen in den einzelnen Mitgliedstaaten, Arbeiten am Forschungsvorhaben zu Materialströmen sowie ein Arbeitsgespräch über die Neuausrichtung umweltschädlicher Beihilfen.

7. Landwirtschaft

Themenschwerpunkt der Hochrangigen Sitzung im Juni, an der neben den OECD-Ländern auch Brasilien, China, Indien und Südafrika teilnahmen, waren die notwendigen Veränderungen in der Landwirtschaftspolitik im weltweiten Zusammenhang. Der Vorsitzende, der ehemalige EU-Kommissar Franz Fischler, hob zum Abschluss die ländliche Entwicklung im umfassenden Sinne als eines der wichtigsten Werkzeuge für die Neugestaltung der Zukunft der Landwirtschaft hervor und unterstrich die grundlegende Bedeutung verbesserter Zusammenarbeit und technischer Hilfe für die Entwicklungsländer.

8. Ministertagungen

Im Mittelpunkt der Sozialministertagung am 31. März und 1. April in Paris unter Beteiligung von Bundesministerin Ursula Haubner standen die Unterstützung von Familien und Kindern sowie die neuen Herausforderungen für die Sozialversicherungsnetze in den Mitgliedstaaten.

Inhaltlicher Schwerpunkt der Tagung der Wirtschafts- und FinanzministerInnen am 3. und 4. Mai unter schwedischem Vorsitz waren die Auswirkungen der Globalisierung auf die weltweiten Wachstumsaussichten. Österreich war durch Bundesminister Martin Bartenstein und Staatssekretär Alfred Finz vertreten. Die zeitliche Überschneidung mit der Energieministertagung wurde für eine gemeinsame Sitzung zu Energie und Investitionen genutzt. Der Ministerrat verabschiedete darüber hinaus eine Erklärung zur Nachbereitung der Millenniums-Erklärung der VN und zu den Beschlüssen von Monterrey als Beitrag der OECD zum Weltgipfel der VN.

Staatssekretär Alfred Finz nahm an einem Treffen auf Ministerebene zu „Public Governance“ (Gute Regierungsführung) in Rotterdam am 28. November teil. Angesichts der sich wandelnden Rolle staatlicher Einrichtungen wurden Wege und Mittel erörtert, das Vertrauen der BürgerInnen in demokratisch gewählte Regierungen zu stärken.

*Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung***9. Die Internationale Energieagentur**

Die EnergieministerInnen betonten beim Ministerrat der Internationalen Energieagentur (**IEA**) am 2. und 3. Mai die wichtige Rolle der Organisation bei der Sicherung der Energieversorgung und nachhaltigen Entwicklung. Erörtert wurden vor allem zwei Fragen: Können die nachteiligen Umweltauswirkungen der weltweit wachsenden Abhängigkeit von fossilen Energieträgern vermindert werden? Wie kann der wachsenden Abhängigkeit von Energieeinfuhren – bei gleichzeitiger zunehmender Verengung des weltweiten Angebotes auf eine geringere Zahl von Bezugsquellen – begegnet werden? Mit verstärkten Bemühungen zur wirksameren Energienutzung will man die Anfälligkeit der Volkswirtschaften gegenüber hohen und stark schwankenden Energiepreisen verringern.

K. Die Globale Nachhaltigkeitspolitik

Im Vorfeld zum VN-Weltgipfel verstärkte die EU ihre Bemühungen, ihr Vorhaben der Umwandlung von UNEP in eine VN-Spezialorganisation voranzutreiben. Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni enthalten ein klares Bekenntnis zur Gründung einer Umweltorganisation der VN (**UNEO**). Österreich steht den Bestrebungen der Umwandlung in UNEO offen gegenüber, weist aber darauf hin, dass die substanzielle Arbeit im Umweltbereich auf internationaler Ebene durch den Umwandlungsprozess nicht behindert werden darf.

Die EU erreichte beim VN-Gipfel ihr Ziel, eine politische Einigung über die Aufnahme von Verhandlungen für eine Stärkung und institutionelle Veränderung von UNEP zu finden. Darauf aufbauend unterstützt die EU den Plan des Präsidenten der VN-GV, im Rahmen der Reformen einen offenen Konsultationsprozess in Gang zu setzen, um dadurch die Umwandlung voranzutreiben. Die EU griff auf das Sachverständigenetz für eine „grüne Diplomatie“ (Green Diplomacy Network) zurück, um in Drittstaaten aktiv für UNEO zu werben.

Die **Klimaschutzkonferenz** in Montreal (Kanada) im Dezember, gleichzeitig das erste Treffen der Kyoto-Vertragsparteien, setzte ein klares Signal für die Weiterführung des globalen Klimaprozesses. Die EU verwirklichte ihr Vorhaben, die USA zurück und die Entwicklungsländer neu an den Verhandlungstisch zu bringen. Damit ist auch die Forderung der europäischen Wirtschaft erfüllt, die EU-Klimapolitik nur gemeinsam mit den wichtigsten Treibhausgasemittenten weiterzuverfolgen. Das Konferenzergebnis ist ein erster Schritt und enthält noch keinen Hinweis auf künftige Verpflichtungen. Diese müssen in den nächsten Jahren erarbeitet werden.

I. Die Weiterverfolgung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung

Die Kommission für nachhaltige Entwicklung (**CSD 13**) tagte in New York vom 11.–22. April. Die Verhandlungen zum Schlussdokument konzentrierten sich darauf, dem Millenniums-Entwicklungsziel für 2015 näher zu kommen, die Anzahl jener Menschen zu halbieren, die keinen Zugang zu sauberem und sicherem Trinkwasser haben. Dabei gab es unterschiedliche Auffassungen im Bereich Finanzierung und ODA, dem Ökosystemansatz und der Rolle der verschiedenen Interessenvertretungen. Die Forderung auf ein Recht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser wurde nicht umgesetzt. Die EU erreichte eine globale Zustimmung zum Konzept des integrierten Wasserressourcenmanagements.

Im Mai fand die fünfte Konferenz des Globalen Forums über nachhaltige Energie (**GFSE**) „Enhancing International Cooperation on Biomass“ (Aus-

Globale Umweltschutzabkommen

bau der internationalen Zusammenarbeit bei Biomasse) in Wien statt. Es wurden Empfehlungen an die 14. und 15. Tagung der CSD im Jahr 2006 bzw. 2007 verabschiedet, die konkrete Maßnahmen zur Armutsbekämpfung durch Verbesserung der internationalen Kooperation im Bereich Biomasse beinhalten, eine Verbesserung der Nutzung der traditionellen Biomasse aufzeigen und Modernisierungsschritte im Thema Biomasse skizzieren.

Die 5. Sitzung des Waldforums der VN (**UNFF**) tagte im Mai mit dem Ziel, die Effizienz der Internationalen Vereinbarung für Wälder (**IAF**) zu bewerten. Bezüglich der grundsätzlichen Ziele sowie einigen Punkten der Rahmenbedingungen konnte Annäherung erreicht werden, die Verhandlungen scheiterten jedoch hinsichtlich der Vereinbarkeit von globalen Zielen, der Stärkung des Rechtsrahmens und der Entwicklung eines neuen Völkerrechtsinstruments.

II. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen

Die 23. Tagung des Globalen Ministerforums Umwelt (**GMEF**) fand in Nairobi (Kenia) im Februar statt. Dabei wurden mehrere Entscheidungen betreffend Chemikalienmanagement, Wassermanagement sowie zu Frauen und Umwelt verabschiedet. Über die Notwendigkeit eines international rechtlich bindenden Instruments für Quecksilber gab es keine Einigung.

In Umsetzung des Implementierungsplans des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung (**WSSD**) 2002 in Johannesburg (Südafrika) wurde im Bereich Chemikalien unter der Ägide von UNEP ein intergouvernementaler Verhandlungsprozess mit dem Ziel weitergeführt, unter Einbeziehung aller Akteure eine globale Struktur zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit im Chemikalienbereich zu schaffen. Das Strategische Konzept für ein internationales Chemikalienmanagement (**SAICM**) wurde in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) am 6. Februar beschlossen und der Globale Aktionsplan sowie die Umfassende Politische Strategie (OPS) angenommen. Obwohl zwar rechtlich nicht bindend, bietet die von den Umweltministern in Dubai unterzeichnete „High Level Declaration“ (Hochrangige Erklärung) SAICM politischen Rückhalt.

III. Globale Umweltschutzabkommen

1. Cartagena-Protokoll

Das 2. Treffen der Vertragsparteien zum Cartagena Protokoll über biologische Sicherheit fand vom 30. Mai bis 3. Juni in Montreal statt. Beim Hauptverhandlungspunkt, der Festlegung von Kennzeichnungsbestimmungen für Massenwaren, konnte trotz kompromissbereiter Haltung der EU keine Entscheidung gefunden werden.

Die Globale Nachhaltigkeitspolitik

Unmittelbar vor dem Treffen der Vertragsparteien fand die erste Sitzung der Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu Haftungs- und Entschädigungsfragen statt. Der Bericht der Gruppe wurde vom Treffen der Vertragsparteien angenommen und die Verhandlungen im Rahmen der Arbeitsgruppe werden 2006 unter österreichischem Ratsvorsitz fortgesetzt.

2. Wüstenkonvention

Im Oktober fand die Siebente Konferenz der Vertragsparteien (**COP 7**) zum Übereinkommen zur Bekämpfung der Wüstenbildung (Wüstenkonvention) in Nairobi statt. Die politische Krise der Konvention war evident: Der Erfolg der Konferenz blieb weit hinter den Erwartungen der Mitgliedstaaten zurück. Zentrales Thema war – unter Themenführerschaft der EU – die Forderung der Geberländer nach einer strategischen Neuorientierung der Konvention.

3. Ramsar-Konvention

Die Neunte Konferenz der Vertragsparteien zum Übereinkommen über Feuchtgebiete (Ramsar-Konvention) fand im November in Kampala (Uganda) statt. Es wurden 25 Resolutionen verabschiedet, darunter die Strategie des Übereinkommens für 2006–2008, die Ausweisung staatenübergreifender „Ramsar-Gebiete“ (international bedeutende Feuchtgebiete), die Rolle und Beteiligung des Übereinkommens in anderen multilateralen Prozessen, insbesondere beim vierten Weltwasserforum 2006 in Mexiko-Stadt, die Rolle des Übereinkommens bei der Vorbeugung von Naturkatastrophen und die Unterstützung regionaler multilateraler Initiativen in der Armutsbekämpfung und der Entwicklungszusammenarbeit.

4. Bonner Übereinkommen

Bei der Achten Konferenz der Vertragsparteien zum Übereinkommen zur Erhaltung der wandernden wild lebenden Tierarten (Bonner Übereinkommen) in Nairobi im November wurden die allgemeine Strategie des Übereinkommens, eine Änderung der Anhänge, Aktionspläne für besonders gefährdete Arten, das globale Register wandernder Tierarten sowie verwaltungstechnische Fragen des Übereinkommens behandelt.

5. Klimarahmenkonvention – Kyoto-Protokoll

Im Februar trat das Kyoto-Protokoll zur Klimarahmenkonvention mit dem Beitritt Russlands in Kraft. Erstmals sind damit für Industrieländer Obergrenzen für den Ausstoß von CO₂ und weiteren fünf Treibhausgasen, die zur globalen Erwärmung beitragen, völkerrechtlich verbindlich. Im Dezem-

Globale Umweltschutzabkommen

ber tagte die Erste Konferenz der Vertragsparteien zum Kyoto-Protokoll parallel mit der 11. Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention in Montreal. Es wurden zwei Verhandlungsprozesse – hinsichtlich der Fortentwicklung des Klimaregimes, aufbauend auf der Architektur der Klimarahmenkonvention, zum einen und des Kyoto-Protokolls nach 2012 zum anderen – gestartet. Weiters wurden die Verträge von Marrakesch, die Durchführungsbestimmungen des Kyoto-Protokolls, ohne Änderungen angenommen. Die Vorschriften, die die Umsetzung der Reduktionspflichten, die Regeln für die Anwendung der flexiblen Mechanismen und der Senkenanrechnung sowie die regelmäßige Berichterstattung und Überprüfung beinhalten, wurden erstellt. Es erfolgte die Konkretisierung des Fünfjahres-Adaptierungsprogramms, mit dem die Umsetzung beginnen kann. Der 2001 eingerichtete Anpassungsfonds konnte seine Arbeit zur Unterstützung von Entwicklungsländern aufnehmen, damit diese die negativen Auswirkungen des Klimawandels bewältigen.

6. Stockholmer Abkommen und Rotterdamer Abkommen

Im Mai fand die 1. Vertragsstaatenkonferenz zum Stockholmer Übereinkommen über nicht abbaubare organische Schadstoffe (POPs) in Punta del Este (Uruguay) statt. Die Konvention nahm ihre Arbeit auf.

Das 2. Treffen der Vertragsparteien zum UNEP/FAO-Übereinkommen von Rotterdam über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung für bestimmte gefährliche Chemikalien und Pestizide im internationalen Handel (PIC) fand in Rom vom 28.–30. September statt. Dabei wurden vor allem Fragen der Umsetzung des Abkommens diskutiert. Unmittelbar vor dem Treffen der Vertragsparteien fand ein Treffen der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines Einhaltungsmechanismus statt. Der Bericht der Gruppe wurde vom Treffen der Vertragsparteien angenommen und die Verhandlungen zur Ausarbeitung eines Einhaltungsmechanismus werden im Rahmen des dritten Treffens der Vertragsparteien im Herbst 2006 fortgesetzt.

7. Internationales Walfangübereinkommen

Im Juni fand in Ulsan (Korea) die 57. Jahrestagung des Internationalen Walfangübereinkommens (**IWC**) statt. Die schwierige Ausgangslage behindert die Beschlussfassung, denn IWC besteht aus zwei Lagern mit weitgehend unvereinbaren Standpunkten. So wurde einerseits die Einrichtung neuer Schutzgebiete im Südatlantik und Südpazifik, aber andererseits auch die Lockerung des seit 1986 geltenden Moratoriums abgelehnt. In Bezug auf die Fertigstellung und Inkraftsetzung eines Bewirtschaftungsschemas wurden ebenfalls keine Fortschritte erzielt.

*Die Globale Nachhaltigkeitspolitik***8. Internationales Luftreinhalteabkommen**

Bei der 23. Sitzung des Exekutiv-Organs in Genf im Dezember standen die Evaluierung der Umsetzung des Übereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung (**CLRTAP**) und seiner Protokolle auf dem Programm. Fortschritte konnten insbesondere bei der Finanzierung dieser Kernaktivität, bei der Förderung der Umsetzung des Übereinkommens in der Kaukasus-Region und bei der Ausrichtung der strategischen Aktivitäten erzielt werden.

9. Aarhus-Konvention

Im Mai fand das 2. Treffen der Vertragsparteien zum Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Konvention) in Almaty (Kasachstan) statt. Nach jahrelangen Verhandlungen konnte eine rechtsverbindliche Änderung des Übereinkommens bezüglich der Entscheidungsfindung bei bestimmten GVO-Zulassungsverfahren getroffen werden. Dies stellt besonders für die Staaten Zentralasiens eine bedeutende Verbesserung der Umweltsituation dar.

L. Auslandskulturpolitik

1. Schwerpunkte und Projekte

Österreich genießt als Kulturnation einen hohen internationalen Stellenwert, dem eine besonders engagierte Auslandskulturpolitik entsprechen muss. Als anerkannte „soft power“ der Außenpolitik fördert sie dieses Ansehen durch mehrere Tausend kulturelle und wissenschaftliche Projekte im Jahr, die von 29 Kulturforen, 80 Botschaften, 15 Generalkonsulaten sowie 51 Österreich-Bibliotheken im Ausland umgesetzt werden. Dabei steht der zeitgenössische kreative Charakter Österreichs im Vordergrund. Gleichzeitig wird damit ein Beitrag zur Verbreitung europäischer Werte geleistet, vor allem jener des Dialogs und der Demokratie, um die kulturelle Identität Europas weiter zu entwickeln, gemeinsame Traditionen zu nutzen und national begründete Voreingenommenheiten zu reduzieren.

In besonderer Weise bemüht sich die Plattform Kultur-Mitteuropa als kulturelle Rahmenorganisation innerhalb der Regionalen Partnerschaft um eine aktive Zusammenarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Projekte, die in der Hauptstadt des jeweiligen EU-Ratsvorsitzlandes umgesetzt werden. So wurde im Juni unter dem Motto „form and nonform“ eine von Ungarn kuratierte Ausstellung in Luxemburg präsentiert, die mitteleuropäische Gemeinsamkeiten und Differenzen in der Architektur aufzeigte. Im Oktober fand in London ein Dokumentarfilmfestival statt, das in Mitteleuropa unterschiedlich wahrgenommene Perspektiven zur Erweiterung der EU vorstellte.

Neben zahlreichen in Österreich begangenen Jubiläen gab es eine Vielzahl von Veranstaltungen im Ausland, die nicht nur historisch-dokumentarischer Natur waren, beispielsweise die Präsentation der Ausstellung „Von der Befreiung zur Freiheit“ mit einzigartigem Fotomaterial von Erich Lessing, sondern auch vom Wandel des externen Blicks auf Österreich zeugten.

Im Rahmen der Jubiläumsveranstaltungen kam dem 100. Jahrestag der Verleihung des Friedensnobelpreises an Bertha von Suttner besondere Aufmerksamkeit zu. Festveranstaltungen wurden in ihrer Geburtsstadt Prag, aber auch in Wien, ihrem letzten Wohnort, organisiert. Darüber hinaus gab dieses Jubiläum Anlass, den bedeutenden Beitrag von Frauen für Frieden, Menschenrechte und Friedenssicherung als wichtige außenpolitische Aufgabe zu betonen. Die von Georg Hamann kuratierte Dokumentationsausstellung über Bertha von Suttner wurde in elf Sprachen erstellt und in mehr als 30 Ländern gezeigt, darunter im Ghandi Museum in Neu Delhi, im Nobelpreis-Zentrum in Oslo, im Palais des Nations in Genf sowie bei den Vereinten Nationen in New York.

Neben den künstlerischen Veranstaltungen wurde unter dem Titel „Österreich innovativ“ ein mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur koordinierter Beitrag geleistet, um die Bedeutung der wissen-

Auslandskulturpolitik

schaftlichen Leistungen Österreichs im Ausland stärker als bisher in den Vordergrund zu rücken. Aktuelle Wissenschaftsthemen wurden in Vortragsveranstaltungen behandelt, die von allen Kulturforen im Ausland organisiert wurden. Unter diesem Titel fand auch eine umfangreiche Veranstaltungsreihe über zeitgenössisches Musikschaffen am Kulturforum in New York statt, die in Zusammenarbeit mit dem mica (music information center austria) vorbereitet worden war.

Innovativ war auch die Zusammenarbeit mit anderen österreichischen Institutionen, beispielsweise bei der Unterstützung kultureller Projekte, wie im Österreich-Pavillon bei der Weltausstellung in Aichi und weiteren Begleitveranstaltungen in Japan oder bei der Präsentation junger österreichischer MusikinterpretInnen im Rahmen einer Großveranstaltung in Berlin als Fortsetzung des 2002 initiierten Pilotprojekts „The New Austrian Sound of Music“.

Eine neue Form der kulturellen Kooperation ergab sich in der Umsetzung des 2005 EU-Japan-Jahres der Begegnung, das einerseits in allen EU-Mitgliedstaaten die Aufmerksamkeit verstärkt auf japanische Kultur und Lebensweise lenkte und andererseits den EU-Mitgliedstaaten eine besondere Präsentationsplattform in Japan bot. Mehr als 1.700 Veranstaltungen fanden in der EU statt, davon rund 120 in Österreich.

Eine bedeutende Darstellung Österreichs konnte beim Festival von Guadalajara (Mexiko) verwirklicht werden, wo Österreich als Gastland in allen Kunstsparten und Kunstrichtungen große Erfolge verzeichnen konnte.

Im Zentrum der Auslandskulturtagung stand die Frage nach dem kulturellen Selbstverständnis Österreichs und seinen Fremdbildern. Das Thema „Österreich zwischen Image und Identität“ leistete einen reflexiven Beitrag zum Jubiläumsjahr und zeigte der österreichischen Auslandskulturarbeit Wege auf, Momente der internationalen Aufmerksamkeit für Österreich generell und die Leistungen seiner KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen speziell zu schaffen und beleuchtete Zusammenhänge zwischen internationalem Image und kultureller Identität.

2. Dialog der Kulturen und Religionen

Vor mehr als fünfzehn Jahren startete Bundesminister a. D. Alois Mock die Initiative zu einem verstärkten Dialog der Weltreligionen. Ziel des Dialogs ist es, die „Andersheit“ (diversity) als Bereicherung zu verstehen und damit einen Beitrag zu Erziehung und Bildung zu leisten.

Vom 16.–22. Oktober hielten sich auf Initiative des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und auf Einladung der tadschikischen Akademie der Wissenschaften zwölf VertreterInnen des österreichischen Geistes- und Kulturlebens zu einem interkulturellen Dialogforum in Duschanbe (Tadschikistan)

Musikprojekte

auf, wo ein Gedankenaustausch auf den Gebieten der Geschichte, Archäologie, Musik, Anthropologie, Soziologie und Religion stattfand. Diese Bemühungen sollen in Wien im Frühjahr 2006 ihre Fortsetzung und Weiterentwicklung finden.

Die internationale Konferenz „Islam in a Pluralistic World“ in Wien vom 14.–16. November, die zusammen mit der Österreichischen Orient-Gesellschaft Hammer-Purgstall organisiert wurde, brachte hochrangige geistige und weltliche Persönlichkeiten wie den Präsidenten von Afghanistan, Hamid Karzai, den Präsidenten von Irak, Jalal Talabani, den früheren Präsidenten von Iran, Mohammad Khatami, den persönlichen Vertreter des VN-GS bei der Konferenz, Lakhdar Brahimi, den Generalsekretär der OIC, Ekmeleddin Ihsanoglu, den Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I., den Großmufti von Syrien, Ahmad Bader Hassoun, den Präsidenten der Appeal of Conscience Foundation, Rabbi Arthur Schneier, Erzbischof Christoph Kardinal Schönborn und die Trägerin des Friedensnobelpreises Shirin Ebadi vor zahlreichem Publikum zusammen, wobei alle moslemischen KonferenzteilnehmerInnen der Idee eines Gottesstaates und dem Terrorismus eine klare Absage erteilten.

3. Musikprojekte

Im Jahr 2005 wurden weltweit rund **1.000 Musikprojekte** verwirklicht, wobei der Schwerpunkt auf zeitgenössischer Musik, Uraufführungen und jungen aufstrebenden SolistInnen und Ensembles lag.

Aufgrund der großen Breitenwirkung wurde das Programm „**The New Austrian Sound of Music**“ neu aufgelegt. Die von einer Jury ausgewählten Nachwuchs-MusikerInnen wurden in Berlin im November, gemeinsam mit dem Austrian Music Export Office und der WKÖ, der deutschen Öffentlichkeit präsentiert. Das Kulturforum New York setzte den erfolgreichen Kurs der Schwerpunktsetzung auf Musik des 20. und 21. Jahrhunderts fort. Auf dem Gebiet der elektronischen Musik wurde das Festival „Moving Patterns“ in Zusammenarbeit mit mica zu einem Fixpunkt der Präsenz Österreichs in diesem Bereich. Das Kulturforum Paris führte seine Schwerpunktsetzung zum Thema „Entartete Musik“ in Kooperation mit dem „Forum voix étouffées“ mit Festivals in Frankreich fort. Das am Kulturforum Istanbul beheimatete Projekt „European Horizons and Mosaic Programme – EUROPEAN VOICES“, das unter der Leitung von Vijay Upadhyaya steht, veranstaltete eine Reihe von Arbeitstagen über kulturgeschichtliche Zusammenhänge zwischen der Türkei und Europa und führte eine Konzerttournee durch türkische Städte sowie weiter nach Damaskus, Beirut, Tbilisi und Jerewan durch.

Erfolgreiche **Gastspiele bei Musikfestivals** gaben Hubert von Goisern beim „Festival au désert“ in Timbuktu (Mali) und das Wiener Gemüseorchester beim internationalen Festival der modernen Musik in Wilna (Litauen). Das

Auslandskulturpolitik

Pierrot Lunaire Ensemble gastierte beim „Festival der Neuen Musikszene“ in Odessa (Ukraine), das Merlin Ensemble Wien bei der Zagreber Musikbiennale. Das Festival „Transformation05“ Zrenjanin (Serbien und Montenegro) lud die Gruppe BLACKLABcollectiv ein. Der Sänger Louie Austen eröffnete das Festival „Refract4 – Re-publika“ in Belgrad. Das Austrian String Quartet konzertierte beim Frühlings-Kunsthospital in Pjöngjang (Demokratische Volksrepublik Korea).

VertreterInnen der **Musik des 20. und 21. Jahrhunderts** stießen weltweit auf großes Interesse. Die „European GDs Parade“ in Prag, unter anderem mit Patrick Pulsinger, begeisterte das jugendliche Publikum. Die Soundscape-Komponistin Gabriele Proy tourte im Rahmen des 2005 EU-Japan-Jahres der Begegnung durch Japan. In Mexiko bereitete eine elektronische Musikreihe mit DJs, wie Christopher Just, Microthol und Elin, den Boden für zukünftige DJ-Einladungen. In Slowenien wurden Konzerte mit Electric Indigo und Rosa Reitsamer mit Begeisterung aufgenommen. Jazz und Weltmusik aus Österreich wurde auf internationalen Bühnen ebenfalls präsentiert. Erfolgreiche Auftritte absolvierten das Klezmer-Ensemble Scholem Alejchem, die Vokalsolistin Agnes Heginger und der Jazzpianist Martin Wöss, das Wolfgang Muthspiel Trio, die Jazzbands K.O.P.G und BlocBusiness sowie Achim Tang und Otto Lechner. Anlässlich des Staatsbesuches von Bundespräsident Heinz Fischer in Brasilien gab der Jazzgeiger Rudi Berger ein viel beachtetes Konzert.

4. Literatur- und Theaterprojekte

Die Literatur- und Theaterveranstaltungen standen im Lichte des **zeitgenössischen österreichischen Literaturschaffens**, an dem international großes Interesse besteht. Es fanden erfolgreiche Produktionen von Stücken von Peter Turrini, Felix Mitterer und Elfriede Jelinek statt. Der neu geschaffene „**Deutsche Buchpreis**“ wurde im Rahmen der Frankfurter Buchmesse an Arno Geiger für seinen Roman „Es geht uns gut“ verliehen. Kathrin Röggla erhielt den Solothurner Literaturpreis, Josef Winkler den spanischen „Premio Lateral para Narrativa Extranjera“.

Ensembles aus der **freien österreichischen Theaterszene** erzielten ebenso Erfolge. So gastierten die Theatergruppen „Konnex“ und „Lalish Theaterlabor“ beim internationalen Experimentaltheaterfestival in Kairo, das Grazer „Theater im Bahnhof“ in Ljubljana, das Marionettentheater Schloss Schönbrunn in Seoul und die Theatergruppe ASOU beim Dance Mitaino und beim Artvillage Festival in Japan. Erwähnenswert sind auch die Zusammenarbeit und die Auftritte des Grazer Ensembles „Theater UniT“ mit Theatergruppen und MusikerInnen aus Rumänien, der Slowakei und Ungarn und im Rahmen des Projektes „Romanovela, Love in Translation“ in Slowenien.

Literatur- und Theaterprojekte

In praktisch allen Ländern, in denen Österreich diplomatisch vertreten ist, wurden **AutorInnenlesungen** durchgeführt. Zdenka Becker, Doron Rabinovici, Gert Jonke, Robert Schindel, Tarek Eltayeb, Karl-Markus Gauß, Josef Winkler, Thomas Glavinic, Daniel Kehlmann, Dimitri Dinev, Eva Menasse, Anna Mitgutsch und Arno Geiger lasen rund um den Globus aus ihren Werken.

Aus Anlass des **100. Geburtstages von Elias Canetti** wurde am 25. Juli in der Österreich-Bibliothek in Rousse eine Dokumentationsausstellung zu Leben und Werk des Autors eröffnet. Die Österreichische Botschaft Sofia veranstaltete im Oktober ein internationales Symposium zu Interkulturalität und Intertextualität bei Elias Canetti an der Universität in Sofia. Auch das **200. Geburtstagsjubiläum von Adalbert Stifter** wurde mit Podiumsgesprächen, Ausstellungen und Lesungen an österreichischen Vertretungen im Ausland gefeiert.

Österreich war bei internationalen **Literaturfestivals** prominent vertreten: mit Franz Josef Czernin beim Dichtertreffen „Cosmopoética, poetas del mundo en Córdoba“, bei einer Lesenacht deutscher, österreichischer und tschechischer Literatur am deutschen Theater Almáty mit Texten von Elfriede Gerstl, H.C. Artmann, Barbara Frischmuth, Erich Fried und anderen, mit Robert Schindel bei der Lesereihe „TransEuropeExpress-Schriftsteller des Neuen Europa“ in Rom, bei der Buchmesse in Göteborg, mit Jörg Piringer beim Festival für neue Poesie „Audiatur“ in Bergen sowie beim Salon du Livre in Montreal. Zur 24. Internationalen Buchmesse TÜYAP in Istanbul reisten die Kinderbuchautorinnen Selda Soganci und Seher Cakir.

Das Ziel, **Verlage außerhalb des deutschen Sprachraums** für österreichische Literatur zu interessieren, wurde nachhaltig verfolgt. Beispielsweise wurden Werke von Friedricke Mayröcker ins Schwedische, von Josef Winkler ins Spanische, von Daniel Kehlmann ins Französische oder von Elfriede Jelinek ins Norwegische übersetzt sowie das „Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939“ von Hans Landauer erstmals in spanischer Sprache aufgelegt.

Größter Beliebtheit erfreuen sich VertreterInnen der jungen und jüngeren österreichischen **Tanz- und ChoreographInnen-Szene**. Die Compagnie Willi Dorner gastierte mit den beiden Stücken „threeseconds“ und „no credits“ in Irland sowie in Peking und Shanghai. CUBE (Christian Uhl) absolvierte eine äußerst erfolgreiche Frankreich-Tournee und machte mit seinem neuen Programm „May you live in interesting times“ Station in Lausanne, Aix-en-Provence, Grenoble und Montpellier. Bei renommierten Tanzfestivals wie dem „4th International Summer Arts Festival Alexandria“, dem „Dashanzi International Art Festival DIAF“ in Peking, dem „Internationalen Tanzfestival Kaunas“ oder den „Dies de Dansa“ in Barcelona traten „Tanz*Hotel“ und „DANS.KIAS“, die „Bilderwerfer Wien“, der Tänzer Robert Tirpak bzw. Ziya Azazi auf. Erstmals konnte auch auf Initiative des

Auslandskulturpolitik

Kulturforums Peking eine Zusammenarbeit mit der einzigen unabhängigen Dance Company Chinas, dem „Living Dance Studio Beijing“, initiiert werden.

5. Bildende Kunst

Beim diesjährigen **Festival Cultural de Mayo** im Mai im mexikanischen Guadalajara gab es einen umfangreichen Österreich-Schwerpunkt. Erstmals waren Originalwerke des surrealistischen Malers Wolfgang Paalen zu sehen. Weiters fand eine Architekturschau von Coop Himmelb(l)au sowie eine von Bernhard Rehn kuratierte Ausstellung „Österreichische Kunst in Mexiko“ mit Werken von Gerda Gruber, Fritz Riedl, Ilse Gradwohl, Doris Steinbichler, Bruno Schwebel und anderen statt.

Das Grazer Architekturbüro Splitterwerk war mit dem Beitrag „Es lebe die Ente!“ (Whoop to the Duck!) im Herbst zu Gast bei der VI. Architekturbiennale in São Paulo. Dort wurden auch Arbeiten und Pläne von Clemens Holzmeister gezeigt. Ferner war Österreich beim international renommierten 47. „Oktober Salon“ in Belgrad sowie bei anderen internationalen Kunstmessen prominent vertreten.

In Zusammenarbeit mit österreichischen Kunsthäusern und Museen konnte eine Reihe von Ausstellungen realisiert werden, die international bei Presse und Publikum auf großes Interesse stießen. Im Kreml-Museum in Moskau war die Ausstellung „Die Kunstkammer der Habsburger“, im Moskauer Museum für moderne Kunst eine Werkschau zu Friedensreich Hundertwasser zu sehen. In Kooperation mit dem Kunsthistorischen Museum Wien wurde die Ausstellung „Wien, Budapest und St. Petersburg – Zwischen Historismus und Avantgarde 1873–1920“ gezeigt. Die Sammlung Essl präsentierte österreichische zeitgenössische Kunst nach 1945 im Museo de Arte Moderno in Mexiko-Stadt. Im Kunstmuseum Luxemburg war eine Alfred Kubin-Retrospektive zu sehen und das Musée National d'Histoire et d'Art Luxembourg zeigte mit der Österreichischen Galerie Belvedere in der Ausstellung „Österreichische Kunst im Zeitalter Maria Theresias“ Spitzenwerke des Barock. Erwähnt seien noch die große Sezessionsausstellung „Vienne 1900: Klimt, Kokoschka, Schiele, Moser“ zur Wiedereröffnung des Grand Palais in Paris sowie die Schau „New Abstract Painting from Austria“ mit Werken von Erwin Bohatsch, Herbert Brandl, Gunter Damisch, Hubert Scheibl, Walter Vopava und Otto Zitko in Shanghai, Peking, Xian und Guangzhou.

Unterstützt wurden zahlreiche **VertreterInnen der jüngeren österreichischen bildenden Kunstszene**. Dieter Buchhart und Anna Karina Hofbauer kuratierten im Nikolaj Copenhagen Contemporary Art Center die Ausstellung „RE-ACT“ mit Werken von Oliver Ressler, Gerald Nestler, Julius Deutschbauer, Gerhard Spring und Toni Kleinlercher; Elisabeth Wörndl stellte ihre Fotoserie „Periférico“ in der Galerie Fonca in Mexiko-Stadt aus,

Internationale Jugendzusammenarbeit

Ricarda Denzer und Andreas Fogarasi wurden im Rahmen der internationalen Gruppenausstellung „in the picture, out of space“ im ungarischen Trafó vorgestellt und Peter Grics Kunstobjekte waren im Historischen Museum in Belgrad zu sehen.

Die Kulturpolitische Sektion verfügt über mehr als 20 **Wanderausstellungen**. Die neu erworbene Ausstellung „Adolf Loos“ wurde in der Türkei gezeigt, die Fotoausstellung „Die Heimat ist um die Ecke“ tourte durch Spanien und die Ingeborg Bachmann-Ausstellung, die dem Schreiben der österreichischen Autorin gegen den Krieg gewidmet war, machte Station in Deutschland, Italien, Großbritannien, Schweden, Frankreich und der Türkei. Die beiden fotografischen Dokumentationsausstellungen von Inge Morath „Donau“ und Liesl Ponger „Xenographische Ansichten“ wurden in Serbien und Montenegro, Polen und Mexiko präsentiert. Die von János Kalmár gestaltete Ausstellung „Das Jüdische Wien“ stieß in Argentinien und Belgien auf großes Publikumsinteresse.

6. Film

Zahlreiche **österreichische Filmproduktionen** erzielten internationale Erfolge, etwa Michael Hanekes „Caché“ wurde als bester Europäischer Film mit den European Film Awards und in Cannes mit dem Preis für die beste Regie prämiert. Erfolgreich waren auch Filme wie „Silentium“, „Crash Test Dummies“, „Neue Welt“, „Keller“, „Workingman’s Death“, „Handbike Movie“ und „Darwin’s Nightmare“.

Durch die **Übernahme von Reisekosten** wurde österreichischen FilmemacherInnen die Teilnahme an internationalen Filmfestivals ermöglicht. Einige Höhepunkte waren unter anderem Österreichische Filmwochen in Bulgarien, Chile, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Mexiko, Russland, Spanien, Türkei und Ungarn.

Das österreichische Filmschaffen wurde bei insgesamt 30 **„Österreich-Filmtagen“** verstärkt präsentiert. Darüber hinaus beteiligte sich Österreich an den von der EU veranstalteten etwa 48 **„Europäischen Filmtagen“** weltweit.

7. Internationale Jugendzusammenarbeit

Dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten obliegt gemeinsam mit dem Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz die Zuständigkeit für alle Jugendprojekte, die im Rahmen der Europäischen Union, des Europarates und anderer internationaler Organisationen wahrgenommen werden. Neu hinzu kamen Projekte, die im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft das gegenseitige Verständnis ermöglichen und verbessern sollen.

Auslandskulturpolitik

8. Internationale Sportbeziehungen

Die Vorbereitungsaktivitäten für die Fußball-Europameisterschaft 2008 in Österreich und der Schweiz wurden fortgeführt. Nachdem die Stadt Salzburg ihre Bewerbung um die Austragung der XXII. Olympischen Winter Spiele im Jahr 2014 am 28. Juli offiziell dem Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees überreicht hatte, wurde mit der Unterstützung dieser Bewerbung im Rahmen der geltenden Richtlinien des Internationalen Olympischen Komitees begonnen.

9. Kulturelle Förderungen

Dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten standen nach Abzug der finanzgesetzlichen Bindung 420.000 Euro für kulturelle Förderungen zur Verfügung, die nach außen- und auslandskulturpolitischen Gesichtspunkten für 97 Einzelprojekte gezielt eingesetzt wurden.

Stellvertretend für das weite Spektrum der gewährten Förderungen sei auf folgende Förderprojekte verwiesen: Im Kunst- und Ausstellungsbereich wurde das Projekt „Czernowitzer Austria“ des Institutes für kulturreisistente Güter ebenso wie die Jerusalem Foundation für die Durchführung der Einstein Jubiläumsausstellung gefördert. Das im Rahmen der Universität Innsbruck anlässlich „10 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreich, Bilanz und Ausblick“ veranstaltete Symposium sowie eine Podiumsdiskussion zum „Bosnischen Friedensdialog in Wien“ wurden unterstützt. Die Teilnahme von Studententeams der Universitäten Graz und Wien an internationalen Rechtswettbewerben wurde ebenfalls gefördert. Im Musikbereich wurden dem Gustav Mahler Jugendorchester, dem Klangforum Wien und dem Vienna Art Orchester für Auslandskonzerttourneen Subventionsmittel zugesprochen.

Die slowenischen Kulturvereine „Brücken“, „Abstaller Feld“ und „Peter Kozler“ wurden projektbezogen im Sinne einer aktiven Förderung der deutschsprachigen Minderheit unterstützt. Eine Reihe von Publikationen, unter anderem eine Musil-Ausgabe in armenischer Sprache, eine Biografie über die Physikerin Marietta Blau, die „Erwerbungs geschichte des Heroons von Tyrsa“, „New Books in German“ erhielten Druckkostenzuschüsse. Wie in den Vorjahren wurde für das St. Georgs-Kolleg in Istanbul eine Subvention bereitgestellt.

10. Wissenschaftliche Projekte

Im wissenschaftlichen Bereich sind das internationale Symposium zum Thema „Österreichische Identität: Geschichte – Gesellschaft – Literatur“ in Kopenhagen, ein an der Pariser Sorbonne abgehaltener Germanistenkongress zu „Germanistik im Konflikt der Kulturen“, das Symposium „Italien

Österreich-Bibliotheken

und Österreich – Nachbarn und Partner in Südosteuropa“ in Rom, eine internationale Erwin Chargaff Gedenkkonferenz an der Universität Czernowitz sowie ein vom Kulturforum Peking mitorganisiertes viertägiges Literatursymposium über österreichische Literatur des 20. Jahrhunderts hervorzuheben. Ferner fand eine Konferenz zum 30-jährigen Jubiläum des Österreichischen Archäologischen Instituts in Kairo statt.

11. Österreich-Lehrstühle und Studienzentren im Ausland

Diese Einrichtungen an einer Reihe ausländischer Universitäten haben die Aufgabe, im akademischen Leben des Gastlandes die Beschäftigung mit österreichischen Themen zu initiieren, zu vertiefen und zu betreuen. Europäische Themen in Verbindung mit dem intellektuellen Potenzial Österreichs werden in die Programmplanung des Lehrbetriebs aufgenommen, die Publikation wissenschaftlicher Arbeiten aus diesen Bereichen wird ange-regt. Darüber hinaus verstärken sie durch die Vernetzung mit adäquaten österreichischen Institutionen die Einbindung Österreichs in das internationale wissenschaftliche und kulturelle Netz.

12. Österreich-Bibliotheken

Zum Netzwerk der Österreich-Bibliotheken im Ausland zählen derzeit 51 Bibliotheken, die sich auf 23 Länder verteilen. Die meisten Österreich-Bibliotheken organisieren auch kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen. Diese Medien- und Kulturzentren sind für die österreichische Auslandskulturpolitik wichtig, da sie mehrheitlich in Städten beheimatet sind, in denen Österreich weder durch eine Botschaft noch durch andere offizielle Einrichtungen präsent ist. Mehr als 100.000 Personen frequentierten die Österreich-Bibliotheken, deren Bestände nunmehr rund 300.000 Bücher umfassen. Das Netzwerk erfuhr eine Erweiterung durch die Eröffnung der Österreich-Bibliothek „Elias Canetti“ in Rousse (Bulgarien). Ferner konnte für zwei Österreich-Bibliotheken die Raumsituation deutlich verbessert werden: die Österreich-Bibliothek Tbilisi wurde in Räumlichkeiten der Staatlichen Universität für westliche Fremdsprachen wiedereröffnet, die Österreich-Bibliothek Bratislava an der dortigen Universitäts-Bibliothek.

Im November veranstaltete das Außenministerium mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, der Österreichischen Gesellschaft für Literatur und dem Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Institut den Workshop „Kultur://Übersetzung – Wissens- und Kulturtransfer im Netzwerk der Österreich-Bibliotheken“, an welchem Vertreter aus zwölf Staaten teilnahmen, die an insgesamt 27 Österreich-Bibliotheken tätig sind. Der Workshop wurde im Rahmen des Südosteuropaprogramms „Culture for Stability“ der Auslandskultur veranstaltet. Mit der Veranstaltung wurde dem Wunsch nach themenbezogener Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Biblio-

Auslandskulturpolitik

theiken entsprochen. Für diese Zusammenarbeit bieten sich vornehmlich wissenschaftliche Projekte an, da 46 der Österreich-Bibliotheken über ein direktes wissenschaftliches Umfeld verfügen. Die auf dem Web-Portal der Österreich-Bibliotheken einsehbare Auslands-Austriaca Sammlung enthält mittlerweile rund 4.000 Titel. Zu einem Abschluss kam die Überarbeitung der auf dem Web-Portal www.oesterreich-bibliotheken.at zugänglich gemachten Literaturlisten, die sowohl Klassiker als auch relevante Neuerscheinungen erfassen, wobei für die Redaktion das Magazin Buchkultur verantwortlich war.

13. Deutsch als Fremdsprache (DaF)

Europaweit wird Deutsch von mehr als 100 Millionen Menschen gesprochen. Deutsch ist damit in Europa die meistgesprochene Muttersprache.

Zur Stärkung des Deutschen als regionale Kommunikationssprache und Forcierung der österreichischen Variante des Deutschen wurde 1977 die **Österreich Institut G.m.b.H.** gegründet, die Deutschkurse durchführt, den Deutschunterricht im Ausland unterstützt und fördert sowie mit einschlägigen nationalen und internationalen Organisationen zusammenarbeitet. Die Zentrale der Organisation befindet sich in Wien. Österreich Institute bestehen in Warschau, Krakau, Breslau, Budapest, Preßburg, Brünn, Ljubljana und Rom. Ein neuer Standort in Wrocław/Breslau wurde im Oktober eröffnet.

LektorInnen, SprachassistentInnen und DaF-PraktikantInnen werden von der **Österreich-Kooperation** ausgewählt und vermittelt. Es handelt sich dabei in der Regel um StudentInnen Pädagogischer Akademien und Graduierte geistes- und kulturwissenschaftlicher Studienrichtungen, die im sekundären und tertiären Bildungsbereich (Mittelschule und Universität) im Ausland tätig sind (Lektorate an 135 Standorten, Sprachassistenzen in 10 Ländern, DaF-Praktika in 45 Ländern).

Das Österreichische Sprachdiplom Deutsch (**ÖSD**) ist ein Instrument der Bildungs- und Sprachpolitik DaF. Das an internationalen Rahmenrichtlinien orientierte Prüfungssystem bietet die Möglichkeit, Deutschkenntnisse auf mehreren Niveaus zertifizieren zu lassen. Die ÖSD-Prüfungen werden weltweit an über 160 schulischen wie außerschulischen Prüfungszentren abgenommen.

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wirkte an der Betreuung des mehrwöchigen **Sprachstipendienprogramms** für rund 50 StudentInnen der **Hebräischen Universität Jerusalem** in Kooperation mit deren Freundesgesellschaft mit. Gastgeber waren die Universitäten Wien, Innsbruck, Linz, Graz, Klagenfurt und erstmals Salzburg.

*Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit***14. Stipendien und Mobilitätsprogramme im universitären Bereich**

Seit der Ausgliederung der Universitäten aus der staatlichen Verwaltung erfolgt die Betreuung von StipendiatInnen und die Administration diverser Mobilitätsprogramme (etwa Erasmus) durch eigene Büros. Partner des Außenministeriums ist der Österreichische Austauschdienst (**ÖAD**), dem die Büros für Akademische Mobilität, für Europäische Bildungskooperation (Sokrates, Leonardo), für EU-Drittstaatenkooperation, für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und für Entwicklungszusammenarbeit angehören. Zu den Aufgaben in diesem Bereich gehören die Koordination und Information sowohl für die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland und ausländischen Vertretungen in Österreich, als auch die Beantwortung individueller Anfragen sowie die Unterstützung und Wahrnehmung von Veranstaltungen im In- und Ausland.

15. Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Um Österreich in aktuelle Entwicklungen der europäischen Grundlagenforschung, der Hochtechnologie, der Weltraumforschung und der Atomforschung einzubinden und damit als Hochtechnologie- und Wissenschaftsstandort zu stärken, ist eine Beteiligung an Programmen internationaler wissenschaftlich-technischer Organisationen, wie der Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung (**COST**) in Brüssel, der Europäischen Organisation für Kernforschung (**CERN**) in Genf, der Europäischen Weltraumbehörde (**ESA**) in Paris und der Europäischen Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten (**EUMETSAT**) in Darmstadt unerlässlich. In diesen Organisationen wird Österreich durch das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie bzw. dem Bundesministerium für Wissenschaft, Bildung und Kultur vertreten. Darüber hinaus werden außenpolitische Belange in der Europäischen Konferenz für Molekularbiologie (**EMBC**) in Heidelberg, beim Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse (**IIASA**) in Laxenburg und dem Europäischen Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage (**ECMWF**) vertreten.

30.000 WissenschaftlerInnen aus aller Welt wirken in rund 200 national finanzierten Forschungsaktionen von **COST** mit einem Finanzvolumen von 2 Milliarden Euro jährlich mit. Die Beteiligung Österreichs an **COST**-Aktionen ist prozentuell wesentlich höher als in jeder anderen internationalen Wissenschaftskooperation. Drittstaatenbeteiligungen aus Australien, Japan, Kanada, Russland, USA und der Ukraine sowie von NGOs zeugen von der Attraktivität von **COST**. Eine neue auf Mehrheitsbeschlüssen basierende Geschäftsordnung wurde von den 33 Mitgliedstaaten angenommen,

Auslandskulturpolitik

um COST noch zusätzliche Dynamik zu verleihen. Österreichischen außenpolitischen Zielsetzungen, wie die Förderung der Beteiligungen aus der Balkanregion und die Kooperation mit WissenschaftlerInnen aus dem mediterranen Raum, wird durch einen eigens eingerichteten Fonds Rechnung getragen.

Ähnlich günstige Bedingungen zur Mitwirkung findet Österreich in **ESA** vor, deren Konvention eine selektive Beteiligung an Programmen mit garantier-tem Rückfluss ermöglicht. Dabei erhält die österreichische Wissenschaft und Industrie Aufträge im Ausmaß der österreichischen finanziellen Beteiligung am gewählten ESA-Programm. Beteiligungen an ESA-Wahlprogrammen sind die beste Basis, um später in anwendungsorientierte wirtschaftliche Welt-raumprogramme einzusteigen, wie sie auf Grundlage des Rahmenvertrags EU-ESA für das Projekt für satellitengestützte Navigations- und Ortungssy-teme (**GALILEO**) und in Zukunft für Programme der Globalen Umwelt- und Sicherheitsüberwachung (**GMES**) vorgesehen sind. Österreich steigerte kon-tinuierlich die Beteiligung an ESA-Wahlprogrammen. Bei der ESA-Rats-tagung auf Ministerebene in Berlin am 5. und 6. Dezember wurden die Fi-nanzierung 2007–2013 für die ESA-Wissenschaftsprogramme, das Erdbeob-achtungsrahmenprogramm (**EOEP**), GMES, Telekommunikation und die Wei-terentwicklung des europäischen Trägers Ariane V beschlossen sowie erstmals eine Strategie festgelegt, europäische Träger für von staatlichen In-stitutionen in Auftrag gegebene Flüge (so genannte „institutionelle Flüge“) prioritär zu verwenden. Mit diesen Beschlüssen gewann Europa als Betreiber unabhängiger Weltraumsysteme und als internationaler Partner im Welt-raumgeschehen an Glaubwürdigkeit. Für Österreich, das vor allem im Wege der ESA an der Entwicklung europäischer Satellitensysteme teilnimmt, sind die Ergebnisse der Berliner ESA-Konferenz besonders zu begrüßen.

Das von ESA und Österreich gegründete Europäische Institut für Welt-raumpolitik (**ESPI**) mit Sitz in Wien hielt in seinem ersten Bestandsjahr eine erfolgreiche internationale wissenschaftliche Konferenz in Wien ab, die den Bericht „Ein neues Paradigma für die Europäische Weltraumpolitik: Ein Vorschlag“ für eine stärkere Einbeziehung der BürgerInnen in die Ge-staltung der Raumfahrtspolitik erarbeitete. Weiters bereitete ESPI die wis-senschaftlichen Grundlagen für die während der österreichischen Ratsprä-sidentschaft 2006 in Graz stattfindende Konferenz über die wirtschaftsori-entierete Verwendung von GMES vor.

16. Die Auslandskulturpolitik im Rahmen der Europäischen Union

Die kulturelle Zusammenarbeit im Rahmen der EU ist in **Art 151 EGV** ver-ankert. Dieser legt fest, dass die Gemeinschaft einen Beitrag zur „Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und re-gionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kul-

Die Auslandskulturpolitik im Rahmen der Europäischen Union

turellen Erbes“ leistet. Die Zuständigkeit für Kultur verbleibt im nationalen Bereich, die Gemeinschaft kann lediglich Maßnahmen der Mitgliedstaaten ergänzen oder unterstützen sowie Förder- oder Koordinierungsmaßnahmen erlassen, verfügt jedoch über keine Legislativbefugnisse.

Einheitliches Finanzierungs- und Planungsinstrument zur Umsetzung von Art 151 EGV ist das Rahmenprogramm **Kultur 2000**. Ursprünglich für eine Laufzeit von fünf Jahren (2000–2004) konzipiert und mit einem Gesamtbudget von 167 Millionen Euro ausgestattet, wurde es unverändert für die Jahre 2005 und 2006 verlängert und mit zusätzlich 69,5 Millionen Euro dotiert. Dies sollte vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung einen Beitrag zur Kontinuität des Programms leisten und ausreichend Zeit für die Erarbeitung des Nachfolgeprogramms sichern.

Österreich reichte 2005 insgesamt 18 einjährige Projekte ein, von denen acht gefördert wurden. An acht weiteren Projekten sind österreichische Institutionen als Mitorganisatoren oder Partner beteiligt. Im Bereich der mehrjährigen Kooperationsprojekte erhielten von 14 eingereichten Projekten fünf eine Förderung, an drei weiteren sind österreichische Mitorganisatoren beteiligt. An österreichische Projektträger ergingen 5,3 Millionen Euro. Diese Summe lag mehr als 100% über dem letztjährigen Betrag (2,16 Millionen Euro) und war auf das erfolgreiche Abschneiden der mehrjährigen Projekte zurückzuführen.

Im ersten Halbjahr wurde unter luxemburgischem Vorsitz anlässlich des EU-Kulturministerrates am 23. Mai ein erster Meinungsaustausch über das Programm „**Bürger/innen für Europa**“ geführt, mit dem die UnionsbürgerInnen aktiv am Aufbau eines von kultureller Diversität geprägten Europas teilhaben und vor dem Hintergrund der gemeinsamen Geschichte und Kultur den gegenseitigen Dialog vertiefen sollen. Darüber hinaus wurden die von MuseumsexpertInnen vorgeschlagenen Empfehlungen zur Förderung der Mobilität von Sammlungen erörtert.

Unter britischer Ratspräsidentschaft wurden im zweiten Halbjahr Linz und Vilnius zu **Kulturhauptstädten** für das Jahr 2009 ernannt. Außerdem konnte eine partielle politische Einigung über das Programm **Kultur 2007** erzielt werden, mit dem das Vorgängerprogramm Kultur 2000 weitergeführt und ausgebaut werden soll. Ziel des neuen Programms ist es, durch die Vertiefung der kulturellen Zusammenarbeit in Europa zur Entwicklung einer europäischen Identität beizutragen.

Die EU-Bildungsprogramme **Sokrates II** (Allgemeine Bildung) und **Leonardo II** (Berufsbildung) sehen für den Zeitraum 2000–2006 insgesamt 3 Milliarden Euro an Fördergeldern vor, die neben den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) Bulgarien und Rumänien und den EFTA/EWR-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen, seit 1. Jänner 2004 rückwirkend auch der Türkei, zugute kommen. Mehr als 25% dieser Mittel gehen in den Bereich der Schulbildung, in dem jährlich etwa 400 Schulen im

Auslandskulturpolitik

Rahmen transnationaler Comenius-Schulprojekte kooperieren. Daneben sind noch die Programme Sokrates/Erasmus für den Hochschulbereich und Sokrates/Grundtvig für den Bereich der Erwachsenenbildung zu nennen. Zahlreiche Studierende aus Österreich haben jedes Jahr die Möglichkeit, ein Auslandssemester in einem der 30 teilnahmeberechtigten Staaten zu verbringen; im Studienjahr 2005/2006 sind es mehr als 4.100 Studierende. Mit „**Erasmus Mundus**“ wurde 2003 darüber hinaus ein Programm ins Leben gerufen, das die Zusammenarbeit mit Universitäten und Forschungseinrichtungen außerhalb der EU unterstützt und junge WissenschaftlerInnen fördert. Ziel ist es, die Qualität der Hochschulbildung in der EU zu verbessern und das interkulturelle Verständnis zu vertiefen. Die Laufzeit des mit 230 Millionen Euro dotierten Programms umfasst die Jahre 2004–2008.

17. Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft

Arbeitsprogramme zur kulturellen Zusammenarbeit mit Belgien, Finnland, Frankreich sowie Serbien und Montenegro wurden verhandelt und beschlossen. Mit Tschechien wurden Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Kulturabkommens aufgenommen, das das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, Bildung und Wissenschaft aus dem Jahr 1977 ersetzen und die kulturelle Zusammenarbeit auf eine neue Basis stellen soll. Anlässlich des offiziellen Besuches von Bundesministerin Elisabeth Gehler in Albanien wurde in Tirana am 31. Oktober das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und dem Ministerrat der Republik Albanien über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, der Bildung und der Wissenschaft unterzeichnet. Bei österreichisch-türkischen Kulturgesprächen wurde in Wien am 13. Juni von den Generaldirektoren für Kultur der beiden Außenministerien eine Zusatzvereinbarung zu dem in Ankara am 18. Juni 2004 unterzeichneten Memorandum of Understanding über kulturelle Zusammenarbeit paraphiert. In dieser Zusatzvereinbarung werden unter anderem Fragen der österreichischen Schule in Istanbul und der österreichischen archäologischen Grabungen in Ephesos erörtert. Die österreichisch-deutschen Kulturkonsultationen wurden am 12. September zu aktuellen Fragen im Bereich der Kulturkontakte auf Beamtenebene fortgesetzt. Auf Basis des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und dem Ministerkabinet der Ukraine über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und der Technik trat in Wien am 19. und 20. Dezember erstmals die in diesem Abkommen vorgesehene Gemischte Kommission zusammen. Indien wurde nach Vorbesprechungen auf politischer Ebene am 5. Dezember der Entwurf eines Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit für weitere Verhandlungen übermittelt.

M. Medien und Information

I. Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten

1. Neues Pressezentrum

An der neuen Adresse des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, Minoritenplatz Nummer 8, wurden die vormals sechs Standorte des Ministeriums in zwei Gebäude zusammengeführt. Dabei wurde auch ein modernes Pressezentrum eingerichtet, das bei Pressekonferenzen mehr als 50 JournalistInnen Platz bietet. Neueste Technik erlaubt die Simultandolmetschung in drei Sprachen und bietet Anschlüsse für mehrere TV- und Radio-Stationen. WLAN, ISDN, Video-Beamer und Plasma-Bildschirm komplettieren das technische Angebot. Darüber hinaus stehen nunmehr ein Videokonferenzraum sowie ein Medienraum für Film- und Videovorführungen zur Verfügung.

2. Österreichisch-polnischer Journalistenpreis

Der im Jahr 2001 ins Leben gerufene und von der Bank Austria Creditanstalt gesponserte österreichisch-polnische Journalistenpreis wurde für das Jahr 2004 an Malgorzata Schwarzgruber-Barwicka verliehen. Die Preisträgerin ist Leiterin der Außenpolitik-Redaktion der polnischen Tageszeitung „Trybuna“ und schreibt darüber hinaus für die in Wien auf Polnisch und Deutsch erscheinende Zeitschrift „Polonika“. Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle hob anlässlich der Preisüberreichung am 6. Juli in seiner Laudatio hervor, dass sich die Beiträge von Malgorzata Schwarzgruber-Barwicka nicht nur durch hohes journalistisches Niveau, sondern auch durch ihren länderübergreifend-europäischen Zugang auszeichneten. In ihren zahlreichen Artikeln und Analysen habe sich die Preisträgerin mit den unterschiedlichsten Themen mit Österreich-Bezug beschäftigt.

Im Interesse einer Ausweitung der Kandidatenbasis wurden die Statuten des Preises 2005 insofern geändert, als künftig nicht nur JournalistInnen, sondern auch Kulturschaffende, WissenschaftlerInnen und andere Personengruppen, die durch ihre Tätigkeiten zur Förderung der polnisch-österreichischen Beziehungen beigetragen haben, als PreisträgerInnen infrage kommen. Der mit 5.000 Euro dotierte Preis wird künftig „Preis zur Förderung der österreichisch-polnischen Beziehungen“ genannt.

Medien und Information

3. Presserätetagung

Die Presserätetagung am 7. September, die als „Medienmodul“ erstmals Teil der Botschafterkonferenz war, stand im Zeichen der bevorstehenden österreichischen Ratspräsidentschaft 2006. Dabei wurden die wesentlichen Aufgaben und Ziele der zweiten österreichischen Ratspräsidentschaft sowie die daraus resultierenden Anforderungen an die Pressearbeit im Inland und an den Vertretungsbehörden im Ausland erörtert. Als „zentrale Informationsplattform“ wurde die Präsidentschaftswebseite www.eu2006.at vorgestellt.

4. Internet

Die erfolgreiche Umsetzung des im Herbst 2003 grundlegend überarbeiteten Internetauftritts des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und hohe Akzeptanz durch die interessierte Öffentlichkeit zeigten sich in der Zahl der vom Webserver des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten registrierten Besuche, die im Verlauf des Jahres kontinuierlich auf über 170.000 pro Monat anstieg. Die sukzessive Ausstattung der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland mit eigenen Webseiten in einheitlichem Design wurde fortgesetzt. Ende des Jahres befanden sich 31 solcher Webseiten online.

5. Veranstaltungen und Publikationen

Ein wichtiger Schwerpunkt des Jahres war die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit zahlreichen Großveranstaltungen, insbesondere im Rahmen des „Gedankenjahres“. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang der Europakongress unter dem Titel „Gemeinsame Erfahrungen, gemeinsame Perspektiven – 10 Jahre Österreich in der Europäischen Union“ im Februar, die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Staatsvertrags am 15. Mai im Schloss Belvedere, die Konferenz „Islam in a Pluralistic World“ in der Hofburg im November (siehe Kapitel L.2.) sowie die Festveranstaltung „50 Jahre Mitgliedschaft Österreichs in den Vereinten Nationen“ im Dezember.

Auch die vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten unterstützten oder herausgegebenen Publikationen stehen zu einem guten Teil mit Jubiläen des „Gedankenjahres“ in Zusammenhang. So erschienen eine englischsprachige Broschüre zum 100. Jahrestag der Verleihung des Friedensnobelpreises an Bertha von Suttner, eine DVD über die Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestags der Unterzeichnung des Staatsvertrags sowie eine Broschüre über den Europakongress. Die Produktion des „Lesebuchs zum Jubiläumsjahr – Österreich 2005“ wurde finanziell unterstützt. Darüber hinaus wurden eine Broschüre über das neue Amtsgebäude sowie eine

Internationale Kooperation auf dem Mediensektor

aktualisierte Auflage der handlichen Broschüre „Tipps für Auslandsreisende“ gedruckt.

II. Internationale Kooperation auf dem Mediensektor

Die unter irischem EU-Ratsvorsitz in der ersten Jahreshälfte 2004 gestartete Initiative „Communicating Europe“ (Europa vermitteln) wurde weitergeführt. Nach dem negativen Ausgang der Referenden zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden wurde die Initiative, die bis dahin im Wesentlichen aus einem Erfahrungsaustausch der Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission über die Kommunikation über die Europäischen Union bestand, weitgehend von einer im Juni vereinbarten Reflexionsphase mit nationalen Debatten über die Zukunft Europas abgelöst.

Im Zuge der Reflexionsphase initiierte die Bundesregierung unter anderem im September eine Europakampagne unter dem Titel „Europa hört zu“, in deren Rahmen der Dialog mit den BürgerInnen im Mittelpunkt steht. Auf einer neu eingerichteten Webseite, www.zukunfteuropa.at, werden diese eingeladen, Ideen und Kommentare zu EU-Themen zu artikulieren. Bis zum Jahresende verzeichnete die Webseite bereits 34.720 Besucher. Weitere Komponenten der Europakampagne sind TV-Spots, Plakate, Diskussionsveranstaltungen sowie eine „Roadshow“ in Zusammenarbeit mit der WKÖ (zur Reflexionsphase und zur Kampagne „Europa hört zu“ siehe auch Kapitel A.II.3.)

N. Der österreichische auswärtige Dienst

I. Einleitung

Wie in vorangegangenen Jahren trug auch das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten durch personelle und budgetäre Kürzungen die Bemühungen der Bundesregierung zur **Konsolidierung des Bundeshaushalts** mit. Die allgemein gestiegenen Anforderungen an die Leistungen des auswärtigen Diensts (Ansteigen der Konsularfälle durch vermehrte Reisetätigkeit der ÖsterreicherInnen, Erfordernis der diplomatischen Präsenz in im letzten Jahrzehnt neu entstandenen Staaten sowie die Mitarbeit in internationalen Organisationen und Gremien) stellten aufgrund der Einsparungsvorgaben hohe Anforderungen an das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten. Wegen der besonderen personellen Herausforderungen bei der Vorbereitung der österreichischen Ratspräsidentschaft wurde im Allgemeinen Teil des Stellenplans die Möglichkeit zur Aufnahme von zusätzlichen MitarbeiterInnen mit befristeten Sonderverträgen für diesen Zeitraum geschaffen. Im Interesse einer erfolgreichen Vorsitzführung machte das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten von dieser Möglichkeit Gebrauch und nahm bis Jahresende 115 zusätzliche MitarbeiterInnen auf, davon 14 an den Vertretungsbehörden.

II. Vertretungsbehörden – Honorarkonsulate

Österreich unterhält im Ausland 81 Botschaften (davon eine in Form eines Büros des Handelsrates), sechs Ständige Vertretungen bei internationalen Organisationen, vier Außenstellen von Botschaften (davon zwei in Form eines Koordinationsbüros für Entwicklungszusammenarbeit) sowie 15 Generalkonsulate (davon eines in Form eines Büros des Handelsrates). Dies ist im Verhältnis zu vergleichbaren EU-Staaten ein kleines Netz von Berufsvertretungsbehörden. Daneben bestehen 29 Kulturforen (Agram, Belgrad, Berlin, Bern, Budapest, Bukarest, Brüssel, Istanbul, Kairo, Kiew, Krakau, Ljubljana, London, Madrid, Mailand, Mexiko, Moskau, New York, Ottawa, Paris, Peking, Prag, Pressburg, Rom, Teheran, Tel Aviv, Tokio, Warschau und Washington, D.C.). Im EU-Raum wurde das österreichische Vertretungsnetz durch die Eröffnung der Botschaften in Valletta und Nicosia weiter ausgebaut. Die Österreichische Botschaft in Abidjan wurde aus Sicherheitsgründen geschlossen.

Österreich hat derzeit 276 honorarkonsularische Vertretungen im Ausland, welche die Arbeit der österreichischen Berufsvertretungen in wertvoller Weise unterstützen und ergänzen. HonorarkonsulInnen sind prominente, in der Regel in der Wirtschaft oder freiberuflich tätige Personen, welche die Infrastruktur für den Konsularbetrieb zur Verfügung stellen und ehrenamtlich für Österreich arbeiten.

Aufnahme in den auswärtigen Dienst

III. Immobilienverwaltung und Bauangelegenheiten

Nach 286 Jahren hat das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten einen **neuen Standort**: Im Februar übersiedelte das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten nach zweijähriger Umbauzeit in die traditionsreichen Gebäude Minoritenplatz 8 und Herrengasse 13, der ehemalige Sitz der Niederösterreichischen Landesregierung und des Niederösterreichischen Landtages. Dort stehen nun 700 Arbeitsplätze, Konferenz-, Medien- und Empfangsräume zur Verfügung. Sicherheit, modernste EDV und Telekommunikation (Voice-over-IP) und effiziente Arbeitsmöglichkeiten standen bei der Adaptierung der Gebäude für das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten im Vordergrund.

Das **Gebäude „Minoritenplatz 8“** ist das Kernstück der rund 370 Objekte in 81 Ländern, die vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten genutzt werden. Dazu gehören historische Palais, wie die Österreichische Botschaft Pressburg, ebenso wie moderne Bauten, zum Beispiel das Kulturforum New York. Ein Team von SpezialistInnen betreut diese Liegenschaften, plant An- und Verkäufe, Umbauten, Renovierungen und Optimierungen im Rahmen eines modernen Facility Managements.

IV. Aufnahme in den auswärtigen Dienst

Die Aufnahme in den höheren, gehobenen und mittleren Dienst des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten erfolgt nach erfolgreicher Ablegung des entsprechenden Auswahlverfahrens (**Examen Préalable**) vor einer unabhängigen Auswahlkommission. Die rechtliche Grundlage bilden das Bundesgesetz über Aufgaben und Organisation des auswärtigen Dienstes – Statut (BGBl I Nr 129/1999 vom 23. Juli 1999) sowie die Verordnung des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten, BGBl Nr 120/1989 vom 16. Februar 1989. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ist an möglichst qualifizierten Bewerbungen für diese Auswahlverfahren interessiert und informiert im Rahmen von Vorträgen und berufsberatenden Veranstaltungen über die Voraussetzungen sowie die Laufbahnmöglichkeiten im auswärtigen Dienst.

Über das Auswahlverfahren für den gehobenen auswärtigen Dienst wurden zwölf KandidatInnen aufgenommen. Für den mittleren Dienst fanden ebenfalls Auswahlverfahren statt, bei denen sich insgesamt 20 KandidatInnen qualifizierten.

Für alle Verwendungsgruppen gibt es eine gesetzlich vorgeschriebene **Grundausbildung**, die in der Grundausbildungsverordnung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, BGBl II Nr 113/2004 vom 5. März 2004, neu geregelt wurde. Das Ausbildungsprogramm für den höheren auswärtigen Dienst umfasst nach einer allgemeinen Einführungswoche, in der die Sektionen und die Aufgaben des Bundesministeriums für auswärti-

Der österreichische auswärtige Dienst

ge Angelegenheiten vorgestellt werden, mehrtägige fachspezifische und persönlichkeitsorientierte Seminare an der Diplomatischen Akademie sowie am Zentrum für Verwaltungsmanagement des Bundeskanzleramtes, diverse Vorträge und eine gezielte Förderung des Fremdsprachenstudiums, wobei vor allem auf das Erlernen bzw. die Vervollkommnung der Sprachen der Nachbarstaaten Österreichs besonderes Gewicht gelegt wird. Ebenso erfolgt während der Ausbildung ein sechsmonatiger Stage an einer österreichischen Vertretungsbehörde im Ausland, wo der/die Bedienstete in die praktische Arbeitsweise einer Vertretungsbehörde eingeschult wird.

Das **Ausbildungsprogramm** für den gehobenen auswärtigen Dienst umfasst ebenfalls einen Stage an einer Vertretungsbehörde im Ausland, wo die/der Bedienstete vor allem in die administrativen und konsularischen Aufgaben eingeschult wird. Zusätzlich sind die Absolvierung von Seminaren am Zentrum für Verwaltungsmanagement sowie Schulungen im Hause verpflichtend vorgeschrieben. Das Ausbildungsprogramm für den mittleren Dienst macht vor allem vom Seminarangebot des Zentrums für Verwaltungsmanagement Gebrauch und bietet überdies eine gezielte Fremdsprachenausbildung an. Ein auf die Bedürfnisse der Bediensteten des gehobenen und mittleren Dienstes abgestimmter Französischkurs wird in den Räumen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten abgehalten.

In der für Schulungszwecke eingerichteten „**Botschaft Wien**“ werden Bedienstete aller Verwendungsgruppen, insbesondere vor der ersten Auslandsverwendung, in konsularische und administrative Agenden eingeführt.

V. Personal

Im Dezember hatte das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten **1.304 MitarbeiterInnen**: 555 waren im Inland, 749 in Auslandsverwendung. Davon waren sieben von anderen Bundesdienststellen dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten zugeteilt, 20 durch Sonderverträge beschäftigt sowie drei MitarbeiterInnen dienstfreigestellt. Aus dem Personalstand des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten waren 22 MitarbeiterInnen anderen Bundesdienststellen dienstzugeteilt, 78 karenziert (33 Mutterschutz/Elternkarenz, 17 für Tätigkeiten bei internationalen Organisationen, 28 für sonstige Tätigkeiten wie Diplomatische Akademie, EZA-Büros und aus privaten Gründen wie Begleitung eines Ehegatten auf Auslandsposten oder Pflege eines kranken Angehörigen) sowie drei außer Dienst gestellt. Aus dem Personalstand des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten gingen 21 Bedienstete in Pension.

Im **Stellenplan** für das Jahr 2005 wurden für das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten zwar 1.422 Planstellen (bzw. 1.467 unter Einrechnung der Planstellen nach Teil VI des Stellenplans) vorgesehen, doch steuert die Bundesregierung im Zuge ihrer Budgetkonsolidierungspolitik

Personal

die Personalverwaltung des Bundes derzeit im Wesentlichen über ausgabenwirksame **Vollbeschäftigungsäquivalente** (auf Vollbeschäftigung umgerechnete Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse, für die Leistungsentgelt bezahlt wird). Die dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten zustehenden Vollbeschäftigungsäquivalente wurden mit 1.319,32 festgelegt. Der **Frauenanteil** betrug im gesamten Personalstand des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten 47,3%; von diesen waren 28,8% im höheren Dienst, 40% im gehobenen Dienst, 68,8% im Fachdienst, 60,6% im mittleren Dienst tätig.

Personalstand des BMAA 2005 nach Verwendung/Geschlechtern

Verwendung	Männer	Frauen	insges.	Frauen in %
A1/v1, A/a (höherer Dienst)	307	124	431	28,8
A2/v2, B/b (gehobener Dienst)	159	106	265	40,0
A3/v3, C/c (Fachdienst)	145	319	464	68,8
A4/A5/v4, D/d, P2/P3/p2/p3, h2/h3 (qualifizierter mittlerer bzw. mittlerer Dienst)	41	63	104	60,6
A7/v5, E/e, p4/p5, h4/h5 (Hilfsdienst)	35	5	40	12,5
Insgesamt	687	617	1304	47,3

Pensionseintrittsalter: Das durchschnittliche Pensionseintrittsalter der BeamtInnen im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten betrug 63,95 Jahre. Wie aus nachfolgender Tabelle ersichtlich, lag das durchschnittliche Pensionsalter in den letzten zehn Jahren mit Ausnahme des Jahres 1998 immer über der 60-Jahr-Grenze.

1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
60,48	63,69	62,11	59,93	62,52	61,59	61,48	61,54	60,48	61,44	63,95

*Der österreichische auswärtige Dienst***VI. Budget**

Der Bundesvoranschlag 2005 sah für das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ein Budget von insgesamt 380 Millionen Euro vor. Allerdings waren davon 15 Millionen Euro als so genanntes „**Zentralbudget**“ nicht für das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, sondern zur Bedeckung der Kosten im Zusammenhang mit der Vorbereitung der österreichischen Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2006 bestimmt. Nach Abzug dieses Zentralbudgets, der Budgetposten für die ADA (90,134 Millionen Euro), der Beiträge Österreichs an internationale Organisationen (64,774 Millionen Euro), der sonstigen gesetzlichen Verpflichtungen (3,454 Millionen Euro) und der Aufwendungen für internationale Konferenzen (2,437 Millionen Euro) verblieb dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ein **operatives Budget**, einschließlich Personalausgaben, von 204,201 Millionen Euro. Der operative Anteil am Gesamtbudget des Bundes betrug 0,32%.

Budget 1995–2005 in 1.000 Euro

Jahr	Budget des BMAA	Beiträge an internationale Organisationen, internationale Konferenzen, EZA, Ost-Förderprogramme	Operatives Budget des BMAA	Anteil des operat. BMAA-Budgets am Bundesbudget in %
1995	288,960	106,395	182,565	0,26
1996	292,889	113,380	179,509	0,26
1997	292,837	113,747	179,090	0,26
1998	314,673	133,327	181,346	0,25
1999	297,232	113,901	183,331	0,33
2000	305,662	127,165	178,497	0,31
2001	303,409	122,652	180,757	0,31
2002	299,775	121,938	177,837	0,31
2003	307,000	112,298	194,702	0,32
2004	340,928	144,892	196,036	0,31
2005	380,000	175,799	204,201	0,32

Insgesamt kam es gegenüber dem Vorjahr zu einer Erhöhung des Bundesvoranschlages. Wichtige Erhöhungen waren bedingt durch die ressortinternen Aufwendungen für die Vorbereitung der österreichischen Ratspräsidentschaft und Steigerungen bei den internationalen Beiträgen. Für die

Informationstechnologie

Pflichtbeiträge für die Vereinten Nationen wurden für den regulären Haushalt 9,5 Millionen Euro, für die friedenserhaltenden Operationen 24,358 Millionen Euro sowie für das Internationale Jugoslawien- und das Internationale Ruandatribunal 2,9 Millionen Euro veranschlagt.

Anmerkung: Der Anteil des operativen Budgets des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten in Prozenten des Bundeshaushalts wurde von 1995–1998 ursprünglich auf Basis des Gesamtbudgets (Allgemeiner Haushalt plus Ausgleichshaushalt) angegeben. Ab 1999 wurde nur mehr der Allgemeine Haushalt (= Summe der effektiven Ausgaben-Voranschlagsbeträge aller Ressorts) ohne Berücksichtigung des Ausgleichshaushalts (= Summe der Ausgaben für die Tilgung von Schulden und kurzfristigen Verpflichtungen bzw. von Kapital aus Währungstauschverträgen sowie Einnahmen aus Kapitalzahlungen aus Währungstauschverträgen und Einnahmen aus Aufnahmen kurzfristiger Verpflichtungen) herangezogen. Die Prozentanteile 1995–1998 wurden daher entsprechend adjustiert.

VII. Informationstechnologie

Alle österreichischen Berufsvertretungen sind entweder über chiffrierte terrestrische **WAN-Datenleitungen** bzw. über **Satellit (VSAT)** mit der Zentrale in Wien verbunden. Über diese Leitungen erfolgt die Kommunikation mit allen österreichischen Behörden und läuft der Informationsfluss über E-Mail, dem weit wichtigsten Kommunikationsmedium im Außenministerium, und E-Fax. Über VSAT wird darüber hinaus bereits jetzt Telefonie übertragen. Diese Leitungsverbindungen wurden im Herbst wiederum für fünf Jahre ausgeschrieben und dabei berücksichtigt, dass zukünftig auch Telefonie auf Fixkostenbasis über diese Datenleitungen geführt werden wird.

An allen Vertretungsbehörden ist neben Büroautomation auch Software im Einsatz, die den administrativen sowie den konsularischen Arbeitsbereich abdeckt. Diese wurde von der IKT-Abteilung selbst entwickelt. Die **Dienstrechnungsoftware** ist eine Vorfeldapplikation zur bundesweit eingeführten Haushaltsverrechnung-SAP (HV-SAP). Die Konsularsoftware ermöglicht den Vertretungsbehörden das Ausstellen von Visa, Aufenthaltserlaubnissen und Niederlassungsbewilligungen. Die Vertretungsbehörden haben Zugriff auf das Schengener Informationssystem (**SIS**) und sind an das Konsultationsnetzwerk **VISION** der Schengener Staaten angeschlossen.

Elektronisch verfügbare Informationen können direkt von den Vertretungsbehörden wie auch von der Zentrale abgerufen werden: Jede einzelne Arbeitsstation ist an das Internet angeschlossen, ebenso sind Nachrichtenagenturen wie APA und Reuters sowie diverse Datenbanken (beispielsweise die Rechtsdatenbank) für FachreferentInnen anwählbar. Im permanent erweiterten Intranet werden interne Informationen sowie wichtige Links an-

Der österreichische auswärtige Dienst

geboten. Die **offene Kommunikationsstrategie** des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten verbindet die Zentrale, Vertretungsbehörden und weltweite Netze miteinander.

Seit Jahresbeginn wird der Elektronische Akt (**ELAK**) bundesweit vom Bundesrechenzentrum betrieben. Im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, in dem bereits seit Jahren mit einem eigenen ELAK gearbeitet wurde, war die Umstellung problemlos und ging ohne größere Anpassungsschwierigkeiten vonstatten.

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten der ersten Jahreshälfte war der **Umzug in die neuen Büroräumlichkeiten** des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten. Die komplette zentrale Struktur, insbesondere Verkabelung, zentrale Server- und Kommunikationssysteme, Sicherheitssysteme sowie die Peripherie (PCs und Drucker) wurden neu entworfen und implementiert. Mit dieser neuen Infrastruktur wird nunmehr Telefonie, die in die IKT-Abteilung integriert wurde, über das Datennetz betrieben (Voice-over-IP). In der zweiten Jahreshälfte wurde die österreichische Ratspräsidentschaft vorbereitet, wobei insbesondere Wert auf Mobilität und Ausfallsicherheit durch die Implementierung von zusätzlichen redundanten Systemen und Konzepten gelegt wurde.

VIII. Außenpolitische Bibliothek

Die **Archivbestände** aus den verschiedenen Kellermagazinen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten wurden in den Magazinsräumen am Minoritenplatz 8 zusammengeführt. Die in den neuen Magazinen durch längere Nichtbenützung herrschende Luftfeuchtigkeit von bis zu 80% konnte durch mechanische und physikalische Maßnahmen auf unter 40% gesenkt und konstant gehalten werden.

In Absprache mit dem Archiv der Republik wurde ein elektronisches Formular für die **Aktenerfassung** entworfen, sodass deren Beschreibung künftig ministeriumsweit einheitlich erfolgen kann. Die darin aufgenommenen Angaben werden zur Recherche im gesamten Archivbestand des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten gespeichert. Die Sichtungs- und Ordnungsarbeiten des Aktenmaterials des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten werden mit dieser Innovation beschleunigt.

Im Oktober wurde das Kulturforum Prag als erste Außenstelle in den Bibliotheksverbund ALEPH integriert. Die Abfrage über Internet des Bibliotheksbestands am Kulturforum führte zu einer Erhöhung der Nutzerfrequenz.

Der österreichische auswärtige Dienst

IX. Organisationsplan des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten

STAATSSSEKRETÄR

Dr. Hans WINKLER

Kabinett:

Mag. Christian EBNER

BUNDESMINISTERIN

Dr. Ursula PLASSNIK

Kabinett:

Dr. Nikolaus MARSCHIK

Stabsstelle:

Mag. Astrid HARZ

I. Zentrale Angelegenheiten Dr. Johannes KYRLE	II. Politische Sektion Dr. Thomas MAYR-HARTING Stellvertreter: Dr. Ralph SCHEIDE	III. Wirtschafts- u. integrations- politische Sektion Dr. Martin SAJDIK Stellvertreterin: Dr. E. TICHY-FISSELBERGER	IV. Rechts- u. Konsularsektion Dr. Christian BERLAKOVITS Stellvertreter: Dr. Wolfgang PAUL
I.1 Protokoll Dr. Ferdinand MAULTASCHL I.1a Gudrun HARDIMAN- POLLROSS I.1b Mag. Lucia KRONSTEINER I.1c Werner AMMINGER	II.1 Sicherheitspolitische Angelegenheiten, GASP, Grundsatzfragen Dr. Thomas HAJNOCZI II.1a Dr. Andreas RIECKEN II.1b Mag. Karl PRUMMER II.1c Dr. Klaus FAMIRA- PARCSETICH	III.1 EU-Grundsatzfragen Dr. Elisabeth TICHY- FISSELBERGER III.1a III.1b Mag. Gerhard MAYER	IV.1 Rechtsschutz, Rechts- und Amtshilfe Dr. Wolfgang PAUL IV.1a.....
Gruppe I.A Völkerrechtsbüro (Abt. I.2, I.4 und I.7) Dr. Ferdinand TRAUTTMANSDORFF	II.2 Südtirol und Südeuropa Mag. Dr. Clemens KOJA	III.2 Europäischer Rat u. Rat allgemeine Angelegenheiten; ASTV II, Koordination der Vorbereitung der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2006 Mag. Helene STEINHÄUSL III.2a Mag. Christian MANDL (interim.)	IV.2 Reise- und Grenzverkehr; Asyl, Aufenthalts- u. Wanderungswesen IV.2a Susanne SCHMID IV.2b Mag. Gabriel KRAMARICS Passdruckstelle Peter GRIEHSMAIER
I.2 Allgemeines Völkerrecht Dr. Helmut TICHY I.2a Martin KLEIN I.2b Dr. Michael POSTL I.2c Dr. Thomas LOIDL	II.3 Ost- u. Südosteuropa, Zentralasien, Zentral-europäische Initiative (CEI) Dr. Hanns PORIAS II.3a Dr. Josef LITSCHAUER II.3b Mag. Thomas SCHNÖLL	III.3 Bi- u. multilaterale Außenwirtschaftsbeziehungen; Exportförderung; Investitionsschutz; int. Finanzinstitutionen, Handelspolitik Mag. Melitta SCHUBERT III.3a III.3b Dr. Hans KOGLER	IV.3 Auslandsösterreicher, Schutz-machtangelegenheiten, Vermögensangelegenheiten, Sozial- u. gesundheitspolitische Angelegenheiten Dr. Thomas BUCHSBAUM
I.3 Presse und Information Mag. Astrid HARZ I.3a MMag. Thomas SCHLESINGER I.3b Franz HUTEgger	II.4 Naher und Mittlerer Osten, Afrika, OAU Dr. Ralph SCHEIDE II.4a Dr. Caroline GUDENUS	III.4 EU-Erweiterung, Außenwirtschaftsbeziehungen Zentral-, Ost- und Südosteuropa, Stabilitätspakt für SO-Europa Dr. Johannes EIGNER III.4a Dr. Johann SPITZER III.4b Dr. Elisabeth KORNFEIND	IV.5 Bürgerservice Mag. Peter LAUNSKY IV.5a Mag. Christian HASENBICHLER Legalisierungsbüro Alois CSENCISITS
I.4 Europarecht Dr. Andreas KUMIN I.4a Mag. Ulla KRAUSS- NUSSBAUMER	II.5 Internationale Organisationen Dr. Helmut BÖCK	III.5 ASTV I, Binnenmarkt, Landwirtschaft, Beschäftigungs- und Sozialfragen, Regionalpolitik, Telekommunikation Dr. Helmut WESSELY III.5a Mag. Wolfgang STROHMAYER III.5c Dr. Karl MÜLLER	IV.7 Integrationspolitische und Internationale Zusammenarbeit Inneres und Justiz Dr. Johann FRÖHLICH IV.7a Dr. Wolfgang SPADINGER IV.7b Dr. Walter ROCHEL
I.5 Internationale Konferenzen Dr. Ernst-Peter BREZOVSKY	II.6 Mittel-, West- u. Nordeuropa; regionale Zusammenarbeit Dr. Herbert KRAUSS II.6a Mag. Martin PAMMER	III.6 Verkehr und Energie, Umweltschutz, EURATOM Dr. Christian KREPELA III.6a Mag. Aloisia WÖRGETTER III.6b Dr. Alois KRAUT III.6c Mag. Gisela POLTE	
I.7 Menschenrechte Mag. Engelbert THEUERMANN I.7a Dr. Georg HEINDL I.7b Mag. Elisabeth KÖGLER	II.7 Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit; Europarat Dr. Margit WÄSTFELT II.7a Mag. Christophe CESKA II.7b Dr. Helmut EHRLICH II.7c Dr. Harald KOTSCHY	III.7 EU-Haushalts-, Finanz- und Währungsfragen Mag. Renate KOBLER III.7a Mag. Andreas SOMOGYI	
I.9 Sicherheitsangelegenheiten Dr. Daniel KRUMHOLZ	II.8 Rüstungskontrolle und Abrüstung, multilaterale Atomenergiefragen, IAEO Mag. Dorothea AUER II.8a Mag. Alexander KMENTT II.8b II.8c Mag. Margit BRUCK- FRIEDRICH		
	II.9 Amerika, Karibik, OAS Dr. Rudolf LENNKH II.9a Dr. Andreas MELAN		
	II.10 Asien, Australien, Neuseeland, Ozeanien, ASEM Dr. Nikolaus SCHERK II.10a Mag. Michael KAINZ II.10b Mag. Peter STORER		

Organisationsplan des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten

Generalsekretär
 Dr. Johannes KYRLE
Büro des Generalsekretärs:
 Mag. Michael RENDI
**Exekutivsekretariat für die Vorbereitung
 auf die österr. EU-Präsidentschaft 2006:**
 Dr. Wolfgang ANGERHOLZER

Generalinspektorat:
 Dr. Felix MIKL

V. Kulturpolitische Sektion Dr. Emil BRIX Stellvertreter: Dr. Ewald JÄGER	VI. Administrative Sektion Dr. Wolfgang LOIBL Stellvertreter: Dr. Michael ZIMMERMANN	VII. Entwicklungszusammenarbeit Dr. Irene FREUDENSCHUSS-REICHL Stellvertreter: Mag. Anton MAIR
V.1 Koordination, Planung und Finanzierung der Auslandskultur; kulturelle Öffentlichkeitsarbeit Dr. Ewald JÄGER V.1a Andreas PAWLITSCHKE V.1b Franz BISCHL	VI.1 Personalangelegenheiten Dr. Markus WUKETICH Standesevidenz Gustav SCHÜTTE VI.1a Gerda JOHAM VI.1b VI.1c Mag. Christian BRUNMAYR VI.1d Mag. Christine MOOSBRUGGER VI.1e Mag. Andrea WICKE	VII.1 Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit Dr. Thomas NADER VII.1a Mag. Klaus KÖGELER
V.2 Durchführung kultureller und wissenschaftlicher Veranstaltungen im Ausland Dr. Claudia ROCHEL-LAURICH V.2a Dr. Barbara LEE-STÖRCK V.2b Mag. Margarete HALMA V.2c Dr. Waltraud DENNHARDT-HERZOG V.2d Christine DOLLINGER	VI.2 Auslandszulagen, Auslandskostensätze, sozialversicherungrechtliche Angelegenheiten Dr. Klaus FABJAN VI.2a Helga KUBICEK VI.2c Franz RAZ	VII. 2 Evaluierung, Entwicklungspolitik u. Strategie Mag. Anton MAIR VII.2a Mag. Klaus STEINER
V.3 Wissenschaftlich-technische sowie universitäre Zusammenarbeit Dr. Florian HAUG V.3a Dr. Florian LORENZ V.3b	VI.3 Budgetangelegenheiten, Controlling Mag. Bruno WALDERT VI.3a Erich HAUSMANN VI.3b Robert ZEICHMANN VI.3c Angelina MIGSICH VI.3d Ing. Reinhold PÖLSLER	VII.3 Humanitäre Hilfe, NRO-Kofinanzierung, Hilfsfonds für Katastrophenhilfe im Ausland, wirtschaftsnahe Entwicklung Mag. Franz HÖRLBERGER
V.4 Multilaterale Angelegenheiten der Auslandskultur Dr. Frieda LUGGAUER-GOLLNER V.4a Mag. Ilona HOYOS	Gruppe VI.A – Immobilienmanagement Unterbringung u. Ausstattung (Abt. VI.4 und VI.5) Dr. Michael ZIMMERMANN	VII.4 Allgemeine Angelegenheiten an Entwicklungs- u. Ostzusammenarbeit, Koordination und Information Dr. Josef MÜLLNER VII.4a Mag. Ursula HEINRICH
	VI.4 Unterbringung und Ausstattung, rechtliche Angelegenheiten, Kurierdienst, Hausverwaltung, Bundes-Bedienstetenschutzgesetz DDr. Artur APELTAUER VI.4a DI Klaus PRIBAHNIK VI.4c Alfred RIEGELMAIER	VII.5 Planungs- u. Programmangelegenheiten der Entwicklungs- u. Ostzusammenarbeit Dr. Hermann SPIRIK VII.5a Dr. Manfred SCHNITZER VII.5b. Mag. Lydia SAADAT VII.5c. Mag. Ingrid SAGER
	VI.5 Bauangelegenheiten; Immobiliencontrolling; Beschaffungswesen Kurt MELICHAR VI.5a..... VI.5d Leopold KÖLLNER	
	VI.7 Informationstechnologie (IT) Mag. Gerhard MILLETICH VI.7a Ing. Edgar SATTLER	
	VI.8 Dokumentation, Informationsvermittlung; Außenpolitische Bibliothek, Dr. Gottfried LOIBL	

Stand 31. Dezember 2005

*Der österreichische auswärtige Dienst***X. Österreichische Berufsvertretungen –
DienststellenleiterInnen**

ÄGYPTEN Sudan	ÖB Kairo*	Dr. Kurt SPALLINGER
ALBANIEN	ÖB Tirana	Mag. Klaus DERKOWITSCH
ALGERIEN	ÖB Algier	Dr. Thomas BAIER
ARGENTINIEN Paraguay, Uruguay	ÖB Buenos Aires	Dr. Gudrun GRAF
ÄTHIOPIEN Eritrea, Dschibuti, Somalia	ÖB Addis Abeba	Mag. Brigitte ÖPPINGER- WALCHSHOFER
AUSTRALIEN Fidschi, Kiribati, Marshall Inseln, Mikronesien, Nau- ru, Neuseeland, Papua- Neuguinea, Salomonen, Western Samoa, Tonga, Tuvalu, Vanuatu	ÖB Canberra	Dr. Johann DEMEL
BELGIEN	ÖB Brüssel*	Dr. Franz CEDE
BOSNIEN und HERZEGO- WINA	ÖB Sarajewo	
BRASILIEN	ÖB Brasilia GK Rio de Janeiro GK São Paulo (Büro des Handelsrates)	Dr. Werner BRANDSTET- TER Mag. Reinhold STEINBER- GER Derzeit vakant
BULGARIEN	ÖB Sofia	Dr. Karl DIEM
CHILE	ÖB Santiago de Chile	Mag. Walter HOWADT
CHINA DVR Korea, Mongolei	ÖB Peking GK Hongkong GK Shanghai	Dr. Hans-Dietmar SCHWEISGUT Dr. Maria MOYA-GÖTSCH Walter KALTEIS
DÄNEMARK Island	ÖB Kopenhagen	Dr. Erich BUTTENHAUSER
DEUTSCHLAND	ÖB Berlin* Außenstelle Bonn GK Hamburg GK München	Dr. Christian PROSL Dr. Rudolf AGSTNER Derzeit vakant Dr. Senta WESSELY- STEINER
ESTLAND	ÖB Tallinn	Dr. Jakub FORST- BATTAGLIA
FINNLAND	ÖB Helsinki	Dr. Lorenz GRAF
FRANKREICH Monaco	ÖB Paris* GK Strassburg	Dr. Anton PROHASKA Mag. Andrea IKIC-BÖHM
GRIECHENLAND	ÖB Athen	Dr. Herbert KRÖLL

Österreichische Berufsvertretungen – DienststellenleiterInnen

GROSSBRITANNIEN und NORDIRLAND	ÖB London KF London	Dr. Gabriele MATZNER- HOLZER Dr. Johannes WIMMER
GUATEMALA Costa Rica, El Salvador, Honduras, Nicaragua	ÖB Guatemala	Dr. Monika GRUBER-LANG
HEILIGER STUHL San Marino, Souveräner Malteser Ritterorden	ÖB Heiliger Stuhl	Dr. Helmut TÜRK
INDIEN Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Sri Lanka	ÖB New Delhi	Dr. Jutta STEFAN-BASTL
INDONESIEN Singapur	ÖB Jakarta	Dr. Bernhard ZIMBURG
IRAK	ÖB Bagdad	Mag. Gudrun HARRER (Geschäftsträgerin)
IRAN	ÖB Teheran*	Dr. Michael STIGELBAUER
IRLAND	ÖB Dublin	Dr. Horst-Dieter RENNAU
ISRAEL	ÖB Tel Aviv*	Dr. Kurt HENGL
ITALIEN	ÖB Rom KF Rom GK Mailand*	Dr. Alfons KLOSS Dr. Andreas SCHMIDINGER Dr. Eva-Maria ZIEGLER
JAPAN	ÖB Tokio*	Dr. Peter MOSER
JORDANIEN	ÖB Amman	Dr. Heinrich QUERNER
KANADA	ÖB Ottawa*	Dr. Otto DITZ
KENIA Burundi, Komoren, Demo- kratische Republik Kongo, Ruanda, Seychellen, Tansania, Uganda	ÖB Nairobi	Mag. Roland HAUSER
KOLUMBIEN Ecuador, Panama	ÖB Bogotá	Dr. Hans-Peter GLANZER
KOREA	ÖB Seoul	Mag. Wilhelm DONKO
KROATIEN	ÖB Agram*	Dr. Helga KONRAD
KUBA	ÖB Havanna	Dr. Johannes SKRIWAN
KUWAIT Bahrain, Katar	ÖB Kuwait	Dr. Georg STILLFRIED
LETTLAND	ÖB Riga	Dr. Wernfried KÖFFLER
LIBANON	ÖB Beirut	Dr. Georg MAUTNER- MARKHOF
LIBYEN	ÖB Tripolis	Dr. Thomas WUNDERBAL- DINGER
LIECHTENSTEIN		Dr. Herbert KRAUSS (Sitz in Wien)
LITAUEN	ÖB Wilna	Dr. Michael SCHWARZIN- GER
LUXEMBURG	ÖB Luxemburg	Dr. Walter HAGG

Der österreichische auswärtige Dienst

MALAYSIA Brunei	ÖB Kuala Lumpur	Dr. Donatus KÖCK
MALTA	ÖB Valletta	Dr. Elisabeth KEHRER
MAROKKO Mauretanien	ÖB Rabat	Dr. Gerhard DEISS
MAZEDONIEN	ÖB Skopje	Dr. Philipp HOYOS
MEXIKO Belize	ÖB Mexiko*	Dr. Werner DRUML
NIEDERLANDE	ÖB Den Haag	Dr. Erwin KUBESCH
NIGERIA Äquatorialguinea, Benin, Gabun, Ghana, Kamerun, Kongo, São Tomé und Príncipe, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik	ÖB Abuja	Dr. Christian FELLNER
NORWEGEN	ÖB Oslo	Dr. Anton KOZUSNIK
OMAN	ÖB Maskat	Dr. Andreas KARABACZEK
PAKISTAN Afghanistan	ÖB Islamabad	Dr. Günther GALLOWITSCH
PERU Bolivien	ÖB Lima	Dr. Gerhard DOUJAK
PHILIPPINEN	ÖB Manila	Dr. Herbert JÄGER
POLEN	ÖB Warschau KF Warschau GK Krakau*	Dr. Alfred LÄNGLE Mag. Dr. Walter-Maria STO- JAN Mag. Hermine POPPELLER
PORTUGAL	ÖB Lissabon	Derzeit vakant
RUMÄNIEN Moldau	ÖB Bukarest*	Dr. Christian ZEILEISSEN
RUSSLAND Belarus	ÖB Moskau*	Dr. Martin VUKOVICH
SAUDI-ARABIEN Jemen	ÖB Riyadh	Dr. Friedrich STIFT
SCHWEDEN	ÖB Stockholm	Dr. Stephan TOTH
SCHWEIZ	ÖB Bern* GK Zürich	Dr. Aurel SAUPE Dr. Bettina KIRNBAUER
SENEGAL Gambia, Guinea, Guinea- Bissau, Mali, Kap Verde, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Liberia, Sierra Leone, Niger	ÖB Dakar	Mag. Gerhard WEINBERGER
SERBIEN UND MONTENEGRO	ÖB Belgrad*	Dr. Gerhard JANDL

Österreichische Berufsvertretungen – DienststellenleiterInnen

SIMBABWE Angola, Malawi, Mosambik, Sambia	ÖB Harare	Mag. Michael BRUNNER
SINGAPUR	ÖB Singapur (Büro des Handelsrates)	Dr. Bernhard ZIMBURG (Sitz in Jakarta)
SLOWAKEI	ÖB Pressburg*	Dr. Martin BOLLDORF
SLOWENIEN	ÖB Laibach*	Dr. Valentin INZKO
SPANIEN	ÖB Madrid*	Dr. Ulrike TILLY
SÜDAFRIKA Botsuana, Lesotho, Madagaskar, Mauritius, Namibia, Swasiland	ÖB Pretoria GK Kapstadt	Dr. Helmut FREUDEN- SCHUSS Christine KIVINEN
SYRIEN	ÖB Damaskus	Dr. Karl SCHRAMEK
THAILAND Kambodscha, Laos, Myanmar	ÖB Bangkok	Mag. Arno RIEDL
TSCHECHISCHE REPUBLIK	ÖB Prag*	Dr. Margot KLESTIL- LÖFFLER
TUNESIEN	ÖB Tunis	Derzeit vakant
TÜRKEI	ÖB Ankara GK Istanbul KF Istanbul	Dr. Marius CALLIGARIS Josef SAIGER Dr. Ulrike OUTSCHAR
UKRAINE	ÖB Kiew*	Dr. Michael MIESS
UNGARN	ÖB Budapest KF Budapest	Dr. Ferdinand MAYRHO- FER-GRÜNBÜHEL Dr. Elke ATZLER
VENEZUELA Antigua und Barbuda, Bar- bados, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guya- na, Haiti, Jamaika, St. Vin- cent und die Grenadinen, Suriname, Trinidad und Tobago	ÖB Caracas	Mag. Marianne DA COSTA
VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE	ÖB Abu Dhabi	Dr. Gerald KRIECHBAUM
VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA Bahamas	ÖB Washington* GK Chicago GK Los Angeles GK New York KF New York	Dr. Eva NOWOTNY DDr. Robert ZISCHG Mag. Martin WEISS Dr. Brigitta BLAHA DDr. Christoph THUN-HOHENSTEIN
VIETNAM	ÖB Hanoi	Mag. Dr. Johannes PETERLIK

Der österreichische auswärtige Dienst

ZENTRALASIEN UND SÜDKAUKASUS Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan		Dr. Heidemarie GÜRER- ZANKL (Sitz in Wien) / Amtsbezirk konsularisch betreut von ÖB Moskau
ZYPERN	ÖB Nikosia	Dr. Eva HAGER

* Vertretungsbehörde mit Kulturforum

Ständige Vertretung bei den VN in New York	Dr. Gerhard PFANZELTER
Ständige Vertretung beim Büro der VN und den Spezialorganisationen in Genf	Dr. Wolfgang PETRITSCH
Ständige Vertretung bei den VN IAEO und UNIDO und CTBTO in Wien	Dr. Thomas STELZER
Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien	Dr. Margit WÄSTFELT
Ständige Vertretung bei der UNESCO in Paris	Dr. Anton PROHASKA
Ständiger Vertreter bei der FAO in Rom (untersteht dem BMLFUW)	Mag. Natalie FEISTRITZER
Ständige Vertretung bei UNEP und HABITAT in Nairobi	Mag. Roland HAUSER
Ständige Vertretung bei der OECD in Paris (untersteht dem BKA)	Dkfm. Ulrich STACHER
Ständige Vertretung beim Europarat in Strass- burg	Dr. Wendelin ETTMAYER
Ständige Vertretung bei der EU in Brüssel	Dr. Gregor WOSCHNAGG
Ständige Vertretung bei der WEU (Beobachterstatus) in Brüssel	Dr. Franz Josef KUGLITSCH
Ständige Vertretung bei der WTO (untersteht dem BMWA) in Genf	Dr. Wolfgang PETRITSCH
Ständige Vertretung bei der OMT in Madrid	Dr. Ulrike TILLY
Ständige Vertretung bei der Donaukommission	Dr. Ferdinand MAYRHOFER- GRÜNBÜHEL
Ständige Vertretung bei der OPCW in Den Haag	Dr. Erwin KUBESCH
Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel	Dr. Franz CEDE

Stand: 31. Dezember 2005

Anhang

I. Länderinformationen: Afghanistan bis Zypern

Afghanistan (Afghanistan), Kabul

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Hamid Karzai

Außenminister
Abdullah Abdullah

ÖB: siehe Pakistan; **AHSt:** siehe Iran

Besuche aus Österreich: Bundesminister Günther Platter, offizieller Besuch bei Präsident Hamid Karzai und Verteidigungsminister General Abdul Rahim Wardak anlässlich eines ISAF-Besuchs.

Besuche in Österreich: Präsident Hamid Karzai, Teilnahme an der Konferenz „Islam in a Pluralistic World“, Arbeitsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (16. November).

Österreich hat sich von Beginn an bei ISAF engagiert und beteiligte sich mit Stabspersonal im Großraum Kabul. Bis Ende Oktober unterstützten österreichische Soldaten ISAF in Kunduz bei der Durchführung der Wahlen.

Im Rahmen von UNODC unterstützte Österreich die Ausbildung der afghanischen Drogenpolizei, die Reform des Justizsektors und der Jugendgerichtsbarkeit sowie die Stärkung der Grenzkontrolle zwischen Afghanistan und Iran.

Im Kulturbereich wurde der Wiederaufbau der Musikschule in Kabul und die Ausstellung des 2002 wieder entdeckten „baktrischen Goldschatzes“ angestrebt.

Im Rahmen der internationalen Wiederaufbauhilfe für Afghanistan unterstützte Österreich vor allem Projekte in den Schwerpunktbereichen Drogenbekämpfung, Stärkung der Frauenrechte und Entminung.

Die österreichischen Exporte betragen 15,71 Millionen Euro (-26%), die Importe 42.000 Euro (-76,7%).

Ägypten (Arabische Republik Ägypten), Kairo

Staatsoberhaupt
Mohamed Hosni Mubarak

Regierungschef
Ahmed Nazif

Außenminister
Ahmad Ali Abul Gheit

Kairo – **ÖB, KF, AHSt, ÖAI**; Alexandria – **HGK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik (18. und 19. Februar); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach (23.–25. März), begleitet von einer Wirtschaftsdelegation (27 Firmen); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat (3.–6. Mai); Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl (Ende August); Delegation der österreichischen Akademie der Wissenschaften, geleitet von Präsident Univ.-Prof. Herbert Matis; Zweite Präsidentin des Nationalrates Elisabeth Prammer.

Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach unterzeichnete ein Memorandum of Understanding betreffend die Zusammenarbeit auf dem Eisenbahnsektor.

Schwerpunkte des KF bildeten der Ausbau einer Internet-Kommunikationsplattform in arabischer, englischer und deutscher Sprache sowie einer öffentlich zugänglichen Bibliothek zur

Anhang

Förderung des interkulturellen Dialogs. Der ägyptisch-sudanesischstämmige österreichische Autor Tarek Eltayeb gab eine Reihe von Lesungen aus seinen Werken, die unter anderem seine Erfahrungen als Immigrant in Österreich thematisieren.

Im Rahmen des Kulturabkommens und der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützte Österreich die berufliche Fortbildung von sieben Fachkräften, AkademikerInnen und ForscherInnen in Österreich.

Ägypten ist einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs im Nahen Osten. Die österreichischen Exporte betragen 127,80 Millionen Euro (+21,8%), die Importe 25,01 Millionen Euro (+19,8%).

Albanien (Republik Albanien), Tirana

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alfred Moisiu	Sali Berisha (seit 5. September)	Besnik Mustafaj (seit 5. September)

Tirana – ÖB, AHSt mit Sitz in Laibach, Koordinationsbüro der ADA

Besuche aus Österreich: Bundesminister Karl-Heinz Grasser, EBRD-Tagung in Tirana (10. Februar); Bundesministerin Liese Prokop, Arbeitsbesuch (19. Juni); Volksanwalt Peter Kostelka, Arbeitsbesuch (16.–18. Oktober); Bundesministerin Elisabeth Gehrler, offizieller Besuch (30. Oktober bis 3. November); Bundesminister Günther Platter, offizieller Besuch (9. und 10. November).

Besuche in Österreich: Außenminister Kastriot Islami, Arbeitsbesuch (26. April); Staatspräsident Alfred Moisiu, Arbeitsbesuch (5. und 6. Oktober); Innenminister Sokol Olldashi und Justizminister Aldo Bumci, Teilnahme an der Westbalkankonferenz (25. November); Integrationsministerin Arenca Trashani, Arbeitsbesuch (7. Dezember).

Im Rahmen des Besuchs von Bundesministerin Elisabeth Gehrler wurde das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Albanien über die Zusammenarbeit auf den Gebieten Kultur, Bildung und Wissenschaft unterzeichnet.

Die Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und Albanien über ein SAA sowie die begleitenden Gespräche auf technischer Ebene wurden fortgesetzt. Österreichische Experten waren im Auftrag der EU und internationaler Organisationen am Aufbau moderner Strukturen im Zollwesen, Sicherheits- und Justizbereich tätig. Unter der Federführung des österreichischen Justizministeriums und dem Center for Legal Competence (CLC) wird das CARDS-Projekt European Assistance Mission to the Albanian Justice System (EURALIUS) umgesetzt.

Albanien ist Schwerpunktland der Ostzusammenarbeit der ADA. Die ersten beiden Phasen der Wasserversorgung für Shkodra und mehrerer Dörfer in der Umgebung wurden abgeschlossen. Die dritte Phase der Wasserversorgung (Wassermanagement) wird umgesetzt. Die technischen Geräte des mit Mitteln der Vorarlberger Landesregierung renovierten Krankenhauses Burrel wurden mit Unterstützung der ADA erneuert. Am Projekt der Rehabilitierung der DRIN-Kraftwerke wurde mit österreichischer Beteiligung weiter gearbeitet. Weitere Projekte der ADA wurden vor allem auf dem Bildungssektor (Landwirtschaft, Tourismus) durchgeführt. Ein besonderes Anliegen ist die Stärkung der Zivilgesellschaft, insbesondere die Förderung der Gleichstellung der Frau.

Die Vorarlberger Landesregierung, einige Gemeinden sowie private Organisationen aus Österreich erbringen Hilfsleistungen für Schulen, Spitäler und auf dem sozialen Sektor in entlegenen Landesgebieten im Norden. Die NGO Friedensdorf International mit Sitz in Steyr führte zahlreiche medizinische Behandlungen von albanischen Kindern durch.

Länderinformationen

Die Bildungsbeauftragte des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kunst, die auch Agenden von K-education Austria in Albanien wahrnimmt, setzte ihre Tätigkeit fort. Weiters arbeiteten drei PädagogInnen aus Österreich im Deutschunterricht an Mittel- und Fachschulen in Albanien.

Zwischen den Universitäten von Graz und Klagenfurt sowie der Universität von Shkodra bestehen Kooperationsabkommen. Am Germanistik-Institut in Shkodra unterrichteten durchgehend österreichische LektorInnen. Darüber hinaus ist dort eine Österreich-Bibliothek eingerichtet. Ein Rahmenabkommen besteht auch zwischen der Universität Wien und der Universität von Tirana. Ein Kooperationsabkommen zwischen der albanischen und österreichischen Akademie der Wissenschaften wurde im November geschlossen.

Die Konzertreihe „Allegretto Albania“ fand als Gemeinschaftsprojekt Italiens, Deutschlands, Spaniens, Griechenlands, Israels, Österreichs und der Schweiz in mehreren albanischen Städten statt. Österreichische KünstlerInnen wirkten in mehreren kulturellen Veranstaltungen mit, etwa beim Tiraner Jazzfestival und dem Tiranaer Herbst 2005. Im Herbst fanden die Ausstellungen „Good Morning Balkan“ sowie „be-longing II“ statt, die beide grenzüberschreitendes Kulturschaffen zum Thema hatten.

Im Norden des Landes werden albanische Familien altösterreichischer Abstammung betreut, die im diktatorischen Regime besonders benachteiligt wurden. Zu Weihnachten erhielten die Bedürftigen in feierlichem Rahmen vom Auslandsösterreicherwerk eine Geldzuwendung.

Anlässlich der 3. Gemischten Wirtschaftskommission Österreich–Albanien wurde ein Ländersymposium in Wien abgehalten (April). Bei einer Wirtschaftsmission konnten sich österreichische Firmen ein Bild über ein zukünftiges Engagement in Albanien machen (Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 40,10 Millionen Euro (+64,3%), die Importe 3,90 Millionen Euro (-15,1%).

Algerien (Demokratische Volksrepublik Algerien), Algier

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdelaziz Bouteflika	Ahmed Ouyahia	Mohamed Bedjaoui

Algier – ÖB, AHSt

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Eduard Mainoni, anlässlich des österreichischen Eisenbahnsymposiums (29. Juni bis 1. Juli).

Algerien hat das 2003 unterzeichnete Doppelbesteuerungsabkommen ratifiziert. Ein bilaterales Luftverkehrsabkommen, welches das aus dem Jahre 1989 stammende Abkommen an das europäische Gemeinschaftsrecht anpasst und die Voraussetzungen für eine direkte Flugverbindung zwischen Österreich und Algerien schafft, wurde am 15. November in Algier paraphiert. Ein Katastrophenhilfeabkommen befindet sich in Vorbereitung.

Steffen Rössler, begleitet von Margit Fussi, trug aus dem Zyklus „Italienisches Liederbuch“ von Hugo Wolf vor (1. März). Zuvor gestalteten sie einen Hugo-Wolf-Workshop, der vom algerischen Rundfunk ausgestrahlt wurde. Sigrid Urban, Klavier, und Günter Schagerl, Violoncello, konzertierten mit Werken von Beethoven, Saint-Sans und Schubert in Algier (19. März), wo sie auch einen Workshop abhielten (21. März). Im Rahmen des Europäischen Kulturfestivals in Algier gab die Pianistin Emma Schmidt zum einen einen Soloabend und führte zum anderen gemeinsam mit Solisten aus Tschechien und Ungarn sowie dem algerischen nationalen philharmonischen Orchester unter Amine Kouider Beethovens Tripelkonzert auf (Mai). Im Rahmen der Schwerpunktwoche „Jazz“ des Festivals waren auch die Vokalsolistin und Pädagogin Agnes Heginger und der Pianist Martin Wöss zu hören. Elsie Herberstein stellte in Algier Originalillustrationen zu einem Bildband über die algerische Hauptstadt aus (Dezember). Die Pianistin

Anhang

Emma Schmidt gestaltete mit der algerisch-russischen Violinistin Vera Ait-Tahar in Algier einen Duoabend mit Werken unter anderem von Fritz Kreisler und Cesar Franck (15. Dezember). Eine österreichische Sprachassistentin unterrichtete im Wintersemester an der Universität Oran österreichische Literatur und Landeskunde.

Der Österreichische Verband der Fleckviehzüchter nahm gemeinsam mit der AHSt Algier an der internationalen Landwirtschaftsfachmesse „Salon des Productions et Santé Animale (SIPSA)“ teil (Mai). Erstmals seit drei Jahren wurde durch die WKÖ wieder eine österreichische Gruppenbeteiligung an der Internationalen Messe Algier „Foire Internationale d'Alger (FIA)“ mit acht Unternehmen organisiert (Juni). Staatssekretär Eduard Mainoni eröffnete ein von der AHSt Algier ins Leben gerufenes österreichisches Eisenbahnsymposium (Juni). Die AHSt organisierte eine Wirtschaftsmission mit 14 österreichischen Firmen, die insgesamt rund 160 Termine mit algerischen Firmenvertretern wahrnahmen (26.–28. November).

Die österreichischen Exporte betragen 135,29 Millionen Euro (+28,6%), die Importe 8,90 Millionen Euro (-86,7%).

Andorra (Fürstentum Andorra), Andorra la Vella

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Kofürsten: Jacques Chirac (französischer Staatspräsident)	Albert Pintat Santolària	Juli Minoves Triquell (seit 3. Juni)
Joan Martí Alanis (Bischof von Seu d'Urgell)		

ÖB, AHSt, HGK: siehe Spanien

Die österreichischen Exporte betragen 6,90 Millionen Euro (+4,2%), die Importe 105.000 Euro (-85,4%).

Angola (Republik Angola), Luanda

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
José Eduardo dos Santos	Fernando da Piedade Dias Dos Santos	Joao Bernardo de Miranda

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Luanda – **HK**

Die österreichischen Exporte betragen 3,24 Millionen Euro (-22,3%), die Importe 48.000 Euro (+151,8%).

Antigua und Barbuda (Antigua und Barbuda), St. John's

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Königin Elizabeth II.	Hon. Baldwin Spencer

Länderinformationen

vertreten durch:
 Generalgouverneur
 Sir James Beethoven Carlisle

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; St. John's – **HK**

Die österreichischen Exporte betragen 1,54 Millionen Euro (+797,5%), die Importe 10.000 Euro (+25,8%).

Äquatorialguinea (Republik Äquatorialguinea), Malabo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Teodoro Obiang Nguema Mbasogo	Abia Biteko Boriko	Pastor Micha Ondo Bile

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 1,14 Millionen Euro, die Importe 14.000 Euro (-0,3%).

Argentinien (Argentinische Republik), Buenos Aires

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Néstor Carlos Kirchner	Jorge Taiana (seit 1. Dezember)

Buenos Aires – **ÖB, AHSt;** Córdoba, Posadas, San Carlos de Bariloche – **HK**

Österreich wurde mit der Fotoausstellung „Das Jüdische Wien“ (János Kalmár, März und April), dem Ersten Internationalen Musikfestival Ushuaia (April), zwei Klavierkonzerten (Buenos Aires und Córdoba) des Wiener Pianisten Prof. Markus Prause (Mai), drei Konzerten des Postchores Klagenfurt (Buenos Aires, San Antonio de Areco und Bariloche, Oktober) sowie zwei Konzerten der „Vienna Klezmer Band“ (November) kulturell präsentiert.

Die österreichischen Exporte betragen 72,57 Millionen Euro (+10%), die Importe 102,18 Millionen Euro (+30,5%).

Armenien (Republik Armenien), Jerewan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Robert Kotscharjan	Andranik Markarjan	Wartan Oskanjan

Wien – **ÖB;** Jerewan – **Informationszentrum; AHSt:** siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche in Österreich: Parlamentspräsident Artur Bagdhasarjan (21.–25. Februar); Bildungsminister Sergej Yericzyan (11.–14. Dezember); Vizaußenminister Armen Bajbourtijan (19. September).

Im Rahmen eines OSZE-Ausbildungsprogramms besuchten 15 Abgeordnete des armenischen Parlaments das österreichische Parlament (15. und 16. September).

An der OSZE-Mission und der EU- sowie EU-TACIS-Vertretung in Jerewan waren ÖsterreicherInnen tätig. Der Leiter des UNHCR-Büros in Jerewan ist der Österreicher Peter Nicolaus.

Anhang

Bundesministerin Elisabeth Gehrer und Bildungsminister Sergej Yericzyan unterzeichneten am 13. Dezember eine Absichtserklärung über die Empfehlungen zur gegenseitigen Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen setzte die Zusammenarbeit mit einer Klinik in Jerewan fort. Das österreichische Engagement für das österreichische Kinderspital und das Österreichdorf in dem 1988 von einem Erdbeben schwer zerstörten Gjumri wurde fortgesetzt. Ein dem Südkaukasus gewidmetes Journalistenseminar des Media Diversity Institute (London) fand in Wien statt (Juli).

Höhepunkt der kulturellen Aktivitäten war der Auftritt des österreichisch-türkischen Chors unter der Leitung von Vijay Upadhyaya (30. April), der als ein Beitrag zur armenisch-türkischen Annäherung gesehen werden kann. Eine DaF-Praktikantin hielt sich fünf Monate an zwei Universitäten in Jerewan auf (Herbst). Zwei armenische Deutschlehrerinnen nahmen an einem dreiwöchigen Fortbildungsseminar für GermanistInnen aus Südkaukasien und Zentralasien in Österreich teil (Juli-August). Für Übersetzungen österreichischer Literatur ins Armenische erhielten Ashot Alexanijan und Kalen Martinjan Übersetzerpreise. Der österreichische Historiker Artem Ohandschanijan gab ein Buch über armenische Baukunst in deutscher und armenischer Sprache heraus. Ein auch von Kulturkontakt unterstütztes Projekt widmete sich der Rolle der Frau in den verschiedenen zeitgenössischen Kunstsparten in Österreich und Armenien. Die beiden armenischen Autoren Levon Khetschojan und Eduard Militonjan lasen in Wien, Salzburg und Innsbruck aus ihren Werken. Armenische VertreterInnen nahmen an der internationalen Konferenz „Innovation und Reproduktion in Kulturen und Gesellschaften“ in Wien teil (9.–11. Dezember). Das Jubiläumsjahr wurde durch Vorträge von Botschafter i.R. Alfred Missong gewürdigt.

Der österreichisch-armenische Gemischte Ausschuss für die Bilateralen Außenwirtschaftlichen Beziehungen tagte in Armenien (21.–23. August).

Die österreichischen Exporte betragen 5,78 Millionen Euro (-17%), die Importe 486.000 Euro (-35,1%).

Aserbaidshan (Republik Aserbeidschan), Baku

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ilham Aliyev	Artur Rassi-Sade	Elmar Mammadyarov

Wien – **ÖB**; Baku – **Informationszentrum**; **AHSt**: siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: Leiter der Abteilung für strategischen Außenhandel im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Botschafter Franz Ceska, mit einer Wirtschaftsmission (16. und 17. Oktober).

Besuche in Österreich: Grenzschutzminister Elchin Quliyev (16. und 17. Juni); Innenminister Rasul Usubov (14. und 15. Juli); Außenminister Elmar Mammadyarov (6. und 7. September); Vizeaußenminister Mahmud Mammad-Quliyev (3.–7. Oktober); Vizeaußenminister Khalaf Khalafov (20.–23. Dezember).

An der OSZE-Mission und der EU-Vertretung in Baku sind auch ÖsterreicherInnen tätig.

Ein Abkommen über die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen den beiden InnenministerInnen, Liese Prokop und Rasul Usubov, wurde am 14. Juli unterzeichnet.

Der Leiter des Österreichischen Informationszentrums in Baku nahm an einem dreiwöchigen Fortbildungsseminar für GermanistInnen aus Südkaukasien und Zentralasien in Österreich teil (Juli-August). Die Wanderausstellung über die Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner wurde in Baku gezeigt. Im Wiener Konzerthaus fand eine Veranstaltung „Baku live“ in Anwe-

Länderinformationen

senheit des aserbaidjanischen Vizekulturministers Adaliyat Veliyev statt. Das Jubiläumsjahr wurde durch Vorträge von Botschafter i.R. Alfred Missong gewürdigt.

Ein dem Südkaukasus gewidmetes Journalistinnenseminar des „Media Diversity Institute“ fand in Wien statt (Juli).

Die österreichischen Exporte betragen 24,47 Millionen Euro (+1,8%), die Importe 106,90 Millionen Euro (+204,3%).

Äthiopien (Demokratische Bundesrepublik Äthiopien), Addis Abeba

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Girma Woldegiorgis	Meles Zenawi	Seyoum Mesfin

Addis Abeba – **ÖB, Koordinationsbüro der OEZA**; Außenstelle der **AHSt** Kairo (siehe Ägypten)

Besuche in Österreich: Finanzminister Sufian Ahmed, Gespräch mit Bundesministerin Ursula Plassnik (21. Februar).

Im Rahmen von UNMEE stellte Österreich drei Militärbeobachter und drei zivile Missionsangehörige.

Äthiopien ist seit 1993 Schwerpunktland der OEZA und Fokusstaat im Rahmen des Konzeptes „Afrika 2000+“. Das 2003 unterzeichnete bindende Landesprogramm der OEZA für den Zyklus 2004–2006 setzt die Schwerpunkte nach wie vor in den Bereichen Nahrungsmittelsicherheit, Gesundheitsvorsorge, Energie sowie Gender, Menschenrechte und Demokratie. Im Rahmen eines Ausbildungsprogramms wird die Fortbildung von rund 40 äthiopischen StudentInnen in Österreich unterstützt.

Österreich war beim Europäischen Filmfestival mit der Komödie „Indien“ von Alfred Dorfer und Josef Hader vertreten (Mai). Österreich nahm mit einem Österreich-Zelt am „Europadorf“ am Campus der Universität Addis Abeba teil (9. Mai). Mit diesem Dorf wurden äthiopischen StudentInnen die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union näher gebracht.

Im neuen Gebre Kristos Desta Centre des Goethe-Instituts in Addis Abeba wurde eine permanente Ausstellung über das Werk des in Österreich ausgebildeten Bildhauers und Malers Herbert Seiler eröffnet (19. September). Herbert Seiler erhielt am selben Tag von Bürgermeister Arkebe Oqbay die Ehrenbürgerschaft der Stadt Addis Abeba. Der Künstler lebte zwischen 1956 und 1985 in Addis Abeba und wirkte 16 Jahre davon an der School of Fine Arts and Design als Leiter der Meisterklassen für Bildhauerei und Malerei.

Eine weitere österreichische Mission von Reiseunternehmen nach Äthiopien fand statt, die das touristische Potenzial des Landes für die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft erschließen half (26. Februar bis 7. März).

In Zusammenarbeit mit der ADA und der WKÖ fand in Wien ein zweites Wirtschaftsforum für Äthiopien statt (9. Juni). An der Spitze der äthiopischen Delegation stand der Minister für Handel und Industrie Girma Biru, der von Investitionskommissar Abi Woldemeskel begleitet wurde. Am genannten Forum nahmen Unternehmen aus Österreich, der Slowakei und Ungarn teil. In der Folge kam es zu einer vierten Wirtschafts- und Investitionsmision innerhalb von 18 Monaten in Addis Abeba (21.–25. November). Die teilnehmenden Unternehmen aus Österreich führten neben zahlreichen Gesprächen mit ausgesuchten Wirtschaftspartnern auch politische Gespräche mit dem Premierminister.

Die österreichischen Exporte betragen 5,62 Millionen Euro (+4,6%), die Importe 1,76 Millionen Euro (+40%).

*Anhang***Australien
(Commonwealth of Australia), Canberra**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	John Howard	Alexander Downer

vertreten durch:
 Generalgouverneur
 Major General Michael Jeffery

Canberra – **ÖB**; Sydney – **HGK, AHSt, ÖW**; Melbourne – **HGK**; Brisbane – **HGK**; Adelaide, Cairns, Hobart, Perth – **HK**

Besuche aus Österreich: Delegation des Bauernbundes, Studienreise im Vorfeld der WTO-Ministerratstagung in Hongkong (15. November bis 5. Dezember).

Die intensive und erfolgreiche Zusammenarbeit mit Musica Viva wurde mit einer Tournee des Eggner Trio durch Australien (acht Konzerte) fortgesetzt. Margret Kreidl und Lucas Cejpek nahmen am Sydney Writers Festival teil, das Carinthia Saxophon Quartet am Chamber Music Festival in Canberra. Die Wiener Sängerknaben gaben in acht australischen Städten zwölf Konzerte.

Die österreichischen Exporte betragen 566,01 Millionen Euro (+11,6%), die Importe 62,62 Millionen Euro (+9,4%).

**Bahamas
(Commonwealth of The Bahamas), Nassau**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II.	Hon. Perry G. Christie	Hon. Frederick Mitchell, MP

vertreten durch:
 Generalgouverneur
 Paul Adderley
 (seit 1. Dezember)

ÖB, AHSt (New York): siehe Vereinigte Staaten; Nassau – **HK**

Die österreichischen Exporte betragen 1,29 Millionen Euro (-18,2%), die Importe 101.000 Euro (-12,3%).

**Bahrain
(Königreich Bahrain), Manama**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Sheikh Hamad Bin Isa Al-Khalifa	Sheikh Khalifa Bin Salman Al-Khalifa	Sheikh Khalid Bin Ahmed Al-Khalifa

ÖB: siehe Kuwait; **AHSt**: siehe Saudi-Arabien

Die österreichischen Exporte betragen 21,06 Millionen Euro (-40,8%), die Importe 1,69 Millionen Euro (-26%).

Länderinformationen

Bangladesch (Volksrepublik Bangladesch), Dhaka

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
Iajuddin Ahmed	Begum Khaleda Zia	Morshed Khan

ÖB, AHSt: siehe Indien; Dhaka – **HK**

Bangladesch ist zwar kein Schwerpunkt- bzw. Kooperationsland der OEZA, doch führen mehrere NGOs und Privatpersonen in Zusammenarbeit mit bangladeschischen NGOs Klein- und Mikroprojekte durch. Im Rahmen von UNDAC entsandte Österreich einen Katastrophenhilfe-Experten des Bundesheeres zur Hilfe und Unterstützung bei den Überschwemmungen.

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Österreich unterstützte im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft die berufliche Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen aus Bangladesch in Österreich sowie an regionalen Ausbildungsstätten. Drei KandidatInnen erhielten ein Nord-Süd-Stipendium, ein Kandidat ein Stipendium zum Besuch des Instituts für Tourismus und Hotelmanagement in Klessheim.

Rund zehn österreichische Firmen sind in Bangladesch vertreten. Die österreichischen Exporte betragen 10,90 Millionen Euro (-32,8%), die Importe 118,02 Millionen Euro (-2,5%).

Barbados (Barbados), St. James

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Owen Seymour Arthur	Billie Antoinette Miller

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Clifford Straughn Husbands

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Bridgetown – **HK**

Die österreichischen Exporte betragen 1,09 Millionen Euro (+30,3%), die Importe 77.000 Euro (+51,7%).

Belarus (Republik Belarus), Minsk

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alexander G. Lukaschenko	Sergej Sidorsky	Sergej Martynow

ÖB, AHSt: siehe Russland

Österreich gewährt jenen BewohnerInnen von Belarus humanitäre Hilfe, die aufgrund des AKW-Unglücks von Tschernobyl gesundheitliche Schäden erlitten haben bzw. in atomar verseuchten Gebieten leben. Jedes Jahr werden Kindergruppen aus Belarus auf Urlaub nach Österreich eingeladen. Das Hilfswerk Austria errichtete in Zusammenarbeit mit belarussischen Stellen in der Nähe von Minsk die größte pädiatrisch-onkologische Klinik Europas. Die Caritas Oberösterreich ist mit 45 Einzelprojekten einer der wichtigsten ausländischen Partner der Caritas von Belarus.

Die kulturelle Zusammenarbeit mit Belarus wurde auf dem musikalischen Gebiet fortgesetzt, etwa jene der Musikuniversität Graz mit dem Minsker Staatlichen Konservatorium. Die mit Unterstützung der österreichischen Bischofskonferenz gebaute Orgel in der katholischen Kathedrale

Anhang

drale in Minsk wurde im Beisein aller katholischen Bischöfe von Belarus und des Bischofs von Graz-Seckau, Egon Kapellari, geweiht (10. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 69,86 Millionen Euro (+32,5%), die Importe 18,87 Millionen Euro (+3,5%).

Belgien (Königreich Belgien), Brüssel

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Albert II.	Guy Verhofstadt	Karel De Gucht

Brüssel – **ÖB, AHSt, ÖW**; Antwerpen, Namur, Gent, Eupen, Lüttich, Ostende – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Wolfgang Schüssel bei Internationaler Föderalismuskonferenz (4. März); Präsident des Bundesrates Georg Pehm (7. Juni); Bundesministerin Ursula Plassnik bei Außenminister Karel De Gucht (7. November); Landeshauptmann Josef Pühringer bei königlicher Familie, Aktion Friedenslicht (8. Dezember).

Besuche in Österreich: Staatssekretär Didier Donfut bei Staatssekretär Hans Winkler (23. September).

Die Textilkünstlerin Priska Riedl war bei der Ausstellung „L'objet détourné“ in Brüssel vertreten (Anfang des Jahres). Michael Kienzer nahm mit Installationen an der Ausstellung „Le mouvement intuitif“ in Brüssel teil (Frühjahr). In Leuven präsentierte eine Architekturstiftung sehr erfolgreich die Ausstellung „Austria West“ über zeitgenössische Architektur aus Westösterreich. Günther Selichar wurde zum Ausstellungsprojekt „Escape/Espace“ nach Aarschot eingeladen. Im Europäischen Parlament stellten die österreichisch-tschechischen Künstler Eva Vones und Ondrej Kohout Gemälde aus. Die Ausstellung „Habsburg in Limburg – eine Grenzregion im 18. Jahrhundert“ wurde eröffnet (November), die anschließend in Eupen, Liège und Herve gezeigt wurde. Die maßgebliche Kultureinrichtung deSingel widmete der bekannten Fotokünstlerin Aglaia Konrad eine Ausstellung (Herbst).

Beim „Festival International du Film Fantastique du Bruxelles“ wurde der Film „Hotel“ durch die Hauptdarstellerin Franziska Weiss vorgestellt. Timo Novotny und die Sofasurfer gestalteten eine Performance bei einem Avantgardefestival.

Der Schriftsteller Rudolf Habringer gestaltete eine Schreibwerkstatt für SchülerInnen der Europäischen Schule. Im Rahmen des Literaturfestivals „Grand Hôtel Europe“ trafen sechs SchriftstellerInnen aus den Ländern der regionalen Partnerschaft zusammen. Österreich war durch Christoph Ransmayr vertreten. Die AutorInnen diskutierten und lasen an zwei Abenden. Prof. Sabine Weiss präsentierte ein Buch über die historischen Beziehungen zwischen Wien und Brüssel.

Das für zeitgenössische Musik maßgebliche „Festival Ars MusicaW“ legte einen Schwerpunkt auf Olga Neuwirth. Bernhard Fleischmann wurde als artist in residence nach Leuven eingeladen. Das Duo de Salzbourg trat in Brüssel und Biesme auf. Peter Rehberg, bekannt durch die Ars electronica, gestaltete eine audiovisuelle Performance beim Avantgardefestival Argos.

Das Burgtheater gab im Rahmen des Kunsten festival des Arts mehrere Aufführungen des Stücks „Hallo Hotel“ von René Pollesch.

Die bekannte Choreographin und Tänzerin Milli Bitterli wurde zu einer Residenz nach Kortrijk eingeladen, wo sie an ihrer aktuellen Produktion „Was bleibt von mir“ arbeitete und einen Auftritt hatte. Philipp Gehmacher arbeitete mit seiner Compagnie drei Wochen lang am Projekt „Incubator“ am Kaaitheater in Brüssel und trat zweimal auf.

Bei einer Konferenz zum Thema „Sicherheit im Netz“ sprach Christa Müller über das Digitalisierungsprojekt der Österreichischen Nationalbibliothek. Univ.-Prof. Anton Pelinka wurde zu einem politikwissenschaftlichen Symposium an die Universität Antwerpen eingeladen.

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 1,60 Milliarden Euro (+24,8%), die Importe 1,54 Milliarden Euro (-0,4%).

Belize (Belize), Belmopan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II.	Said W. Musa	Godfrey Smith

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Colville N. Young

ÖB, KF, AHSt: siehe Mexiko; Belize – **HGK**

Österreich nahm mit dem Film „Komm, süßer Tod“ von Wolfgang Murnberger am 3. Internationalen Filmfestival von Belize teil.

Eine belizische Studentin erhielt ein Vollstipendium für das Institut für Tourismus und Hotelmanagement in Klessheim.

Die österreichischen Exporte betragen 3,70 Millionen Euro (+12,2%), die Importe 340.000 Euro (+65,1%).

Benin (Republik Benin), Porto Novo; Regierungssitz: Cotonou

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Mathieu Kérékou	Bruno Amoussou

ÖB, AHSt: siehe Nigeria: Cotonou – **HK**

Ein österreichisches Honorarkonsulat wurde in Cotonou im September eröffnet.

Die österreichischen Exporte betragen 2,69 Millionen Euro (-23,2%).

Bhutan (Königreich Bhutan), Thimphu

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Jigme Singye Wangchuck	Lyonpo Yeshey Zimba	Lyonpo Khandu Wangchuk

ÖB, AHSt: siehe Indien; Thimphu – **Koordinationsbüro der OEZA**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, offizieller Besuch (25.– 28. März), Eröffnung der Unterstufe des Wasserkraftwerks Basochhu, Besuch der Klosterburg Trongsa Dzong; Bundesministerin Elisabeth Gehrler bei Erziehungsminister Lyonpo Thinley Gyamtsho (21.–28. März).

Bhutan ist Schwerpunktland der OEZA. Österreich ist das fünftgrößte Geberland für Bhutan. Österreich unterstützt Bhutan in den Bereichen Energie (Schwerpunkt Wasserkraft), Hochgebirgsökologie, Fremdenverkehr und Bewahrung des kulturellen Erbes. Die Zusammenarbeit begann in den 70er-Jahren (Haflinger-Pferde), am 26. April 1989 wurden diplomatische Beziehungen aufgenommen; seit dem Jahre 1994 besteht ein österreichisches Koordinationsbüro für

Anhang

OEZA in Thimphu. VertreterInnen von Österreich und Bhutan trafen zur gemeinsamen Jahresplanung (Annual Consultations) in Thimphu zusammen (28. März).

Das Wasserkraftwerk Basochhu ist das größte österreichische Projekt in Bhutan. Der erste Teil des Projekts (Oberstufe) des Wasserkraftwerkes wurde 2002 abgeschlossen. Die zweite Ausbaustufe (Unterstufe) wurde im Rahmen des österreichischen Exportförderungsverfahrens finanziert. Bundesministerin Ursula Plassnik eröffnete gemeinsam mit dem bhutanischen Premierminister die Unterstufe des Wasserkraftwerks Basochhu (26. März). Österreich stellt jedoch nach wie vor technische Assistenz bei der Betriebsführung zur Verfügung. Das Kraftwerk zeichnet sich durch moderne Technologie sowie arbeits- und personalsparenden Betrieb aus.

Weiters unterstützte Österreich das Projekt „Rural Electrification“, bei dem in drei Phasen knapp 900 Haushalte im Osten des Landes an das öffentliche Elektrizitätsnetz angeschlossen werden, insgesamt ist der Anschluss von 15.000 Haushalten im neunten Fünf-Jahresplan vorgesehen. Ein Projekt zur Verbesserung der Effizienz von Öfen für private Haushalte ist angelaufen.

Nach den Restaurierungs- und Renovierungsarbeiten im Jahr 2004 an der Klosterburg Trongsa Dzong, eines der bedeutendsten historischen Bauwerke Bhutans, wurde als Folgeprojekt mit den Planungsarbeiten zur Renovierung und Umgestaltung des zur Trongsa Dzong gehörenden Wachturms (Ia Dzong) in ein Museum begonnen.

Die Weltbank hat Bhutan unter die besten Empfängerländer bei der Implementierung von Projekten gereiht.

Die „Gesellschaft Österreich-Bhutan“ unter ihrem Präsidenten Claus Walter errichtete eine Grundschule im Osten des Landes, die feierlich eröffnet wurde (Oktober). Eine kirchliche Organisation unterstützt die schulische Integration blinder und sehbehinderter Kinder.

Das in Zusammenarbeit mit dem Institut für Waldökologie der Universität für Bodenkultur in Wien seit den 90er-Jahren durchgeführte Nadelwald-Forschungs- und Ausbildungsprogramm („Waldprojekt“) wird fortgeführt (CORET II). Ein Projekt des Clean Development Mechanism (CDM) „Dagachhu Hydropower Project“ wird geprüft.

Bhutan ist aufgrund der ähnlich gelagerten topographischen Gegebenheiten an einer engeren Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Tourismus interessiert, da dieser Sektor auch im gegenwärtigen 9. Fünf-Jahresplan der Regierung einen besonderen Stellenwert einnimmt. Ziel ist die Entwicklung eines sozial verantwortlichen sowie ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Tourismus. Im Berichtszeitraum wurde die Ausarbeitung des Nationalen Tourismusplans für eine nachhaltige Entwicklung des Fremdenverkehrs abgeschlossen.

Das größte Projekt für die kommenden Jahre wird die Errichtung einer Ausbildungsstätte für Tourismus mit angeschlossenen Internat und Schulungshotel in Thimphu sein. Der österreichische Anteil (Entwurf, Planung und Ausschreibungsunterlagen) wird rund 3 Millionen Euro betragen, von Seiten Bhutans wird das Gebäude errichtet.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützte Österreich die berufliche Fortbildung von bhutanischen Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich sowie an regionalen Ausbildungsstätten. In Bangkok werden sieben StipendiatenInnen am AIT Bangkok gefördert. In Österreich wurden insgesamt sechs KandidatenInnen aus Bhutan durch Stipendien gefördert, davon vier Personen für ein Studium am Institut für Tourismus und Hotelmanagement in Klessheim und zwei Personen an der Universität für Bodenkultur in Wien (Post-Graduate Lehrgang „Master in Mountain Forestry“). Im Rahmen der einzelnen Projekte werden regelmäßig bedarfsorientierte Trainingslehrgänge und Spezialkurse in Österreich abgehalten.

Der bilaterale Handelsverkehr ist gering. Die österreichischen Exporte betragen 257.000 Euro (-96,9%), die Importe 21.000 Euro (-93,3%).

Länderinformationen

Bolivien (Republik Bolivien), La Paz

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Eduardo Rodríguez
(seit 9. Juni)

Außenminister

Armando Loayza
(seit 14. Juni)

ÖB: siehe Peru; **AHSt:** siehe Chile; **HGK** – La Paz; **HK** – Santa Cruz (vorübergehend geschlossen)

Besuche aus Österreich: Expertengespräche von VertreterInnen der beiden Außenministerien über die Vorbereitung des Wiener EU-LAC-Gipfels im Mai 2006 (13. November).

Im Rahmen des Nord-Süd-Stipendienprogramms erhielt eine Bolivianerin ein Stipendium für das Sommersemester an einer österreichischen Universität. Weiters wurde einem bolivianischen Wissenschaftler im Rahmen des Programms EU-ALFA ein Forschungsstipendium für das Wintersemester 2005/2006 an einer österreichischen Universität zuerkannt.

Die österreichischen Exporte betragen 2,00 Millionen Euro (+25,7%), die Importe 3,67 Millionen Euro (+68,7%).

Bosnien und Herzegowina (Bosnien und Herzegowina), Sarajewo

Staatsoberhaupt
Staatspräsidium

mit rotierendem Vorsitz:
Ivo Miro Jović (Vorsitz)
Sulejman Tihić
Borislav Paravac

Regierungschef

Adnan Terzić

Außenminister

Mladen Ivanić

Sarajewo – **ÖB mit Visaannahmestelle in Banja Luka; ÖBTZ (ADA-Außenstelle), AHSt**

Besuche aus Österreich: Salzburger Landesrätin Doraja Eberle (Tuzla, Srebrenica, 17.–20. März; Sarajewo, Srebrenica, 21.–24. April); Bundesministerin Ursula Plassnik (22. April); Kardinal Christoph Schönborn in Begleitung von Bischof Paul Iby, Bischof Egon Kapellari, Bischof Klaus Küng und Militärbischof Christian Werner (Mitteleuropäischer Katholikentag, Kupres, 20. April und 1. Mai); Bundesminister a.D. Werner Fasslabend, SDA-Parteitag (25. und 26. Mai); Delegation des Bundesrates unter Leitung von Präsident Georg Pehm (1. und 2. Juni); Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Grossruck, HDZ-Parteitag, (Mostar, 3. und 4. Juni); Bundesministerin Liese Prokop (17. Juni); Staatssekretär Hans Winkler (Srebrenica, 11. Juli); Salzburger Landesrätin Doraja Eberle (Srebrenica, 9.–13. Juli); Bundesminister Günther Platter, gemeinsamer EU-FOR-Truppenbesuch mit tschechischem Verteidigungsminister Karel Kühnl (Tuzla/Butmir, 14. Juli); Generalstabchef Roland Ertl, Besuch von EUFOR-Althea (Tuzla/Butmir, 7. und 8. Oktober); Salzburger Landesrätin Doraja Eberle (Srebrenica, 25.–27. Oktober); Bundesminister Günther Platter, bilateraler Besuch sowie EUFOR-Truppenbesuch im Zusammenhang mit der Kommandoübernahme der MNTF/N (Multinationale Task Force Nord) durch Österreich (Sarajewo/Tuzla, 29. und 30. November); Bundesminister Günther Platter, Truppenbesuch beim österreichischen Kontingent von EUFOR-Althea (Tuzla, 23. Dezember).

Besuche in Österreich: Außenminister Mladen Ivanić (OSZE, 21. April); Premierminister der Republika Srpska Pero Bukeylović (6. und 7. Juni); Premierminister des Kantons Sarajewo Denis Zvizdić, Kulturminister des Kantons Sarajewo Ivica Šarić, Bürgermeisterin von Sarajewo Semirha Borovac (Wels, Operaufführung des Nationaltheaters von Bosnien-Herzegowina, 16. und 17. September); Justizminister Slobodan Kovač, Teilnahme am EU-Westbalkan-Forum der Justiz- und InnenministerInnen (24. und 25. November) sowie an der Konferenz der JustizministerInnen der Westbalkanländer (Westbalkan-Konferenz) (Schloss Seggau, 5. und 6. Dezember); Par-

Anhang

lamentarierdelegation (IAEO, 14. November); Wirtschaftsdelegation aus Mostar (Graz, 22.–24. November); Minister für Verkehr und Telekommunikation, Branko Dokić (5. und 6. Dezember).

Bilaterale Verhandlungen über ein Rückübernahmeabkommen fanden in Wien Ende Dezember statt. Ein Abkommensentwurf betreffend ein Doppelbesteuerungsabkommen wurde Ende September von beiden Seiten in Sarajewo paraphiert. Ein als Ressortabkommen (Bundesministerium für Finanzen) konzipiertes Rahmenabkommen über die finanzielle Kooperation im Bereich gebundener Hilfskredite („Soft loan“-Abkommen mit indikativem Gesamtrahmen von bis zu 25 Millionen Euro) wurde am 1. Dezember abgeschlossen und paraphiert.

Österreich beteiligte sich mit einem rund 300 Personen starken militärischen Kontingent an der internationalen Friedenstruppe EUFOR-Althea, deren MNTF/N seit 1. Dezember unter österreichischem Kommando steht. Darüber hinaus ist Österreich an EUPM sowie EUMM mit ZivilexpertInnen bzw. Polizeipersonal beteiligt. Österreich entsandte einen Beamten in das Büro des Hohen Repräsentanten, der bis Oktober dort tätig war.

Aus Mitteln der österreichischen Entwicklungskooperation wurden Projekte im Gesamtvolumen von rund 2,5 Millionen Euro gefördert. Schwerpunkte bildeten die Höhere Bildung und die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die ÖB finanzierte 19 Kulturprojekte in Sarajewo bzw. anderen Teilen des Landes, davon 27 Einzelveranstaltungen.

Neben einem Beauftragten für Bildungskooperation des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur waren zwei Österreich-LektorInnen an den Universitäten Sarajewo und Tuzla beschäftigt, die unter anderem die beiden Österreich-Bibliotheken an diesen Universitäten mitbetreuten.

Österreich ist mit einem kumulierten direkten Investitionsvolumen von rund 1,25 Milliarden Euro der größte ausländische Investor in Bosnien und Herzegowina. Die österreichischen Exporte betragen 285,07 Millionen (+25,4%), die Importe 104,32 Millionen Euro (+27,9%).

Botsuana (Republik Botsuana), Gaborone

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Festus Gontebanye Mogae

Außenminister

General Mompoti S. Merafhe

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Gaborone – **HK**

Beim jährlich stattfindenden SADC-Gipfeltreffen wurde Präsident Festus Gontebanye Mogae zum Vorsitzenden gewählt (Gaborone, 17. und 18. August).

Da der bilaterale Handel größtenteils über Südafrika abgewickelt wird, ist keine verlässliche Statistik verfügbar. Die statistisch erfassten österreichischen Exporte betragen 3,08 Millionen Euro (+212,2%), die Importe 194.000 Euro (+181,4%).

Brasilien (Föderative Republik Brasilien), Brasília

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Luiz Inácio Lula da Silva

Außenminister

Celso Amorim

Brasília – **ÖB**, Rio de Janeiro – **ÖGK**, São Paulo – **ÖGK, AHSt**; Belo Horizonte, Curitiba, Manaus, Porto Alegre, Recife, Salvador, Treze Tílias (Dreizehnlinden), Vitória – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatsbesuch von Bundespräsident Heinz Fischer und Gattin, in Begleitung von Bundesminister Günther Platter, Präsident des OGH Johann Rzeszut und Präsident der

Länderinformationen

WKÖ Christoph Leitl (18.–20. September); Arbeitsgespräche von Bundespräsident Heinz Fischer mit Präsident Luiz Inácio Lula da Silva im Beisein von Wirtschaftsminister Luiz Furlan und Außenminister Celso Amorim, Arbeitsgespräche mit Senatspräsident Renan Calheiros, dem Präsidenten des Höchstgerichts Nelson Jobim sowie dem Gouverneur von São Paulo Geraldo Alckmin; Bundesminister Günther Platter, Treffen mit dem Minister-Chef des Kabinetts für Institutionelle Sicherheit im Präsidentenamt General Armando Felix; WKÖ-Präsident Christoph Leitl, Arbeitsgespräche mit Gesundheitsminister José Saraiva Filipe, mit dem stellvertretenden Finanzminister Murillo Portugal sowie mit dem Präsidenten der Industriellenvereinigung von São Paulo Paulo Skaf; Präsident des OGH Johann Rzeszut, Teilnahme am Treffen der Richter des MERCOSUR (21. und 22. November).

Die ÖB präsentierte österreichisches Kunst- und Kulturschaffen und diversifizierte ihr Kulturprogramm auch geografisch. Höhepunkte waren die Kulturveranstaltungen im Zusammenhang mit dem Staatsbesuch von Bundespräsident Heinz Fischer, bei denen brasilianische und österreichische Kultur gemeinsam präsentiert wurden: die Beteiligung an der Thomas Bernhard Ausstellung in Salvador de Bahia, die Tournee des Orchesters „Salzburg Chamber Soloists“ und die Unterstützung der Forschungsarbeit zur brasilianischen VN-Initiative 1952 betreffend den österreichischen Staatsvertrag im Rahmen der 50-Jahr-Feierlichkeiten. Darüber hinaus wurden die Feierlichkeiten zum 45-jährigen Bestehen der Hauptstadt Brasília und die Architekturbienale in São Paulo unterstützt.

Anlässlich des Staatsbesuchs fand in São Paulo ein österreichisches Wirtschaftsforum statt. Die österreichischen Exporte betragen 281,20 Millionen Euro (+23,8%), die Importe 300,23 Millionen Euro (+3,5%).

Brunei (Brunei Darussalam), Bandar Seri Begawan

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Sultan Haji Hassanal Bolkiah Mu'izzaddin Waddaulah	Prinz Haji Mohamed Bolkiah

ÖB, AHSt: siehe Malaysia; Seria – HK

Das Österreichische Honorarkonsulat in Seria wurde im Dezember eröffnet.

Die österreichischen Exporte betragen 561.000 Euro (-69,3%), die Importe 20.000 Euro (-58,4%).

Bulgarien Bulgarien (Republik), Sofia

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Georgi Parvanov	Sergei Stanishev (seit 17. August)	Ivailo Kalfin (seit 17. August)

Sofia – ÖB, AHSt, ASO, Bildungsbeauftragte (Kulturkontakt)

Besuche aus Österreich: Gouverneur Klaus Liebscher, Teilnahme an einem Seminar der bulgarischen Nationalbank (31. März bis 1. April); Bundesministerin Ursula Haubner, Unterzeichnung eines bilateralen Sozialversicherungsabkommens im bulgarischen Sozialministerium (14. April); Generaldirektor Erik Buxbaum, Treffen mit Vizeinnenminister Kotzev und Leitern diverser Polizeistellen (10. und 11. Mai); Sonderkoordinator und Vizekanzler a.D. Erhard Busek, Teilnahme an der Stabilitätspaktkonferenz und Buchpräsentation in der ÖB (17. Mai); Generalstabschef Roland Ertl, Treffen mit hohen Militärs und bulgarischem Generalstabschef Nikola Kolev (25. und 26. Mai); Bundesminister Martin Bartenstein, Ko-Vorsitzführung der Investment Compact Konferenz des Stabilitätspakts und Treffen mit Wirtschaftsminister Milko Kovachev (8.

Anhang

und 9. Juni); Landeshauptmann Josef Pröll, Treffen mit Staatspräsident Georgi Parvanov, Wirtschaftsminister Rumen Ovcharov und Regionalminister Asen Gagauzov (28. und 29. September); Präsident des ÖGB Fritz Verzetnitsch, Teilnahme an einer ILO-Konferenz (21. Oktober); Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Europaministerin Meglena Kuneva und Vizeaußenminister Ljubomir Kjachukov (23. Dezember).

Besuche in Österreich: Außenminister Solomon Passy, Treffen mit Kommissarin Benita Ferrero-Waldner und Besuch des bulgarischen Kulturinstituts in Wien (3. März); Staatspräsident Georgi Parvanov, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Besuch des bulgarischen Kulturinstituts in Wien (20. April); Europaministerin Meglena Kuneva, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (28. September); Innenminister Rumen Petkov, Treffen mit Bundesministerin Liese Prokop (11. November); Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses für Kultur, Nina Chilova, Teilnahme an den „Tagen Sofias in Wien“ (21. November); Außenminister Ivailo Kalfin, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme an einer Jubiläumsveranstaltung des österreichisch-bulgarischen Freundschaftsvereins (24. November); Bürgermeister von Sofia Boyko Borissov, Teilnahme an den „Tagen Sofias in Wien“ (25. November); Premierminister Sergei Stanishev, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und SPÖ-Obmann Alfred Gusenbauer (29. Dezember).

Die Sozialminister unterzeichneten am 14. April ein Sozialversicherungsabkommen in Sofia. Es ermöglicht die Akkumulierung und den Import von im jeweils anderen Land erworbenen Versicherungszeiten und wird im Februar 2006 in Kraft treten.

Die bilateralen Aktivitäten der Ostzusammenarbeit werden konsolidiert und laufen mit dem EU-Beitritt Bulgariens aus.

Die ÖB organisierte 90 kulturelle Veranstaltungen in den Bereichen Musik, Ausstellungen, Literatur und Film. Ein Teil dieser Veranstaltungen fand im Rahmen der Österreichischen Musikwochen (Mai), ein Teil im Rahmen des Kulturfestivals Österrichtöne statt (25. Oktober bis 20. Dezember). Darüber hinaus beteiligte sich die ÖB maßgebend an den Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag von Elias Canetti mit einem Kompositionswettbewerb nach seinem Buch „Ohrenzeuge“. In Rousse wurde die dritte Österreich-Bibliothek eröffnet (21. Mai). Der Botschafter eröffnete die Jubiläumsausstellung „50 Jahre Staatsvertrag“ (16. November). Ein Buch mit Essays und Vorträgen zu den bilateralen Beziehungen wurde in Auftrag gegeben. Bertha von Suttner wurde in mehreren Veranstaltungen gewürdigt (Frühjahr und Herbst). Das bevorstehende Mozartjahr begann mit einem Malwettbewerb und einem Konzert (Ende des Jahres).

Das österreichische Verbindungsbüro für Wissenschaft und Forschung (ASO) unterstützte den Wissenschaftssektor in Bulgarien, führte eine Ausschreibung für Kooperationsprojekte in Südosteuropa durch und organisierte vier Südosteuropa-Konferenzen, unter anderem zur Entwicklung und Neuordnung des Wissenschaftsbetriebes sowie zur Stärkung der Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft.

Die österreichischen Exporte betragen 450,75 Millionen Euro (+15,9%), die Importe 235,07 Millionen Euro (+12,7%).

Burkina Faso (Republik Burkina Faso), Ouagadougou

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Blaise Compaoré	Paramanga Ernest Yonli	Youssef Ouedraogo

ÖB: siehe Senegal; **AHSt:** siehe Marokko; Ouagadougou – **Kooperationsbüro der OEZA**

Österreich und Burkina Faso unterzeichneten im Mai in Wien ein dreijähriges indikatives Kooperationsprogramm (PIC 2005–2007), das 13 Millionen Euro für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit bereitstellt.

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 665.000 Euro (+16,5%), die Importe 1,29 Millionen Euro (+275,4%).

Burundi (Republik Burundi), Bujumbura

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Pierre Nkurunziza
(seit 26. August)

Außenministerin

Antoinette Batumubwira
(seit 30. August)

ÖB: siehe Kenia; **AHSt:** siehe Südafrika

An der von der EU durchgeführten Beobachtung der Präsidenten- (19. August) und Parlamentswahlen (4. Juli) Mitte des Jahres nahmen mehrere ÖsterreicherInnen teil.

Burundi ist Kooperationsland der OEZA. Die Schwerpunktsektoren der OEZA sind die Wasserversorgung sowie Justizreform und Versöhnung. Ein österreichischer JPO beendete seinen zweijährigen Einsatz bei UNDP.

Die österreichischen Exporte betragen 537.000 Euro (+312,8%), die Importe 630.000 Euro (+307,4%).

Chile (Republik Chile), Santiago de Chile

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Ricardo Lagos

Außenminister

Ignacio Walker

Santiago de Chile – **ÖB, AHSt;** Arica, Valdivia, Valparaíso – **HK**

Besuche aus Österreich: Delegation des Bundesministeriums für Landesverteidigung, Teilnahme an einem sicherheitspolitischen Seminar der Universidad Católica in Santiago (4.–10. September).

Bundesministerin Ursula Plassnik traf am Rande des Treffens der EU-Rio-Gruppe in Luxemburg mit Außenminister Ignacio Walker (26. Mai) zusammen. Bundespräsident Heinz Fischer traf am Rande des VN-Gipfels in New York mit Präsident Ricardo Lagos zusammen (15. September).

In der Kulturpolitik nahm Österreich mit dem Zither/Harfe/Gitarre-Trio „Salzburger Saitenklang“ am Internationalen Sommerfestival in Frutillar teil. Das Trio Agnes Palmisano (Sopran), Roland Sulzer (Akkordeon), Peter Havlicek (Kontragitarre), gaben Konzerte in Santiago und Valparaíso. Mit den vier Spielfilmen „Hotel“, „Auswege“, „Antares“, „Donau“, der Anwesenheit von zwei Schauspielerinnen und der Regisseurin Nina Kusturica nahm Österreich am Internationalen Filmfestival in Valdivia teil. Die Künstlerin Katrin Wölger vertrat Österreich beim Internationalen Performance Art Congress in Valparaíso.

Österreichische Firmen waren maßgeblich am U-Bahn- und Tunnelbau in Chile beteiligt. Mehrere österreichische Firmen nahmen an den für die Region bedeutenden Messen EXPOAGUA (Umwelttechnik), EXPOCORMA (Forstwirtschaft) sowie EXPORETAIL und LOGISTICA (Nahversorgungstechnik) teil.

Das bereits in den letzten Jahren deutlich steigende Handelsvolumen hat sich innerhalb eines Jahres nahezu verdoppelt. Die österreichischen Exporte betragen 76,11 Millionen Euro (+50,7%), die Importe 159,98 Millionen Euro (+113,2%).

Anhang

China (Volksrepublik China), Peking

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Hu Jintao	Wen Jiabao	Li Zhaoxing

Sonderverwaltungsregion Hongkong	Sonderverwaltungsregion Macao
Regierungschef (Chief Executive)	Regierungschef (Chief Executive)
Tsang Yam-Kuen Donald	Ho Edmund

Peking – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; Shanghai – **GK, AHSt**; Hongkong – **GK, AHSt, Wien-Büro**; Chongqing, Guangzhou, Shenyang – **AWO-Marketingbüro**

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, in Begleitung von Bundesminister Martin Bartenstein und Staatssekretär Alfred Finz (19.–25. April); Bundesminister Karl-Heinz Grasser (22.–28. Juni); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat (29.–31. August); Bundesministerin Elisabeth Gehrler (23.–25. September); Bundesminister Günther Platter (31. Oktober bis 6. November); hochrangige Parlamentarierdelegation unter der Leitung von Nationalratspräsident Andreas Khol (Peking und Hongkong, 27.–30. Oktober); Präsident des OGH Johann Rzeszut (4.–9. September), der stellvertretende Salzburger Landeshauptmann Haslauer und der oberösterreichische Landesrat Viktor Siegl; Staatssekretär Karl Schweizer, anlässlich der Tischtennisweltmeisterschaft (Shanghai, 30. April bis 2. Mai).

Besuche in Österreich: Zhang Xinheng, Vizebildungsminister (16.–19. Jänner); Fang Fangqing, Vizejustizminister (20.–25. Mai); She Jing, Vizegesundheitsministerin und Generaldirektorin der Staatlichen Verwaltung für Traditionelle Chinesische Medizin (11.–15. Juli); General Xu Caihou, stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Militärkommission (13.–16. Oktober) sowie eine Vielzahl von Delegationen auf Vizeministerebene.

Der rege hochrangige Besuchsaustausch unterstreicht den großen Stellenwert, den Österreich den bilateralen Beziehungen zu China beimisst.

Im Rahmen des Besuchs von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel wurden ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Tiergesundheit und Tierquarantäne unterzeichnet und ein ergänzender Notenwechsel zum Doppelbesteuerungsabkommen durchgeführt. Die Zusammenarbeit zwischen den Börsen von Wien und Shanghai wurde vertraglich konkretisiert und das Programm für den Beamtenaustausch verlängert.

Die kulturellen Aktivitäten standen im Zeichen der Bildenden Kunst aus Österreich. Bundeskanzler Schüssel eröffnete im Shanghai Art Museum die Ausstellung „Neue abstrakte Malerei aus Österreich“ mit Arbeiten von Erwin Bohatsch, Herbert Brandl, Gunter Damisch, Hubert Scheibl, Walter Vopava und Otto Zitko (April), die in den darauf folgenden Monaten in Peking, Xi'an und Guangzhou Station machte. Ferner wurden in Einzelausstellungen (Renate Lohrmann im Mai, Emma Bormann im Oktober) und Gruppenausstellungen (Junge Kunst aus Österreich im Mai, 2. Beijing International Art Biennale im Oktober) österreichische KünstlerInnen präsentiert.

Zu den musikalischen Höhepunkten zählten die Tournee der Wiener Sängerknaben (Oktober) und das Mitteleuropa-Musikfestival im Rahmen des Beijing International Music Festivals (Oktober). Kammermusik aus Österreich (Trio Amicale im November, Duo nota:bene im August), die Lesereise des Autors Wolf Haas (Dezember), moderner Ausdruckstanz (Cie. Willi Dorner im Oktober, Bilderwerfer im April) sowie wissenschaftliche Vortragsreihen (Manfred Wagner im April, Saskia Draxler im Dezember) fanden in der VR China großen Anklang.

Auch in Hongkong gab es eine Reihe von kulturellen Aktivitäten, darunter Konzerte des Trio Benjamin Schmidt (Jänner) und Elmo Cosentini (März). Österreichische Filme wurden beim 12. EU-Filmfestival (Herbst) und im Rahmen des 8. deutschsprachigen Filmfestivals MAX! gezeigt. Daneben gab es österreichische Beteiligungen an der Ausstellung „New Trends of Architecture

Länderinformationen

in Europe and Asia-Pacific 2004–2005“ (Jänner) sowie Einzel- und Gruppenausstellungen von Rainer Ganahl, Paul Mühlbauer und Horst Linhart. Martin Pichlmair und Robert Praxmarer waren beim „Microwave International Art Festival“ vertreten.

Bundesministerin Elisabeth Gehrler eröffnete in Shanghai das Österreich-Zentrum des Eurasia-Pacific Uninets an der Fudan Universität und traf mit Erziehungsminister Zhou Ji zusammen (23. September). Die Fudan Universität nimmt eine Schlüsselstellung in der österreichisch-chinesischen Universitätskooperation ein und wird damit auch die Koordinationsstelle für die Kooperation zwischen der Fudan Universität und weiteren Partnerinstitutionen im Rahmen des Universitätsnetzwerks Eurasia-Pacific UNINET. Eines der Projekte ist dabei das „Sino Austrian Center for Media and Marketing“, das auf ein gemeinsames Studienprogramm abzielt.

Das Eurasia-Pacific UNINET veranstaltete bereits zum vierten Mal die Summerschools in China (Beijing und Shanghai) für Studierende der österreichischen Universitäten und Fachhochschulen. Diese Summerschools wurden mit Stipendien und Expertenentsendungen des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur wesentlich unterstützt.

Im Rahmen des Nord-Süd-Dialog-Stipendienprogramms unterstützte Österreich die berufliche Fortbildung von zwei Studierenden aus China in Österreich.

Zu dem Projekt eines österreichisch-chinesischen Technologieparks (CATP) wurde im Juni zwischen dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie und dem chinesischen Ministerium für Wissenschaft und Technologie ein Memorandum of Understanding unterzeichnet.

Die Auftaktveranstaltung zu der von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Premierminister Wen Jiabao im April vereinbarten Partnerschaft in den Bereichen erneuerbare Energie und Umwelttechnologie fand in Peking statt (20. bis 23. Dezember). Gastgeber war der Vize-Vorsitzende der Staatlichen Entwicklungs- und Reformkommission Zhang Xiaoqiang. Die österreichische Delegation stand unter der Leitung von Sektionschef im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Josef Mayer. Konkrete Ergebnisse waren die Einrichtung eines „Sino-Austrian Cooperation Mechanism“ mit den Schwerpunkten erneuerbare Energie, Umweltschutz und Energieeffizienz. Der Regierungsdiallog soll neben einem Austausch über gesetzliche Rahmenbedingungen, Wissenschafts- und Technologiekooperation insbesondere die Zusammenarbeit von KMU unterstützen.

Rund 275 österreichische Unternehmen sind mit Repräsentanzen, Vertriebsniederlassungen oder Joint Ventures in China vertreten. Hiervon produziert rund ein Viertel in China, und knapp 60 befinden sich zu 100% in österreichischem Eigentum.

Der Wert der insgesamt seit 1997 getätigten österreichischen Investitionen liegt nach chinesischer Statistik Ende Juni bei ca. 480 Millionen US-Dollar. Damit liegt der österreichische Anteil an den gesamten ausländischen Investitionen in China bei knapp unter 0,2%. Unter allen EU-Ländern stellt dies Rang acht dar. Unter Einbeziehung der Zahlungsflüsse über Drittländer dürften sich die tatsächlichen österreichischen Investitionen in China auf über 700 Millionen US-Dollar belaufen. Die Tendenz ist weiter steigend.

China ist für Österreich nach den USA der zweitwichtigste Handelspartner in Übersee. Die österreichischen Exporte nach China betragen 1,22 Milliarden Euro, die österreichischen Importe 2,98 Milliarden Euro. Dies war eine Steigerung um 9,1% bzw. 29,9% Prozent. Damit konnte die Stagnation der vergangenen Jahre beendet werden. Die Exporte nach Hongkong und Macao betragen 432,04 Millionen Euro (+9,8%) bzw. 5,30 Millionen Euro (+39,1%). Die Importe aus den beiden Sonderwaltungsregionen betragen 149,64 Millionen Euro (-8,9%) bzw. 8,42 Millionen Euro (-51,0%). Im Sinne einer gesamthaften Betrachtungsweise erscheint es zweckmäßig, die Exporte nach Hongkong und Macao einzubeziehen, da ein Teil des China-Handels über Hongkong abgewickelt wird und Hongkong inzwischen zunehmend in Südchina integriert ist. Hongkong ist nach wie vor eine wichtige Drehscheibe mit einer starken österreichischen Wirtschaftspräsenz (60 Repräsentationsbüros).

Anhang

Taiwan (China)

Aufgrund der Ein-China-Politik unterhält Österreich keine diplomatischen Beziehungen zur Republik China. Taiwan wird von Österreich nicht als selbständiger Staat anerkannt. In Taipeh besteht ein Österreichisches Tourismusbüro.

Die österreichischen Exporte nach Taiwan betragen 281,72 Millionen Euro (+26,8%), die Importe 540,09 Millionen Euro (+4,8%).

Costa Rica (Republik Costa Rica), San José

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Außenminister

Abel Pacheco

Roberto Tovar Faja

ÖB: siehe Guatemala; **HGK:** San José; **AHSt:** siehe Mexiko

Staatssekretär Hans Winkler traf am Rande der VN-GV mit Außenminister Roberto Tovar Faja zusammen (New York, 17. September).

Costa Rica zählt seit 2005 aufgrund seiner positiven wirtschaftlichen Entwicklung nicht mehr zu den Kooperationsländern der OEZA.

Die österreichischen Exporte betragen 6,60 Millionen Euro (-82,4%), die Importe 37,39 Millionen Euro (+9,4%).

Côte d'Ivoire (Republik Côte d'Ivoire), Yamoussoukro; Regierungssitz: Abidjan

Staatsoberhaupt

Regierungschef

Außenminister

Laurent Ghagbo

Charles Konan Banny

Bakayoko Youssouf

ÖB: siehe Senegal; **AHSt:** siehe Marokko

Die Botschaft Abidjan wurde 2005 geschlossen.

Die österreichischen Exporte betragen 3,44 Millionen Euro (-39,1%), die Importe 9,59 Millionen Euro (-71,8%).

Dänemark (Königreich Dänemark), Kopenhagen

Staatsoberhaupt

Regierungschef

Außenminister

Königin Margrethe II.

Anders Fogh Rasmussen

Per Stig Møller

Kopenhagen – **ÖB, AHSt, ÖW;** Apenrade, Århus, Odense – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Eduard Mainoni, Gespräch mit Verkehrsminister Flemming Hansen zur Vorbereitung der österreichischen EU-Präsidentschaft (Kopenhagen, 14. Oktober); Delegation des Nationalrats unter Leitung von Abgeordnetem Walter Murauer, aus Anlass der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (Kopenhagen, 11.–15. November); Abgeordneter zum Nationalrat Johann Moser, Gespräche mit ParlamentarierInnen, VertreterInnen der Sozialpartner und ExpertInnen zu Arbeitsmarktfragen (Kopenhagen, 10.–13. November); Abgeordneter zum Nationalrat und Bürgermeister Wolfgang Großruck, Gespräche mit dem Sekretariat der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Kopenhagen, 22. Dezember).

Länderinformationen

Besuche in Österreich: Premierminister Anders Fogh Rasmussen, Teilnahme am Europaforum Lech (Lech am Arlberg, 4. März), Gespräch mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel zur Vorbereitung der österreichischen EU-Präsidentschaft (Wien, 5. Dezember); Außenminister Per Stig Møller, Gespräch mit Außenministerin Ursula Plassnik zur Vorbereitung der österreichischen EU-Präsidentschaft (30. November); Generalstabschef Hans Jesper Helsø, anlässlich eines Vortrags vor der Gesellschaft für Politisch-Strategische Studien (Wien, 3.–5. Oktober).

Kulturell war Österreich im Bereich Musik unter anderem durch ein Konzert des Salzburger Duos „Notabene“ (Klavier/Violine) präsent. Im Rahmen eines von der ÖB mitveranstalteten Seminars unter dem Titel „Das Österreichische in der deutschsprachigen Literatur“ hielt der Schriftsteller Karl-Markus Gauß in Kopenhagen eine Lesung. Der Film „Working Man’s Death“ des österreichischen Regisseurs Michael Glawogger, mit dem dieser international für Furore gesorgt hat, wurde im Rahmen des Kopenhagener „NATFILM“ Dokumentarfilmfestivals gezeigt.

Die österreichischen Exporte betragen 653,26 Millionen Euro (+8,7%), die Importe 548,80 Millionen Euro (+7,5%).

Deutschland (Bundesrepublik Deutschland), Berlin

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
Horst Köhler	Angela Merkel (seit 22. November)	Frank-Walter Steinmeier (seit 22. November)

Berlin – **ÖB, AHSt, ÖW**; Bonn – **ÖB/Außenstelle**; Hamburg – **GK**; München – **GK, AHSt**; Bremen – **HK**; Dortmund – **HK**; Dresden – **HK, AHSt/Außenstelle** Berlin; Frankfurt a.M. – **HK, AHSt**; Hannover – **HK** (seit 4. November vorübergehend geschlossen); Kiel – **HK**; Lübeck – **HK**; Nürnberg – **HK**; Rostock – **HK**; Saarbrücken – **HK**; Stuttgart – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Gespräche mit Außenminister Joschka Fischer (Berlin, 17. Jänner); Landwirtschaftsminister Josef Pröll, anlässlich der Landwirtschaftsmesse (Grüne Woche) in Berlin, Gespräche mit RegierungsvertreterInnen (Berlin, 20. Jänner); Bundesminister Herbert Haupt, anlässlich der Landwirtschaftsmesse (Grüne Woche) in Berlin, Gespräche mit RegierungsvertreterInnen (Berlin, 20. Jänner); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, anlässlich des „Kleinen Donaugipfels“, Gespräche mit Ministerpräsident Erwin Teufel und Ministerpräsident Edmund Stoiber (Stuttgart, 21. Jänner); Bundespräsident Heinz Fischer, Arbeitsbesuch bei Bundespräsident Horst Köhler, Gespräche mit Bundeskanzler Gerhard Schröder, Bundespräsident a.D. Johannes Rau, Vorsitzendem der SPD und SPD-Bundestagsfraktion Franz Müntefering, MedienvertreterInnen und Teilnahme an den 60-Jahr-Feierlichkeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung (Berlin, 8. März); Staatssekretär Eduard Mainoni, Teilnahme am Munich Satellite Navigation Summit (München, 8. März); Bundesminister Martin Bartenstein, zu Gast bei der Polit-Talkshow von Sabine Christiansen zum Thema: „Vor dem Jobgipfel: Vom Ausland lernen heißt siegen lernen“ (Berlin, 14. März); Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme an den Bayerisch-Österreichischen Strategiegelgesprächen (Landshut, 31. März); Stadtrat Dieter Jandl (Klagenfurt), anlässlich Kärntner Messe im Kölner Dom (Köln, 2. April); Landeshauptmann Jörg Haider, Besuch der Hannover Messe (Hannover, 14. April); Abgeordneter Alexander Van der Bellen, Gespräche im Deutschen Bundestag (Berlin, 18. und 19. April); Landeshauptfrau Gabriele Burgstaller, Antrittsbesuch bei Ministerpräsident Edmund Stoiber (München, 20. April); Landeshauptmann-Stellvertreter Ernest Gabmann (N), Teilnahme am Business-Seminar, Marketingoffensive von „ecoplus“ in Bayern, (München, 28. April); Landeshauptmann Jörg Haider, anlässlich der Streckenaufnahme der Ryanair Klagenfurt-Frankfurt-Hahn in Frankfurt/Main am Flughafen Hahn sowie Präsentation des Landes Kärnten in Mannheim (Frankfurt am Main/Hahn und Mannheim, 28. und 29. April); Bundesministerin Ursula Plassnik, Festvortrag bei Europa-Union Bayern e.V. (Burghausen, 29. April); Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Teilnahme an einer Diskussionsveranstaltung des Wirtschaftsrates der CDU

Anhang

zum Thema: „Staatsfinanzen – die Bombe tickt – Deutschland jenseits der Verfassung“ (Berlin, 11. Mai); Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky, Teilnahme an der Veranstaltungsreihe „Zu Gast im Politischen Salon“, Thema: „10 Jahre Österreich in der EU – Bilanz und Ausblick“, Gespräche mit RegierungsvertreterInnen, Gespräche mit Bundesminister Wolfgang Clement und Bundesminister Manfred Stolpe (Berlin, 12. Mai); Nationalratspräsident Andreas Khol, Teilnahme am Ball des Weines (Wiesbaden, 21. Mai); Bundesministerin Liese Prokop, Internationales Ministertreffen mit Deutschland, Belgien, Spanien, Luxemburg, Frankreich und den Niederlanden (Prüm in der Eifel, 27. Mai); Bürgermeister von Klagenfurt Harald Scheucher, anlässlich 75 Jahre Städtepartnerschaft mit Wiesbaden (älteste Städtepartnerschaft Europas) (Wiesbaden, 28. Mai); Nationalratspräsident Andreas Khol, anlässlich der feierlichen Enthüllung eines Gedenksteines zu Ehren der während der NS-Zeit hingerichteten ÖsterreicherInnen (Brandenburg an der Havel, 31. Mai); Staatssekretär Helmut Kukacka, Besuch im Verkehrsausschuss und Gespräch mit Staatssekretär Ralf Nagl im Bundesministerium für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen (Berlin, 1. und 2. Juni); Bundesministerin Liese Prokop, anlässlich „20 Jahre Schengen“ (Bonn, 2. Juni); Staatssekretär Sigisbert Dolinschek, Teilnahme am Internationalen Symposium „Verbraucherpolitik: Strategien für wirtschaftlichen Erfolg“ (Berlin, 8. und 9. Juni); Nationalratsabgeordneter a.D. Felix Bergsmann und Delegation, Berlinreise für politische Mandatare, Teilnahme an der Plenarsitzung am 17. Juni im Deutschen Bundestag (Berlin, 13.–18. Juni); Landeshauptmann-Stellvertreter Wilfried Haslauer, Teilnahme am Sommerempfang der Handelsabteilung in der ÖB (Berlin, 16. Juni); Abgeordneter Rudolf Parnigoni, Vorsitzender des Innenausschusses des österreichischen Nationalrates, Informationsbesuch mit einer Delegation von österreichischen Abgeordneten in Berlin, Gespräche zum Bereich „Grenzüberschreitende Sicherheitsfragen“ (Berlin, 27. und 28. Juni); Präsident der WKÖ Christoph Leitl, Teilnahme am Sommerempfang der AHSt München in der Industrie- und Handelskammer (IHK) für München und Oberbayern (München, 5. Juli); Landeshauptmann Josef Pühringer, anlässlich des Sommerempfanges der AHSt München in der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, Gespräche mit Kurt Faltilhauser, Max-Planck-Gesellschaft, Ministerpräsident Edmund Stoiber, Staatsminister Thomas Goppel und Ordensverleihung an Klaus Borgmann (BMW) (München, 5. und 6. Juli); Landtagspräsident der Steiermark Reinhold Purr, aus Anlass der Ordensüberreichung des „Großen Goldenen Ehrenzeichens des Landes Steiermark“ an Professor Hellmut Federhofer (Mainz, 21. Juli); Staatssekretär Eduard Mainoni, Teilnahme am Weltfest des Pferdesportes „CHIO Aachen 2005“, (Aachen, 23. und 24. August); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Teilnahme am Weltfest des Pferdesports „CHIO Aachen 2005“, (Aachen, 27. und 28. August); Präsidentin der WK Niederösterreich Sonja Zwazl, Teilnahme an der Ausstellung „Tendance 2005“ (Frankfurt, 28. August); Landesrätin Greti Schmid (Vorarlberg) und Delegation, Informationsreise betreffend Sozialpolitik (Berlin, 31. August bis 3. September); Bundesratspräsident Peter Mitterer, Einladung des Präsidenten des Deutschen Bundesrates Ministerpräsident Matthias Platzeck zur 7. Tagung der Vereinigung der Senate Europas (Berlin, 1.–3. September); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Besuch des CSU-Landesparteitages (Nürnberg, 3. September); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Treffen mit Angela Merkel (Stuttgart, 14. September); Bundesministerin Liese Prokop, Gespräch mit Bayerischem Innenminister Günther Beckstein (Passau, 15. September); Landeshauptmann Herbert Sausgruber, Teilnahme an der Veranstaltung des Workshops „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit Wirtschaftsraum Bodensee“ (Berlin, 28. und 29. September); Amtsführender Stadtrat Rudolf Schicker (Wien), Teilnahme an der Konferenz des Europäischen Patentamtes München zum Thema „Auswirkungen der EU-Erweiterung auf Wien – regionale und grenzüberschreitende Perspektiven“ (München, 6. Oktober); Landesrat Josef Stockinger (O), Teilnahme an der Anuga-Messe Köln (8. Oktober); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Teilnahme am Europäischen Gesundheitskongress, Treffen mit Staatssekretärin Emilia Müller sowie Besuch der Firma Giesecke & Devrient (München, 13. Oktober); Generalstabschef des Österreichischen Bundesheeres General Roland Ertl, Treffen „Alpendreieck“ des Generalstabschefs des Bundesheeres der Republik Österreich, des Chefs des Generalstabes der Armee der Schweizer Eidgenossenschaft und des Generalinspektors der Deutschen Bundeswehr (Ulm, 17. und 18. Oktober); Präsident der WKÖ Christoph Leitl, Teilnahme an der Frankfurter Buchmesse und Treffen mit dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, (Frankfurt, 18. und 19. Oktober); Bundesministerin Elisabeth Gehrer, Gespräche mit

Länderinformationen

Staatsminister Thomas Goppel und Staatsminister Siegfried Schneider in München, Gespräch mit Staatsministerin Johanna Wanka in Stuttgart (München und Stuttgart, 19. Oktober); Staatssekretär Franz Morak, Teilnahme an der Frankfurter Buchmesse (Frankfurt, 19. Oktober); Bundesratspräsident Peter Mitterer, Eröffnung der Festveranstaltung mit dem Bezirksbürgermeister von Schöneberg, Ekkehard Band, österreichisch-brandenburgische Gesellschaft und mit den österreichischen Auslandsvereinen an der ÖB sowie Teilnahme am Österreicher-Ball im Hotel Hilton (Berlin, 21.–23. Oktober); Landeshauptfrau Gabriele Burgstaller, Unternehmensgespräch der IHK Nürnberg für Mittelfranken (Nürnberg, 25. Oktober); Staatssekretär Franz Morak, Überreichung des Österreichischen Ehrenkreuzes für Wissenschaft und Kunst I. Klasse an Professor Bernd Gellermann (München, 27. Oktober); Landesrat Viktor Sigl (Oberösterreichische Landesregierung) und Direktor Christian Hofer (WK Oberösterreich), anlässlich der Standortpräsentation OÖ in Frankfurt (Frankfurt, 27. Oktober); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Besuch Fußballspiel FC Bayern München gegen Rapid Wien (München Allianz-Arena, 22. und 23. November); Bundesminister Günther Platter, Teilnahme an der Veranstaltungsreihe „Zu Gast im Politischen Salon“ in Berlin, Thema: „Herausforderungen und Perspektiven der europäischen Sicherheitspolitik aus der Sicht Österreichs“, Treffen mit Verteidigungsminister Franz-Josef Jung und Abgeordneten (Berlin, 28. und 29. November); Bundesministerin Liese Prokop, Gespräche mit Bundesminister des Innern Wolfgang Schäuble (Berlin, 5. und 6. Dezember); Staatssekretär Eduard Mainoni, Teilnahme an der Ratstagung auf Ministerebene der Europäischen Raumfahrtbehörde ESA (Berlin, 5. und 6. Dezember); Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Gespräche mit Finanzminister Peer Steinbrück (Berlin, 15. Dezember).

Besuche in Österreich: Ministerialdirektor Michael Schaefer, Politischer Direktor des Auswärtigen Amtes, Gespräche mit Botschafter Thomas Mayr-Harting (Wien, 3. Februar); Staatssekretär Tilo Braune, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Städtische Raumplanung, Teilnahme an einer EU-Veranstaltung (Wien, 9.–11. Februar); Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl, Teilnahme an einer EU-Kongressveranstaltung in der Hofburg (Wien, 25. und 26. Februar); Bundesminister der Verteidigung Peter Struck, offizieller Besuch bei Bundesminister Günther Platter (28. Februar bis 1. März); Fraktionsvorsitzende Angela Merkel, Mitglied des Bundestages, Vortrag in Kitzbühel (4. März); Abgeordnete Andreas Schockenhoff und Ruprecht Polenz, Gespräche mit der österreichischen Bundesregierung und der IAEO (16. März); Bundeskanzler Gerhard Schröder, Arbeitsbesuch (Wien, 18. März); Erwin Teufel, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Besuch in Vorarlberg (Bregenz, 7. April); Willfried Penner, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages, Einladung des österreichischen Parlamentes nach Wien, Gespräche mit Beschwerdeausschuss des Bundesministeriums für Landesverteidigung (10.–12. April); Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen Manfred Stolpe, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer (19. April); Friedbert Pflüger, Mitglied des Bundestages, Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU, zu Gesprächen bei Bundeskanzler Wolfgang Schäuble, Nationalratspräsident Andreas Khol und Bundesministerin Ursula Plassnik (29. April); Kurt Biedenkopf, ehemaliger Ministerpräsident des Freistaates Sachsen und Peter Straub, Landtagspräsident von Baden-Württemberg, Teilnahme an der Eröffnungsfeier des Kongresses der Regionen Europas zum Thema des Seminars: „Die wirtschaftliche Bedeutung der Regionen im gemeinsamen Europa“ (4. Mai); Bundesminister des Innern Otto Schily, anlässlich einer Präsentation der Bewerbung des Deutschen Eishockeybundes für WM 2010 (13. Mai); Staatssekretär Rudolf Bohn, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt, Teilnahme am Europa-Forum Wachau (Göttweig, 3.–5. Juni); Abgeordneter Norbert Lammert, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, kulturpolitische Gespräche (Wien und Graz, 7.–9. Juni); Gleichstellungsausschuss des Thüringer Landtags zu Gesprächen mit Administration und Landtag (Innsbruck und Wien, 14.–17. Juni); Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Wolfgang Clement, zu Gesprächen mit Mitgliedern des Vorstandes des Wiener Wirtschaftsklubs und des Bruno Kreisky Forums (28. und 29. Juni); Eberhard Sinner, Bayerischer Staatsminister für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen in der Bayerischen Staatskanzlei, Europapolitische Gespräche mit Bundesministerin Ursula Plassnik sowie Sonderkoordinator und Vizekanzler a.D. Erhard Busek, Vorsitzender des Institutes für den Donaauraum und Mitteleuropa (Wien und Linz, 28.–30. Juni); Bundeskanzler Gerhard Schröder, Teilnahme als Festredner an der Jubiläums-Matinee in der Residenz Salzburg (Salzburg, 2. Juli); Informationsreise des Finanzausschusses von Ba-

Anhang

den-Württemberg nach Wien; Überblick über die Auswirkungen der in Österreich durchgeführten Reformen auf Steuer-, Finanz- und Wirtschaftssituation (3.– 6. Juli); Ausschuss für Medien und Multimedia des Landtags Rheinland-Pfalz zu rundfunkpolitischen Fragen (10.–12. Juli); Bundespräsident Horst Köhler, Teilnahme an den Salzburger Festspielen (Salzburg, 2.–11. August); Renate Schmidt, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Gespräche mit Landeshauptfrau Gabriele Burgstaller (Salzburg, 4. und 5. August); Bundespräsident a.D. Richard von Weizsäcker, Teilnahme an den Salzburger Festspielen (Salzburg, 10.–14. August); Wolfgang Schäuble, Mitglied des Bundestages, Teilnahme an den Salzburger Festspielen (Salzburg, 13. und 14. August); Bundesminister der Verteidigung Peter Struck, Arbeitsgespräche mit Bundesminister Günther Platter (Bregenz, 19. und 20. August); Abgeordneter Rudolf Bindig, Vizepräsident und Leiter der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Vorstellungsgespräch im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten zur Förderung seiner Kandidatur für das Amt des Menschenrechtskommissars des Europarates (26. August); Bildungsstaatssekretär Wolf-Michael Catenhusen, Gespräch mit Bundesministerin Elisabeth Gehrler aufgrund des EuGH-Urteils zum österreichischen Hochschulzugang (31. August); Staatssekretär Georg Boomgarden, Arbeitsgespräch mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (22. September); Bundespräsident Horst Köhler, auf Einladung von Bundespräsident Heinz Fischer, Zusammenkunft in Salzburg mit Fürst Hans Adam II. von und zu Liechtenstein, Bundespräsident Samuel Schmid (Salzburg, 24. Oktober); Bayerischer Ministerpräsident Edmund Stoiber, Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 50-Jahr-Jubiläum der Deutschen Handelskammer in Wien, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Wolfgang Schäuble, Nationalratspräsident Andreas Khol und Bundesminister Martin Bartenstein (16. und 17. November); Ministerialdirektor Michael Schaefer, Leiter der Politischen Abteilung, Auswärtiges Amt, Konsultationen im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (23. November); Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung, Gespräch mit Bundesministerin Elisabeth Gehrler (8. Dezember); Axel Schäfer, Mitglied des Bundestages, Europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Gespräche mit Abgeordneten des Nationalrates und VertreterInnen des Bundeskanzleramts und des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten (21. Dezember).

Der Vertrag zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande und der Republik Österreich über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung von Terrorismus, grenzüberschreitender Kriminalität und illegaler Migration wurde am 27. Mai in Prüm (Rheinland-Pfalz) unterzeichnet. Der am 10. November 2003 sowie am 19. Dezember 2003 unterzeichnete Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur polizeilichen Gefahrenabwehr und in strafrechtlichen Angelegenheiten trat am 1. Dezember in Kraft.

Das KF Berlin präsentierte österreichische KünstlerInnen aller Sparten und Richtungen mit dem Ziel, der deutschen Öffentlichkeit ein modernes Österreich-Bild und den Reichtum, die Vielfältigkeit und die Besonderheiten der österreichischen Kunstszene zu vermitteln. Dabei wurde bei mehreren Veranstaltungen die europäische Dimension österreichischer Kultur hervorgehoben. Im KF wurden mehr als 2.000 Ansuchen und Anfragen österreichischer KünstlerInnen bearbeitet. Das KF organisierte in Berlin und anderen Städten Deutschlands ein umfangreiches Programm von Lesungen, Vorträgen, Buchpräsentationen, Ausstellungen und Konzerten namhafter österreichischer Künstlerinnen oder trat als Kooperationspartner auf. Auch im Amtsgebäude der ÖB fanden regelmäßig Veranstaltungen mit österreichischen und europäischen KünstlerInnen statt. An der ÖB/Außenstelle Bonn erfolgten Buchpräsentationen zu den Themen Staatsvertrag, EU, Außenpolitik der Zweiten Republik und Sigmund Freud sowie eine Lesung des Schriftstellers Josef Haslinger. Zu erwähnen ist auch die vom KF Berlin herausgegebene, alle zwei Monate erscheinende Zeitschrift „Kosmos Österreich“ (Auflage: 3500 Exemplare), die nicht nur wesentliche Veranstaltungen mit österreichischen Künstlern in Deutschland anzeigt, sondern jeweils einem Thema gewidmet ist. Die Titel der fünf Hefte lauteten: „Am liebsten... Musik!“, „Deutsch-

Länderinformationen

land, erklär mir Österreich!“, „Gedanken zum Jubiläumsjahr“, „Das Glück – ein Vogel?“ und „Im Taumel der Informationen“.

Im „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn wurde die Ausstellung „Verfreundete Nachbarn: Österreich und Deutschland“ gezeigt, die über 90.000 Menschen besuchten (18. Mai bis 23. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 30,11 Milliarden Euro (+4,0%), die Importe 40,73 Milliarden Euro (+4,1%).

Dominica (Commonwealth Dominica), Roseau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Nicholas Joseph Orville Liverpool, Dah	Hon. Roosevelt Skerit	Senator Charles Savari

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Die österreichischen Exporte betragen 329.000 Euro, die Importe 285.000 Euro (+8,5%).

Dominikanische Republik (Dominikanische Republik), Santo Domingo

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Leonel Antonio Fernandez Reyna	Carlos Morales Troncoso

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Santo Domingo – **HGK**

Österreich nahm auf Initiative des HGK Santo Domingo an einer internationalen Kulturwoche in Puerto Plata teil. Österreichische Beiträge waren Konzerte des Pianisten Klaus Leutgeb sowie die Ausstellung „Wie weit ist Wien“ (Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 6,38 Millionen Euro (+23,8%), die Importe 7,12 Millionen Euro (+47,2%).

Dschibuti (Republik Dschibuti), Dschibuti

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ismael Omar Guelleh	Ali Abdi Farah	Dilaita Mohamed Dilaita

ÖB: siehe Äthiopien; Dschibuti – **HK**; **AHSt:** siehe Ägypten

Die österreichischen Exporte betragen 821.000 Euro (+9,4%), die Importe 70.000 Euro (-15,1%).

Ecuador (Republik Ecuador), Quito

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Alfredo Palacio Gonzales (seit 20. April)	Francisco Carrión Mena (seit 11. Oktober)

ÖB: siehe Kolumbien; Quito – **HGK**; Guayaquil – **HK**; **AHSt** – siehe Chile

Anhang

Die ecuadorianische Außenhandelsministerin Ivonne Baki führte anlässlich eines Besuchs bei der UNIDO Gespräche in der WKÖ (Mitte März).

Am Rande der VN-Weltklimakonferenz in Montreal wurde auf Ebene der Umweltminister ein Memorandum of Understanding zur Förderung von Projekten im Rahmen des „Clean Development Mechanism“ unterzeichnet.

Aus Mitteln der OEZA wurde im Wege der Kofinanzierung mit NGOs ein Zentrum für behinderte Kinder und Jugendliche und dessen pädagogisches Personal unterstützt. Vier ÖsterreicherInnen wurden zu 23 Einsatzmonaten zur Kooperation in den Bereichen Ernährungssicherheit, Umwelt und gemeindeorientierter Tourismus entsandt. Darüber hinaus förderte die OEZA einen Studienplatz am Institut für Tourismus und Hotelmanagement in Klessheim. 17 Österreicher leisteten ihren Auslandszivildienst im Bereich der Sozial- und Entwicklungszusammenarbeit ab, unter anderem in Straßenkinderprojekten der Aktion „Jugend Eine Welt“ der Salesianer/Don Bosco.

Im Rahmen einer von der ÖB organisierten Konzerttournee im Amtsbereich gab der österreichische Pianist Klaus Leutgeb in Quito ein Konzert (21. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 9,77 Millionen Euro (+57,5%), die Importe 44,83 Millionen Euro (+23,2%).

El Salvador (Republik El Salvador), San Salvador

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Elías Antonio Saca Gonzalez

Außenminister

Francisco Esteban Laínez Rivas

ÖB: siehe Guatemala; **AHSt:** siehe Mexiko; San Salvador – **HGK**

El Salvador hat im Rahmen der OEZA den Status eines Kooperationslandes. Schwerpunkte bilden die Sektoren Ländliche Entwicklung, Förderung von Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben (MKMB) und der soziale Sektor. Es wurde ein neues Projekt zur Förderung der ökologischen Landwirtschaft begonnen, die Projekte in Bereichen wie etwa die Förderung der lokalen Entwicklung in der Gemeinde Zaragoza oder die solare Trocknung von Früchten und Kaffee wurden fortgesetzt. Kooperationspartner der OEZA sind vor allem Organisationen der Zivilgesellschaft.

Österreich unterstützt im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft die akademische Ausbildung von Fachkräften in Österreich.

Die österreichischen Exporte betragen 4,77 Millionen Euro (+14,6%), die Importe 2,71 Millionen Euro (-1,7%).

Eritrea (Staat Eritrea), Asmara

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Issaias Afeworki
(interimistisch)

Außenminister

Mohamed Omar Mahmoud

ÖB: siehe Ägypten; Asmara – **HK**; **AHSt:** siehe Ägypten

Die Zuständigkeit für Eritrea wurde im Juli von der ÖB Addis Abeba an die ÖB Kairo übertragen.

Die österreichischen Exporte betragen 140.000 Euro (-67,7%), die Importe 54.000 Euro (-48,2%).

Länderinformationen

Estland (Republik Estland), Tallinn

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Arnold Rüütel	Andrus Ansip	Urmas Paet

Tallinn – **ÖB, HK; AHSt:** siehe Finnland

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsident Andreas Khol (31. Mai bis 1. Juni); Bundesministerin Elisabeth Gehrler (15. und 16. Juni); Bundesminister Günther Platter (31. August bis 1. September); Staatssekretär Eduard Mainoni (13. Oktober).

Im Rahmen des Literaturzyklus „Österreichische Autorinnen des XX. Jahrhunderts“ hielt Mari Tarvas einen Vortrag über „Ilse Aichinger, Marlene Streeruwitz und Marlen Haushofer: die Bilder des Weiblichen“ (Tallinn, 3. März), Judith B. Lewonig über „Je größer das Elend, desto mehr steigt meine Willenskraft: Bertha von Suttner“ (Tallinn, 21. April), Eve Pormeister über „Unausweichliche Dichterin und zweifelnd Hoffende. Ingeborg Bachmann 1926–1973“ (Tartu, 4. Mai), Jaanika Palm über „Die große Kunst den Kleinen zu schreiben. Christine Nöstlinger (bald) 70“ und Dagmar Normet über „Meine persönlichen Begegnungen mit Mira Lobe in Wien und Tallinn“ (24. November).

Paul Raspotnig „Architektur in Salzburg seit 2001“ hielt einen Diavortrag im estnischen Architektenverband (6. Jänner), Friederike Forst Battaglia einen Vortrag über „Italienische Maler in österreichischen und estnischen Sammlungen“ im Kunstmuseum Kadriorg Tallinn (20. April), Maria Graff, Botschafter Tiit Matsulevitsch und Thomas Mann zum Thema: „Außenpolitik und Medien“ beim Medienseminar in der Estnischen Nationalbibliothek (22. April), Univ.-Prof. Dietmar Goltschnigg über „Tradition und Zukunft der Germanistik“ bei der Internationalen Germanistikkonferenz an der Pädagogischen Universität Tallinn (3. Mai), Rainer Schachner über „Ich schrieb nach Wien. Thomas Mann, Paul Amann, eine Freundschaft in Briefen“ im Deutschen Kulturinstitut Tallinn und im Germanistikinstitut der Universität Tartu (22. und 26. September).

Die Ausstellung samt einem Orgelkonzert des österreichischen Künstlers und Organisten Kurt Heiling im Deutschen Kulturinstitut wurde in Tartu eröffnet (10. Februar). Die Rabnitztaler Malerwoche fand mit einer großen Gemäldeausstellung im Künstlerhaus Tartu statt (3. Mai).

Meisterklassen fanden von Univ.-Prof. Gerhard Kahry am Opernstudio der estnischen Musikakademie (19. Februar bis 31. Mai) sowie vom Schmuckkünstler und Stahlbildhauer Peter Skubic an der estnischen Kunstakademie Tallinn statt (29. August bis 2. September). Prof. Karl Leutgeb gab ein Klavierkonzert in der Aula der Realschule Tallinn und weitere Konzerte und Meisterklassen in Kuressaare, Haapsalu, Pärnu in Begleitung von Heidemarie Glantschnig und Maire Aigro (7.–17. Mai), Prof. Fresacher und Prof. Karlinger (Klarinette/Harfe) im Schloss/Museum Kadriorg Tallinn (16. Juni). Die Musikgruppe „Open minds“ gab sechs Konzerte in Estland (Kopu/Insel Hiiuma, Paide, Kolga, Haapsalu, Pärnu und Kuressare, 5.–12. August). Das Kammermusikensemble Pierrot Lunaire trat beim Internationalen Herbstmusikfestival der Estnischen Musikakademie in Tallinn und Tartu auf (4.–9. Oktober).

Die Performancekünstlerin Sylvia Scheidl nahm am NoTaFe's international summer school event „ECITE 05“ in Viljandi teil (5.–10. Juli).

Georg Gimpl gab Blockseminare über Franz Kafka, Robert Musil, Peter Altenberg und Arthur Schnitzler im Germanistikinstitut der Universität Tartu (10. und 31. Oktober).

Eine Lesung der Autorin Bettina Baláka (Auszug aus ihrem Roman „Hinterland“) mit anschließender Diskussion fand in Helsinki statt (13. Oktober). Ein literarisches Treffen mit den Krimi-autoren Sam Jaun (Schweiz) und Heinrich Steinfest (Österreich) wurde im Anschluss an „Krimi-Helsinki“ im Österreich-Lesesaal der Estnischen Nationalbibliothek abgehalten (8. November). Die Übersetzung des Buchs „Verwirrungen des Zöglings Törless“ von Robert Musil ins

Anhang

Estnische vom Übersetzer Mati Sirkel fand in Kooperation mit dem Verlag „Eesti Päeva-leht“ und der Buchhandlung „Rahva Raamat“ statt (21. Dezember).

Bei der deutsch-österreichische Dokumentarfilmwoche war Österreich mit „Im toten Winkel. Hitlers Sekretärin“ und „Move“ vertreten (8. und 10. November). Beim „Black Nights Filmfesti-val“ wurden zahlreiche Filme von österreichischen Regisseuren gezeigt, so etwa „Caché“ von Michael Haneke, „Dallas among us“ als österreichisch-ungarisch-deutsche Gemeinschaftsproduktion von Robert Adrian Pejo, „Darwins Nightmare“ als österreichisch-belgisch-französische Gemeinschaftsproduktion von Hubert Sauper, „Keller-Teenage Wasteland“ von Eva Urthaler, „Silentium“ von Wolfgang Murnberger und „Unveiled“ (Fremde Haut), eine deutsch-österreichische Gemeinschaftsproduktion von Angelina Maccarone, Judith Kaufmann und Ulrike Zimmermann (24. November bis 11. Dezember).

Der Monat für die österreichische Kunst in der Estnischen Nationalbibliothek wurde eröffnet und drei Ausstellungen gezeigt: Blick auf Wien, aus der Kunstsammlung des Stadtmagistrates Wien, eine topografische Wahrnehmung mit 37 Werken von 24 Künstlern, vorgestellt von StR Mailath-Pokorny (Wien); Salzburger Gruppe 8 Künstler aus Salzburg (Kurator: Peter Rieder) und 34 Grafiken von Dieter Josef (Wien) (10. November).

Die österreichischen Exporte betragen 237,31 Millionen Euro (+175,4%), die Importe 28,98 Millionen Euro (-25,2%).

Fidschi (Republik Fidschi-Inseln), Suva

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ratu Josefa Iloilovatu Uluivuda	Laisenia Qarase	Kaliopate Tavola

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 62.000 Euro (+193,2%), die Importe 147.000 Euro (+200,9%).

Finnland (Republik Finnland), Helsinki

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Tarja Halonen	Matti Vanhanen	Erkki Tuomioja

Helsinki – **ÖB, HGK, AHSt;** Turku, Tampere, Oulu, Vaasa, Mikkeli, Kajaani – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Liese Prokop, Arbeitsgespräch mit Innenminister Kari Räämäki (18. Februar); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, WHO-Gesundheitsministerkonferenz (13. und 14. Jänner); Bundesministerin Karin Miklantsch, Europarats-Justizministerkonferenz (7. und 8. April); Bundespräsident Heinz Fischer, informelles Treffen der StaatspräsidentInnen von Finnland, Deutschland, Portugal, Lettland und Österreich (22.–24. April); Bundesministerin Ursula Haubner, Arbeitsgespräche mit Sozialministerin Sinikka Mönkäre und Gesundheitsministerin Liisa Hyssälä (19. und 20. Mai); Bundesministerin Ursula Plassnik, Arbeitsgespräch mit Außenminister Erkki Tuomioja (8. August); Staatssekretär Karl Schweitzer, Leichtathletik-Weltmeisterschaften, Arbeitsgespräch mit Kultur- und Sportministerin Tanja Karpela (11.–13. August); Staatssekretär Eduard Mainoni, Arbeitsgespräch mit dem Staatssekretär im Verkehrsministerium Perttu Puro (13. Oktober); Bundesminister Josef Pröll, Arbeitsgespräche mit Landwirtschaftsminister Juha Korkeaoja und Umweltminister Jan-Erik Enestam (6.–8. November).

Länderinformationen

Besuche in Österreich: Parlamentspräsident Paavo Lipponen, Vortrag beim Europakongress in Wien (22. und 23. Februar); Landwirtschaftsminister Juha Korkeaoja, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Josef Pröll (31. August und 1. September); Verteidigungsminister Seppo Kääriäinen, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Günther Platter (3. Oktober); Industrie- und Handelsminister Mauri Pekkarinen, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Martin Bartenstein (17. Oktober).

Der kulturelle Austausch fand in erster Linie in den Bereichen der Modernen Kunst und Musik statt.

Die österreichischen Exporte betragen 493,72 Millionen Euro (+9,1), die Importe 1,07 Milliarden Euro (+52%).

Frankreich (Französische Republik), Paris

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jacques Chirac	Dominique de Villepin	Philippe Douste-Blazy

Paris – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; Straßburg – **GK, AHSt, ÖW**; Marseille – **HGK**; Ajaccio, Bordeaux, Lille, Lyon, Nizza, Papeete, Toulouse – **HK**

Besuche aus Österreich: Brigadier Wolfgang Wosolsobe, Leiter der militärpolitischen Abteilung im Bundesministerium für Landesverteidigung, Stabsgespräche Österreich-Frankreich (Paris, 14. und 15. Februar); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, bilaterale Konsultationen auf Einladung des französischen Generalsekretärs im Außenministerium Jean-Pierre Lafon (Paris, 4. März); Stabsgespräche zwischen französischen und österreichischen Luftstreitkräften (Paris, 10. und 11. März); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, offizieller Besuch, Treffen mit Präsident Chirac und Premierminister Raffarin (17. März); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Teilnahme an einem internationalen Gesundheitskongress (Chantilly bei Paris, 8. April); Nationalratspräsident Andreas Khol, Teilnahme an einer Veranstaltung zur europäischen Verfassung mit Jacques Delors auf Einladung von Pierre Moscovici (9. April); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Teilnahme am Treffen der europäischen GleichstellungsministerInnen auf Einladung der französischen Ministerin Nicole Améline, Assemblée Nationale (Paris, 10. Mai); Generalmajor Christian Segur-Cabanac, Leiter des Führungsstabes im Bundesministerium für Landesverteidigung, Gespräche mit Vice-Amiral d'Escadre der Marine Nationale Patrick Hébrard (Paris, 11. und 12. Mai); Delegation unter Leitung von Sektionschef für die politische Koordination im Bundeskanzleramt, Hubert Heiss, Konsultationen für den österreichischen EU-Vorsitz 2006, Zusammentreffen mit Pascale Andreani, Generaldirektorin des „Secrétariat général du Comité interministériel pour les questions de coopération européenne“ (SGCI), und Charles Fries, Europaberater des Staatspräsidenten (27. Mai); Abgeordnete zum Nationalrat Walter Murauer, Stefan Prähauser, Bundesminister a.D. Klubobmann Herbert Scheibner und Karl Öllinger, Teilnahme an der Parlamentarischen Versammlung der WEU (Paris, 13.–15. Juni); Staatssekretär Eduard Mainoni, Besuch der Luftfahrtausstellung in Le Bourget (14. Juni); Bundesminister Karl-Heinz Grasser und Bundesminister Martin Bartenstein, österreichisch-französische Wirtschaftsgespräche mit Finanzminister Thierry Breton und Industrieminister François Loos (Paris, 18. Juli); Leiter des Center 1 (Wirtschaftspolitik) im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit Michael Losch zu bilateralen Konsultationen (20. September); Sektionschef Klaus Wölfer als Vertreter von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel bei Eröffnung von „Vienne 1900“ (3. Oktober); Generalstabschef Roland Ertl, Gegenbesuch bei seinem französischen Amtskollegen General Bentégeat (12.–14. Oktober); Bundesminister Martin Bartenstein, Tour des Capitales, Treffen mit dem beigeordneten Minister für Arbeit und Beschäftigung Gérard Larcher und Industrieminister François Loos (2. November); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Treffen mit Verkehrsminister Dominique Perben (24. November); Brigadier Wolfgang Wosolsobe zu bilateralen militärpolitischen Gesprächen im Hinblick auf die österrei-

Anhang

chische EU-Präsidentschaft in Paris (24. und 25. November); Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Gespräch mit Wirtschafts- und Finanzminister Thierry Breton (29. November); Bundesminister Günther Platter, Teilnahme an der Parlamentarischen Versammlung der WEU (5. Dezember); Abgeordnete zum Nationalrat Walter Murauer, Stefan Prähauser und Klaus Wittauer Teilnahme an der Parlamentarischen Versammlung der WEU (Paris, 6. Dezember); Bundesministerin Liese Prokop, Besuch bei ihrem Amtskollegen Nicolas Sarkozy (16.–17. Dezember).

Besuche aus Frankreich: Außenminister Michel Barnier, Teilnahme an den Feiern zum Jubiläum 50 Jahre Staatsvertrag von Wien (15. Mai); Senator Robert Denis Del Picchia, stellvertretender Präsident des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, Teilnahme am Europa-Forum Wachau (Göttweig, 3.–5. Juni); Kommandant der französischen Luftstreitkräfte General Richard Wolsztynski, Besuch und Teilnahme der „Patrouille de France“ an der „Airpower“ anlässlich „50 Jahre österreichische Luftstreitkräfte“ (Zeltweg, 24. und 25. Juni); Europaministerin Catherine Colonna, Besuch bei Bundesministerin Ursula Plassnik, Bundesminister Martin Bartenstein und Nationalratspräsident Andreas Khol (23. und 24. November); Kanzler der französischen Ehrenlegion und früherer Generalstabschef General Jean-Pierre Kelch mit Delegation bei Nationalratspräsident Andreas Khol, aus Anlass des 200-jährigen Bestandes der Schuleinrichtungen für Töchter der Ehrenlegion (1805 in Wien unterzeichnet) (25. November); Generalsekretär im Außenministerium Jean-Pierre Lafon, Besuch beim Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (28. November); Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie, Besuch bei Bundesminister Günther Platter (1. und 2. Dezember).

Die Ausstellung „Vienne 1900 – Klimt, Schiele, Kokoschka, Moser“ im Grand Palais in Paris war die größte Kunstaussstellung, die Österreich in den letzten Jahrzehnten in Frankreich präsentiert hat. Diese umfassende Ausstellung des Kunstschaffens des Wiener Fin de siècle war als Kooperationsprojekt zwischen dem Pariser Musée d'Orsay, dem Museum Leopold Wien und der Österreichischen Galerie im Oberen Belvedere konzipiert. Im Gegenzug zeigt das Musée d'Orsay eine Ausstellung französischer Impressionisten im Museum Leopold im Wiener Museumsquartier. Das KF Paris hat gemeinsam mit dem Musée d'Orsay anlässlich dieser Ausstellung ein umfassendes Rahmenprogramm erarbeitet. Im Rahmen eines „Café littéraire“ wurden etwa 25 literarische und musikalische Veranstaltungen in thematischem Kontext zu dieser Ausstellung präsentiert. Als InterpretInnen wurden namhafte französische und österreichische MusikerInnen und DarstellerInnen gewonnen.

Auf musikalischem Gebiet wurden die Bemühungen des KF fortgesetzt, das Schaffen aus Österreich stammender und in der NS-Zeit als „entartet“ diskreditierter Komponisten und Musiker in Erinnerung zu rufen und die Aufführung ihrer Werke zu fördern. In diesem Zusammenhang wurden zwei Programmschienen etabliert: „Les voix étouffées“ (in Zusammenarbeit mit dem französischen Dirigenten und Musikwissenschaftler Amaury du Closel) und „La musique dégénérée“ (eine musikalische Reihe in Kooperation mit Michel Pastore). Im Rahmen von „Les voix étouffées“ fand ein mehrtägiges Symposium in Paris statt, das von Konzerten, unter anderem im Pariser Invalidendom, begleitet war (November).

Die österreichisch-israelische Künstlerin Timna Brauer präsentierte sich mehrfach in Paris. An ihren musikalischen Darbietungen wirkten jüdische, palästinensische und christliche MusikerInnen mit, die musikalische Schöpfungen aus diesen drei Kulturen vorstellten.

Im Rahmen des 60-Jahr-Jubiläums der UNESCO hat Österreich den Beitrag „Mozart, but not only“ gestaltet. Das gemeinsam mit mehreren in Paris ansässigen Kulturinstituten – vornehmlich aus ost- und mitteleuropäischen Staaten – organisierte Jazzfestival: „Jazzycolours“ fand zum dritten Mal in Paris statt. Als österreichische Interpreten wurde das Peter Herbert-Trio präsentiert.

Anlässlich des „Gedankenjahres 2005“ wurden vom KF Paris mehrere Ausstellungen des Fotografen Erich Lessing präsentiert, die der Geschichte der Zweiten Republik gewidmet sind. Weitere Präsentationen fanden im Pariser Senat, in der Banque Nationale de Paris sowie in Angers und Grenoble statt. Dokumentationsausstellungen über die Konzentrationslager Aussch-

Länderinformationen

witz und Mauthausen (letztere in den Archives nationales in Paris) wurden ebenfalls im Rahmen des „Gedankenjahres“ gezeigt.

Eine Ausstellungsreihe im „Betonsalon“ in Paris widmete sich ganzjährig der jungen bildenden Kunst aus Österreich. Im Rahmen dieser Reihe wurden unter anderem Werke von Peter Beige, Juth Fleglerl, Walter Pardeller und Simone Bader präsentiert.

Das KF zeigte die Ausstellung Österreichischer Fastentücher in den Kathedralen von Reims und Rouen (Frühjahr).

Ein besonderer Schwerpunkt wurde dem zeitgenössischen österreichischen Film gewidmet. Österreichische Filmwochen fanden im Pariser „Cinéma des Cinéastes“ (Juni) und in Reims (Oktober) statt, wo unter anderem die österreichischen Produktionen „Silentium“, „Welcome home“, „Crash test dummies“ und „Der gläserne „Blick““ gezeigt wurden.

Auf dem Theatersektor wurde vom KF anlässlich des XI. Internationalen Germanistenkongresses, der etwa 700 TeilnehmerInnen von allen Kontinenten in Paris versammelte, eine szenische Version von Robert Musils „Mann ohne Eigenschaften“ präsentiert, dargeboten vom Ensemble „Theater Augenspiel“ aus Hall in Tirol (Ende August). Die Übersetzung von Peter Turrinis Stück „Ich liebe dieses Land“ („J'aime ce pays“), das die Problematik von MigrantInnen zum Inhalt hat, wurde im Pariser Théâtre du Rond-point aufgeführt (Frühjahr).

Lesereisen österreichischer AutorInnen wurden – meist in Kooperation mit französischen Germanistikinstituten mit Österreich-Schwerpunkt – für VertreterInnen der österreichischen Gegenwartsliteratur organisiert. In diesem Rahmen lasen unter anderem Wolf Haas, Erich W. Skwara, Daniel Kehlmann und Thomas Glavinic in französischen Städten.

Die österreichischen Exporte betragen 4,02 Milliarden Euro (+6%), die Importe 3,90 Milliarden Euro (+7%).

Gabun (Gabunische Republik), Libreville

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Omar Bongo Ondimba	Jean-Francois Ntoutoume Emane	Jean Ping

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Ein von der Firma Vamed finanziertes und gemanagtes Krankenhaus wurde bei Libreville eröffnet (September).

Die österreichischen Exporte betragen 16,80 Millionen Euro (+16,7%), die Importe 706.000 Euro (+22,9%).

Gambia (Republik Gambia), Banjul

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Colonel (rtd.) Yahya A.J.J. Jammeh	Lamin Kaba Bajo

ÖB: siehe Senegal; Banjul – **HK;** **AHSt:** siehe Marokko

Die österreichischen Exporte betragen 359.000 Euro (-57,6%), die Importe 31.000 Euro (-47,1%).

Anhang

Georgien (Georgien), Tbilisi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Michail Saakaschwili	Zurab Nogaideli (seit 9. Februar)	Gela Beschuaschwili (seit 19. Oktober)

Wien – **ÖB**; Tbilisi – **HK, Österreich-Bibliothek; AHSt**: siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche in Österreich: Sozialminister Ladi Chipaschwili (8. März); Außenminister Salome Zurabischwili (11. und 12. April); Premierminister Zurab Nogaideli (27. Oktober).

Österreich beteiligte sich weiterhin an Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien (UNOMIG) und entsandte MitarbeiterInnen an die OSZE-Mission in Tbilisi.

Österreich hat die innerstaatlichen Erfordernisse für das Inkrafttreten des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen durchgeführt.

Aus Mitteln des vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten dem Know-How-Transfer-Zentrum des Österreichischen Städtebundes zur Verfügung gestellten Mitteln wurde eine Zusammenarbeit zwischen den Gaswerken Wien und Tbilisi eingeleitet.

Höhepunkt der kulturellen Tätigkeit war die österreichische Kulturwoche in Tbilisi (8.–12. Mai). Schwerpunkt bildete die Friedensnobelpreisträgerin Berta von Suttner, die zehn Jahre in Georgien verbracht hatte. Zahlreiche Vorträge über Berta von Suttner, insbesondere von Brigitte Hamann, wurden gehalten und Ausstellungen über die Friedensnobelpreisträgerin gezeigt. Des Weiteren fanden Lesungen der Schriftstellerin Gloria Kaiser, der Literaturwissenschaftler Hans Weichselbaum und Herbert Arlt sowie Botschafter i.R. Alfred Missong statt. Die Georgien gewidmete österreichische Literaturzeitschrift „Salz“ wurde vorgestellt. Der in Österreich lebende georgische Bildhauer Giorgi Okropiridze präsentierte das Projekt zur Rettung des georgischen Jugendstils. Anlässlich der österreichischen Kulturwoche wurden die neuen Räumlichkeiten der Österreich-Bibliothek in einem neuen Gebäude der Ilia Tschawtschawadze Staatlichen Universität für westeuropäische Sprachen und Kulturen eröffnet. Im Rahmen der Kulturwoche wurden auch Veranstaltungen in Kutaissi durchgeführt. Herbert Arlt gestaltete zum Abschluss der Kulturwoche die Jura-Soyfer-Tage.

An den Universitäten Zugdidi, an der eine „Bertha von Suttner-Gesellschaft“ gegründet wurde, sowie an der Universität Batumi wurden Vorlesungen und Ausstellungen durchgeführt, die unter anderem der Friedensnobelpreisträgerin gewidmet waren. Ein österreichisch-türkischer Chor unter der Leitung von Vijay Upadhyaya trat auf (28. April). Acht GermanistInnen erhielten für ihre Übersetzungen österreichischer Literatur ins Georgische Übersetzerpreise, ein Übersetzer auch ein Übersetzerstipendium der Gesellschaft für Literatur. Zwei georgische Deutschlehrerinnen nahmen im Juli/August an einem dreiwöchigen Fortbildungsseminar für GermanistInnen aus Südkasien und Zentralasien in Österreich teil. Einige georgische VertreterInnen nahmen an der internationalen Konferenz „Innovation und Reproduktion in Kulturen und Gesellschaften“ in Wien teil (9.–11. Dezember).

In Batumi wurde eine Erinnerungstafel an die ersten k. und k. Konsulate im Südkaukasus enthüllt, in Zugdidi und Kutaissi eine zum Gedenken an Bertha von Suttner.

Ein dem Südkaukasus gewidmetes JournalistInnenseminar des Londoner „Media Diversity Institutes“ fand in Wien statt (9. Juli).

Einer „Herzensösterreicherin“ wurde ihr seit 1945 erster Besuch in Wien ermöglicht.

Eine österreichische Firma setzte im Rahmen eines Weltbankprojekts die Wiederherstellung des Inguri-Wasserkraftwerks fort.

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 14,01 Millionen Euro (-25%), die Importe 2,71 Millionen Euro (-5,8%).

Ghana (Republik Ghana), Accra

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
John Agyekum Kufuor	Joseph Henry Mensah	Nana Addo Dankwa Akufo-Addo

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 7,01 Millionen Euro (-83,6%), die Importe 8,39 Millionen Euro (+7,2%).

Grenada (Grenada), Saint George's

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Keith Claudius Mitchell	Elvin Nimrod

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Daniel C. Williams

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Die österreichischen Exporte betragen 24.000 Euro (-61,4%), die Importe 662.000 Euro (+129,2%).

Griechenland (Hellenische Republik), Athen

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Karolos Papoulias	Kostas Karamanlis	Petros Molyviatis

Athen – ÖB, HGK (dzt. Konsulin), **AHSt, VAGR, ÖAI**, (**ÖW** wurde Ende 2001 geschlossen, Betreuung durch **ÖW** in Mailand); Thessaloniki – **HGK**; Heraklion, Rhodos (vorübergehend geschlossen), Korfu, Patras, Syros – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Elisabeth Gehrler (4.–6. März); Delegation von Abgeordneten des Nationalrats unter Leitung von Bundesminister a.D. Klubobmann Herbert Scheibner (31. Mai bis 1. Juni); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Gespräche in Vorbereitung der österreichischen EU-Präsidentschaft (25.–27. Juli); Bundesministerin Liese Prokop anlässlich der Europäischen Sportkonferenz in Athen (24. und 25. September); Besuch einer Delegation von 45 Tiroler BürgermeisterInnen und Landtagsabgeordneten (4.–6. November).

Besuche in Österreich: Staatspräsident Karolos Papoulias, inoffizieller Besuch bei Bundespräsidenten Heinz Fischer (12.–14. Juni); Generalsekretär des griechischen Ministeriums für öffentliche Ordnung, Leonidas Evangelidis (23. und 24. Mai); Generalsekretär des griechischen Außenministeriums, Charalambos Rocanas (14. Oktober); Staatssekretär und Regierungssprecher Evangelos Antonaros (20. Oktober); Chef des Generalstabs der griechischen Gesamtstreitkräfte, Panagiotis Chinofotis, Gespräche mit Generalstabschef General Roland Ertl (24. und 25. November).

Anhang

Das Schönbrunner Marionettentheater trat mit „Blue Danube“, einer Geschichte über das Leben des Walzerkönigs Johann Strauss, im Coronet Theater in Athen auf (12.–23. Jänner). Der Auslandsösterreicherverein veranstaltete gemeinsam mit der ÖB Athen im Goethe-Institut das Literatursymposium „Nobelpreis für ein Enfant Terrible – Elfriede Jelinek – die Schriftstellerin und ihr Werk“ (23. März). Beim 7. Dokumentarfilmfestival in Thessaloniki wurden die österreichischen Filme „Foreign Stuff“ von Silvia Holzinger und Peter Haas und „Darwins's Nightmare“ von Hubert Sauper gezeigt (1.–10. April).

Unter dem Titel „Austria and Greece: Active Policy for the Balkans“ fand ein von der Universität Athen zusammen mit der ÖB Athen und dem „Hellenic Centre for European Studies“ organisiertes Symposium statt (26. Mai). Univ.-Prof. Günther Burkert-Dottolo von der Universität Wien und Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten a.D. Albert Rohan nahmen daran teil. Die Referate des Symposiums wurden gemeinsam mit einem Beitrag von Sonderkoordinator und Vizerektor a.D. Erhard Busek im griechischen Verlag Papazisis veröffentlicht.

Unter dem Titel „Athos Reflexions“ wurde im Melina Merkouri Zentrum in Athen eine Ausstellung der österreichischen Künstler Walter Mathis, Reinhold Zwerger, Herwig Zens und Dimitris Manikas mit Werken über das griechische Kulturerbe des Heiligen Berges Athos aus österreichischer Sicht gezeigt (18. Mai bis 2. Juni). Das Ensemble „Amadeus Brass Quintet“ gab ein Konzert in Athen (20. September). Im Athener Altera Pars Theater wurde das Tanzstück „Oxalis“ aufgeführt, eine österreichisch-griechische Koproduktion der Editta Braun Company und der ProsXima Tanzcompany (6.–8. Oktober).

Anlässlich von Aufführungen der „Zauberflöte“ im Athener Opern- und Konzerthaus „Megaro Moussikis“ wurde der vom Da Ponte Institut mit Förderungen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten produzierte Kurzfilm „Über die Zauberflöte“ erstmals präsentiert und regelmäßig gezeigt. Die St. Florianer Sängerknaben traten gemeinsam mit dem griechischen „Melos Brass Quintet“ im Athener „Megaro Moussikis“ sowie in Ioannina und Korfu auf (15.–19. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 456,17 Millionen Euro (-1,6%), die Importe 146,47 Millionen Euro (+2,5%).

Großbritannien

(Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland), London

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II.	The Rt.Hon. Tony Blair	The Rt.Hon. Jack Straw

London – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; Edinburgh, Birmingham – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme am informellen EU-Arbeitsministerrat (Belfast, 7. Juli), Teilnahme am informellen EU-Wettbewerbsrat (Cardiff, 12. Juli); Bundesministerin Elisabeth Gehrler, Teilnahme am informellen EU-Bildungsministerrat (13. Juli); Bundesministerinnen Liese Prokop und Karin Gastinger, Teilnahme am erweiterten EU-Troika-Treffen der Innen- und JustizministerInnen (19. Juli); Bundesministerin Ursula Plassnik, informeller Arbeitsbesuch bei Außenminister Jack Straw (25. Juli), Teilnahme am informellen EU-Außenministerrat (Newport, 1. und 2. September); Bundesministerinnen Liese Prokop und Karin Gastinger, Teilnahme am informellen EU-Rat der Innen- und JustizministerInnen, (Newcastle, 8. und 9. September); Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Teilnahme am informellen EU-Rat der Finanzminister (Manchester, 9. und 10. September); Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme am informellen EU-Rat der Landwirtschafts- und Umweltminister (11. und 12. September); Staatssekretär Karl Schweitzer, Teilnahme am informellen EU-Rat der Sportminister (Liverpool, 19. und 20. September); Generalstabschef Roland Ertl, offizieller Besuch (2.–5. Oktober); Bundesminister Günther Platter, Teilnahme am informellen EU-Verteidigungsministerrat (Luftwaffenbasis Lyneham, 13. Oktober); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Teilnahme an der Konferenz über Ungleichbehandlung im Gesundheitswesen (17.

Länderinformationen

Oktober) sowie am informellen EU-Rat der Gesundheitsminister; Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Bundesminister Martin Bartenstein, Bundesministerin Ursula Haubner, Teilnahme am informellen tripartiten Sozialgipfel (24. Oktober); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Teilnahme am informellen Gipfel der EU-Regierungschefs; Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Teilnahme am informellen EU-Rat der Minister für Gleichbehandlung (Birmingham, 7. und 8. November); Staatssekretär Sigisbert Dolinschek, Teilnahme an Konferenz über Chancengleichheit für Behinderte (8. und 9. November); Staatssekretär Franz Morak, Teilnahme an EU-Troika-Treffen der Kulturminister (29. und 30. November).

Besuche in Österreich: Staatssekretärin für Strafrechtssystem und Rechtsreform Baroness Scotland, Teilnahme an britisch-österreichischer Konferenz zum Thema „Bekämpfung von Minderheitendiskriminierung und Xenophobie; praktische Schritte aus der Sicht Grossbritanniens und der Staaten Zentraleuropas“ (4. Februar); Europaminister Denis MacShane, Teilnahme am 9. Europaforum Lech (4. und 5. März); Europaminister Douglas Alexander, Teilnahme an Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Staatsvertrags, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Ursula Plassnik (15. Mai); Verteidigungsminister John Reid, Arbeitsbesuch bei Bundesminister Günther Platter (Innsbruck, 14. Juni); Herzog von Kent, anlässlich der Feierlichkeiten in Erinnerung an den Abzug britischer Besatzungstruppen 1955 (20.–22. September); Lord Mayor von London David Brewer, Treffen mit Regierungsstellen, Parlamentariern und Wirtschaftsverbänden (22. und 23. November); Arbeitsbesuch einer Delegation des Europaausschusses im Unterhaus des Parlaments (5. Dezember).

Zwischen Österreich und Großbritannien besteht das Aktionsprogramm „Action 21“, dessen Umsetzung auf allen Ressortebenen stattfindet und die Intensivierung der bilateralen Beziehungen zum Ziel hat. Im Rahmen der Action 21 wurde der Beamtenaustausch fortgesetzt und der Kontakt zwischen den Regionalbehörden gefördert. So traf Landeshauptmann Josef Pühringer auch am Rande einer Studienreise einer vom ihm angeführten oberösterreichischen Delegation mit dem Vorsitzenden des schottischen Regionalparlamentes George Reid zu Gesprächen zusammen.

In den bilateralen Kulturbeziehungen nimmt das KF London, das mehr als 100 Projekte abwickelte, eine besondere Position ein. Ein wesentlicher Teil der Aktivitäten des KF ist aktuellen Aspekten zeitgenössischer künstlerischer Produktion aus Österreich mit Schwerpunkten in den Bereichen Musik, bildende Kunst, Literatur, Film und darstellende Kunst gewidmet. Aus Österreich stammende große Denker und Wissenschaftler des 20. Jahrhunderts wie Ernst Gombrich, Friedrich Hayek, Max Perutz, Karl Popper und Ludwig Wittgenstein wurden im Programm des KF gewürdigt.

Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit des KF bildeten wissenschaftlich-akademische Kooperationsvorhaben. Im Bereich der Literaturwissenschaft wirkte das vom KF mitbegründete und unterstützte Ingeborg Bachmann Centre for Austrian Literature an der University of London als akademische Plattform der Vermittlung zeitgenössischer österreichischer Literatur.

Im Kontext des österreichischen Jubiläumsjahrs wurde dem in Großbritannien herrschenden Interesse für geschichtliche und zeitgeschichtliche Themen vom Kulturforum besonders Rechnung getragen. Im Zeichen des „Gedankenjahrs 2005“ veranstaltete die ÖB gemeinsam mit dem renommierten sicherheitspolitischen Think Tank Royal United Services Institute (RUSI) ein Symposium mit dem Titel „50 Jahre nach dem Staatsvertrag – das heutige Österreich und seine Rolle in Europa“ (15. Juni). Redner waren Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky, Sonderkoordinator und Vizekanzler a.D. Erhard Busek sowie Europaabgeordnete Ursula Stenzel. Auf das Symposium folgte ein in Zusammenarbeit mit dem KF gestalteter Abend, der im Zeichen der alliierten/britischen Besatzungszeit in Österreich stand.

Derzeit bestehen etwa 200 österreichische Tochtergesellschaften, die rund 6.500 MitarbeiterInnen beschäftigen. Nach sehr guten Entwicklungen im vergangenen Jahr war ein Abflachen der österreichischen Exporte zu verzeichnen, welches vor allem auf geringere Lieferungen von Kfz-Motoren, nichtalkoholischen Getränken und Papier zurückzuführen war. Andererseits konnten bei Spezialprodukten (Produkte aus Ferrolegierungen und Stahl, Maschinen, Hebe- und För-

Anhang

dereinrichtungen, Lkws, Kfz-Teile, Schienenfahrzeuge, Büromöbel) beträchtliche Marktanteile gewonnen werden. Großbritannien nahm Rang 6 der wichtigsten Exportmärkte Österreichs ein (2004: Rang 5). Das österreichische Handelsbilanzaktivum blieb jedoch das zweithöchste weltweit nach dem mit den USA.

Die österreichischen Exporte betragen 3,85 Milliarden Euro (+2,1%), die Importe 1,85 Milliarden Euro (+5,6%).

Guatemala (Republik Guatemala), Guatemala-Stadt

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Außenminister

Oscar Berger Perdomo

Jorge Briz Abularach

ÖB: Guatemala-Stadt; **AHSt:** siehe Mexiko

Besuche in Österreich: Bischof von San Marcos, Alvaro Ramazzini, übernahm den Österreichischen Staatspreis für nachhaltige Entwicklung (22. Februar); Menschenrechtsombudsmann Sergio Morales (14.–16. April).

Am Rande des EU-Rio-Gruppe-Treffens in Luxemburg traf Bundesministerin Ursula Plassnik mit Vizeaußenminister Juan José Cabrera Alonso zusammen (27. Mai).

Guatemala hat im Rahmen der OEZA den Status eines Kooperationslandes. Inhaltlich konzentriert sich die OEZA auf die Sektoren Ländliche Entwicklung, Förderung von Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben (MKMB) sowie auf den sozialen Sektor. Zu den Schwerpunkten zählen die Förderung von Maya-Institutionen und des traditionellen Rechtssystems, die zweisprachige, interkulturelle Ausbildung sowie Maßnahmen im Bereich der Versorgung mit sauberem Trinkwasser. Geographisch konzentriert sich die OEZA weiterhin auf das westliche Hochland. Ziel der OEZA ist es, einen Beitrag zur Armutsminderung zu leisten und die indigene Bevölkerung und deren Organisationen zu stärken. Kooperationspartner der OEZA sind vor allem Organisationen der Zivilgesellschaft.

Österreich unterstützt im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft die akademische Ausbildung von Fachkräften in Österreich.

Im Rahmen des Paiz Festivals gab ein Quartett des Concilium Musicum Vienna in Antigua ein viel beachtetes Konzert (Februar). Die Pianistin Ingrid Marsoner konzertierte im Rahmen des Bravisimo-Festivals in Guatemala-Stadt (August). Neben kleineren Beiträgen zu verschiedenen Kulturprojekten mit Österreichbezug nahm Österreich wieder an den Europäischen Filmwochen in Guatemala-Stadt mit dem Film „Mein Stern“ von Valeska Grisebach teil (Mai).

An der österreichischen Schule wurden im Laufe des Schuljahrs 1.004 SchülerInnen am Instituto Austriaco Guatemalteco und 741 am Colegio Viena von 25 österreichischen und 52 guatemaltekischen LehrerInnen unterrichtet. Für das Colegio Viena wurde ein neues Gebäude errichtet, die Eröffnung ist für 2006 geplant. Für den Schulbesuch werden auch Stipendien vergeben. Die Schule betreut darüber hinaus acht Schulen in ländlichen Regionen.

Die österreichischen Exporte betragen 7,70 Millionen Euro (+19,5%), die Importe 4,92 Millionen Euro (+40,5%).

Guinea (Republik Guinea), Conakry

Staatsoberhaupt

Regierungschef

Außenministerin

Lansana Conté

Cello Dalein Diallo

Sidibé Fatoumata Kaba

ÖB: siehe Senegal; Conakry – **HK;** **AHSt:** siehe Marokko

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 7,21 Millionen Euro (-46,3%), die Importe 1,91 Million Euro (+91,1%).

Guinea-Bissau (Republik Guinea-Bissau), Bissau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Joao Bernardo Viera	Aristide Gomes	Antonio Isac Monteiro

ÖB: siehe Senegal; **AHSt:** siehe Marokko

Die österreichischen Exporte betragen 95.000 Euro (-44,4%).

Guyana (Kooperative Republik Guyana), Georgetown

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Bharrat Jagdeo	Samuel Archibald A. Hinds	Samuel Rudolph Insanally

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Die österreichischen Exporte betragen 178.000 Euro (+60,1%), die Importe 44.000 Euro (-35%).

Haiti (Republik Haiti), Port-au-Prince

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Boniface Alexandre	Gérard Latortue	Herard Abraham

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Port-au-Prince – **HGK**

Besuche in Österreich: Außenminister Herard Abraham, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (27. September); Premierminister Gérard Latortue, Arbeitsgespräch mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (29. November).

Die österreichischen Exporte betragen 942.000 Euro (+31,1%), die Importe 51.000 Euro (-47,7%).

Heiliger Stuhl (Staat der Vatikanstadt), Vatikan

Staatsoberhaupt	Regierungschef mit den Staaten	Sekretär für die Beziehungen
Papst Benedikt XVI. (seit 19. April)	Kardinal-Staatssekretär Angelo Sodano	Erzbischof Giovanni Lajolo

ÖB: siehe Rom

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Nationalratspräsident Andreas Khol, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel sowie Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach bei Begräbnisfeierlichkeiten für Johannes Paul II. (8. April); Bundespräsident Heinz Fischer, Nationalratspräsident Andreas Khol, Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach sowie Bundesministerin Elisabeth Gehrler bei Inauguration des Pontifikats von Benedikt XVI. (24. April); Staatssekretär Alfred Finz, Zusammentreffen mit Papst Benedikt XVI. bei Generalaudienz (7.

Anhang

September); Österreichische Bischofskonferenz, „Ad limina“, Besuch (3.–8. November), Gemeinschaftsaudienz für die österreichischen Bischöfe bei Papst Benedikt XVI. (5. November), Herbstvollversammlung der österreichischen Bischofskonferenz (9. und 10. November); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel in Begleitung von Bundesministerin Elisabeth Gehrler und Klubobmann Wilhelm Molterer, Sonderaudienz bei Papst Benedikt XVI., Gespräch mit Kardinal-Staatssekretär Angelo Sodano (14. November); Präsident des Verfassungsgerichtshofes Karl Korinek, Zusammentreffen mit Papst Benedikt XVI. bei Generalaudienz (7. Dezember); Landeshauptmann Josef Pühringer gemeinsam mit mehr als 1.000 BesucherInnen aus OÖ, Sonderaudienz bei Papst Benedikt XVI., anlässlich der Übergabe eines Christbaums für den Petersplatz (17. Dezember).

Die Wiener Philharmoniker gaben in der päpstlichen Basilika San Paolo fuori le Mura ein Konzert (26. November).

Die österreichischen Exporte betragen 767.000 Euro (-13,9%), die Importe 7.000 Euro (-21,7%).

Honduras (Republik Honduras), Tegucigalpa

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Außenminister

Ricardo Maduro Joest

Leônidas Rosa Bautista

ÖB: siehe Guatemala; **AHSt:** siehe Mexiko; San Pedro Sula, Tegucigalpa – **HK**

Die österreichischen Exporte betragen 3,89 Millionen Euro (+10,5%), die Importe 14,23 Millionen Euro (+176,3%).

Indien (Republik Indien), New Delhi

Staatsoberhaupt

Regierungschef

Außenminister

Manmohan Singh
(interimistisch)

Manmohan Singh

Natwar Singh

New Delhi – **ÖB, AHSt, ÖW**; Mumbai – **HGK**; Kalkutta, Chennai, Goa – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, erster Staatsbesuch eines österreichischen Präsidenten in Indien, in Begleitung von Bundesminister Martin Bartenstein, Landeshauptmann Herwig van Staa, Landeshauptfrau Gabriele Burgstaller, Präsident der WKÖ Christoph Leitl sowie einer namhaften Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturdelegation (16. bis 21. Februar). Die große Zahl von RepräsentantInnen aus der Wirtschaft unterstrich die Bedeutung, welche die beiden Länder dem Ausbau ihrer Beziehungen beimessen.

Im Rahmen des Besuchs wurden ein Abkommen über die Infrastrukturelle Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich und ein Memorandum of Understanding über die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Medizinischen Universität Innsbruck und dem Post Graduate Institute of Medical Education and Research in Chandigarh unterzeichnet.

Indien ist kein Schwerpunkt- oder Kooperationsland der OEZA, doch wurden infolge der Tsunami-Katastrophe Hilfsprojekte in Tamil Nadu genehmigt. Mehrere NGOs, kirchliche Organisationen und Privatpersonen führen in Zusammenarbeit mit indischen NGOs Klein- und Mikroprojekte durch. Ein Pilotprojekt mit 36 Wetterstationen in fünf ausgewählten Bundesstaaten wurde unterstützt, das den Einsatz von Spritzmittel effizienter und bedarfsbezogener machen soll. Mehrere Zivildienstler sind im Rahmen von Sozial- und Entwicklungsprojekten im Einsatz.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützt Österreich die Aus- und Fortbildung von indischen Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich. Sieben Personen wurden an öster-

Länderinformationen

reichischen Universitäten gefördert, darunter fünf StipendiatInnen im Rahmen des Nord-Süd-Dialog-Programms, ein Stipendium zum Besuch des Instituts Tourismus und Hotelmanagement in Klessheim und ein Stipendium des Joanneum Research-Zentrum.

Der Direktor des Niederösterreichischen Landesmuseums, Carl Aigner, gestaltete den österreichischen Beitrag zur XI. Internationalen Triennale New Delhi, zu der die Künstler Leo Zogmayer, Stephanie Pflaum, Erwin Redl, Kurt Hofstätter und Christian Hunzinger eingeladen wurden. Die Gemeinschaftsausstellung „form and nonform“ zum Thema zeitgenössische Architekturfotografie der Partnerländer der Plattform Kultur-Mitteuropa war in New Delhi zu sehen (7.–22. September). Kultureller Höhepunkt war die Konzerttournee (Mumbai, Kolkata und New Delhi) des Wiener Kammer Orchesters unter der Leitung des Dirigenten Joji Hattori (19.–26. September). Zum Abschluss der Tournee fand in New Delhi als gesellschaftliches Großereignis ein Wiener Ball statt, an dem der bhutanische Thronfolger als Ehrengast teilnahm (24. September). Der Violinist Vahid Khadem-Missagh gab im Bahai-Tempel in New Delhi ein Benefizkonzert zugunsten der indischen Tsunamiopfer (23. März). Die St. Florianer Sängerknaben traten in New Delhi unter anderem in der Mahatma Gandhi-Gedenkstätte auf (8. und 9. Juli), DJ Rainer in Mumbai und Delhi als Exponent zeitgenössischer österreichischer Musik (8. und 9. September). Der Schriftsteller Josef Winkler unternahm eine Lesereise durch Indien (5.–20. Februar).

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Österreichische Firmen arbeiten derzeit in über 50 Joint Ventures mit indischen Partnern zusammen, rund 100 weitere österreichische Unternehmen schlossen technische Kooperationsabkommen mit indischen Firmen ab. Darüber hinaus sind mehr als 500 österreichische Firmen im bilateralen Handel mit Indien involviert. Mit den Bundesstaaten Andhra Pradesh, Uttaranchal und Chhattisgarh wurde eine engere Zusammenarbeit auf den Gebieten Wasserkraft, Bewässerung, Solarenergie, Gesundheitswesen, Fremdenverkehr, Infrastruktur, Umwelt, Wassermanagement und Forstwirtschaft vereinbart.

Im Rahmen der Internationalisierungsoffensive des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, die zusammen mit der WKÖ umgesetzt wird, wurde Indien Zukunftsdestination für österreichische Direktinvestitionen sowie als Schwerpunktland für Aktionen auf den Sektoren Informationstechnologie und Telekom bzw. Automatisierung, Steuerung und industrielle Erneuerung ausgewählt. Zudem wurde im Rahmen dieser Offensive ein WKÖ-Marketingbüro in Hyderabad eröffnet.

Das Handelsvolumen erreichte einen neuen Rekord. Der Anteil von Maschinenbauerzeugnissen und Fahrzeugen an den österreichischen Exporten beträgt 50%. Besonders gute Chancen bestehen in den Bereichen Energie, Eisenbahnwesen, Umweltechnik, Mess- und Regeltechnik, Medizintechnik, Software und Telekommunikation sowie Kfz-Zulieferindustrie.

Die österreichischen Exporte betragen 302,00 Millionen Euro (+9,1%), die Importe 275,29 Millionen Euro (+13,1%).

Indonesien (Republik Indonesien), Jakarta

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Susilo Bambang Yudhoyono

Außenminister

Hassan Wirajuda

Jakarta – **ÖB, AHSt**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Elisabeth Gehrler, offizieller Besuch (Jakarta, Yogyakarta und Semarang, 26. Dezember 2005 bis 1. Jänner 2006); Regierungsbeauftragter für die Österreichische Wiederaufbauhilfe in Südost-Asien Bundesminister a.D. Ernst Strasser (Aceh, 4. und 5. Juni).

Anhang

Besuche in Österreich: Forschungs- und Technologieminister Kusmayanto Kadiman, offizieller Besuch (Wien und Innsbruck, 10.–14. April); Gesundheitsministerin Siti Fadilah Supari, offizieller Besuch (20. Mai).

Zur Aceh-Beobachtermission (AMM) siehe Kapitel A.IV.1.2.1.

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Österreich fördert in Indonesien insbesondere wissenschaftlich-technische Nord-Süd-Partnerschaften sowie wissenschaftliche Süd-Süd- und Nord-Süd-Netzwerke wie etwa ASEA-Uninet. Österreich unterstützt die Fortbildung von indonesischen StudentInnen und AkademikerInnen durch on-place Stipendien an indonesischen Universitäten sowie durch Forschungsaufenthalte an österreichischen Universitäten. Es wurden insgesamt 16 Personen gefördert.

Die österreichischen Exporte betragen 132,75 Millionen Euro (+22,9%), die Importe 158,15 Millionen Euro (+4,3%).

Irak (Republik Irak), Bagdad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jalal Talabani (seit 6. April)	Ibrahim Al-Jaafari (seit 7. April)	Hoshyar Zebari

Bagdad – **ÖB** (eingeschränkter Konsularbetrieb), **AHSt**

Besuche in Österreich: Präsident Jalal Talabani in Begleitung mehrerer irakischer Minister zu Arbeitsbesuch in Österreich und Teilnahme an der Konferenz „Islam in a Pluralistic World“ (13.–15. November).

Eine Sondergesandte und zugleich Geschäftsträgerin a.i. (seit 30. Dezember) sowie ein österreichischer Handelsrat und Leiter der AHSt (seit März) sind in Bagdad resident.

Die WKÖ organisierte für österreichische Firmen die Teilnahme an der Wirtschaftsmesse „Rebuild Iraq“ in Amman in Form einer Gruppenausstellung. In Amman fanden Verhandlungen über das bestehende Luftverkehrsabkommen statt (13. und 14. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 39,28 Millionen Euro (-3,9%), die Importe 566.000 Euro (-98,5%).

Iran (Islamische Republik Iran), Teheran

Revolutionsführer und Geistlicher Führer	Staats- und Regierungschef	Außenminister
Ayatollah Seyyed Ali Khamenei	Mahmoud Ahmadinejad (seit 6. August)	Manouchehr Mottaki (seit 24. August)

Teheran – **ÖB, KF, AHSt**

Besuche aus Österreich: Delegation der Österreichisch-Iranischen Gesellschaft unter Leitung des ehemaligen Präsidenten der Wirtschaftskammer Österreich, Leopold Maderthaler, Gespräche mit iranischen Wirtschaftsvertretern (Anfang März); Parlamentarierdelegation bestehend aus Abgeordnetem zum Nationalrat Werner Fasslabend (ÖVP) und Abgeordneter zum Nationalrat Gisela Wurm (SPÖ), Treffen mit Parlamentspräsident Gholamhossein Haddad-Adel, dem Vorsitzenden des Ausschusses für nationale Sicherheit und Außenpolitik der Majles Alaaeddin Borujerdi, dem stellvertretenden Verteidigungsminister Ahmad Wahidi, dem Vorsitzenden der österreichisch-iranischen Freundschaftsgruppe Mohammad Bagher Bahrami, allen Mitgliedern

Länderinformationen

der Freundschaftsgruppe in der Majles sowie mit dem Generaldirektor für Westeuropa im Außenministerium Ibrahim Rahimpour (17.–21. April).

Besuche in Österreich: Staatspräsident Seyyed Mohammad Khatami, Arbeitsbesuch, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Bundesministerin Ursula Plassnik (4. April); Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi, Teilnahme mit Bundespräsident Heinz Fischer an einem großen Bertha-von-Suttner-Symposium in Eggenburg (N) (27. Mai), Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit NGOs, Hauptrednerin einer Konferenz zum Thema „Civil Society Participation in Muslim Countries“ (Teilnahme der Zivilgesellschaft in muslimischen Ländern) an der Diplomatischen Akademie (28.–30. Mai); ehemaliger Staatspräsident Seyyed Mohammad Khatami, Teilnahme an der vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten gemeinsam mit der Österreichischen Orientgesellschaft Hammer-Purgstall organisierten wissenschaftlichen Konferenz unter dem Titel „Islam in a Pluralistic World“; Empfang bei Bundespräsident Heinz Fischer, Treffen mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (14. und 15. November); Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi, Teilnahme an „Islam in a Pluralistic World“, Empfang bei Bundespräsident Heinz Fischer, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (14. und 15. November).

Das KF Teheran ist ein voll funktionierendes westliches Kulturinstitut in Iran und wird von iranischer Seite geschätzt. Neben der Sprachausbildung (etwa 2.000 Kursteilnehmer, in etwa 120 Kursen mit 12 Niveaustufen, mehr als 10.000 Unterrichtseinheiten und 200 internationale Sprachprüfungen im Rahmen des Österreichischen Sprachdiploms, Lehrerfortbildungsveranstaltungen, unter anderem auch für iranische Deutschlehrer), regelmäßigen kulturellen und wissenschaftlichen Veranstaltungen (etwa 70 pro Jahr) wird dem Dialog der Zivilisationen besonderes Augenmerk gewidmet. Höhepunkt der musikalischen Darbietungen bildete eine mehr als einwöchige Konzertserie aus Anlass des Todestags von Wolfgang Amadeus Mozart (Dezember). Mit Unterstützung des KF organisierte der österreichische Verein „X-CHANGE“ in Yazd unter dem Titel „Bringing Together“ ein europäisch-iranisches Symposium für Architekten, Fotografen und gestaltenden KünstlerInnen (Oktober). Die Veranstaltung wurde im EU-Rahmen abgehalten.

Der österreichische Außenhandel entwickelte sich sehr zufrieden stellend. Die österreichischen Exporte betragen 401,75 Millionen Euro (+15,8%), die Importe 189,46 Millionen Euro (+203,7%).

Irland (Irland), Dublin

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Mary McAleese	Bertie Ahern	Dermot Ahern

Dublin – ÖB, AHSt

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Eduard Mainoni, Teilnahme am EuroMed ICT Ministertreffen (Dundalk, 9.–11. April); Landeshauptmann Josef Pühringer mit Delegation und Landeshauptmann-Stellvertreter Erich Haider, Treffen mit dem Umwelt- und Regionalminister Dick Roche, der Oberbürgermeisterin von Dublin, Lord Catherine Byrne (19. und 20. September); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Arbeitsbesuch beim irischen Transportminister Martin Cullen sowie bei der Stellvertretenden Regierungschefin (Tanáiste) Mary Harney (23. November).

Besuche in Österreich: Außenminister Dermot Ahern in seiner Funktion als Sondergesandter des VN-GS (29. April); Handelsmission unter Leitung des für Handel zuständigen Staatssekretärs Michael Ahern (24. Oktober).

Die kulturellen Aktivitäten umfassten Konzerte, Vorträge, Theater- und Ausstellungsprojekte sowie drei Projekte zum „Gedankenjahr 2005“: Eine Konferenz zum Thema „50 Jahre Staatsver-

Anhang

trag: Literatur, Identität und das unabhängige Österreich“; eine Lesereise von Anna Mitgutsch sowie ein Gala-Konzert mit KünstlerInnen aus Österreich in Dublin.

Markante Ereignisse im Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit waren der von der OeNB geförderte jährliche Schrödinger-Vortrag – heuer von Carl Djerassi – und eine Veranstaltung aus der Reihe „Austrian History Lecture Series“, die im Zeichen des „Gedankenjahrs“ stand.

Im Rahmen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen besteht ein großes Interesse an den umfangreichen Infrastrukturprojekten. Die österreichischen Exporte betragen 221,15 Millionen Euro (-65%), die Importe 505,42 Millionen Euro (-53,1%).

Island (Republik Island), Reykjavik

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ólafur Ragnar Grímsson	Halldór Ásgrímsson	Geir H. Haarde

ÖB: siehe Dänemark; **AHSt:** siehe Norwegen; Reykjavik – **HGK**

Besuche in Österreich: ehemalige Staatspräsidentin Vigdis Finnbogadóttir, Teilnahme an der Internationalen Deutschlehrerkonferenz, Treffen mit Landeshauptmann Waltraud Klasnic (Graz, 5.–8. August).

Die österreichischen Exporte betragen 30,06 Millionen Euro (+59%), die Importe 2,83 Millionen Euro (-20,1%).

Israel (Staat Israel), Jerusalem (West)

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Moshe Katsav	Ariel Sharon	Silvan Shalom

Tel Aviv – **ÖB, KF, HK, AHSt, ÖW;** Jerusalem, Haifa, Eilat – **HK**

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsident Andreas Khol, Besuche bei österreichischen Emigrantenorganisationen und Palästinensischer Autonomiebehörde (3.–6. Jänner); Staatssekretär Franz Morak, Eröffnung des Holocaust Museums in Yad Vashem (14.–16 März), Neuereröffnung des Herzl-Museums sowie Gespräche mit Wirtschaftsminister Ehud Olmert und Ministerin für Unterricht, Kultur und Sport Limor Livnat (19.–22. Mai); Bundesministerin Ursula Plassnik, Arbeitsgespräche mit Präsident Moshe Katsav, Ministerpräsident Ariel Sharon, Vizepremierminister Shimon Peres sowie Außenminister Silvan Shalom (25.–27. Juni); Staatssekretär Franz Morak, Teilnahme am Begräbnis von Simon Wiesenthal (23. September); Bundesministerin Maria Rauch Kallat, Teilnahme an der International Conference for Women Leaders in Haifa sowie Arbeitsgespräch mit Gesundheitsminister Dan Naveh (25.–27. September); Landeshauptmann Josef Pühringer, Eröffnung der Veranstaltung Austrian High Tech & IT Showcase und Teilnahme an der ORF-Aktion „Friedenslicht“ (20.–23. November); Bundesministerin Elisabeth Gehrer, Arbeitsgespräch mit Ministerin für Bildung und Kultur Limor Livnat sowie Besuch von Yad Vashem (23.–26. November).

Besuche in Österreich: Minister für Diaspora und Jerusalem Affairs Natan Sharansky (7.–10 März); Chief Scientist des israelischen Ministeriums für Industrie, Handel, Arbeit und Kommunikation Eli Opper, Arbeitsgespräche mit VertreterInnen der Österreichischen Wirtschaft (19. April); Ministerin für Bildung und Kultur Limor Livnat, Eröffnung der Bregenzer Festspiele (20 Juli).

Länderinformationen

Die Neuereröffnung des Herzl-Museums (Mai) und das Begräbnis von Simon Wiesenthal (September) gaben einen neuen Impetus für eine Auseinandersetzung mit der österreichischen Geschichte und Kultur in Israel. Dies führte zu einer wachsenden Berichterstattung in israelischen Medien, die insbesondere die bevorstehenden Jubiläen (250. Todestag Mozarts, 150. Geburtstag Freuds) miteinschloss.

Zahlreiche Veranstaltungen aus den Bereichen Musik, Tanz, Theater, Literatur sowie der Wissenschaft wurden organisiert. Das KF stiftete den „Wolfgang Amadeus Mozart Preis des Österreichischen Kulturforums Tel Aviv“. Israelische Komponisten wurden eingeladen, eine Sinfonie oder ein Streichquartett zu komponieren. Eine gemischt israelisch-österreichische Jury hat die Preisträger in den beiden Kategorien bestimmt und wird sie am 27. Jänner 2006 – Mozarts 250. Geburtstag – bekannt geben.

Das Österreichische Hospiz in Jerusalem baute seinen Status als einer der bedeutendsten Partner für österreichische Kulturarbeit in Israel weiter aus. In Kooperation mit dem Hospiz organisierte die ÖB und das KF eine große Zahl von Konzerten, Lesungen, Ausstellungen und Vorträgen, insbesondere im interreligiösen Bereich.

Bei der Eröffnung des neuen Museums in Yad Vashem war Österreich bei der feierlichen Eröffnung durch Staatssekretär Franz Morak vertreten (15. März). Die Republik Österreich unterstützt seit vielen Jahren Yad Vashem bei der Durchführung seiner wissenschaftlichen und erzieherischen Aufgaben finanziell und organisatorisch. Das zweimal jährlich stattfindende Weiterbildungsseminar des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur für österreichische LehrerInnen zur Holocaust-Pädagogik an der Gedenkstätte Yad Vashem wurde vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten mitfinanziert.

Die feierliche Eröffnung des als interaktive High-Tech-Einrichtung konzipierten Herzl Museums fand in Anwesenheit von Staatssekretär Morak am offiziellen Herzl-Tag in Israel (19. Mai) statt. Das Museum wurde zu einem großen Teil von öffentlichen und privaten Spenden aus Österreich finanziert.

Anlässlich eines Besuchs übermittelte Bundesministerin Elisabeth Gehrler eine Unterstützungszusage der Bundesregierung in der Höhe von 100.000 Euro an die Jerusalem Foundation für das bilinguale Schulprojekt „Hand-in-Hand“ in Jerusalem. SchülerInnen verschiedenster Konfessionen und Ethnien besuchen den auf Hebräisch und Arabisch gehaltenen Unterricht; die Schule gilt als Musterbeispiel für den interkulturellen und interreligiösen Dialog.

Vier ÖsterreicherInnen nahmen an einer Präsentation von israelischen Theaterproduktionen für internationale TheaterdirektorInnen und Festivalveranstalter unter der Bezeichnung „International Exposure“ teil. Das Festival bot neben der Gelegenheit zu einem einzigartigen Überblick über die israelische Theaterlandschaft gute Netzwerkfunktion zwischen den zahlreichen internationalen TeilnehmerInnen (5.–8. Dezember).

Das Zentrum für Österreichstudien an der Hebrew University Jerusalem war Austragungsort zahlreicher wissenschaftlicher Veranstaltungen, unter anderem zu folgenden Themen: Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek; 60 Jahre Zweite Republik; Theodor Herzl sowie „From Cultural Polyphony to the Building of the State of Israel“.

Einen Höhepunkt im Zusammentreffen von Kultur und Wissenschaft stellte die Eröffnung der Einstein-Ausstellung im Bloomfield Science Museum in Jerusalem dar. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten sowie das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur unterstützten das Projekt finanziell.

Des Weiteren wurden Übersetzungen des Gesher Theaters und Auftritte der Schauspielerin Brigitte Neumeister unterstützt.

Das erfolgreiche Jugendaustauschprogramm „Spurensuchprojekt“ wurde fortgesetzt: Eine Gruppe israelischer Jugendlicher befand sich „auf den Spuren der Vorfahren“ in Österreich, der Gegenbesuch österreichischer Jugendlicher konnte wegen der Sicherheitslage nicht stattfinden.

Anhang

Im Rahmen der festlichen Veranstaltung des Zentralkomitees der Juden aus Österreich in Israel anlässlich des Besuchs von Nationalratspräsident Andreas Khol in Israel trat das Jerusalemer Saxophonquartett mit Gidi Sivan auf. Für den musikalischen Rahmen am Nationalfeiertag sorgte das Israel Contemporary String Quartet. Zu Ehren von Bertha von Suttner fand im Rahmen eines „Viennese Evening“ am Herzliya Performing Art Center eine Aufführung von „Die Waffen nieder“ von Franz von Suppé statt.

Die österreichische Tanzgruppe Chris Haring (Choreographie) nahm mit der Performance „Fremdkörper“ am jährlich stattfindenden DancEuropa Festival im Suzanne Dellal Centre in Tel Aviv teil (Oktober). Österreich war damit eines von fünf am Festival für moderne und experimentelle Tanz beteiligten EU-Ländern. Saskia Hölbling (Dans.Kias) gestaltete einen Workshop am Maabada Performing Arts Center in Jerusalem. Zur Einleitung des Mozartjahrs 2006 wurde die Salzburger Hofmusik eingeladen, eine Silvestersoiree im Österreichischen Hospiz in der Jerusalemer Altstadt mitzugestalten (31. Dezember).

Darüber hinaus traten unter anderem folgende österreichische KünstlerInnen auf: Konstantin Reymaier (Orgel) gemeinsam mit drei Sängern der Grazer Choralskola; der Cellist Erich Oskar Hütter; das Juvavum Brass Quintet; der Dirigent Adolf Vasicek mit dem Ashdod Chamber Orchestra; der Tenor Alexander Kaimbacher mit Pianobegleiterin Anna Sushon; das Herrenterzett „Concordia“ unter der Leitung von Prof. Walter Zeh sowie Ursula Baumgartl mit Klavierbegleitung. Der DJ Peter Kruder wurde für einen Auftritt im Tel Aviver Club „Zappa“ gewonnen (Oktober).

Der Opernregisseur Markus Kupferblum übernahm die Koordination einer Life-Performance in der Österreichischen Residenz in Form eines Duetts zwischen Keyboard und Malerei, mit den Künstlern Slava Ganelin und Alex Kremer.

Darüber hinaus wurden folgenden Ausstellungen gezeigt: „Displaced – Paul Celan in Wien 1947/48“ des Jüdischen Museums Wien an der Österreich-Bibliothek Jerusalem und in der Bibliothek der Ben Gurion Universität des Negev in Beer Sheva; Klaus Auderer im Digital Art Lab Holon, Galerie Sommer, Tel Aviv, und Al Ma’amal, Jerusalem; Werke österreichischer Nachkriegskunst, gesammelt von Herrn Aulehla, im Österreichischen Hospiz Jerusalem, Ausstellungseröffnung durch Kardinal Schönborn; Foto-Arbeiten des Künstlerpaars Ruth Anderwald und Leonhard Grond im Herzliya Museum of Art; „Exodus Crossing Austria – Jewish Displaced Persons after the Shoah“ in Kooperation mit dem Österreichischen Hospiz in Jerusalem und dem Jüdischen Museum Wien.

Die österreichische Filmemacherin Katharina Olschbaur nahm am International Women’s Film Festival Rehovot teil. Das Jewish Eye Film Festival fand zum ersten Mal statt (November), bei dem Österreich mit den Filmbeiträgen „You will never understand this“ von Anja Salomonowitch sowie „Leila and Lena“ von Michael Pfeiffenberger vertreten war.

Aus Anlass des 60-jährigen Jahrestags der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen fand in Kooperation mit dem Zentralkomitee der Juden aus Österreich in Israel eine Gedenkveranstaltung statt (31. Mai). Außerdem wurden Deutschkurse sowie eine Hannukhafeier im Club der Österreicher gefördert.

Im Forschungsbereich wurde das von Dieter J. Hecht und Prof. Albert Lichtblau durchgeführte Projekt „Mutterland – Vatersprache; Eine Dokumentation des Schicksals ehemaliger ÖsterreicherInnen in Israel“ abgeschlossen.

Wissenschaftliche Konferenzen und Symposien fanden zu folgenden Themen statt: Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek (3. März); 60 Jahre Zweite Republik, 50 Jahre Staatsvertrag (15. Mai); How to Gender Memory – Media and Remembrance in Israel and Germany (17.–24. Mai); Theodor Herzl, aus Anlass der Einweihung des Herzl-Museums (19. Mai); From Cultural Polyphony to the Building of the State of Israel (11.–13. Dezember).

Wissenschaftliche Vorträge hielten Prof. Kurt Schubert, Emeritus der Judaistik Wien, an zwei Universitäten und bei mehreren Freundschaftsgesellschaften. Louise Hecht nahm am 14. Weltkongress über Jüdische Studien an der Hebräischen Universität Jerusalem teil. John Bunzl und

Länderinformationen

Naomi Lassar waren Teilnehmer am Seminar „Perceptions of the Middle East – Between Anti-Semitism and Islamophobia“ an der Hebräischen Universität Jerusalem. Dozent Klaus Hödl von der Universität Graz, hielt einen Vortrag zu dem Thema „How to Explore Jewish Identity in a non-Jewish Environment – Jewish Studies in Austria and Germany“ (19. Dezember).

Der Hauptverband des Österreichischen Buchhandels nahm an der Internationalen Buchmesse in Jerusalem teil (Februar). Dagmar Schwarz las in Begleitung von Harfinistin Monika Stadler aus Werken von Paul Celan. Es wurde eine Lesung aus den Werken von Florian Kalbeck durch seine Witwe Judith Por-Kalbeck abgehalten. Hedwig Brenner und Anna Mitgutsch lasen aus eigenen Werken.

Die österreichischen Exporte betragen 134,49 Millionen Euro (-5,8%), die Importe 85,65 Millionen Euro (-2,8%).

Italien (Italienische Republik), Rom

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Carlo Azeglio Ciampi	Silvio Berlusconi	Gianfranco Fini

Rom – **ÖB, KF, ÖHI, AHSt/Zweigbüro, ÖW**; Mailand – **GK, KF, AHSt, ÖW**; Bari, Bologna, Florenz, Genua, Neapel, Palermo, Triest, Turin, Venedig, Verona – **HK**; Padua – **AHSt**

Besuche aus Österreich: Wiener Vizebürgermeister Sepp Rieder, Wien Ball (Mailand, 21.–23. Jänner); Bundesministerin Liese Prokop, anlässlich der Schi-WM (Bormio, 5.–7. Februar); Landtagspräsident Helmut Mader und Mitglieder des Tiroler Landtags, Dreier-Landtag Tirol-Südtirol-Trentino (Meran, 22. Februar); Bundesministerin Ursula Plassnik, Arbeitsgespräch mit Außenminister Gianfranco Fini (8. März); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach sowie Landeshauptmann Herwig van Staa, Brenner-Basistunnelgespräche (Bozen, 31. März bis 1. April); Nationalratspräsident Andreas Khol und Landeshauptmann Herwig van Staa, SVP-Landesversammlung (Meran, 2. April); Präsidentin der Wiener Handelskammer Brigitte Jank, Präsentation Wiener Designprodukte anlässlich des „Salone del Mobile“ (Mailand 14.–16. April); Bundesministerin Liese Prokop, Gespräche mit Landeshauptmann Luis Durnwalder (Bozen, 18. Mai); Bundesminister Günther Platter bei Landeshauptmann Luis Durnwalder (Bozen, 27. Mai); Bundesministerin Karin Gastinger bei Landeshauptmann Luis Durnwalder (Bozen, 15. Juni); Landeshauptmann Herwig van Staa, ARGE-Alpen-Adria (Trient, 24. Juni); Landeshauptmann Peter Pühringer bei Landeshauptmann Luis Durnwalder (Bozen, 19. Juli); Landeshauptmann Herwig van Staa bei Landeshauptmann Luis Durnwalder (Bozen, 28. Juli); Staatssekretär Alfred Finz (8. September); Innsbrucker Vizebürgermeister Michael Bielowski, Wohltätigkeitsball für die SOS-Kinderdörfer (Padua, 22. und 23. September); Landeshauptmann Herwig van Staa, Besuch des Südtiroler Kulturinstituts (Bozen, 29. November); Bundesminister Karl-Heinz Grasser (1. Dezember); Bundesministerin Liese Prokop (15. Dezember).

Besuche in Österreich: Landeshauptmann Luis Durnwalder, Tirol-Ball, Präsentation des Pustertales und Treffen mit Nationalratspräsident Andreas Khol (22. und 23. Jänner); Arbeitsbesuch von Generalstabschef Giampaolo Di Paola (21. und 22. Februar); Landeshauptmann Luis Durnwalder als Redner zur Österreichischen Gesellschaft für Völkerverständigung und zur Coudenhove-Kalergi Stiftung (Klosterneuburg, 17. März); Obmann der SVP Elmar Pichler Rolle, Teilnahme am Parteitag der Tiroler ÖVP (Innsbruck, 25. Juni); Südtiroler Landtagspräsidentin Veronika Stirner-Brantsch beim Vorarlberger Landtagspräsidenten Gebhard Halder (Bregenz, 22. Juli); SVP-Frauenleitung unter Leitung von Regions-Vizepräsidentin Martha Stocker bei Nationalratspräsident Andreas Khol, Abgeordneter zum Nationalrat Barbara Prammer und Bundesministerin Maria Rauch-Kallat (26. August).

Ein Honorarkonsulat wurde am 31. Mai in Triest eröffnet.

Anhang

Das italienische Parlament genehmigte am 22. November den bereits am 17. Jänner 1994 abgeschlossenen Vertrag über die Instandhaltung, Vermessung und Vermarkung der Staatsgrenze zwischen Österreich und Italien samt zugehörigem Notenwechsel vom 31. Oktober 2000. Das Gesetz zur innerstaatlichen italienischen Inkraftsetzung und Ermächtigung des Staatspräsidenten zur Ratifikation wurde am 15. Dezember erlassen (in Kraft getreten am 10. Jänner 2006).

Die ÖB organisierte gemeinsam mit dem Centro Italiano di Studi per la Conciliazione Internazionale und dem italienischen Außenministerium ein Symposium zum Thema „Italien und Österreich – Nachbarn und Partner für Südosteuropa“ (24. und 25. November). Bei dem als vorrangig akademische Veranstaltung konzipierten Symposium diskutierten ExpertInnen aus Italien und Österreich sowie VertreterInnen der beiden Außenministerien über gemeinsame Aufgaben, Lösungsansätze und Chancen in der Westbalkanregion.

Im „Gedankenjahr 2005“ setzte das KF Rom einen Schwerpunkt auf die Artikulation und Verdeutlichung österreichischer Identität im spezifisch italienischen Kontext.

Die Abschlussveranstaltungen der mehrjährigen Reihe „Mittelarchitteture“ führten die österreichischen Architekten Wolf D. Prix („Coop Himmelblau“) und Günther Domenig nach Rom. In der Konzertserie „Consonanze Austro-Europee“ nahmen AbsolventInnen aus fünf Ländern der Meisterklasse von Paul Gulda teil. Der Garten des KF wurde als Kunstraum für junge österreichische und italienische bildende KünstlerInnen genützt. Sinn und Gehalt des „Gedankenjahres“ wurden veranschaulicht und verdichtet im Gedenken an große Persönlichkeiten wie Marianne Golz-Goldlust oder herausragende Dichter und Denker wie Elias Canetti, dem ein mehrtägiger Veranstaltungsblock mit Klang-, Wort- und Bildbeiträgen gewidmet war, so etwa drei Konzerte, darunter eine Uraufführung, eine Foto- und eine Gemäldeausstellung sowie ein Symposium mit WissenschaftlerInnen aus mehreren europäischen Ländern (Oktober). Diese Projekte wurden in Zusammenarbeit mit den Kulturinstituten anderer Länder durchgeführt, zum Beispiel mit Tschechien anlässlich der Veranstaltung zu Marianne Golz-Goldlust oder im Rahmen der Vereinigung Associazione degli Enti Culturali Europei a Roma (AECER).

In der Toskana zeigte das KF Rom in Zusammenarbeit mit der in Arezzo angesiedelten Germanistik-Abteilung der Universität Siena und mit dem Jüdischen Gemeindezentrum Roms „Il Pitigliani“ sowie mit Unterstützung des Hanser-Verlags die Fotoausstellung „Elias Canetti: Bilder eines Lebens“. In Kooperation mit der Universität Innsbruck wurde das Kunstprojekt „Gavorrano 2005: Schicht für Schicht (Falda per falda)“ realisiert, bei dem im Herzen der Maremma 20 KünstlerInnen aus Österreich und Italien die großräumigen Felsenterrassen eines 2003 eröffneten Bergbauparks gestalteten.

Mit Veranstaltungen zu bildender Kunst, Architektur, Mode und Design, Film und zeitgenössischem Kino präsentierte das KF Mailand das moderne Österreich und Fragen der EU-Erweiterung. Weiters wurde die Kooperation mit österreichisch-italienischen Unternehmen als Sponsoren ausgebaut (Kultur als „Türöffner“ für die Wirtschaft).

Unterstützt wird dies durch die italienisch-österreichischen Freundschaftsgesellschaften (Bologna, Genua, Trient, Rovereto, Triest), die Germanistikinstitute der oberitalienischen Universitäten, die Österreich-Bibliotheken in Udine und Trient, zu der das Centro per la Letteratura Austriaca in Italia/Zentrum für die Österreichische Literatur in Italien (Centro LAI) gehört, das sich mit der Rezeption österreichischer Literatur beschäftigt.

Das 17-tägige Festival „Mailand begegnet Wien“, ein Gemeinschaftsprojekt von GK, KF, AHSt und ÖW sowie der Gemeinden Wien und Mailand bot eine breite Palette von klassischen und zeitgenössischen Ausstellungen, Konzerten, Theateraufführungen, Podiumsdiskussionen und Tagungen (Jänner).

Eine geglückte Verbindung von Wirtschaft und Kultur brachte der „Salone del Mobile“ mit einer großen Präsentation von Wiener Design der Firmen Wittmann, Woka, Backhausen und Augarten, eröffnet durch die Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien, Brigitte Jank, im KF Mailand (April). Parallel dazu lief im Castello Sforzesco in Mailand die Ausstellung „Thonet – Die Geburt des Designs zwischen Biedermeier und Wiener Sezession“ (März und April).

Länderinformationen

Im „Gedankenjahr 2005“ waren dem Andenken Bertha von Suttners die internationale Konferenz „Für eine Idee des Friedens“ und die Präsentation der Wanderausstellung zur österreichischen Friedensnobelpreisträgerin an der Universität Udine gewidmet (April).

In Kooperation mit mitteleuropäischen Ländern wurden verwirklicht: die Vierländerausstellung „Materika“ (Italien/Kroatien/Slowenien/Österreich) in den Schlössern der beiden Stadteile von Görz, österreichischer Kurator Peter Weiermair (Juni bis Oktober); das Mittelfest in Cividale del Friuli: Präsentation von Einaktern der Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek und einem Konzert des Stargeigers Pavel Vernikov, Konservatorium Wien (Juli); Tagung „Bilder und Zerrbilder“ über nationale Stereotypen in den Ländern Mitteleuropas mit Teilnehmern aus 13 Staaten unter der Leitung von Prof. Horst Haselsteiner (Universität Wien) und Prof. Bianca Valota-Cavallotti (Staatliche Universität Mailand in Gargnano) (Oktober).

Beim gemeinsam mit den Kulturinstituten Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, der Schweiz und Spaniens sowie der Provinz Mailand veranstalteten Festival „Techne – Zwischen Kunst und Technologie“ zeigte der Vorarlberger Künstler Christian Peintner seine Werke (Ende Oktober).

Italien ist traditionell mit 8–9% der Gesamtexporte der zweitwichtigste Exportmarkt Österreichs. Der Schwerpunkt des Handels liegt mit rund 80-90% der Lieferungen eindeutig im Norden, wo sich auch der Großteil der etwa 200 von österreichischen Unternehmen in Italien unterhaltenen Niederlassungen und Zweigstellen befindet. Die Lieferungen verteilen sich über fast alle Sektoren, wobei Holzwaren, Eisen und Stahl, Fahrzeuge, Nahrungsmittel, Maschinen und Anlagen, elektrotechnische Geräte und Kunststoffe führen.

Die österreichischen Exporte betragen 8,17 Milliarden Euro (+6,2%), die Importe 6,39 Milliarden Euro (+2,5%).

Jamaika (Jamaika), Kingston

Staatsoberhaupt:	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II.	Percival J. Patterson	Keith D. Knight

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Howard F. H. Cooke

ÖB: siehe Kanada; **AHSt:** siehe Venezuela; Kingston/Montego Bay – **HGK**

Bundesministerin Ursula Plassnik traf am Rande der VN-GV in New York mit Außenminister Keith D. Knight zusammen (19. September).

Die österreichischen Exporte betragen 2,39 Millionen Euro (+32,6%), die Importe 690.000 Euro (-49%).

Japan (Japan), Tokio

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Kaiser Akihito	Junichiro Koizumi	Taro Aso

Tokio – **ÖB, AHSt, ÖW, Wien-Büro**; Osaka – **HGK**; Fukuoka, Hiroshima, Sapporo, Nagoya – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme am Österreich-Tag bei der EXPO in Aichi, Arbeitsgespräche in Tokio mit Finanzminister Sadakazu Tanigaki, Minister für Gesundheit, Arbeit und Soziales Hidehisa Otsuji, stellvertretendem Minister für Wirtschaft,

Anhang

Handel und Industrie Hachiro Okonogi, Vorsitzendem des Hauptausschusses des Unterhauses Hidenao Nakagawa, Präsidenten des Industrieverbandes Nippon Keidanren und Vorstandsvorsitzendem von Toyota Hiroshi Okuda, Präsidenten des Wirtschaftsverbandes Keizai Doyukai und Vorstandsvorsitzendem von IBM Japan Kakutara Kitashiro; Vorstandsvorsitzendem von Fuji Xerox Yotaro Kobayashi (24.–28. April); Staatssekretär Sigisbert Dolinschek, Teilnahme an der Eröffnung der Special Olympics (Nagano, 25. Februar bis 1. März).

Besuche in Österreich: Parliamentary Secretary for Foreign Affairs Itsunori Onodera, Gespräch mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (15. April).

Den Höhepunkt der musikalischen Präsenz Österreichs in Japan bildeten die Wiener Philharmoniker unter Riccardo Muti. Rund 500 Auftritte österreichischer MusikerInnen und Ensembles fanden statt, die den Ruf Österreichs als Kulturnation im japanischen Bewusstsein weiter festigten. Mit Unterstützung des KF traten mehr junge österreichische MusikerInnen der „Neuen Musik/Improvisationsmusik/ Avantgarde/Computermusik“, wie DJ Indigo, M.I.T, als in vorangegangenen Jahren in Clubs in den Großräumen Tokio, Osaka und Nagoya auf. Im Rahmen der EXPO in Aichi wurde auch zeitgenössische österreichische Kultur präsentiert, unter anderem eine Ausstellung „Wisdom of Nature – Eight Visions from Austria“ sowie ein Musikprojekt von Formation ohne Namen „Lass Dich ...“.

In Zusammenarbeit mit japanischen Museen wurden Ausstellungen österreichischer Museen/Sammlungen im Bereich der traditionellen bildenden Kunst in Japan gezeigt, darunter eine Ausstellung über Maria Theresia und Maria Antoinette sowie „Traum von Wien“ (graphische Künste in Wien um 1900). Im KF fanden acht Ausstellungen zeitgenössischer KünstlerInnen statt, wie Katharina Struber, Regula Dettwiler, Liesl Ujvary und Thomas Eller. In Zusammenarbeit mit der Kunsthalle Wien waren ausgewählte Positionen der Ausstellung „Lebt und Arbeit in Wien II“ ebenfalls im KF zu sehen. Auch in den Bereichen moderner Tanz, zeitgenössisches Theater, Klangbilder und Film waren österreichische KünstlerInnen in Japan vertreten.

Aktuelle Literaturentwicklungen wurden im Rahmen des Seminars zur österreichischen Gegenwartsliteratur diskutiert, das sich mit den Werken der Schriftstellerin Kathrin Röggla auseinandersetzte.

Rund 35 österreichische Vortragende an Universitäten, vorwiegend in den Fachgebieten Germanistik und Deutsch als Fremdsprache, leisteten einen wichtigen Beitrag zur Verbreitung österreichischer Kultur.

Trotz der stärkeren Bewertung des Euro gegenüber dem Yen konnte sich Österreichs Wirtschaft gut behaupten. Die österreichischen Exporte betragen 1,03 Milliarden Euro (-2,4%), die Importe 1,89 Milliarden Euro (-5,7%).

Jemen (Republik Jemen), Sana'a

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ali Abdullah Saleh	Abdul Kader Bajammal	Abu Bakr Abdullah Al-Qirbi

ÖB: siehe Oman; Sana'a – **HK; AHSt:** siehe Saudi-Arabien

Besuche in Österreich: Ministerin für Menschenrechte Amat Al Aleem Ali Al Soso (31. Mai bis 4. Juni); Präsident des Schurarates Abdulaziz Abdulghani, Empfang bei Bundespräsident Heinz Fischer, Gespräche mit ParlamentarierInnen (27. September bis 1. Oktober).

Österreich war beim 1. EU Filmfestival im Jemen mit dem Film „Am anderen Ende der Brücke“ vertreten.

Die österreichischen Exporte betragen 12,55 Millionen Euro (+2,8%), die Importe 371.000 Euro (+479,4%).

Länderinformationen

Jordanien (Haschemitisches Königreich Jordanien), Amman

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Abdullah II. bin Al-Hussein	Marouf Bakhit (seit 27. November)	Abdelelah M. Al-Khatib (seit 27. November)

Amman – ÖB

Besuche aus Österreich: Bürgermeister von Hagenbrunn Ernst Fischer zur Überreichung des „my way“ Preises an Königin Rania (16. Mai).

Besuche in Österreich: Innenminister Samir Habashneh, Gespräche mit Bundesministerin Liese Prokop (3.–5. April).

An der Royal Police Academy hielten Dokumentenberater des Bundesministeriums für Inneres ein Ausbildungsseminar ab (13.–23. November). Unter Federführung von ARC Seibersdorf Research fand als Abschluss eines zweijährigen Forschungsprojekts ein Workshop „Nabatean Mortar – Technology and Application“ gemeinsam mit der Royal Scientific Society statt (28. und 29. November).

Die Volkstanzgruppe Lindwurm aus Klagenfurt trat mehrmals beim Jerash Festival auf. Beim jährlich stattfindenden EU-Filmfestival wurde „Am anderen Ende der Brücke“ gezeigt.

Eine Wirtschaftsmission der WKÖ führte Gespräche in Jordanien (20.–22. Mai).

Die österreichischen Exporte nach Jordanien betragen 32,04 Millionen Euro (+9%), die Importe betragen 885.000 Euro (-91,4%).

Kambodscha (Königreich Kambodscha), Phnom Penh

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Norodom Sihamoni	Hun Sen	Hor Namhong

ÖB, AHSt: siehe Thailand

Aus Mitteln der OEZA wurden im Rahmen der UNIDO die Projekte „Rural Energy for Productive Uses“ (767.000 Euro) und „Market Access Support for Cambodia through the Strengthening of Capacities related to Meteorology, Testing and Conformity“ (487.000 Euro) in Kambodscha finanziert. Darüber hinaus stehen im Rahmen der OEZA Stipendien für WissenschaftlerInnen und ForscherInnen aus Kambodscha zur Verfügung.

Österreich war mit dem Film „Der Überfall“ (Ö 2000) von Florian Flicker erstmals am EU-Film Festival in Phnom Penh vertreten (Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 702.000 Euro (+56,1%), die Importe 21,47 Millionen Euro (-4,1%).

Kamerun (Republik Kamerun), Yaunde

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Paul Biya	Inoni Ephraim	Laurent Esso

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Anhang

Die österreichischen Exporte betragen 1,05 Millionen Euro (-42,8%), die Importe 2,89 Millionen Euro (-51,7%).

Kanada (Kanada), Ottawa

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister:
Königin Elisabeth II.	Paul Martin	Pierre Pettigrew
vertreten durch:		
Generalgouverneurin		
Michaëlle Jean		
(seit 28. September)		

Ottawa – **ÖB**; Toronto – **HGK, AHSt, ÖW**; Montréal – **HGK, AHSt**; Halifax, Vancouver – **HGK**; Calgary, Regina, Winnipeg – **HK**

Besuche aus Österreich: Sonderkoordinator und Vizekanzler a.D. Erhard Busek (Toronto, 15.–17. Februar); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teilnahme am Ministertreffen des Netzwerkes Menschliche Sicherheit (18.–20. Mai); Bundesminister Martin Bartenstein, Gespräche mit der kanadischen Ministerin für Berufsausbildung Belinda Stronach und dem Präsidenten des Senates sowie Vortrag vor dem Economic Club (Ottawa und Toronto, 31. Mai bis 1. Juni); Generalsekretär für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft Werner Wutscher, Teilnahme am Vorbereitungstreffen zur UNFCCC (Ottawa, 22.–25. September); Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus Hannah Lessing (Toronto, Ottawa und Montreal, 18.–24. Oktober); Landesrat für Umwelt, Energie, Wasser und Konsumentenschutz Rudolf Anschöber (O), Teilnahme am Treffen regionaler Regierungschefs (Climate Leaders Summit) (Montreal, 3.–6. Dezember); Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme an der UNFCCC (Montreal, 7.–10. Dezember).

Besuche in Österreich: Premier Dalton McGuinty und Wirtschafts- und Handelsminister Joe Cordiano (beide Provinz Ontario) zu Firmengesprächen (24. und 25. Jänner); Premier Pat Binns und Umwelt-, Energie- und Forstminister Jamie Ballem (beide Provinz Prince-Edward-Island) zu Unternehmensbesuchen (23.–25. März;); Umweltminister Thomas Mulcair (Provinz Quebec) zu Gesprächen mit VertreterInnen des Landes Oberösterreich (Linz, 25.–28. Juli); Senatorin Lorna Milne, Vorsitzende der Parlamentarischen Freundschaftsgruppe Kanada-Europa (28.–30. September); stellvertretender Premier und Landwirtschaftsministerin Rosann Wowchuk (Provinz Manitoba) (Wien und Graz, 28. September bis 1. Oktober).

Das Honorarkonsulat in Halifax wurde zu Jahresbeginn zu einem Honorargeneralkonsulat aufgewertet.

Anlässlich des Jubiläumsjahres fand in Ottawa ein dreitägiges Österreich-Symposium statt, das aus einem wissenschaftlichen sowie einem kulturellen Teil bestand (Mai). Dieses Symposium, zu dem TeilnehmerInnen aus Kanada, den USA und Europa angereist waren, wurde von der Austrian Society Ottawa in Zusammenarbeit mit dem Wirth-Institute for Austrian and Central European Studies und dem KF Ottawa organisiert. Weitere Schwerpunkte im Bereich Kultur waren eine zehntägige Ulrich Seidl-Retrospektive sowie ein mehrtägiges Symposium über das architektonische Werk von Ludwig Wittgenstein im Kanadischen Zentrum für Architektur in Montreal. In Vancouver wurde das vom Bundeskanzleramt unterstützte Projekt „Unterspiel“ in der Contemporary Art Gallery mit den Arbeiten der österreichischen KünstlerInnen Catrin Bolt, Monochrom, Severin Hoffmann und Patrick Baumüller sowie Hans Schabus gezeigt. In der Vancouver Art Gallery fand eine Ausstellung von Werken von Franz West statt. Österreich nahm erstmals am Salon du Livre in Montréal teil, der größten frankophonen Buchmesse in Kanada.

Länderinformationen

Die Jugendaustauschprogramme (Student Work Abroad Program, Joint Study Programs, Young Workers Exchange Program) entwickelten sich weiterhin positiv und trugen zur Förderung der Jugend-Mobilität zwischen Österreich und Kanada bei.

Rund 80 österreichische Tochtergesellschaften bzw. Konzernbetriebe siedelten sich in Kanada an, davon 28 Produktionsniederlassungen. Über diese wird der Großteil des Handelsaustauschs abgewickelt. Andererseits nutzen rund 30 kanadische Großkonzerne, darunter Magna und Bombardier, Österreich als Drehscheibe für ihre Europaaktivitäten.

Über zwei Drittel aller österreichischen Exporte entfallen weiterhin auf den Bereich Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge. Ein starker Anstieg war im Getränkebereich zu verzeichnen. Kanadas Lieferungen nach Österreich verzeichneten bei Flugzeugen sowie Fertigwaren deutliche Anstiege.

Die österreichischen Exporte betragen 818,33 Millionen Euro (+7,7%), die Importe 395,16 Millionen Euro (+36,2%).

Kap Verde (Republik Kap Verde), Praia

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Pedro de Verona Rodrigues Pires	José Maria Pereira Neves	Víctor Manuel Barbosa Borges

ÖB: siehe Senegal; **AHSt:** Portugal; Praia – **Kooperationsbüro der OEZA**

Besuche in Österreich: Außenminister Víctor Borges, bilaterales Gespräch mit Bundesministerin Ursula Plassnik (27.–29. Juni).

Kap Verde ist Kooperationsland der OEZA. Österreich und Kap Verde haben ein weiteres dreijähriges indikatives Kooperationsprogramm (PIC 2006–2008) vorbereitet. Innerhalb der internationalen Gebergemeinschaft festigte Kap Verde seinen Ruf als verlässlicher Partner.

Die österreichischen Exporte betragen 396.000 Euro (+67,5%), die Importe 33.000 Euro (+386,3%).

Kasachstan (Republik Kasachstan), Astana

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Nursultan Nasarbajew	Daniel Achmetow	Kasymschomart Tokajew

Wien – **ÖB**; Almaty – **HK, Österreichbibliothek**; **AHSt:** siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: Landeshauptmann Erwin Pröll mit Wirtschaftsdelegation (2.–5. November).

Österreich hat die innerstaatlichen Erfordernisse für das Inkrafttreten des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen durchgeführt.

Zwei ÖsterreicherInnen waren bei der EU-Delegation, ein Österreicher bei der OSZE tätig. Das unter der Leitung des Bundesministeriums für Inneres durchgeführte BOMCA-Programm wurde fortgesetzt. Die Regionalleitung für die SOS-Kinderdörfer in Zentralasien mit Sitz in Almaty oblag einem Österreicher.

Anhang

Das dritte gemeinsam mit den USA durchgeführte Seminar zu Fragen der lokalen Selbstverwaltung für zentralasiatische TeilnehmerInnen unter kasachischer Beteiligung fand in Wien statt (11.–22. Juli). Im Rahmen von PFP fand in Wien das Seminar „Organized Crime and Drugs Trafficking: A Challenge for Central Asia“ unter kasachischer Beteiligung statt (23. November).

Der Höhepunkt der kulturellen Tätigkeit war das Gastspiel des Johann Strauß Orchesters in Almaty (27. und 28. Juni) sowie die Konzerte von Konstantin Weitz anlässlich des Besuchs von Landeshauptmann Erwin Pröll und der Präsentation des Niederösterreichischen Wirtschaftspotenzials durch Eco Plus. Darüber hinaus wurde im Kultur- und Wissenschaftsbereich die schwerpunktmäßige Zusammenarbeit auf dem Germanistiksektor unter besonderer Einbeziehung der Österreich-Bibliothek in Almaty fortgesetzt. Eine DaF-Praktikantin hielt sich fünf Monate in Almaty auf (Herbst). Am Deutschen Theater in Almaty fand eine deutschsprachige Literaturnacht mit Lesungen aus Werken österreichischer SchriftstellerInnen statt (10. Mai). Zwei kasachische Deutschlehrerinnen nahmen an einem dreiwöchigen Fortbildungsseminar für GermanistInnen aus Südkasien und Zentralasien in Österreich teil (Juli/August). Die Tätigkeit der in Wallsee beheimateten österreichisch-zentralasiatischen Sommerakademie für Druckgrafik wurde unter kasachischer Beteiligung in Wallsee und Almaty fortgesetzt. Die Zusammenarbeit im Rahmen des österreichisch-asiatisch-pazifischen Universitätsnetzwerks wurde mit drei kasachischen Universitäten fortgeführt. Im Rahmen des Besuchs von Landeshauptmann Erwin Pröll wurden Stipendien vergeben. Das Jubiläumsjahr wurde durch Vorträge von Botschafter i.R. Alfred Missong gewürdigt.

Eine Wirtschaftsmission der WKÖ unter Leitung der AHSt Moskau fand im November statt.

Die österreichischen Exporte betragen 118,25 Millionen Euro (+24,2%), die Importe 511,65 Millionen Euro (+12,1%).

Katar (Staat Katar), Doha

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister:
Emir Sheikh Hamad Bin Khalifa Al-Thani	Sheikh Abdullah Bin Khalifa Al-Thani	Sheikh Hamad Bin Jassim Bin Jabr Al-Thani

ÖB: siehe Kuwait; **AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Eine von der WKÖ organisierte Wirtschaftsmission mit zahlreichen österreichischen Firmenvertretern besuchte Doha (Herbst).

Die österreichischen Exporte betragen 32,59 Millionen Euro (+31,4%), die Importe 2,88 Millionen Euro.

Kenia (Republik Kenia), Nairobi

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Mwai Kibaki	Raphael Tuju (seit 9. Dezember)

Nairobi – **ÖB;** Mombasa – **HK;** **AHSt:** siehe Südafrika

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Eduard Mainoni, Gespräche mit Minister für Erziehung, Wissenschaft und Technologie George Saitoti sowie mit dem Minister für Viehzucht und Fischerei Joseph Munyao (2. Februar).

Kenia ist Kooperationsland der OEZA und wird vom EZA-Büro in Kampala betreut. Die Schwerpunktsektoren sind Wasserversorgung mit dem Hauptaugenmerk auf ländliche Gebiete

Länderinformationen

und Demokratieförderung mit der Unterstützung eines nationalen Programms zur staatsbürgerlichen Aufklärung. Im Rahmen eines Botschaftsprojekts wurde eine Kooperation der Universität Innsbruck mit der Träger- und Bergführerkooperative in Naro Moru am Mount Kenya im Bereich nachhaltiger Bergtourismus unterstützt.

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Konzerte des Wiener Violinisten und Dirigenten Wolfgang David mit dem Nairobi Orchester fanden statt (März). Anlässlich des Europäischen Filmfestivals in Nairobi wurde der österreichische Filmbeitrag „Poppitz“ von Harald Sicheritz gezeigt.

Die österreichischen Exporte betragen 6,74 Millionen Euro (+87,6%), die Importe 2,97 Millionen Euro (-22,2%).

Kirgisistan (Kirgisische Republik), Bischkek

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Kurmanbek Bakijew (seit 11. August)	Felix Kulow (seit 1. September)	Alikbek Dschechschenkulow (seit 30. September)

Wien – **ÖB; AHSt:** siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche in Österreich: Außenministerin Roza Otunbajewa (31. Mai)

An der OSZE-Mission und der OSZE Akademie in Bischkek waren drei ÖsterreicherInnen tätig. Die Wahlbeobachtungsmission der VN stand unter österreichischer Leitung.

Das unter der Leitung des Bundesministeriums für Inneres durchgeführte BOMCA-Programm, dessen lokales Büro sich in Bischkek befindet, wurde fortgesetzt.

Das dritte gemeinsam mit den USA durchgeführte Seminar zu Fragen der lokalen Selbstverwaltung für zentralasiatische TeilnehmerInnen unter kirgisischer Beteiligung fand in Wien statt (11.–22. Juli).

Im Kultur- und Wissenschaftsbereich wurde die schwerpunktmäßige Zusammenarbeit auf dem Germanistiksektor fortgesetzt. Ein DaF-Praktikant hielt sich fünf Monate in Bischkek auf (Frühjahr), zwei kirgisische Deutschlehrerinnen nahmen an einem dreiwöchigen Fortbildungsseminar für GermanistInnen aus Südkasien und Zentralasien in Österreich teil (Juli/August). Die Tätigkeit der in Wallsee beheimateten österreichisch-zentralasiatischen Sommerakademie für Druckgrafik wurde unter kirgisischer Beteiligung in Wallsee und Bischkek fortgesetzt. Die Zusammenarbeit im Rahmen des österreichisch-asiatisch-pazifischen Universitätsnetzwerks wurde mit vier kirgisischen Universitäten fortgeführt und Stipendien wurden vergeben. An der Universität für Bauwesen, Transport und Architektur in Bischkek wurde im Rahmen dieses Netzwerks ein bilateral-regionales geografisches Informationszentrum eröffnet. Einige kirgisische VertreterInnen nahmen an der internationalen Konferenz „Innovation und Reproduktion in Kulturen und Gesellschaften“ in Wien teil (9.–11. Dezember). Eine kirgisische Kulturwoche fand in Österreich statt (4.–9. April).

Die österreichischen Exporte betragen 1,27 Millionen Euro (-32,1%), die Importe 320.000 Euro (+47,2%).

Kiribati (Republik Kiribati), Tarawa

Staatsoberhaupt, Regierungschef und Außenminister

Anote Tong

Anhang

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 4.000 Euro, die Importe 3.000 Euro (+6,8%).

Kolumbien (Republik Kolumbien), Bogotá

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Außenministerin

Álvaro Uribe Velez

Carolina Barco Isackson

Bogotá – **ÖB**; Baranquilla, Cali, Cartagena, Medellín, San Andrés – **HK**; **AHSt:** siehe Venezuela

Besuche in Österreich: Vizepräsident Francisco Santos Calderón, Höflichkeitsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer und Arbeitsgespräche mit Bundesminister Martin Bartenstein und Staatssekretär Hans Winkler (6. und 7. Dezember).

Am Rande des Außenministertreffens der EU mit der Rio-Gruppe in Luxemburg führten Bundesministerin Ursula Plassnik und Außenministerin Carolina Barco Isackson ein bilaterales Gespräch (26. Mai).

Anlässlich von UNFCCC in Montreal wurde auf Ebene der Umweltminister ein Memorandum of Understanding zur Förderung von Projekten im Rahmen des Clean Development Mechanism unterzeichnet.

Eine Reihe von österreichischen NGOs waren im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig. Zwei der wichtigsten Projekte widmeten sich der Stärkung der Verwaltungs- bzw. Erziehungsstrukturen indigener und afrokolumbianischer Bevölkerungsgruppen. Aus Mitteln der OEZA wurden sieben Stipendien für post-graduale Studien in Österreich finanziert, davon eines im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs.

Österreich nahm an dem in Bogotá und anderen größeren Städten Kolumbiens laufenden EU-Filmfestival mit dem Spielfilm „Donau“ sowie experimentellen Kurzfilmen teil (März/April). Die österreichische Gitarristin Brigitte Zaczek (klassisch) gab Konzerte und Meisterklassen in Bogotá und Medellín (Juli). Der österreichische Pianist Klaus Leutgeb konzertierte in Bogotá und Cali (Oktober). Eine Ausstellung zu moderner Architektur in den Alpen wurde in Bogotá eröffnet (Anfang November), die ab Anfang Dezember in Medellín gezeigt wurde. Im Rahmen der universitären Kooperation (Jesuitenuniversität Cali/Universität Linz; Technische Universität Wien/Nationaluniversität Bogotá; Fachhochschule Johanneum/Universität Externado Bogotá) fanden Studentenaustauschprogramme statt. Fünf ÖsterreicherInnen absolvierten ein Praktikum am internationalen Agrarforschungsinstitut in Cali.

Renate Winter, Richterin am SCSL und VN-Expertin für Fragen der Jugendkriminalität, nahm an einem Expertenseminar zu Fragen der restaurativen Justiz in Cali teil (Februar). Christa Pelikan vom Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie in Wien referierte bei einer gleichfalls in Cali stattfindenden Tagung zu diesem Themenkomplex (April). Univ.-Prof. Gerhard Drekonja vom Institut für außereuropäische Geschichte der Universität Wien nahm an einer Veranstaltung zum Regionalismus in Kolumbien in Medellín teil (Mai).

Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle verlieh den von UNODC, der Stadt Wien und dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten gestifteten UN Vienna Civil Society Award an die Initiative „Albergue Infantil de Bogotá“ (November).

Die österreichischen Exporte betragen 38,79 Millionen Euro (+12,9%), die Importe 16,13 Millionen Euro (+14,7%).

*Länderinformationen***Demokratische Republik Kongo
(Demokratische Republik Kongo), Kinshasa**

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Außenminister

Joseph Kabila

Raymond Ramazani Baya

ÖB: siehe Kenia; Kinshasa – **HK; AHSt:** siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 938.000 Euro (+41,9%), die Importe 376.000 Euro (+19,2%).

**Kongo
(Republik Kongo), Brazzaville**

Staatsoberhaupt

Regierungschef

Außenminister

Denis Sassou Nguesso

Isidore Mvouba

Rodolphe Adada

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 7,17 Millionen Euro (+153,7%), die Importe 1,11 Millionen Euro (-21,9%).

**Demokratische Volksrepublik Korea
(Demokratische Volksrepublik Korea), Pjöngjang**

Staatsoberhaupt (informell)

Regierungschef

Außenminister

Kim Jong Il.

Pak Pong Ju

Paek Nam Sun

(in seiner Eigenschaft als
Vorsitzender der Nationalen
Verteidigungskommission)**ÖB, KF, AHSt:** siehe China

Das Austrian String Quartet nahm am Internationalen Musikfestival der Demokratischen Volksrepublik Korea mit Werken der Wiener Klassik teil (8.–9. April).

Die österreichischen Exporte betragen 1,56 Millionen Euro (-63,8%), die Importe 586.000 Euro (-43,2%).

**Korea
(Republik Korea), Seoul**

Staatsoberhaupt

Regierungschef

Außenminister

Roh Moo-hyun

Goh Kun

Ban Ki-moon

Seoul – **ÖB, AHSt;** Busan – **HK**

Besuche aus Österreich: Rektor Georg Winckler, Universität Wien, zur Feier des 100 Jubiläums der Korea National University (3.–6. Mai); Vorsitzender der Österreichisch-südkoreanischen parlamentarischen Freundschaftsgruppe Abgeordneter zum Nationalrat Werner Amon, Teilnahme am IPSS-Treffen (Inter-Parliamentarians for Social Service Association) und bilaterale Gespräche, unter anderem mit dem Sprecher der Nationalversammlung Kim One-ki (25.–27. August).

Anhang

Besuche in Österreich: Un-Chan Chung, Rektor der Seoul National University, Unterzeichnung eines Partnerschaftsabkommen mit der Universität Wien (6. April).

Am Rande einer Konferenz zum Wiederaufbau des Irak in Brüssel fand ein bilaterales Arbeitsgespräch der Bundesministerin Ursula Plassnik mit Außenminister Ban Ki-moon statt (22. Juni). Bundespräsident Heinz Fischer traf in New York mit Präsident Roh Moo-hyun zu einem bilateralen Gespräch am Rande der VN-GV zusammen (15. September).

Das am 1. Feber 2004 vorübergehend geschlossene Österreichische HK in Busan wurde am 28. Juli wiedereröffnet. Der koreanische Geschäftsmann Lim Byung-mun wurde mit der Funktion des Honorarkonsuls betraut.

Der bevor stehende 250. Geburtstag von Wolfgang Amadeus Mozart im Jahre 2006 prägte die kulturelle Landschaft, denn ihm wurden bereits zahlreiche Veranstaltungen gewidmet, zum Teil mit direkter österreichischer Unterstützung, wie etwa die große Konzertreihe „The Complete Mozart Concertos“ 2005/2006 im Sejong Center in Seoul. Zahlreiche weitere Konzerte wurden von der Botschaft unterstützt: ein Konzert mit alter und neuer Musik für Blockflöte, Cembalo und Elektronik unter Mitwirkung der österreichischen Musiker Johannes Kretz und Johannes Bogner.

Die Joseph Haydn-Gesellschaft organisierte (gemeinsam mit dem „Seoul Academy Ensemble“) zwei Konzerte (April, Juni), ebenso die Schubert-Gesellschaft (Juni, November). Das Tiroler Musikensemble „Comin' and Goin'“ reiste mit einem zehnköpfigen Team nach Korea und nahm gemeinsam mit dem südkoreanischen Musiker Kim Dong-won und der indischen Tänzerin Asmita Banerjee am „14. World Samulnori Festival 2005“ teil (30. September bis 3. Oktober).

„Nine Dragon Heads Foundation“ nahm am „10th International Environment Art Symposium“ mit den österreichischen KünstlerInnen Alois Schild und Beatrix Scherb teil (17.–25. April). Eine von Martin Georg Kulis zusammengestellte Foto-Ausstellung der Werke des Österreicher Artur Nikodem (1870–1960) wurde gezeigt (15. Oktober bis 10. Dezember). Des Weiteren wurde die Ausstellung „The Barbie Story Seoul“ gezeigt (10. Dezember bis 28. Jänner 2006). Ein Gastspiel des Marionettentheaters „Schloss Schönbrunn“ fand statt, aufgeführt wurde eine auch für Kinder geeignete Version der „Zauberflöte“ von Mozart (21.–27. Juli).

Die Organisatoren des jährlich stattfindenden „Performing Arts Festival“ und des parallel stattfindenden „2nd Seoul Forum“ luden den Direktor des Schauspielhauses Wien, Airan Berg, als Vortragenden ein (29. September bis 16. Oktober).

Im Sejong Center in Seoul fand die Präsentation des Buchs der österreichisch-koreanischen Autorin Soonae Lee-Fink mit dem Titel „Francesca Rhee-Story“ statt (31. Oktober). Die aus Österreich stammende Franziska („Francesca“) Donner war die Gattin des ersten Präsidenten der Republik Korea Rhee Syng-man (1948–1960). Zur Präsentation erschienen hochrangige VertreterInnen aus Politik und Wirtschaft.

Im Bereich der Wirtschaft belasteten die hohen Rohölpreise die gesamte Industriestruktur, da diese stark auf Ölimporte ausgerichtet ist und der massive Energiepreisanstieg für einen unverhältnismäßig hohen Anstieg der koreanischen Produktionskosten sorgte. Dies schmälerte die Profite der Exportunternehmen und die Verbraucherpreise blieben relativ hoch. Das Wirtschaftswachstum wurde weiterhin vor allem von Exporten getragen, während die Binnennachfrage relativ schwach blieb. Fünf Hauptexportgruppen machen etwa die Hälfte aller koreanischen Exporte aus: Halbleiter, Telekommunikationsausrüstungen, Autos, Computer und Schiffe.

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und der Republik Korea entwickelten sich weiterhin dynamisch. Die österreichischen Exporte betragen 470,83 Millionen Euro (+21,5%), die Importe betragen 821,77 Millionen Euro (+19,2%). Dies stellt ein bisher unerreichtes Rekordergebnis im beidseitigen Handel dar.

Länderinformationen

Kroatien (Republik Kroatien), Agram

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Stjepan Mesić	Ivo Sanader	Kolinda Grabar Kitarović (seit 17. Februar)

Agram – **ÖB, KF, AHSt**; Rijeka – **HK**; Split – **HK**; Dubrovnik – **HK**

Besuche in Österreich: Präsident Stjepan Mesić, inoffizieller Besuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (Mürzsteg, 26. und 27. Februar); Delegation unter der Leitung von Parlamentspräsident Vladimir Šeks zur Gedenkfeier auf dem Bleiburger Feld (Bleiburg, 14. Mai); Ministerpräsident Ivo Sanader, Teilnahme an der Eröffnungsveranstaltung anlässlich des „Gedankenjahres 2005“ (Graz, 10. Jänner), an der „World Summit Contributory Conference on ICT & Creativity“ (2. Juni), gemeinsam mit Kulturminister Božo Biškupić an den Feierlichkeiten anlässlich des 60. Geburtstags von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (5. Juni), an der Konferenz der Regierungschefs von Südosteuropa (Salzburg, 2. und 3. August) sowie an der Eröffnung der von der Steiermärkischen Sparkasse organisierten Veranstaltung „Check in! Südosteuropa, Perspektiven – Chancen – Risiken“ (Graz, 7. September); stellvertretender Ministerpräsident Damir Polančec beim Kroatientag im Rahmen der Grazer Herbstmesse (4. Oktober) sowie gemeinsam mit dem Präsidenten der Kroatischen Wirtschaftskammer Nadan Vidošević und einer Wirtschaftsdelegation zum Wirtschaftstag Kroatien in der WKÖ, Gespräch mit Bundesminister Martin Bartenstein (25. Oktober); Minister für auswärtige Angelegenheiten Miomir Žužul, Teilnahme am „10th Euromoney Central & Eastern European Forum“ (11. Jänner); Ministerin für auswärtige Angelegenheiten und europäische Integration Kolinda Grabar Kitarović, Arbeitsbesuch bei Bundesministerin Ursula Plassnik, Höflichkeitsbesuch bei Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (10. März) sowie Teilnahme am Ständigen Rat der OSZE und Besuch bei der IAEO (15. November); Justizministerin Vesna Škare Ožbolt, Teilnahme am Juristenball (5. Februar), an einem multilateralen Arbeitsgespräch und Besuch der Salzburger Festspiele (Salzburg, 12.–14. August), gemeinsam mit Innenminister Ivica Kirin am EU-Westbalkan-Forum der Justiz- und InnenministerInnen (24. und 25. November) sowie an der Konferenz der JustizministerInnen der Westbalkanländer (Westbalkan-Konferenz) (Schloss Seggau, 5. und 6. Dezember); Minister für Wissenschaft, Bildung und Sport Dragan Primorac zur 11. CEEPUS-Ministertagung (21. März); Innenminister Ivica Kirin, Arbeitsbesuch bei Bundesministerin Liese Prokop (Gamlitz, 22. September); Finanzminister Ivan Šuker, Teilnahme an der von der Kammer der Wirtschaftstreuhänder veranstalteten Enquete „Steuerharmonisierung und Rechtssicherheit in Mitteleuropa“ (20. Oktober); Minister für Gesundheit und Soziales Neven Ljubičić, Teilnahme an der 13. Konferenz für das Gesundheitswesen EUPHA (Graz, 11. November); Besuch des River Information Testzentrums durch die Staatssekretäre für Seewesen und Verkehr Branko Bačić und Dražen Breglec, Gespräch mit Staatssekretär Helmut Kukacka (11. April); Staatssekretär für politische Angelegenheiten im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und europäische Integration Hidajet Bišćević, bilaterale Konsultationen beim Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (20. Dezember); Generalstabschef General Josip Lučić im Rahmen des Zusammenarbeitsprogramms auf Arbeitsbesuch bei Generalstabschef Roland Ertl (Salzburg, Burgenland, Graz, 12.–14. Juli); Chef des Kroatischen Inlandsgeheimdienstes (POA) Tomislav Karamarko, Konsultationen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (1. und 2. Dezember); Teilnahme der Gespane von Virovitica-Podravina sowie Istrien, Ivan Begović und Ivan Jakovčić am Kongress der Regionen Europas (4. Mai); Zagreber Bürgermeister Milan Bandić, Besuch beim Wiener Bürgermeister Michael Häupl, Unterzeichnung einer Gemeinsamen Erklärung über die Zusammenarbeit von Wien und Zagreb (7. Juli); stellvertretender Parlamentspräsident Mato Arlović, zu den Gedenkfeierlichkeiten in Mauthausen (8. Mai); Teilnahme des Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses im Parlament Gordan Jandroković, der Rektorin der Universität Zagreb Jelena Jasna Mencer und des Herausgebers der Wirtschaftszeitschrift „Privredni vjesnik“ Ante Gavranović am Europa-Forum Wachau (Göttweig, 3.–5. Juni).

Anhang

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme am 12. Zentraleuropäischen Präsidententreffen (Zagreb und Trakošćan, 13.–15. Oktober); Nationalratspräsident Andreas Khol in Begleitung einer Parlamentarierdelegation, offizieller Besuch, Gespräch mit Parlamentspräsident Vladimir Šeks und Ministerpräsident Ivo Sanader sowie Teilnahme am Crans Montana Forum Zagreb (13. April); Bundeskanzler Wolfgang Schäussel, Teilnahme am Bertelsmann-Forum mit anschließendem offiziellen Besuch, Gespräche mit Ministerpräsident Ivo Sanader, Parlamentspräsident Vladimir Šeks, Präsident Stjepan Mesić und dem Premierminister von Montenegro Milo Djukanović (3. Juni) sowie informelles Arbeitsgespräch mit Ministerpräsident Ivo Sanader, gemeinsamer Besuch des Fußball-Länderspiels Kroatien – Brasilien (Split, 17. August); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Teilnahme am Crans Montana Forum Zagreb, Gespräch mit dem Minister für Seewesen, Tourismus, Verkehr und Entwicklung Božidar Kalmeta (14. April); Bundesminister Josef Pröll mit einer Wirtschaftsmission unter der Leitung des Vize-Präsidenten der WKÖ Richard Schenz, Teilnahme an der Veranstaltung „Export 1–24“, Gespräche mit dem Minister für Landwirtschaft, Forstwesen und Wasserwirtschaft Petar Čobanković, und der Ministerin für Umweltschutz, Raumordnung und Bauwesen Marina Matulović Dropulić (12. und 13. April); Bundesminister Günther Platter und Generalstabschef General Roland Ertl, Teilnahme an der CENCOOP-Tagung, Arbeitsgespräch mit Verteidigungsminister Berislav Rončević (20. und 21. Oktober); Bundesministerin Karin Gastinger, Arbeitsbesuch bei Justizministerin Vesna Škare Ožbolt (Dubrovnik, 3.–5. November); Bundesminister Martin Bartenstein, anlässlich der Eröffnung der von der WKÖ organisierten Veranstaltung „Austria Showcase: Umwelt, Alternativenergie und Infrastruktur“, Arbeitsgespräche mit dem Minister für Wirtschaft, Arbeit und Unternehmertum, Branko Vukelić und dem Minister für Seewesen, Tourismus, Verkehr und Entwicklung Božidar Kalmeta, Höflichkeitsbesuch bei Ministerpräsident Ivo Sanader sowie Eröffnung des Österreichischen Wirtschaftstisches gemeinsam mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Damir Polančec (9. November); Staatssekretär Alfred Finz zur Abschlussveranstaltung des Twinning Projekts „Zollverwaltung“, Gespräch mit Finanzminister Ivan Šuker (28. und 29. April); Staatssekretär Hans Winkler, Gespräch mit dem Vorsitzenden des EU-Integrationsausschusses im Parlament Neven Mimica, Teilnahme am 2. Informellen Treffen der Minister für europäische Integration von Südosteuropa (Zagreb und Dubrovnik, 8.–10. Juli); Staatssekretär Helmut Kukacka, Arbeitsbesuch im Ministerium für Seewesen, Tourismus, Verkehr und Entwicklung (7. September); Generalstabschef General Roland Ertl, Teilnahme am CENCOOP-Treffen (Dubrovnik, 20.–22. April); Landeshauptmänner von Tirol und Südtirol Herwig van Staa und Luis Durnwalder, zusammen mit Ministerpräsident Ivo Sanader, Eröffnung eines von Tirol und Südtirol finanzierten Wiederaufbauprojekts (Pakrac, 2. September); Altbürgermeister von Wien Helmut Zilk zur Eröffnung eines neuen Bürogebäudes der Kvarner-Wiener Städtischen, Gespräch mit dem Bürgermeister von Zagreb Milan Bandić (Zagreb, 22. und 23. September); Delegation des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft unter der Leitung von Andreas Molin, bilaterale Expertengespräche Krško (31. Jänner).

Bilaterale Konsularkonsultationen wurden in Wien abgehalten (28. November).

Aufgrund des Erkenntnisses des kroatischen Verfassungsgerichtshofes betreffend das Erfordernis der Nicht-Diskriminierung von Ausländern bei der Entschädigung für Enteignungen wurde das „Entschädigungsgesetz“ vom 11. Oktober 1996 am 5. Juli 2002 novelliert. Ausländer sind nunmehr grundsätzlich anspruchsberechtigt. Aus kroatischer Sicht ist jedoch der Abschluss eines bilateralen Abkommens zwischen Österreich und Kroatien Voraussetzung dafür, dass Österreicher in den Genuss der in der Novelle vorgesehenen Rechte kommen können. Die in Vukovar (4. und 5. April) abgehaltene 3. Verhandlungsrunde endete mit der Einigung auf einen Text. Das Abkommen wurde am 22. November paraphiert.

Ein Kooperationsabkommen zwischen der Österreichischen Kontrollbank (OeKB) und der Kroatischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Wien, 12. Jänner), eine Wirtschaftskooperationsvereinbarung zwischen dem Land Steiermark und fünf Gespanschaften Nordwestkroatiens (Koprivnica, 3. Mai) sowie ein Kooperationsabkommen zwischen der Wiener Börse und der Börse Zagreb (1. Dezember) wurden unterzeichnet.

Länderinformationen

Schwerpunkt der Ostzusammenarbeit in Kroatien bildete das Projekt „Entwicklung eines integrierten Tourismusförderungsprojekts in der Region Ostslawonien“, das im Jänner lanciert worden war, bis Dezember 2007 laufen soll und über ein Projektvolumen von 2,14 Millionen Euro verfügt. Für ein Entminungsprojekt in der Gespanschaft Vukovar-Srijem wurde ein Betrag von 100.000 Euro zur Verfügung gestellt. Das Kroatien, Bosnien und Herzegowina sowie Montenegro umfassende Projekt mit einer Laufzeit von zwei Jahren zur Förderung der Entwicklung und Vernetzung von Übungsfirmen in Südosteuropa („ECO-Net II-b“), das vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und Kulturkontakt Austria mit 300.000 Euro unterstützt wird, wurde fortgesetzt. Das von der ADA, Kulturkontakt Austria und dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kunst mit 220.000 Euro dotierte Projekt zur Förderung der Tourismusausbildung („TOUR REG“) wurde lanciert (September). Die vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten finanzierte wirtschaftspolitische Beratung des kroatischen Präsidenten und seines Kabinetts durch das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) wurde fortgesetzt. Für die Entwicklung eines Lehrplans zum Thema „Menschenrechte und Demokratie/Staatsbürgerkunde“ stellte das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten 11.375 Euro zur Verfügung. Zwei Gerichtspräsidentinnen aus Gospić hielten sich zu einem Arbeitsaufenthalt am Bezirksgericht Oberwart, Landesgericht Eisenstadt und Oberlandesgericht Wien auf (17.–23. Oktober). Für vier vom OSZE-Feldbüro Gospić vorgeschlagene Projekte im Bereich der kleingewerblichen Entwicklung sowie zur Unterstützung der Frauen und der serbischen Minderheit in der Region Lika-Senj stellte das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten 17.800 Euro zur Verfügung. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten bewilligte für RACVIAC rund 30.000 Euro als Unterstützung für die Arbeitsgruppe „Defence Conversion“.

Im Rahmen der traditionellen Zusammenarbeit Österreichs mit Kroatien führte das KF Zagreb mit 115 Partnern insgesamt 241 Veranstaltungen in 39 Orten Kroatiens durch, davon waren 13 der Sprache und Kultur der Burgenlandkroaten gewidmet.

Mediale Aufmerksamkeit erfuhren das Neujahrskonzert mit dem Johann Strauß Ensemble Linz (Varaždin); die Installation „ludic space – Geschichte einer europäischen Toleranzidee“ (Zagreb); das Seminar „Mit europäischem Kulturförderungsprogramm auf dem Wege in die EU“ (Zagreb); die Ausstellung „77 05 Zagreb – Graz“ (Zagreb); die Zagreber Uraufführung des Stücks „Der Jüngste Tag“ von Ödön von Horváth; die Buchpräsentation „Die Sprache und die Welt – Österreichische Dichter der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts“ von Truda Stamac (Zagreb); die Jazzkonzerte mit dem Erich Kleinschuster-Quartett (Zagreb) sowie der Teddy Ehrenreich Band (Varaždin); die Tanzaufführung „Symphonie an die Natur“ nach der Musik von Gustav Mahler (Zagreb, Varaždin, Koprivnica), die Teilnahme des Filmarchiv Austria am Zagreber Filmfestival; die Ausstellung „Von Österreich nach Kroatien – das Bild in Zeichnung und Fotografie“, Hortensia Fussy – Zeichnung, Eberhard Mitsche – Fotografie (Zagreb, Dubrovnik, Split) sowie die Hundertwasser-Ausstellung (Zagreb).

In Kroatien sind vier österreichische LektorInnen und eine österreichische Bildungsbeauftragte tätig.

Die 2. Tagung der Gemischten Kommission in Durchführung des bilateralen Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Kroatien wurde abgehalten (Zagreb, 14.–16. Dezember).

Mit zwölf Kroatisch-Österreichischen Gesellschaften in Kroatien und der Gemeinschaft der Österreicher in Kroatien wurde die bestehende intensive Zusammenarbeit fortgesetzt.

Die 8. Tagung der Gemischten Österreichisch-Kroatischen Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Varaždin, 9. und 10. Juni) sowie die 5. Tagung der Österreichisch-Kroatischen Gemischten Kommission für den Tourismus fand statt (Zadar, 30. Juni bis 1. Juli).

Von 1993 bis 2005 wurden von ausländischen Unternehmen 11,216 Milliarden Euro in Kroatien investiert. Österreich ist mit einem Investitionsvolumen von 2,9 Milliarden Euro (25,9%) größter Auslandsinvestor in Kroatien. Die österreichischen Exporte nach Kroatien betragen 1,22 Milliarden Euro (+0,3%), die Importe 520,96 Millionen Euro (-10,8%).

Anhang

Kuba (Republik Kuba), Havanna

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Fidel Castro Ruz

Außenminister

Felipe Pérez Roque

Havanna – **ÖB, AHSt:** siehe Mexiko

Besuche aus Österreich: Delegation des Bundesministeriums für Justiz (15.–22. Juni).

Besuche in Österreich: Justizminister Roberto Díaz Sotolongo, Arbeitsgespräch bei Bundesministerin Karin Gastinger anlässlich seiner Teilnahme an einer VN-Drogenkonferenz (9. März).

Am Rande der VN-GV traf Bundesministerin Ursula Plassnik mit Außenminister Felipe Pérez Roque zusammen (New York, 17. September).

Ein österreichischer Gastlektor und eine österreichische Austauschlehrerin unterrichteten am Germanistikinstitut der Universität Havanna. Anlässlich des Internationalen Festivals für Zeitgenössische Musik in Havanna wurden Gitarrekonzerte von Julia Malischnis, Gastvorlesungen, Meisterklassen und ein Konzert von Univ.-Prof. Elena Ostleitner sowie Meisterklassen und ein Konzert des „Ensemble des XX. Jahrhunderts“ veranstaltet. Das Gastspiel des Straßentheaters „Mehr Licht“ nahm einen erfolgreichen Verlauf (April). Der Verlag Promedia nahm an der XIV. Internationalen Buchmesse Havanna teil, Eva Schmidt und Josef Bucek hielten an der Universität Havanna ein Seminar zum Thema „Österreichische Literatur nach 1945“. Weiters wurde eine Ausstellung von Karikaturen von Alfred Kohlbacher präsentiert.

Die 11. Tagung der Österreichisch-Kubanischen Gemischten Wirtschaftskommission fand in Havanna statt (28. und 29. November). Gleichzeitig besuchte eine österreichische Wirtschaftsdelegation Havanna.

Die österreichischen Exporte betragen 2,89 Millionen Euro (-10,7%), die Importe 2,78 Millionen Euro (+52,2%).

Kuwait (Staat Kuwait), Kuwait

Staatsoberhaupt

Emir Sheikh Jaber
Al-Ahmed Al-Jaber
Al-Sabah

Regierungschef

Sheikh Sabah
Al-Ahmed Al-Jaber
Al-Sabah

Außenminister

Sheikh Mohammed
Al-Ahmed Al-Jaber
Al-Sabah

Kuwait – **ÖB, AHSt.:** siehe Saudi-Arabien

Die österreichischen Exporte betragen 64,85 Millionen Euro (+13,6%), die Importe 356.000 Euro (+116,8%).

Laos (Demokratische Volksrepublik Laos), Vientiane

Staatsoberhaupt

Khamtay Siphandone

Regierungschef

Bounhang Vorachith

Außenminister

Somsavat Lengsavat

ÖB, AHSt: siehe Thailand

Besuche aus Österreich: Als Teil der EU-Troika nahm eine unter der Leitung von Botschafter Peter Niesner stehende österreichische Delegation an der Post Ministerial Conference des 38. Ministertreffens von ASEAN sowie dem ASEAN Regional Forum in Vientiane teil (Juli).

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 27.000 Euro (-95,3%), die Importe 3,48 Millionen Euro (+33,3%).

Lesotho (Königreich Lesotho), Maseru

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Letsie III.	Pakalitha B. Mosisili	Monyane Moleleki

ÖB, AHSt: siehe Südafrika

Beim SADC-Gipfeltreffen in Gaborone wurde Premierminister Mosisili zum stellvertretenden SADC-Vorsitzenden gewählt (17. und 18. August).

Die ÖB unterstützte den Ankauf einer neuen Bühne für das seit fünf Jahren bestehende Festival in Morija. Das Projekt dient der Förderung junger KünstlerInnen und der Armutsbekämpfung durch die Förderung des Tourismus.

Die statistisch erfassten österreichischen Importe beliefen sich auf 87.000 Euro.

Lettland (Republik Lettland), Riga

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Vaira Vike-Freiberga	Aigars Kalvitis	Artis Pabriks

Riga – **ÖB, HK, AHSt – AHSt Helsinki/Außenstelle Riga, AHSt:** siehe Finnland

Besuche aus Österreich: Delegation des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Gespräche im Kultur- und Unterrichtsministerium, Besuch der Stadt Liepaja (17. und 18. Juni); Staatssekretär Eduard Mainoni mit Delegation, Gespräche im Verkehrsministerium zum Zweck der Vorbereitung der EU-Präsidentschaft (12. Oktober); Delegation des ÖVP-Parlamentsklubs, Gespräche im Parlament (15. September); Delegation des Bundeslandes Tirol unter Leitung von Landeshauptmann Herwig van Staa, Gespräche im Parlament (15. September); Österreichischer Gemeindebund, Gespräche mit GemeindevertreterInnen (11. Oktober).

Besuche in Österreich: Außenminister Artis Pabriks bei Bundesministerin Ursula Plassnik (6. Dezember).

Der Bratschist Lorenz Duftschmied gab im Rahmen des Internationalen Bachfestivals ein Konzert in Riga (6. Februar), Roland Bentz ein Jazzkonzert „Open Mind“ (4. August). Christian Fennesz nahm am Festival Experimentelle Musik (9. und 10. September) teil. Karlheinz Miklin veranstaltete einen Workshop beim Jazzfestival Saulkrasti (6. Juli). Das Symphonieorchester von Liepaja gab ein Konzert im Lettischen Nationaltheater zum österreichischen Nationalfeiertag mit Werken von Mozart und Schönburg (26. Oktober).

Im Rahmen von EU-Projekten unterstützt das Bundesministerium für Inneres den Aufbau des Schengen-Informationen-Systems, das Bundesumweltamt die Evaluierung von Umweltprojekten, und das Ludwig Boltzmann-Institut den Aufbau des Datenschutzes.

Die Schriftstellerin Susanne Kubelka gab in Riga eine Lesung (21.–24. Juli). An der Deutschlehrertagung in Riga nahm Dirk Lyon teil (2. und 3. Dezember). Die Österreich-Bibliothek Riga ist ein wichtiger Veranstalter von literaturbezogenen Projekten.

Michael Pilz nahm am EU-Symposium Dokumentarfilm teil (10.–15. September).

Im Rahmen der Berufsbildung bestehen 13 Schulpartnerschaften und 16 Kooperationsprojekte zwischen Österreich und Lettland.

Anhang

Die Planungsarbeiten für den Bau einer Konzerthalle in der Hafenstadt Liepaja durch Architekt Volker Giencke, der das Projekt gewonnen hat, wurden begonnen.

Die österreichischen Exporte betragen 107,87 Millionen Euro (+22,1%), die Importe 21,08 Millionen Euro (-3,6%).

Libanon (Libanesische Republik), Beirut

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emile Lahoud	Fouad Siniora (seit 20. Juli)	Fawzi Salloukh (seit 20. Juli)

Beirut – **ÖB**; **AHSt**: siehe Syrien; Saida – **HK**

Anlässlich des österreichischen Nationalfeiertags gab der österreichische Pianist Albert Sassmann im Palais UNESCO ein Konzert, in dessen Rahmen Werke von Wolfgang A. Mozart, Johannes Brahms, Franz Liszt, Franz Schubert und Richard Strauss zu Aufführung kamen.

Im Rahmen des alljährlichen Europäischen Filmfestivals in Beirut wurde der in österreichisch-deutscher Kooperation unter der Regie von Andreas Gruber produzierte Film „Welcome Home“ gezeigt (24. November bis 4. Dezember).

Univ.-Prof. Wolfgang Benedek, Leiter von ETC, hielt in der Beirut Rechtsanwaltskammer einen Einführungsvortrag in das HSN-Manual für Menschenrechtserziehung, an der Anwälte, Richter, VertreterInnen zahlreicher Ministerien und Universitäten sowie Mitglieder von NGOs und des Diplomatischen Corps teilnahmen (7. Oktober).

Eine Studienreise von StudentInnen des Instituts für Politikwissenschaften der Universität Innsbruck unter der Leitung von Professor Jörg Becker fand vom 9.–17. Dezember statt. Im Rahmen dieser Studienreise organisierte die ÖB einen Vortrag von Univ.-Prof. Karam Rizk über den Einfluss Österreichs in der Levante im 19. Jahrhundert mit anschließender Besichtigung der Universität Kaslik (12. Dezember). Darüber hinaus hielt Universitätsprofessor Nawaf Kabbara ein Vortrag über die aktuelle Situation im Libanon und Nahen Osten.

Die österreichischen Exporte betragen 25,82 Millionen Euro (-1,3%), die Importe 1,26 Millionen Euro (+51,2%).

Liberia (Republik Liberia), Monrovia

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Ellen Johnson-Sirleaf	Thomas Yaya Nimely

ÖB: siehe Senegal; **AHSt**: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 1,8 Millionen Euro (+9,2%), die Importe 103.000 Euro (+72,4%).

Libyen (Große Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija), Tripolis

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Oberst Muammar Al Gaddafi	Shukri Ghanem	Abderrahman Mohamed Chalgham

Länderinformationen

Tripolis – **ÖB, AHSt**

Besuche aus Österreich: Wirtschaftsdelegation der WKÖ (Tripolis, 7.–10. März); hochrangige Wirtschaftsdelegation mit dem Vorsitzenden des ÖGB Fritz Verzetnitsch, Rudolf Scholten, Mitglied des Vorstandes der Österreichischen Kontrollbank (OeKB) und dem damaligen Generaldirektor der Bank für Wirtschaft und Arbeit Johann Zwettler (20. und 21. Juli) anlässlich der Eröffnung einer BAWAG-Repräsentanz in Tripolis.

Besuche in Österreich: Abdulati Al Obeidi, Sekretär für Europaangelegenheiten (Vizeminister) im Außenministerium, Arbeitsgespräch mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (24. November).

Österreich war auf der Internationalen Messe Tripolis mit einem eigenen Pavillon und 13 Firmen vertreten (2.–12. April).

Die österreichischen Exporte betragen 61,44 Millionen Euro (-7,7%), die Importe 112,03 Millionen Euro (-51,1%).

Liechtenstein (Fürstentum Liechtenstein), Vaduz

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Fürst Hans-Adam II (Führung der Regierungsgeschäfte seit 15. August 2004 durch Erbprinz Alois)	Otmar Hasler	Rita Kieber-Beck

Wien – **ÖB, AHSt**: siehe Schweiz; Schaan – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Treffen mit Regierungschef Otmar Hasler am Rande des Gipfeltreffens des Europarates in Warschau (16. Mai); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Treffen mit Regierungsrat Martin Meyer (23. Juni); Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Erbprinz Alois, Regierungschef Otmar Hasler und Außenministerin Rita Kieber-Beck (30. Juni); Bundesminister Martin Bartenstein, Treffen mit Erbprinz Alois, Teilnahme an der Veranstaltung „Kapitalmarktdialog über Mittelosteuropa“ (11. Mai); Bundesministerin Karin Gastinger, Treffen mit Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher in Vaduz (7. Dezember).

Besuche in Österreich: Fürst Hans-Adam II., Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (Mürzsteg, 6. August); Gespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer anlässlich des Treffens der Staatsoberhäupter Österreichs, der Schweiz, Deutschlands und Liechtensteins (Salzburg, 24. Oktober); Regierungschef Otmar Hasler, Treffen mit Landeshauptmann Herwig van Staa sowie Sonderkoordinator und Vizekanzler a.D. Erhard Busek im Rahmen des Forum Alpbach (28. August); Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher, Treffen mit Bundesministerin Karin Gastinger bei den Salzburger Festspielen (16. August); Innenminister Martin Meyer, Treffen mit Bundesministerin Liese Prokop anlässlich des trilateralen Treffens der InnenministerInnen in Bregenz (29. September); Generalsekretär Roland Marxer, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (13. September).

Die österreichischen Exporte betragen 375,08 Millionen Euro (-5,5%), die Importe 129,6 Millionen Euro (+12,5%).

Anhang

Litauen (Republik Litauen), Wilna

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Valdas Adamkus	Algirdas Brazauskas	Antanas Valionis

Wilna – **ÖB**; **AHSt**: siehe Finnland; **ÖW**: siehe Schweden

Besuche aus Österreich: Abgeordneter zum Nationalrat Helmut Dietachmayr und Delegation (14.–19. Mai); Bundesministerin Elisabeth Gehrler, Arbeitsbesuch zur Vorbereitung der EU-Ratspräsidentschaft (17. und 18. Juni); Bürgermeister von Salzburg Heinz Schaden, Gespräche über Kooperationsprojekte mit Vilnius, der Europäischen Kulturhauptstadt 2009 (27.–29. September); Staatssekretär Eduard Mainoni, Arbeitsbesuch bei Verkehrsminister Petras Čėsna (12. Oktober); Bundesminister Günther Platter, Arbeitsbesuch bei Verteidigungsminister Gediminas Kirkilas (1. und 2. September); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Gespräche im Zusammenhang mit der EU-Ratspräsidentschaft mit Wirtschaftsminister Kęstutis Daukšys und Verkehrsminister Petras Čėsna (Klaipeda, 28. Oktober).

Besuche in Österreich: Oberbefehlshaber der Streitkräfte Valdas Tutkus, Arbeitsbesuch (18.–21. Jänner); Arturas Zuokas, Bürgermeister von Vilnius, Besuch in Linz, der Europäischen Kulturhauptstadt 2009 (29. September bis 2. Oktober); Außenminister Antanas Valionis, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Ursula Plassnik, Höflichkeitsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (27. Oktober); Parlamentsvorsitzender Arturas Paulauskas bei Nationalratspräsident Andreas Khol, Höflichkeitsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (8. November).

Das bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen wurde am 6. April unterzeichnet und trat am 17. November in Kraft.

Folgende Veranstaltungen wurden durchgeführt: Wien-Ball in Wilna (5. Februar); Fotowettbewerb zum Tag der Sprachen (landesweit, März bis September); Vortragsreihe von Johannes Langer für höhere Schulklassen „Holocaust und Antisemitismus“ (landesweit, April bis Mai); Weiterbildung für DeutschlehrerInnen, gestaltet durch das Zentrum für Österreichstudien in Skövde (Wilna, 1. und 2. April); Erstes Wiener Gemüseorchester (Eröffnungskonzert des Internationalen Festivals der modernen Musik, Wilna, 16. April); Musikkapelle Kirchschatz (Musikalische Umrahmung des EU-Festes in Wilna, 6. Mai); Seminar „System der internen Evaluation in Schulen“ mit Andreas Paschon und Franz Riffert (Wilna, 18.–20. Mai); Konzert des Grazer Tango-Ensembles („Österreich-Tag“ in Klaipeda, 20. Mai); Jubiläumsjahr 2005: Tagung „Der Zweite Weltkrieg in Ostmitteleuropa“ mit Heidemarie Uhl (Wilna, 22.–25. Mai); Konzert des NÖ Tonkünstlerorchesters (Kaunas, 8. Juni); Vortrag von Erich Marx im Seminar „Restaurierungen historischer Residenzen“ (Wilna, 13.–15. Juni); Konzert des Barockensembles Ars Antiqua (Wilna, 16. Juli); Orgelkonzert Bernhard Gfrerer (Wilna, 26. Juli); Jubiläumsjahr 2005: Zeitgeschichtliche Interviews mit in Litauen lebenden ehemaligen Rotarmisten über die Befreiung Wiens 1945 (August bis Oktober); Konzert des Komponisten und Dirigenten Gerhard Krammer mit dem Kaunas Quartett (Kaunas, 21. August); Beteiligung von Günther Selichar, Dieter Buchhart und Dagmar Schink am internationalen Experimentalkunstoffestival „BEWARE! POLITICS!“ (Alytus, 22.–28. August); Konzert des Ensembles „Saint Privat“ (Wilna, 5. September); Konzert von Johann Trummer (Orgel) und Franziska Hammer-Drexler (Gesang) beim Festival „Musica sacra“ (Kaunas, 18. September); Konzert des Ensembles K.O.P.G. (Kaunas, 15. Oktober); Mitwirkung der Compagnie Laroque unter Helene Weinzierl am Tanzfestival in Kaunas (8. Oktober); Vortrag Judith Lewonig über Bertha von Suttner (Wilna, 18. November); Lesung Marianne Gruber und Julian Schutting in der Österreichbibliothek Wilna (6. Dezember).

Die WKÖ veranstaltete österreichische Wirtschaftsmissionen nach Litauen (März und November).

Die österreichischen Exporte betragen 151,95 Millionen Euro (+42%), die Importe 36,43 Millionen Euro (+3,6%).

Länderinformationen

Luxemburg (Großherzogtum Luxemburg), Luxemburg

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Großherzog Henri	Jean-Claude Juncker	Jean Asselborn

Luxemburg – **ÖB; AHSt; ÖW:** siehe Belgien

Besuche aus Österreich: Volksanwalt Peter Kostelka, offizieller Besuch bei Ombudsmann Marc Fischbach (1. März); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Arbeitsgespräch mit Transportminister Lucien Lux (11. April); Staatssekretär Hans Winkler, Arbeitsgespräche mit beigeordneten Außenminister Nicolas Schmit und Generalsekretär des Außenministeriums Georges Santer (5. August); Bundesministerin Liese Prokop, Arbeitsgespräch mit Justizminister Luc Frieden (11. Oktober); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat auf Einladung von Sozialminister Mars Di Bartolomeo, Vortrag über das österreichische Gesundheitswesen (Bad Mondorf, 11. November); Bundesministerin Ursula Plassnik, Besuch bei Außenminister Jean Asselborn (1. Dezember); Landeshauptmann Josef Pühringer, offizieller Besuch bei Premierminister Jean-Claude Juncker (Übergabe des Friedenslichts aus Bethlehem), Treffen mit dem Präsidenten des Parlaments Lucien Weiler und dem Bürgermeister der Hauptstadt Luxemburg Paul Helminger (9. Dezember); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Arbeitsgespräch mit Transportminister Lucien Lux (14. Dezember).

Besuche in Österreich: Transportminister Lucien Lux, Arbeitsgespräche mit Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach und Bundesminister Josef Pröll (25. und 26. Jänner); Wissenschaftsminister Francois Biltgen, Besuch bei Landeshauptmann Herwig Van Staa und der Innsbrucker Bürgermeisterin Hilde Zach (24. Februar); EZA-Minister Jean-Louis Schiltz, Besuch bei Bundesministerin Plassnik (7. März); Generalsekretär des Außenministeriums Georges Santer, Arbeitsgespräche mit Bundesministerin Ursula Plassnik und Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (18. April); Außenminister Jean Asselborn, Empfang bei Bundespräsident Heinz Fischer sowie Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (22. September).

Die ÖB unterstützte mehrere Konzerte bzw. zwei große Veranstaltungen organisatorisch und finanziell maßgeblich: eine Diskussionsveranstaltung mit Jugendlichen und Zeitzeugen des Zweiten Weltkriegs anlässlich des Europatags sowie die Dritte Patristische Tagung der österreichischen Stiftung Pro Oriente. Ferner förderte und unterstützte die ÖB das Zustandekommen einer Großausstellung von Werken des österreichischen Graphikers Alfred Kubin aus der Sammlung des Oberösterreichischen Landesmuseums im Kunstmuseum in Luxemburg. Auf Schloss Burglinster fand eine von der ÖB unterstützte Ausstellung von Werken der österreichischen Schmuckkünstlerin Agnes-Maria Hagg und des österreichischen Malers Emmerich Weisenberger statt.

Die österreichischen Exporte betragen 174,32 Millionen Euro (-39,2%), die Importe 201,9 Millionen Euro (-8,8%).

Madagaskar (Republik Madagaskar), Atananarivo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Marc Ravalomanana	Jaques Sylla	Marcel Ranjeva

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Antananarivo – **HK**

Das Honorarkonsulat Antananarivo wurde im Oktober wieder eröffnet.

Die österreichischen Exporte betragen 781.000 Euro (+96,5%), die Importe 3,18 Millionen Euro (+7%).

Anhang

Malawi (Republik Malawi), Lilongwe

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Bingu wa Mutharika	Davis Katsonga

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Blantyre – **HK**

Drei TeilnehmerInnen erhielten ein Stipendium zur Ausbildung am Institut für Tourismus und Hotelmanagement in Klessheim.

Die österreichischen Exporte betragen 121.000 Euro (-81,6%), die Importe 2,98 Millionen Euro (+3,9%).

Malaysia (Malaysia), Kuala Lumpur

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Yang di-Pertuan Agong Tuanku Syed Sirajuddin ibni Almarhum Tuanku Syed Putra Jamalullail	Dato' Seri Abdullah bin Haji Ahmad Badawi	Datuk Seri Syed Hamid bin Syed Jaafar Albar

Kuala Lumpur – **ÖB, AHSt**

Besuche in Österreich: Gesundheitsminister Chua Soi Lek (19.–21. Mai); Tan Sri Dato Hamid Othman, Berater (im Ministerrang) des malaysischen Premierministers in islamischen Angelegenheiten, Teilnahme an der Dialogkonferenz „Islam in a Pluralistic World“ (14.–16. November).

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Österreich beteiligte sich mit zwei Filmen am 6. EU-Filmfestival in Kuala Lumpur, Petaling Jaya und Penang und spendete Buchpreise für den 3. Deutsch-Redewettbewerb an der Universiti Putra Malaysia.

Die österreichischen Exporte betragen 203,30 Millionen Euro (+21,5%), die Importe 256,09 Millionen Euro (+17,9%).

Malediven (Republik Malediven), Malé

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Maumoon Abdul Gayoom	Fathulla Jameel

ÖB, AHSt: siehe Indien, Malé – **HK**

Österreich unterstützte die Malediven durch die Vergabe von Stipendien, insbesondere für das Institut für Tourismus und Hotelmanagement in Klessheim. Eine Kandidatin erhielt ein solches Stipendium.

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Die österreichischen Exporte betragen 749.000 Euro (-39,7%), die Importe 27.000 Euro (-53,6%).

Länderinformationen

Mali (Republik Mali), Bamako

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Amadou Toumani Touré	Ousmane Issoufi Maïga	Moctar Ouane

ÖB: siehe Senegal, Bamako – **HK; AHSt:** siehe Marokko

Besuche aus Österreich: hochrangige Delegation des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten unter Leitung des Sondergesandten für Afrika, Georg Lennkh, am Ministertreffen EU-Afrika (5. Dezember).

In Vertretung der Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten nahm der für Mali zuständige Missionschef an der Veranstaltung „Fünf Jahre Erklärung von Bamako“ der Internationalen Organisation der Frankophonie (IOF), in der Österreich Beobachterstatus hat, teil.

Die österreichischen Exporte betragen 5,62 Millionen Euro (+20%), die Importe 1,65 Millionen Euro.

Malta (Republik Malta), Valletta

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Edward Fenech Adami	Lawrence Gonzi	Michael Frendo

Valletta – **ÖB;** Valletta – **HGK; AHSt: AHSt Mailand/Außenstelle**

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Arbeitsgespräch mit der Permanent Secretary im maltesischen Außenministerium Cecilia Attard Pirotta und Treffen mit Außenminister Michael Frendo anlässlich der Eröffnung der ÖB Valletta (31. Oktober); Staatssekretär Eduard Mainoni, Arbeitsbesuch beim Minister für Straßenverkehr Jesmond Mugliett, Minister für Bahn- und Luftverkehr, Schifffahrt Censu Galea und Minister für Telekommunikation Austin Gatt, in Vorbereitung des österreichischen EU Ratsvorsitzes (2.–4. November); Altlandeshauptmann Schausberger als Mitglied des Ausschusses der Regionen (13. bis 15. Juni) und Eva Belabed als Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses (19. Oktober).

Die Einrichtung der ÖB Valletta, die am 31. Oktober feierlich eröffnet wurde, war ein wesentlicher Beitrag zur Vertiefung der Beziehungen zu Malta nach seinem Beitritt zur EU. Ferner trat am 1. November das Grundsatzabkommen zwischen Österreich und Malta über die Zusammenarbeit im konsularischen Bereich in Kraft, das die Ausstellung von Visa für Malta durch österreichische Vertretungsbehörden vorsieht.

Aus Anlass der Botschaftseröffnung veranstalteten der Honorargeneralkonsul, österreichische Banken und Firmen ein Konzert mit Werken österreichischer und maltesischer Komponisten im Manoel Theater (Valletta, 8. Juni). Das Fagott-Trio Triomphe trat im Rahmen des Gozo Musiksommers in der St. Georg Basilika in Victoria auf (20. Juni). Elisabeth-Joe Harriett gestaltete im Salesian Theatre in Sliema einen Weihnachtsabend mit Liedern und Erzählungen Karl Heinrich Waggerls (8. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 31,72 Millionen Euro (+44,7%), die Importe 11,59 Millionen Euro (+3,3%).

Anhang

Souveräner Malteser Ritterorden

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Fra' Andrew Bertie (seit 16. April)	Jean-Pierre Mazery

ÖB: siehe Heiliger Stuhl

Marokko (Königreich Marokko), Rabat

Staatsoberhaupt	Premierminister	Außenminister
König Mohammed VI.	Driss Jettou	Mohamed Benaissa

Rabat – **ÖB**; Casablanca – **AHSt**

Das EZA-Projekt für die Regionalentwicklung der Gemeinde von Beni Idder im westlichen Rif-Gebirge wurde fortgesetzt.

Die Zusammenarbeit der beiden Innenministerien wurde durch die Entsendung eines Polizeiat-tachés weiter fortgeführt und durch den Austausch von Expertendelegationen intensiviert.

Österreichische MusikerInnen traten bei folgenden Veranstaltungen auf: Franz Chmel, Mund-harmonika, als Solist des Neujahrskonzerts des Marokkanischen Philharmonischen Orchesters (Jänner); Harry Sokal, Klemens Marktl, EU-Jazzfestival (Mai); Emma Schmid (Klavier) am Festi-val von Asilah (August); Monika Stadler (Harfe) am Festival der Gezupften Saiten in Rabat (November).

Die vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, dem Österreichischen Informati-onszentrum gemeinsam mit der ÖB organisierten Österreich-Tage an verschiedenen Universitäten des Landes (Februar) sowie Fortbildungsveranstaltungen für DeutschlehrerInnen fanden statt. An der Universiät Al Akhawayn in Ifrane wurde ein Österreich-Tag veranstaltet (November). Anlässlich des 200. Jahrestags des Besuchs des ersten österreichischen Botschafters in Marokko fanden weitere drei Veranstaltungen an Universitäten statt. Im Österreichischen Informationszentrum wurde die Fotoaus-stellung „Far from Heaven“ von Thomas Platzer gezeigt (April).

Auf dem Gebiet der Veterinärmedizin wurde die langjährige Kooperation zwischen den Univer-sitäten Wien und Rabat durch ein von der österreichischen Tierärztin Ulrike Auer abgehaltenes Seminar fortgesetzt (Dezember). Der österreichische Pädagoge und Übersetzer Hamid Leheb leitete eine philosophische Debatte zum Thema „Vernunft und Religion“ in Casablanca (Febru-ar). Univ.-Prof. Franz Martin Wimmer nahm an einem Philosophenseminar an der Universität Fès teil (März).

Eine Wirtschaftsmission der WKÖ reiste zur Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen nach Casablanca und Rabat (Ende November). Ein gemeinsam mit dem Büro des Handelsdelegierten organisiertes Seminar über österreichische Eisenbahntechnologie fand in Rabat statt (Juni).

Die österreichischen Exporte betragen 50,51 Millionen Euro (+8,3%), die Importe 58,07 Millio-nen Euro (-17,8%).

Marshall Inseln (Republik Marshallinseln), Majuro

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Kessai Note	Gerald M. Zackios

ÖB, AHSt: siehe Australien

Länderinformationen

Mauretanien (Islamische Republik Mauretanien), Nouakchott

Staatsoberhaupt	Premierminister	Außenminister
Colonel Ely Ould Mohammed Vall	Sidi Mohammed Ould Boubakr	Ahmed Ould Sid'Ahmed

ÖB, AHSt: siehe Marokko

Die österreichischen Exporte betragen 2,07 Millionen Euro (+17,2%), die Importe 17.000 Euro (-64,4%)

Mauritius (Republik Mauritius), Port Louis

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sir Anerood Jugnauth	Navinchandra Ramgoolam	Madan Murlidhar Dulloo

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Port Louis – **HK**

Das zweite SOS-Kinderdorf wurde eröffnet (Mai). Wie im Vorjahr trat auf Initiative des Honorarkonsuls das Vienna Violin Quartet auf (April).

Die österreichischen Exporte betragen 4,72 Millionen Euro (+53,6%), die Importe 4,71 Millionen Euro (-25,1%).

Mazedonien (Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien), Skopje

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Branko Crvenkovski	Vlado Bučkovski	Ilinka Mitreva

Skopje – **ÖB, HGK, ÖBTZ, Bildungsbeauftragte, AHSt** (Leiter in Belgrad)

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Liese Prokop, Gespräche mit Innenminister Ljubomir Mihailovski (Skopje, 19. Juni); Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit den Außenministern der fünf Westbalkanstaaten zur Vorbereitung des Westbalkanschwerpunkts der österreichischen EU-Präsidentschaft (Ohrid, 2. Dezember).

Besuche in Österreich: Außenministerin Ilinka Mitreva, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundesministerin Ursula Plassnik und Mitgliedern des Außenpolitischen Ausschusses des Nationalrates (3.–5. Mai); Stellvertretende Premierministerin Radmila Šekerinska, zuständig für die EU-Integration, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (Alpbach, 28. August); Präsident Branko Crvenkovski, Arbeitsbesuch, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, dem Nationalratspräsidenten Andreas Khol und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (26. September); in Begleitung des mazedonischen Präsidenten, Wirtschaftsminister Fatmir Beslimi, Gespräche mit Bundesminister Martin Bartenstein; Premierminister Vlado Bučkovski, Teilnahme am Treffen der südosteuropäischen Regierungschefs mit Bundeskanzler Schüssel (Salzburg, 2. und 3. August), Treffen mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel bei einer Veranstaltung zur Förderung von Investitionen in Mazedonien (Wien, 7. November). Innenminister Ljubomir Mihailovski, Treffen der InnenministerInnen der Westbalkanstaaten, Gespräche mit Bundesministerin Liese Prokop (24. und 25. November); Bildungsminister Azis Polozhani, Treffen der BildungsministerInnen der Westbalkanstaaten mit Bundesministerin Elisabeth Gehrler (2. Dezember); stellvertretender Justizminister Subi Jakupi, Treffen der JustizministerInnen der Westbalkanstaaten mit Bundesministerin Karin Gastinger (5. und 6. Dezember).

Anhang

Bilaterale Verhandlungen über den Abschluss eines Rückübernahmeabkommens fanden in Wien statt (23. bis 25. November).

Im Rahmen der technischen Zusammenarbeit wurden in Mazedonien Infrastrukturprojekte finanziert, vor allem Wasserleitungen und Kanäle.

Die ÖB veranstaltet in der Oper von Skopje ein Konzert, bei dem Werke österreichischer Komponisten aufgeführt wurden, die von den Nationalsozialisten in die Emigration gezwungen worden waren (21. Juni). Die Bertha von Suttner-Wanderausstellung wurde im Museum der Stadt Skopje gezeigt (20. Juli bis 22. August).

Die österreichischen Exporte betragen 65,29 Millionen Euro (+11,6%), die Importe 17,83 Millionen Euro (+94,9%).

Mexiko (Vereinigte Mexikanische Staaten), Mexiko-Stadt

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Vicente Fox Quesada

Außenminister

Luis Ernesto Derbez Bautista

Mexiko-Stadt – **ÖB, KF, AHSt**; Acapulco, Cancún, Guadalajara, Mérida, Monterrey, Tijuana – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatsbesuch von Bundespräsident Heinz Fischer und Gattin, begleitet von Bundesminister Martin Bartenstein, Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Präsident des ÖGB Fritz Verzetnitsch, Vizepräsident der WKÖ Richard Schenz samt Delegation, Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften Herbert Mang sowie jeweils einem Abgeordneten der vier im Nationalrat vertretenen Parteien, Arbeitsgespräche von Bundespräsident Heinz Fischer mit Präsident Vicente Fox, Senatspräsident Diego Fernández de Cevallos, dem Leiter des Außenpolitischen Ausschusses im Senat Senator Fernando Margain Berlanga sowie weiteren ParlamentarierInnen, mit dem Bürgermeister von Mexiko-Stadt Andres Manuel Lopez Obrador, mit dem Gouverneur des Bundesstaates Jalisco Francisco Ramirez Acuna und Gouverneur des Bundesstaates Michoacan Lázaro Cárdenas Batel; Arbeitsgespräche von Bundesminister Martin Bartenstein mit Wirtschaftsminister Canales Clariond und Transport- und Kommunikationsminister Pedro Cerisola y Weber; Arbeitsgespräch von Bundesministerin Maria Rauch-Kallat mit Gesundheitsminister Frenk Mora (29. Mai bis 2. Juni).

Besuche in Österreich: Arturo Montiel Rojas, Gouverneur des mexikanischen Bundesstaates Estado de Mexico, offizieller Besuch, Höflichkeitsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme an der Enthüllung der Straßentafel „Isidro Fabela-Promenade“ in der Donau-City zu Ehren des Verfassers der Protest-Demarche Mexikos gegen den Anschluss Österreichs im Jahr 1938 (20. Mai).

Das bilaterale Memorandum of Understanding betreffend Clean Development Mechanism (CDM) wurde von Umweltminister Alberto Cárdenas Jiménez am 16. Februar unterzeichnet.

Mexiko war einer der Schwerpunkte der Auslandskulturpolitik. Die bisher in Mexiko wohl größte österreichische Kulturveranstaltung fand dabei in Guadalajara beim „Festival Cultural de Mayo“ statt, bei dem Österreich Gastland war. Im Mai präsentierte sich Österreich in der zweitgrößten Stadt Mexikos in allen Bereichen des traditionellen, aber auch zeitgenössischen Kunstschaffens. Zum Festival kamen mehr als 100 österreichische KünstlerInnen. Das Programm bestand aus zahlreichen Ausstellungen, Performances, Konzerten klassischer Musik, Jazz, elektronischer Musik, einer Schau des zeitgenössischen österreichischen Films, einem Konzert- und Opernfilmfestival, einer Avantgardetanzproduktion, einer Volkstanzgruppe, Vorträgen, einer Gastronomiewoche sowie zahlreichen Rahmenveranstaltungen. Ein weiteres Großereignis fand im Bereich der zeitgenössischen österreichischen Malerei statt. Bundespräsident Heinz Fischer eröffnete die Großausstellung der Sammlung Essl im Museo de Arte Moderno in Mexiko-Stadt, die danach in Monterrey im Museum Marco gezeigt wurde.

Länderinformationen

In einem Literaturhaus in Mexiko-Stadt wurden mit Erfolg die zweisprachigen Lesungen zeitgenössischer sowie klassischer österreichischer Literatur unter dem Titel „Österreich zwischen den Zeilen“ fortgesetzt. Österreichische LektorInnen lehrten weiterhin an Universitäten in Mexiko-Stadt und in Monterrey. Österreich nahm an den gemeinsamen Kulturprojekten der EU-Mitgliedsstaaten in Mexiko teil. Beim Europäischen Filmfestival war Österreich mit dem Film „Der umgekehrte Blick“ von Fridolin Schönwiese vertreten, beim Festival Eurojazz in Mexiko-Stadt trat die junge Band „Forms of Plasticity“ mit dem DJ Bionic Kid auf. Die ÖB vertrat österreichische Universitäten auf der gut besuchten europäischen Bildungsmesse „Europosgrados“. Eine auf dem Gelände der ÖB eingerichtete Künstlerwohnung wurde laufend von österreichischen KünstlerInnen benutzt.

Die österreichischen Exporte betragen 216,53 Millionen Euro (+5,5%), die Importe 158,55 Millionen Euro (+53,9%).

Mikronesien (Föderierte Staaten von Mikronesien), Palikir

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Joseph Urusemal

Außenminister

Sebastian L. Anefal

ÖB, AHSt: siehe Australien

Moldau (Republik Moldau), Chişinău

Staatsoberhaupt

Vladimir Voronin

Regierungschef

Vasile Tarlev

Außenminister

Andrei Stratan

ÖB, AHSt: siehe Rumänien; Chişinău – **ADA-Büro, Österreich-Bibliothek, Bildungsbeauftragter**

Besuche in Österreich: Außenminister Andrei Stratan und der für die Wiedervereinigung zuständige Minister Vasile Sova, Teilnahme an einer Veranstaltung des IDM, Empfang bei Bundesministerin Ursula Plassnik (Juni); Vizeaußenminister Valeriu Ostalev anlässlich einer Veranstaltung der Bundeswirtschaftskammer betreffend die Wirtschaftsbeziehungen Österreich – Republik Moldau (Ende September).

Ein ADA-Büro besteht seit April in Chişinău.

Ein Projekt in Zusammenarbeit mit dem Hilfswerk Austria „Kinder- und Jugendschutzprogramm Moldau“ bestehend aus mehreren Subprojekten wurde fortgeführt (Gesamtrahmen rund 800.000 Euro). Weitere humanitäre und Entwicklungsprojekte sind in Planung. Zwei der von der ADA finanzierten und vom Hilfswerk Austria durchgeführten Projekte sind in Transnistrien lokalisiert. Auch der in die Republik Moldau entsendete österreichische Bildungsbeauftragte leistet Entwicklungszusammenarbeit.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Österreich-Bibliothek in Chişinău wurde fortgesetzt. Die Bibliothek wird sehr stark frequentiert und ist die Partnerinstitution für verschiedene Kulturprojekte des KF Bukarest. Ein Johann-Strauß-Konzert mit dem österreichischen Dirigenten Wolfgang Göllner fand in Chişinău statt (Ende Dezember)

Die Hauptausfuhrwaren waren zuletzt Maschinen und Apparate, Elektroausrüstung, Unterhaltungselektronik, chemische Produkte und Nahrungsmittel, vor allem Zucker.

Die österreichischen Exporte betragen 23,11 Millionen Euro (+19,4%), die Importe 14,82 Millionen Euro (+29,2%).

Anhang

Monaco (Fürstentum Monaco), Monaco-Ville

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Fürst Albert II.	Jean-Paul Proust

Monte Carlo – **HGK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Günther Platter, Teilnahme an den Begräbnisfeierlichkeiten für Fürst Rainier von Monaco (9. und 10. April).

Zwischen Österreich und dem Fürstentum Monaco bestehen konsularische Beziehungen. Die in Aussicht genommene Aufnahme diplomatischer Beziehungen (ohne Botschafteraustausch) kann erst nach dem Inkrafttreten des neuen bilateralen Abkommens zwischen Monaco und Frankreich erfolgen.

Mongolei (Mongolei), Ulan Bator

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Nambar Enkhbayar	Tsakhia Elbegdorj	Tsend Munh-Orgil

Ulan Bator – **HK; ÖB; KF, AHSt:** siehe China

Besuche in Österreich: Parlamentspräsident (seit September Staatspräsident) Nambar Enkhbayar, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Nationalratspräsident Andreas Kohl sowie Bundesministerin Elisabeth Gehrer, Besuch im Außenpolitischen Ausschuss des Nationalrates (21. Jänner).

Bundesministerin Ursula Plassnik traf mit Außenminister Tsend Munh-Orgil am Rande der VN-GV in New York zusammen (September).

Im Rahmen der Messe „Wiener Ferienwoche“ fand ein mongolisch-österreichisches Tourismusrundtischgespräch statt (21. Jänner).

Neben der Mongolian Academy of Science wurden vier weitere mongolische akademische Einrichtungen in das Universitätsnetzwerk Eurasia-Pacific Uninet eingebunden, in dessen Rahmen die wissenschaftliche und universitäre Kooperation intensiviert werden soll.

Im Rahmen des Nord-Süd-Dialog-Stipendienprogramms unterstützte Österreich die berufliche Fortbildung einer Studierenden aus der Mongolei in Österreich.

Die österreichisch-mongolischen Wirtschaftsbeziehungen entwickelten sich positiv. Die österreichischen Exporte betragen 2,59 Millionen Euro (-50,3%), die Importe 234.000 (-52,8%).

Mosambik (Republik Mosambik), Maputo

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Aussenministerin
Armando Guebuza	Luisa Dias Diogo	Alcinda Abreu

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Maputo – **HK, Koordinationsbüro der OEZA;** Beira – **Liaisonsbüro der OEZA**

Besuche aus Österreich: Geschäftsführer der ADA Michael Linhart, Arbeitsbesuch in der Provinz Sofala (26. Oktober bis 1. November).

Länderinformationen

Mosambik ist Schwerpunktland der OEZA. Das Dreijahresprogramm 2002–2004 wurde um ein Jahr verlängert. Gegenwärtig wird ein neues Jahresprogramm ausgearbeitet. Die Zusammenarbeit konzentriert sich auf die Sektoren Ländliche Entwicklung und Dezentralisierung in der Provinz Sofala. Der Beitritt zum SWAP „PROAGRI“, dem Nationalen Programm für Landwirtschaftliche Entwicklung, wurde unterzeichnet. Das Koordinationsbüro der OEZA wurde von Beira nach Maputo verlegt.

Ein Kandidat aus Mosambik erhielt ein Stipendium für den Studienlehrgang am Institut für Tourismus und Hotelmanagement in Klessheim. Finanzielle Unterstützung wurde einem Kandidaten für den 20. Universitätslehrgang in „groundwater training technique“ gewährt.

Im Teatro Avenida in Maputo wurde die Aufführung von Schillers Räuber unter österreichischer Mitwirkung (Stephan Bruckmeier, Margit Niederhuber) unterstützt (Jänner). Ferner wurde ein finanzieller Beitrag an die mosambikanische Theatergruppe NICE zu ihrer Aufführung einer in Hinblick auf die AIDS-Problematik überarbeiteten Version von Schnitzler's „Der Reigen“ geleistet.

Die österreichischen Exporte betragen 991.000 Euro (-55,8%), die Importe 326.000 Euro (-97,8%).

Myanmar (Union Myanmar), Yangon

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Senior General Than Shwe	Soe Win	Nyan Win

ÖB, AHSt: siehe Thailand

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Die österreichischen Exporte betragen 4,96 Millionen Euro (-5,8%), die Importe 9,77 Millionen Euro (-8,7%).

Namibia (Republik Namibia), Windhoek

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Hifikepunye Pohamba	Nahas Angula	Marco Hausiku

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Windhoek – **HGK**

Namibia ist Kooperationsland der OEZA und Fokus-Staat im Rahmen des Konzepts „Afrika 2000“. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind ein neues Jugendstrafrecht sowie Rechtsreformen zur Abschaffung jeglicher Diskriminierung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts, die Ausbildung von Jugendlichen sowie die Entwicklung eines ökologisch nachhaltigen Tourismus unter direkter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in der unterentwickelten Nord-West-Region. Österreichische Projektträger sind das Nord-Süd-Institut für Entwicklungszusammenarbeit, das Internationale Institut für Zusammenarbeit (IIZ) sowie HORIZONT 3000. Namibische Partner sind neben staatlichen Stellen (Justiz-, Tourismusministerium) das Legal Assistance Centre (LAC), die NGO „The Bridge“ sowie die NGO Namibian Community Based Tourism Association (NACOBTA).

Der bilaterale Handel wird hauptsächlich über Südafrika abgewickelt. Die österreichischen Exporte betragen 748.000 Euro (+43,9%), die Importe 1,86 Millionen Euro (-45,4%).

Anhang

Nauru (Republik Nauru), Yaren District

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Ludwig Scotty

Außenminister
David Adeang

ÖB, AHSt: siehe Australien

Österreich und Nauru haben am 9. November diplomatische Beziehungen aufgenommen.

Nepal (Königreich Nepal), Kathmandu

Staatsoberhaupt und Regierungschef
König Gyanendra Bir Bikram Shah Dev

Außenminister
Ramesh Nath Pandey

ÖB, AHSt: siehe Indien; Kathmandu – **HK** (Am 15. Dezember wurde das Honorarkonsulat Kathmandu geschlossen)

Nepal ist Kooperationsland der OEZA. Im Mittelpunkt stehen dabei Projekte in den Bereichen Ländliche und Regionale Entwicklung (Schaffung zusätzlicher oder alternativer Einkommensmöglichkeiten für die ländliche Bevölkerung in Ostnepal), Ökologie, Energie durch Wasserkraft, umweltfreundlicher und sozialverträglicher Tourismus (Aufbau, Infrastruktur, Aus- und Fortbildungskurse für Beschäftigte im Hotel- und Gastgewerbe, Bergführer etc.) und Erhaltung des kulturellen Erbes.

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Adaptierung des Königspalastes in Patan zu einem Museum bildet die Restaurierung der historischen Gartenanlage Keshar Mahal Garden of Dreams (Garden of the Six Seasons) in Kathmandu den Schwerpunkt der kulturellen Zusammenarbeit. Durch ein multifunktionales Nutzungskonzept und entsprechende institutionelle Vorkehrungen soll sich der Gartenkomplex in Zukunft selbst erhalten können und die langfristige Nutzung sichergestellt, dabei gleichzeitig in seiner Einheit bewahrt werden.

Darüber hinaus führt die OEZA über die NGO ÖKO-Himal zahlreiche Projekte zur Armutsbekämpfung und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Subsistenzbauern durch (Gesundheitsstation in Simigaon, Mobiles Gesundheitszentrum im Arun-Tal, Errichtung von Schulen, Stipendienprogramm für Schülerinnen, Muktinath Tibetan Traditional Medical Centre, Tourismusentwicklung und -ausbildung). Die Bewahrung und Sicherung der traditionellen Musik und die Erhaltung kultureller Artefakte für kommende Generationen bilden einen weiteren Schwerpunkt. Mit der Unterstützung von Radio Sagarmatha, dem ersten regierungsunabhängigen und nicht kommerziellen Radiosender, soll ein Beitrag zur Demokratisierung des Landes geleistet werden.

Auf regionaler Ebene arbeitet die OEZA mit dem in Kathmandu ansässigen International Centre for Integrated Mountain Development (ICIMOD) zusammen (Bienenzucht, Rangeland Management) und unterstützt dieses finanziell.

Mehrere NGOs, kirchliche Organisationen und Privatpersonen führen Klein- und Mikroprojekte durch. Der Verein „Jugend Eine Welt“ (Don Bosco) führte im Distrikt Morang/Sirsia ein Projekt für die Minderheit der Santal (Unberührbare) mit Schwerpunkt auf Schul- und Erwachsenenbildung durch. Der österreichische Alpenverein nimmt sich der alptouristischen Aus- und Weiterbildung an.

Österreich unterstützte im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft die berufliche Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich wie auch an regionalen Ausbildungsstätten. Insgesamt elf KandidatInnen erhielten Stipendien zur Aus- und Weiterbildung in Österreich, davon acht Nord-Süd-Stipendien und drei Stipendien zum Besuch des Instituts für Tourismus und Hotelmanagement in Klessheim.

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 1,34 Millionen Euro (-4,4%), die Importe 1,83 Millionen Euro (-7,8%).

Neuseeland (Neuseeland), Wellington

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Helen Clark	Winston Peters (seit 17. Oktober)
vertreten durch:		
Generalgouverneurin Dame Silvia Cartwright		

ÖB, AHSt, ÖW: siehe Australien; Wellington – **HGK**; Auckland – **HK**

Aus dem Universitätsbereich wäre die enge Kooperation der Lincoln University Christchurch mit der Universität für Bodenkultur in Wien hervorzuheben.

Die Wiener Sängerknaben gaben in sieben Städten neun Konzerte. Die Dunedin Opera Company hat Salieris Oper „Falstaff“ aufgeführt.

Die österreichischen Exporte betragen 84,09 Millionen Euro (+2%), die Importe 37,39 Millionen Euro (+3,2%).

Cook Inseln

Selbstverwaltetes Gebiet in freier Verbindung zu Neuseeland.

Niue

Selbstverwaltetes Gebiet in freier Verbindung zu Neuseeland.

Nicaragua (Republik Nicaragua), Managua

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Enrique Bolaños Geyer	Norman Caldera Cardenal

ÖB: siehe Guatemala; Managua – **Regionalbüro der OEZA**; **AHSt:** siehe Mexiko

Am Rande des Außenministertreffens der EU mit der Rio-Gruppe in Luxemburg führte Bundesministerin Ursula Plassnik ein bilaterales Gespräch mit Außenminister Norman Caldera Cardenal (27. Mai).

Nicaragua ist Schwerpunktland der OEZA. Schwerpunktsektoren bildeten die Ländliche Entwicklung, Förderung von Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben sowie der Soziale Sektor.

Im Interesse der Armutsminderung begann die OEZA eine Reihe von neuen Vorhaben: ein Gesundheitsprogramm in der Autonomen Atlantikregion Nord wurde gefördert, ein mit anderen Gebern koordinierter Beitrag im Gesundheitssektor geleistet und ein Programm zur Förderung der lokalen Wirtschaftsentwicklung im Departement Masaya unterstützt. Die OEZA bemühte sich auch um eine verbesserte Koordination zwischen zentralstaatlicher und lokaler Ebene bei der Förderung von MKMB und unterstützte die Förderung der Produktion und Vermarktung ökologisch produzierter Lebensmittel. Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurde die akademische Ausbildung von Fachkräften in Österreich unterstützt.

Anhang

Erstmals fanden in Managua bilaterale Konsultationen der OEZA mit dem nicaraguanischen Außenministerium statt (September).

Die österreichischen Exporte betragen 1,55 Millionen Euro (+107,8%), die Importe 3,92 Millionen Euro (+16,5%).

Niederlande

(Königreich der Niederlande), Amsterdam

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Beatrix	Jan Peter Balkenende	Bernard Bot

Den Haag – **ÖB, AHSt**; Amsterdam – **HGK, ÖW**; Rotterdam – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Treffen mit Finanzminister und Vizeministerpräsident Gerrit Zalm (Den Haag, 31. Jänner); Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Europastaatssekretär Atzo Nicolai, ICTY-Präsident Theodor Meron und IStGH-Präsident Philippe Kirsch (Den Haag, 7. September); Bundesministerin Liese Prokop, Treffen mit Innenminister Johan Remkes, Justizminister Piet-Hein Donner, Integrationsministerin Rita Verdonk und Europol-Direktor Max Ratzel (Den Haag, 27. September); Bundesministerin Karin Gastinger, Treffen mit Justizminister Piet-Hein Donner, IStGH-Präsident Philippe Kirsch und IStGH-Ankläger Luis Moreno Ocampo (Den Haag, 27. und 28. Oktober); Nationalratspräsident Andreas Khol, Bundesratsvizepräsidentin Anna Haselbach und Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme an der Subsidiaritätskonferenz (Den Haag, 17. November); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Treffen mit Wirtschaftsminister und Vizeministerpräsident Laurens Jan Brinkhorst und Verkehrsministerin Karla Peijs (Den Haag, 24. November).

Besuche in Österreich: Bildungsministerin Maria van der Hoeven, Treffen mit Bundesministerin Elisabeth Gehrer (14. Februar); Außenminister Bernard Bot, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (28. September).

Beim Internationalen Filmfestival Rotterdam war Österreich mit zahlreichen Filmen vertreten. Beim Deutschlehrerkongress in Lunteren wurden von der ÖB Workshops über das Österreich-Institut angeboten. Norbert Gstrein hielt zwei Lesungen zu seinem neuen Roman „Das Handwerk des Tötens“. Im Rahmen des Literaturfestivals „Writing on the Edge“ war Gustav Ernst in den Niederlanden. Robert Menasse war im Goethe-Institut Amsterdam im Rahmen der Auflösung der Stiftung für kulturellen Austausch und Neugründung einer von niederländischer Seite unterstützten Stiftung für internationalen literarischen Austausch zu Gast.

In Zusammenarbeit mit der schwedischen und der norwegischen Botschaft fand im Haager Friedenspalast das Bertha von Suttner-Symposium statt (Frühjahr), im Dezember eine Ausstellung zu Bertha von Suttner in der Zentralen-Bibliothek in Den Haag. Der Verein der Österreicher in den Niederlanden feierte sein 50-jähriges Bestehen in einem großen Festakt mit diversen kulturellen Beiträgen. An der Universität Leiden gab Univ.-Prof. Anton Pelinka eine Lesung von zum „Gedankenjahr 2005“ (Herbst). In der Residenz fand die Präsentation des Buches „Mozart op Reis 1763–1766“ (Mozart auf Reisen) des niederländischen Autors Piet Verwijmeren statt, bei der VertreterInnen von Medien und der Fachliteratur anwesend waren (Oktober).

Im Rembrandt-Haus in Amsterdam wurde eine Ausstellung mit Radierungen von Jacob Demus gezeigt, im Gemeentemuseum Den Haag eine Ausstellung von Siegfried Anzinger. Die ÖB veranstaltete gemeinsam mit der tschechischen Botschaft ein Symposium zu Adalbert Stifter, zu dem niederländische GermanistInnen und ein Verleger aus Prag Beiträge lieferten (Dezember). Alle Informationen in Bezug auf Mozart im Jahr 2006 in den Niederlanden werden dem Publikum seit Dezember über die Webseite www.stichting-mozart2006.nl online zugänglich gemacht.

Österreich bleibt als elftwichtigster Abnehmer niederländischer Waren ein bedeutender Handelspartner der Niederlande und liegt an 30. Stelle der Lieferländer. Die österreichischen Exporte betragen 1,70 Milliarden Euro (+2,4%), die Importe 2,71 Milliarden Euro (+5,8%).

Länderinformationen

Niger (Republik Niger), Niamey

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Mamadou Tandja	Hama Amadou	Aichatou Mindaoudou

ÖB: siehe Senegal; Niamey – **HK, AHSt:** siehe Marokko

Der Sondergesandte für Afrika, Georg Lennkh, nahm als österreichischer Vertreter in der EU-Troika am 8. EU-ECOWAS-Ministertreffen in Niamey teil.

Die österreichischen Exporte betragen 142.000 Euro (-71,3%), die Importe 3.000 Euro (-45%).

Nigeria (Bundesrepublik Nigeria), Abuja

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Olusegun Obasanjo	Oluyemi Adeniji

Abuja – **ÖB;** Lagos – **AHSt**

Die seit über 50 Jahren in Nigeria ansässige österreichische Künstlerin Susanne Wenger beging im Juli ihren 90. Geburtstag und wurde seitens der ÖB mit einer Veranstaltung nebst Ausstellung geehrt. Ihr Werk in den „Sacred Oshun Groves“ wurde in das Weltkulturerbe der UNESCO aufgenommen.

Ein Botschaftsprojekt finanziert die Erstellung eines Werkskataloges sowie verschiedene Restaurierungsarbeiten an den Freiluftplastiken Susanne Wengers. Die Schauspielerin und Performance-Künstlerin Cordula Nossek absolvierte eine Tournee und gab an mehrere erfolgreiche Vorstellungen für ausländische und nigerianische SchülerInnen (Dezember).

Der Luftfahrtminister Babalola Borisade besuchte mit einer Delegation verschiedene Firmen in Österreich (September und November).

Die österreichischen Exporte betragen 99,48 Millionen Euro (+2,2%), die Importe 438,79 Millionen Euro (+162,2%).

Norwegen (Königreich Norwegen), Oslo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Harald V.	Jens Stoltenberg	Jonas Gahr Støre

Oslo – **ÖB, HGK, AHSt;** Bergen, Stavanger, Ålesund, Kristiansand, Trondheim, Tromsø – **HK; ÖW:** siehe Kopenhagen

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Elisabeth Gehrler, anlässlich der Erziehungsministerkonferenz (Bergen, 19. und 20. Mai); Bundesminister Günther Platter bei Verteidigungsministerin Kristin Krohn Devold (17. und 18. August).

Im Jubiläumsjahr der 100-jährigen staatlichen Unabhängigkeit Norwegens stellte die im neu eröffneten Nobel-Friedenszentrum in Oslo gezeigte Wanderausstellung „Bertha von Suttner“ einen positiven österreichischen Konnex sowohl zum 100-Jahr-Jubiläum wie auch zur in Norwegen identitätsstiftenden Friedensarbeit her.

Schwerpunkte der Kulturarbeit der ÖB waren das Gastspiel der österreichisch-französischen Theatergruppe „Superamas“ in Oslo, Bergen und Trondheim, sowie in der Sparte „neue Kunstarten“ die Konzerte der Soundartisten Peter Votava, Markus Decker, Ursula Reiter und Erich

Anhang

Berger im Rahmen des 9. Osloer Medienkunst-Workshops (16.–19. November), die Aufführung von Georg Holzmanns Audio- und Videokomposition „nogo02“ im Rahmen der piksel05-Konferenz in Bergen sowie die Performance der Tiroler Bildhauerin Ursula Beiler „Rainbow and Sword“ im Rahmen des „International Fire Art Festival“ in Tromsø (14.– 20. November).

Die Architekturausstellung „AUSTRIA WEST“ (Architektenhochschule in Oslo 12.–30. September) betonte den mehrjährig gesetzten Schwerpunkt „Moderne Architektur“ auf dem für nordische Verhältnisse interessanten Gebiet des Holzbaus, zu der Univ.-Prof. Herman Kaufmann einen Vortrag an der Osloer Architektenhochschule hielt.

Der Betreuung von GermanistInnen und Literaturinteressierten durch Verbreitung von Information über österreichische Literatur galten Vorlesungen von Prof. Walter Sokel über Franz Kafka und Friedrich Nietzsche an der Universität Bergen und von Univ.-Prof. Allan S. Janik über Bertha von Suttner am Nobel-Friedenszentrum sowie im Rahmen des „Literarischen Salons“ der ÖB organisierte Lesungen von Susanne Ayoub aus ihrem Roman „Engelsgift“, die Vorlesung des literarischen Übersetzers Prof. Sverre Dahl über seine 100. Übersetzung (Franz Kafka's „Briefe an Milena“), und die Präsentation durch die Übersetzer der ersten norwegischen Übersetzung eines Werkes von Elfriede Jelinek „Die Klavierspielerin“. Lautpoet Jörg Piringer nahm am Poesiefestival „Audiatur“ in Bergen teil. Der Gitarrist Wolfgang Muthspiel gastierte mit seinem Trio beim Bergen Nattjazz Festival.

Mit Unterstützung der ÖB wurde die norwegische Übersetzung von Theodor Herzls „Der Judenstaat“ herausgebracht.

Im Rahmen des Dokumentarfilmfestivals erhielt der Film „Darwin's Nightmare“ von Hubert Sauper den „Eurodoc-Preis 2005“.

Die österreichischen Exporte betragen 325,47 Millionen Euro (+7,4%), die Importe 364,20 Millionen Euro (+22,7%).

Oman

(Sultanat Oman), Maskat

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
S.M. Sultan Qaboos bin Said Al Said	S.H. Sayyid Fahd bin Mahmoud bin Mohamed Al Said	S.E. Youssuf bin Alawi bin Abdullah

Maskat – **ÖB; AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche aus Österreich: Bundesminister a.D. Klubobmann Herbert Scheibner (18.–20. Februar); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Gespräche mit Gesundheitsminister Ali bin Mohammed bin Moosa (14. März).

Im Lichte des stetig wachsenden wirtschaftlichen Austauschs wurden Verhandlungen für ein Doppelbesteuerungsabkommen geführt und abgeschlossen.

Zwei Klavierrezitale des Pianisten Robert Lehrbaumer stießen in Maskat auf großes Interesse. Die Künstlerin Sini Coreth hielt eine Einzelausstellung in Maskat ab und nahm an einer internationalen Gruppenausstellung teil (März).

Die österreichischen Exporte betragen 42,21 Millionen Euro (+0,3%), die Importe 475.000 Euro (-7,3%).

Länderinformationen

Pakistan (Islamische Republik Pakistan), Islamabad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Pervez Musharraf	Shaukat Aziz	Mian Kurshid Mehmood Kasuri

Islamabad – **ÖB**; Lahore, Karachi – **HK**; **AHSt**: siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche in Österreich: Vorsitzender der Higher Education Commission Atta ur'Rahman, zwecks Besuchs von Bildungseinrichtungen, nach dem von Bundesministerin Elisabeth Gehrler und dem pakistanischen Wissenschaftsminister geschlossenen Memorandum of Understanding „Ph.D. Scholarships for Studies of Science and Technology and Engineering“.

Nikolaus Scherk, Leiter der Asienabteilung im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, nahm am Troika-Besuch auf hoher Beamtenebene teil (Ende September). Auf lokaler Ebene fanden zahlreiche Menschenrechts-Demarchen im Troika-Format statt.

Das Doppelbesteuerungsabkommen wurde Ende des Jahres ratifiziert.

Im Rahmen der internationalen Erdbebenhilfe für Pakistan waren 70 Personen des Bundesheeres mit vier Wasseraufbereitungsanlagen für zwei Monate in Einsatz. Im Rahmen der bilateralen Hilfe kam es zu Direktlieferungen von Hilfsgütern. Finanziell beteiligte sich Österreich vor allem im Rahmen der multilateralen Finanzhilfe.

Die österreichischen Exporte betragen 89,59 Millionen Euro (+60,5%), die Importe 56,32 Millionen Euro (+7,2%).

Palästinensische Autonomiegebiete (Palästinensische Behörde für das Westjordanland und den Gazastreifen)

Vorsitzender der Palästinensischen Autonomiebehörde	Premier Minister	Außenminister
Mahmoud Abbas	Ahmed Qurei'a	Nasser Al Qudwa

Ramallah – Österreichisches Vertretungsbüro bei der Palästinensischen Autonomiebehörde

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsident Andreas Khol, Arbeitsgespräch mit dem Vorsitzenden der PLO Mahmoud Abbas, Interim Präsident Rawhi Fatouh, Premier Minister Ahmed Qurei'a, Sprecher des Parlaments Hassan Kreisheh, Universitätspräsident von Bir Zeit Nabil Kassis und Hannan Ashrawi (4. und 5. Jänner); Bundesministerin Ursula Plassnik, Besuch bei Präsident Mahmoud Abbas, Premier Minister Ahmed Qurei'a, Planungsminister Ghassan Al-Khatib, Projektbesuch bei der Palästinensischen „Medical Relief Society“ (Mustafa Barghuoti) (27. Juni).

Die Rahmenbedingungen des bewaffneten Konfliktes beeinträchtigten die Fortführung laufender und die Formulierung neuer Projekte. Die österreichische Zusammenarbeit konzentriert sich vor allem auf die Bereiche Governance/Demokratie, Soziales/Gesundheit, Wasser/Umwelt und humanitäre Hilfe. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen betrug die Summe der Auszahlungen 4 Millionen Euro.

Ein Konzert des „Arab Orchestra of Nazaret“ mit österreichischer Musik fand anlässlich eines „Österreich-Tages“ in Nazaret statt (17. März). Darüber hinaus wurde die Teilnahme eines österreichischen Musikers an einem Barockfestival des Musikzentrums Al Kamandjâti in Ramallah finanziell unterstützt (Dezember). Am Jugendorchester-Projekt des Edward Said National Conservatory wirkte der österreichische Musiker Erich Sokar Hütter mit. Adelheid Wünsche ist am selben Konservatorium als Violinlehrerin tätig.

Anhang

Vor dem Hintergrund einer sich durch den bewaffneten Konflikt weiteren Verschlechterung der Gesamtwirtschaftslage erreichten die österreichischen Exporte und Importe ähnlich wie im Vorjahr kaum signifikante Werte. Die österreichischen Exporte betragen 1,01 Millionen Euro (-30,1%), die Importe 174.000 Euro (-25,6%).

Palau (Republik Palau), Koror

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Tommy Remengesau Jr.

Außenminister
Temmy L. Shmull

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 3.580 Euro (-96,8%), die Importe 15.200 Euro.

Panama (Republik Panama), Ciudad de Panama

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Martín Torrijos Espino

Außenminister
Samuel Lewis Navarro

ÖB: siehe Kolumbien; Ciudad de Panama – **HGK; AHSt:** siehe Mexiko

Besuche in Österreich: Vizeaußenminister Ricardo José Duran, Arbeitsgespräch mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (27. Oktober).

Im Rahmen einer von der ÖB organisierten Konzerttournee im Amtsbereich gab der österreichische Pianist Klaus Leutgeb ein Konzert (19. Oktober).

Eine von der AHSt Mexiko organisierte Wirtschaftsmission mit österreichischen Firmen in Zentralamerika besuchte auch Panama (Ende November).

Die österreichischen Exporte betragen 31,18 Millionen Euro (+368%), die Importe 15,43 Millionen Euro (+47%).

Papua-Neuguinea (Unabhängiger Staat Papua-Neuguinea), Port Moresby

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.

Regierungschef
Sir Michael Somare

Außenminister
Sir Rabbie Namaliu

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Paulias Matane

ÖB, AHSt: siehe Australien; Port Moresby – **HK**

Die österreichische Entwicklungshilfeorganisation HORIZONT 3000 (Koordinationsstelle in Mount Hagen) hat rund zwei Dutzend Entwicklungshelfer im Einsatz. Schwerpunkte sind Erziehung, Handwerk und Kleingewerbe sowie soziale Dienste. Im Rahmen der EU wurde unter anderem Hilfe für den Wiederaufbau auf Bougainville geleistet, wo ebenfalls österreichische ExpertInnen im Einsatz standen.

Seit Jahrzehnten sind Priester und geistliche Schwestern des Päpstlichen Missionswerks in Wien seelsorgerisch in Papua Neu Guinea tätig.

Die österreichischen Exporte betragen 76.000 Euro (+63,6%), die Importe 923.000 Euro (-16,4%).

Länderinformationen

Paraguay (Republik Paraguay), Asunción

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Nicanor Duarte Frutos

Außenminister
Leila Rachid de Cowles

ÖB, AHSt: siehe Argentinien; Asunción – **HGK**

Der Handel zwischen Österreich und Paraguay wird stark von Einzelgeschäften beeinflusst. Die österreichischen Exporte betragen 5,13 Millionen Euro (+233,4%), die Importe 531.000 Euro (+72,8%).

Peru (Republik Peru), Lima

Staatsoberhaupt
Alejandro Toledo

Regierungschef
Pedro Pablo Kuczynski
(seit 16. August)

Außenminister
Oscar Maúrtua
(seit 16. August)

Lima – **ÖB; AHSt:** siehe Chile; Arequipa (vorübergehend geschlossen), Cusco, Iquitos (vorübergehend geschlossen), Trujillo – **HK**

Auf Ebene der UmweltministerInnen wurde in Wien (3. März) und Lima (17. Februar) ein Memorandum of Understanding mit Peru über die Umsetzung des „Clean Development Mechanismus“ unterzeichnet.

Die Stadtverwaltung von Cusco organisierte gemeinsam mit dem peruanischen Umweltrat und mit österreichischer Unterstützung und Expertenbeteiligung ein Symposium zum Thema Abfallbewirtschaftung (13. Juli). In Zusammenarbeit mit dem Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit fand in Lima ein regionales Forum der Zivilgesellschaft zum Thema Demokratie und gute Regierungsführung statt (15. und 16. November). Als Beitrag zum Kampf gegen den illegalen Drogenhandel leistete das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten im Wege von UNDCP 100.000 Euro zur Förderung von Alternativenbauprojekten in Peru.

Als erste öffentliche Lesung eines Stücks der österreichischen Literaturnobelpreis-trägerin in Peru präsentierte die Theatergruppe „Cuatro tablas“ in einer szenischen Lesung in Lima „Erlkönigin“ aus der „Kleinen Trilogie des Todes“ von Elfried Jelinek (Mai). Der österreichische Künstler Oliver Ressler stellte beim neunten Internationalen Video/Kunst und Elektronikfestival in Lima seine Installation „Alternative Economics, Alternative Societies“ vor (August). Der frühere Oboist des Mozarteum-Orchesters Salzburg Wolfgang Schlachter bot im Nationalen Konservatorium Lima eine Perfektionsklasse an.

Die universitäre Zusammenarbeit wurde durch den gegenseitigen Austausch von StudentInnen und WissenschaftlerInnen zwischen österreichischen und peruanischen Universitäten fortgeführt. Eine peruanische Studentin erhielt im Rahmen des Nord-Süd-Stipendienprogramms ein Stipendium. Weiters erhielten zwei Peruaner ein Teilstipendium für eine Ausbildung im Tourismus- und Fremdenverkehrsbereich.

Die österreichischen Exporte betragen 17,62 Millionen Euro (-0,8%), die Importe 4,69 Millionen Euro (-31,7%).

Philippinen (Republik der Philippinen), Manila

Staatsoberhaupt
Gloria Macapagal Arroyo

Regierungschefin
Gloria Macapagal Arroyo

Außenminister
Alberto G. Romulo

Anhang

Manila – **ÖB, HGK, AHSt**; Cebu – **HGK**

Besuche aus Österreich: Landeshauptmann Herwig van Staa, Eröffnung des von der Universität Innsbruck initiierten Asian Studies Program Philippines, Unterzeichnung einer Absichtserklärung (Manifesto of Intent) über Zusammenarbeit im Tourismusbereich zwischen Tirol und den Philippinen mit Tourismusminister Joseph Durano (5.–8. Februar).

Besuche in Österreich: Speaker des philippinischen Abgeordnetenhauses José de Venecia, Gespräche mit Nationalratspräsident Andreas Khol, Staatssekretär Alfred Finz und Staatssekretär Eduard Mainoni (Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding über Zusammenarbeit im Eisenbahnbereich zwischen dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie und dem philippinischen Department für Verkehr und Kommunikation) (18.–20. Juni).

An österreichischen kulturellen Aktivitäten sind zu nennen: Vienna Opera Ball der Johann Strauss Society in Manila; Beteiligung am EU-Filmfestival in Manila, Cebu und Davao mit dem Film „Twinni“ von Ulrike Schweiger sowie am International Women’s Film Festival am Film Institute der University of the Philippines mit dem österreichischen Beitrag „Free Radicals“ (Böse Zellen) von Barbara Albert.

Im Rahmen des ASEA-Uninet nahmen im Februar 19 österreichische StudentInnen verschiedener österreichischer Universitäten an dem von der Universität Innsbruck zum vierten Mal organisierten Asian Studies Program an der University of the Philippines in Manila und der University San Carlos in Cebu teil.

Die österreichischen Exporte betragen 54,44 Millionen Euro (-65,3%), die Importe 71,82 Millionen Euro (-52,6%).

Polen (Republik Polen), Warschau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Lech Kaczyński (seit 23. Dezember)	Kazimierz Marcinkiewicz (seit 31. Oktober)	Stefan Meller (seit 31. Oktober)

Warschau – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, ÖI**; Krakau – **GK, KF, ÖI**; Wrocław (Breslau) – **HK, ÖI**; Gdańsk (Danzig), Łódź – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau (27. Jänner) und am Europaratgipfel (Warschau, 15.–17. Mai); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am Treffen der AußenministerInnen der Regionalen Partnerschaft (Warschau, 12. Jänner); Landeshauptmann Erwin Pröll, Arbeitsbesuch und Eröffnung des ECOPLUS-Büros (20. und 21. April); Landeshauptmann Josef Pühringer, Arbeitsbesuch in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation (Krakau, 18. Mai; Warschau 18. und 19. Mai), Teilnahme am Europäischen Gipfel der Regionen und Städte (Wrocław, 19. und 20. Mai); Landeshauptfrau Gabriele Burgstaller, Teilnahme am Europäischen Gipfel der Regionen und Städte (Wrocław, 19. und 20. Mai); Landeshauptmann-Stellvertreter Ferdinand Eberle, Arbeitsbesuch in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation (Krakau, 18. Mai; Warschau, 19. Mai); Landtagspräsident Reinhold Purr (St), Teilnahme am Europäischen Gipfel der Regionen und Städte (Wrocław, 19. und 20. Mai); Landtagspräsident Helmut Mader (T), Teilnahme am Europäischen Gipfel der Regionen und Städte (Wrocław, 19. und 20. Mai); Landesrat Gerald Schöpfer (St), Arbeitsbesuch und Unterzeichnung von drei Zusammenarbeitsabkommen (Katowice, 1. Juni).

Besuche in Österreich: Staatspräsident Aleksander Kwasniewski, Abschiedsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (2. Dezember); Vize-Premierministerin und Sozialministerin Izabela Jaruga-Nowacka, Arbeitsbesuch (6. Juni); Justizminister Andrzej Kalwas, Arbeitsbesuch (4. Februar); Umweltminister Jerzy Swatoń, Arbeitsbesuch (1. und 2. April); Außenminister Adam

Länderinformationen

Daniel Rotfeld, Keynote speaker bei der Konferenz „30 Jahre Helsinki-Prozess“ (20. Juli); stellvertretender Außenminister Jan Trzuszczński, Arbeitsbesuch und Vortrag „Polen – Ein Jahr in der EU“ (12. Mai); Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium Krystyna Gurbiel, Teilnahme am Europaforum Wachau (Stift Göttweig, 4. und 5. Juni); Andrzej Przewoźnik, Generalsekretär des Rates für die Erinnerung an Kampf und Martyrium, Teilnahme an den Gedenkfeiern zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen-Gusen (Gusen, 7. Mai).

Das KF Warschau nutzte das „Gedankenjahr 2005“, um in zahlreichen Vorträgen, Seminaren und Symposien zu „1945: Freiheit ist nicht nur ein Wort“, „1955: Österreich ist frei – Polen im Warschauer Pakt“ und „1995: Gemeinsam in der EU“ die Parallelen und Diskontinuitäten zwischen der österreichischen und der polnischen Geschichte aufzuzeigen. Höhepunkt war die Konferenz „Kulturelle Identität Europas“ im Warschauer Kulturpalast (2.–4. Juni), an der VertreterInnen aus 31 europäischen Staaten teilnahmen. Dies war die größte bisherige Kooperation unter den in Polen vertretenen europäischen Kulturinstitutionen.

Mit der Herausgabe der Zeitschrift für Kunst, Kultur und Gegenwart „Secesja“ setzte das KF ein nachhaltiges Zeichen für die Vertiefung des Verständnisses für zeitgenössische Problemstellungen. Für die ersten beiden Nummern konnten namhaften Autoren, wie Lech Wałęsa, Władysław Bartoszewski, Marcin Król, Erzbischof Christoph Kardinal Schönborn, Erhard Busek und viele andere, gewonnen werden.

Die vom Institut für die Wissenschaft vom Menschen (Wien) mitorganisierten „Tischner-Debatten“, an denen sich das KF beteiligte, fand breiten medialen Niederschlag. Die Mitwirkung von Präsident Lech Kaczyński, Lord Dahrendorf, Ministerpräsident Kurt Biedenkopf und vielen Vertretern der polnischen Politikszene schuf neue Kontaktebenen.

Verstärkte Aufmerksamkeit wurde seitens des KF dem Ausbau der Kontaktpartner außerhalb der Hauptstadt gewidmet. So konnten strategisch Szczecin, Gdańsk und Olsztyn im Norden zur vermehrten Zusammenarbeit animiert werden. Gorzów Wielkopolski und Zielona Góra im Westen, Lublin und Białystok im Osten, Kielce, Radom, Łódź im Süden des Amtsbereiches wurden mit Partnern aus unterschiedlichen Kunstbereichen gewonnen. Die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den österreichischen LektorInnen in Łódź, Poznań, Toruń und Warschau führte zu mehreren Programmen.

Besonders hervorzuheben ist die Positionierung der Adresse des KF, Prózna 8, als integralen Teil des jüdischen Lebens von Warschau. In Kooperation mit der Zeitschrift Midrasz schufen die jüdischen Buchtage, die Teilnahme am Singer Straßenfestival, die Präsentation bei den jüdischen Filmtagen, Vorträge zu Jiddisch, Klezmer Musik, Krenek-Lieder in der Synagoge und ein Erich Zeisl-Gedenkkonzert ein reiches Panoptikum jüdischer Vergangenheit und Gegenwart.

Höhepunkte in den einzelnen Kunstrichtungen waren die Konzerte von Mnozil Brass, der Vienna Clarinet Connection, Beefolk mit Wolfgang Muthspiel und die Fortsetzung der Präsentation zeitgenössischer Musik mit dem „Jungen Musikforum“. In der Bildenden Kunst verstärkte sich die Verknüpfung der beiden Kunstszenen durch die Gemeinschaftsausstellungen „Leben und Arbeiten in Wien 2“, kuratiert von der Vizedirektorin der staatlichen Kunstgalerie Zacheta, und „Spaciously“, kuratiert von zwei jungen Kuratorinnen der Zeitschrift „Sekcja“. Als literarische VertreterInnen waren Lesungen und Übersetzungen von Martin Pollack, Karl-Markus Gauß, Elfriede Kern. Mile Stojic zu hören. Ein Glanzpunkt war der viertägige Aufenthalt von Peter Turrini mit einer Fülle von Veranstaltungen in Warschau und Łódź sowie Theaterpremierern von Ödön von Horváth, Herbert Berger, Peter Turrini, Herbert Rosendofer, Ferdinand Bruckner.

Mit der 40-Jahr-Feier des KF unter Anwesenheit des ehemaligen Außenministers Władysław Bartoszewski, Johann Marte, VertreterInnen der Regierung und der Stadt Warschau rundete sich das Bild in einem Kaleidoskop von Veranstaltungen ab, die vor allem den Schwerpunkt der Kinder- und Jugendarbeit präsentierten.

Das GK Krakau bemühte sich um die Forcierung der Zusammenarbeit zwischen Österreich und Südpolen auf regionaler Ebene und unterstützte verschiedenste Delegationen aus österreichischen Bundesländern bei ihren Besuchen in Südpolen.

Anhang

Die vom GK gemeinsam mit der Wirtschaftsabteilung des Landes Steiermark bereits 2004 initiierten INTERREG-Workshops wurden mit Veranstaltungen in Krakau und Wrocław fortgesetzt. In Wrocław fand unter Beteiligung des Generalsekretariats, des Landes Steiermark, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit und des Niederschlesischen Umwelt-Wojwodschaftsfonds eine Konferenz zum Thema „Einsatz von EU-Mitteln im Bereich von Umweltschutz- und Wasserwirtschaftsprojekten“ statt (16. September). Das GK bot mit seinen Räumlichkeiten und dem Garten den Rahmen für eine Steiermark-Präsentation, eine Standortpräsentation Steiermark, eine Tourismuspräsentation sowie ein Frühlingsfest mit Spezialitäten und Volksmusik aus der Steiermark (31. Mai). Geleitet wurde die Delegation von Landtagsabgeordnetem Erwin Gruber. Das Land Steiermark unterzeichnete am 14. Februar ein Kooperationsabkommen mit der Wojwodschaft Vorkarpaten und am 4. April ein Abkommen mit Niederschlesien. Ein Steiermark-Tag fand in Rzeszow, Wojwodschaft Vorkarpaten mit einer Wirtschaftspräsentation sowie einer Weinpräsentation und einem kulturellen Abend statt (1. Dezember).

Die im Jahr 2004 mit einer vom GK mitorganisierten Konferenz begonnene Zusammenarbeit zwischen dem Arbeitsmarktservice Oberösterreich, der Arbeiterkammer Oberösterreich und dem Verein zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung (FAB) einerseits und dem Arbeitsamt Katowice, dem Hauptbergbauinstitut (GIG) in Katowice sowie der Stadt Katowice andererseits wurde mit der Unterzeichnung einer Absichtserklärung zur verstärkten Zusammenarbeit am 5. Juni intensiviert. In der Folge gelang es dem FAB Linz gemeinsam mit dem GIG Katowice, im Dezember den Zuschlag für ein ESF-finanziertes Projekt zur Einführung von Arbeitsstiftungen nach österreichischem Muster in Katowice zu erhalten.

Die Städte Wien und Krakau verlängerten am 1. Juli das Abkommen über eine Zusammenarbeit (vor allem im Bereich Stadttechnologie) für weitere vier Jahre. Mehrfach waren Delegationen aus dem Verwaltungsbereich der Stadt Krakau zu Besuch in Wien, wobei der Bereich Abfallwirtschaft und Umwelttechnologie von Interesse war.

An den Gedenkfeierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau am 27. Jänner nahm neben zahlreichen Staats- und Regierungschefs auch Bundespräsident Heinz Fischer teil. Die permanente österreichische Ausstellung im Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau soll nach 40 Jahren neu gestaltet werden, eine entsprechende Ankündigung weist seit November in den Ausstellungsräumen auf die geänderte Haltung Österreichs zu den historischen Ereignissen und auf das Projekt der Neugestaltung hin.

Das Österreich-Institut in Wrocław wurde eröffnet (10. Oktober). Damit verstärkt sich die österreichische Präsenz in Niederschlesien, wo es bisher bereits ein HKt sowie eine Österreich-Bibliothek gab. Das Österreich-Institut in Krakau feierte sein 10-jähriges Bestehen und bezog im September neue Räumlichkeiten. Das GK Krakau arbeitete mit dem Österreich-Institut bei diversen Veranstaltungen zusammen, etwa beim Europäischen Sprachentag in Krakau.

Die Zahl der österreichischen StudentInnen, die ein Auslandssemester an Krakauer Universitäten verbringen, wächst ständig. Auch die Universitätskooperation zwischen der Jagiellonen-Universität Krakau und der Universität Wien, dem MCI Innsbruck und der Wirtschaftsakademie in Krakau entwickeln sich gut. Bei den „Tagen der Wissenschaft“ in der Universitätsmetropole wurde im Rahmen des Veranstaltungszyklus „Österreich innovativ“ das österreichische Nano-Net durch zwei steirische WissenschaftlerInnen vorgestellt.

Im Bereich Musik wurden wiederum zahlreiche junge österreichische MusikerInnen zu Konzerten in ganz Südpolen eingeladen. Herausragend waren dabei die Gruppe Mnozil Brass mit Konzerten in Krakau, Opole und Katowice sowie einer gleichzeitig veranstalteten Musikinstrumentenpräsentation. Auch im Bereich elektronischer Musik gab es zahlreiche Auftritte österreichischer Interpreten im Rahmen des Festivals „Unsound“ sowie im Projekt „NOMAD“. Die Gedenkveranstaltung zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau wurde mit einem Vortrag des polnischen Regisseurs Piotr Szalsza sowie einem Konzert eines österreichisch-polnischen Ensembles mit Musik von Pavel Haas, Gideon Klein und Viktor Ullmann im jüdischen Kulturzentrum in Krakau gestaltet.

Länderinformationen

Radek Knapp, Martin Pollak sowie Karl-Markus Gauß und der polnische NIKE-Preisträger Andrzej Stasiuk gaben Lesungen ihrer Werke in Krakau und Wrocław. Im Rahmen des Internationalen Theaterfestivals in Wrocław stieß die Aufführung der Wiener Festwochen-Produktion von Christoph Marthaler „Schutz vor der Zukunft“ auf großes Interesse und erhielt ausgezeichnete Kritik in den Medien. Die Österreich-Bibliotheken in Wrocław, Opole und Przemysł waren gut besuchte Stationen von Lesereisen junger österreichische SchriftstellerInnen. An der Universität Opole wurde mit einer Konferenz das Adalbert-Stifter-Jahr unter Teilnahme zahlreicher österreichischer Stifter-SpezialistInnen auch in Polen beachtet.

Zahlreiche Ausstellungen, unter anderem eine Retrospektive Josef Dabernig, sowie Fotoausstellungen österreichischer KünstlerInnen in der Galerie des KF Krakau sowie an anderen Ausstellungsorten in ganz Südpolen boten ein vielfältiges Spektrum der österreichischen Künstlerszene.

Die österreichischen Exporte betragen 1,89 Milliarden Euro (+16%), die Importe 1,49 Milliarden Euro (+33,9%).

Portugal (Portugiesische Republik), Lissabon

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jorge Fernando Branco de Sampaio	José Sócrates Carvalho Pinto de Sousa (seit 12. März)	Diogo Freitas do Amaral (seit 12. März)

Lissabon – **ÖB, AHSt**; Porto, Albufeira, Funchal – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Liese Prokop, Arbeitsgespräch mit Innenminister António Costa (16. Dezember); Staatssekretär für Sport Karl Schweitzer (Lissabon, Porto und Braga 20.–23. Juni).

Besuche in Österreich: Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten Fernando de Oliveira Neves, Arbeitsgespräch mit Staatssekretär Hans Winkler (13. Oktober)

Im Rahmen des Kulturprogramms der ÖB wurden Konzerte des Kammermusikensembles „Duo Nota Bene“ in Seixal, Lissabon, Santarém und Porto gegeben (Februar). Der Jazzmusiker Karl-Heinz Miklin trat gemeinsam mit dem portugiesischen Pianisten Carlos Azevedo in Porto auf und hielt auch eine Master Class ab.

Im Rahmen von „LisboaPhoto“ wurde die Ausstellung mit Werken von Erwin Wurm im Museu do Chiado in Lissabon gezeigt. (Mai bis September).

Franzobel hielt Lesungen aus seinen Arbeiten an den Universitäten Aveiro, Porto, Coimbra und Lissabon (Mai). Das Theaterstück von Peter Handke „Die Unvernünftigen sterben aus“ erschien im Alexandria-Verlag in portugiesischer Sprache.

Das Germanistik-Institut der Universität Coimbra hielt ein Österreich-Symposium ab, in dessen Rahmen unter anderem österreichische Vortragende über Berufsaussichten mit Kenntnissen der deutschen Sprache informierten (31. Mai).

Beim internationalen Kurzfilmfestival in Vila do Conde wurden Produktionen von Siegfried Frühauf, Gustav Deutsch, Thomas Woschitz und Peter Tscherkassky gezeigt. Der Film „Instructions for a Light and Sound Machine“ von Peter Tscherkassky wurde in der Kategorie Experimentalfilm mit dem ersten Preis ausgezeichnet. Die parallel gezeigte Ausstellung mit Video-Installationen von Siegfried Frühauf in der Galerie Solar stieß auf großes Interesse (Anfang Juli).

Die österreichischen Exporte betragen 349,85 Millionen Euro (+2,8%), die Importe 389,35 Millionen Euro (-15,6%).

Anhang

Ruanda (Republik Ruanda), Kigali

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Paul Kagame	Bernard Makuza	Charles Murigande

ÖB: siehe Kenia; **AHSt:** siehe Südafrika

Ruanda ist Kooperationsland der OEZA und wird als solches vom EZA-Büro in Kampala betreut. Die Schwerpunktsektoren sind Wasserversorgung und Justizreform. In diesen Bereichen wurden ein von der Regierung eingerichteter Fonds zur ländlichen Wasserversorgung bzw. die zur juristischen Aufarbeitung des Genozids eingerichtete lokale Gacaca-Gerichtsbarkeit unterstützt.

Die österreichischen Exporte betragen 182.000 Euro (+21,4%), die Importe 2,1 Millionen Euro (+525%).

Rumänien (Rumänien), Bukarest

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Traian Basescu	Calin Popescu-Tariceanu	Mihai-Razvan Ungureanu

Bukarest – **ÖB, KF, AHSt, ÖBTZ, Verbindungsbeamter des Bundesministeriums für Inneres;** Temeswar – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Unterzeichnung eines Doppelsteuerabkommens (30. März); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach (2. und 3. Juni); Bundesminister Josef Pröll (27. und 28. Oktober); Bundesministerin Ursula Haubner, Unterzeichnung eines Abkommens über die soziale Sicherheit (27. und 28. Oktober); Staatssekretär Hans Winkler (14. November).

Besuche in Österreich: Außenminister Mihai-Razvan Ungureanu (7. April, 11.–13. Dezember); Justizministerin Monica Luisa Macovei (13. Mai); Landwirtschaftsminister Gheorghe Flutur (Juli); Wirtschaftsminister Ioan-Codrut Seres (10.–14. Juni); Innenminister Vasile Blaga, Treffen der „Salzburg Gruppe“ der InnenministerInnen (Graz, 29. Juli); Staatssekretär für Verkehr Alexandros Galiatatos (20. September).

Die intensive Zusammenarbeit auf den Gebieten Justiz und Inneres, die an der ÖB von einem residenten Verbindungsbeamten des Innenministeriums koordiniert wird, erbrachte im Berichtszeitraum unter anderem folgende Resultate: Ministertreffen im Rahmen des „Salzburg-Forum“ in Graz (28. und 29. Juli) sowie die Aufnahme Rumäniens in die „Salzburg Gruppe“; Fortsetzung der Aktivitäten im Rahmen des Aktionsplans zur österreichisch-rumänischen Zusammenarbeit, hochrangiges Evaluierungstreffen in Bukarest (22. und 23. Dezember); laufende Durchführung von Seminaren im Rahmen der Ausbildung rumänischer Polizeioffiziere durch österreichische ExpertInnen in den Bereichen Grenzpolizei, Zeugenschutz, Verdeckte Ermittlung, Sicherheitsakademie (Trainerausbildung für das Thema „Polizeiethik und Korruption“) und Verkehrspolizei; erfolgreicher Abschluss des PHARE-Projekts „Aufbau der Nationalen EUROPOL-Stelle“, bei dem Österreich als Juniorpartner von Holland tätig war.

Angesichts der sechs großen Hochwasser die Rumänien organisierte die ÖB eine Hilfsaktion, durch die 44 Einfamilienhäuser in der Region Vrancea (Suraia und Odobesti) innerhalb von vier Monaten wieder aufgebaut und den Betroffenen übergeben werden konnten. Diese Wiederaufbauhilfe wurde durch österreichische, in Rumänien aktive Unternehmen, durch die Bundesregierung mit 150.000 Euro sowie durch private Spender und Firmen aus Österreich finanziert und von ehrenamtlichen HelferInnen gemeinsam mit den Betroffenen umgesetzt.

Im Bildungsbereich wurde im Rahmen der rumänisch-österreichischen Kooperation Projekt ECONET ausgeweitet, bei dem SchülerInnen berufsbildender Gymnasien in „Übungsfir-

Länderinformationen

men“ auf das Wirtschaftsleben vorbereitet werden. Sie durchlaufen sämtliche Rollen innerhalb eines virtuellen Unternehmens und simulieren Handelsbeziehungen zu Übungsfirmen an anderen Schulen. Dieser praxisnahe Ausbildungsansatz fand in Rumänien Anklang; in der Folge wurde eine Übungsfirmenzentrale in Temeswar gegründet und eine internationale Übungsfirmenmesse mit über 400 TeilnehmerInnen organisiert (30. April und 1. Mai). Das Projekt ECONE NET wird durch KulturKontakt Austria implementiert. Die OZA förderte dieses Projekt im Rahmen ihres Regionalansatzes auch in anderen südosteuropäischen Ländern.

Auch das KF organisierte einige Veranstaltungen: Im April fand unter internationaler Beteiligung ein Symposium über das Jiddische in Bukarest statt, das an eine versunkene Kultur erinnerte. Das Wiener Pygmalion-Theater gab zahlreiche Vorstellungen von Kafkas „Die Verwandlung“ und dem Stück „Die fabelhafte Welt des Dr. Freud“. Beim internationalen Jazz-Festival in Hermannstadt gastierte die Heinz-von-Hermann-Jazz-Band. Im Juni präsentierte sich das Aron-Quartett. Im Herbst gastierten die beiden Grazer Schauspieler Johannes Pump und Barbara Simoner mit „Remember Dr. Zweig“ in Temeswar und Hermannstadt. Regelmäßig fanden Veranstaltungen an den Österreich-Bibliotheken statt.

Die Anzahl der Firmen mit österreichischer Kapitalbeteiligung betrug über 3.500. Die österreichischen Direktinvestitionen erreichten rund 7 Milliarden Euro, womit Österreich mit Abstand zum größten ausländischen Investor in Rumänien wurde.

Die österreichischen Exporte betrugen 1,44 Milliarden Euro (+16,4%), die Importe 735,97 Millionen Euro (+1,9%).

Russische Föderation (Russische Föderation), Moskau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Wladimir Putin	Michail Fradkow	Sergej Lawrow

Moskau – **ÖB, AHSt, ÖW**; St. Petersburg – **HGK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme an den Moskauer Feierlichkeiten anlässlich des 60. Jahrestags der Beendigung des Zweiten Weltkrieges (9. Mai); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Teilnahme an der Europäischen Verkehrsministerkonferenz (24. und 25. Mai); Bundesminister Josef Pröll, Arbeitsbesuch bei Landwirtschaftsminister Alexej Gordejew, Eröffnung einer „Kontaktbörse“ österreichischer Lebensmittelexporteure (7. und 8. Juni); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Treffen mit Gesundheitsminister Michail Surabow (17. Juni); Bundesministerin Liese Prokop, Arbeitsbesuch bei Innenminister Raschid Nurgalijew, Gespräche mit Katastrophenschutzminister Sergej Schoigu, dem Direktor der Drogenbekämpfungsbehörde Viktor Tscherkessow und dem Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB Nikolaj Patruschew (1.–3. September); Bundesministerin Ursula Plassnik, Arbeitsgespräch mit Außenminister Sergej Lawrow und Rückgabe des „Fliegenden Merkur“ sowie Treffen mit dem Stellvertretenden Bevollmächtigten des Präsidenten für den Nordwestlichen Föderalen Bezirk Jewgeni Makarow (Moskau, 6. Oktober und St. Petersburg, 7. Oktober); Bundesministerin Ursula Plassnik, Troika-Treffen der AußenministerInnen mit Russland (9. November); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Arbeitsbesuch bei Präsident Wladimir Putin und Ministerpräsident Michail Fradkow (1. Dezember 2005).

Besuche in Österreich: Vorsitzender der Staatsduma Boris Gryslow, Arbeitsbesuch bei Nationalratspräsident Andreas Khol (23.–25. Februar); Außenminister Sergej Lawrow, Teilnahme an den Staatsvertragsfeierlichkeiten (15. Mai); Vorsitzender des Föderationsrates Sergej Mironow, Teilnahme an der Gedenkveranstaltung anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen (8. Mai); Präsidentenvertreter für den Nordwestlichen Föderalen Bezirk Klebanow und zahlreiche Gouverneure dieses Bezirks, Präsentation des Nordwestlichen Föderalen Bezirks der Russischen Föderation in Wien (30. November).

Anhang

Die seit mehreren Jahren in Russland tätigen österreichischen NGOs setzten ihre Arbeit fort. Einige Projekte dieser NGOs werden durch das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten im Wege der ADA kofinanziert, darunter Förderungsmaßnahmen für die vom Geiseldrama in Beslan betroffenen Kinder und deren Angehörige. Weiters wurden im Sommer rund 80 betroffene Kinder aus Beslan zu einem Erholungsurlaub nach Kärnten eingeladen.

Auf kulturellem Gebiet fand zum „Gedankenjahr 2005“ eine Ausstellung über die sowjetische Besatzung in Wien 1945–1955 statt, die in Moskau, St. Petersburg und Nischnij Nowgorod gezeigt wurde. Auch des Adalbert Stifter-Jubiläums (200. Geburtstag) sowie des 100. Jahrestages der Verleihung des Friedensnobelpreises an Bertha von Suttner wurde mit einem Symposium bzw. einer Ausstellung gedacht. Weiters hervorzuheben ist Österreichs Teilnahme am internationalen Festival für Kinder- und Jugendliteratur „Bibliobraz“ in Moskau, im Beisein der Gattin des Bundespräsidenten, Margit Fischer (Oktober). Rund 50 weitere Veranstaltungen fanden in den Bereichen Musik, bildende Kunst, Theater, Tanz, Literatur und Wissenschaft statt.

In mehreren Bereichen gab es einen Transfer von österreichischem Know-How nach Russland: Kooperation der beiden Sozialministerien mit Schwerpunkt Rehabilitationszentren (TACIS-Projekt), Schaffung eines landesweiten Katasters in Russland mit Hilfe österreichischer Experten (TACIS-Projekt). Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit veranstaltete gemeinsam mit dem österreichischen Wirtschaftsförderungsinstitut seit 1990 Fortbildungskurse für russische Beamte und Manager.

Die österreichischen Direktinvestitionen nahmen zu und betragen rund 1,3 Milliarden Euro. Im russischen Österreich-Tourismus gab es neuerlich eine etwa 10%ige Steigerungsrate.

Die österreichischen Exporte betragen 1,70 Milliarden Euro (+22,4%), die Importe 2,26 Milliarden Euro (+61,2%).

Salomonen (Salomonen), Honiara

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Sir Allan Kemakeza	Laurie Chan

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Nathaniel Waena

ÖB, AHSt: siehe Australien

Österreich und die Salomonen haben am 13. Oktober diplomatische Beziehungen aufgenommen.

Sambia (Republik Sambia), Lusaka

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Levi Mwanawasa	Lt.Gen. Ronnie Shikapwasha

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Lusaka – **HK**

Von HORIZONT 3000 und Caritas wurde in Kofinanzierung mit der EU ein Projekt mit Jugendlichen im Bereich Aidsaufklärung und Prävention finanziert.

Zur Ausbildung am Institut für Tourismus und Hotelmanagement in Klessheim wurde ein Stipendium vergeben.

Die österreichischen Exporte betragen 1,58 Millionen Euro (+53,7%), die Importe 662.000 Euro (-65,4%).

Länderinformationen

Samoa

(Unabhängiger Staat Samoa), Apia

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Malietoa Tanumafili II.	Tuilaepa Aiono Sailele Malielegaoi

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 6.000 Euro (+173,8%).

San Marino

(Republik San Marino), San Marino

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Zwei Kapitanregenten mit 6-monatiger Amtszeit (seit 1. Oktober)	

Claudio Muccioli	Antonello Bacciocchi	Fabio Berardi
------------------	----------------------	---------------

ÖB: siehe Heiliger Stuhl; **AHSt:** siehe Italien (Padua); San Marino – **HK**

Ein österreichisches Honorarkonsulat wurde am 1. Dezember in San Marino eröffnet.

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik San Marino auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll trat am 1. Dezember in Kraft.

Die österreichischen Exporte betragen 5,29 Millionen Euro (+31%), die Importe 1,21 Millionen Euro (+38,6%).

São Tomé und Príncipe

(Demokratische Republik São Tomé und Príncipe); São Tomé

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Fradique de Menezes	Maria do Carmo Trovoada Pires de Carvalho Silveira	Ovidio Manuel Barbosa do Nascimento Pequeno

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 2.000 Euro (-88%), die Importe 34.000 Euro (+64,2%).

Saudi-Arabien

(Königreich Saudi-Arabien), Riyadh

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
König Abdullah Bin Abdul Aziz Al Saud (seit 1. August)	Prinz Saud Al Faisal

Riyadh – **ÖB, AHSt;** Jeddah – **AHSt (Konsularabteilung)**

Besuche aus Österreich: Kontrollbank-Vorstandsdirektor Rudolf Scholten, Gespräch über Kreditgarantien (Jubail, 2. März); Sicherheitsakademie-Direktor Norbert Leitner, Besuch der Naif Arab University for Security Studies (7.–10. März); Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich, Richard Schenz, Treffen mit Arbeitsminister Ghazi Al Gosaibi und Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding zwischen dem Wirtschaftsförderungsinstitut und dem Human

Anhang

Resources Development Fund (3. Juli); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Kondolenzbesuch anlässlich des Ablebens von König Fahd Bin Abdul Aziz Al Saud (3. August).

Besuche in Österreich: Vize-Finanzminister Hamad Al Bazai und Vize-Planungs- und Wirtschaftsminister Ahmed Al Hakami (28. Februar bis 1. März); Justizminister Abdullah Al Sheik, offizieller Besuch und Treffen mit Bundesministerin Karin Gastinger (4.–6. April); Dekan der Naif Arab University for Security Studies, General Saad Al Shahrani, Besuch der Sicherheitsakademie (11. und 12. Mai); Vize-Erdölminister Prinz Abdul Aziz Bin Salman, Arbeitsgespräch im Wirtschaftsministerium (25. Juli); Vize-Justizminister Abdullah Al Hudaisi in Begleitung einer Richter- und Notarsdelegation, Arbeitsgespräche im Justizministerium und Gerichtsbesuche (1.–7. September); Vizepräsident für Jugendwohlfahrt und Sport, Prinz Nawaf Bin Faisal Bin Fahd, offizieller Besuch bei Staatssekretär Karl Schweitzer und Unterzeichnung eines Sportkooperationsabkommens (28. und 29. November); Vizeminister für Höhere Erziehung, Abdullah Al Mojil, Arbeitsgespräche im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und mit den Vizerektoren der Medizinischen und Technischen Universitäten Wien und Graz (6. und 7. Dezember).

Auf Einladung des Wiener Fremdenverkehrsverbandes hielt sich eine siebenköpfige saudische Journalistendelegation in Wien auf (11.–15. April).

Professor Anton Zeilinger wurde von der „King Faisal Foundation“ in Riyadh der „King Faisal International Award“ verliehen (10. April). Das „Helmar-Hill-Trio“ trat anlässlich des österreichischen Nationalfeiertages in Riyadh auf (26. Oktober). Die „13th International Food, Equipment & Catering Show“ fand unter Beteiligung des österreichischen Getränkeherstellers „Red Bull“ in Riyadh statt (22.–26. Mai).

Eine österreichische Wirtschaftsmission besuchte Jeddah und Riyadh (15.–18. Mai). Delegationsleiter Franz Schröder von der Wirtschaftskammer Österreich wurde von Vizeaußenminister Yussuf Al Sadoon empfangen.

Das Allgemeine Kooperationsabkommen trat am 1. November in Kraft.

Die österreichischen Exporte betragen 301,65 Millionen Euro (+48,7%), die Importe 339,25 Millionen Euro (+10,4%).

Schweden (Königreich Schweden), Stockholm

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
König Carl XVI Gustaf	Göran Persson	Laila Freivalds

Stockholm – **ÖB, HGK, AHSt, ÖW**; Göteborg – **HGK**; Malmö – **HK**; Luleå – **HK**

Besuche aus Österreich: Sektionschef im Bundesministerium für Bildung Wissenschaft und Kultur Anton Dobar, Gespräche beim Zentrum für Österreichstudien an der Hochschule in Skövde (28. Februar bis 1. März); Niederösterreichische Landesrätin für Soziales Christa Kranzl, Arbeitsgespräche mit Staatssekretärin Ewa Persson Göranson (Ministerium für Gesundheit und Soziales), (30. März bis 1. April); Landesräte für Soziales Christa Gangl (T), Kurt Flecker (St), Josef Ackerl (O), Gabriele Schaunig-Kanduth (K), Erwin Buchinger (Sbg) und Christa Kranzl (N), der zweite Präsident des niederösterreichischen Landtags Ewald Sacher, Teilnahme an der Europakonferenz der Volkshilfe Österreich (30. März bis 1. April); Bundesministerin Ursula Haubner mit einer Expertendelegation (Abgeordnete zum Nationalrat Marialuise Mittermüller, Elisabeth Grossmann, Barbara Riener, Sabine Mandak, Landtagsabgeordnete Helga Moser (O), Heike Trammer (W), Otto Gumpinger (O)), Arbeitsbesuch zum Thema Vorschulerziehung, Gespräche mit der Ministerin für Vorschulerziehung, Jugend und Erwachsenenbildung, Lena Hallengren und der Staatssekretärin für Vorschulerziehung, Jugend und Erwachsenenbildung, Agneta Karlsson (18. und 19. Mai); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle mit einer Expertendelegation, Ministertreffen des Security Forums des Euro-Atlantic

Länderinformationen

Partnership Councils (Åre, 24. und 25. Mai); Sonderkoordinator und Vizekanzler a.D. Erhard Busek, Arbeitsgespräche, (7.–9. Juni); Abgeordnete zum Nationalrat Wolfgang Grossruck, Silvia Fuhrmann und Jochen Pack, Arbeitsgespräche mit Parlamentariern (13. und 14. Juni); Unterausschuss „Chancengleichheitsgesetz“ des oberösterreichischen Landtags mit Landtagspräsidentin Angela Orthner, Landesrat Josef Ackerl, Landtagsabgeordnete Gertrude Schreiberhuber, Johann Affenzeller, Johann Hingsamer, Hermine Kraler, Helga Moser, Julia Röper-Kelmayer und Ulrike Schwarz, Studienreise Malmö und Lund (5.–9. September); Expertendelegation des ÖGB, der Arbeiterkammer und des WIFOs, Günther Chaloupek, Ernst Tüchler, Agnes Streissler, Markus Marterbauer, Gespräche unter anderem im Finanzministerium, Konjunkturinstitut, Schwedischer Gewerkschaftsbund, (17.–20. Oktober); General Raimund Schittenhelm, Kommandant der Landesverteidigungsakademie, Besuch der Übung Viking 05, Kungsängen und Enköping (12. und 13. Dezember).

Besuche in Österreich: frühere Vizepremierministerin und Außenministerin Lena Hjelm-Wallén, Referat beim Kongress „Österreich 10 Jahre in der EU – gemeinsame Erfahrungen, gemeinsame Perspektiven“ (25. und 26. Februar); Generalsekretär des Nordic Council of Ministers Per Unkel, Referat beim Europaforum Wachau, Stift Göttweig, (3. und 4. Juni); Außenministerin Laila Freivalds, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Ursula Plassnik (20. Juni); Präsident der Nationalen Verteidigungshochschule Henrik Landerholm, Besuch der Landesverteidigungsakademie (4.–6. September); Beamtendelegation des schwedischen Reichstags, Arbeitsgespräche im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Parlament, OSZE, IAEO, CTBTO und VN (14.–16. September); Oberkommandierendem der schwedischen Streitkräfte General Håkan Syrén, Arbeitsgespräch mit Generalstabschef General Roland Ertl (19.–21. September); Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Lars-Olof Lindgren, Arbeitsgespräch bei Bundesminister Martin Bartenstein (4. und 5. Oktober); Staatssekretärin im Unterrichtsministerium Kerstin Eliasson, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Elisabeth Gehrler (8. November); Politischer Direktor im Außenministerium Olof Skoog, Arbeitsgespräch mit Sektionsleiter im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten Thomas Mayr-Harting (22. November); Staatssekretär im Finanzministerium Jens Henriksson, Arbeitsgespräche zur Finanzvorschau im Bundesministerium für Finanzen (7. Dezember); Staatssekretär im Außenministerium Lars Danielsson, Arbeitsgespräch mit Staatssekretär Hans Winkler (21. Dezember).

Im Kulturbereich ist das Österreich-Image in Schweden von Wien als Barockstadt und von der klassischen Musik (Staatsoper, Philharmoniker) geprägt. Durch Präsentation zeitgenössischer Themen, wie „neue Kunstmusik“, darstellende Kunst und moderne österreichische Filme bemüht sich die ÖB insbesondere um die österreichische Gegenwartskultur. Ein besonderer Schwerpunkt wurde auf literarische und wissenschaftliche Veranstaltungen gesetzt.

Nach der Verleihung des Nobelpreises an Elfriede Jelinek stößt die österreichische Literatur auf großes Interesse in Schweden. Dies zeigte sich bei der durch die ÖB veranstalteten Lesung Friederike Mayröckers in Stockholm (13. Mai). Die ÖB präsentierte deshalb eine Sonderausstellung über Ingeborg Bachmann in mehreren schwedischen Städten und initiierte eine Anthologie mit österreichischer Literatur des 20. Jahrhunderts. Die Teilnahme Österreichs an der Internationalen Buchmesse in Göteborg durch den Autor Karl-Markus Gauß und den Fotografen Kurt Kaindl wurde organisiert. Darüber hinaus fanden zahlreiche wissenschaftliche Veranstaltungen statt. Ein Vortrag zur österreichischen zeitgenössischen darstellenden Kunst wurde in Zusammenarbeit mit dem Kunsthistorischen Institut der Universität Stockholm veranstaltet (Frühjahr). Anlässlich des Bertha von Suttner-Jubiläums hat die ÖB die Friedensnobelpreisträgerin mit einer Wanderausstellung (3.–27. November) und durch Vorträge in Kooperation mit dem Nobel-Museum in Stockholm gewürdigt. Im Zusammenhang mit der im Spätherbst in Växjö, Umeå und Stockholm präsentierten Bachmann-Ausstellung wurde ein Symposium über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Ingeborg Bachmann und Elfriede Jelinek am Germanistikinstitut der Universität Stockholm abgehalten (13. Dezember).

Das Zentrum für Österreichstudien an der Hochschule in Skövde in Mittelschweden wird als Gemeinschaftsprojekt mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie dem schwedischen Bildungsministerium betrieben. Das Zentrum versteht sich in erster Linie

Anhang

als Servicestelle für schwedische DeutschlehrerInnen und bietet österreichbezogene Unterrichtsinformationen und Fortbildungsmöglichkeiten an. Am Zentrum arbeiteten zwei aus Österreich entsandte SprachberaterInnen.

Das Studienprogramm „Ein Jahr in Österreich“ für schwedische SchülerInnen der 10. und 11. Klasse wurde zum zweiten Mal durchgeführt.

Die österreichischen Investitionen verzeichneten einen Anstieg: Eine Kapitalbeteiligung der FRAPAG mit knapp 14% am schwedischen Papierkonzern Billerud trug dazu ebenso bei, wie der Kauf des schwedischen Schweißtechnikunternehmens Avesta Welding durch den Edelstahlkonzern Böhler-Uddeholm. Die österreichischen Wirtschaftsbeziehungen mit Schweden entwickelten sich positiv.

Die österreichischen Exporte betragen 996,65 Millionen Euro (+6,8%), die Importe 1,18 Milliarden Euro (-3,1%).

Schweiz (Schweizerische Eidgenossenschaft), Bern

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Außenministerin

Bundesrat (siebenköpfiges Kollegialorgan),
vertreten nach außen durch seinen jährlich neu
gewählten Vorsitzenden mit dem Titel „Bundespräsident“
2005: Samuel Schmid

Micheline Calmy-Rey

(Vorsteher des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport)

Bern – **ÖB, KF**; Zürich – **GK, AHSt, ÖW**; Basel, Genf – **HGK, ÖV**; Chur, Lausanne, Lugano, Luzern, St. Gallen – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Elisabeth Gehrler, Teilnahme am OECD-Bildungsministertreffen (St. Gallen, 27. und 28. April); Bundesminister Günther Platter, Arbeitsbesuch bei Bundespräsident und Verteidigungsminister Samuel Schmid (29. und 30. April); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Arbeitstreffen mit Verkehrsminister Moritz Leuenberger (Romanshorn, 30. April); Staatssekretär Helmut Kukacka, Arbeitstreffen mit dem Direktor des Bundesamts für Verkehr Max Friedli (9. und 10. Juni); Bundesminister Martin Bartenstein, Arbeitsgespräch mit Wirtschaftsminister Joseph Deiss, Teilnahme am trilateralen Wirtschaftsministertreffen (Freiburg, 17. und 18. Juni); Bundesministerin Karin Gastinger, Arbeitstreffen mit Justiz- und Polizeiminister Christoph Blocher (6. September), Teilnahme am Europäischen Juristentag (Genf, 7. September); Landtagspräsident Gebhard Halder und Präsidium des Vorarlberger Landtags, Arbeitstreffen mit Großratspräsidenten des Kantons Bern Thomas Koch und Mitgliedern des Grossen Rates (15. September); Bundesministerin Liese Prokop, Arbeitstreffen mit Bundespräsident Samuel Schmid (28. September); Bundesminister Günther Platter, Arbeitstreffen mit Bundespräsident Samuel Schmid (12. Oktober); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Vortrag am Europa-Institut der Universität Zürich (2. November); Bundesministerin Ursula Plassnik, Arbeitstreffen mit Außenministerin Micheline Calmy-Rey, Teilnahme an der Veranstaltung „Danke Schweiz“ (4. November); Generalsekretär Johannes Kyrle, Arbeitstreffen mit Staatssekretär im Außenministerium Michael Ambühl (30. November)

Besuche in Österreich: Generalsekretär Johannes Kyrle, Arbeitstreffen mit Staatssekretär im Außenministerium Michael Ambühl (24. März); Umweltminister Moritz Leuenberger, Arbeitstreffen mit Bundesminister Josef Pröll (7. Juli); Bundespräsident Heinz Fischer, Arbeitstreffen mit Bundespräsident Samuel Schmid (Bregenz, 20. und 21. Juli); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Arbeitstreffen mit Verkehrsminister Moritz Leuenberger (Bregenz, 20. und 21. Juli); Präsidium des Nationalrats unter Leitung von Nationalratspräsidentin Thérèse Meyer-Kaelin, offizieller Besuch und Treffen mit Nationalratspräsident Andreas Khol (13. und 14. September); Bundesministerin Liese Prokop, Arbeitstreffen mit Justiz- und Polizeiminister Christoph Blocher (Bregenz, 29. September); Wissenschaftsminister Pascal Couchepin bei Bun-

Länderinformationen

desministerin Elisabeth Gehrer (6. und 7. Oktober); Bundespräsident Samuel Schmid, Teilnahme am Quadrilateralen Treffen der Staatschefs (Salzburg, 24. Oktober); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Teilnahme am Transportministertreffen der Alpenländer (Sedrun, 14. November); Delegation des Ständerats unter der Leitung von Ständeratspräsident Bruno Frick; Arbeitsgespräch mit Bundesratspräsident Peter Mitterer und Nationalratspräsident Andreas Khol (21. November).

Ein Rahmenkonzept Sicherheit, das die Grundlage für das österreichisch-schweizerische Sicherheitskonzept bei der Durchführung der Fußball-Europameisterschaft 2008 bildet, wurde am 28. September in Bern unterzeichnet. Ein Abkommen über den gegenseitigen Datenaustausch in Asylangelegenheiten wurde am 29. September in Bregenz unterzeichnet. Im Rahmen des österreichisch-schweizerischen Nuklearinformationsabkommens fand am 1. Dezember in Wien das 5. bilaterale Nuklearexpertentreffen statt.

Im Zusammenhang mit dem „Gedankenjahr 2005“ fand – in Anwesenheit der Außenministerinnen Ursula Plassnik und Micheline Calmy-Rey – die Veranstaltung „Danke Schweiz“ statt, bei der über 200 ehemalige österreichische „Schweizerkinder“ für die umfangreiche Hilfe der Schweiz nach 1945 dankten (Bern, 4. November). Der Wiedererrichtung der Republik wurde mit einem „Grossen Zapfenstreich“ der Militärmusikkapelle Innsbruck in Bern gedacht (29. April). Die 10-jährige EU-Mitgliedschaft wurde durch einen Vortrag von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel an der Universität Zürich markiert.

Im Bereich von Kunst und Kultur sind österreichische Kulturschaffende an leitender Stelle tätig, etwa an der Oper Zürich, am Theater in St. Gallen, Berner Stadttheater und Theater am Bahnhof in Dornach. Hinzugekommen ist Thomas Rösner, Chefdirigent des Bieler Symphonieorchesters. Das österreichische Musikleben (Nikolaus Harnoncourt, Franz Welser-Möst, Thomas Zehetmair, Jörg Demus), Wiener Operetten und österreichische Jazzensembles sind präsent. Im Bereich der bildenden Kunst stand der 25. Todestag von Oskar Kokoschka im Mittelpunkt mit einer biographischen Ausstellung im Historischen Museum in Montreux und einer Retrospektive im Kunsts Zentrum Pfäffikon. Von den Ausstellungen österreichischer KünstlerInnen sind die von Professor Bernhard Hollemann in Basel und Professor Gerhard Gutruf in Wallisellen bei Zürich zu erwähnen. Im Bereich Literatur fanden Autorenlesungen von Ilse Aichinger, Alois Brandstetter, Franzobel, Robert Schindel, Gert Jonke, eine Ausstellung zum 200. Geburtstag von Adalbert Stifter in Zürich, die Inszenierung der Grillparzer-Trilogie „Das Goldene Vlies“ in Basel und ein Vortrag über „Österreichische Literatur seit 1945“ an der Universität Genf statt. Insgesamt waren über 350 österreichspezifische Kulturveranstaltungen zu verzeichnen.

Die österreichischen Exporte betragen 4,27 Milliarden Euro (+5,8%), die Importe 3,21 Milliarden Euro (+17,6%).

Senegal (Republik Senegal), Dakar

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdoulaye Wade	Macky Sall	Cheikh Tidiane Gadio

Dakar – **ÖB; AHSt:** siehe Marokko

Besuche in Österreich: Industrieminister Landing Savané, anlässlich der UNIDO-Generalkonferenz.

Senegal ist Kooperationsland der OEZA. Die Kooperation, die vorwiegend über NGOs erfolgt, betrifft die Sektoren Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft sowie Handwerkförderung. Ein neues Drei-Jahres-Sektorprogramm befindet sich in der finalen Vorbereitungsphase. Dabei konzentriert sich die österreichische Hilfe zunehmend auf die Region Kolda im Süden des Landes (Casamance).

Anhang

Der Künstler Tom Schneider hielt einen dreiwöchigen Workshop an der École Nationale des Arts ab, der unter dem Titel „Bewegte Bilder in der Malerei“ stand (Juni).

Die ÖB organisierte gemeinsam mit dem Goethe-Institut Dakar einen weihnachtlichen Liederabend mit dem Bariton Christof Schupler (Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 5,19 Millionen Euro (+8,2%), die Importe 194.000 Euro (-34,4%).

Serbien und Montenegro (Serbien und Montenegro), Belgrad

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Außenminister

Svetozar Marović

Vuk Drašković

Belgrad – ÖB, KF, AHSt, Verteidigungsattaché, Polizeiattaché, Koordinationsbüro der ADA, Beauftragte für Bildungskooperation; Prishtina, Podgorica – Außenstellen der ÖB, der AHSt und des Koordinationsbüros; Budva – HK

Besuche aus Österreich: Landtagsdelegation (St) unter Leitung des Landtagspräsidenten Reinhold Purr (Novi Sad, 16. und 17. März), Delegation der Stadt Wien anlässlich der „Wien-Tage“ (3.–6. April), Bundesministerin Ursula Plassnik (Belgrad, Podgorica, Pristina, Suva Reka, 12.–14. April), Landtagsdelegation (O) unter Leitung der Vizepräsidentin des Landtags Gerda Weichsler (Belgrad, Novi Sad, 25.–27. April), Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach (13. Mai); Bundesminister Karl-Heinz Grasser, anlässlich der EBRD-Konferenz (22. und 23. Mai), Vizepräsident der WKÖ Richard Schenz (Podgorica, Budva, 2.–5. Juni), Bundesministerin Liese Prokop (Belgrad, Podgorica, Tivat, 17.–19. Juni), Bundespräsident Heinz Fischer (Belgrad, Mokra Gora, Sveti Stefan, Budva, 15.–17. Juli), Staatssekretär Helmut Kukacka (1. und 2. September); Nationalratsdelegation unter Leitung der zweiten Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (Sveti Stefan, 7. und 8. Oktober); Bundesminister Günther Platter (10. und 11. November); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (Belgrad, Podgorica, Bar, 16. und 17. November); Landesrat Christian Buchmann (St) (Novi Sad, 26. November); Bundesminister Martin Bartenstein (1. Dezember); Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Großruck (17. Dezember); Bundesminister Günther Platter (Suva Reka, Pristina, 22. Dezember).

Besuche in Österreich: serbischer Finanzminister Mladjan Dinkić (11. und 12. Jänner); serbischer Präsident Boris Tadić (3. und 4. März), serbischer Außenminister Vuk Drašković, anlässlich des Europa-Forums Wachau (Wien, Stift Göttweig, 3.–5. Juni); montenegrinischer Präsident Filip Vujanović (27. und 28. Juni); serbischer Wirtschaftsminister Predrag Bubalo (7. Juli), orthodoxer Bischof von Raška-Prizren Artemije, orthodoxer Bischof von Novi Sad Irinej, katholischer Erzbischof von Belgrad Stanislav Hočevar, katholischer Bischof von Prizren Marko Sopi und oberster Imam von Kosovo Sabri Bajgora anlässlich des Seminars über „Religionsfreiheit und Prinzipien der Selbstverwaltung der religiösen Institutionen (9. und 10. Juli); serbischer Premierminister Vojislav Koštunica und montenegrinischer Premierminister Milo Djukanović (Salzburg, 2. und 3. August); serbischer Finanzminister Mladjan Dinkić (12. September); serbischer Minister für Lokalverwaltung Zoran Lončar (16. September); stellvertretender Außenminister von Serbien und Montenegro Predrag Bosković (28. September); montenegrinischer Premierminister Milo Djukanović, anlässlich des Vienna Economic Forums (7. November); serbischer Außenminister Vuk Drašković (18. November); Präsident Svetozar Marović (23. und 24. November); montenegrinischer Premierminister Milo Djukanović (5. Dezember); serbischer Justizminister Zoran Stojković und montenegrinischer Justizminister Željko Šturanović (5. und 6. Dezember); montenegrinischer Außenminister Miodrag Vlahović (9. und 10. Dezember).

Eine Außenstelle der ÖB in Podgorica wurde als Bürogemeinschaft mit Ungarn am 12. November eröffnet.

Länderinformationen

Das Abkommen über Sichtvermerksfreiheit für Diplomaten- und Dienstpässe wurde am 13. April in Belgrad unterzeichnet, welches mit 1. Jänner. 2006 in Kraft tritt.

Die kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und Serbien und Montenegro waren durch eine Vielzahl an gemeinsamen kulturellen und wissenschaftlichen Veranstaltungen gekennzeichnet. Als herausragende Beispiele für die Tätigkeit des KF in Belgrad können das im Rahmen des Zyklus „Soul of Europe“ stattfindende Konzert „Beethoven in C“ mit namhaften SolistInnen aus Österreich und das internationale Symposium „Serbien in Europa – Nachbarschaftsbeziehungen und Europäische Integration“ genannt werden. Ebenfalls hervorzuheben ist der Hans Swarowsky Konzertzyklus, der unter dem Ehrenschutz von Bundespräsident Heinz Fischer stand. Zahlreiche Ausstellungen ergänzten das Programm des KF.

Die intensive bilaterale Zusammenarbeit auf allen Ebenen wurde weiter ausgebaut. Das Interesse österreichischer Firmen an einem wirtschaftlichen Engagement in Serbien und Montenegro ist nach wie vor groß. Österreich ist mit einem Investitionsumfang von rund 1 Milliarde Euro der größte Investor in Serbien und Montenegro. Die österreichischen Exporte betragen 143,14 Millionen Euro, die Importe 42,30 Millionen Euro.

Seychellen (Republik Seychellen), Victoria

Staatsoberhaupt und Regierungschef
James Alix Michel

Außenminister
Patrick Pillay
(seit 12. Februar)

ÖB: siehe Kenia; Victoria – **HK; AHSt:** siehe Südafrika

Besuche in Österreich: Außenminister Patrick Pillay, Gespräch mit Staatssekretär Hans Winkler (30. September).

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Die österreichischen Exporte betragen 806.000 Euro (-46,5%), die Importe 4,88 Millionen Euro (+418,1%).

Sierra Leone (Republik Sierra Leone), Freetown

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Alhaji Ahmed Tejan Kabbah

Außenminister
Momodu Koroma

ÖB: siehe Senegal – **HK; AHSt:** siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 290.000 Euro (-75,2%), die Importe 9.000 Euro (-89%).

Simbabwe (Republik Simbabwe), Harare

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Robert Gabriel Mugabe

Außenminister
Simbarashe Mumbengegwi

Harare – **ÖB, AHSt:** siehe Südafrika

Simbabwe ist Kooperationsland der OEZA. Den Schwerpunkt bilden die Stärkung der Implementierungskapazität von Basisorganisationen in administrativen und strategischen Belangen (HORIZONT 3000 mit acht ExpertInnen). Die Zusammenarbeit konzentriert sich dabei auf die

Anhang

Sektoren Jugend- und Frauenförderung, Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, Behindertensportbetreuung, HIV/AIDS-Aufklärung und technische Beratung in der Dezentralisierung mit ländlichen Gemeinden. Für das von der ADA ausgeschriebene Projekt „Cost-Effective Track Maintenance“ (Kostengünstige Wartung und Instandhaltung der Schienen) wurde in Zusammenarbeit mit Southern African Railways Association (SARA) HORIZONT 3000 der Zuschlag erteilt. Acht regionale Eisenbahngesellschaften erhielten dabei finanzielle Hilfestellung bei der Umsetzung von Initiativen zur Steigerung von Instandhaltungsmaßnahmen, Umweltvorsorge, Frauenförderung und HIV/AIDS-Aufklärung.

Im Rahmen der „Afrika 2000“-Projekte wurde bei UNDP ein „Research Project to Follow up Human Rights Issues emerging from Humanitarian Work“ sowie der Ankauf medizinischer Geräte im Mater Dei Hospital in der Erzdiözese Bulawayo finanziert.

Die tschechisch-österreichische Gemeinschaftsausstellung über den Afrika-Forscher Emil Holub (1847–1902) wurde in der National Gallery in Harare (Jänner) und in Bulawayo (Juni) gezeigt.

Die österreichischen Exporte betragen 1,79 Millionen Euro (-13,7%), die Importe 1,96 Millionen Euro (-66,3%).

Singapur (Republik Singapur), Singapur

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sellapan Rama Nathan	Lee Hsien Loong	George Yong-Boon Yeo

Singapur – **ÖB** (Büro des Handelsrates; Botschafter residiert in Jakarta), **AHSt**

Besuche in Österreich: Präsident Sellapan Rama Nathan, inoffizieller Besuch in Wien (2.–7. Juni).

Singapur ist für die rund 60 niedergelassenen österreichischen Firmen wegen seiner hervorragenden Infrastruktur, großzügigen Steuerbestimmungen, Korruptionsfreiheit der Behörden und der guten Englischkenntnisse des lokalen Personals eine wichtige Drehscheibe im südostasiatischen Raum. Das 2003 in Kraft getretene bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen schafft für österreichische Unternehmen steuerliche Sicherheit und damit einen zusätzlichen Investitionsanreiz.

Die österreichischen Exporte betragen 187,11 Millionen Euro (-2,1%), die Importe 124,86 Millionen Euro (-13%).

Slowakei (Slowakische Republik), Pressburg

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ivan Gašparovič	Mikuláš Dzurinda	Eduard Kukan

Pressburg – **ÖB, AHSt, ÖW, ÖI, OSI**

Besuche aus Österreich: Landeshauptmann Erwin Pröll bei Staatspräsident Ivan Gašparovič (13. Jänner); Bundesminister Günther Platter bei Verteidigungsminister Juraj Liška (17. Februar); Bundesminister Martin Bartenstein bei Wirtschaftsminister Pavol Rusko und Finanzminister Ivan Mikloš (15. März); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach bei Infrastrukturminister Pavol Prokopovič (13. April); Bundesministerin Liese Prokop und Landeshauptmann Erwin Pröll bei Innenminister Vladimír Palko (25. April); Bundesministerin Karin Gastinger bei Justizminister Juraj Lipšic (16. Mai); Landeshauptmann Josef Pühringer bei Landeshauptmann von Bratislava (Region Pressburg) Ľubo Roman und Oberbürgermeister von Bratislava Andrej Ďurkovič und Außenminister Eduard Kukan (31. Mai); Präsident des Vorarlberger Landtages

Länderinformationen

(6. Oktober); Bundespräsident Heinz Fischer, informell bei Staatspräsident Ivan Gašparovič (28. Oktober); Bundesminister Martin Bartenstein bei Wirtschaftsminister Jirko Malcharek anlässlich des Summit Economic Forum der CEI (24. November); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel bei Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda, CEI-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs (Piešťany, 25. November); Staatssekretär Hans Winkler bei Außenamts-Staatssekretärin Magda Vášaryová (30. November); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach bei Infrastrukturminister Pavol Prokopovič (20. Dezember).

Besuche in Österreich: Landwirtschaftsminister Zsolt Simon „Jägerball-Treffen“ (31. Jänner); Landeshauptmann von Bratislava (Region Pressburg) Ľubo Roman, Treffen mit Landeshauptmann Erwin Pröll (Bruck an der Leitha, 17. Jänner); Wirtschaftsminister Pavol Rusko bei Treffen „Ein Jahr EU-Erweiterung“ (Schloss Hof bei Wien, 14. April); Staatspräsident Ivan Gašparovič bei Bundespräsident Heinz Fischer (4. Mai); Infrastrukturminister Pavol Prokopovič bei Landeshauptmann Erwin Pröll, Eröffnung der Brücke Hohenau (Hohenau, 7. Juli); Bundesministerin Liese Prokop und Innenminister Vladimír Palko („Salzburg Gruppe“) (Graz, 28. Juli); Vizepremier Pal Csáky in Salzburg (Salzburg, 16. August); Außenamts-Staatssekretärin Magda Vášaryová, Eröffnung der Ausstellung des Österreichischen Staatsarchivs „Prag-Wien-Pressburg in der Diplomatie 1920–2005“ (4. November).

Der Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit trat durch den am 20. April 2005 erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden am 1. Juli 2005 in Kraft.

Das Abkommen zur Änderung des Vertrages zwischen der Slowakischen Republik und der Republik Österreich über die gemeinsame Staatsgrenze vom 21. Dezember 1973 in der Fassung des Notenwechsels vom 22. Dezember 1993 und 14. Jänner 1994 trat am 1. Dezember 2005 in Kraft.

Die ADA plant eine Zusammenarbeit mit dem slowakischen Außenministerium im Rahmen von Projekten der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit. Konkret ist die Kofinanzierung von EZA-Projekten in gemeinsamen Schwerpunktregionen vorgesehen. Darüber hinaus sind unterstützende Maßnahmen im Bereich der personellen und institutionellen Weiterentwicklung der slowakischen EZA-Strukturen geplant. Die Zusammenarbeit wurde in einer gemeinsam formulierten Grundsatzvereinbarung (Memorandum of Understanding) beschrieben, die sich zunächst über einen Zeitraum von drei Jahren erstreckt und für beide Seiten einen finanziellen Beitrag von 1,5 Millionen Euro für drei Jahre vorsieht.

Die Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen standen schwerpunktmäßig im Zeichen des „Gedankenjahres 2005“. Aus diesem Anlass lud das KF zu einer Pressekonferenz, um seine in der Slowakei geplanten Veranstaltungen vorzustellen. Das KF realisierte rund 117 Projekte mit 228 Veranstaltungen, darunter eine Reihe grenzüberschreitender Initiativen. Die große Ausstellung „Thomas Bernhard und seine Lebensmenschen. Der Nachlass“, eine Leihgabe der Thomas-Bernhard-Privatstiftung, des Adalbert-Stifter-Instituts und des Instituts für Kulturförderung des Landes Oberösterreich, wurde mit einem Vernissageprogramm in Bratislava eröffnet (September).

Im Rahmen der wissenschaftlichen Reihe „Österreich Innovativ“ lud das KF slowakische und österreichische WissenschaftlerInnen und Mitglieder der Bioethik-Kommissionen beider Länder zu einem eintägigen Symposium zum Thema „Bioethik“ in die Räumlichkeiten der ÖB ein (Oktober).

Die „Aktion Österreich-Slowakei“ in Košice organisierte den Österreichischen Wissenschaftstag und die Konferenz „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Forschung zwischen Österreich und der Karpatenregion“, unter anderem mit einer Präsentation der ASOs in Europa (April).

Mit Projekten, etwa „EU steht für FRIEDEN in Europa“ (Junge Menschen erforschen Zeitgeschichte), „Wiener Plakatkunst von 1945 bis zum Staatsvertrag“ (mit der Wiener Stadt- und Landesbibliothek), „85 Jahre Österreichische Verfassung – Die Österreichische Identität vor

Anhang

verfassungsrechtlichem Hintergrund“ (Vortrag gemeinsam mit dem Institut für Rechtsphilosophie der Universität Wien), der Konzertreihe mit Ausstellung „Auschwitz ist mein Mantel“ (mit Ceija Stojka, KulturKontakt Austria) wurden wichtige Themen des „Gedankenjahres 2005“ thematisiert.

„Bertha von Suttner und ihr literarisches Vermächtnis“ wurde in einem mit der Österreich-Bibliothek Bratislava, der slowakischen Akademie der Wissenschaften und der Universität Bratislava veranstalteten Symposium behandelt. Botschafter i.R. Georg Hohenberg hielt einen Vortrag im Rahmen der Zweihundertjahrfeier des Friedens von Pressburg von 1805.

Der Beitrag zum „EU-Japan-Jahr“ der Begegnung fand in Form eines Konzerts mit zeitgenössischen österreichischen (Gottfried von Einem) und japanischen (Akio Yashiro) Kompositionen statt.

Gemeinsam mit den österreichischen LektorInnen wurden Lesereisen mit Prof. Marianne Gruber und Radek Knapp an slowakische Universitäten (Bratislava, Nitra, Trnava, Prešov und Banska Bystrica) organisiert.

Am internationalen Bratislavaer Monat der Fotografie beteiligte sich das KF mit der Präsentation einer Auswahl von Fotografien aus dem Museum der Moderne Salzburg „Foto-Geschichten vom Hierbleiben und Weggehen“ und mit einer Ausstellung von Werken Erich Lessings.

Besonderes Augenmerk wurde den Österreich-Bibliotheken und der Zusammenarbeit mit dem Österreich-Institut in Bratislava sowie der Zusammenarbeit auf universitärem Bereich gewidmet, besonders mit der Comenius-Universität Bratislava und der Academia Istropolitana (AINOVA). Die offizielle Wiedereröffnung der Österreich-Bibliothek fand in feierlichem Rahmen im Innenhof der Universitäts-Bibliothek in Bratislava statt (Mai).

Das Interesse der österreichischen Wirtschaft an der Slowakei war ungebrochen. Österreich konnte seine Position als drittgrößte Investornation in der Slowakei ausbauen, wobei sich Österreichs Investitionen im Gegensatz zu anderen führenden Investoren aus einer Vielzahl von Kooperationen österreichischer KMU zusammensetzen.

Die österreichischen Exporte betragen 1,64 Milliarden Euro (+19,1%), die Importe 1,70 Milliarden Euro (-6,5%).

Slowenien (Republik Slowenien), Laibach

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Janez Drnovšek	Janez Janša	Dimitrij Rupel

Laibach – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, OSI, ÖI**; Marburg – **HK**

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsident Andreas Khol (10. und 11. März; Bled, 10. und 11. Juni; Log pod Mangartom, 24. August); Bundesratspräsident Georg Pehm (9. und 10. Juni); Bundesministerin Ursula Plassnik (28. Jänner; Piran und Goriška Brda, 23. September; 5. und 6. Dezember); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach (3. Mai); Bundesministerin Ursula Haubner (17. Juni); Bundesminister Karl-Heinz Grasser (17. Oktober); Bundesministerin Liese Prokop (Brdo pri Kranju, 27. und 28. Oktober); Staatssekretär Edurard Mainoni (18. November; Koper, 9. Dezember); Landeshauptmann Jörg Haider (Opčice, 24. April; Bovec, 14. Juli); Landeshauptmann Josef Pühringer (Koper und Ljubljana, 28.–31. August); Generalstabschef Roland Ertl (Maribor, 25. und 26. Juli).

Besuche in Österreich: Staatspräsident Janez Drnovšek (Ludmannsdorf, 9. November; 19. November); Ministerpräsident Janez Janša (Wachau, 3.–5. Juni); Präsident der Staatsversammlung France Cukjati (Graz, 18. Juli); Staatsratspräsident Janez Sušnik (Klagenfurt, 18. November); Außenminister Dimitrij Rupel (13. und 14. Jänner; 24. Februar; 30. Mai; 20. Juli; Salzburg, 27. und 28. August); Gesundheitsminister Andrej Bručan (Klagenfurt, 5. März); Landwirtschaftsmi-

Länderinformationen

nisterin Marija Lukačič (Klagenfurt, 18. März); Wissenschaftsminister Jure Zupan (18. März; 21. November); Wirtschaftsminister Andrej Vizjak (13. und 14. April; 22. September); Verkehrsmminister Janez Božič (1. Juni); Justizminister Lovro Šturm (6. und 7. Juni; Salzburg, 13. August); Innenminister Dragutin Mate (Feldbach, 16. Juni; Graz, 28. und 29. Juli; 12. Dezember); Unterrichtsminister Milan Zver (Klagenfurt, 24. Juni); Verteidigungsminister Karl Erjavec (Bregenz, 19. und 20. August); Kulturminister Vasko Simoniti (8. und 9. Dezember); Staatssekretär für Auslandsslowenen Franc Pukšič (Tainach, 2. Mai; 13. Mai); Vorsitzender des EU-Ausschusses der Staatsversammlung Anton Kokalj (25. Mai); Vorsitzender des Ausschusses für Auslands-slowenen der Staatsversammlung Janez Kramberger (2. Februar); OSZE-Sonderbeauftragter für Zentralasien und EU-Abgeordneter Alojz Peterle (Graz, 16. Februar; 14. April); Marburger Bürgermeister Boris Sovič (Bad Gleichenberg, 31. Mai).

Das trilaterale Polizei-Kontaktbüro in Thörl-Maglern wurde am 3. Mai offiziell eröffnet. Die polizeiliche Zusammenarbeit der drei Staaten Österreich, Slowenien und Italien wurde dadurch zusätzlich intensiviert. Der Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien über die polizeiliche Zusammenarbeit wurde im Mai umgesetzt. Neben weit reichenden Erleichterungen im Austausch von Fahndungsmaßnahmen wurde auch der so genannte „gemischte Streifendienst“, bestehend aus BeamInnen der österreichischen und slowenischen Sicherheitsbehörden, im Grenzbereich eingerichtet. Die „One Stop Control“ an den großen Grenzübergängen hat sich als Erfolg erwiesen.

Das Abkommen über die wechselseitige Vertretung beider Staaten hinsichtlich Visaerteilung wurde anlässlich des Besuchs von Bundesministerin Ursula Plassnik in Laibach am 28. Jänner unterzeichnet und wird 2006 in Kraft treten.

Die Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen zwischen Slowenien und Österreich haben sich nach dem EU-Beitritt weiter intensiviert. Das KF war an etwa achtzig Projekten beteiligt und unterstützte unter anderem Konzerte des Kärntner Chores „Danica“, von Juvavum Brass sowie der Global-Kryner. Das Carlos-Kleiber-Gedenkkonzert eines Quartetts der Wiener Philharmoniker in Konjšica anlässlich der Eröffnung der Carlos-Kleiber-Gedenkzimmers stellte einen Höhepunkt dar (3. Juli). Neben einem literaturwissenschaftlichen Symposium, Lesungen, unter anderem von Florjan Lipus gehörte das Konzert der „Donauphilharmonie“ in Marburg zu der Veranstaltungsreihe anlässlich des 15. Jahrestags der Eröffnung der Österreich-Bibliothek in Marburg/Maribor (Oktober). Als weiteres großes Highlight kann das Dezemberkonzert der Mozartband „Die Legende lebt weiter“ betrachtet werden.

Auch eine Reihe von Ausstellungen wurde gezeigt, die dem Schaffen von Kärntner KünstlerInnen wie etwa Karl Vouk, Tanja Prusnik und Drago Družkovič gewidmet wurden. Die Isonzofront war Gegenstand eines Symposiums über die Rolle von KünstlerInnen an der Front sowie eines Symposiums „Isonzofront 1915–1917 – Kunst des Erinnerns“.

Die Zusammenarbeit mit den Universitäten wurde durch zahlreiche Vorträge österreichischer ProfessorInnen und durch Lesungen von Alfred Kolleritsch sowie Gert Jonke fortgesetzt. Die Sitzung der „Plattform – Kultur Mitteleuropa“ des kulturpolitischen Teils der Regionalen Partnerschaft fand in Laibach statt (September).

Die österreichischen Exporte betragen 1,71 Milliarden Euro (-13,8%), die Importe 899,03 Millionen Euro (-22,2%).

Somalia (Republik Somalia), Mogadischu

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdullahi Yussuf Ahmed (interimistisch)	Ali Mohamed Gedi (interimistisch)	Abdullahi Sheik Ismael (interimistisch)

Anhang

ÖB: siehe Äthiopien; **AHSt:** siehe Ägypten; Mogadischu – **HK** (vorübergehend geschlossen)

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Die österreichischen Exporte betragen 482.000 Euro (-21,4%), die Importe 25.000 Euro (+21,8%).

Spanien (Königreich Spanien), Madrid

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Juan Carlos I.	José Luis Rodríguez	Miguel Ángel Moratinos Zapatero

Madrid – **ÖB; AHSt, ÖW, ÖHI;** Barcelona – **HGK, AHSt** (zuständig auch für Andorra); Bilbao, Málaga, Las Palmas de Gran Canaria, Palma de Mallorca; Santa Cruz de Tenerife (vorübergehend geschlossen), Sevilla, Valencia – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Liese Prokop, Teilnahme am Internationalen Gipfeltreffen über Demokratie, Terrorismus und Sicherheit (10. März); Leiter des Völkerrechtsbüros Hans Winkler mit Parlamentarier- und NGO-Delegation, Teilnahme an OSZE-Konferenz gegen Antisemitismus und andere Formen der Intoleranz (Córdoba, 8. und 9. Juni); Bundesminister Erwin Pröll, Treffen mit Umweltministerin Cristina Narbona und Ministerin für Landwirtschaft, Fischfang und Ernährung Elena Espinosa (4.–7. Oktober); Vizepräsidentin des Bundesrates Anna Elisabeth Haselbach, Teilnahme an Konferenz der Euromed-Parlamentspräsidenten (Barcelona, 25. und 26. November); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Teilnahme am Euromed-Gipfel (Barcelona, 27. und 28. November); Bundesministerin Liese Prokop, Treffen mit Innenminister José Antonio Alonso (15. Dezember).

Besuche in Österreich: Umweltministerin Cristina Narbona, Teilnahme am Europa Forum Lech (4.–6. März); Staatssekretär für Außenpolitik und Iberoamerika Bernardino León, Arbeitsgespräche mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (28. April); Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero, Teilnahme an der Gedenk- und Befreiungsfeier Mauthausen (8. Mai).

Das KF setzte bei seiner Arbeit folgende Schwerpunkte: Das Buch „Wie man mit einem Fundamentalisten diskutiert, ohne den Verstand zu verlieren“ von Hubert Schleichert wurde im Círculo de Bellas Artes in Madrid präsentiert (Jänner).

In den Ausstellungssälen der Caja de Ávila wurde „Erich Lessing – 50 Jahre Fotografie“ gezeigt. Die Wanderausstellung „Ingeborg Bachmann – Schreiben gegen den Krieg“, begleitet von Vorträgen und Konzertabenden, wurde in Zaragoza, Salamanca, Oviedo, Vitoria und Barcelona präsentiert (ab April). In Zusammenarbeit mit den Botschaften Polens, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarns wurde die Ausstellung der Kulturabteilung des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung „Nepomuk, der Heilige Mitteleuropas“ in Ávila gezeigt. Christoph Lingg und Susanne Schaber präsentierten im Pilgermuseum von Santiago de Compostela ihre Ausstellung „Den Sternen entlang“. Gerhard Gutruf zeigte im Museo Municipal de Arte Contemporáneo in Madrid seine Ausstellung „Ojo a Madrid“. Die Gruppenausstellung „Die Heimat ist um die Ecke“ mit 14 österreichischen KünstlerInnen wurde im Museum Moderner Kunst von Vigo (MARCO) in Galizien eröffnet (September). Die Ausstellung „Pure Austrian Design“ wurde im Fomento de las Artes Decorativas von Barcelona gezeigt (Oktober bis November). Die erste große Einzelausstellung von Günter Brus in Spanien wurde im Museo de Arte Contemporáneo von Barcelona eröffnet (13. Oktober). Das Kulturzentrum Francesca Bonnemaison in Barcelona widmete Bertha von Suttner eine Ausstellung.

Das Klangforum Wien konzertierte im Auditorio Nacional in Madrid (Februar). Compagnie Laroque nahm am Internationalen Tanzfestival „MASDANZA“ in Gran Canaria teil. Das Staatsopernballett nahm am Internationalen Tanzfestival „Madrid en Danza“ teil. Trio Exclusiv gab

Länderinformationen

beim Internationalen Jazzfestival von San Sebastian zwei Konzerte (Juli). Gerwald Rockenschau war Protagonist bei der Gruppenausstellung „Mallorca Open“ (August). Das Gustav Mahler Jungendorchester beteiligte sich am Internationalen Festival von Santander und am Festival „Quinzena Musical“ von San Sebastián. Die DJ Formation Café Drechsler gab ein Konzert in Barcelona (September).

Daniel Kehlmann präsentierte in Madrid und Salamanca die Übersetzung seines Romans „Ich und Kaminski“ (Mai). Josef Winkler stellte auf der Madrider Buchmesse seinen Roman „Wenn es soweit ist“ vor und wurde mit dem Premio Lateral ausgezeichnet. Ebenfalls auf der Buchmesse von Madrid wurde das Buch „Der Tote im Bunker“ von Martin Pollack präsentiert. Erich Hackl präsentierte in Madrid und Toledo das ins Spanische übersetzte „Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer“ (Oktober).

Der Kulturverein Metrònom in Barcelona zeigte das Medienprojekt „Independent Robotic Community“ von Gerald Kogler. Im Rahmen des Internationalen Filmfestivals „Alternativa“ in Barcelona wurde eine umfassende Ulrich Seidl-Retrospektive veranstaltet (November).

Die österreichischen Exporte betragen 2,61 Milliarden Euro (+18,1%), die Importe 1,39 Milliarden Euro (-0,2%).

Sri Lanka

(Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka), Colombo

Staatsoberhaupt	Außenminister	Regierungschef
Mahinda Rajapaksa	Mangala Samaraweera	Rantasiri Wickramanayake

ÖB, AHSt: siehe Indien; Colombo – **HK**

Bundesministerin Ursula Plassnik besuchte Sri Lanka (24.–26. Jänner), um die österreichischen Projekte zum Wiederaufbau des Landes im Gefolge der Seebebenkatastrophe zu erörtern und zu besuchen. Am 24. Jänner traf sie mit Premierminister Mahinda Rajapaksa zusammen. Im Mittelpunkt des Besuchs von Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach (7. bis 10. Juni) standen ebenfalls politische und wirtschaftliche Gespräche im Hinblick auf die Wiederaufbaupläne der srilankischen Regierung. Vizekanzler und Bundesminister Gorbach besichtigte ebenfalls gemeinsam mit dem Regierungsbeauftragten für die Flutkatastrophe in Südostasien Ernst Strasser einige konkrete Hilfsprojekte österreichischer NGOs. Die Bundesregierung sagte Sri Lanka 28 Millionen Euro für Wiederaufbauprojekte zu.

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Österreich unterstützte im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft die berufliche Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen aus Sri Lanka in Österreich und an regionalen Ausbildungsstätten. Im Berichtszeitraum erhielt ein Kandidat ein Nord-Süd-Stipendium.

In Sri Lanka sind rund 30 österreichische Firmen vertreten. Österreichische Firmen implementieren zurzeit mehrere „Soft loan“-finanzierte Projekte im Infrastrukturbereich. Im November wurde ein durch einen österreichischen „Soft loan“ finanziertes Kinderspital in Kandy eröffnet. Großes Interesse besteht an einer Zusammenarbeit mit Österreich auf dem Energie-, Umwelt- und Tourismussektor und am Abschluss eines bilateralen Kooperationsabkommens zur Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen.

Die österreichischen Exporte betragen 27,88 Millionen Euro (+1,2%), die Importe 19,22 Millionen Euro (-2,5%).

*Anhang***St. Kitts und Nevis
(St. Kitts und Nevis), Basseterre**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Denzil Llewellyn Douglas	Timothy Sylvester Harris

vertreten durch:
 Generalgouverneur
 Sir Cuthbert Montraville Sebastian

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Basseterre – **HK**

Am Rande der VN-GV traf Staatssekretär Hans Winkler mit Außenminister Timothy S. Harris zusammen (21. September).

Die österreichischen Exporte betragen 178.000 Euro (+261%), die Importe 121.000 Euro (-17,8%).

**St. Lucia
(St. Lucia), Castries**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Kenneth Davis Anthony	Senator Petrus Compton

vertreten durch:
 Generalgouverneurin
 Calliopa Pearlette Louisy

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Die österreichischen Exporte betragen 61.000 Euro (-63,5%).

**St. Vincent und die Grenadinen
(St. Vincent und die Grenadinen), Kingstown**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Ralph E. Gonsalves	Louis Hilton Straker

vertreten durch:
 Generalgouverneur
 Frederick Nathaniel Ballantyne

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Die österreichischen Exporte betragen 428.000 Euro (+162,2%), die Importe 6.000 Euro (-50,7%).

**Südafrika
(Republik Südafrika), Pretoria**

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Thabo Mbeki	Nkosazana Dlamini-Zuma

Pretoria – **ÖB**; Kapstadt – **GK**; Johannesburg – **HGK, AHST**; Durban – **HK**; Port Elizabeth – **HK**

Länderinformationen

Die Republik Südafrika ist Kooperationsland der OEZA. Das österreichische Programm konzentriert sich auf die Sektoren Demokratisierung, Lokalverwaltung sowie dezentralisierte integrierte ländliche Entwicklung. Im Zentrum stehen die Stärkung der zivilen Gesellschaft, der Zugang der schwarzen Bevölkerung (vor allem der Frauen) zum Recht sowie der Aufbau der Gemeindeverwaltungen. Die Kooperation wird über multilaterale Organisationen (UNDP und UNODC), staatliche Stellen (Commission on Gender Equality) und über südafrikanische NGOs abgewickelt. Auf österreichischer Seite fungieren als Projektträger vor allem HORIZONT 3000, das Nord-Süd-Institut für Entwicklungszusammenarbeit und das Institut für Internationale Zusammenarbeit (IIZ).

Die ÖB unterstützte die Herausgabe einer Publikation über die Reformen und Änderungen beim „New Partnership for Development“ (NEPAD), die die neuen institutionellen Lösungen und die Rolle der Zivilgesellschaft darstellt. Zur Aufklärung über mögliche Hilfestellung und Anlaufstellen förderte die ÖB die Neuauflage eines Informationsblatts für weibliche Gewaltopfer. Der Film „Melony“, der die Konsequenzen von Kindesmisshandlung veranschaulicht sowie das „Women on Farms“-Projekt, das Frauen im ländlichen Raum zu ihren verfassungsmäßig garantierten Rechten verhilft, wurden ebenso unterstützt. Zur Sicherstellung adäquater medizinischer Versorgung wurde die Initiative aufgegriffen, eine Zahnklinik in einem SOS-Kinderdorf zu etablieren. Die vom Institute for Justice and Reconciliation veranstaltete Konferenz „Transforming Conflicts; Options for Reconciliation and Reconstruction“ bot VertreterInnen aus Afrika und anderen Post-Konfliktstaaten die Gelegenheit zu einem Gedanken- und Erfahrungsaustausch sowie zur Evaluierung der Stärken und Schwächen von Friedensinitiativen und Übergangsmechanismen (Oktober).

Unter Teilnahme der österreichischen Autorin Sabine Scholl fand die 22. Tagung des Germanistenverbands im südlichen Afrika an der Universität Stellenbosch zum Thema „Literatur und Sprache – transnational?“ statt (März). In Johannesburg las Sabine Scholl aus ihren Werken über Schicksale und Identitätsprobleme jüdischer EmigrantInnen in New York.

Gemeinsam mit den anderen EU-Botschaften und der Vertretung der EU-Kommission wurden die EU-Filmwochen veranstaltet (Mai). In diesem Rahmen wurde der Film des österreichischen Regisseurs Harald Sicheritz „Hinterholz 8“ in Pretoria, Johannesburg, Kapstadt und Durban gezeigt.

Das International Classical Music Festival, bei dem eine Reihe hervorragender Konzerte in Johannesburg und Kapstadt gegeben wurden, fand zum fünften Mal unter dem neuen Namen „MIAGI“ („Music is a Great Investment“) statt (September). Im Rahmen dieses Festivals trat der österreichische Jazz-Musiker Andy Manndorff auf. Der Initiator und Leiter des Festivals, der österreichische Baritonsänger südafrikanischer Herkunft Robert Brooks, strebt im Rahmen dieses Festivals die Zusammenarbeit von MusikerInnen aus verschiedenen Kulturkreisen sowie die Verschmelzung verschiedener Musikrichtungen an.

Am UNYAZI-Festival, dem ersten Festival für Neue Medien in Afrika, das an der University of the Witwatersrand in Johannesburg stattgefunden hat (September), nahmen die österreichische Musikergruppe „My Kingdom for a Lullaby“ mit einem Multimedia Projekt sowie der Solist Lukas Ligeti teil, der auch an der Universität von Pretoria sowie am Goethe-Institut auftrat.

Die afrikanische Opernproduktion „Masque“ wurde unter Mitwirkung des „Marini Consort“ aufgeführt (Oktober).

Der bilaterale Handelsaustausch nahm neuerlich zu. Die österreichischen Exporte betragen 473,28 Millionen Euro (+18,6%), die Importe 312,37 Millionen Euro (+1,4%).

Sudan (Republik Sudan), Khartoum

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Omar Hassan Ahmed el-Bashir

Außenminister
Mustafa Osman Ismail

*Anhang***ÖB, AHSt:** siehe Ägypten; Khartoum – **HK**

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft erhielten drei KandidatInnen ein Stipendium für die berufliche Fortbildung.

Im Zusammenhang mit der Öffnung des Landes und steigender Exporterlöse aus dem Erdölsektor wurden die traditionell guten Kontakte mit dem Sudan vor allem im wirtschaftlichen Bereich durch Förderung von Firmenkontakten weiter verstärkt, insbesondere in Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten.

Die österreichischen Exporte 23,74 Millionen Euro (+27,2%), die Importe 581.000 Euro (+25,3%).

**Suriname
(Republik Suriname), Paramaribo**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ronaldo Roland Venetiaan	Ramdien Sardjoe	Lygia Louise Irene Kraag-Keteldijk

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Paramaribo – **HK**

Die österreichischen Exporte betragen 1,21 Millionen Euro (+42%), die Importe 59.000 Euro (-76,3%).

**Swasiland
(Königreich Swasiland), Mbabane**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Mswati III	Absalom Themba Dlamini	Mabili Dlamini

ÖB, AHSt: siehe Südafrika

Da der bilaterale Handel fast ausschließlich über Südafrika abgewickelt wird, ist keine verlässliche Statistik verfügbar. Die statistisch erfassten österreichischen Exporte betragen 38.000 Euro (-68%), die Importe 2.000 Euro (-88,2%).

**Syrien
(Syrisch Arabische Republik), Damaskus**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Bashar al Assad	Mohammad Naji Otri	Farouk al Shara'a

Damaskus – ÖB, AHSt; Aleppo – HK

Besuche aus Österreich: Erzbischof von Salzburg Alois Kothgasser, Gespräche mit dem Minister für religiöse Angelegenheiten Ziad al-Ayoubi, Großmufti Ahmad Hassoun, Besuche bei Caritas-Projekten, Besuch des österreichischen VN-Bataillons am Golan (10.–18. September); Bundesminister a.D. Klubobmann Herbert Scheibner, Gespräch mit dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses im Parlament Numeir Ghanem (23.–25. September); Generalstabschef Roland Ertl, Truppeninspektion beim österreichischen VN-Bataillon am Golan (4.–6. November).

Besuche in Österreich: Ministerin für Auslandssyrer Buthaina Shabaan, Teilnahme am Syrien-Symposium der Raiffeisen Zentralbank, Vortrag im Kreisky-Forum (28. Juni bis 2. Juli).

Länderinformationen

Der Chor der Universität Wien gab ein Konzert an der Universität Damaskus, der Frauenchor Oberpullendorf gab zwei Konzerte in Damaskus und zwei in Aleppo. Der österreichische Fotograf Heinz Cibulka und der syrische Fotograf Issa Touma gestalteten die gemeinsame Ausstellung „Syrien – Österreich; Spiegelbilder“ (5.–15. Juni). Gezeigt wurde der fotografische Blick des „Fremden“ auf das jeweils andere Land.

Volksoperndirektor Rudolf Berger besuchte Damaskus im Rahmen eines Projektes der technischen und künstlerischen Zusammenarbeit zwischen der Volksoper Wien und der syrischen Nationaloper (Juni und Oktober). Die Volkstanzgruppe Hartberg nahm am traditionellen Bosra-Festival teil. Das Doppelsextett Velden absolvierte mehrere Auftritte in Aleppo und Damaskus (Mitte September).

Der Generaldirektor des Kunsthistorischen Museums Wilfried Seipl besuchte Syrien, um die Ausstellung „Zauber des Orients“ in der Kunsthalle Leoben im Sommer 2006 vorzubereiten (Ende Juni).

Österreich war mit einem Informationsstand auf der Baumesse Buildex (12.–17. Mai) sowie bei der Syria Medicare, der Messe für Medizintechnik und Gesundheit (23.–26. Juni), vertreten. Eine Wirtschaftsmission (11 Firmen) besuchte Syrien und Jordanien (11.–17. Juni).

Die österreichischen Exporte betragen 62,46 Millionen Euro (+102,8%), die Importe 50,22 Millionen Euro (+32,3%).

Tadschikistan (Republik Tadschikistan), Duschanbe

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emomali Rachmonow	Jachje Asimow	Talbak Nasarow

Wien – **ÖB**; **AHSt**: siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

An der Vertretung von UNDP war ein Österreicher tätig.

Das unter Leitung des Bundesministeriums für Inneres durchgeführte BOMCA-Programm wurde fortgesetzt. Das Hilfswerk Österreich führte für ECHO ein Projekt zur Armutsbekämpfung durch.

Höhepunkt der kulturell-wissenschaftlichen Tätigkeit war das österreichisch-tadschikische Dialogforum in Duschanbe (16.–22. Oktober), das an der Tadschikischen Akademie der Wissenschaften durchgeführt wurde und 13 österreichische WissenschaftlerInnen und Kulturschaffende aus den verschiedensten Bereichen (Musik, Sprachwissenschaft, Numismatik, Soziologie, Religion, Recht) nach Tadschikistan brachte. Ein tadschikischer Deutschlehrer nahm an einem dreiwöchigen Fortbildungsseminar für GermanistInnen aus Südkasien und Zentralasien in Österreich teil (Juli/August). Die Tätigkeit der in Wallsee beheimateten österreichisch-zentralasiatischen Sommerakademie für Druckgrafik wurde unter tadschikischer Beteiligung in Wallsee und Duschanbe fortgesetzt. Das Jubiläumsjahr wurde durch Vorträge von Botschafter i.R. Alfred Missong gewürdigt. Einige tadschikische VertreterInnen nahmen an der internationalen Konferenz „Innovation und Reproduktion in Kulturen und Gesellschaften“ in Wien teil (9.–11. Dezember). Eine kirgisische Kulturwoche fand in Österreich statt (4.–9. April).

Das dritte gemeinsam mit den USA durchgeführte Seminar zu Fragen der lokalen Selbstverwaltung für zentralasiatische TeilnehmerInnen unter tadschikischer Beteiligung fand in Wien statt (11.–22. Juli). Im Rahmen von PfP fand in Wien das Seminar „Organized Crime and Drugs Trafficking: A Challenge for Central Asia“ (Organisierte Kriminalität und Drogenverkehr: Eine Herausforderung für Zentralasien) unter tadschikischer Beteiligung (Leiter der tadschikischen Drogenkontrollbehörde) statt (23. November).

Eine Wirtschaftsmission der WKÖ fand unter Leitung der AHSt Moskau statt (November).

Anhang

Die österreichischen Exporte betragen 534.000 Euro (-60,8%), die Importe 8,57 Millionen Euro (+55,9%).

Tansania (Vereinigte Republik Tansania), Dodoma

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jakaya Mrisho Kikwete (seit 21. Dezember)	Edward Lowassa (seit 30. Dezember)	Asha-Rose Migiro (seit 6. Jänner)

ÖB: siehe Kenia; Dar es Salaam – **HGK;** **AHSt:** siehe Südafrika

Besuche aus Österreich: Salzburger Bürgermeister Heinz Schaden, Besuch der Partnerstadt Singida (August).

Tansania ist Kooperationsland der OEZA und wird als solches vom OEZA-Büro in Kampala betreut. Die Schwerpunkte der EZA bilden Dezentralisierung und Privatsektorentwicklung. Die Dezentralisierung wurde über Distriktentwicklungsprogramme der Distrikte Kasulu und Ngorongoro unterstützt. Bei der Förderung des Privatsektors standen Projekte in den Bereichen Milchwirtschaft und Fleischverarbeitung im Mittelpunkt.

Die österreichischen Exporte betragen 3,44 Millionen Euro (-33%), die Importe 1,30 Millionen Euro (+21%).

Thailand (Königreich Thailand), Bangkok

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Bhumibol Adulyadej	Thaksin Shinawatra	Kantathi Suphamongkhon (seit 11. März)

Bangkok – **ÖB, AHSt;** Chiang Mai, Pattaya, Phuket – **HK**

Ein österreichisches Honorarkonsulat wurde am 21. September in Pattaya eröffnet.

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Gespräch mit Außenminister Kantathi Suphamongkhon (24. und 25. März); Elisabeth Gehrler, Gespräch mit Bildungsminister Chaturon Chaisang (23. Dezember); Staatssekretär Eduard Mainoni, Gespräche mit Minister für Information und Kommunikationstechnologie Suwit Khunkitti und Wissenschaftsminister Korn Thapparansi (23.–25. Juli); Landeshauptmann Herwig Van Staa, Teilnahme an Symposium anlässlich 10 Jahre Asian Studies Program im Rahmen von ASEAN-Uninet (3.–5. Februar).

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Besuche in Österreich: Prinzessin Chulaborn Valayalaksana zu Besuch bei der IAEO in Wien (Juli).

Ein von der Universität Innsbruck und der Chulalongkorn Universität veranstaltetes Symposium fand anlässlich des 10-jährigen Jubiläums des Asian Studies Programmes (im Rahmen von ASEAN-Uninet) in Bangkok statt (Februar). Der Austausch von WissenschaftlerInnen und Stipendiaten (vor allem Nord-Süd-Dialogstipendien und Technologiestipendien Südost-Asien im Rahmen des ASEAN-Uninet-Programmes) wurde fortgesetzt.

An der Chulalongkorn-Universität in Bangkok besteht seit 1990 das Austrian-Thai Centre for Computer-Assisted Chemical Education and Research (ATC). Österreich unterstützt das Asian Institute of Technology (AIT) seit 1990 durch die Finanzierung von Stipendien für Studierende.

Länderinformationen

Die Teilnahme am traditionellen EU-Filmfestival in Bangkok, Chiang Mai und erstmals in Phuket verlief angesichts eines Besucherrekords für den österreichischen Beitrag sehr erfolgreich. Im Gedenken an Simon Wiesenthal wurde das Oratorium „A Child of Our Time“ von Sir Michael Tippett durch das Siam Philharmonic Orchestra und den Orpheus Choir of Bangkok zur Aufführung gebracht (November). Weihnachtliche Musik aus Österreich wurde von KünstlerInnen im Rahmen einer Österreich-Woche im Siam City Hotel in Bangkok präsentiert.

Die österreichischen Exporte betragen 124,64 Millionen Euro (-6%), die Importe 285,73 Millionen Euro (-2,3%).

Timor-Leste (Demokratische Republik Timor-Leste), Dili

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
José Alexandre (Xanana) Gusmão	Mari Alkatiri	José Ramos-Horta

ÖB, AHSt: siehe Indonesien

Das Mandat der mit Aufgaben der Übergangsverwaltung betrauten UNMISSET lief im Mai aus. Die vom VN-SR eingesetzte politische Nachfolge mission UNOTIL soll die osttimoresischen Behörden mit 145 ExpertInnen (darunter zwei Österreicher) beim Aufbau staatlicher Institutionen (Polizei, Grenzschutztruppen und Armee), und durch Aufbau von Fähigkeiten in den Bereichen Menschenrechte und Gute Regierungsführung unterstützen.

Die jährlichen Auszahlungen im Rahmen der bilateralen OEZA beliefen sich in den letzten Jahren auf durchschnittlich rund 80.000 Euro (Wasserprojekte des Österreichischen Roten Kreuzes in den Bezirken Emera und Aibu).

Die österreichischen Exporte betragen 70.000 Euro (-61,7%).

Togo (Republik Togo), Lomé

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Faure Essozimana Gnassingbé	Edem Kodjo	Zarifou Ayeva

ÖB; AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 2 Millionen Euro (+53,9%), die Importe 575.000 Euro (-25%).

Tonga (Königreich Tonga), Nuku'alofa

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Taufa'ahau Tupou IV	Prinz 'Ulukalala Lavaka Taumoepeau Tupou	Ata Sonatane Tu'akinamolahi

ÖB, AHSt: siehe Australien

Anhang

Trinidad und Tobago (Republik Trinidad und Tobago), Port of Spain

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
George Maxwell Richards	Patrick Manning	Knowlson Gift

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Port of Spain – **HK**

Trinidad ist für Österreich der wichtigste Wirtschaftspartner in der Karibik. Österreich (AHSt Caracas) nahm mit acht Katalogausstellern und zwei Individualausstellern an der Trade & Investment Convention in Port of Spain teil (März).

Die österreichischen Exporte betragen 8,59 Millionen Euro (+78,1%), die Importe 207.000 Euro (+318%).

Tschad (Republik Tschad), Ndjamena

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Idriss Deby Itno	Pascal Yoadimnadj	Ahmat Allami

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 5,45 Millionen Euro (+355,6%), die Importe 3.000 Euro (-97,6%).

Tschechische Republik (Tschechische Republik), Prag

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Václav Klaus (seit 25. April)	Jiří Paroubek	Cyril Svoboda

Prag – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; Brünn – **HK, ASO, ÖI**; Budweis – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme mit Präsident Václav Klaus an der Eröffnung des Dr.-Karl-Renner-Geburtshauses (Unter-Tannowitz/Dolní Dunajovice in Südmähren, 29. April); Zweite Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Enthüllung einer Gedenktafel für Ludwig Czech (Brünn/Brno, 23. April); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, offizieller Besuch (20. Jänner); Präsident des Verfassungsgerichtshofs Karl Korinek als Leiter einer Delegation des Verfassungsgerichtshofs beim Verfassungsgerichtshof der Tschechischen Republik, Arbeitsbesuch (Brünn/Brno, 17.–19. Oktober); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Arbeitsbesuch bei Vizeministerpräsident und Verkehrsminister Milan Šimonovský (18. April, 8. und 9. November); Bundesminister Josef Pröll, Arbeitsgespräch mit Außenminister Cyril Svoboda (4. Februar), Eröffnung der Weinmesse PraVinum (2. und 3. April), Arbeitsgespräch mit Außenminister Cyril Svoboda (Neusiedl/Novosedly, Südmähren, 17. Mai), Teilnahme an der Konferenz „Die Zukunft ländlicher Gebiete“, Gespräch mit Landwirtschaftsminister Petr Zgarba und Umweltminister Libor Ambrozek (10. und 11. Oktober); Bundesministerin Karin Gastingger, offizieller Besuch bei Justizminister Pavel Němec (16. und 17. Juni); Bundesministerin Liese Prokop, Arbeitsbesuch bei Innenminister František Bublan (Nikolsburg/Mikulov, 9. Dezember); Bundesratspräsident Georg Pehm, Grenzlandtreffen mit Senatsvorsitzenden Přemysl Sobotka (Znaim/Znojmo, 20. April); Bundesratspräsident Peter Mitterer, offizieller Besuch (5. und 6. Dezember); Staatssekretär Helmut Kukacka, Arbeitsgespräch mit Vizeverkehrsminister Vojtěch Kocourek und Kreishauptmann für Südböhmen Jan Zahradník (Budweis/České Budějovice, 11. Mai); Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme am Bertha

Länderinformationen

von Suttner-Symposium (12. November); Präsident der Wirtschaftskammer Österreich Christoph Leitl, Gespräche mit Senatsvorsitzenden Přemysl Sobotka und Industrie- und Handelsminister Milan Urban (26. Oktober); Landeshauptmann-Stellvertreter Ferdinand Eberle, Gespräch mit Präsident Václav Klaus (23. und 24. Juni); Leiter des Völkerrechtsbüros Hans Winkler, Arbeitsgespräch mit Vize-Außenminister Pavel Svoboda (18. Februar); Landesrat Rudolf Anschöber, Gespräch mit Vizeumweltminister Tomáš Nowotny (23. September); Delegation des Österreichischen Städtebundes, Arbeitsbesuch (27. September).

Besuche in Österreich: Präsident Václav Klaus, Auszeichnung mit dem Preis für Europäische Regionale Integration (ERI prix) (St. Pölten, 8. Juni), Gespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer (24. November); Senatspräsident Přemysl Sobotka, offizieller Besuch (Wien, Rust, 10. und 11. Mai), Teilnahme am Treffen der Parlamentspräsidenten der Regionalen Partnerschaft (25. Oktober); Ministerpräsident Jiří Paroubek, offizieller Besuch (14. Juli), Arbeitsbesuch (14. Dezember); Vizeministerpräsident Martin Jahn, Gespräch mit Landeshauptmann Josef Pühringer (Linz, 20. Juni); Innenminister František Bublan, Unterzeichnung des Abkommens über die Grenzübergänge und des Vertrags über den Grenzübertritt auf touristischen Wegen und über den Grenzübertritt in besonderen Fällen mit Bundesministerin Liese Prokop (Raabs/Thaya, 17. September); Außenminister Cyril Svoboda, Arbeitsbesuch (28. November); Vizeverkehrsminister Vojtěch Kocourek, Arbeitsgespräch mit Staatssekretär Helmut Kukacka (1. Februar); Vizeaußenminister Vladimír Müller, Arbeitsgespräche im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (26. und 27. April), Arbeitsgespräch mit Staatssekretär Hans Winkler (14. Oktober); Generalstabschef Pavel Štefka, Arbeitsgespräch mit Generalstabschef Roland Ertl (Retz, 13. Juni); Regierungscheftreffen der Landeshauptleute von Oberösterreich Josef Pühringer und Südböhmen Jan Zahradník (Linz, 1. Dezember); Ombudsmann Otakar Motejl, Arbeitsbesuch bei der Volksanwaltschaft (7. und 8. Februar).

Bundesministerin Liese Prokop und Innenminister František Bublan unterzeichneten einen Staatsvertrag über Polizeikooperation (Wien, 14. Juli), das Abkommen über die Grenzübergänge und der Vertrag über den Grenzübertritt auf touristischen Wegen und über den Grenzübertritt in besonderen Fällen (Raabs/Thaya, 17. September), eine Vereinbarung über die Errichtung von festgelegten Stellen auf touristischen Wegen, Vereinbarungen über die vorgeschobene Grenzabfertigung an den Grenzübergängen Fratres-Slavonice und Grametten-Nová Bystrice, eine Vereinbarung über die Errichtung von vorgeschobenen Grenzabfertigungsstellen auf den Bahnhöfen Brünn-Hauptbahnhof, Břeclav, Lundenburg, Hohenau und Wien-Südbahnhof sowie über die Grenzabfertigung während der Fahrt auf der Strecke zwischen den Bahnhöfen Brünn-Hauptbahnhof und Wien-Südbahnhof und ein Arbeitsabkommen zur Dublin-II-Verordnung (9. Dezember). Das Abkommen über die Grenzübergänge trat am 22. Dezember in Kraft.

Die enge Kooperation bei der Pflege des gemeinsamen Kulturerbes setzte sich auch mit dem neuen Kulturminister Vítězslav Jandák fort. Bei der zeitgenössischen Kunst setzte das KF Prag Schwerpunkte auf dem Gebiet des Designs (Österreich innovativ) und positionierte seine Galerie als Schaufenster neuester österreichischer Kunstentwicklung. Im Bereich der Musik wurde die Zusammenarbeit der Musikhochschulen mit gemeinsamen Konzerten in Wien und Prag akzentuiert. Die Veranstaltungen zum Adalbert-Stifter-Jahr gipfelten in einem hochrangigen Symposium im KF Prag. Aus Anlass des 100. Jahrestages der Verleihung des Friedensnobelpreises wurde Bertha von Suttner mit der tschechischen Ausgabe ihrer Biographie, einem Vortrag deren Autorin Brigitte Hamann, einer Wanderausstellung und einem hochrangigen Symposium im Plenum des tschechischen Senats unter dem Ehrenschutz von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Ministerpräsident Jiří Paroubek gewürdigt.

Die „Österreichischen Energietage“ fanden in Hradec Králové/Königgrätz unter Beteiligung österreichischer Firmen statt (26. und 27. April).

Das Interesse österreichischer Unternehmen, besonders KMU, an der Errichtung und Ausweitung von Vertriebs- und Produktionsniederlassungen hielt an. Die steigende Kaufkraft der tschechischen Bevölkerung kommt auch dem österreichischen Fremdenverkehr zugute. Der österreichisch-tschechische Handel wächst in beide Richtungen seit 1993 ohne Unterbrechung. Die Beseitigung der Zollbarrieren im Zuge des EU-Beitritts führte zu einem stark wachsenden

Anhang

Handel mit Agrarwaren, Lebensmitteln und Getränken. Österreichische Anlagenbauer profitieren von der hohen Investitionstätigkeit in der Industrie- und Bauwirtschaft. Exportseitig bleibt Tschechien Österreichs achtgrößter Handelspartner, importseitig der viertgrößte.

Die österreichischen Exporte betragen 2,93 Milliarden Euro (+6,3%), die Importe 3,19 Milliarden Euro (+10,5%).

Tunesien (Tunesische Republik), Tunis

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Zine El Abidine Ben Ali	Mohamed Ghannouchi	Abdelwaheb Abdallah

Tunis – ÖB

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Franz Morak, Teilnahme am Weltinformationsgipfel (WSIS), Kontakte mit tunesischen Regierungsmitgliedern (November).

Steffen Rössler und Margot Fussi gaben im Russischen Kulturzentrum ein Klavierkonzert mit Gesang, bei dem Mozart-Arien und Auszüge aus verschiedenen Operetten geboten wurden (Februar). Bei zahlreichen Festivals traten österreichische KünstlerInnen auf: Thomas Kaufmann und Wolfgang Reisinger beim Jazzfestival in Tabarka (Juli), Aron Quartett bei dem seit über zehn Jahren bestehenden „Octobre Musical“ in Karthago (Schwerpunkt: klassische Musik), das Wiener Opernballorchester bei den Sommerfestspielen im römischen Amphitheater von El Jem sowie das Duo Hammerling im Kulturzentrum Acropolium in Karthago (Oktober).

Die bestehende enge Zusammenarbeit mit Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen wurde durch Kontakte und Vorträge von WissenschaftlerInnen an den Universitäten Manouba und Tunis fortgeführt. Vortragende waren unter anderem die Professoren Franz Wimmer und Elisabeth Nemeth der Universität Wien (Februar), die gemeinsam ein Philosophie-Symposium an der Universität Tunis abhielten, anlässlich der Österreich-Tage der Universität Manouba Prof. John Pattillo-Hess mit einem Vortrag über Elias Canetti (April), sowie die Missionschefin mit Vorträgen über Österreich an den Universitäten Tunis und Manouba.

Darüber hinaus wurden an Universitäten und in kleinerem Rahmen Lesungen zeitgenössischer österreichischer Literatur veranstaltet, unter anderem von der Schauspielerin und Regisseurin Paula Kraft, anlässlich eines Deutschtages an der Universität Tunis über Kaffeehausliteratur (April), von Susanne Scholl, anlässlich der Österreich-Tage des tunesischen Germanistenverbandes (April) und von Ditha Brickwell, die aus eigenen Werken las (Mai).

Eine Filmvorführung von Wolfgang Lesowsky „Musik der Sinne – 3000 Jahre Tunesien“ wurde in der Residenz der Botschafterin im Juni veranstaltet.

Eine Delegation der WKÖ mit Vertretern von 15 Firmen besuchte Tunesien (23. und 24. November), wobei es zu über 100 Kontaktgesprächen mit tunesischen WirtschaftsvertreterInnen kam.

Die österreichischen Exporte betragen 39,53 Millionen Euro (-25,7%), die Importe 81,81 Millionen Euro (+60,9%).

Türkei (Republik Türkei), Ankara

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Aussenminister
Ahmet Necdet Sezer	Recep Tayyip Erdogan	Abdullah Gül

Ankara – **ÖB, AHSt**; Istanbul – **GK, KF, AHSt**; Antalya, Bursa, Bodrum, Izmir, Trabzon, Mersin – **HK**

Länderinformationen

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsident Andreas Khol in Begleitung von vier Nationalratsabgeordneten (Ankara, Istanbul, 3.–5. Oktober).

Besuche in Österreich: Außenminister Abdullah Gül, Teilnahme am Europa-Forum Wachau (3. und 4. Juni); Generalstabschef Hilmi Özkök (Wien, 30. März bis 1. April).

Eine Verhandlungsrunde zur Änderung des Luftverkehrsabkommens fand in Ankara statt (13. und 14. Jänner). Eine Zusatzvereinbarung zum österreichisch-türkischen kulturellen Memorandum of Understanding wurde in Wien unterzeichnet (13. Juni).

Die 5. Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission fand unter dem Vorsitz von Bundesminister Martin Bartenstein und Innenminister Abdulkadir Aksu in Wien statt (10. November).

Zahlreiche KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen präsentierten ein breites Spektrum österreichischer Kultur- und Wissenschaftslandschaft. Österreichische Solisten und Musik-Ensembles gaben Konzerte in zahlreichen Städten der Türkei und nahmen an nationalen und internationalen Festivals teil. Herausragendes musikalisches Vorhaben war die Anatolientournee junger österreichischer und türkischer ChorsängerInnen. Dieses von der Europäischen Kommission mitunterstützte Projekt trug die sprachliche Vielfalt der Europäischen Union als musikalische Botschaft in den Osten Anatoliens. Das KF unterstützte in Zusammenarbeit mit dem Mozarteum Salzburg weiter den Aufbau eines Netzwerkes des Orff-Schulwerks Türkei an musikpädagogischen Einrichtungen. VertreterInnen österreichischer Musikhochschulen hielten Seminare ab. Im Rahmen des Internationalen Architekturkongresses fanden zum Thema Jugendstil Dokumentationsausstellungen zu Otto Wagner und Adolf Loos statt. Ausstellungen österreichischer KünstlerInnen, unter anderem von Gerhard Guttruff und Alois Köchl, wurden in Istanbul, Eskisehir, Bursa, Izmir und Ankara gezeigt. Der Installationskünstler Karl H. Klopff war zur Teilnahme an der Kunst-Biennale in Istanbul eingeladen. Die österreichische Verlegerschaft war heuer zum ersten Mal auf der Internationalen Buchmesse in Istanbul vertreten. Das Verlagshaus Yapi Kredi widmete Ingeborg Bachmann eine große Dokumentationsausstellung. Der junge österreichische Film war in den unterschiedlichsten Sparten bei allen wichtigen Film-Festivals vertreten.

In Izmir fand der 8. Wienball statt (11. März).

Eine Wirtschaftsmission der WKÖ, die sich mit den Sektoren Verkehrswesen und Infrastruktur beschäftigte, hielt sich in Ankara und Istanbul auf (14.–18. November). Eine Delegation der Industriellenvereinigung unter Leitung von Präsident Veit Sorger besuchte Ankara (14. Dezember).

Eine Pharmafabrik, welche mit österreichischem Know-How errichtet worden war, wurde im Beisein des türkischen Staatspräsidenten Ahmet Necdet Sezer eröffnet (Mai). Die Eröffnung des mit Beteiligung mehrerer österreichischer Firmen gebauten Wasserkraftwerks in Muratli folgte (Juni).

Die österreichischen Exporte betragen 738,22 Millionen Euro (-6,7%), die Importe 808,81 Millionen Euro (+8,7%).

Turkmenistan (Turkmenistan), Aschgabat

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Saparmurat Nijasow

Außenminister

Raschid Meredow

Wien – **ÖB**; **AHSt**: siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Zwei turkmenische DeutschlehrerInnen nahmen an einem dreiwöchigen Fortbildungsseminar für GermanistInnen aus Südkaukasien und Zentralasien in Österreich teil (Juli/August).

Länderinformationen

Ukraine (Ukraine), Kiew

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Viktor Juschtschenko (seit 23. Jänner)	Jurij Jechanurow (seit 22. September)	Boris Tarasjuk (seit 4. Februar)

Kiew – ÖB, KF, AHSt, ÖW; Lemberg – HK, Kooperationsbüro für Wissenschaft, Bildung und Kultur

Besuche aus Österreich: Bundesratspräsident Georg Pehm, anlässlich der Inauguration von Präsident Juschtschenko (23. Jänner); Staatssekretär Franz Morak anlässlich der 7. Europäischen Ministerkonferenz über Massenmedienpolitik des Europarates (9.–11. März); Präsident der WKÖ Christoph Leitl in seiner Funktion als Präsident der Organisation Europäischer Wirtschaftskammern (1. Juni); Nationalratspräsident Andreas Khol in Begleitung des Dritten Nationalratpräsidenten Thomas Prinzhorn, Nationalrat Johann Ledolter, Nationalrat Kurt Gaßner und Bundesrat Stefan Schennach (15. und 16. Juni); Sonderkoordinator und Vizekanzler a.D. Erhard Busek (18. Juli); Erzbischof Christoph Kardinal Schönborn (Mukatschewo, 25. und 26. September); Abgeordnete zum Europaparlament Ursula Stenzel gemeinsam mit einer Delegation des Europäischen Parlaments (21.–23. November).

Besuche in Österreich: Kultur- und Tourismusministerin Oksana Bilosir (5.–8. Juni); Transportminister Jewhen Tschernowenko (24. Juni); Präsident Viktor Juschtschenko (12. Juli); Außenminister Boris Tarasjuk (Salzburg, 27. und 28. August), Wirtschaftsminister Arsenij Jazenjuk (5. Dezember).

Die Orange Revolution, der Amtsantritt von Präsident Viktor Juschtschenko sowie einer reformorientierten Regierung unter Premierministerin Julia Timoschenko hat das Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Ukraine in allen Bereichen wesentlich verstärkt.

Die Ukraine ist zwar kein Schwerpunktland der OEZA, es werden jedoch vier Kofinanzierungsprojekte von NGOs gefördert. Ein Fördervertrag mit Caritas Österreich zur Einführung Mobiler Dienste in drei ukrainischen Städten zur Betreuung von alten und behinderten Menschen wurde im Dezember unterzeichnet.

Die Gemischte Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit hielt ihre erste Tagung in Wien ab (19. und 20. Dezember). Die Auszahlungen von Leistungen an ehemalige ZwangsarbeiterInnen des NS-Regimes durch den Österreichischen Versöhnungsfonds wurden abgeschlossen. Insgesamt erfolgten über die ukrainische Partnerorganisation 42.721 Auszahlungen.

Die kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und der Ukraine waren durch eine Vielzahl an gemeinsamen kulturellen und wissenschaftlichen Veranstaltungen gekennzeichnet. Der Schwerpunkt der Tätigkeit des KF liegt im Bereich zeitgenössischer Musik und Kunst. Wichtige Elemente der kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Literatur sind das Kooperationsbüro in Lemberg sowie die Österreich-Bibliotheken in Kiew, Lemberg, Czernowitz und Charkiw. Besondere Breitenwirkung erzielte die ÖB mit dem Skifestival in Slawsk (9.–11. März), der Beteiligung an den Europatagen in Kiew, Odessa und Donetsk (14., 19.–21. Mai) sowie dem ersten Opernball in Kiew (21. Oktober). Österreich wurde bei dem Eurovision Song Contest, der in Kiew stattfand, von den „Global Kryner“ vertreten (20. und 21. Mai). Ein Wiener Ball fand in Lemberg statt (29. Oktober).

Die Gemischte Kommission für bilaterale Handels- und Wirtschaftsbeziehungen hielt ihre siebente Tagung in Kiew und Iwano-Frankiwsk ab (6.–9. Dezember). Das Engagement österreichischer Firmen erreichte einen Höhepunkt mit dem Erwerb der ukrainischen Aval-Bank durch die Raiffeisen International, was Österreich vorübergehend auf den ersten Platz in der Statistik der ausländischen Investoren brachte.

Anhang

Die österreichischen Exporte betragen 469,50 Millionen Euro (+27,8%), die Importe 422,81 Millionen Euro (+26,1%).

Ungarn (Republik Ungarn), Budapest

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
László Sólyom (seit 5. August)	Ferenc Gyurcsány	Ferenc Somogyi

Budapest – **ÖB, KF, ÖI, AHSt, ÖW**; Fünfkirchen (Pécs), Raab (Győr), Steinamanger (Szombathely), Szeged, Stuhlweißenburg (Székesfehérvár), Nyiregyháza, Veszprém (seit 10. Jänner) – **HK**

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsident Andreas Khol und Bundesratspräsident Georg Pehm, Teilnahme an der Konferenz der Parlamentspräsidenten der EU-Mitgliedsstaaten und des Europäischen Parlaments (6. und 7. Mai) sowie Arbeitssessen des Nationalratspräsidenten mit Parlamentspräsidentin Katalin Szili (Sopron, 20. August); Zweite Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Gespräche mit dem Vizepräsidenten des Parlaments László Mandur (17. Juni); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Treffen der V4+2 Regierungschefs zur Diskussion der EU-Finanzperspektive 2007–2013 (13. Juli) sowie weiteres Treffen der V4+2 Regierungschefs mit EK-Präsident José Manuel Barroso (30. August); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Gespräche mit Wirtschaftsminister Janós Kóka (Pécs und Budapest, 29. und 30. Mai) sowie Vorstellung des ETCS/European Train Control System in Anwesenheit von EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot (Mosonmagyaróvár, 22. September); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am V4+2 Außenministertreffen unter Einbeziehung der Ukraine (11. Juli) sowie am Außenministertreffen der Regionalen Partnerschaft und Westbalkan-Konferenz (10. und 11. Oktober); Bundesministerin Liese Prokop, Trilaterales Treffen der InnenministerInnen von Ungarn, Rumänien und Österreich (17. und 18. März) sowie Treffen der „Salzburg Gruppe“ unter ungarischem Vorsitz (21. und 22. April); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme an österreichisch-ungarischer Arbeitsmarktkonferenz (Szombathely, 11. Mai); Bundesministerin Ursula Haubner, Teilnahme an EU-Jugendministertreffen im Rahmen des Europarates (23. und 24. September); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Teilnahme an Symposium zum Thema „Brustkrebsscreening“ (2. Oktober); Bundesministerin Elisabeth Gehrer, Arbeitsgespräche und Vortrag an der Gyula Andrassy Deutschsprachige Universität (16. Dezember); Staatssekretär Alfred Finz, Teilnahme am Quadrilateralen Treffen (Ungarn, Slowenien, Kroatien, Österreich) der für grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG verantwortlichen MinisterInnen (11. März) sowie Vorstellung eines Twinning-Projekts zwischen Ungarn und Österreich im Bereich Zollwesen (15. Dezember); Staatssekretär Helmut Kukacka, Arbeitsgespräche im Verkehrsministerium (27. und 28. Oktober); Staatssekretär Eduard Mainoni, Vorstellung des österreichischen EU-Präsidentschaftsprogrammes im Bereich Verkehrswesen sowie Forschungs- und Innovationspolitik (11. November); Staatssekretär Franz Morak, Teilnahme an Konferenz „Inclusive Europe: Horizon 2020“ (19. November); Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien Michael Häupl, Ausstellungseröffnung „Wien, Architektur-Stadterhaltung/Stadterneuerung“ (16. März); Präsident des Rechnungshofes Josef Moser, Teilnahme an Tagung der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (16.–19. März).

Besuche in Österreich: Staatspräsident Ferenc Mádl, Teilnahme an Festsitzung der Europäischen Akademie der Wissenschaft und Künste (Salzburg, 5. März) sowie Abschiedsbesuch (14. und 15. Juni); Staatspräsident László Sólyom, Antrittsbesuch (26. August); Parlamentspräsidentin Katalin Szili, Verleihung des Großen Goldenen Ehrenzeichens am Bande für Verdienste um die Republik Österreich durch Bundespräsident Heinz Fischer (Wien und Rust, 26. September) sowie Teilnahme am Treffen der Parlamentspräsidenten der Regionalen Partnerschaft (25. Oktober); Gesundheitsminister Jenő Rácz, Arbeitsgespräche mit Bundesministerin Maria Rauch-

Länderinformationen

Kallat (21. Jänner), Teilnahme an einer Veranstaltung des Forums der forschenden pharmazeutischen Industrie und des Europäischen Forums Alpbach (Wien, 24. Februar) sowie Teilnahme am Europäischen Forum Alpbach (2. September); Wirtschafts- und Verkehrsminister János Kóka, Arbeitsgespräche mit Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach und Bundesminister Martin Bartenstein sowie Teilnahme am Opernball (3. und 4. Februar); Justizminister József Petrétai, Arbeitsgespräche mit Bundesministerin Karin Gastinger (17. und 18. März); Minister für Regionale Entwicklung István Kolber, Eröffnung des „Tages des Plattensees“ im Collegium Hungaricum (26. April); Kulturminister András Bozóki, Arbeitsgespräche mit Staatssekretär Franz Morak (6. Mai sowie 8. November); Minister für Informatik und Telekommunikation Kálmán Kovács, Teilnahme an „World Summit Award“-Konferenz (2. und 3. Juni); Innenministerin Mónika Lamperth, Teilnahme an informellem Treffen der „Salzburg Gruppe“ (Graz, 27. und 29. Juli) und Treffen mit Bundesministerin Liese Prokop im Hinblick auf Evaluierung der Schengenreife Ungarns (13. September); Staatssekretär im Ministerium für Umweltschutz und Wasserwesen István Öri, anlässlich Übernahme der Präsidentschaft Ungarns in der Internationalen Kommission zum Schutz der Donau (18. Jänner); Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr Tibor Szányi, Einladung der WKÖ Oberösterreich (Linz, 26. Jänner) sowie Teilnahme am Round-Table anlässlich „Ein Jahr EU-Mitgliedschaft der zehn neuen Mitgliedsstaaten“ (Schloss Hof bei Wien, 13. und 14. April); Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium Benedek Fülöp, Teilnahme an Dialogkonferenz der Landwirtschaftsminister der Regionalen Partnerschaft (31. Jänner); Staatssekretär im Amt für Europäische Angelegenheiten Péter Gottfried, Arbeitsgespräche mit Staatssekretär Hans Winkler (5. Oktober); Staatssekretär im Außenministerium András Hajdú, Arbeitsgespräche mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (3. Februar); Staatssekretärin im Außenministerium Márta Feksz-Horváth, Arbeitsgespräche mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (6. Dezember); Bürgermeister von Budapest Gabór Demszky, Ausstellungseröffnung „blau – Die Erfindung der Donau“ (14. Juni); Ministerpräsident a.D. Gyula Horn, Verleihung des Großen Goldenen Ehrenzeichens am Bande für Verdienste um die Republik Österreich durch Bundespräsident Heinz Fischer (7. Oktober).

Der Höhepunkt der bilateralen Besuchskontakte war die gemeinsame österreichisch-ungarische Regierungssitzung, die am 20. Dezember unter Vorsitz von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány in Wien stattfand. An diesem ersten gemeinsamen Ministerrat seit 1918 nahmen insgesamt 27 ungarische bzw. österreichische Regierungsmitglieder teil. Im Rahmen der Regierungssitzung wurden ein Abkommen über die Zusammenarbeit der Auslandsvertretungen in Drittstaaten, eine Gemeinsame Erklärung über die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen im Berufsbildungsbereich sowie ein Memorandum über die Zusammenarbeit im Bereich der Informatik und Kommunikationstechnologie unterzeichnet. Weiters erfolgten der Austausch der Ratifikationsurkunden des Vertrages über Änderungen und Ergänzungen zur Sichtbarerhaltung der gemeinsamen Staatsgrenze sowie ein Notenwechsel bezüglich der Erhöhung des Kontingents im bilateralen Grenzgänger- und Praktikantenabkommen.

Aus dem Tätigkeitsbereich des KF sind folgende Schwerpunkte hervorzuheben: Die österreichische Nobelpreisträgerin Elfriede Jelinek wurde in Form einer szenischen Lesung ihres zu diesem Anlass übersetzten Stückes „Raststätte“ gewürdigt (Jahresbeginn). Anlässlich des „Gedankenjahres 2005“ fand eine internationale Konferenz mit dem Titel „Joining the Club. 10+1 years after“ statt (Mai). Die Veranstaltung wurde gemeinsam von Österreich, Finnland, Schweden und Ungarn in Form von Workshops und einer im Anschluss daran stattfindenden High-Panel Discussion gestaltet, in der Bilanz über Erwartungen, Hoffnungen und Ängste gezogen wurde. In Győr wurde eine Ausstellung mit dem Titel „Living Classics“ gezeigt, bei der ungarische zeitgenössische Maler zusammen mit österreichischen KünstlerInnen ihre Werke präsentierten. Die ungarische Ausgabe von Qualtingers „Herr Karl“ wurde präsentiert. Erwähnt seien weiters die Ausstellungen Peter Weibel, Hermann Nitsch sowie die Ausstellung „Die junge Republik. Alltagsbilder aus Österreich 1945–1955“; auf dem Gebiet der Literatur Lesungen mit Barbara Frischmuth (Lesereise durch Ungarn) und Thomas Stangl (österreichischer Beitrag zum Internationalen Budapester Buchfestival im Rahmen der EU-Veranstaltung „le premier roman“, Präsen-

Anhang

tation von Erstlingswerken); im Bereich Musik die Beteiligung an den beiden großen Openair Festivals des Landes („Sziget“ in Budapest, „Volt“ in Sopron) sowie ein Symposium mit anschließender Filmwoche, das die filmische Aufarbeitung von Wien und Budapest zum Thema hatte.

Die Zusammenarbeit und der Austausch mit den vier Österreich-Bibliotheken in Debrecen, Pécs, Szeged und Szombathely wurden weiter intensiviert.

Die Eröffnung des dritten Studienjahres der Gyula Andrassy Deutschsprachigen Universität fand im September statt. Die Universität wird vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur bis 2006 mit einem jährlichen Betrag von 250.000 Euro unterstützt. Im Herbstsemester wurde an der Universität unter Berücksichtigung der Themenbereiche Kultur, Politik, Recht und Sicherheit eine Ringvorlesung mit Österreich-Schwerpunkt angeboten.

Die Österreichisch-Ungarische Europaschule feierte ihr 10-jähriges Bestehen (November). In Vernetzung mit den anderen österreichischen Bildungseinrichtungen (Kindergarten, Gymnasium) in Budapest tritt sie als „Österreichisches Bildungszentrum“ auf, das eine solide Bildung vom Kindergarten bis zur Matura in ihren Mittelpunkt stellt.

Über 10% aller ausländischen Direktinvestitionen in Ungarn stammen aus Österreich. Österreich steht somit weiterhin auf Platz drei der größten Auslandsinvestoren, nach Deutschland und den Niederlanden. Vor allem österreichische Spezialbanken, Finanzdienstleister und kleinere Dienstleistungsbetriebe verschiedenster Branchen kamen neu auf den ungarischen Markt. Bereits etablierte Banken, Versicherungen, Immobilienentwickler, Bau- und Baustoffunternehmen sowie Handelsketten erweiterten Filialnetz bzw. Geschäftstätigkeit teilweise erheblich und sind expansiv in Ungarn tätig.

Die österreichischen Exporte betragen 3,22 Milliarden Euro (-3,5%), die Importe 2,46 Milliarden Euro (-5,3%).

Uruguay (Republik Uruguay), Montevideo

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Tabaré Ramón Vázquez Rosas
(seit 1. März)

Außenminister

Reinaldo Gargano
(seit 1. März)

ÖB, AHSt: siehe Argentinien; Montevideo – HGK

Bundespräsident Heinz Fischer traf am Rande des VN-Gipfels in New York mit Präsident Vázquez Rosas zusammen (16. September).

In einer Veranstaltung in Montevideo wurde über die Geschichte des jüdischen Wien informiert (August).

Die österreichischen Exporte sind starken Schwankungen unterworfen, die auf gelegentliche größere Lieferungen im Rahmen von Projekten zurückzuführen sind.

Die österreichischen Exporte betragen 10,25 Millionen Euro (+41,3%), die Importe 1,27 Millionen Euro (-17%).

Usbekistan (Republik Usbekistan), Taschkent

Staatsoberhaupt

Islam Karimov

Regierungschef

Shavkat Mirziyayev

Außenminister

Elyor Ganiev
(seit 15. März)

Länderinformationen

Das unter Leitung des Bundesministeriums für Inneres durchgeführte BOMCA-Programm wurde fortgesetzt.

Im Kultur- und Wissenschaftsbereich wurde die schwerpunktmäßige Zusammenarbeit auf dem Germanistiksektor durch Entsendung einer Deutschpraktikantin fortgesetzt. Für eine Deutsch-Schwerpunktschule in Nukus wurden eine Bücherspende, ein Sprachlabor und Lehrwerke zur Verfügung gestellt. Zwei usbekische DeutschlehrerInnen nahmen an einem dreiwöchigen Fortbildungsseminar für GermanistInnen aus Südkaukasien und Zentralasien in Österreich teil (Juli/August). Der Germanist Lutfulla Kholloyarov gab ein Lehrbuch über österreichische Literatur heraus.

Die Tätigkeit der in Wallsee beheimateten österreichisch-zentralasiatischen Sommerakademie für Druckgrafik wurde unter usbekischer Beteiligung fortgesetzt. Das Jubiläumsjahr wurde durch Vorträge von Botschafter i.R. Alfred Missong gewürdigt. Einige usbekische VertreterInnen nahmen an der internationalen Konferenz „Innovation und Reproduktion in Kulturen und Gesellschaften“ in Wien teil (9.–11. Dezember). Das dritte gemeinsam mit den USA durchgeführte Seminar zu Fragen der lokalen Selbstverwaltung für zentralasiatische TeilnehmerInnen unter usbekischer Beteiligung fand in Wien statt (11.–22. Juli).

Eine Wirtschaftsmission der WKÖ fand unter Leitung der AHSt Moskau statt (November).

Die österreichischen Exporte betragen 21,66 Millionen Euro (+3,7%), die Importe 102,35 Millionen Euro (+106,2%).

Vanuatu (Republik Vanuatu), Port Vila

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Kalkot Mataskelekele	Ham Lini	Sato Kilman

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Importe betragen 2.000 Euro (-82,2%).

Venezuela (Bolivarische Republik Venezuela), Caracas

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Hugo Rafael Chávez Frías	Alí Rodríguez Araque

Caracas – **ÖB, AHSt;** Porlamar – **HK**

Bundesministerin Ursula Plassnik traf am Rande des EU-Rio-Gruppe-Treffens in Luxemburg mit Außenminister Alí Rodríguez Araque zusammen (27. Mai).

Österreich nahm mit den Filmen „Darwin’s Nightmare“ und „Lovely Rita“ am europäischen Filmfestival in Caracas teil (April). Das Konservatorium Wien besuchte Venezuela; eine Woche lang arbeitete es mit den venezolanischen Jugendorchestern (FESNOJIV), StudentInnen des Konservatoriums gaben Kammerkonzerte, sangen Auszüge aus Mozart-Opern und spielten im Teatro Teresa Carreño vor vollem Haus gemeinsam mit dem preisgekrönten Orchester Simon Bolivar; ein Konzert wurde gemeinsam mit dem Oberbürgermeisteramt von Caracas für Kinder aus öffentlichen Schulen organisiert (Mai). Das Konservatorium schloss ein Kooperationsabkommen mit der Jugendorchesterbewegung ab, das den Austausch von GastprofessorInnen und StudentInnen fördern soll (Dezember).

Die österreichische Gitarristin Brigitte Zaczek spielte im Kolonialmuseum „Quinta Anauco“ und gab Meisterklassen (Juli). Die ÖB präsentierte den Wiener Pianisten Klaus Leutgeb in der Quinta Anauco, im Kulturzentrum La Estancia sowie in der venezolanischen Zentralbank

Anhang

(Ende Oktober/Anfang November). Im gleichen Zeitraum veranstaltete die ÖB gemeinsam mit dem Oberbürgermeisteramt von Caracas einen viertägigen Workshop zum Thema Moderne Stadtproblematik, an dem Hannes Swoboda (europäisches Parlament, früher Leiter des Stadtamts Wien), Ramesh Kumar Biswas (unter anderem Kurator der Ausstellung Innovative Austrian Architecture), Andreas Hofer (Technische Universität Wien) sowie zwei kolumbianische und ein brasilianischer Urbanist teilnahmen. Der österreichische Cellist und Dirigent Florian Ebersberg dirigierte österreichische Musik unter anderem in Mérida und Maracaibo.

Drei österreichische Aussteller nahmen an der Medizintechnikfachmesse EXPOMEDICA in Caracas teil (Juni).

Die österreichischen Exporte betragen 54,83 Millionen Euro (+15,5%), die Importe 1,30 Millionen Euro (-21,9%).

Vereinigte Arabische Emirate (Vereinigte Arabische Emirate), Abu Dhabi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sheikh Khalifa bin Zayed Al Nahyan	Sheikh Maktoum bin Rashid Al Maktoum	Rashid Abdullah Al Nuaimi

Abu Dhabi – ÖB, AHSt

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Teilnahme an der 52. Generalversammlung des Internationalen Rates zur Erhaltung des Wildes und der Jagd, Arbeitsgespräche mit Gesundheitsminister Hamad Abdul Rahman Al Midfa und Sheikh Hamed bin Zayed Al Nahyan (Vorsitzender des „Abu Dhabi Planning and Economic Department“ sowie der „General Health Authority“), Teilnahme an der Konferenz „Women as Global Leaders“ (11.–17. März); Staatssekretär Eduard Mainoni, Besuche beim Herrscher von Sharjah Sheikh Sultan Bin Mohamed Al Qasimi, bei Verkehrsminister Sultan bin Saeed Al Mansouri und beim Generaldirektor der Stadt Dubai Qassim Sultan (13.–17. Mai); Abgeordneter zum Nationalrat Walter Murauer, Besuch der Tagung des Unterausschuss „NATO-Partnerschaften“ der Parlamentarischen Versammlung der NATO (17.–21. Juni); Generalsekretär des „Kuratorium Sicheres Österreich“ Alexander Hirschfeld, Arbeitsgespräche mit den Polizeidienststellen in Sharjah und Dubai (26.–30. September); Landeshauptmann-Stellvertreter Othmar Raus (Sbg), Arbeitsgespräche im Zusammenhang mit der Bewerbung Salzburgs für die Olympischen Winterspiele 2014 mit dem Präsidenten des Olympischen Komitees der VAE Sheikh Ahmed bin Saeed Al Maktoum (8.–12. Dezember); Militärdelegation unter General Ronald Ertl und Generalmajor Kurt Mörz sowie Bundesminister a.D. Klubobmann Herbert Scheibner, Besuch der Verteidigungsmesse „IDEX 2005“ (12.–17. Februar); Militärdelegation unter Leitung von Oberst des Generalstabsdiensts Stefan Mehlstaub, Führung von Verhandlungen zum Abschluss eines Memorandum of Understanding (Abu Dhabi, 3.–7. Juli; das Memorandum wurde in der Folge am 15. November in Wien unterzeichnet. Auf der Basis dieses Abkommens wurde erstmals ein Kontingent von 16 österreichischen SoldatInnen zum Wüstentraining in die Emirate vom 18. November bis 21. Dezember entsandt); Edit Schlaffer von „Frauen ohne Grenzen“, Arbeitsbesuch bei der Ministerin für Wirtschaft und Planung Sheika Lubna Al Qasimi (4. Oktober).

Besuche in Österreich: Präsident der „Dubai Development and Investment Authority“, Saeed Al Muntafiq, in Begleitung einer Delegation der „Dubai Health Care City“ bei Staatssekretär Eduard Mainoni, im Ministerium für Gesundheit und Frauen sowie beim Bürgermeister von Baden (29. Mai bis 1. Juni); Verkehrsminister Sultan bin Saeed Al Mansouri bei Staatssekretär Eduard Mainoni (19. Juli).

Die Neufassung des bilateralen Luftverkehrsabkommens wurde am 30. März in Wien verhandelt.

Folgende Kulturveranstaltungen fanden statt: Architekturfotografieausstellung von Gerald Zugmann in Dubai (13.–20. Jänner); „Women and Art Exhibition Sharjah“ (30. Jänner, österrei-

Länderinformationen

chischer Beitrag: Lichtinstallation von Brigitte Kowanz); Präsentation einer geplanten VAE-Akademie der Wissenschaften bzw. einer Herzklirik durch den Präsidenten der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste, Univ.-Prof. Felix Unger (Salzburg), bei Unterrichtsminister Sheikh Nahyan bin Mubarak Al Nahyan sowie Gesundheitsminister Hamad Abdul Rahman Al Midfa (7.–13. Februar); Dubai Opera Ball (17. Februar); zweimaliger Auftritt der Pop-Gruppe „Papermoon“ (19. Februar und 27. März); Musiktrio unter Leitung von Joji Hattori in Abu Dhabi (20. November). Die österreichisch-chinesische Ko-Produktion „Am anderen Ende der Brücke“ wurde im Rahmen eines EU-Filmfestivals gezeigt (24. April).

Eine Wirtschaftsmission mit 19 Firmen hielt sich in Dubai und Abu Dhabi auf (9.–15. April). Der Österreichische Wirtschaftsbund führte eine Direktorenreise in die VAE (26.–29. November). Österreichische Firmen beteiligten sich an zehn Messen mit Gruppenausstellungen, allein bei der Messe für Bauwirtschaft („Big Five“) in Dubai waren 33 Firmen präsent.

Die österreichischen Exporte betragen 271,70 Millionen Euro (+27,5%), die Importe 25,29 Millionen Euro (+220,4%).

Vereinigte Staaten von Amerika, (Vereinigte Staaten von Amerika), Washington D.C.

Staatsoberhaupt und Regierungschef

George Walker Bush

Außenministerin

Condoleezza Rice
(seit 26. Jänner)

Washington – **AHSt, KF**; Chicago – **GK, AHSt**; New York – **GK, KF, AHSt, ÖW, Nationalbank, Austrian Business Agency**; Los Angeles – **GK, AHSt, ÖW**; Anchorage – **HK**; Atlanta – **HK**; Boston – **HK**; Buffalo – **HK**; Charlotte – **HK**; Columbus – **HK**; Denver – **HGK**; Detroit – **HK**; Honolulu – **HK**; Houston – **HK**; Kansas City – **HK**; Miami – **HK**; Milwaukee – **HK**; Nassau – **HK**; New Orleans – **HK**; Philadelphia – **HK**; Pittsburgh – **HK**; Portland – **HK**; Richmond – **HK**; Saint Louis – **HK**; Salt Lake City – **HK**; San Francisco – **HK**; San Juan – **HK**; Scottsdale – **HK**; Seattle (LaConnor) – **HK**; St. Paul – **HK**; St. Thomas – **HK**

Besuche aus Österreich: Josef Penninger, österreichischer Wissenschaftler des Jahres 2003 (18. Jänner); Staatssekretär Eduard Mainoni (New York, 22. Jänner); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Teilnahme an der Tagung der Frauenstatuskommission (New York, 26. Februar bis 3. März), Treffen mit Gesundheitsminister Michael Leavitt, Präsentation der Firma VA-Med/Patch Adams (2. März); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Arbeitsgespräche im Heimatschutzministerium (11. und 12. März), San Francisco, Sacramento, Los Angeles (13.–15. März); Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Gouverneur Klaus Liebscher (Frühjahrs- und Jahrestagung der Internationalen Finanzinstitutionen (15. und 16. April, 22.–24. September); Steirische Wirtschaftsdelegation, Automobilzuliefermesse SAE (Detroit, 11.–13. April); Abgeordneter zum Tiroler Landtag Georg Willi (Denver, 25. April bis 13. Mai); Sonderkoordinator und Vizekanzler a.D. Erhard Busek (20. und 21. Juni); Nationaler Drogenkoordinator Franz Pietsch, Teilnahme am „Transatlantischen Dialog“ (27. und 28. Juni); Abgeordnete zum Nationalrat Wolfgang Grossruck, Hannes Missethon, Walter Posch, Ulrike Lunacek und Bundesräte Albrecht Konecny, Engehart Weilharter, Teilnahme an der OSZE-Parlamentarierversammlung (30. Juni bis 5. Juli); Wiener Stadtrat Johannes Hahn (New York, 17.–19. Juli); GPA-Präsident Wolfgang Katzian, Teilnahme am UNI-Gewerkschaftskongress (Chicago, 19.–24. August); ÖVP-Klubobmann im steirischen Landtag Christopher Drexler und Wirtschaftsdelegation (Chicago, 2.–5. September); Vorstandsmitglied der Wiener Börse Stefan Zapotocky (Sacramento, 7. September); Bundesministerin Ursula Plassnik, Arbeitsgespräche mit Außenministerin Condoleezza Rice, VertreterInnen des National Security Councils und SenatorInnen (9. September; New York, 16.–21. September); Bundespräsident Heinz Fischer (New York, 14.–17. September); Staatssekretär Hans Winkler (New York, 16. und 17. September); Bundesministerin Liese Prokop, New York (2. Oktober), San Diego (3. Oktober), Arbeitsgespräche mit CIA Direktor Porter Goss, FBI

Anhang

Direktor Robert Mueller III, Heimatschutzminister Michael Chertoff, Justizminister Alberto Gonzales, FEMA-Direktorin Karen Tandy, Teilnahme an den TROIKA-Treffen (4.–8. Oktober); Bundesministerin Karin Gastinger, Teilnahme an den TROIKA-Treffen und Arbeitsgespräch mit Justizminister Alberto Gonzales (5.–7. Oktober); Bundesminister Martin Bartenstein, Arbeitsgespräche mit Handelsminister Carlos Gutierrez, Arbeitsministerin Elaine Chao, stellvertretendem Außenminister Robert Zoellick, dem Präsidenten der US Handelskammer Thomas Donohue, Treffen mit Senatoren und Kongressabgeordneten (26.–28. Oktober); Vorstand der Finanzmarktaufsichtsbehörde Kurt Pribil (7.–10. November); österreichischer Wissenschaftler des Jahres 2004, Rudolf Taschner (7. November); Bundesminister Josef Pröll, Arbeitsgespräche im Landwirtschaftsministerium, Vorstellung Spanische Hofreitschule (18.–20. November), New York (24.–26. Mai); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Teilnahme an der Konferenz „Sound of the Atlantic“ (8.–10. November), Arbeitsgespräche mit Präsident George W. Bush und im US-Senat (8. Dezember); Landeshauptmann-Stellvertreter Wilfried Haslauer (Sbg) (New York, 29. November bis 3. Dezember); Präsident der Industriellenvereinigung Veit Sorger, Arbeitsgespräche mit dem Gouverneur der Federal Reserve, Donald Kohn, mit dem stellvertretenden Außenminister Robert Zoellick, mit dem Präsidenten der US-Handelskammer Thomas J. Donohue, mit Wirtschaftsinstitutionen und Think-Thanks (4.–8. Dezember).

Besuche aus den USA in Österreich: Assistant Secretary of State (Europäische Angelegenheiten) Dan Fried (November); State Departement Legal Advisor John Bellinger (November); Principal Deputy Assistant Secretary of State (Europäische und Eurasische Angelegenheiten) Kurt Volker (August); Special Envoy for Holocaust Issues (Departement of State) Edward O'Donnell (mehrmals); Kongressabgeordneter Jack Kingston (Mai); Senator Rudy Boschwitz, Leiter der Delegation des US-Präsidenten zu den Staatsvertragsfeierlichkeiten (Mai); Direktorin für EU-Fragen im Department of Commerce Penelope Naas (Juli); Bürgermeister von Washington, D.C. Anthony Williams (September); Kongressabgeordneter Jim Kolbe (Oktober).

Medienarbeit/Jüdische Gemeinschaften: Mit Blick auf den österreichischen EU-Vorsitz 2006 beteiligte sich die ÖB verstärkt sowohl an Public Diplomacy Initiativen (Vorträge bei Jüdischen Organisationen, Mittel- und Hochschulen, den EU-Studienzentren in den USA und im Rahmen des internationalen People to People Programms) als auch an so genannten Arbeitsgruppen, in denen über die Zusammenarbeit mit US-MedienvertreterInnen in wichtigen Fragen des transatlantischen Verhältnisses diskutiert wird. Damit soll aktives Lobbying auf Basis einer einheitlichen EU-Position möglich werden. Die zweimonatlich herausgegebene Publikation der ÖB, „Austrian Information“ (www.austria.org/austro_info.shtml), widmete sich daher auch verstärkt europäischen Inhalten.

Die Erklärung des Rechtsfriedens durch Bundeskanzler Wolfgang Schüssel im Dezember löste positive Reaktionen sowohl in den US-Medien als auch bei jüdischen Organisationen aus. Infolge der Abweisung der letzten Sammelklage in New York konnten noch im Dezember die notwendigen Schritte in die Wege geleitet werden, um mit sofortigen Vorauszahlungen aus dem Allgemeinen Entschädigungsfonds beginnen zu können. Auf diese letzten Entwicklungen machte die ÖB Washington auch durch regelmäßige Ankündigungen auf der Webseite und den Versand des englischsprachigen Newsletters „Jewish News from Austria“ (www.austria.org/altpress/index.shtml) aufmerksam.

Der Verteiler des Newsletters „Jewish News from Austria“ wurde weiter ausgebaut, er umfasst derzeit rund 250 jüdische Organisationen in den USA, rund 130 jüdische Zeitungen und Zeitschriften sowie rund 100 individuelle EmpfängerInnen. Der Newsletter wurde auch von den österreichischen Vertretungsbehörden in Kanada, Israel und Australien zirkuliert. Die Reaktionen waren positiv, und die Verbreitung von Informationen über die Aktivitäten der jüdischen Gemeinden in Österreich sowie diesbezügliche Leistungen der Bundesregierung haben den Dialog mit den jüdischen Gemeinschaften im Ausland deutlich angeregt.

Das GK New York hat sich weiterhin intensiv um eine positive und zukunftsorientierte Zusammenarbeit mit den verschiedensten Teilen der jüdischen Gemeinschaft im Großraum New York bemüht. Die Kontakte mit wichtigen politischen Organisationen sowie kulturellen und religiösen Institutionen wurden auch auf politischer Ebene intensiviert. Weiterhin von größter

Länderinformationen

Bedeutung für das GK New York ist die Pflege der sozialen Beziehungen zu und Betreuung der aus Österreich stammenden jüdischen Flüchtlinge, die in Folge des Jahres 1938 in die Vereinigten Staaten emigrierten.

Vom GK Los Angeles wurde die Zusammenarbeit mit führenden Jüdischen Organisationen und Institutionen erfolgreich fortgesetzt, insbesondere mit dem Simon Wiesenthal Center, von dem anlässlich des Todes von Simon Wiesenthal eine bewegende Gedenkveranstaltung unter Anwesenheit der Spitzen des politischen und kulturellen Lebens von Los Angeles veranstaltet wurde.

Österreichische Gedenkdiener waren im US Holocaust Memorial Museum in Washington, D.C., sowie am Leo Baeck Institut in New York und im Holocaust Memorial Center in West Bloomfield, Michigan, im Einsatz.

Das KF Washington verfügt mit dem Atrium der Botschaft über einen eigenen Veranstaltungssaal, der bis zu 400 Personen Platz bietet. Das Programm des KF findet regelmäßig Niederschlag in der Washington Post und anderen Medien. Die jährlichen Besucherzahlen liegen bei rund 15.000 Personen. Das KF betreute über 70 Veranstaltungen, davon rund 40 mit alleiniger organisatorischer und inhaltlicher Verantwortung. Der Jahresschwerpunkt galt anlassbedingt der Geschichte und Identität der Zweiten Republik mit den Eckdaten 60 Jahre Befreiung, 50 Jahre Staatsvertrag und 10 Jahre EU-Beitritt, wobei insbesondere der Beitrag jener KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen, die während des NS-Regimes verfolgt, ermordet oder zur Emigration gezwungen wurden, betont wurde (Ausstellungen Ida Maly, Arnold Schönberg, Erich Lessing, Emil Mayer; Konzerte mit Musik von Schönberg, Zeisl, Zemlinsky, Korngold; Vorträge etc).

An die 200 Veranstaltungen USA-weit (davon über 80 im eigenen neuen, von Raimund Abraham entworfenen Gebäude), begleitet von Berichten führender Medien wie der New York Times, verleihen dem KF New York eine Schlüsselfunktion in den bilateralen kulturellen Beziehungen. Fünf Ausstellungen in seinen Galerieräumlichkeiten fokussierten Leistungen der visuellen Kunstszene: „Architecture laboratory Styria: Part I – Günther Domenig: Structures that Fit My Nature“, „Slices of life – Blueprint of the Self in Painting“ (Beispiele figurativer Malerei jüngerer österreichischer und amerikanischer KünstlerInnen), „Living and working in Vienna“ (Darstellung des intellektuellen Klimas in Wien an Hand von Werken von zehn in Wien lebenden KünstlerInnen), „The power of language: Image-Text-Sound. Valie Export, Elfriede Jelinek, and Olga Neuwirth“, „Kub in New York“ (Kunsthaus Bregenz) und „Home Stories – An inside Look at Single-Family Houses in Austria“. Darüber hinaus wirkte das KF New York auch an zahlreichen Ausstellungen in US-Museen und -Galerien mit (zum Beispiel „The Power of Conversation – Jewish Women and their Salons“ im Jewish Museum New York, „Erich Lessing: Arresting Time: Reportage, Photography 1948–1973“ in der Leica Gallery in New York, „Please, teach me... – Rainer Ganahl and the Politics of Learning“ an der Columbia University in New York), „The Red Thread – Contemporary Art from Vienna“ (Educational Alliance Art Gallery, New York), „Swetlana Heger“ (Artists Space, New York).

Zwei thematisch definierte Serien bestimmten das Klassische-Musik-Programm im Auditorium des KF New York: „Classical Intimacies“ präsentierte unter anderem Klavierrezitale mit Gerda Struhal, Albert Sassmann, Christopher Hinterhuber, Ingrid Marsoner, Margarete Babinsky und Sigrid Trummer sowie Susanne Pumhösl (Cembalo) und Wolfgang Panhofer (Cello); Liedera-bende mit Florian Boesch, Wolfgang Bankl, Judith Kopecky, Alexander Kaimbacher und Charlotte Leitner; ein Gustav-Mahler-Liedfestival; Duos und Kammermusik unter anderem mit Yvonne Timoiianu (Cello) und Alexander Preda (Klavier), Ensemble Wien und Dennis Russell Davies (Klavier) und Maki Namekawa (Klavier). Im Rahmen der Serie „Mostly Modern“ traten unter anderem Anna Maria Pammer und Clemens Zeilinger, das Ensemble die reihe, Ingrid Wagner-Kraft und Josef Mayr, Hermine Haselböck und Florian Henschel, das Merlin Ensemble Wien (Regie: Hermann Beil), die Wiener Instrumentalsolisten und Wolfgang Holzmaier (begleitet von Russell Ryan) auf. Ein innovativer Querschnitt neuer österreichischer Musik mit elektronischem Hintergrund wurde, wie schon in den Jahren zuvor, im Festival „moving patterns: electronic music and beyond“ geboten. Rezente Kompositionen von Philip Glass spielte das Bruckner Orchester Linz (USA-Debut), dirigiert von Dennis Russell Davies, an der Brooklyn Academy of Music.

Anhang

Autorenlesungen gab es mit Lilian Faschinger („PEN World Voices: the New York Festival of International Literature“), Elisabeth Reichart, Katharina Maria Huber, Zdenka Becker, Martin Pollack, Frederic Morton, Marlene Streeruwitz, Josef Haslinger und Folke Tegetthoff. Zeitgenössisches österreichisches Filmschaffen wurde in einer Serie neuer österreichischer Spielfilme im KF-Auditorium präsentiert.

Vom KF New York mitveranstaltete Symposien waren unter anderem den folgenden Themen gewidmet: „New Directions in Schoenberg Scholarship“ (Arizona State University), „The Development of the US and European Economies in Comparative Perspective“ (University of California, Berkeley), „Austrian Literature and Culture: Transcending the Borders – Austria in the Context of Central Europe – Past and Present“ (University of Montana); österreichische Vortragende wirkten unter anderem bei den Jahrestagungen der German Studies Association, der American Association of Teachers of German, der International Studies Association, der Association for Jewish Studies, der Conference on Jewish Genealogy und bei der Performance Studies International Conference und Conference des International Music Council of UNESCO mit.

Die österreichischen Studienzentren (University of Minnesota, University of New Orleans, Stanford University), das Schumpeter-Programm (Harvard University), die Joint-Study-Programms österreichischer und US-Universitäten, das Austrian Fulbright Program, die Stipendienaktionen des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur und der Kunstsektion des Bundeskanzleramts sowie die Modern Austrian Literature and Culture Association (MALCA) setzten ihre anerkannten Aktivitäten fort. Die langjährige Zusammenarbeit zwischen den Schulbehörden der Stadt New York und Österreichs in der Form der temporären Entsendung österreichischer Lehrer an New Yorker Schulen wurde ebenfalls erfolgreich weitergeführt.

In Chicago nahm Österreich beim 8. EU-Filmfestival mit den Filmen „Hurensohn“ von Michael Sturminger und „Die fetten Jahre sind vorbei“ von Hans Weingartner sowie an den International Summer Screenings mit dem Film „Böse Zellen“ von Barbara Albert teil. Rückblicke auf das Werk Peter Kubelkas wurden an den Universitäten von Toledo, Chicago, Wisconsin und Minnesota gezeigt.

Zehntausende Besucher lockte die in enger Zusammenarbeit mit der Albertina erstellte Ausstellung „Rembrandt and His Time: Masterworks from the Albertina“ im Milwaukee Art Museum, Wisconsin, an (5. Oktober 2005 bis 8. Jänner 2006). Österreichs moderne Architektur wiederum wurde mit der Wanderausstellung von Gerald Zugmanns Photographien „Vier österreichische Architekten“ an der Austin E. Knowlton School of Architecture in Columbus, Ohio, präsentiert (Oktober).

In Kalifornien wurde Österreich seinem Ruf als Kulturnation auch in diesem Jahr durch eine wachsende Zahl kultureller Veranstaltungen gerecht. Zu den Highlights gehörten unter anderem die Ausstellung „Driven into Paradise: European Jewish Emigrés“, die im Skirball Center gezeigt wurde (3. Februar bis 8. Mai). Die Architekturausstellung „Structures that Fit my Nature“ über den österreichischen Architekten Günther Domenig wurde im MAK-Center im Schindler Haus gezeigt (30. März bis 26. Juni). Werke der beiden österreichischen Maler Christoph Schmidberger beziehungsweise Hubert Schmalix waren in der Mark Moore Gallery in Los Angeles zu sehen (19. Februar bis 26. März und 2. April bis 14. Mai).

Unter dem Titel „Wieder Frei! Liberation and Sovereignty – Austria, 1945–1955“ waren an der Stanford Universität/Hoover Institution Plakate aus der Sammlung der Hoover Archive und der Österreichischen Nationalbibliothek, in Verbindung mit Photographien von Erich Lessing, zu sehen (3. Mai bis 20. August). Eröffnet wurde diese Ausstellung mit einem Kolloquium unter Teilnahme von Sonderkoordinator und Vizerektor a.D. Erhard Busek.

In Zusammenarbeit mit der American Cinematheque war eine Josef von Sternberg-Retrospektive zu sehen (11.–20. Februar), das UCLA Film and Television Archive zeigte eine Otto Preminger Retrospektive. Watermarks (25. Februar bis 19. März), die Premiere eines Dokumentarfilms über die HAKOAH-Schwimmerinnen von Yaron Zilberman erfolgte in Los Angeles in Zusammenarbeit mit dem israelischen Generalkonsulat und Sony Pictures (23. März). Die US-Premiere des

Länderinformationen

Dokumentarfilms des österreichischen Regisseurs Michael Palm „Edgar Ulmer – The Man Off Screen“ fand im Rahmen des San Francisco International Film Festival statt (22. April).

Die Aufführung des „Rosenkavalier“ an der Los Angeles Opera (Regie Maximilian Schell, Bühnenbild und Kostüme Gottfried Helnwein, Choreographie Johann Kresnik, mit Kammersänger Kurt Rydl; 29. Mai bis 19. Juni) war einer der kulturellen Höhepunkte der Opernsaison. Ein Konzert der österreichischen Sängerin Hermine Haselböck mit Werken von Alexander Zemlinsky fand in den Räumlichkeiten des Los Angeles County Museum of Art statt (6. November). Diese Aufführung wurde auch live im Radio übertragen.

Das Office of Science and Technology (OST) hat das Netzwerk der österreichischen WissenschaftlerInnen in den USA und Kanada weiter ausgebaut: Per Oktober umfasste das Netzwerk 931 Personen, welche gemeinsam mit 3.600 weiteren Subskribenten mittels der online Publikation „bridges“ (<http://bridges.ostina.org>) über aktuelle Entwicklungen der Wissenschaftspolitik in Österreich, den USA und Kanada informiert werden. Für „bridges“ wurden Interviews mit folgenden Persönlichkeiten geführt: John Marburger (Wissenschaftsberater des US Präsidenten), Arthur Carty (Wissenschaftsberater des kanadischen Premierministers), Arden L. Bement (Präsident der National Science Foundation), Neal Lane (ehemaliger Wissenschaftsberater von Bill Clinton), Alice Abreu (Direktorin des Office of Education, Science and Technology der OAS) und David Goldston (Chief of Staff des House Science Committee). Anfang April wurde die neue Webseite von OST unter der Adresse www.ostina.org online gestellt, welche auch als Info Portal für österreichische ForscherInnen in Nordamerika dient. Im Rahmen von Besuchen von Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach sowie Staatssekretär Eduard Mainoni organisierte das OST Zusammentreffen mit österreichischen ForscherInnen.

Vier Großveranstaltungen wurden von OST durchgeführt: Der Festvortrag des österreichischen Wissenschaftlers des Jahres 2003, Prof. Josef Penninger (IMBA), war zugleich Auftaktveranstaltung der Aktion „Österreich Innovativ“ des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (18. Jänner). Zu Ehren von IIASA wurde ein Empfang gegeben (19. Februar). Diese Veranstaltung wurde gemeinsam mit dem U.S. Committee for IIASA und den National Academies of Science (NAS) im Umfeld der Jahreskonferenz der American Association for the Advancement of Science (AAAS) durchgeführt. Prof. Gerhard Pohl hielt einen Vortrag über Max Perutz vor einer Gruppe österreichischer und amerikanischer WissenschaftlerInnen (1. März). Der österreichische Wissenschaftler des Jahres 2004, Prof. Rudolf Taschner, hielt einen Festvortrag (7. November). Am Vorabend fand auf Einladung von Botschafterin Eva Nowotny ein Abendessen mit hochrangigen VertreterInnen amerikanischer Wissenschaftseinrichtungen in der österreichischen Residenz statt.

Das Center for Austrian Studies an der University of Minnesota in Minneapolis-St. Paul setzte sein umfassendes, interdisziplinäres Vortrags- und Lehrprogramm erfolgreich fort. Zu den wichtigsten Veranstaltungen zählten eine Round Table Discussion zum österreichischen Staatsvertrag, die Robert A. Kann Memorial Lecture von Prof. Himka von der University of Alberta, Kanada, zum Thema „A Central European Diaspora under the Shadow of World War II: The Galician Ukrainians in North America“ sowie ein Symposium mit dem Titel „In Search of Don Giovanni: The Origins, Interpretations and Legacy of Mozart's and Da Ponte's Anti-Hero“.

Die starke Wirtschaftsverflechtung Österreichs mit dem Mittleren Westen erreichte neue Rekorde: Mehr als die Hälfte der US-Gesamtexporte nach Österreich stammen aus dieser Region, davon 18% aus dem Bundesstaat Michigan, und die Zahl der österreichischen Firmenniederlassungen erhöhte sich auf 150. Österreichs Exporteure konzentrieren sich erfolgreich auf Nischenprodukte und technologische Lösungen für industrielle Anwendungen, etwa in der Automobilindustrie.

In den USA werden keine einzelstaatlichen Importstatistiken geführt, wodurch die österreichischen Exporte in einzelne Bundesstaaten nicht eindeutig belegbar sind. Aufgrund der Wirtschaftskraft Kaliforniens und der Größe des kalifornischen Marktes ist davon auszugehen, dass rund 25% der österreichischen Exporte nach Kalifornien gehen.

Anhang

Die österreichischen Exporte betragen 5,35 Milliarden Euro (+0,8%), die Importe 3,17 Milliarden Euro (+7,3%).

Vietnam (Sozialistische Republik Vietnam), Hanoi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Tran Duc Luong	Phan Van Khai	Nguyen Dy Nien

Hanoi – **ÖB, Büro des Handelsrates; AHSt:** siehe Thailand

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Eduard Mainoni mit Wirtschaftsmission, offizieller Besuch beim Minister für Wissenschaft und Technologie Hoang Van Phong, Unterzeichnung eines Protokolls über die geplante Zusammenarbeit im Technologiebereich und Betrauung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines Technologiekooperationsabkommens (25.–30. Juli); Bundesministerin Elisabeth Gehrler, offizieller Besuch bei Wissenschaftsminister Nguyen Minh Hien, Unterzeichnung einer Absichtserklärung zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit (25.–27. September); Delegation der Stadt Wien unter Leitung des Generaldirektors der Fernwärme Wien Erich Haider in Ho Chi Minh Stadt (22. November).

Besuche in Österreich: Delegation des Finanzministeriums unter der Leitung des stellvertretenden Generaldirektors der Außenfinanzierungsabteilung Nguyen Thanh Do, zu „Soft loan“ Gesprächen im Bundesministerium für Finanzen (24. Mai); Frauendelegation unter der Leitung der Vorsitzenden der vietnamesischen Frauenbewegung Bui Thi Them auf Einladung der Obfrau des Vereins „Südwind Niederösterreich West“ Christa Esterházy (7.–20. Oktober); inoffizieller Besuch von Vizepräsidentin Truong My Hoa zu Gesprächen mit WKÖ (14.–16. Oktober); Delegation des Innenministeriums unter der Leitung des Abteilungsleiters für internationale Kooperationen Major Tran Gia Cuong zu Gesprächen im Bundesministerium für Inneres (15.–18. November); Delegation unter der Leitung des Vize-Vorsitzenden des Legislativ-Komitees der Nationalversammlung Tran The Vuong zu Gesprächen mit dem Verfassungsausschuss des Nationalrates, dem Verfassungsgerichtshof und dem obersten Gerichtshof (9.–15. Dezember).

Im Rahmen des Besuchs von Bundesministerin Elisabeth Gehrler wurde eine Zusammenarbeit im Bereich der Doktoratsstudien, die Initiierung eines „Advanced Music Studies“ Programms über das ASEA-Uninet, eine Kooperation im Bereich der Literatur-, Musik- und Sprachwissenschaften (ab 2006/07 drei LektorInnen pro Jahr für jeweils drei Monate), eine Vereinbarung zur Ausarbeitung eines Gleichwertigkeitsabkommens zur Erleichterung der Mobilität und wechselseitigen Anerkennung von Schulabschlüssen und akademischen Graden vereinbart. Weiters wurde Vietnam eine Zusammenarbeit im Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ angeboten, bei der vietnamesische DeutschlehrerInnen und GermanistInnen an Fortbildungsseminaren zur österreichischen Landeskunde und Literatur teilnehmen können sowie die Möglichkeit haben, das ÖSD zu erlangen.

Darüber hinaus wurde zwischen der Universität für Bodenkultur (BOKU) und der Hanoi University of Technology (HUT) eine Kooperationsvereinbarung zur Ausbildung von vietnamesischen DoktoratsstudentInnen in Bio- und Lebensmitteltechnologie sowie eine Vereinbarung zwischen der Fachhochschule IMC Krems und der Universität Hué zur Errichtung einer Vietnamesisch-Österreichischen Tourismusausbildungsstätte (Lehrhotel) abgeschlossen. Die IMC Krems beabsichtigt an der Hochschule für Fremdsprachen in Hanoi ein Austria-Center nach Vorbild des Österreich-Zentrums an der Fudan Universität in Shanghai aufzubauen.

Im musikalischen Bereich wurde die Zusammenarbeit zwischen dem österreichischen Dirigenten Wolfgang Gröhs und dem Hanoi Philharmonic Orchestra fortgesetzt (Gastdirigate im April und August). Auf literarischem Sektor wurden Märchen und Sagen aus verschiedenen österreichischen Bundesländern, eine Österreichische Literaturgeschichte, ein Gedichtband von Erich Fried und Sigmund Freunds „Über den Traum“ ins Vietnamesische übersetzt.

Länderinformationen

Die Zusammenarbeit mit der University for Foreign Studies durch Nutzung des dort eingerichteten Österreich-Raums für Vorträge und Diskussionen wurde fortgesetzt. Im Rahmen des ASEA-Uninet fanden im Frühjahr Studienreisen der Universität Innsbruck unter der Leitung von Univ.-Prof. Erich Thöni und eine Studienreise der Wirtschaftsuniversität Wien unter der Leitung von unter Univ.-Prof. A Min Tjoa statt.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützte Österreich die berufliche Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen aus Vietnam in Österreich wie auch die Weiterbildung an regionalen Ausbildungsstätten. Im Studienjahr 2004/2005 wurden insgesamt 19 Stipendien im Rahmen diverser OEZA-Förderprogramme (unter anderem Nord-Süd-Dialog, ASEA-Uninet und „Eine Welt-Scholarship“) vergeben.

Die österreichischen Exporte betragen 35,08 Millionen Euro (-18,6%), die Importe 149,15 Millionen Euro (+24,1%).

Zentralafrikanische Republik (Zentralafrikanische Republik), Bangui

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Francois Bozize Yangouvonda	Elie Dote	Jean-Paul Ngoupande

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 75.000 Euro (+96,4%), die Importe 592.000 Euro (+710,2%).

Zypern (Republik Zypern), Nikosia

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister:
Tassos Papadopoulos	George Iacovou

Nikosia – **ÖB, HGK; AHSt:** siehe Griechenland

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Liese Prokop, Teilnahme am europäischen Sportlerinnenkongress (Limassol, 13. und 14. Mai); Vizepräsidentin des Obersten Gerichtshofs Birgit Langer, Teilnahme an der 13. Konferenz der europäischen Höchstgerichte (15.–19. Mai); Zweite Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer, Teilnahme an einer Regionalkonferenz der sozialistischen Fraueninternationale (Limassol, 16.–19. September); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Arbeitsgespräche im Außenministerium (19. und 20. Oktober); Staatssekretär Eduard Mainoni, Arbeitsgespräche mit Fachministern (24.–26. Oktober).

Besuche in Österreich: Kommandant der Nationalgarde Generalleutnant Athanassios Nikolomides (8.–10. Februar); Außenminister George Iacovou, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Ursula Plassnik (30. August).

Die ÖB Nikosia wurde am 20. Oktober von Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle eröffnet. Die residente Botschafterin hatte am 22. April ihr Beglaubigungsschreiben überreicht.

Die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres wurde durch den Austausch von ExpertInnen fortgesetzt.

Am 8. Internationalen Tanzfestival in Limmassol vertrat „Tanzatelier Wien“ Österreich mit dem Programm Land Body Scape. Das Wiener Mozart Orchester gastierte am Strovolos-Theater. Die Wiener Sängerknaben traten in Nikosia, Limmassol, Larnaca und Paphos im Rahmen des Ky-

Anhang

pria-Festivals auf. Aus Anlass des ersten Nationalfeiertagsempfangs gastierte die Pianistin Cecilia Li am Strovolos-Theater. Im Rahmen des Advent-Kulturprogramms der Stadt Nikosia trat das Salzburger Ensemble „Sound of Music“ auf.

Die österreichischen Exporte betragen 45,71 Millionen Euro (+14,5%), die Importe 13,64 Millionen Euro (+41,6%).

II. Österreich und die Staatenwelt

Stand: Jänner 2006

Österreich unterhält zu 189 Staaten diplomatische Beziehungen (D), mit drei Staaten und der PLO unterhält Österreich keine diplomatischen oder konsularischen, aber sonstige Beziehungen (S).

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	Außen- handels- stelle
Afghanistan	19.11.1946	D		■	
Ägypten	24.10.1945	D	●	■	□
Albanien	14.12.1955	D	●	■	
Algerien	08.10.1962	D	●	■	□
Andorra	28.07.1993	D		■	
Angola	01.12.1976	D		■	
Antigua und Barbuda	11.11.1981	D			
Äquatorialguinea	12.11.1968	D			
Argentinien	24.10.1945	D	●	■	□
Armenien	02.03.1992	D	● ¹⁾	■	
Aserbajdschan	02.03.1992	D	● ¹⁾	■	
Äthiopien	13.11.1945	D	●	■	
Australien	01.11.1945	D	●	■	□
Bahamas	18.09.1973	D			
Bahrain	21.09.1971	D			
Bangladesch	17.09.1974	D			
Barbados	09.12.1966	D			
Belarus	24.10.1945	D		■	
Belgien	27.12.1945	D	●	■	□
Belize	25.09.1981	D		■	
Benin	20.09.1960	D			
Bhutan	21.09.1971	D			
Bolivien	14.11.1945	D		■	
Bosnien-Herzegowina	22.05.1992	D	●	■	□
Botsuana	17.10.1966	D			
Brasilien	24.10.1945	D	●	■	□
Brunei	21.09.1984	D			
Bulgarien	14.12.1955	D	●	■	□
Burkina Faso	20.09.1960	D		■	
Burundi	18.09.1962	D			
Chile	24.10.1945	D	●	■	□
China	24.10.1945	D	●	■	□
Costa Rica	02.11.1945	D		■	
Côte d'Ivoire	20.09.1960	D			
Dänemark	24.10.1945	D	●	■	□
Deutschland	18.09.1973	D	●	■	□
Dominica	18.12.1978	D			
Dominikanische Republik	24.10.1945	D			
Dschibuti	20.09.1977	D			

Anhang

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	Außen- handels- stelle
Ecuador	21.12.1945	D		■	
El Salvador	24.10.1945	D			
Eritrea	28.05.1993	D			
Estland	17.09.1991	D	●	■	
Fidschi	13.10.1970	D			
Finnland	14.12.1955	D	●	■	□
Frankreich	24.10.1945	D	●	■	□
Gabun	20.09.1960	D			
Gambia	21.09.1965	D			
Georgien	31.07.1992	D	● ¹⁾	■	
Ghana	08.03.1957	D			
Grenada	17.09.1974	D			
Griechenland	25.10.1945	D	●	■	□
Großbritannien und Nordirland, Vereinigtes Königreich	24.10.1945	D	●	■	□
Guatemala	21.11.1945	D	●	■	
Guinea	12.12.1958	D			
Guinea-Bissau	17.09.1974	D			
Guyana	20.09.1966	D			
Haiti	24.10.1945	D			
Heiliger Stuhl	-	D	●	■	
Honduras	17.12.1945	D			
Indien	30.10.1945	D	●	■	□
Indonesien	28.09.1950	D	●	■	□
Irak	21.12.1945	D	●	■	□
Iran	24.10.1945	D	●	■	□
Irland	14.12.1955	D	●	■	□
Island	19.11.1946	D		■	
Israel	11.05.1949	D	●	■	□
Italien	14.12.1955	D	●	■	□
Jamaika	18.09.1962	D			
Japan	18.12.1956	D	●	■	□
Jemen	30.09.1947	D		■	
Jordanien	14.12.1955	D	●	■	
Kambodscha	14.12.1955	D			
Kamerun	20.09.1960	D			
Kanada	09.11.1945	D	●	■	□
Kap Verde	16.09.1975	D		■	
Kasachstan	02.03.1992	D	● ¹⁾	■	
Katar	21.09.1971	D			
Kenia	16.12.1963	D	●	■	
Kirgisistan	02.03.1992	D	● ¹⁾	■	
Kiribati	14.09.1999	D			
Kolumbien	05.11.1945	D	●	■	
Komoren	12.11.1975	S			
Kongo, Dem. Republik	20.09.1960	D			
Kongo, Republik	20.09.1960	D			
Korea, Dem. Volksrep.	17.09.1991	D		■	

Österreich und die Staatenwelt

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	Außen- handels- stelle
Korea, Republik	17.09.1991	D	●	■	□
Kroatien	22.05.1992	D	●	■	□
Kuba	24.10.1945	D	●	■	
Kuwait	14.05.1963	D	●	■	
Laos	14.12.1955	D			
Lesotho	17.10.1966	D			
Lettland	17.09.1991	D	●	■	
Libanon	24.10.1945	D	●	■	
Liberia	02.11.1945	D			
Libysch-Arabische Dschamahirija	14.12.1955	D	●	■	□
Liechtenstein	18.09.1990	D	● ¹⁾	■	
Litauen	17.09.1991	D	●	■	
Luxemburg	24.10.1945	D	●	■	
Madagaskar	20.09.1960	D			
Malawi	01.12.1964	D			
Malaysia	17.09.1957	D	●	■	□
Malediven	21.09.1965	D			
Mali	28.09.1960	D			
Malta	01.12.1964	D	●	■	
Malteser Ritterorden (Souveräner)	-	D	●	■	
Marokko	12.11.1956	D	●	■	□
Marshall-Inseln	17.09.1991	D			
Mauretanien	27.10.1961	D			
Mauritius	24.04.1968	D			
Mazedonien, die ehema- lige jugoslawische Republik Mazedonien	08.04.1993	D	●	■	
Mexiko	07.11.1945	D	●	■	□
Mikronesien	17.09.1991	D			
Moldau	02.03.1992	D		■	
Monaco	28.05.1993	D			
Mongolei	27.10.1961	D		■	
Mosambik	16.09.1975	D			
Myanmar	19.04.1948	D			
Namibia	23.04.1990	D		■	
Nauru	14.09.1999	D			
Nepal	14.12.1955	D			
Neuseeland	24.10.1945	D			
Nicaragua	24.10.1945	D		■	
Niederlande	10.12.1945	D	●	■	□
Niger	20.09.1960	D			
Nigeria	07.10.1960	D	●	■	□
Norwegen	27.11.1945	D	●	■	□
Oman	07.10.1971	D	●	■	
Pakistan	30.09.1947	D	●	■	
Palau	15.12.1994	D			
Panama	13.11.1945	D		■	

Anhang

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	Außen- handels- stelle
Papua-Neuguinea	10.10.1975	D			
Paraguay	24.10.1945	D		■	
Peru	31.10.1945	D	●	■	
Philippinen	24.10.1945	D	●	■	□
Polen	24.10.1945	D	●	■	□
Portugal	14.12.1955	D	●	■	□
Ruanda	18.09.1962	D			
Rumänien	14.12.1955	D	●	■	□
Russische Föderation	24.10.1945 ²⁾	D	●	■	□
Salomonen	19.09.1978	D			
Sambia	01.12.1964	D			
Samoa	15.12.1976	D			
San Marino	02.03.1992	D		■	
Serbien und Montenegro	01.11.2000	D	●	■	□
St. Kitts und Nevis	23.09.1983	D			
St. Lucia	18.09.1979	D			
St. Vincent und die Grenadinen	16.09.1980	D			
Sao Tomé und Príncipe	16.09.1975	D			
Saudi-Arabien	24.10.1945	D	●	■	□
Schweden	19.11.1946	D	●	■	□
Schweiz	10.09.2002	D	●	■	□
Senegal	28.09.1960	D	●		
Seychellen	21.09.1976	D			
Sierra Leone	27.09.1961	D			
Simbabwe	25.08.1980	D	●	■	
Singapur	21.09.1965	D	● ³⁾		□
Slowakei	19.01.1993	D	●	■	□
Slowenien	22.05.1992	D	●	■	□
Somalia	20.09.1960	S			
Spanien	14.12.1955	D	●	■	□
Sri Lanka	14.12.1955	D		■	
Südafrika	07.11.1945	D	●	■	□
Sudan	12.11.1956	D		■	
Suriname	04.12.1975	D			
Swasiland	24.09.1968	D			
Syrien	24.10.1945	D	●	■	□
Tadschikistan	02.03.1992	D	● ¹⁾	■	
Tansania	14.12.1961	D			
Timor Leste	27.09.2002	D			
Thailand	16.12.1946	D	●	■	□
Togo	20.09.1960	D			
Tonga	14.09.1999	D			
Trinidad und Tobago	18.09.1962	D			
Tschad	20.09.1960	D			
Tschechische Republik	19.01.1993	D	●	■	□
Tunesien	12.11.1956	D	●	■	
Türkei	24.10.1945	D	●	■	□
Turkmenistan	02.03.1992	D	● ¹⁾	■	

Österreich und die Staatenwelt

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	Außen- handels- stelle
Tuvalu	05.09.2000	S			
Uganda	25.10.1962	D			
Ukraine	24.10.1945	D	●	■	□
Ungarn	14.12.1955	D	●	■	□
Uruguay	18.12.1945	D		■	
Usbekistan	02.03.1992	D	● ¹⁾	■	
Vanuatu	15.09.1981	D			
Venezuela	15.11.1945	D	●	■	□
Vereinigte Arabische Emirate	09.12.1971	D	●	■	□
Vereinigte Staaten von Amerika	24.10.1945	D	●	■	□
Vietnam	20.09.1977	D	●	■	
Zentralafrikanische Republik	20.09.1960	D			
Zypern	20.09.1960	D	●	■	
PLO	-	S			

¹⁾ mit Sitz in Wien

²⁾ VN-Mitgliedschaftsfortführung der früheren UdSSR

³⁾ Büro des Handelsrates

III. Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich

1. In Österreich akkreditierte ausländische Vertretungsbehörden

Anzahl ausländischer Missionen

	Diplo- matische Missionen	Berufs- konsula- rische Ver- tretungen	Ständige Vertretungen, Beobachtermissionen und Verbindungsbüros bei den Internationalen Organisationen in Wien	Ständige Vertretungen bzw. Delegationen bei der OSZE
Sitz in Österreich	119¹⁾	7²⁾	125³⁾	52³⁾
Sitz im Ausland	50	–	45	3
Gesamt	169	7	170	55

¹⁾ einschließlich sonstiger Vertretungen

²⁾ Berufskonsulate, daneben bestehen noch 218 Honorarämter

³⁾ ohne die Ständige Vertretung Österreichs

Mit Stand Dezember 2005 waren in Österreich 162 Staaten vertreten. 112 hatten den Sitz ihrer Vertretungsbehörde in Wien, die übrigen in anderen Staaten.

In Wien befinden sich auch 125 Ständige Vertretungen sowie Beobachter- und Verbindungsbüros bei den Internationalen Organisationen, wovon die meist mit den Botschaften der betreffenden Staaten identisch sind.

2. Konsularische Vertretungen in Österreich – ohne Berücksichtigung von Konsularabteilungen von Botschaften

Bundesland	Berufskonsulate	Honorarämter
Burgenland	–	3
Kärnten	1	15
Niederösterreich	–	8
Oberösterreich	–	22
Salzburg	3	39
Steiermark	1	24
Tirol	1	34
Vorarlberg	1	14
Wien	–	59
Gesamt	7	218

IV. Wien als Sitz Internationaler Organisationen

1. Budget und Ausgaben der Internationalen Organisationen 2005

Organisation	Budget insgesamt in Mio. Euro	Budget für Österreich in Mio. Euro			
		insgesamt	darunter		
			Löhne und Gehälter	Anteil der Löhne und Gehälter an den in Österreich getätigten Ausgaben (in %)	Ausgaben der Organisationen in Österreich ohne Löhne und Gehälter
CTBTO	84,976	26,222	24,853	94,8	1,369
EPO	1.097,665	27,333	12,112	44,3	15,221
EUMC	8,279	8,279	3,152	38,1	5,127
IAEA	261,000	214,000	147,000	68,7	67,000
ICMPD	1,336	1,333	0,781	58,6	0,552
ICPDR	0,830	0,700	0,390	55,7	0,310
IIASA	11,200	10,520	7,840	74,5	2,680
IIP	0,320	0,280	0,150	53,6	0,130
IOM	718,186	3,408	1,320	38,7	2,088
IPI	0,725	0,620	0,440	71,0	0,180
JVI	3,459	3,459	1,714	49,6	1,745
OFID	26,111	21,432	16,269	75,9	5,163
OPEC	19,800	18,582	17,631	94,9	0,952
OSCE	168,585	32,011	20,531	64,1	11,480
UNIDO	167,518	70,312	52,126	74,1	18,186
UNOV/UNODC	167,690	148,356	78,799	53,1	69,557
VIDC	1,752	1,500	0,670	44,7	0,830
WA	1,483	1,483	1,130	76,2	0,353
Zusammen	2.740,915	589,832	386,910	65,6	202,923

Quellen: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten Magistrat der Stadt Wien

Anhang

2. Anzahl der Beschäftigten am 31. Dezember 2005

Organisa- tion	Beschäftigte			Gehobene Fachkräfte		Bürokräfte		Sonstige	
	Insgesamt	Auslän- derIn- nen	Inlän- derIn- nen	Auslän- derIn- nen	Inlän- derIn- nen	Auslän- derIn- nen	Inlän- derIn- nen	Auslän- derIn- nen	Inlän- derIn- nen
CTBTO	270	218	52	171	4	47	48	—	—
EPO	128	77	51	36	7	41	44	—	—
EUMC	37	27	10	27	10	-	-	—	—
IAEA	2.234	1.650	584	1.020	43	630	541	—	—
ICMPD	40	22	18	20	11	2	7	—	—
ICPDR	8	6	2	6	-	-	2	—	—
IIASA	204	137	67	108	33	29	34	—	—
IIP	5	2	3	1	-	1	-	—	3
IOM	33	19	14	17	13	2	1	—	—
IPI	10	8	2	7	2	1	-	—	—
JVI	19	16	3	9	2	7	1	—	—
OFID	138	75	63	62	10	13	53	—	—
OPEC	134	70	64	29	-	41	64	—	—
OSCE	342	263	79	100	11	120	65	43	3
UNIDO	647	462	185	237	9	206	176	19	—
UNOV/UNODC	794	581	213	268	13	313	200	—	—
VIDC	23	1	22	1	20	-	1	—	1
WA	13	9	4	7	-	2	4	—	—
Zusammen	5.079	3.643	1.436	2.126	188	1.455	1.241	62	7
Davon männlich	2.845	2.207	638	1.580	128	587	507	40	3
Weiblich	2.234	1.436	798	546	60	868	734	22	4

*Wien als Sitz Internationaler Organisationen***3. Anzahl der Konferenztage und TeilnehmerInnen 2005**

Organisation	Konferenztage	TeilnehmerInnen	
		zusammen	darunter aus Österreich
CTBTO	124	3.151	2.672
EPO	–	–	–
EUMC	32	547	189
IAEA ¹⁾	2.040	15.397	228
ICMPD	22	401	67
ICPDR	5	195	32
IIASA	78	848	–
IIP	2	1.250	1.230
IOM	19	462	270
IPI	20	686	39
JVI	67	2.010	–
OFID	9	200	49
OPEC	47	1.356	–
OSCE ¹⁾	1.040	3.310	1.622
UNIDO	69	2.905	2.203
UNOV/UNODC	313	8.074	5.582
VIDC	9	493	334
WA	64	1.895	–
Zusammen	3.959	43.180	14.517

¹⁾ Schätzung aufgrund verfügbarer Daten.

V. Diplomatische Akademie

Die Diplomatische Akademie (**DA**) ist seit 1. Juli 1996 aus der Bundesverwaltung organisatorisch und finanziell ausgegliedert und als Anstalt öffentlichen Rechts konstituiert.

Anfang Oktober schlossen 31 TeilnehmerInnen, darunter 15 ÖsterreicherInnen, den 41. **Diplomlehrgang** erfolgreich ab. In den 42. Diplomlehrgang wurden 33 KandidatInnen aufgenommen, davon 19 mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Der 8. Master of Advanced International Studies (**M.A.I.S.-Lehrgang**) wurde von 33 TeilnehmerInnen abgeschlossen. Die Graduierungsfeier fand Anfang Juli in der Universität Wien statt, die den M.A.I.S.-Lehrgang gemeinsam mit der DA durchführt. Für den 9. M.A.I.S.-Lehrgang qualifizierten sich 38 KandidatInnen. Das 5. Special Programme in International Studies (**SPIS**), das erste Jahr des zweijährigen M.A.I.S.-Programms, wurde von 43 TeilnehmerInnen abgeschlossen. In das 6. SPIS wurden 45 KandidatInnen aufgenommen. Seit Einrichtung der DA 1964 haben somit insgesamt 1.183 AkademikerInnen, darunter 678 AusländerInnen aus 104 Staaten, die regulären Lehrgänge der DA erfolgreich absolviert.

Im Rahmen des Angebots zur **berufsbegleitenden Fortbildung** für in- und ausländische Institutionen wurden unter anderem mehrere Seminare für das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, ein international besuchtes EU-Verhandlungstechnikseminar und ein „Train the Trainers“-Seminar für TeilnehmerInnen aus Mitgliedsstaaten der CEI durchgeführt. Zur **Aus- und Weiterbildung** jüngerer DiplomatenInnen und BeamtInnen aus Südosteuropa fand ein weiterer Spezialkurs statt. Die Diplomaten Spezialkurse der Akademie wurden bisher von insgesamt 630 TeilnehmerInnen aus 32 Staaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas sowie aus dem südlichen Kaukasus und Zentralasien absolviert. Am **Sommerkurs** für deutsche Sprache und österreichische Landeskunde nahmen 66 TeilnehmerInnen aus 34 Staaten teil.

Im Rahmen der **Konferenzaktivitäten** der DA fanden mehr als 100 Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen statt, die zumeist öffentlich zugänglich waren. Mit Unterstützung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten wurden eine Wilton Park Konferenz über „The EU's Eastern Neighbours and the Future of Enlargement“, eine Konferenz der International Peace Academy über „Developing Peace Partnerships in Africa“ und ein Symposium anlässlich des 100. Geburtstags von Bertha von Suttner durchgeführt. In Zusammenarbeit mit dem Österreichischen PEN-Club fand eine Konferenz über die Rolle der Literatur bei der Entstehung mitteleuropäischer Nationalismen statt, an der Václav Havel teilnahm. StudentInnen organisierten eine Konferenz über „Civil Society Partnership in Muslim Countries“, bei der Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi einen Vortrag hielt.

Das 33. Treffen des „**International Forum on Diplomatic Training**“ (Treffen von DirektorInnen Diplomatischer Akademien und ähnlicher Ausbildungsstätten) fand über Einladung der Diplomatischen Akademie von Peru in Lima im September statt. Zusätzlich zum **Jahrbuch der Diplomatischen Akademie Wien**, das eine vollständige Übersicht über die Aktivitäten der DA bietet, wurde in der Publikationsreihe der DA („**Favorita Papers**“) ein Band zum Thema „Wassenaar Arrangement. Export Control and its Role in Strengthening International Security“ publiziert.

VI. Österreich in Internationalen Organisationen

Diese Tabelle enthält Informationen über Österreichs Mitgliedschaft, Teilnahme und Beobachter- bzw. Gaststatus in wichtigen Internationalen Organisationen sowie internationalen Foren, Fonds und Programmen im VN-, europäischen und außereuropäischen Bereich einschließlich internationaler Finanzinstitutionen.

Stand: 31. Dezember
2005

1. Mitgliedschaften

A. Mitgliedschaften im Rahmen des VN-Systems: 42,647 Mio. Euro¹

A.1. Vereinte Nationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2005 in Mio. Euro
VN New York, Genf, Wien, Nairobi Kofi Annan (Ghana) seit Jänner 1997, Wiederwahl 2001 für 2002–2006	SR 1973/74 1991/92 ECOSOC 1963/65 1976/78 1982/84 1991/93 2000/02	0,859%	12,070
Gesamt			12,070

A.2. Organe und Programme der Vereinten Nationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2005 in Mio. Euro
OCHA Genf und New York; Jan Egeland (Norwegen) seit Juni 2003		freiw. Beitr.	0,097
UNCDF New York Exekutivsekretär Richard Weingarten (USA) seit 2000		freiw. Beitr.	0,07

¹ In diesem Betrag sind Beiträge an Internationale Gerichtshöfe des VN-Systems (siehe Anhang VI.D.) in der Höhe von 3,380 Mio. Euro sowie an friedenserhaltende Operationen der VN (siehe Anhang VI.2.A.) in der Höhe von 24,480 Mio. Euro nicht enthalten.

Anhang

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2005 in Mio. Euro
UNCTAD Genf Panitchpakdi Supachai (Thailand) seit 2005		gemäß Anteil am VN-Gesamt- budget	0,055
UNDP New York Kemal Dervis (Türkei) seit 2005	1968–70 1972–74 1997–99	freiwill. Beitr.	5,710
UNEP Nairobi Klaus Töpfer (Deutschland) seit 1998	1973–74 1978–80 1984–86 1990–93 1997–99	freiwill. Beitr.	0,404
Basler Übereinkommen Klimaänderung Biologische Vielfalt Wüstenkonvention Montrealer Protokoll Multilateraler Fonds Wiener Übereinkommen + Montreal Protokoll (Sekreteriat) Multilateraler Fonds CITES		1,237% 0,947% 1,209% 0,924% 1,083% 0,930%	0,031 0,115 0,078 0,060 1,985 0,021
UNFPA New York Exekutivdirektorin Thoraya Ahmed Obaid (Saudi Arabien) seit 2001	1997–99	freiwill. Beitr.	0,798
UN-Habitat Nairobi Exekutivdirektorin Anna Tibaijuka (Tansania) seit 2000	2000–2004	freiwill. Beitr.	0,065
UNHCR Genf Antoniò Guterres (Portugal) seit 2005	seit 1959	freiwill. Beitr.	0,350
UNICEF New York Ann Veneman (USA) seit 2005	1981–84 1997–99	freiwill. Beitr.	1,533

Österreich in Internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2005 in Mio. Euro
UNIDO Wien Kandeh Yumkella (Sierra Leone) seit 2005	seit 1985	1,34625% freiw. Beitr.	1,0 0,490
UNIFEM New York Exekutivdirektorin Noeleen Heyzer (Singapur) seit 1994		freiw. Beitr.	0,087
UNODC Wien Antonio Maria Costa (Italien) 2001–2006 UNDCP-Fonds CPCJ-Fonds		freiw. Beitr. freiw. Beitr.	0,480 0,068
UNRWA Gaza Karen Koning AbuZayd (USA) seit 2005		freiw. Beitr.	0,736
UN Sonderprogramm für be- nachteiligte Entwicklungsländer		freiw. Beitr.	0,136
UNV Bonn Ad de Raad (Niederlande) seit 2003		freiw. Beitr.	0,138
Gesamt			14,544

*Anhang***A.3 Sonderorganisationen der Vereinten Nationen**

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2005 in Mio. Euro
FAO Rom Jacques Diouf (Senegal) seit 1994, Wiederwahl 2005 für 2005–2011	1961–64 1983–86 1999–2001	0,95%	2,912
ICAO Montreal Taieb Chérif (Algerien) 2003–2006		0,75%	0,312
ILO Genf Juan Somavía (Chile) seit 1999	1975–78 1984–87 1996–99	0,86%	1,963
IMO London Efthimios Mitropoulos (Griechen- land) 2004–2007		0,10%	0,030
ITU Genf Yoshio Utsumi (Japan) 1999–2006	–	0,274%	0,201
UNESCO Paris Koichiro Matsuura (Japan) seit 1999	1972–76 1995–99	0,864%	2,152
Welterbefonds		Pflichtbeitrag	0,022
Fonds zur Entwicklung des Unterrichts in Menschenrechts- fragen		0,5% des UNESCO- Beitrags	0,014
IIEP, Paris		freiwillig	0,072
ICOMOS		0,5% des UNESCO- Beitrags	0,006
UNWTO Madrid Francesco Frangialli (Frankreich) seit 1997, Wiederwahl 2001–2005	1987–91	1,90%	0,202
UPU Bern Edouard Dayan (Frankreich) seit 2005	1964–74	0,54%	0,131

Österreich in Internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2005 in Mio. Euro
WHO Genf Jong Wook Lee (Korea) seit 2003	1970–72 1989–91	0,93%	2,949
WIPO Genf Kamil E. Idris (Sudan) seit 1997		0,134%	0,234
WMO Genf Michel Jarraud (Frankreich) seit 2004		–	0,378
Gesamt			11,578

A.4. Assoziierte Organisationen, Fonds und Institutionen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2005 in Mio. Euro
CTBTO-PREPCOM Wien Tibor Tóth (Ungarn) seit 2005		0,94891%	0,695
Freiwilliger Fonds der VN für Opfer von Folterungen; verwaltet von OHCHR		freiwill. Beitr.	0,033
IAEO Wien Mohamed El Baradei (Ägypten) seit 1997	1977–79 1983–85 1990–92 1999–2001	0,901%	2,637
ISBA Kingston Satya Nandan (Fidschi) seit 1996		1,210%	0,043 ²
OPCW Den Haag Rogelio Pfirter (Argentinien) seit 2002		0,859%	1,008
VFTC; verwaltet von OHCHR		freiwill. Beitr.	0,039

² Ressort: BMaA, BMWA.

Anhang

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2005 in Mio. Euro
Gesamt			4,455

B. Sonstige globale Institutionen und Entitäten: 8,433 Mio. Euro**B.1. Intergouvernementale Institutionen und Entitäten**

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2005 in Mio. Euro	Ressort
Haager Konferenz für inter- nationales Privatrecht Den Haag Hans van Loon (Niederlande) seit 1996	0,874%	0,024	BMJ BMAA
IEA Paris Claude Mandil (Frankreich) 2003– 2008	1,0%	0,194	BKA
IOM Genf McKinley (USA) 1998–2008 (zweite Amtszeit)	admin Budget 0,95 operat. Budget 0,042	0,234 0,250	BMI BMI
ITSO (Regierungsorganisation zu INTEL- SAT Ltd.), Washington Ahmed Toumi (Marokko) 2001–2005	–	–	BMVIT
NAM Vorsitz Südafrika seit 1998	Gaststatus (seit 1970)		
OECD Paris; Donald Johnston (Kanada) 2001–2006	1,0%	3,047	BKA
OPEC Wien; Ahmad Fahad Al-Ahmad Al-Sabah (Kuwait) 2005	freiwi. Beitrag	0,600	BMAA

Österreich in Internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2005 in Mio. Euro	Ressort
UNIDROIT Rom; Berardino Libonati (Italien) seit 1995	1,258%	0,025	BMJ, BMAA
Wassenaar Arrangement Wien Sune Danielsson (Schweden) 2002– 2006	0,97%	0,014	BMAA
WTO Genf Pascal Lamy (Frankreich) 2005–2009	1,38%	1,451	BMWA
Gesamt		5,839	

B.2. Netzwerke, Internationale NGOs sowie Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2005 in Mio. Euro	Ressort
ADEA	freiwill. Beitr.	0,050	BMAA
IIASA Laxenburg Leen Hordijk (Niederlande) seit 2002	8,00% freiwill. Beitr.	0,600 0,539	BMBWK, andere
IKRK Genf Jakob Kellenberger (Schweiz) seit 1999	freiwill. Beitr.	0,459	BMAA
JPO	freiwill. Beitr.	0,946	BMAA
Gesamt		2,594	

*Anhang***C. Europa**

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2005 in Mio. Euro	Ressort
CERN Genf Robert Aymar (Frankreich) 2004–2008	2,18%	13,96	BMBWK
CLRTAP Genf Kaj Barlund (Finnland)	2,20%	0,047	BMLFUW
Donaukommission Budapest Danail Nedialkov (Bulgarien) 1999–2007	9,09%	0,130	BMaA
EAPC Brüssel Jaap de Hoop Scheffer (Niederlande) seit 1999	Mitglied (1997)	keine Beiträge	BMaA
Europarat Strassburg Terry Davis (Großbritannien) 1999–2004	1,85%	3,450	BMaA
ESA Paris Jean-Jaques Dordain (Frankreich) 2004–2007	1,16%	30,834	BMVIT
EU Brüssel Präsidentschaft Luxemburg (Jänner–Juni) Großbritannien (Juli–Dezember)	2,24%	2.090	BMF
EUMETSAT Darmstadt Tillmann Mohr (Deutschland) bis Juli 2004 Nachfolger: Lars Prahm (Däne- mark)	2,20%	4,829	BMVIT, BMLV, BMBWK
EUREKA Brüssel	2,07%	0,024	BMaA, WKÖ

Österreich in Internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2005 in Mio. Euro	Ressort
EUROPOL Den Haag Max Peter Ratzel seit April 2005	2,21 %	1,167	BMI
EUTELSAT (Regierungsorganisation zu EUTEL- SAT S.A.), Paris Eva Brigitta Näslund (Schweden) 2001–2005	–	–	BMVIT
IKSD Wien Philip Weller (Großbritannien), 2003–2006	12,82%	0,108	BMLFUW
IKSR Koblenz Henk Sterk (Niederlande) 2003–2005 Beobachter seit Juli 2001	0,56	0,047	BMLFUW
NATO/PfP Brüssel Jaap de Hoop Scheffer (Niederlande) seit 1999	Teilnehmer (seit 1995)	keine Beiträge BMaA, BMLV, BMI	
OSZE Wien Vorsitz Slowenien im Jahr 2005; Marc Perrin de Brichambaut (Frankreich)	2,32% für Sekrete- riat und Institutio- nen bzw. 2,28% bei Feld- missionen	4,661 ³	BMaA
OSZE/ODIHR Warschau Christian Strohal (Österreich) seit 2003	2,32%	0,275	BMaA
WEU Brüssel Javier Solana (Spanien) seit 1999	Beobachter		

³ + Gehälter f. Österreicher bei OSZE-Missionen 0,460
+ freiwillige Projektfinanzierungen 0,658
+ Entsendungen von WahlbeobachterInnen 0,066

Anhang

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2005 in Mio. Euro	Ressort
ZKR Strassburg Jean-Marie Wöhrling (Frankreich) 1998–2006	---	---	BMVIT
Gesamt		2.149,532	

D. Internationale Gerichtshöfe und Ständiger Schiedshof

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamt- budget	Beitrag 2005 in Mio. Euro	Ressort
ICTR Arusha Erik Møse (Norwegen) seit 2003	0,859%	0,828	BMaA BMJ
ICTY Den Haag Theodor Meron (USA) seit 2003	0,859%	1,081	BMaA BMJ
IStGH Den Haag; Philippe Kirsch (Kanada) seit 2003	1,776%	1,387	BMaA BMJ
ITLOS Hamburg; Rüdiger Wolfrum (Deutschland) seit 2005–2008	1,211%	0,084	BMaA BMWA
Ständiger Schiedshof Den Haag; Tjaco van den Hout (Niederlande) 2004–2009 (zweite Amtszeit)	0,657%	0,004	BMaA
Gesamt		3,384	

*Österreich in Internationalen Organisationen***E. Internationale Finanzinstitutionen**

Organisation Sitz Leiter	österr. Vertreter in den Institutionen	Anteil am Gesamtkapital der Institutio- nen	Kapitalanteil 2005 in Mio. Euro	Ressort
ADB Manila Haruhiko Kuroda (Japan) seit 2004	2001–2004 2008–2016	0,344%	136,82	BMF
AfDB Abidjan Donald Kaberuka (Ruanda) seit 2005	2003–2005 2008–2011	0,446%	109,66	BMF
AfDF Abidjan Donald Kaberuka (Ruanda) seit 2005	2003–2008	1,153%	176,31	BMF
CFC Amsterdam Ali Mchumo (Tansania) seit 2004	2006–2007	1,088%	1,878	BMF
CGIAR** Washington D.C. Ian Johnson (Großbritannien) seit 2000		0,396%	18,45	BMF
EBRD London Jean Lemiere (Frankreich) seit 2000	ständig	2,280%	456,00	BMF
EDF Brüssel		2,647%	705,96	BMF
EIB Philippe Maystadt (Belgien) seit 2000	ständig	2,441%	3.666,97	BMF
GEF Washington D.C. Leonard Good (Kanada) seit 2003	ständig	1,494%	89,12	BMF
IBRD* Washington D.C. Paul Wolfowitz (USA) seit 2005	ständig	0,703%	979,81	BMF

Anhang

Organisation Sitz Leiter	österreich. Vertreter in den Institutionen	Anteil am Gesamtkapital der Institutionen	Kapitalanteil 2005 in Mio. Euro	Ressort
IDA* Washington D.C. Paul Wolfowitz (USA) seit 2005	ständig	0,846%	772,73	BMF
IDB Washington D.C. Alberto Moreno (Kolumbien) seit 2005	1996–1999 2003–2010	0,159%	117,89	BMF
IFAD* Rom Lennart Båge (Schweden) seit 2001	1992–1996 1997–1999 2003–2005	1,023%	31,582	BMF
IFC* Washington D.C. Paul. Wolfowitz (USA) seit 2005	ständig	0,835%	14,49	BMF
ICC Washington D.C. Alberto Moreno (Kolumbien) seit 2005	2004–2006	0,495%	2,533	BMF
IMF* Washington D.C. Rodrigo de Rato y Figaredo (Spanien) seit 2004	ständig	0,877%	2.133,67	OeNB
MIGA** Washington Paul Wolfowitz (USA) seit 2005		0,809%	10,851	BMF
Gesamt			9.424,724	

* Sonderorganisationen der Vereinten Nationen

** Mit der Weltbank-Gruppe assoziierte Organisationen

*Österreich in Internationalen Organisationen***2. Friedenserhaltende Missionen****A. Finanzielle Beitragsleistungen**

Mission	Anteil am Gesamtbudget	Beitrag 2005 in Mio. Euro
MINURSO	0,859%	0,319
MINUSTAH	0,859%	2,432
MONUC	0,859%	5,004
ONUB	0,859%	1,342
UNDOF	0,859%	0,248
UNFICYP	0,859%	0,140
UNIFIL	0,859%	0,303
UNMEE	0,859%	1,910
UNMIK	0,859%	2,759
UNMIL	0,859%	3,994
UNOMIG	0,859%	0,198
UNOTIL	0,859%	1,059
UNIOSIL	0,859%	2,107
UNOCI	0,859%	2,665
Gesamt		24,480

*Anhang***B. Entsendung von Personal insgesamt 1.415 Personen**

Seit 1960 war Österreich an mehr als 50 Missionen der VN, OSZE und EU beteiligt. Die Rekrutierung von TeilnehmerInnen erfolgt durch das Bundesministerium für Landesverteidigung (Truppenkontingente und MilitärbeobachterInnen), das Bundesministerium für Inneres (zivile Polizei-BeobachterInnen), das Bundesministerium für Finanzen (Sanktionenmonitore), das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (zivile BeobachterInnen und WahlbeobachterInnen) sowie die zuständigen Fachressorts (ExpertInnen). Die folgende Aufstellung enthält im Jahr 2005 effektive Entsendungen:

Mission	Einsatz	Höchchststärke
AFDRU	seit 2004	77 Personen zur Trinkwasseraufbereitung
AMM	seit 2005	2 Personen (BMAA und BMLV)
Ausbildung irakischer Polizisten in Jordanien	im Dezember beendet	4 Exekutivebeamte
EU BAM Rafah	seit 2005	1 Expertin des BMF
EUFOR-Althea	seit 2004	289 Personen
EUJUST LEX	seit 2005	2 Exekutivbeamte 3 ExpertInnen des BMJ
EUMM	seit 1995	6 Monitore und Stabsmitglieder
EUPM	seit 2003	5 Exekutivbeamte
EUPOL COPPS	im Dezember beendet	1 Exekutivbeamter
EUPOL Proxima / EUPAT	seit 2005	1 Exekutivbeamter
EU-Unterstützungsaktion von AMIS	seit 2005	1 Stabsangehöriger
ISAF/AUSTAFF	seit 2004	4 Stabsangehörige
KFOR	seit 1999	530 Personen
OSZE	Feldoperationen Wahlbeobachtungen (Albanien, Aserbaid- dschan, Kasachstan, Kirgisistan 2x, Moldau, Tadschikistan)	24 ExpertInnen 31 Kurzzeit- beobachterInnen 1 Langzeitbeobachter

Österreich in Internationalen Organisationen

Mission	Einsatz	Höchststärke
ICTY	seit 1998	1 Exekutivbeamter
MINURSO	seit 1991	2 Militärbeobachter
RACVIAC	seit 1999	1 Stabsoffizier
UNAMA	seit 2004	2 Militärbeobachter
UNDOF (AUSBATT-Golanhöhen)	seit 1974	Infanterieeinheit mit 380 Personen
UNFICYP	seit 1972	4 Stabsangehörige
UNMEE	seit 2000	3 Militärbeobachter
UNMIK Exekutivbeamte (BMI) Justizwachbeamte (BMJ)	seit 1999	24 Exekutivbeamte 5 Justizwachbeamte
UNMIS	seit 2005	2 Stabsangehörige
UNOMIG	seit 1994	2 Militärbeobachter
UNTSO	seit 1967	7 Militärbeobachter

VII. Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien

1. Hauptausschuss des Nationalrates (32 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember 2005

Obmann: Khol Andreas, Dr.
 ObmannstellvertreterIn: Prammer Barbara, Mag.
 Prinzhorn Thomas, Dipl.-Ing.
 Schriftführer/in: Spindelegger Michael, Dr.
 Hlavac Elisabeth, Dr.
 Haupt Herbert, Mag.

Mitglieder

ÖVP: (14) Auer Klaus Hubert, Dipl.-Ing.
 Donabauer Karl
 Eßl Franz
 Fasslabend Werner, Dr.
 Fuhrmann Silvia
 Grillitsch Fritz
 Hakl Karin, Mag.
 Khol Andreas, Dr.
 Maier Ferdinand, Dr.
 Molterer Wilhelm, Mag.
 Spindelegger Michael, Dr.
 Stummvoll Günter, Dipl.-Kfm. Dr.
 Tancsits Walter, Mag.
 Turkovic Ingrid

SPÖ: (12) Cap Josef, Dr.
 Darabos Norbert, Mag.
 Eder Kurt
 Einem Caspar, Dr.
 Faul Christian
 Gusenbauer Alfred, Dr.
 Hlavac Elisabeth, Dr.
 Muttonen Christine, Mag.
 Niederwieser Erwin, DDr.
 Prähauser Stefan
 Prammer Barbara, Mag.
 Schieder Peter

FPÖ: (3) Haupt Herbert, Mag.
 Anton Wattaul
 Prinzhorn Thomas, Dipl.-Ing.

Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien

GRÜNE: (3) Lunacek Ulrike, Mag.
 Pilz Peter, Dr.
 Pirkhuber Wolfgang, Dipl.-Ing. Dr.

2. Außenpolitischer Ausschuss des Nationalrates (26 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember 2005

Obmann: Schieder Peter
 ObmannstellvertreterIn: Spindelegger Michael, Dr.
 Lunacek Ulrike, Mag.
 Scheibner Herbert
 Cap Josef, Dr.
 Schriftführer/in: Donabauer Karl
 Pilz Peter, Dr.
 Bösch Reinhard Eugen, Dr.

	Mitglieder	Ersatzmitglieder
ÖVP: (12)	Amon Werner, MBA Böhm Franz Xaver Brader Alfred, Mag. Dr. Donabauer Karl Felzmann Carina Großruck Wolfgang Hakl Karin, Mag. Ledolter Johann Missethon Hannes, Dipl.-Ing. Murauer Walter Schultes Hermann, Ing. Spindelegger Michael, Dr.	Brinek Gertrude, Dr. Ellmauer Matthias Franz Anna Glaser Franz Grander Maria Grillitsch Fritz Khol Andreas, Dr. Kößl Günter Langreiter Hans, Mag. Machne Helga Pack Jochen Steindl Konrad
SPÖ: (10)	Bauer Hannes, Dipl.-Kfm. Dr. Cap Josef, Dr. Einem Caspar, Dr. Gartlehner Kurt, Ing. Gusenbauer Alfred, Dr. Hagenhofer Marianne Heinzl Anton Muttonen Christine, Mag. Posch Walter, Mag. Schieder Peter	Bayr Petra Gaál Anton Kummerer Werner, Dipl.-Ing. Matznetter Christoph, Dr. Moser Johann, Mag. Niederwieser Erwin, DDr. Puswald Christian, Dr. Scharer Erika Stadlbauer Bettina Wurm Gisela, Mag.
FPÖ: (2)	Bösch Reinhard Eugen, Dr. Scheibner Herbert	Scheuch Uwe, Dipl.-Ing. Wittauer Klaus
GRÜNE: (2)	Lunacek Ulrike, Mag. Pilz Peter, Dr.	Rest-Hinterseer Heidemarie Stoisits Terezija, Mag.

*Anhang***3. Ständiger Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union (13 Mitglieder)**

Stand: 31. Dezember 2005

Obmann: Fasslabend Werner, Dr.
 Obmannstellvertreter/in: Einem Caspar, Dr.
 Donabauer Karl
 Hagenhofer Marianne
 Schriftführer/in: Schieder Peter
 Kopf Karlheinz
 Hlavac Elisabeth, Dr.

Mitglieder**Ersatzmitglieder**

ÖVP: (6)	Tamandl Gabriele Donabauer Karl Fasslabend Werner, Dr. Grillitsch Fritz Kopf Karlheinz Dernoscheg Karl-Heinz, Dr., MBA	Langreiter Hans, Mag. Glaser Franz Spindelegger Michael, Dr. Keuschnigg Georg Böhm Franz Xaver Hakl Karin, Mag.
SPÖ: (5)	Cap Josef, Dr. Einem Caspar, Dr. Hagenhofer Marianne Schieder Peter Hlavac Elisabeth, Dr.	Faul Christian Kaipel Erwin, Ing. Muttonen Christine, Mag. Stadlbauer Bettina Trunk Melitta, Mag.
FPÖ: (1)	Bösch Reinhard Eugen, Dr.	Wittauer Klaus
GRÜNE: (1)	Lunacek Ulrike, Mag.	Pirkhuber Wolfgang, Dipl.-Ing. Dr.

4. Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates (14 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember 2005

Vorsitzender: Ager Hans
 Vorsitzender-Stellvertreter/in: Konecny Albrecht
 Roth-Halvax Sissy
 Schriftführer/in: Todt Reinhard
 Bader Karl

Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien

	Mitglieder:	Ersatzmitglieder:
SPÖ: (7)	Boden Karl Einwallner Reinhold, Ing. Haselbach Anna Elisabeth Konecny Albrecht Lindinger Ewald Mörk Gabriele Todt Reinhard	Gruber Manfred Hladny Waltraut Knoll Gertraud, Mag. Mosbacher Maria Reisenberger Harald Schimböck Wolfgang Wiesenegg Helmut
ÖVP: (6)	Ager Hans Bader Karl Himmer Harald, Mag. Kritzinger Helmut Kühnel Franz Eduard, Dr. Roth-Halvax Sissy	Baier Bernhard, Mag. Haller Hermann, Ing. Höfinger Johann Perhab Franz Schnider Andreas, Dr. Spiegelfeld-Schneeberg Georg, Dr.
GRÜNE: (1)	Schennach Stefan	Konrad Eva

5. EU-Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates (14 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember 2005

Vorsitzender:	Kneifel Gottfried (O)
Vorsitzender-Stellvertreter/in:	Konecny Albrecht (W) Weiss Jürgen (Vbg)
Schriftführer/in:	Lindinger Ewald (O) Preiner Erwin (B)

	Mitglieder:	Ersatzmitglieder:
SPÖ: (7)	Gruber Manfred (Sbg) Gumplmaier Erich, Dr. (O) Kaltenbacher Günther (St) Konecny Albrecht (W) Lindinger Ewald (O) Preiner Erwin (B) Todt Reinhard (W)	Blatnik Ana (K) Ebner Adelheid (N) Hladny Waltraut (St) Mosbacher Maria (St) Neuwirth Susanne, Mag. (Sbg) Reisenberger Harald (W) Stadler Werner (O)

Anhang

ÖVP: (6)	Ager Hans (T)	Jany Reinhard (B)
	Kneifel Gottfried (O)	Köberl Günther (St)
	Kühnel Franz Eduard, Dr. (W)	Mayer Edgar (Vbg)
	Perhab Franz (St)	Roth-Halvax Sissy (N)
	Weiss Jürgen (Vbg)	Schnider Andreas, Dr. (St)
	Zwazl Sonja (N)	Tiefnig Ferdinand (O)
GRÜNE: (1)	Konrad Eva (T)	Schennach Stefan (W)

6. Österreichische Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates (6 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember 2005

Ordentliche Mitglieder

Spindelegger Michael, Dr., Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP), Delegationsleiter

Donabauer Karl, Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)

Himmer Harald, Mag., Mitglied des Bundesrates (ÖVP)

Wurm Gisela, Mag., Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ),

Schieder Peter, Abgeordneter zum Nationalrat, stv. Delegationsleiter, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (SPÖ)

Gusenbauer Alfred, Dr., Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)

Ersatzmitglieder

Hakl Karin, Mag., Abgeordnete zum Nationalrat (ÖVP)

Ager Hans, Mitglied des Bundesrates (ÖVP)

Lindinger Ewald, Mitglied des Bundesrates (SPÖ)

Muttonen Christine, Mag., Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)

Wittauer Klaus, Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)

Stoisits Terezija, Mag., Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)

*Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien***7. Österreichische Mitglieder des Europäischen Parlaments
(18 Mitglieder)**

Stand: 31. Dezember 2005

Stenzel Ursula, Dr.	Europäische Volkspartei; nationale Delegationsleiterin
Karas Othmar, Mag.	Europäische Volkspartei; Schatzmeister
Seeber Richard, Dr.	Europäische Volkspartei
Rack Reinhard, Univ.Prof. Dr.	Europäische Volkspartei
Rübig Paul, Dr.	Europäische Volkspartei
Schierhuber Agnes	Europäische Volkspartei
Swoboda Hannes, Dr.	Sozialdemokratische Fraktion,
Berger Maria, Dr.	Sozialdemokratische Fraktion; nationale Delegationsleiterin
Bösch Herbert, Mag.	Sozialdemokratische Fraktion
Ettl Harald, Ing.	Sozialdemokratische Fraktion
Leichtfried Jörg, Mag.	Sozialdemokratische Fraktion
Prets Christa	Sozialdemokratische Fraktion
Scheele Karin, Mag.	Sozialdemokratische Fraktion
Lichtenberger Evelin, Dr.	Fraktion der Grünen
Voggenhuber Johannes	Fraktion der Grünen; Stv. Vorsitzender des Konstitutionellen Ausschusses
Martin Hans-Peter, Dr.	Fraktionslos
Resetarits Karin	Fraktionslos
Mölzer Andreas	Fraktionslos

8. Rat für Fragen der österreichischen Integrations- und Außenpolitik

Stand: 18. Jänner 2006

Der Rat für Fragen der österreichischen Integrations- und Außenpolitik wurde mit Bundesgesetz vom 21. November 2001 (BGBl. 125/2001) eingerichtet. Der Rat dient der Beratung der Bundesregierung in Fragen der österreichischen Integrations- und Außenpolitik und tritt unter dem Vorsitz des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten zusammen. Im Jahr 2005

Anhang

finden Sitzungen am 20. April und am 20. Oktober statt. Zuletzt gehörten dem Rat folgende Personen an.

Mitglieder:

Plassnik Ursula, Dr.	Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten, Vorsitzende
Manz Hans-Peter, Dr.	Vertreter des Bundeskanzlers
Steiner Barbara, Mag.	Vertreter des Vizekanzlers
Wosolsobe Wolfgang, Bgdr.	Vertreter des Bundesministers für Landesverteidigung
Fasslabend Werner, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Spindelegger Michael, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Stummvoll Günter, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kneifel Gottfried	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Schultes Hermann, Ing.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Cap Josef, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Gusenbauer Alfred, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Schieder Peter	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Einem Caspar, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Scheibner Herbert	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Lunacek Ulrike, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (Grüne)
van Staa Herwig, DDr.	Landeshauptmann von Tirol
Rieder Sepp, Dr.	Landeshauptmann-Stellvertreter von Wien
Prior Walter	Präsident des Burgenländischen Landtags
Orthner Angela	Präsidentin des Oberösterreichischen Landtags
Leitl Christoph, Dr.	Präsident der Wirtschaftskammer Österreich
Tumpel Herbert, Mag.	Präsident der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte
Schwarzböck Rudolf, ÖkR	Vorsitzender der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs
Verzetnitsch Fritz	Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien

Koits Peter, Dr.	Bürgermeister von Wels, Vertreter des Österreichischen Städtebundes
Zimper Walter, Prof.	Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes
Ersatzmitglieder:	
Großruck Wolfgang	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Amon Werner	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kopf Karlheinz	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Himmer Harald, Mag.	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Praßl Michael	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Konecny Albrecht, Prof.	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Haselbach Anna Elisabeth	Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Prammer Barbara, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Wurm Gisela, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Bösch Reinhard, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Lichtenberger Evelin, Dr.	Abgeordnete zum Nationalrat (Grüne)
Beobachter:	
Lutterotti Markus, Dr.	Vertreter der Präsidentschaftskanzlei

9. Nationaler Sicherheitsrat

Stand: 9. Jänner 2006

Stimmberechtigte Mitglieder:

Schüssel Wolfgang, Dr.	Bundeskanzler
Gorbach Hubert	Vizekanzler
Plassnik Ursula, Dr.	Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten
Platter Günther	Bundesminister für Landesverteidigung
Prokop Liese	Bundesministerin für Inneres
Gastinger Karin, Mag.	Bundesministerin für Justiz
Khol Andreas, Dr.	Nationalratspräsident (ÖVP)
Spindelegger Michael, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Stummvoll Günter, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Murauer Walter	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Bieringer Ludwig	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)

Anhang

Gusenbauer Alfred, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Cap Josef, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Prammer Barbara, Mag.	Zweite Nationalratspräsidentin (SPÖ)
Schieder Peter	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Pilz Peter, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (Grüne)
Bösch Reinhard, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Mitglieder mit beratender Stimme:	
Pröll Erwin, Dr.	Landeshauptmann von Niederösterreich Vertreter der Landeshauptleutekonferenz
Pollitzer René, Botschafter Dr. lei	Kabinettsdirektor, Präsidentschaftskanzlei
Kyrle Johannes, Botschafter Dr.	Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten
Ertl Roland, General	Generalstabschef
Buxbaum Erik, Dr.	Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit
Heiss Hubert, Botschafter Dr.	Sektionschef, Bundeskanzleramt
Günther Helmut, Dr.	Sektionschef, Büro des Vizekanzlers
Mayr-Harting Thomas, Botschafter Dr.	Politischer Direktor, Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
Reiter Erich, DDr.	Sektionschef, Bundesministerium für Landesverteidigung
Ersatzmitglieder:	
Donabauer Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kopf Karlheinz	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Neugebauer Fritz	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Glaser Franz	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kühnel Franz Eduard, Dr.	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Prähauser Stefan	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Gáal Anton	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Einem Caspar, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Konecny Albrecht, Prof.	Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Lunacek Ulrike, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (Grüne)
Scheibner Herbert	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Österreich in Zahlen 1950 bis 2005

Gegenstand, Einheit	1950	1970	1990	2000	2004	2005
Bevölkerungsstand, in 1.000, Ø	6.935	7.467	7.729	8.110	8.175	8.207 ⁹⁾
darunter Ausländer, in 1.000	323 ²⁾	183	456	758	776	789 ⁹⁾
Lebenserwartung, in Jahren, männlich	61,9	66,5	72,3	75,4	76,4	.
weiblich	67,0	73,4	78,9	81,2	82,1	.
Unselbständig Beschäftigte, in 1.000	1.941	2.387	2.929	3.133	3.199	3.235
Wochenarbeitszeit, effektiv, Unselbständige ^{10) 11)}	.	40,8	36,7	35,5	34,2	33,4
Arbeitslosenquote ³⁾	6,0	2,4	5,4	5,8	7,1	7,2
Bruttoinlandsprodukt, lfd. Preise, in Mrd.S ^{4) 8)}	51,9	375,9	1.813,5	207,0	237,0	246,5
Wirtschaftswachstum, in %	12,4	7,1	4,6	3,5	2,4	1,9
Offizielle Währungsreserven, in Mrd.S ^{5) 8)}	.	47	138	18,9	8,9	.
Verbraucherpreisindex, Ø 1966 = 100	47,9	115,0	298,6	375,4	405,9	415,2
Tariflohnindex, Ø 1966 = 100	32,4	131,1	507,6	716,9	786,4	804,3
Index der Industrieproduktion, Ø 1981 = 100 ⁶⁾	19,2	68,3	133,4	.	.	.
Produktion je Beschäftigten, Ø 1981 = 100 ⁶⁾	25,7	66,4	153,3	.	.	.
Produktionsindex, Ø 1995 = 100; 2000=100	.	.	.	132,6	113,6	118,5 ^{*)}
Beschäftigtenindex, Ø 1995 = 100, 2000=100	.	.	.	96,8	98,1	97,2 ^{*)}
Energetischer Endverbrauch, in Petajoule	.	617	833	949,7	1.080	.
Brotgetreide, durchschnittlicher Ertrag pro ha, 100 kg	16,5	28,5	48,4	43,2	57,5	48,7
PKW- und Kombi-Bestand, in 1.000	48	1.197	2.991	4.097	4.109	4.157
Wohnfläche pro Einwohner, in m ²	.	21,4 ⁷⁾	32,1 ⁷⁾	37,5	41,4	41,4
Leistungsbilanzsaldo, in Mrd.S ⁸⁾	.	-1,7	13,6	-5,4	0,6	-0,2 ¹⁾

Quelle: Statistik Österreich, Oesterreichische Nationalbank, Oesterreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich.

. = Keine Daten vorhanden. – ¹⁾ Prognose bzw. Schätzung. – ²⁾ Volkszählung 1951. – ³⁾ Vorgemerkte Arbeitslose in Prozent des Arbeitskräfteangebotes der Unselbständigen (unselbständig Erwerbstätige + vorgemerkte Arbeitslose). – ⁴⁾ Ab 1990 entsprechend dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG, 2. Auflage); davor SNA 1968; ab 1995 gemäß ESVG 95. – ⁵⁾ Seit 1997 neues Konzept gemäß IWF. – ⁶⁾ Bruch in der Zeitreihe, seit 1995 neue Indizes im Sachgüterbereich. – ⁷⁾ Häuser- und Wohnungszählung 1971, 1981 bzw. 1991, Mikrozensus. – ⁸⁾ ab 2000 in Mrd. Euro. – ⁹⁾ Stand 1.1.2005. – ¹⁰⁾ 2004: Durchschnitt 2. Quartal. – ¹¹⁾ 4 Quartal 2005. – *) vorläufig.

Anhang

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Länder	Brutto- inlands- produkt (BIP) je Einwohner 2004 in EUR ¹⁾	Wirtschafts- Wachstum ²⁾		Anteil des Leistungsbilanz- saldos am BIP ³⁾		Einfuhr ⁴⁾		Ausfuhr ⁴⁾		Exportanteile ⁵⁾ am BIP	
		2004	2005 ⁶⁾	2004	2005 ⁶⁾	2003	2004	2003	2004	2003	2004
		in %		in %		in Mrd. US-\$		in %		in %	
Belgien	26.800	2,9	2,2	3,3	1,4	234,8	285,4	255,5	306,4	81,5	83,8
Dänemark	27.500	2,0	2,3	2,5	3,0	56,2	66,9	65,3	75,6	42,6	45,2
Deutschland	24.600	1,6	0,8	3,8	4,1	604,6	718,0	751,7	911,6	36,1	38,0
Estland	11.600	7,8	6,0	.	.	6,5	8,5	4,5	5,9	75,0	78,4
Finnland	25.400	3,6	3,3	5,3	3,5	41,6	50,7	52,5	60,9	37,1	37,8
Frankreich	24.800	2,3	2,0	-0,4	-1,6	370,3	442,0	365,5	423,8	25,8	26,0
Griechenland	18.400	4,7	2,9	-6,3	-7,0	44,4	51,6	13,2	15,0	19,8	20,8
Irland	31.000	4,5	4,9	-0,8	-1,5	53,3	61,4	92,4	104,2	83,7	83,1
Italien	23.300	1,2	1,2	-0,9	-1,5	197,3	354,7	299,4	353,7	25,8	25,3
Lettland	9.700	8,3	7,2	.	.	5,2	6,9	2,9	3,9	42,3	44,1
Litauen	10.800	7,0	6,4	.	.	9,7	12,3	7,0	9,3	51,8	52,3
Luxemburg	51.200	4,5	3,8	.	.	13,7	16,8	10,0	12,2	137,4	148,6
Malta	15.700	0,4	1,7	.	.	3,4	3,8	2,5	2,6	79,0	76,1
Niederlande	28.200	1,7	1,0	3,3	5,8	233,0	283,6	258,7	317,8	61,5	67,1
Norwegen	.	2,9	2,4	13,8	16,1	39,5	48,1	67,5	81,8	41,3	42,7
Österreich	27.800	2,4	2,1	0,2	-0,1	88,3	108,9	87,6	109,0	48,2	51,0
Polen	11.100	5,3	4,4	.	.	68,2	89,1	53,7	74,8	34,4	37,6
Portugal	16.300	1,2	1,1	-7,5	-9,3	40,8	49,2	30,6	33,0	30,1	28,6
Schweden	26.600	3,6	3,0	8,2	7,1	84,2	100,4	102,4	123,2	43,8	46,0
Schweiz	.	2,1	1,2	14,6	13,2	92,0	106,6	97,1	114,1	44,1	46,2
Slowakei	11.700	5,5	4,9	.	.	23,8	30,5	22,0	27,6	77,7	76,8
Slowenien	17.900	4,2	3,7	.	.	13,9	17,6	12,8	15,9	56,5	60,2
Spanien	22.100	3,1	2,7	-5,3	-7,7	208,5	257,6	156,0	182,1	27,8	25,9
Tschech. Rep.	15.900	4,4	4,0	.	.	51,2	68,4	48,7	67,2	62,4	71,2
Ungarn	13.600	4,2	3,9	.	.	47,6	59,6	42,5	54,9	62,0	65,7
Vereinigtes Königreich	26.300	3,2	2,8	-2,0	-1,8	380,7	451,7	304,2	341,6	25,4	25,2
Zypern	18.800	3,7	3,9	.	.	4,5	.	0,9	.	47,2	47,4

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Länder	Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner 2004 in EUR ¹⁾	Wirtschaftswachstum ²⁾		Anteil des Leistungsbilanzsaldos am BIP ³⁾		Einfuhr ⁴⁾		Ausfuhr ⁴⁾		Exportanteile ⁵⁾ am BIP	
		2004	2005 ⁶⁾	2004	2005 ⁶⁾	2003	2004	2003	2004	2003	2004
		in %		in %		in Mrd. US-\$		in %		in %	
EU 25	22.500	2,4	2,0	34,9	35,9
Japan	.	2,7	2,4	3,7	3,4	382,9	454,5	471,8	565,7	11,8	13,4
Vereinigte Staaten	.	4,2	3,6	-5,7	-6,5	1303,0	1522,0	725,0	819,0	9,5	10,0
OECD insgesamt	.	.	.	-1,3	-1,8

¹⁾ Zu laufenden Preisen und KKP.Q: Eurostat – ²⁾ Veränderung des realen BIP zum Vorjahr. Q: OECD Economic Outlook, Eurostat – ³⁾ Q: OECD, WIFO. – ⁴⁾ Generalhandel (Waren- inkl. Lagerverkehr) für Dänemark, Finnland, Irland, Norwegen, Schweden, Vereinigtes Königreich, Japan und USA; sonst Spezialhandel (Waren- exkl. Lagerverkehr). Hochrechnung aus Monatsdurchschnittswerten lt.OECD. – ⁵⁾ Waren und Dienstleistungen zu laufenden Preisen nach ESVG 1995. Q: Eurostat, New Chronos; Schweiz und OECD gesamt, Q: Main Economic Indicators. – ⁶⁾ Prognose. – *) Vorläufig

Anhang

Länder	Arbeitslosenquote ⁽⁸⁾			Jugend- arbeits- losen quote ⁽⁹⁾	Langzeit- arbeits- losen anteil ⁽¹⁰⁾	Steigerung des Verbraucherpreises ⁽¹¹⁾ gegenüber Vorjahr				Anteil der Umweltschutz- ausgaben am BIP, frühe 2000er Jahre, öffentlicher und privater Sektor ⁽²¹⁾	
	1995	2004	2005			1995	2004	2005	2005	dar. öffentl. Sektor	insgesamt
	in %										
Belgien	9,7	8,4	8,4	22,1	51,2	1,4	2,1	2,8	2,5	1,5	0,7
Dänemark	6,7	5,5	4,8	8,6	22,8	2,0	1,2	1,8	1,7	.	1,4
Deutschland	8,0	9,5	9,5	10,1 ⁽⁸⁾	49,6 ⁽⁸⁾	1,7	1,6	2,0	1,9	1,6	1,3
Estland	.	9,7	7,9	12,5	50,8	.	3,0	4,1	4,1	.	.
Finnland	15,4	8,8	8,4	16,1	27,3	0,8	0,2	0,9	0,8	0,8	0,5
Frankreich	11,3	9,6	9,5	20,2 ⁽⁸⁾	37,3 ⁽⁸⁾	1,7	2,1	1,7	1,9	1,7	1,0
Griechenland	9,2	10,5	9,8	26,9	50,7	8,9	2,9	3,5	3,5	.	0,5
Irland	12,3	4,5	4,3	8,7	32,2	2,6	2,1	2,2	2,2	0,6	0,4
Italien	11,5	8,0	7,7	24,3	50,1	5,3	2,2	2,0	2,2	0,8	0,7
Lettland	.	10,4	9,0	11,7	44,6	.	6,2	6,7	6,9	.	.
Litauen	.	11,4	8,2	13,6	49,7	.	1,3	2,7	2,7	.	.
Luxemburg	2,9	4,8	5,3	13,7	26,3	1,9	2,2	2,5	3,8	.	0,6
Malta	.	7,3	7,3	17,6	44,2	.	2,2	2,2	2,5	.	.
Niederlande	6,6	4,6	4,7	7,3	42,1	1,9	1,2	1,7	1,5	2,0	1,1
Norwegen	5,4	4,4	4,6	10,2	20,5	2,5	0,5	1,6	1,5	1,2	0,4
Österreich	3,9	4,8	5,2	10,1	25,5	2,2	2,1	2,3	2,1	2,4	1,3
Polen	.	19,0	17,7	34,4	58,8	.	3,3	2,1	2,2	.	.
Portugal	7,3	6,7	7,6	16,4	48,9	4,2	2,3	2,3	2,1	0,8	0,5
Schweden	8,8	6,3	6,3 ⁽¹⁾	20,3	17,7 ⁽⁸⁾	2,9	0,5	0,5	0,8	1,1	0,7
Schweiz	3,3	4,4 ⁽⁸⁾	4,2 ⁽⁸⁾	5,7 ⁽⁷⁾	21,6 ⁽⁷⁾	1,8	0,8	1,2	.	.	0,8
Slowakei	.	18,2	16,4	29,8	74,2	.	7,5	2,7	2,8	.	.
Slowenien	.	6,3	6,3	17,5	47,3	.	3,6	2,5	2,5	.	.
Spanien	18,8	10,6	9,2	18,6	24,3	4,7	3,1	3,4	3,4	0,8	0,6
Tschech. Rep.	.	8,3	7,9	19,1	52,5	.	2,8	1,9	1,6	.	.
Ungarn	.	6,1	7,2	19,1	46,3	.	6,8	3,6	3,5	.	.
Vereinigtes Königreich	8,5	4,7	4,7	13,8	20,7	3,4	3,0	2,1	2,1	0,7	0,4
Zypern	.	4,7	5,3	14,1	21,5	.	2,3	2,6	2,0	.	.
EU 25	9,1	8,7	8,7	18,2 ⁽⁸⁾	44,4 ⁽⁸⁾	.	.	.	2,2	.	.

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Länder	Arbeitslosenquote ⁸⁾			Jugend- arbeits- losen quote ⁹⁾	Langzeit- arbeits- losen anteil ¹⁰⁾	Steigerung des Verbraucherpreises ¹¹⁾ gegenüber Vorjahr				Anteil der Umweltschutz- ausgaben am BIP, frühe 2000er Jahre, öffentlicher und privater Sektor ²¹⁾		
	1995	2004	2005			1995	2004	2005	2005	HVPI 2005	insgesamt	dar. öffentl. Sektor
Japan	3,1	4,7	4,4	9,9 ¹⁷⁾	.	-0,1	0,0	-0,3	.	1,4	0,6	
Vereinigte Staaten	5,6	5,5	5,1	12,0 ¹⁷⁾	.	2,8	2,7	3,4	.	.	.	
OECD insgesamt	

⁷⁾ 4. Quartal 2005. – ⁸⁾ In Prozent der Erwerbersonen (ohne Militär); USA, Japan in Prozent aller Erwerbersonen. Q: Eurostat, New Cronos, Strukturindikatoren, OECD, Main Economic Indicators, Japan u. USA: nach generellen Grundsätzen der ILO – Konzepte durch OECD für NICHT-EU-LÄNDER adaptiert. – ⁹⁾ Anteil 15–24-jährige an den Erwerbersonen diesen Alters; Q.: Eurostat. – ¹⁰⁾ Anteil der Arbeitslosen mit Dauer 12 Monate oder länger an allen Arbeitslosen, Q.: Eurostat. – ¹¹⁾ Q: OECD; Nationale Indizes 1995–2005 Q: Stat.Ämter, Statistik Österreich, vorläufige Werte; HVPI 2005 Q: Eurostat, Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ²¹⁾ Q: OECD Environmental Indicators 2005 (draft). – ¹⁷⁾ 2002. – ¹⁸⁾ 2003* vorläufig.

Anhang

Länder	Effektive Arbeitszeit ²²⁾		Erwerbstätigenquote ²³⁾						Säuglingssterblichkeit ²⁵⁾				Lebendgeborene auf 1.000 Einwohner		Sterbefälle	
	2005 ⁷⁾		1995		2004		1995		2004		1995	2004	1995	2004	1995	2004
	Std./Woche		m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
Belgien	37,6		66,9	45,0	67,9	52,6	73,4	80,2	75,9 ⁽¹⁸⁾	81,7 ⁽¹⁸⁾	6,1	4,3	11,4	11,2	10,5	9,8
Dänemark	38,5		79,9	66,7	79,7	71,6	72,7	77,8	75,2	79,9	5,1	4,4	13,3	12,0 ⁽¹⁸⁾	12,1	10,7 ⁽¹⁸⁾
Deutschland	40,9 ⁽⁷⁾		73,7	55,3	70,8	59,2	73,3	79,7	75,7	81,4	5,3	4,1	9,4	8,6	10,8	10,0
Estland	41,1		.	.	66,4	60,0	61,7	74,3	66,0 ⁽¹⁸⁾	76,9 ⁽¹⁸⁾	14,8	6,3	9,1	10,4	14,1	13,2
Finnland	38,1		64,2	59,0	69,7	65,6	72,8	80,2	75,3	82,3	3,9	3,3	12,3	11,4	9,6	9,1
Frankreich	37,6 ⁽¹⁹⁾		67,2	52,1	69,0	57,4	73,9	81,9	76,7	83,8	4,9	3,9	12,6	12,7 ⁽¹⁸⁾	9,2	9,2 ⁽¹⁸⁾
Griechenland	40,3		72,5	38,1	73,7	45,2	75,0	80,3	76,6	81,4	8,1	3,9	9,7	9,4 ⁽¹⁸⁾	9,6	9,5 ⁽¹⁸⁾
Irland	39,6		67,1	41,6	75,9	56,5	72,9	78,4	75,8 ⁽¹⁸⁾	80,7 ⁽¹⁸⁾	6,3	4,9	13,5	15,4 ⁽¹⁸⁾	9,0	7,2 ⁽¹⁸⁾
Italien	38,5		66,9	35,4	70,1	45,2	74,9	81,3	76,8 ⁽¹⁸⁾	82,5 ⁽¹⁸⁾	6,2	4,1	9,2	9,5 ⁽¹⁸⁾	9,7	10,0 ⁽¹⁸⁾
Lettland	42,5		.	.	66,4	58,5	60,8	73,1	65,5	77,2	18,5	9,4	8,6	9,0 ⁽¹⁸⁾	15,5	13,9 ⁽¹⁸⁾
Litauen	39,4		.	.	64,7	57,8	63,5	75,2	66,4	77,8	12,5	7,9	11,1	8,9	12,2	12,0
Luxemburg	40,0		74,4	42,6	72,4	50,6	73,0	80,2	75,0 ⁽¹⁸⁾	81,0 ⁽¹⁸⁾	5,5	3,9	13,2	12,1	9,3	7,9
Malta	40,0		.	.	75,1	32,7	74,9	79,5	76,7 ⁽¹⁸⁾	80,7 ⁽¹⁸⁾	8,7	5,9	12,5	10,1 ⁽¹⁸⁾	7,3	7,9 ⁽¹⁸⁾
Niederlande	40,0		75,3	53,8	80,2	65,8	74,6	80,4	76,4	81,1	5,5	4,1	12,3	11,9	8,8	8,4
Norwegen	39,2		.	.	77,9	72,2	74,8	80,8	77,5	82,3	4,0	3,2	13,8	12,4	10,4	9,1
Österreich	41,0		78,5	59,0	74,9	60,7	73,6	80,1	76,4	82,1	5,4	4,5	11,0	9,7	10,1	9,1
Polen	40,6		.	.	57,2	46,2	67,6	76,4	70,0	79,2	13,6	6,8	11,2	9,2 ⁽¹⁸⁾	10,0	9,6 ⁽¹⁸⁾
Portugal	38,8		73,5	54,4	74,2	61,7	71,2	78,6	74,2 ⁽¹⁸⁾	80,5 ⁽¹⁸⁾	7,5	4,0	10,8	10,8 ⁽¹⁸⁾	10,5	10,4 ⁽¹⁸⁾
Schweden	39,0		73,1	68,8	73,6	70,5	76,2	81,4	78,4	82,7	4,1	3,1	11,7	11,2	10,6	10,1
Schweiz	42,4 ⁽⁷⁾		.	.	78,9 ⁽⁷⁾	70,6 ⁽⁷⁾	75,3	81,7	78,6	83,7	5,0	4,2	11,7	9,8 ⁽¹⁸⁾	9,0	8,6 ⁽¹⁸⁾
Slowakei	40,9		.	.	63,2	50,9	68,4	76,4	70,3	77,8	10,9	6,8	11,5	9,6 ⁽¹⁸⁾	9,8	9,7 ⁽¹⁸⁾
Slowenien	41,3		.	.	70,0	60,5	70,8	78,3	72,6 ⁽¹⁸⁾	80,4 ⁽¹⁸⁾	5,5	3,7	9,5	8,7 ⁽¹⁸⁾	9,5	9,7 ⁽¹⁸⁾
Spanien	39,4		62,5	31,7	73,8	48,3	74,3	81,5	77,2	83,8	5,5	3,5	9,3	10,4 ⁽¹⁸⁾	8,8	9,2 ⁽¹⁸⁾
Tschech. Rep.	40,6		.	.	72,3	56,0	69,7	76,7	72,6	79,0	7,7	3,7	9,3	9,2 ⁽¹⁸⁾	11,4	10,9 ⁽¹⁸⁾
Ungarn	40,8		.	.	63,1	50,7	65,3	74,5	68,6	76,9	10,6	6,6	11,0	9,3 ⁽¹⁸⁾	14,2	13,4 ⁽¹⁸⁾
Vereinigtes Königreich	41,2		75,1	61,7	77,8	65,6	74,0	79,2	76,2 ⁽¹⁸⁾	80,7 ⁽¹⁸⁾	6,2	5,1	12,5	11,7 ⁽¹⁸⁾	11,0	10,3 ⁽¹⁸⁾
Zypern	39,2		.	.	79,8	58,7	.	.	77,0 ⁽¹⁸⁾	81,4 ⁽¹⁸⁾	.	3,5
EU 25	.		.	.	70,9	55,7	.	.	75,1 ⁽¹⁸⁾	81,2 ⁽¹⁸⁾	.	4,5

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Länder	Effektive Arbeitszeit ²²⁾		Erwerbstätigenquote ²³⁾				Säuglingssterblichkeit ²⁵⁾				Lebendgeborene auf 1.000 Einwohner				Sterbefälle			
	2005 ⁷⁾		1995		2004		1995		2004		1995		2004		1995		2004	
	Std./Woche		m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	1995	2004	1995	2004	1995	2004	1995	2004
Japan	80,0	57,4	75,9 ¹³⁾	81,9 ¹³⁾	77,6 ¹⁸⁾	84,3 ¹⁸⁾	4,6 ¹³⁾	3,3	10,0 ¹³⁾	9,6 ¹⁸⁾	6,7 ¹³⁾	8,6 ¹⁸⁾		
Vereinigte Staaten	77,2	65,4	71,8 ¹³⁾	78,8 ¹³⁾	74,4 ¹⁸⁾	80,0 ¹⁸⁾	9,2 ¹³⁾	6,8	16,7 ¹³⁾	14,1 ¹⁸⁾	8,6 ¹³⁾	8,4 ¹⁸⁾		
OECD insgesamt

⁷⁾ 4.Quartal 2005. – ²²⁾ Q: Eurostat, New Cronos, LFS, Arbeitnehmer, Stunden auf Vollzeitbasis, nur Personen, die in der Referenzwoche mind. 1 Stunde gearbeitet haben. – ²³⁾ Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15– 64 Jahren, Q: Eurostat, New Cronos, Labour-Force-Survey. – ¹⁷⁾ 2002. – ²⁵⁾ Im 1. Lebensjahr Gestorbene auf 1.000 Lebendgeborene. – ¹³⁾1990. – ¹⁸⁾ 2003. – ¹⁹⁾ 2004. – *) vorläufig.

Anhang

Länder	Studenten im Tertiärbereich ⁽²⁷⁾			Anteil öffentlicher Bildungsausgaben am BIP ⁽³²⁾		Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP ⁽²⁷⁾		Anteil der Bruttoinlandsausgaben für F & E am BIP ⁽³⁸⁾		Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP ⁽²⁹⁾		Anteil der Budgets der Außenministerien am Gesamtbudget 2004 ⁽³⁰⁾	
	1995	2003	2003	1995	2002	1995	2003	1995	2003	1995	2002	insges.	operativ
	auf 100.000 Einw.			in %									
Belgien	3.481	3.618	3.618	5,0	6,3	8,7	9,6	1,72	1,89 ⁽³⁾	1,6	1,3	2,70	0,55
Dänemark	3.255	3.747	3.747	7,7	8,5	8,2	9,0	1,84	2,62	1,7	1,6	2,85	0,31
Deutschland	2.644	2.717	2.717	4,7	4,8	10,6	11,1	2,26	2,52	1,7	1,5	0,85	0,62
Estland	.	4.692	4.692	5,8	5,7	1,0	1,9	1,12	0,71
Finnland	4.021	5.602	5.602	6,9	6,4	7,5	7,4	2,29	3,48	1,5	1,2	2,00	0,47
Frankreich	3.589	3.540	3.540	6,0	5,8	9,6	10,1	2,31	2,18	3,1	2,5	1,52	0,66
Griechenland	2.838	5.101	5.101	2,9	3,4	8,9	9,9	0,49	0,62	4,3	4,3	0,73	0,45
Irland	3.374	4.581	4.581	5,5	5,5	7,2	7,4	1,34	1,19	1,0	0,7	1,44	0,35
Italien	3.129	3.338	3.338	4,9	4,8	7,4	8,4	1,00	1,16 ⁽⁷⁾	1,8	2,1	0,33	0,18
Lettland	.	5.102	5.102	6,3	5,8	1,0	1,8	0,70	0,68
Litauen	.	4.841	4.841	5,1	5,9	0,5	1,8	1,20	1,15
Luxemburg	.	686	686	4,3	4,0	6,4	6,9	.	1,78	0,8	0,9	7,90	6,10
Malta	.	2.252	2.252	.	4,5	1,0	0,9	1,45	0,36
Niederlande	3.261	3.253	3.253	5,0	5,1	8,4	9,8	1,99	1,80 ⁽⁷⁾	1,9	1,6	7,25	0,55
Norwegen	3.978	4.666	4.666	7,5	7,6	8,0	10,3	1,71	1,75	2,4	2,1	2,16	0,24
Österreich	2.910	2.836	2.836	6,2	5,7	8,2	9,6	1,56	2,20	0,9	0,8	0,57	0,32
Polen	.	5.190	5.190	5,1	5,6	5,6	6,5	0,65	0,56	2,1	1,9	0,43	0,42
Portugal	3.002	3.851	3.851	5,4	5,8	8,3	9,6	0,57	0,78	2,6	2,1	0,70	0,40
Schweden	2.789	4.638	4.638	7,5	7,7	8,1	9,4	3,46	3,98	1,9	1,8	3,58	0,45
Schweiz	2.111	2.543	2.543	5,7	5,8	10,0	11,5	2,66 ⁽⁵⁾	2,57 ⁽²⁾	1,4	1,1	3,90	1,00
Slowakei	.	2.939	2.939	5,0	4,4	.	5,9	0,93	0,58	3,3	1,9	0,93	0,88
Slowenien	.	5.086	5.086	.	6,0	.	.	1,59	1,54	1,8	1,5	0,87	0,54
Spanien	3.896	4.418	4.418	4,7	4,4	7,7	7,7	0,81	1,05	1,5	1,2	0,68	0,29
Tschech. Rep.	.	2.813	2.813	4,6	4,4	7,3	7,5	1,01	1,26	1,8	2,1	0,48	0,26
Ungarn	.	3.850	3.850	5,4	5,5	7,5	8,4	0,73	0,95	1,6	1,8	0,92	0,60
Vereinigtes Königreich	3.100	3.849	3.849	5,0	5,3	7,0	7,7 ⁽⁷⁾	1,98	1,88	3,0	2,4	0,37	0,24
Zypern	.	2.555	2.555	4,8	6,8	2,3	1,6	1,20	0,87
EU 25	.	3.711	3.711	1,72	1,82

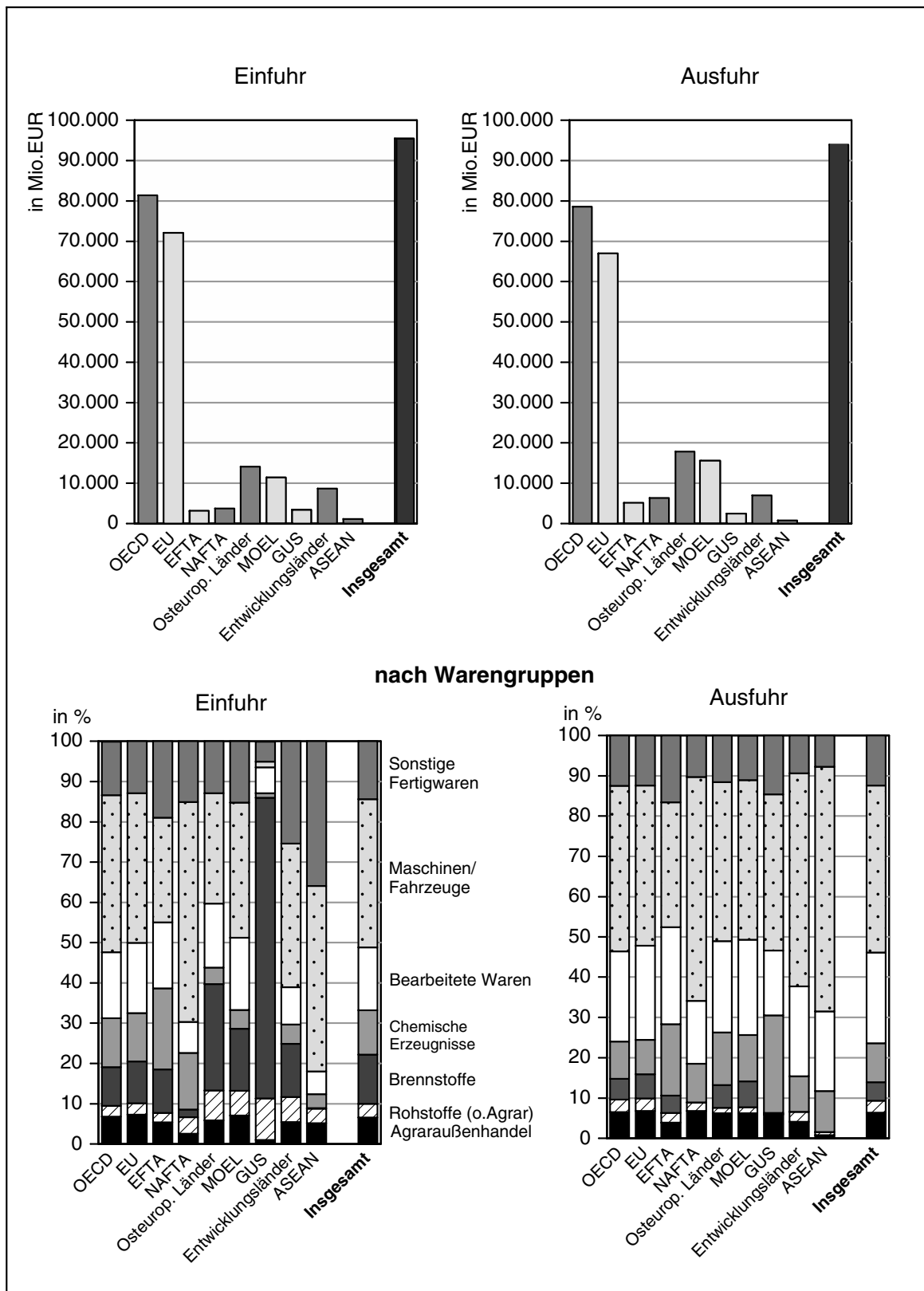
Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Länder	Studenten im Tertiärbereich ²⁷⁾		Anteil öffentlicher Bildungsausgaben am BIP ²³⁾		Anteil der Gesundheits- ausgaben am BIP ²⁷⁾		Anteil der Bruttoinlandsaus- gaben für F & E am BIP ²⁸⁾		Anteil der Verteidigungs- ausgaben am BIP ²⁹⁾		Anteil der Budgets der Außenministe- rien am Gesamt- budget 2004 ³⁰⁾	
	1995	2003	1995	2002	1995	2003	1995	2003	1995	2002	insges.	operativ
Japan	3.120	3.121	3,5	3,6	7,0	7,9 ¹⁷⁾	2,69	3,15	0,9	1,0	0,96	0,82
Vereinigte Staaten	5.456	5.649	4,9	5,4	13,3	15,0	2,51	2,68 ⁷⁾	3,8	3,4	1,15	0,78
OECD insgesamt	.	.	.	4,8 ¹⁶⁾	7,9	8,8	2,11	2,26 ^{*)}

¹²⁾ 2000. – ¹⁴⁾ incl. internat. Organisationen. – ¹⁵⁾ 1992 – ¹⁶⁾ 2001 – ¹⁷⁾ 2002 – ²⁷⁾ Q: OECD., Eurostat – ²⁸⁾ Q: OECD, MSTI 2005, USA ohne Investitionsausgaben, z.T.OECD bzw. nationale Schätzungen. – ²⁹⁾ Q: SIPRI 2004. – ³⁰⁾ Q: BmaA. – ³²⁾ Q: Eurostat. – *) vorläufig.

Anhang

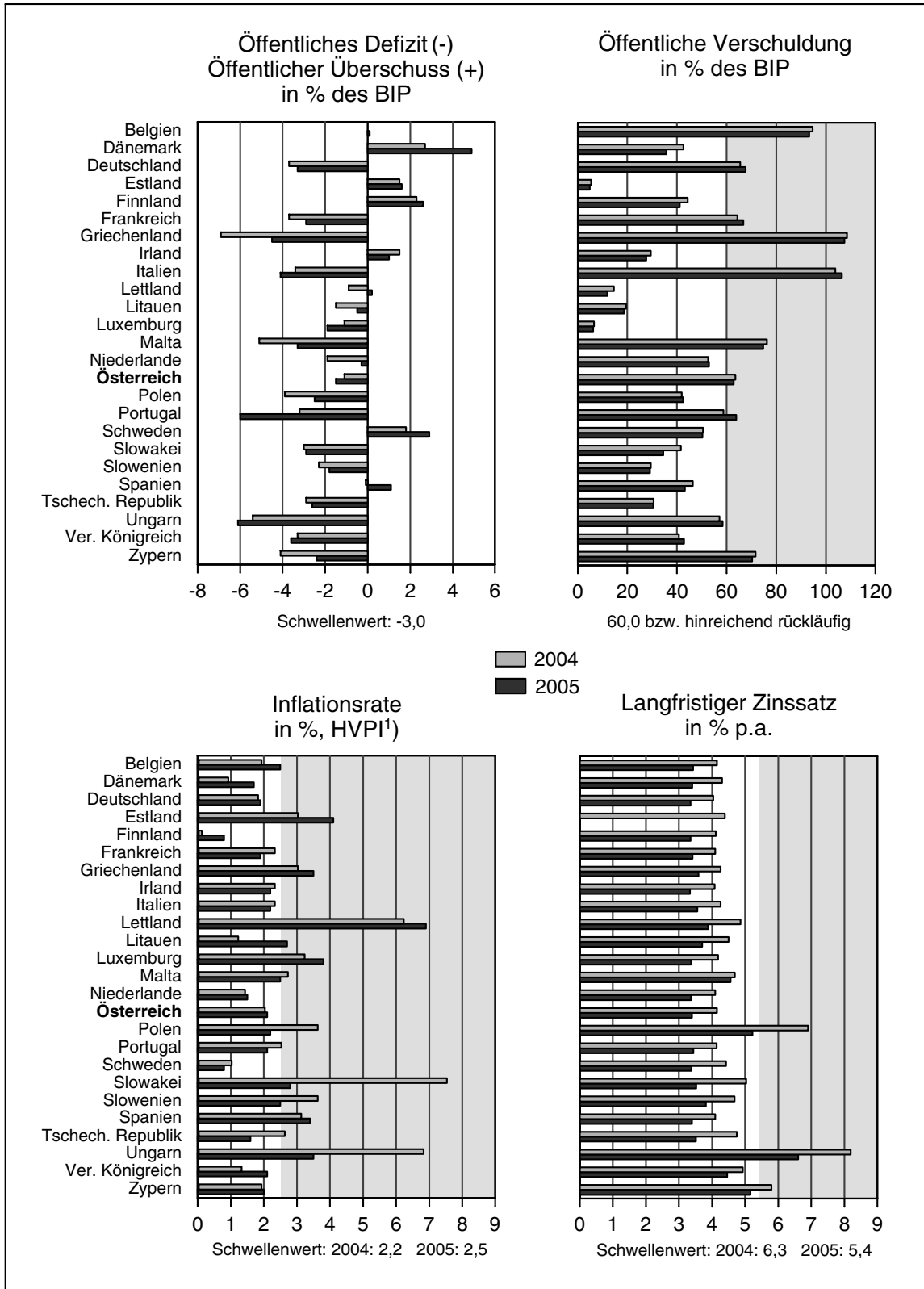
Außenhandel 2005 mit der EU und wichtigen Ländergruppen



Quelle sowie Grafik: STATISTIK AUSTRIA; vorläufige Werte

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Konvergenzkriterien gemäß "Maastrichter Vertrag"
2004 und 2005



Q: Öffentliches Defizit, öffentliche Verschuldung - EUROSTAT-Presennotiz vom 24. April.2006;
Inflationsrate - EUROSTAT; langfristiger Zinssatz - OeNB. - ¹⁾ Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Phase II.

Sachindex

- Aarhus-Konvention 17, 198
 Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse 187
 Abchasien 39, 79
 Abrüstung
 – Antipersonenminen 50, 77, 133, 161, 162
 – Ausfuhrkontrolle 162
 – Außenhandelsgesetz 162
 – Australien-Gruppe 163
 – Ballistische Raketen 161
 – Besonders verletzte konventionelle Waffen 162
 – BTWK 160
 – CCWC 162
 – Challenge Inspections 160
 – Chemiewaffenkonvention 160
 – CPPNM 158, 159
 – CTBT 158, 159
 – CTBT PrepCom 159
 – EU-Verhaltenskodex für Waffenexporten 163
 – Explosive Kampfmittelrückstände 162
 – FMCT 160
 – Genfer Abrüstungskonferenz 89, 159
 – Haager Verhaltenskodex 161
 – Iran 159
 – Kriegsmaterialgesetz 162
 – Massenvernichtungswaffen 22, 23, 82, 127, 158, 163
 – Minenaktionsprogramm 128, 161
 – MOTAPM 162
 – MTCR 163
 – Multilaterale Exportkontrollregime 163
 – NPT 133, 155, 158, 159
 – NPT-Überprüfungskonferenz 158
 – NSG 163
 – OPCW 160, 230
 – Ottawa-Konvention 133, 158, 161
 – Ottawa-Prozess 50, 161
 – PTS 159
 – Streumunition 162
 – Wassenaar Arrangement 158, 163
 – Zangger-Komitee 163
 Aceh 23, 26, 73
 Acholi-Region 65
 AFDRU 128
 Afghanistan 24, 50, 52, 71, 72, 76, 118, 125, 130, 143, 166, 169, 171, 176, 180–182, 201, 228, 231
 Afrika südlich der Sahara 61
 Afrikanische Union 25, 29, 62, 63, 66, 67, 76, 141, 145, 146
 – AMIS II 23, 25, 63, 76, 145
 Agadir-Abkommen 46
 Ägypten 29, 30, 44–46, 184, 186, 231
 Aid for Trade 188
 AIT 120
 AKP-Staaten 75, 127
 Al Kaida 23
 Albanien 34–36, 79, 81, 87, 91, 115, 116, 119, 121, 123, 160, 212, 232
 Algerien 29, 45, 46, 140, 232
 Allgemeiner Entschädigungsfonds 49, 350
 Alpenkonvention 96
 Am wenigsten entwickelte Länder 110, 188
 Andengemeinschaft 58, 60, 61
 Andischan 70, 71, 76, 77, 80, 172
 Andorra 234
 Angola 228, 234
 Antigua und Barbuda 229, 234
 Antisemitismus 81, 171, 172, 177
 Äquatorialguinea 228, 235
 Arabische Friedensinitiative 47
 Arabische Liga 47
 ARF 69
 Argentinien 56, 58, 59, 103, 140, 205, 235
 Armenien 29, 30, 39, 41, 87–89, 229, 235
 Armutsbekämpfung 74, 110, 113, 121, 125–127, 131, 156, 195, 196
 ASEAN 26, 68, 69, 72–74
 ASEM 74
 Aserbaidshen 29, 30, 39, 40, 81, 87–89, 229, 236
 Assoziationsabkommen 60
 Asylanträge 180
 Asylgesetz 181
 AsylwerberInnen 180
 Äthiopien 61–63, 113, 121, 124, 125, 128, 130, 147, 166, 237

Sachindex

- Aufnahme in den auswärtigen Dienst 217
 Auslandskulturpolitik 199, 207, 210
 Auslandskulturtagung 200
 Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates 385
 Außenpolitischer Ausschuss des Nationalrates 383
 Außenstellen 216
 Australien 54, 68, 74, 75, 103, 132, 156, 163, 209, 238
 Autonomieentwicklung 94

 Bahamas 229, 238
 Bahrain 43, 47, 48, 76, 227, 238
 Bangladesch 181, 227, 239
 Barbados 229, 239
 Belarus 20, 23, 29, 37, 38, 42, 52, 79, 87, 88, 169, 170, 181, 183, 228, 239
 Belgien 7, 84, 205, 212, 240
 Belgrader Übereinkommen 97
 Belize 228, 241
 Benin 140, 228, 241
 Berg-Karabach 39, 40
 Berufsvertretungsbehörden 216
 Beschäftigung 9, 10, 14, 18, 19, 36, 84, 151, 207
 Beslan 128
 Bhutan 115, 121, 189, 227, 241
 Bibliotheksverbund ALEPH 222
 Bilaterale II 93
 Bildung 16, 18, 19, 29, 36, 43, 69, 88, 113, 116, 120, 122, 123, 153, 177, 191, 199, 200, 209, 211, 212
 Boeing-Airbus-Fall 50
 Bolivien 57, 58, 228, 243
 BOMCA 70
 Bonner Übereinkommen 196
 Bosnien und Herzegowina 23–25, 28, 31, 34, 36, 52, 79, 87, 88, 101, 115, 116, 144, 181, 243
 Botschaft Wien 218
 Botschaften 57, 103, 106, 199, 216
 Botsuana 63, 229, 244
 Brasilien 55, 58, 59, 62, 103, 105, 140, 192, 202, 244
 Brunei 74, 101, 153, 228, 245
 Budget des BMaA 220
 Bulgarien 1, 4, 18, 21, 81, 91, 92, 103, 116, 128, 205, 207, 211, 245
 Bürger/innen für Europa 211
 Burkina Faso 61, 67, 112, 120, 228, 246

 Burundi 61, 65, 114, 125, 146, 166, 169, 171, 227, 247
 Byrd-Amendment 50

 CADAP 70
 CAFTA 50, 58
 – Ratifikation 50
 Cancún 188
 Cannabis 182, 183
 CARICOM 59
 Cartagena Protokoll 195
 CBD 189
 CEI 91
 CERN 209
 Chile 54, 56, 60, 61, 175, 205, 226, 247
 China 16, 42, 50, 68–70, 72, 132, 140, 141, 143, 161, 167–169, 180, 192, 204, 248
 Chişinău 38, 79, 88, 117
 CIMIC 117
 Cook Inseln 305
 COST 209
 Costa Rica 57, 141, 175, 227, 250
 Côte d'Ivoire 23, 61, 62, 64, 67, 146, 228, 250
 Cotonou 75, 127, 167
 CSME 59

 Dänemark 6, 7, 51, 140, 143, 148, 250
 Darfur 23, 25, 50, 52, 63, 66, 76, 125, 145, 181, 186
 Dayton-Friedensabkommen 34
 Demokratie 5, 8, 22, 30, 36, 38, 45, 53, 55, 57, 61, 67, 70, 72, 81, 85–91, 112, 113, 115, 164, 166, 179, 199
 Demokratische Republik Kongo 23, 26, 28, 61, 65, 125, 137, 145, 146, 149, 169, 171, 172, 186, 285
 Demokratische Volksrepublik Korea 49, 69, 170, 171, 285
 Demokratisierung 36, 46, 73, 80, 81, 89, 113, 114, 119, 164, 166
 Deutsch als Fremdsprache 208
 Deutschland 7, 13, 28, 43, 62, 95, 103, 140, 149, 205, 251
 DEZA 117
 Dialog der Kulturen und Religionen 200
 DienststellenleiterInnen 226
 Diplomatische Akademie 366
 Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich 362

Sachindex

- Disengagement plan 44
- Dominica 229, 255
- Dominikanische Republik 229, 255
- Donaukommission 97
- Donauraumkooperation 96
- Donauraum-Wirtschaftskonferenz 97
- Donauschiffahrt 97
- Drogenanbau 182
- Drogennachfrage 183
- Dschibuti 61, 64, 226, 255

- E3 43, 52
- EAPC 76, 77
- EAS 68
- ECMWF 209
- ECOWAS 62, 145, 146
- ECSEE 18
- Ecuador 58, 227, 255
- Effektiver Multilateralismus 48
- EIB 46, 75
- El Salvador 112, 227, 256
- ELAK 222
- EMBC 209
- Endlagerproblematik 95
- EOEP 210
- Erasmus Mundus 212
- Erdbeben 72, 76, 128
- Eritrea 63, 147, 226, 256
- ESA 209, 210
- ESPI 210
- Estland 7, 190, 257
- ETC 179
- EU-Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates 385
- EU-Japan-Jahr 200
- EUMETSAT 209
- EUREKA 19
- Europäische Union 1, 4, 8, 13, 20, 22, 61, 100, 125, 126, 205, 210, 214, 215
 - Acquis-Screening 4, 35
 - Aktionspläne 14, 21, 29, 30, 37, 39, 52, 53, 72, 118, 151, 178, 195, 196
 - AMM 23, 26
 - Ankara-Protokoll 2
 - Anna-Lindh-Stiftung 46
 - Assoziationsabkommen 46, 60, 61
 - Aufnahmefähigkeit 3
 - Ausschuss der Regionen 11
 - Außengrenze 21, 94
 - Barcelona-Prozess Siehe Euro-Mediterrane Partnerschaft
 - Barcelona-Ziele 19, 20
 - Basel-II-Regelwerk 13
 - Beitrittsvertrag 1, 2
 - benchmark approach 38
 - benchmarks 3
 - Beschäftigung und Sozialpolitik 14
 - Bildung und Jugend 18
 - Binnenmarkt 12, 15
 - Budgetpolitik 12, 55
 - CARDS 36
 - Charta der Grundrechte 5
 - CMCO 24
 - Communicating Europe 215
 - Dienstleistungsrichtlinie 15
 - Dritte Geldwäscherichtlinie 21
 - Drittes Eisenbahnpaket 16
 - Drittes Seeverkehrssicherheitspaket 16
 - ECHO 128
 - ECRI 177
 - EEF 75, 127
 - EIDHR 166
 - Emissionshandelsrichtlinie 17
 - EMRK 86
 - Energiebinnenmarkt 18
 - ENPI 30, 46
 - EQUAL 14
 - Erweiterung 1–4, 13, 35, 91, 92, 199, 211, 252, 276, 327
 - ESVP 23, 24, 26, 27, 29, 50, 65, 174
 - EU BAM Rafah 23, 26, 45
 - EU COPPS 27
 - EU-Afrika-Strategie 29
 - EUFOR-Althea 24, 28, 34, 50, 144, 147
 - EuGH 8, 16
 - EuGI 8
 - EU-Grenzmission für Moldau/Ukraine 23, 27, 30, 38, 79
 - EUJUST LEX 23, 26
 - EUJUST THEMIS 25, 40
 - EU-LAC 55, 60, 243
 - EUMC 166, 167
 - EUPAT 23, 25
 - EU-Perspektive 35, 91, 92, 199
 - EUPM 25, 34, 50
 - EUPOL COPPS 23
 - EUPOL Kinshasa 23, 25, 26, 65, 145
 - EUPOL Proxima 23, 25
 - EURATOM 17, 19
 - EURATOM-Vertrag 17
 - Euro-Mediterrane Partnerschaft 45, 46, 205

Sachindex

- Euromed-Stiftung 46
- Europa hört zu 7, 215
- Europäische Nachbarschaftspolitik 29, 30, 37, 39, 86, 91
- Europäische Verteidigungsagentur 28
- Europäisches Parlament 8, 13, 105, 126
- Europa-Tag 7
- European Consensus 126
- Eurozone 12, 13
- EUSEC RD Congo 23, 26, 65, 145
- EUWI 121
- Finanzielle Vorausschau 2007–2013 13, 14, 19, 30, 127, 344
- Forschung 19
- Friedensfazilität für Afrika 127
- FRONTEX 21
- GASP 22–24, 162, 164
- Gemeinsame Aktion 22, 160
- Gesundheit und Verbraucherschutz 15
- Grundrechtekonvent 5
- Haager Programm 20
- ICTY 2, 30, 31, 33, 34, 35
- Innerösterreichische Zusammenarbeit 11
- Justiz und Inneres 1, 20, 21, 30, 33
- Klimapolitik 194
- Konvent 4
- Kopenhagener Politische Kriterien 3, 4
- Leonardo II 211
- Lissabon-Strategie 14
- Luftverkehrsabkommen 16
- Marco Polo II 16
- MEDA 30, 46
- Mehr und bessere Hilfe 126
- Militärische Kapazitäten 28
- Mittelmeerpolitik Siehe Euro-Mediterrane Partnerschaft
- Monitoringberichte 1
- National Reformprogramm 14
- Nationales Reformprogramm 14
- Plan D 8
- Planungsziel 28
- Rasch verfügbare Einsatzeinheiten 28
- Ratifikation 1, 5, 6, 93, 159, 168, 185
- Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts 29
- REACH 16, 17
- Reflexionsphase 7, 8, 215
- Regierungskonferenz 3, 4
- Regional Partnership Programme 122
- Regionale Schutzprogramme 20
- SAA 31, 34–36, 144
- SAP 3, 35, 36, 91, 221
- satisfactory track record 35
- Sokrates II 211
- Sonderbeauftragte 24, 27, 35, 38, 40, 70
- Stabilitäts- und Wachstumspakt 13
- Straßenverkehrssicherheit 16
- Strategische Partnerschaft 28–30
- TACIS 30, 38
- Terrorismus 21
- Terrorismusbekämpfung 21–23, 29, 46, 127
- Twinning 4, 36
- Urteile des Gerichtshofs 9
- Verfassungsvertrag 4–6
- Verhandlungskapitel 3
- Verhandlungsrahmen 2, 3
- Verkehr 3, 10, 15–17, 22
- Vertragsverletzungsverfahren 9, 15
- Vorabentscheidungsverfahren 9
- Waffenembargo 23, 146
- Warnbriefe 1
- Wegekostenrichtlinie 15
- Wegskizzen 42
- Wirtschafts- und Sozialausschuss 10
- Wirtschafts- und Währungsunion 12
- Zinsenrichtlinie 13
- Zivile Krisenmanagement-Kapazitäten 27
- Zivile Krisenreaktionsteams 27
- Zivil-militärische Unterstützungsaktion 25
- Zukunft Europas 7, 8, 215
- Europarat 32, 38, 85–91, 164, 167, 174, 175, 177, 205, 230
 - AGO-Gruppe 88
 - Aktionspläne 85
 - Bestandsaufnahmen 88
 - Dritte Gipfeltreffen 85
 - Europarat und EU 86
 - Europarat und OSZE 86
 - Europarat und VN 87
 - Generalsekretär 90
 - Hilfsprogramme 88
 - Kongress der Gemeinden und Regionen Europas 90
 - Ministerkomitee 89

Sachindex

- Monitoring 87
- Parlamentarische Versammlung 89, 90
- Venedig-Kommission 32, 38, 91
- Warschauer Erklärung 85
- EWR 101, 211
- Examen Préalable 217

- Familienverfahren 181
- Fidschi 75, 226, 258
- Finnland 24, 77, 148, 212, 258
- Flexicurity 151
- Flüchtlinge 71, 80, 180, 181
- Flüchtlingsrückkehr 31, 144
- Foreign Sales Corporations-Fall 50, 189
- Frankreich 6, 13, 43, 78, 103, 105, 140, 147, 201, 203, 205, 212, 215, 259
- Friedensprozess im Nahen Osten 23, 24, 26, 27, 44, 45, 47, 49, 118, 129, 142, 149
- FTAA 59
- Fußball-Europameisterschaft 2008 93, 206

- G-4 62, 140
- G-77 137, 185
- G-8 44, 134
- Gabun 61, 181, 228, 261
- Gacaca-Gerichtsbarkeit 114
- GALILEO 210
- Gambia 228, 261
- Gaza 44, 52, 118, 121, 166
- Geldwäsche 21, 53, 57, 84, 85
- Gemeinsame Notfallschutzübungen 95
- Gender 113, 123, 125, 126, 140
- Genozid 114
- Gentechnisch veränderte Organismen 10, 189, 198
- Georgien 25, 29, 30, 39, 40, 79, 83, 87–89, 128, 181, 229, 262
- Ghana 140, 181, 228, 263
- Gleneagles 44
- Globalisierung 60, 150, 151, 184, 192
- GMES 210
- Golfkooperationsrat 47, 48
- Grazer Weltraumsymposium 137
- Green Diplomacy Network 194
- Grenada 229, 263
- Griechenland 7, 13, 140, 175, 263
- Großbritannien 2, 6, 7, 13, 24, 43, 44, 52, 77, 103, 140, 150, 156, 205, 264
- GRULAC 182

- Guatemala 57, 112, 227, 266
- Guinea 61, 62, 67, 166, 228, 267
- Guinea-Bissau 61, 62, 67, 166, 228, 267
- GUS 42, 78
- Gute Regierungsführung 85, 111, 119, 151, 164, 166, 169, 192
- Guyana 229, 267

- Haiti 50, 59, 60, 147, 229, 267
- Handelsliberalisierung 75
- Hauptausschuss des Nationalrates 11, 382
- Heiliger Stuhl 267
- HIV/AIDS 88, 123–126, 150, 172, 174, 176, 182, 183
- Holocaust 43, 132, 177
- Honduras 227, 268
- Honorarkonsularische Vertretungen 216
- Horn von Afrika 63
- Hurrikan „Katrina“ 76, 99, 128

- ICMPD 83
- IEA 193
- IGAD 63, 145
- IIASA 209
- IIEP 120
- IKRK 130
- Indien 50, 62, 68, 72, 106, 140, 158, 160, 161, 181, 192, 212, 268
- Indonesien 23, 73, 74, 106, 109, 270
- Interkulturelles Dialogforum 200
- Internationales Luftreinhalteabkommen 198
- Internationales Olympisches Komitee 206
- IOM 83, 181, 365, 366
- Irak 22, 23, 43, 47, 49, 52, 76, 118, 128, 130, 132, 141, 142, 176, 180, 191, 201, 270
- Iran 22, 43, 52, 103, 150, 155, 159, 168, 171, 172, 183, 189, 201, 270
- Irland 6, 7, 77, 147, 148, 175, 203, 271
- Islam in a Pluralistic World 22, 47, 201, 214, 231, 270, 271, 296
- Island 140, 211, 226, 272
- Israel 29, 30, 43–45, 47, 158, 161, 272
- IStGH 23, 51, 65, 127, 145, 166, 186
- Italien 7, 13, 95, 105, 141, 148, 175, 205, 206, 275
- IWC 197
- IWF 56, 57, 134

Sachindex

- Jamaika 125, 181, 229, 277
 Japan 62, 68, 69, 72, 101, 132, 137, 140,
 170, 190, 200, 202, 209, 278
 Jemen 99, 228, 278
 Jordanien 29, 30, 45, 46, 52, 54, 175,
 279

 Kambodscha 74, 169, 229, 279
 Kamerun 181, 228, 280
 Kanada 50, 51, 53, 54, 77, 101, 132, 134,
 141, 148, 171, 175, 194, 205, 209, 280
 Kap Verde 67, 112, 113, 121, 125, 228,
 281
 Karibik 55, 59, 60
 Kasachstan 42, 70, 80, 81, 198, 229,
 281
 Kaschmir 72, 128
 Katar 43, 47, 76, 140, 227, 282
 Kenia 64, 65, 121, 125, 195, 282
 Kernenergie 17, 19, 133, 155, 158
 Kirgisistan 42, 70, 71, 80, 81, 229, 283
 Kiribati 75, 226, 284
 Kleinwaffen und leichte Waffen
 – K LW 77, 82, 134, 162, 175
 Klimaschutz 96, 131
 Klimawandel 17, 96, 135, 192
 KMU 20, 84, 111, 112, 125
 Kokain 182, 183
 Kolumbien 54, 56, 58, 141, 169, 171,
 183, 284
 Komoren 227
 Kongo 140, 227, 228, 285
 Korruption 25, 27, 34, 36, 55, 66, 84,
 184, 185, 191
 Kosovo 31, 33, 34, 52, 76, 77–79, 92, 93,
 116, 117, 132, 143, 144, 147, 179
 Kosovo-Beauftragter 33, 144
 Kroatien 1–4, 30, 31, 35, 36, 79, 83, 91,
 116, 161, 287
 Kuba 56, 169, 173, 290
 Kultur 2000 211
 Kultur 2007 211
 Kulturelle Förderungen 206
 Kulturforen 199, 200, 216
 Kulturhauptstädte 211
 Kuwait 43, 47, 76, 187, 227, 290
 Kyoto-Protokoll 17, 194, 196, 197

 Laos 74, 182, 229, 291
 Lateinamerika 55, 60, 61, 111, 119, 122,
 140, 185
 Lesotho 229, 291

 Lettland 7, 190, 291
 Libanon 29, 45, 52, 105, 142, 166, 179,
 292
 Liberia 23, 61, 62, 67, 125, 146, 166,
 228, 292
 Libyen 29, 30, 45, 62, 160, 293
 Liechtenstein 93, 94, 138, 149, 211, 293
 Litauen 5, 7, 148, 190, 201, 294
 LRA 61, 65, 145, 186
 Luxemburg 1, 2, 6, 7, 52, 60, 199, 204,
 227, 295

 Madagaskar 229, 295
 Malawi 228, 296
 Malaysia 74, 296
 Malediven 227, 296
 Mali 62, 175, 179, 201, 228, 297
 Malta 4, 7, 13, 102, 133, 180, 190, 297
 Marokko 16, 29, 30, 45, 46, 120, 298
 Marshall Inseln 75, 226, 298
 Mauretanien 45, 228, 299
 Mauritius 61, 64, 229, 299
 Mazedonien 23–25, 34, 35, 79, 81, 91,
 101, 115, 116, 121, 299
 MCDU 129
 Meinungsfreiheit 87, 165, 168
 Menschenrechte 22, 38, 39, 45, 51, 61,
 69–71, 73, 75, 77, 81, 85, 87, 88, 119,
 127, 132, 135, 145, 164, 166, 168–170,
 172, 173–175, 177, 178, 199
 – Beseitigung religiöser Intoleranz 171
 – Binnenvertriebene 129, 130, 164, 171,
 173, 178, 180
 – CEDAW 173
 – COHOM 164, 167
 – EGMR 85, 89, 91, 174, 175
 – EIDHR 166
 – EMRK 86, 174
 – EU-Jahresbericht zur Menschen-
 rechtsslage 166
 – EU-Leitlinien zu Kindern 164
 – EUMC 166, 167
 – EU-Menschenrechtsforum 165
 – Flüchtlingsrecht 175
 – Folter 55, 165, 166
 – Frauenrechte 46, 177
 – Frauenstatuskommission 173, 177
 – Fremdenfeindlichkeit 164, 166
 – Gewalt gegen Frauen 85, 154, 173,
 177
 – Grundrechteagentur 166, 167
 – HLS 170

Sachindex

- Human Rights Focal Points 179
- Humanitäres Völkerrecht 175
- INSTRAW 173
- Jugendgerichtsbarkeit 171
- Kinder in bewaffneten Konflikten 164, 176
- Kinderrechte 175
- Konsultationen 42
- Ländertexte 169, 170
- Leitlinien 164, 165, 167, 171, 176
- Menschenhandel 81, 84, 164, 176, 185
- Menschenrechte in der Justizverwaltung 171
- Menschenrechtsbildung 120, 164, 169, 175, 176, 178
- Menschenrechtsdialoge 43, 167, 168
- Menschenrechtsländerblätter 165
- Menschenrechtsstandards 164
- MenschenrechtsverteidigerInnen 164, 165, 173
- Menschliches Klonen 88
- Minderheiten 4, 81, 83, 84, 87, 88, 164, 170, 171, 177, 178
- Minderheitenrechte 171
- MRK 38, 164, 165, 169–172, 177, 178
- NEEDS 166
- Netzwerk Menschliche Sicherheit 50, 132, 175, 176
- Peking+5 173
- Rassismus 81, 164, 166, 170, 177
- Resolution 1325 (2000) 174
- Roma-Sinti-Kontaktstelle 81
- Rule of Law Assistance Unit 171
- Schutzverantwortung 50, 131, 132
- Sonderberichterstatter 39, 165, 168, 172
- Stärkung der Rolle der Frau 132, 136
- Todesstrafe 55, 71, 164–166, 168, 171, 184
- Transitional Justice 170
- Völkermord 131
- Wahlbeobachtungsmissionen 81, 166
- MERCOSUR 55, 58, 60
- Mexiko 51, 54, 55, 60, 61, 105, 136, 141, 186, 188, 196, 200, 202, 204, 205, 216, 228, 300
- Migration 20, 46, 59, 81, 83, 135, 151, 181
- Mikronesien 75, 226, 301
- Moldau 20, 23, 24, 27, 29, 30, 37, 38, 78, 79, 81, 83, 86–88, 117, 119, 179, 181, 228, 301
- Monaco 87, 226, 302
- Mongolei 181, 226, 302
- Mosambik 114, 115, 121, 129, 228, 302
- Myanmar 23, 52, 73, 74, 145, 147, 169–172, 182, 229, 303
- Nachbar in Not 108
- NAFTA 51, 54
- Naher Osten 22–24, 26, 27, 43–45, 47, 49, 50, 118, 129, 133, 142, 149, 169
- Nahost-Quartett 44
- Namibia 63, 64, 115, 229, 303
- Nationaler Sicherheitsrat 389
- NATO 24, 28, 33, 50, 76, 77, 143, 230
 - Active Endeavour 76
 - Food for Thought Paper 77
 - KFOR 76, 77, 147
 - NATO Training Mission in Iraq 76
 - NATO/ACO 28
 - NATO/PfP-Symposium 77
 - NATO-Partnerbeziehungen 76
 - Partnerschaft für den Frieden 76, 77
 - SHAPE 28
 - Terrorismusbekämpfung 76
- Nauru 75, 226, 304
- Nepal 72, 115, 119, 124, 169–171, 227, 304
- Neuseeland 68, 74, 75, 101, 132, 226, 305
- NGOs 17, 39, 41, 46, 54, 88, 108, 112–114, 117, 122, 128, 164, 166, 168, 173, 183, 209
- Nicaragua 57, 111, 227, 305
- Niederlande 6, 147, 148, 306
- Niger 228, 307
- Nigeria 62, 63, 66, 181, 185, 307
- Niue 305
- Nordafrika 43, 182
- Nordkavkasus 41
- Nördliche Dimension 51
- Nordost-Asien 68
- Norduganda 61, 124, 176
- Norwegen 26, 148, 175, 211, 303
- Nukleare Sicherheit 95
- Nuklearinformationsabkommen 95
- ÖAD 209
- OAS 59
- ÖAW 153

Sachindex

- OECD 55, 75, 119, 120, 189, 190–192, 230
- DAC 108, 119
 - Education at a Glance 191
 - Erweiterung 190
 - Geldwäsche 184
 - PISA 191
 - Tiefenprüfungen 190
- OEZA 108, 110–124, 127, 176
- ADA 110, 122, 128, 129, 150, 220
 - Armutsminderung 119
 - Bildungszusammenarbeit 120
 - EZA-G 110, 111
 - Gleichstellung von Frauen und Männern 120
 - Gründerservicezentrum 116
 - Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland 128
 - Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe 127
 - Kohärenz 111
 - Ländliche Entwicklung 119
 - Minenaktionsprogramm 128, 161
 - Nachhaltigkeit 111
 - Nahrungsmittelhilfe 129
 - ODA 110, 123, 126, 191, 194
 - Osteuropa und Zentralasien 117
 - PAITHOM 115
 - Programm in den Palästinensischen Gebieten 118
 - Schwerpunktländer 111–117, 176
 - Schwerpunktregion Himalaya-Hindukush 115
 - Schwerpunktregion Ostafrika 113
 - Schwerpunktregion Südliches Afrika 114
 - Schwerpunktregion Südosteuropa 115
 - Schwerpunktregion Westafrika 112
 - Schwerpunktregion Zentralamerika 111
 - Sonderprogramme 118
 - Strategische Evaluierungen 122, 123
 - Wassersektor 121
 - Wirtschaft und Entwicklung 120
- Offene Kommunikationsstrategie 222
- Öffentlichkeitsarbeit 213, 214
- Ohrid-Rahmenabkommen 34
- OIC 47, 201
- ÖIES 77
- Oman 47, 308
- Opération Licorne 67, 146
- Opiate 182, 183
- Orangene Revolution 42
- Organisationsplan des BMaA 224
- Organisierte Kriminalität 25, 57, 84, 184, 185
- ÖSD 208
- Ostafrika 65, 73, 92, 99, 106, 108, 119, 128, 148, 154, 159, 181
- Österreich in Internationalen Organisationen 367
- Österreich Institut 208
- Österreich-Bibliotheken 199, 207
- Österreichische Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates 386
- Österreichische Mitglieder des Europäischen Parlaments 387
- Österreichische Orient-Gesellschaft Hammer-Purgstall 201
- Österreichisch-polnischer Journalistenpreis 213
- Österreich-Kooperation 208
- Österreich-Lehrstühle 207
- Osttimor *Siehe* Timor-Leste
- OSZE 31, 38, 40, 70, 71, 78–85, 87, 132, 164, 174, 177, 230, 362
- AIAM 83
 - ASRC 83
 - ATAU 81
 - ATU 83
 - Büro des Wirtschaftskoordinators 84
 - Feldoperationen 78, 79, 84
 - Finanzkrise 84
 - Forum für Sicherheitszusammenarbeit 82
 - Istanbul-Verpflichtungen 83
 - Menschliche Dimension 81
 - ODIHR 40, 70, 80, 81, 84, 87
 - Parlamentarische Versammlung 82, 89
 - Ratifikation 83
 - Reformfragen 84
 - Terrorismusbekämpfung 83
 - Wiener Wirtschaftsforum 84
 - Wirtschafts- und Umweltdimension 83
 - Wöchentlicher Sicherheitsdialog 82
- Ozeanien 74, 75
- Pakistan 68, 72, 76, 115, 128, 130, 141, 154, 158, 161, 191, 309

Sachindex

- Palästinensische Autonomiebehörde 23,
 26, 27, 29, 30, 44, 45, 121, 129, 170,
 309
 Palau 75, 310
 Panama 54, 227, 310
 PAP 62
 Papua-Neuguinea 75, 226, 310
 Paraguay 58, 105, 226, 311
 Pazifik 74
 Personalstand des BMaA 218
 Peru 57, 58, 140, 311
 Philippinen 74, 140, 311
 Piran 31
 Plattform Kultur-Mitteuropa 199
 Polen 6, 7, 13, 21, 39, 92, 100, 147, 148,
 205, 312
 Portugal 6, 7, 13, 89, 315
 Präsidentschaftswebseite 214
 Presserätetagung 214
 Pressezentrum 213
 Pro Oriente 33
- RACVIAC 83
 Ramsar-Konvention 196
 Rat für Fragen der österreichischen
 Integrations- und Außenpolitik 387
 Rechts- und Konsularfragen 98
 – AÖWB 103, 104
 – AuslandsösterreicherInnen 98, 103–
 105
 – Burgenländische Gemeinschaft 104
 – Bürgerservice 98
 – eDemocracy 105
 – EU-Konsularzusammenarbeit 98
 – Grenzverträge 102
 – Heimsendung 98
 – Hilfestellung in
 Rechtsangelegenheiten 100
 – Hilfestellung in Todesfällen 98
 – Krisen- und Katastrophenfälle 98
 – Krisenvorsorge und
 Krisenmanagement 99
 – Nationale Krisenzentren 100
 – Reiseinformationen 98
 – Sichtvermerksangelegenheiten 101
 – Tipps für Auslandsreisende 99
 Rechtsfrieden 49
 Rechtsstaatlichkeit 5, 23, 26, 27, 40, 79,
 81, 85–87, 164, 166, 168–171, 184,
 185
 Region der Großen Seen 24, 64, 65, 145
 Regionale Partnerschaft 92, 199
- Republik Korea 68, 69, 72, 103, 160,
 285
 Restitutionsfragen 49, 350
 Rio-Gruppe 59, 60, 132
 RIS 97
 Roter Halbmond 130
 Roter Kristall 130
 Rotterdamer Abkommen 197
 Ruanda 113, 114, 130, 227, 316
 Rumänien 1, 4, 18, 21, 91, 92, 103, 117,
 128, 140, 148, 202, 211, 316
 Russland 29, 38, 39, 41, 42, 44, 68–70,
 80, 87–89, 128, 140, 141, 160, 180,
 181, 189, 196, 205, 209, 317
- SADC 63
 Salomonen 75, 226, 318
 Salzburg Gruppe 21, 92
 Sambia 228, 318
 Samoa 75, 226, 319
 San Marino 227, 319
 Sanktionen 23, 63, 74, 114, 142, 146
 Sansibar 66
 São Tomé und Príncipe 189, 228, 319
 Saudi-Arabien 43, 47, 189, 319
 Schengen/Dublin 93, 94
 Schengener Informationssystem 221
 Schlafmohn 182
 Schwarzmeerflotte 42
 Schweden 7, 77, 148, 205, 320
 Schweiz 26, 77, 93–95, 103, 134, 171,
 175, 206, 322
 SCO 68, 70
 Sechs-Parteien-Gespräche 69
 Seebebenkatastrophe 73, 92, 99, 106,
 108, 109, 122, 128, 148, 154, 159, 181
 – Austrian Rescue Teams 107
 – Gedenkflug 107
 – Hilfsfonds für Katastrophenfälle 109
 – Humanitäre Notmaßnahmen 108
 – Krisenhotline 106
 – Sonderflüge 107
 – Tsunami 73, 106–108, 191
 – Tsunami-Warnsystem 159
 – Wiederaufbauhilfe 108
 Senegal 67, 112, 113, 150, 156, 323
 Serbien und Montenegro 31–33, 35, 36,
 50, 77, 79, 87, 88, 97, 101, 105, 115,
 117, 143, 180, 181, 189, 202, 205, 212,
 324
 Seychellen 227, 325
 Sharm-El-Sheikh 44

Sachindex

- SHIRBRIG 147
 SICA 58
 Sierra Leone 67, 125, 138, 146, 169, 171, 228, 325
 Simbabwe 23, 61, 64, 114, 125, 147, 169, 325
 Singapur 54, 74, 188, 227, 229, 326
 Slowakei 7, 13, 18, 21, 91, 92, 122, 140, 202, 326
 Slowenien 5, 7, 18, 21, 31, 92, 101, 122, 148, 175, 190, 202, 328
 Sofala 114
 Somalia 63, 64, 169, 226, 329
 Souveräner Malteser Ritterorden 227, 298
 Sozialpolitik 135
 Spanien 5–7, 59, 81, 105, 141, 148, 175, 181, 205, 330
 Sri Lanka 73, 106, 108, 166, 227, 331
 St. Kitts und Nevis 332
 St. Lucia 59, 332
 St. Vincent und die Grenadinen 229, 332
 Stabilitätspakt für Südosteuropa 36, 83, 96
 Stadtschlaining 73
 Ständige Vertretungen 216
 Ständiger Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union 384
 Stellenplan des BMaA 218
 Stockholmer Abkommen 197
 Strahlenfrühwarnsysteme 95
 Streitbeilegung 189
 Süd- und Südostasien 72
 Südafrika 62, 64, 115, 150, 175, 187, 192, 195, 332
 Sudan 23–25, 28, 50, 52, 61, 63, 66, 76, 125, 127, 128, 137, 145, 169–171, 186, 226, 333
 Südkaukasien 39
 Südkaukasus 24, 39, 40, 78, 84, 86, 118, 119
 Südliches Afrika 64
 Südossetien 39, 40, 79
 Südosteuropa 18, 30, 77–79, 83, 87, 88, 90, 115, 120, 124, 161, 162, 185, 207
 Südtirol 94, 95
 Suriname 59, 229, 334
 Swasiland 229, 334
 SWISSCOY 93
 Synthetische Drogen 182
 Syrien 29, 45, 46, 52, 161, 201, 334
 Tadschikistan 42, 71, 81, 200, 229, 335
 Taiwan (China) 68, 250
 Taliban 23
 Tansania 20, 61, 65, 66, 114, 125, 140, 227, 336
 Temelín 95
 Terrorismus 20, 21, 46, 48, 52, 64, 65, 74, 81, 83, 84, 85, 87, 91, 101, 131, 138, 155, 170, 173, 184, 201
 Thailand 74, 106, 107, 175, 336
 Timor-Leste 144, 153, 337
 Tipps für Auslandsreisende 99, 215
 Tiraspol 38, 79
 Togo 61, 62, 66, 181, 228, 337
 Toleranzfragen 81
 Tonga 75, 226, 337
 Trade Promotion Authority 50
 Transatlantische Beziehungen 48, 51, 52
 – EU-Kanada-Gipfel 53
 – EU-USA-Gipfel 52
 – Institutionalisierte Dialog 52, 53
 – Ministertreffen 52
 – NTA 52
 – Senior Level Group 52
 – TABD 52
 – TACD 52
 – Task Force 2, 30, 52
 – TIEA 53
 – TLD 52
 – Transatlantische Deklaration 52
 Transnistrien 23, 27, 38, 79
 Trinidad und Tobago 59, 229, 338
 TRIPs 188
 Tschad 66, 171, 228, 338
 Tschechien 6, 7, 13, 18, 21, 28, 92, 95, 96, 122, 212, 338
 Tschetschenien 41, 169
 Tunesien 29, 30, 45, 46, 340
 Türkei 1–4, 45, 52, 140, 180, 181, 201, 205, 211, 340
 Turkmenistan 71, 171, 172, 229, 341
 Tuvalu 75, 226, 342
 Uganda 63, 65, 113, 119, 121, 125, 128, 129, 145, 149, 186, 196, 227, 342
 Ukraine 18, 20, 27, 29, 30, 37, 38, 42, 52, 76, 77, 80, 87, 92, 160, 189, 202, 209, 212, 343

Sachindex

- Umweltschutz 5, 75, 108, 110, 113, 123, 157
- UN-CMCoord 129
- Ungarn 4, 5, 7, 13, 21, 92, 95, 102, 122, 148, 159, 199, 202, 205, 344
- Ungebundene Zölle 187
- Uruguay 58, 197, 226, 346
- USA 16, 38, 40, 42–44, 48–54, 58, 59, 69, 76, 82, 101, 103, 105, 128, 132, 133, 137, 140–143, 149, 160, 169–171, 173, 189, 194, 209, 349
- Usbekistan 23, 42, 70, 71, 76, 80, 171, 172, 229, 346

- Vanuatu 75, 226, 347
- Venezuela 57–59, 105, 166, 188, 347
- Verbrechensverhütung 148, 184
- Vereinigte Arabische Emirate 47, 195, 348
- Vereinte Nationen 17, 20, 23, 28, 71, 123, 130, 131, 136, 140, 149, 168, 195, 199, 214, 221
 - Annan-Plan 144
 - Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus 185
 - CCPCJ 184
 - CERF 132, 136
 - CFS 150
 - CND 181, 182
 - COAG 150
 - COPUOS 136
 - CSD 137, 192, 194, 195
 - ECOSOC 64, 148, 171
 - FAO 135, 150, 197, 230
 - Friedliche Nutzung des Weltraums 136
 - Generaldebatte 132
 - Generalsekretär 33, 131, 132, 137, 140–144, 147, 151, 169, 171, 172, 174, 175, 177, 184, 201
 - Generalversammlung 50, 52, 60, 64, 131–133, 135, 137–141, 151, 152, 162, 164, 165, 169, 171–173, 176–178, 194
 - GFSE 194
 - Gruppe „Vereint für Konsens“ 141
 - IAEO 155, 159, 230
 - ICAO 153
 - ICT Benchmarking Tool 152
 - ICTY 2, 30, 31, 33–35, 138
 - IFAD 152, 153
 - IGH 149
 - IIC 142
 - ILO 151
 - IMO 157
 - Internationale Drogenkontrolle 135, 181
 - Internationale Verbrechensverhütung 135, 183
 - IPTF 144
 - ISAF 72, 76, 77, 118, 143, 147
 - ITLOS 138
 - ITU 151
 - JPO 125
 - Kommission für Friedenskonsolidierung 131, 132, 171, 174
 - Korruption 185
 - Managementreform 137, 142
 - Menschenrechtsrat 131, 132, 169, 173
 - Millenniums-Entwicklungsziele 123, 127, 131, 134, 150–152, 191
 - Millenniums-Erklärung 123, 131, 192
 - MINURSO 147
 - MINUSTAH 147
 - MONUC 28, 137, 146, 147
 - OCHA 129, 178
 - OHCHR 170, 172, 178
 - „Öl-für-Lebensmittel“-Programm 142
 - ONUB 146
 - Reformdebatte 62, 140, 141, 169
 - SAICM 195
 - Sanierungsgesamtplan 137
 - SCSL 138, 146
 - Sicherheit von Personal 138
 - Sicherheitsrat 23, 31, 43, 55, 62–64, 67, 69, 82, 131, 139–147, 159, 170, 174, 176, 186
 - Sicherheitsratskandidatur 140
 - Sonderbeauftragte 33, 64, 141–143, 172, 178
 - ST-EP 156
 - TCPR 148
 - Terrorismusbekämpfung 184, 185
 - TPB 184, 185
 - UN Vienna Civil Society Award 183
 - UNAIDS 125, 183
 - UNAMA 143
 - UNAMI 141
 - UNAMSIL 67, 146, 147
 - UNCDF 124
 - UNCITRAL 138
 - UNCTAD 156
 - UNDAC 130

Sachindex

- UNDC 134
- UNDP 123–125, 179
- UNECE 17, 149
- UNEO 194
- UNEP 135, 194, 195, 197, 230
- UNESCO 135, 153, 154, 191, 230
- UNFF 195
- UNFICYP 144
- UNFPA 124, 125
- UNHCR 20, 31, 125, 130, 180
- UNICEF 124, 125
- UNIDO 125, 230, 365, 366
- UNIFEM 125
- UNIOSIL 146, 147
- UNISPACE-III 136
- UNMEE 63, 147
- UNMIK 33, 143, 147
- UNMIL 146, 147
- UNMIS 28, 137, 145, 147, 148
- UNMISSET 144, 147
- UNMOVIC 142
- UNOCI 146
- UNODC 170, 181–185
- UNOTIL 144, 147
- UNRWA 118
- UNWTO 156
- UPU 156
- Verbot des menschlichen Klonens 139
- Verwaltungs- und Haushaltsfragen 137
- Völkerrechtswoche 138, 139
- Welternährungssicherung 150
- Weltgipfel 50, 123, 131–136, 138–141, 148, 169, 194
- Weltraum und Wasser 137
- Weltraummüll 136
- WFP 114, 129
- WHO 154, 155
- WMO 157
- World Summit Award 152
- WSIS 151, 152
- WSSD 150, 195
- Vertrag über den Offenen Himmel 83
- Vertretungsbehörden 363
- Vietnam 74, 354
- Visegrád-Gruppe 92
- Voice-over-IP 217, 222
- Wahlrecht 43, 81, 105
- Wanderausstellungen 205
- WEAG 78
- Weltbank 44, 113, 119, 121, 134
- Welterbe 154
- Weltraumpolitik 136, 161, 209, 210
- Westafrika 66, 67, 112, 175
- Westlicher Balkan 16, 22, 30, 35, 36, 92, 115
- Westsahara 129, 147
- WEU 78, 230
- Wien als Sitz Internationaler Organisationen 363
- WTO 43, 50, 55, 61, 126, 134, 187, 188, 230
- Wüstenkonvention 196
- Zentralafrikanische Republik 61, 186, 228, 355
- Zentralasien 24, 42, 70, 76, 80, 84, 122
- Zivilgesellschaft 8, 38, 45, 46, 74, 79–81, 112–114, 122, 126, 165, 169, 175, 176, 183
- Zypern 2, 7, 13, 39, 133, 144, 180, 190, 355

Österreich in der Welt

- Europäische Union: Erweiterung - Europäische Verfassung - Politiken der EU - Außenbeziehungen
- Nachbarschaftspolitik, Regionale Partnerschaft, Zusammenarbeit im Donauraum, Südosteuropa, Mittelmeerkooperation
- Die Lage in Krisenregionen, Naher Osten, Irak, Sudan, Afghanistan
- Die Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika
- Die konsularische Dimension der Außenpolitik
- Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe
- Netzwerk Menschliche Sicherheit, Menschenrechte, Rechte der Frau
- Dialog der Kulturen und Religionen
- Humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen
- Entwicklungszusammenarbeit
- Globale Aspekte der österreichischen Außenpolitik, Österreich in internationalen Organisationen
- Internationale Abrüstung
- Weltwirtschaftspolitik und globale Nachhaltigkeitspolitik
- Der österreichische Auswärtige Dienst
- Auslandkulturpolitik und Öffentlichkeitsarbeit
- Länderinformationen: Afghanistan bis Zypern
- Zahlen und Graphiken

2005

Jahrbuch der Österreichischen Außenpolitik